

Die Vertriebenenstädte – zwischen Altlasten und Neubeginn

Stadtgründungen auf ehemaligen Rüstungswerken in Bayern
im städtebaulichen Kontext von Kontinuität, Neuorientierung und Integration
in der frühen Bundesrepublik

Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades

**doctor philosophiae
(Dr. phil.)**

eingereicht an

der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät
der Humboldt-Universität zu Berlin

von
Barbara Würnstl, M.A.

Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Frau Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst

Dekan der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät
Prof. Dr. Christian Kassung

Gutachter: 1. Prof. Dr. Michaela Marek
 2. Prof. Dr.-Ing. habil. Hans-Georg Lippert

Tag der mündlichen Prüfung: 5. März 2018

Zusammenfassung

Die Arbeit untersucht fünf nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Gelände ehemaliger NS-Rüstungswerke gegründete Siedlungen von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern. Die Werke waren zwar nach Kriegsende durch Reparationsentnahmen und partielle Sprengungen nicht vollumfänglich erhalten, im zerstörten Nachkriegsdeutschland jedoch willkommenes Siedlungsland. Zudem waren sie erst einige Jahre zuvor nach den Kriterien moderner Infrastrukturplanung gebaut worden.

Entgegen der Verordnung der US-Militärregierung einer gestreuten Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen und der später üblichen Praxis der Niederlassung in bestehenden Städten, entstanden hier in der Folge aus unterschiedlichen Gründen neue, eigenständige Gemeinden (und später Städte): Geretsried, Neutraubling, Traunreut und Waldkraiburg. Einzig Neugablonz erhielt den Status eines Stadtteils von Kaufbeuren. Allerdings hatte hier die Idee der Neuansiedlung einer ganzen Stadt – des nordböhmischen Gablonz – den Ausschlag gegeben und zu einer in diesem Sinne geschlossenen Siedlungseinheit geführt.

Da die genannten Ansiedlungen als Neugründungen aus der Praxis des bundesdeutschen Wiederaufbaus herausfielen und städtebaulich wie integrationsgeschichtlich eine Laborsituation darstellten, wurden sie in der vorliegenden Arbeit auf der Ebene der Raum- und Stadtplanung, der Architektur und des öffentlichen Raums in Bezug zum Wiederaufbau und zur Flüchtlings- und Vertriebenenintegration untersucht. Im Ergebnis ließen sich zentrale Facetten dieser beiden Kernthemen der frühen Bundesrepublik in den Vertriebenenstädten wie in einem Brennglas gebündelt identifizieren, bei denen gerade die Aspekte Kontinuität und Neuorientierung eine zentrale Rolle spielen.

Abstract

This work examines five settlements of German refugees and expellees which were founded after the end of the Second World War on the site of former Nazi armament factories in Bavaria. Although the factories were not fully preserved due to reparations reclamation and partial demolition for demilitarization purposes, they were still a welcome opportunity for settlement in a shattered post-war Germany. They had, furthermore, only been built a few years earlier and adhered to the most up-to-date standards of infrastructure planning.

Contrary to the US military government's decree that refugees and expellees should be distributed throughout the country and the later common practice of settlement in existing cities, for various reasons new, independent communities emerged: Geretsried, Neutraubling, Traunreut and Waldkraiburg. Neugablonz alone was incorporated as a district into the existing town of Kaufbeuren, nevertheless it had been the idea of resettling an entire town – Gablonz in North Bohemia – which had provided the impetus for this new community and which therefore had led to the creation of a self-contained settlement in this sense.

As these settlements, being newly founded municipalities, were exceptions to typical reconstruction practice in West Germany and therefore represented, as it were, 'laboratory conditions' for the study of city planning and integration, they were examined in terms of spatial and urban planning as well as architecture and public space in relation to the reconstruction and integration of refugees and expellees. As a result, this study brings some key themes of the former Federal Republic into sharp focus, of which the aspects of continuity and reorientation play a central role.

Für meinen Lebensgefährten Gerd Waske,
der mich immer wieder unterstützt und ermutigt hat.

Inhaltsverzeichnis

Band 1: Text

I. Einleitung	8
1. Gegenstand	8
2. Forschungsstand	9
3. Fragestellung und zeitliche Eingrenzung	12
4. Vorgehen und Material.....	15
 II. Geplante Stadtgründungen oder Zufallsprodukt? Entstehungsbedingungen und -zusammenhänge der Nachkriegszeit	 22
1. Die Ausgangslage: Wohnraummangel und arbeitsmarktpolitische Fehlverteilung	22
1.1. Die Wohnsituation in der Nachkriegszeit: „Verteilung des Mangels“	22
1.2. Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen – Wohnraum auf dem Land und fehlende Arbeitsmöglichkeiten	25
2. Industriesiedlungen auf ehemaligen Rüstungswerken	32
2.1. Rahmenbedingungen	32
2.1.1. Initiativen sudetendeutscher Akteure	32
2.1.2. Die Rolle der bayerischen Regierung – Möglichkeiten und Hindernisse	34
2.1.3. Die US-Militärregierung zwischen Entmilitarisierung und Integrationshilfe	35
2.2. Die Anfänge der Vertriebenenstädte	38
2.2.1. Neugablonz.....	38
2.2.2. Geretsried	41
2.2.3. Waldkraiburg.....	43
2.2.4. Neutraubling.....	44
2.2.5. Traunreut	45
3. Lokale Initiativen mit staatlicher Unterstützung statt integrationspolitischer Großplanung	47

III. Stadtplanung – Fortführung oder Neuanfang? 50

1. Die Stadtplanung der Vertriebenenstädte.....	50
1.1. Gemeindegründung und Wirtschaftsplan.....	50
1.2. Ausgangslage, Planungsgeschichte und Planungskonzept.....	52
1.2.1. Waldkraiburg.....	53
1.2.2. Geretsried	59
1.2.3. Traunreut	67
1.2.4. Neutraubling.....	71
1.2.5. Neugablonz.....	73
1.3. Stadtplanung zwischen Umnutzung und Neukonzeption.....	78
2. Die ‚gegliederte und aufgelockerte Stadt‘ als Ideal der 1950er Jahre.....	80
2.1. Wiederaufbau als „verpasste Chance“ – neue Städte als Möglichkeit.....	80
2.2. Das Städtebauideal in den Vertriebenenstädten	86
3. Ambivalenzen eines Konzepts	89
3.1. Entwicklung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und ideologische Indienstnahme im Nationalsozialismus	89
3.2. Der Einfluss militärischer Argumente.....	95
3.3. Fehlende Distanzierung und geänderter Deutungsrahmen nach 1945	96
4. Fortführung, Anpassung und Umdeutung – symptomatische Kontinuitäten in der Planung der Vertriebenenstädte.....	99

IV. Stadtgründung und Integration: Sichtbarkeit in Architektur und öffentlichem Raum? 101

1. Die Architektur der neuen Städte	103
1.1. Kontinuität und Mischung statt Bruch und Neubeginn.....	103
1.1.1. Kontinuitäten traditionalistischer Architektur.....	103
1.1.2. Neuausrichtung zur Nachkriegsmoderne	110
1.1.3. Die Bandbreite der Lösungen als Charakteristik der Nachkriegsarchitektur	114

1.2.	Modernität und Fortschrittlichkeit durch Anknüpfen an die Zwischenkriegsmoderne	123
1.2.1.	Der moderne Schulbau als Vorbild	123
1.2.2.	Anknüpfungen an den modernen Kirchenbau der Zwischenkriegszeit ..	132
1.3.	Zentrale Themen der Nachkriegsgesellschaft in der Architektur.....	140
1.3.1.	Reduktion und Bescheidenheit als moralische Leitbilder	140
1.3.2.	Zeltkirchen für das „wandernde Gottesvolk“	145
1.4.	Neue Städte im neuen Staat: Die Bebauung als Spiegel der Eingliederung in den architektonischen Orientierungsprozess	148
2.	Toponyme und Bildwerke als Träger der Erinnerungskultur.....	150
2.1.	Toponyme: Verbergen und Offenlegen der Entstehungsgeschichte	152
2.2.	Bildwerke: „Arbeit schafft Heimat“	156
2.2.1.	Aufbauleistung als zentrale Erzählung.....	156
2.2.2.	Kontinuitäten der künstlerischen Darstellung im Bereich der Kunst am Bau	167
2.3.	Die Erinnerungskultur der Vertriebenenstädte als Teil und Spiegel des kollektiven Gedächtnisses der Nachkriegszeit	171

V. Die Vertriebenenstädte als Brennglas der Nachkriegsbundesrepublik..... 172

VI. Verzeichnisse..... 181

1.	Quellenverzeichnis	181
2.	Literaturverzeichnis.....	183
3.	Abbildungsverzeichnis	198

Band 2: Abbildungen

I. Einleitung

1. Gegenstand

Gegenstand der Arbeit sind fünf Stadtgründungen in Bayern auf dem Gelände ehemaliger Rüstungswerke, die vornehmlich von Flüchtlingen und Vertriebenen bewohnt und meist auch von diesen initiiert wurden. Die Städte bildeten dabei einen – wenngleich prozentual geringen – Anteil an der Aufnahme und langfristigen Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen. Von den etwa elf Millionen Menschen, die insgesamt in den vier Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik und DDR aufgenommen und mit Wohnraum versorgt werden mussten, kamen knapp zwei Millionen allein nach Bayern. Während diese nach einer provisorischen Erstunterbringung in Privathaushalten oder Flüchtlingslagern vor allem in den bestehenden Städten, meist in Form von Stadtrandsiedlungen, eine neue Bleibe fanden, entstanden in Bayern in fünf Fällen neue, eigenständige Ansiedlungen. Dazu gehören die drei oberbayerischen heutigen Kleinstädte mit etwa 20.000 Einwohnern Geretsried bei Wolfratshausen, südlich von München, das östlich davon gelegene Waldkraiburg im Landkreis Mühldorf und das südöstlich gelegene Traunreut im Landkreis Traunstein sowie Neutraubling in der Nähe von Regensburg und Neugablonz, das als einziges keine eigene Kommune, sondern einen Stadtteil von Kaufbeuren bildet (Abb. I.1). Es handelt sich jedoch um eine städtebaulich abgeschlossene Einheit, die zudem dem gleichen Entstehungsmuster der Besiedelung von Rüstungswerken durch Flüchtlinge und Vertriebene ab 1946/47 folgte.¹ Den Standort lieferten vor allem großflächige Sprengstofffabriken, die Ende der 1930er Jahre im Zuge der nationalsozialistischen Aufrüstungspolitik gebaut worden waren. Aus Tarnungsgründen waren diese in weitläufigen Waldgebieten, in Bayern vor allem im ländlichen Süden, angelegt worden. Einzig in Neutraubling bildete eine ehemalige Fliegerkaserne und späteres Flugzeugwerk aus der gleichen Bauzeit den Ausgangspunkt für die Ansiedlung.

Wie im Fall von Neugablonz bereits angedeutet, wird der Begriff der Stadt in dieser Arbeit als urbanistischer Terminus verwendet, bei dem die Form als städtebaulich geschlossene Siedlungseinheit mit eigener Infrastruktur und meist auch eigener Verwaltung im Fokus steht. Verwaltungsrechtlich waren die Vertriebenenstädte – mit Ausnahme von Neugablonz – 1950

¹ Auch in der Literatur wird Neugablonz mit zu den Vertriebenenstädten gezählt, vgl. z.B. *Schütz, Otto*: Die neuen Städte und Gemeinden in Bayern. Hannover 1967 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 48). – *Pfeil, Elisabeth*: Städtische Neugründungen. In: *Lemberg, Eugen; Edding, Friedrich* (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Politik und Geistesleben. Kiel 1959, S. 500–520.

und 1951 als Gemeinden gegründet worden und erhielten in diesem Sinne erst ab etwa 1960 den Titel Stadt.

Auch in anderen Bundesländern entstanden Vertriebenenstädte nach dem genannten Muster. Allerdings blieb es dort bei Einzelfällen wie Espelkamp in Nordrhein-Westfalen oder Stadtallendorf in Hessen. Weitere Fälle wiederum erreichten nicht oder erst spät deren Ausmaß.² In ihrer Häufung stellen die Vertriebenenstädte in Bayern damit eine eindeutige Ausnahme dar. Die gemeinsame Besatzungszone und später das gemeinsame Bundesland Bayern bieten zudem vor allem für die Entstehungsbedingungen eine optimale Vergleichsbasis, was zusammen die Wahl der bayerischen Vertriebenenstädte als Untersuchungsgegenstand begründet.

2. Forschungsstand

In der historischen Analyse der urbanistischen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland fanden die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gelände ehemaliger Rüstungswerke gegründeten Vertriebenenstädte bisher keine Beachtung. Zwar werden in den Publikationen zum Städtebau des 20. Jahrhunderts oder auch direkt zur Nachkriegszeit der Wiederaufbau und die neuen Stadtrandsiedlungen behandelt, die zum Teil als „neue Städte“³ bezeichnet werden, nicht aber die tatsächlichen Neugründungen eigenständiger Gemeinden in Bayern, für die spätestens zu den Gemeindegründungen 1950/51 auch städtebauliche Planungen erstellt wurden. Daher wird in der Literatur bis heute die ab 1956 geplante Sennestadt bei Bielefeld als erste Nachkriegsgründung in Deutschland geführt.⁴

Zu einzelnen der Vertriebenenstädte erschienen zwar in jüngerer Zeit einige kultur- und sozialhistorische Publikationen, die jedoch keine städtebaugeschichtliche Perspektive einnehmen. Zu Espelkamp legte Hannelore Oberpenning 2002 eine umfangreiche Arbeit vor, die sich vor allem mit dem personellen und institutionellen Hintergrund des Projektes auseinan-

² Hannelore Oberpenning untersucht in ihrer Arbeit von 2002 die Neugründung Espelkamp. Neben den bayerischen Vertriebenenstädten und Stadtallendorf gibt sie als „neue Städte in der Bundesrepublik aus ehemaligen militärischen Anlagen“ mit weniger als 10.000 Einwohnern noch Truppenkamp und Wahlstedt in Schleswig-Holstein, Zeven, Langendam und Hambühren in Niedersachsen, Rottershausen in Bayern und Neuenheerse in Nordrhein-Westfalen an. *Oberpenning, Hannelore: „Arbeit, Wohnen und eine neue Heimat ...“. Espelkamp – Geschichte einer Idee.* Essen 2002.

³ Vgl. z.B.: *Irion, Ilse; Sieverts, Thomas: Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne.* Stuttgart 1991.

⁴ *Düwel, Jörn; Gutschow, Niels: Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen – Projekte – Akteure.* Stuttgart, Leipzig, Wiesbaden 2001, S. 192, 193. – Zur historischen Stadtbauforschung der Nachkriegszeit vgl. außerdem: *Durth, Werner; Gutschow, Niels: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950. Bd. 1.* Braunschweig, Wiesbaden 1988. – Oder als gekürzte Taschenbuchausgabe: dies.: *Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940–1950.* München 1993. – *Diefendorf, Jeffry M.: In the wake of war. The reconstruction of German cities after World War II.* New York, Oxford 1993. – *Beyme, Klaus von; Durth, Werner; Gutschow, Niels; Nerdinger, Winfried; Topfstedt, Thomas (Hrsg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit.* München 1992.

dersetzt, während die städtebauliche Planung auf einer Seite abgehandelt wird.⁵ Elisabeth Fendl verfasste 2006 ihre Dissertation über die „Aufbaugeschichten“ zu Neutraubling, in der sie das subjektive Erleben und Erinnern der Stadtgründung analysierte. Manfred Heerdegen beschreibt in einem Aufsatz von 2003 die politischen Implikationen und Schwierigkeiten bei der Namensgebung von Neugablonz.⁶

Zu den Stadtgründungen für Vertriebene insgesamt existieren einige wirtschaftsgeographische Arbeiten, die sich jedoch ebenfalls kaum mit städtebaulichen Fragen beschäftigen. Meist stehen die wirtschaftlichen Aspekte von Raumplanung und Industrieansiedlung im Vordergrund.⁷ Eine 1954 erschienene Monographie und ein 1959 entstandener Aufsatz der Soziologin Elisabeth Pfeil untersuchen die Vertriebenenstädte im städtebautheoretischen Kontext und ziehen unter anderem Vergleiche zu den englischen Stadtgründungen nach dem Zweiten Weltkrieg, gehen dabei aber nicht auf die konkrete Stadtplanung im Einzelnen ein.⁸ Die ausführlichsten Daten zu den neuen Städten liefert Otto Schütz, zeitweiliger Leiter der Ortsplanungsstelle der Regierung von Oberbayern, in seiner 200-seitigen Arbeit von 1967.⁹ Die Angaben zur Stadtplanung bleiben jedoch wieder knapp. Eine Beschreibung der Stadt-

⁵ Oberpenning 2002, S. 62, 63.

⁶ Fendl, Elisabeth: Aufbaugeschichten. Eine Biographie der Vertriebenengemeinde Neutraubling. Zugl.: Wien, Univ., Diss., 2005. Marburg 2006 (Schriftenreihe der Kommission für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V. 91). – Heerdegen, Manfred: Kaufbeuren-Hart oder Kaufbeuren-Neugablonz? Der Konflikt um die Benennung einer Vertriebenengründung im Regierungsbezirk Schwaben 1946–1952. In: Kriegsende und Neubeginn. Konstanz 2003, S. 359–381.

⁷ Guthsmuths, Willi: Die Eingliederung als Gegenstand der Landesplanung. In: Raumforschung und Raumordnung 16 (1958), 3. – Schütz 1967. – Witzmann, Karlheinz: Die Bedeutung der drei neuen Gemeinden Oberbayerns. In: Verein Bayerland e.V. (Hrsg.): Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut. München o.J. (1960), S. 34–40. – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Die neuen Städten und Gemeinden in Bayern und ihre Entwicklung seit 1963. Hannover 1986 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 94). – Aus dem Jahr 1986 liegt außerdem eine „stadtgeographische Analyse“ zu Neutraubling als Diplomarbeit vor. Diese beschäftigt sich jedoch vor allem mit der gegenwärtigen Situation und gibt zur Gründungsphase nur einen kurzen geschichtlichen Abriss. Kauf, Germona: Neutraubling. Eine stadtgeographische Analyse. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Regensburg 1986.

⁸ In der Monographie von 1954 sollte anhand der bayerischen Stadtgründungen das Programm des sogenannten Ilgner-Plans auf seine Umsetzbarkeit untersucht werden, der vorsah, die Idee der Stadtgründungen auf ehemaligen Rüstungswerken als Ansiedlungskonzept für Vertriebene auf die ganze Bundesrepublik auszuweiten. Pfeil, Elisabeth: Neue Städte auch in Deutschland. Stadtgründungen auf der Grundlage gewerblicher Flüchtlingsunternehmen. Göttingen 1954 (Monographien zur Politik 3). – Pfeil 1959. – Zum Ilgner-Plan s. auch S. 44.

⁹ Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung gab 1986 eine Fortsetzung zu dieser Arbeit heraus, die aber bezüglich der Stadtplanung keine weitergehenden Informationen liefert. Die vergleichsweise neue Arbeit von Jörg Maier und Germano Tullio aus dem Jahr 1996 über „Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern“ enthält auch einen kurzen Abschnitt zu den Vertriebenenstädten. Die Autoren beziehen sich auf die auch hier genannte Literatur, die jedoch über längere Passagen einfach zitiert oder auch ohne Kennzeichnung fast wörtlich übernommen wird. Daher ergeben sich so gut wie keine neuen Informationen, sondern entstehen im Gegenteil eher Verständnisschwierigkeiten und fehlt überdies ein kritischer Umgang mit den Quellen. Schütz 1967. – Akademie für Raumforschung und Landesplanung 1986. – Maier, Jörg; Tullio, Germano: Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern. München 1996 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 4).

struktur fehlt gänzlich, sodass der Einfluss der militärischen Anlage auf die Planung weder hier noch bei Elisabeth Pfeil nachvollziehbar wird.

Ende der 1950er Jahre erschienen im Bereich der Volkskunde zwei Untersuchungen zu Neusiedlungen für Vertriebene und Flüchtlinge. Die Arbeiten von Alfred Karasek-Langer und einer Forschungsgruppe der Universität Tübingen behandeln jedoch alle neu entstandenen Ansiedlungen mit überwiegend aus Vertriebenen bestehender Bewohnerschaft und nicht speziell den Sonderfall der Neugründung selbständiger Gemeinden, sodass dementsprechend auch nicht die Verbindung von Städtebau und Rüstungswerk untersucht wird.¹⁰

Zu allen Städten existieren überdies zahlreiche Publikationen der Archive oder Stadt- beziehungsweise Gemeindeverwaltungen als Jubiläumsschriften, Stadtchroniken oder Ausstellungskataloge. Meist steht dabei gattungsbedingt die Würdigung der Aufbauleistungen und, in den neueren Publikationen, der aktuellen Prosperität im Vordergrund, sodass die Darstellungen einen (quellen-)kritischen Umgang mit dem Material notwendig machen. Vergleichende Bezugnahmen zu den anderen Vertriebenenstädten fehlen zudem.¹¹

Die Notwendigkeit einer kritischen Lektüre gilt jedoch nicht nur für die lokale Heimatliteratur, sondern zum großen Teil auch für (ältere) volkskundliche und geographische Arbeiten. Besonders bei Alfred Karasek-Langer werden die Stadtgründungen etwa als „Spätphase der Binnenkolonisation“ bezeichnet und als Fortsetzung der Ostkolonisation des Mittelalters interpretiert, wobei die Fähigkeit dazu auf „volkhafte“ Charakterzüge zurückgeführt wird.¹²

Eine sachlichere Einschätzung findet sich in der jüngeren Geschichtswissenschaft, die die Vertriebenenstädte im Kontext der Nachkriegsintegration in Bayern thematisiert. Hier liegt der Fokus vor allem auf wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Für städtebauliche Aspekte, aber auch für eine detaillierte Behandlung der Akteursgruppen und Entschei-

¹⁰ Karasek-Langer, Alfred: Neusiedlungen in Bayern nach 1945. In: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 2 (1956). – Bausinger, Hermann; Braun, Markus; Schwedt, Herbert: Neue Siedlungen. Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts Tübingen. Stuttgart 1959.

¹¹ In Auswahl: Gemeindeverwaltung Waldkraiburg: 10 Jahre Waldkraiburg. 1950-1960. Waldkraiburg 1960. – Kern, Konrad (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009c. – Landkreis Wolfratshausen: Festschrift zur Gründung der Gemeinde Geretsried. Wolfratshausen 1950. – Stadt Geretsried: Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999. – Gemeinde Traunreut: 10 Jahre Traunreut. 1950-1960. Trostberg 1960 – Ebert, Franz: Traunreut 1938-1960. Die Kampfstoffarbeiter. Die Pioniere. Die Munesier. Die junge Gemeinde. St. Georgen o.J. (1960). – Frank, Edith; Vilsmeier, Cäcilie: In Trümmern anfangen – aufbauen – leben. Dokumentation der Ausstellung über die Anfangsjahre Neutraublings: 1945-1961. Neutraubling o.J. (1996). – Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012. – Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986.

¹² So heißt es dort weiter: „Sie [die Stadtgründungen, B.W.] beweisen, daß in unserem Volke trotz langer Pause die Kraft dazu noch nicht erloschen war.“ Karasek-Langer 1956, S. 1. – Dieser verklärende Rückbezug wird auch von Elisabeth Pfeil übernommen. Pfeil 1959, S. 501. – Elisabeth Fendl stellt in ihrer Arbeit, als Beispiel einer jüngeren, quellenkritischen Analyse, diesen Kolonisationsbezug in mündlichen und schriftlichen Erzählungen ebenfalls als wiederkehrendes Deutungsmuster fest. Fendl 2006, S. 101.

dungsprozesse fehlt in dieser Perspektive der Raum. Die konkrete Untersuchung des Themas bleibt zudem die Ausnahme, wie der Aufsatz von Walter Ziegler aus dem Jahr 2003, der den Schwerpunkt wiederum auf die Sonderrolle von Neugablonz legt. Die zweibändige Aufsatz- und Quellensammlung, die 1984 von Friedrich Prinz herausgegeben wurde, bietet zu einzelnen Städten gut belegte Erläuterungen; auf die Zusammenhänge der Einzelentscheidungen, die zur Ansiedlung und späteren Gemeindegründung führten, wird jedoch nicht oder nur oberflächlich eingegangen. Eine gute, aber knappe Einordnung in den Integrationskontext geben außerdem Franz Josef Bauer und in jüngerer Zeit Marita Krauss.¹³

3. Fragestellung und zeitliche Eingrenzung

Der Blick auf den Forschungsstand zeigt, dass eine städtebauliche Perspektive auf das Thema der Vertriebenenstädte bisher fehlt; diese erscheint aufgrund von zwei Besonderheiten jedoch besonders lohnenswert: Zum einen handelt es sich um städtebauliche Neugründungen. Auch wenn Planungstheorien im 19. und 20. Jahrhundert nicht zuletzt in Deutschland eine große Rolle spielten und Architekten und Stadtplaner zahllose Konzepte und Modelle erarbeiteten, blieben praktische Umsetzungen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts die Ausnahme. So waren die während der nationalsozialistischen Herrschaft begonnenen Neugründungen Wolfsburg und Salzgitter in Deutschland die ersten seit Mitte des 19. Jahrhunderts.¹⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der Bundesrepublik zwar eine Vielzahl von Trabantensiedlungen als ‚neue Städte‘ nach zeitgenössischen Planungstheorien gebaut, die zum Teil auch über eigene Industriegebiete verfügten, also tatsächlich als unabhängige städtebauliche Einheiten funktionierten. Die Vertriebenenstädte jedoch, die allesamt ab dem Ende der 1940er Jahre geplant wurden, entstanden noch vor diesen und können damit als die ersten ‚neuen Städte‘ nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet werden, die bisher in der Forschung keine Beachtung fanden. Zum anderen handelt es sich um Städte mit einer weitgehend einheitlichen

¹³ Ziegler, Walter: Neugablonz. Eine neue Heimat für Vertriebene. In: Schmid, Alois; Weigand, Katharina (Hrsg.): Schauplätze der Geschichte in Bayern. München 2003. – Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. 2 Bde. München 1984. – Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950. Zugl.: München, Univ., Diss., 1980/81 u.d.T.: Bauer, Franz J.: Die Bürde der neuen Heimat. Stuttgart 1982 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3). – Krauss, Marita: Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns. Konflikte und Erfolge. In: Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael (Hrsg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999 (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Sondernr.), S. 55. – Dies.: Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern in vergleichender Perspektive. in: dies. (Hrsg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945. Göttingen 2008, S. 85.

¹⁴ Schneider, Christian: Stadtgründung im Dritten Reich, Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie, Ressortpolitik, Repräsentation. Zugl.: München, Techn. Univ., Diss., 1978. München 1979, S. 44.

Bewohnerschaft in Hinblick auf deren gemeinsame Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung. Wie oben erwähnt waren eigene Städte für Flüchtlinge und Vertriebene eine Ausnahme in der Integrationspraxis; in dieser Häufung in Bayern waren sie es ganz besonders. Eine in dieser Hinsicht derart homogene Bewohnerschaft wirft daher Fragen nach Auswirkungen auf den Städtebau auf.

Daraus ergibt sich die zentrale Fragestellung der Arbeit, nämlich welche städtebaulichen Lösungen – das heißt welches Planungskonzept und welche Bebauung – für die Neugründungen gewählt wurden, und wie diese im Vergleich zum üblichen Wiederaufbau und Integrationsgeschehen in der Bundesrepublik einzuordnen sind. Da Aufbau und Integration zu den Hauptaufgaben des neuen Staates in seiner Gründungsphase gehörten, lassen sich damit zugleich zusätzliche Erkenntnisse über diese Aspekte der bundesdeutschen Geschichte gewinnen. Um die Frage bearbeiten zu können, wird sie in folgende Teilaspekte untergliedert:

Welche Planungskonzepte wurden bei den Vertriebenenstädten verfolgt? Hier ist eine Besonderheit der Neugründungen zu berücksichtigen, die nicht als Planstädte auf der ‚grünen Wiese‘ entstanden sind, sondern auf den vorhandenen Strukturen ehemaliger Rüstungswerke. So wird zuerst der Frage nachgegangen, welche Rolle die Rüstungswerke bei der Planung spielten. Wurden die vorhandenen Straßen lediglich mit Neubauten ‚aufgefüllt‘, ähneln sie in diesem Sinne also eher gewachsenen Städten, oder lässt sich ein eigenständiges Planungskonzept feststellen? Da die Planungen der Städte bisher nicht untersucht wurden, suggeriert man damit eine weitgehende Konzeptlosigkeit des Aufbaus; dass sich dieser geradezu alternativlos aus den Anlagen der vorhandenen Rüstungswerke ergeben hätte. Ich gehe von der These aus, dass auch die Übernahme der Rüstungswerke planerische Freiräume ließ und der Umbau zu Städten planerische Entscheidungen forderte.

Dabei sind verschiedene Vorbilder und Quellen denkbar: Orientierten sich die Siedler an den bestehenden Städten ihrer jeweiligen Herkunftsgebiete? In diese Richtung weist eine der wenigen städtebaulichen Anmerkungen in der Literatur bei Elisabeth Pfeil: „Was aber wiedererstehen konnte, war vielleicht die Gewerbestadt, wie sie typisch im Sudetenland vorkam. Das Bild dieser Stadt vor Augen, konnte man vielleicht auch im 20. Jahrhundert und in einer industriebürokratischen Gesellschaft zum Städtegründer werden.“¹⁵ Ob tatsächlich die Herkunftsstädte eine Vorbildfunktion hatten, soll im Rahmen der Arbeit untersucht werden.

Oder aber orientierte man sich an zeitgenössischen Planungstheorien? Da die Städte aus Ansiedlungen ab 1946 entstanden und die Planungen zum Großteil zum Ende der 1940er Jahre erstellt wurden, stehen diese zugleich an der Schwelle zwischen nationalsozialistischem

¹⁵ Pfeil 1959, S. 502.

Staat und Bundesrepublik und deren jeweiligen Planungstheorien. Dies ist insbesondere von Interesse, da sich in Stadtplanung immer auch bestimmte Menschenbilder und gesellschaftliche Vorstellungen vom Zusammenleben niederschlagen. Gerade an der Schwelle vom faschistischen NS-Staat zur demokratischen Gesellschaft der Bundesrepublik, wenn auch anfangs eher als Zielsetzung der Besatzungsmacht, erhält die Frage nach der Verortung der Stadtplanung besondere Relevanz. Wurden die bis 1945 etablierten Ideen aufgegriffen und weitergeführt oder zeigen die neuen Städte im neuen Staat einen Bruch zu den vorherigen Ideen?

Im Hinblick auf die Sonderrolle als Neugründungen speziell für Vertriebene und Flüchtlinge schließt sich an die Frage nach der Stadt diejenige nach der Raumplanung an. Alle fünf untersuchten Städte folgten dem gleichen Entstehungsmuster einer Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen auf ehemaligen, nach Kriegsende funktionslos gewordenen Rüstungswerken aus der Zeit des Nationalsozialismus. Die These eines übergreifenden Integrationsprogramms scheint auf Grundlage dieses Befunds naheliegend. Wurde in Bayern eine Art Modellvorhaben verfolgt, das die Altlasten des Krieges in Form weitläufiger Industrieanlagen zur Bewältigung der Kriegsfolgen, nämlich der Integration nutzen wollte? Dieser These wird als Erweiterung der Planungsanalyse nachgegangen.

Neben der Stadtplanung, also der Konzeption für den Gesamtaufbau der Städte, bildet die realisierte Bebauung den zweiten Schwerpunkt der Untersuchung. Spiegelt sich die Besonderheit als Städte für Flüchtlinge und Vertriebene auch in der Architektur, zeigt sich also eine baulich wahrnehmbare Abgrenzung zur Aufnahmegesellschaft? Vorstellbar ist dies vor allem bei Neugablonz, dessen Bewohner aus derselben Stadt und umgebenden Region stammten und daher konkrete bauliche Zitate oder Rekonstruktionen erstellen konnten. Aber auch die Übernahme regionalspezifischer Architekturformen verschiedener Herkunftsgruppen in mehreren Vierteln ist denkbar. Oder sind die Städte auf architektonischer Ebene nicht vom sonst üblichen Neubau der 1950er Jahre zu unterscheiden? Vor allem in Hinblick auf die letztgenannte Hypothese wird hier die Fragestellung um den öffentlichen Raum erweitert. Wie sieht es dort mit der Erkennbarkeit ihrer Sonderrolle aus? Wurde hier die Geschichte der Städte und Bewohner, das heißt ihre Herkunft und Zwangsmigrationserfahrung im Stadtraum thematisiert, beispielsweise über Denkmäler, die an den Gründungshintergrund erinnern? Und welche Formen der Erinnerung wurden gewählt? Oder war die Assimilierung an die Aufnahmegesellschaft, also ein ununterscheidbares Aufgehen in dieser, den Bewohnern wichtiger, sodass derartige Zeugnisse im Stadtraum vielmehr vermieden wurden?

Ausgehend von diesen Fragen konzentriert sich der Untersuchungszeitraum auf die ersten Nachkriegsjahre als Ansiedlungs- und Planungsphase mit Rückgriff auf die Bauzeit der Rüstungswerke und wird für die architekturgeschichtliche Analyse bis zum Ende der 1950er Jahre als dem Ende der ersten Aufbauphase erweitert.¹⁶

4. Vorgehen und Material

Die vorgestellten Teilaspekte der Fragestellung nehmen verschiedene Ebenen des Städtebaus, von der Raumplanung bis zum öffentlichen Raum in den Blick. Der Aufbau der Arbeit folgt der schrittweisen Verkleinerung des Fokus der jeweiligen Ebene. Zunächst wird in Kapitel II die These einer übergreifenden Raumplanung als Integrationsprogramm untersucht. In Kapitel III stehen die Stadtplanung, also der Gesamtaufbau der einzelnen Städte, im Zentrum der Analyse. Abschließend werden in Kapitel IV.1 die Architektur und in IV.2 Denkmäler oder vergleichbare Trägermedien zur Vorgeschichte der Bewohner im öffentlichen Raum untersucht.

Zur Überprüfung der These einer integrationspolitischen Raumplanung mussten insbesondere die Rollen übergreifender Akteure, die in den nur als Einzelfallbeschreibungen verfügbaren Texten zur Entstehung kaum oder unzureichend behandelt werden, rekonstruiert und in der zeitlichen Aufnahmepolitik verortet werden. Dazu werden in Kapitel II zunächst die Wohnsituation in der Nachkriegszeit und die Aufnahmepraxis von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern nachgezeichnet. Anhand ausgewählter Einzelfallbeschreibungen zur Entstehung der Städte¹⁷ werden die maßgeblichen Akteure – sudetendeutsche Unternehmer und

¹⁶ Vgl. z.B.: *Hafner, Thomas*: Vom Montagehaus zur Wohnscheibe. Entwicklungslinien im deutschen Wohnungsbau 1945–1970. Mit ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg. Basel, Berlin, Boston 1993 (Stadt, Planung, Geschichte 13), S. 253.

¹⁷ Zwar stehen in Form der Publikationen zur jeweiligen Stadtgeschichte zahlreiche Texte zur Entstehung zur Verfügung. Wie in den Ausführungen zum Forschungsstand beschrieben geben diese jedoch häufig eine eingeschränkte Perspektive der Zeitzeugen und Erlebnissgeneration wider, die vor allem die Rolle übergreifender Akteure vernachlässigt. Zudem fehlen in der Regel – gattungsbedingt – Quellenbelege. Diese Arbeit stützt sich daher auf verfügbare wissenschaftliche Texte. Der Archivar des Neugablonzer Industrie- und Schmuckmuseums und der Archivar der Stadt Waldkraiburg publizierten Aufsätze auf fundierter Quellengrundlage: *Heerdegen, Manfred*: Die Ansiedlung der Gablonzer Industrie und die Anfänge von Neugablonz. In: Kulturamt der Stadt Kaufbeuren (Hrsg.): 50 Jahre Neugablonz. 1946–1996. Beiträge zu seiner Geschichte, seinen Menschen, seiner Industrie. Kempten 1996. – *Kern, Konrad*: Das Werk Kraiburg 1945–1950. in: ders. (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009a. – Für Geretsried stand die Arbeit von *Margarete Edlin* mit detailliertem wissenschaftlichen Apparat zur Verfügung. Material, das in Privatarchiven nicht zugänglich war, konnte als abgedruckte Zitatpassagen und Quellensammlung im Anhang genutzt werden. *Edlin, Margarete*: Meisterung des Flüchtlingsproblems im Landkreis Wolfratshausen. 1945–1948. Dokumentation zur Vorgeschichte der Stadt Geretsried. München 1976. – In Neutraubling wurde die Zulassungsarbeit von *Karl Uhl* aus dem Jahr 1959 genutzt und mit Quellenmaterial des Hauptstaatsarchivs aus der Besatzungszeit ergänzt. *Uhl, Karl*: Neutraubling als Beispiel einer neuen Siedlungsgemeinde. Unveröffentlichte Zulassungsarbeit für Lehramt. Universität München 1959. – Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Akten des Office of Military Government für

Hilfsorganisationen, die bayerische Landesregierung und die US-Militärregierung – identifiziert und deren Interessen und Intentionen mit Hilfe greifbarer Literatur¹⁸ sowie Akten des Bayerischen Hauptstaatsarchivs¹⁹ nachgezeichnet. Zusammen mit der komparativen Darstellung der Einzelfallbeschreibungen können so die Entstehungshintergründe gezeigt werden.

Zur Untersuchung der städtebaulichen Fragen in Kapitel III werden zunächst Ausgangslage und Planung rekonstruiert und anschließend beide zueinander in Bezug gesetzt, um den Grad der Neukonzeption zu bestimmen. Nach einem Vergleich der Ergebnisse der fünf Städte werden sowohl die Planungen als auch die Werksstrukturen in den Kontext der zeitgenössischen und vorangegangenen Planungstheorien gesetzt, um die Frage nach Zäsur oder Kontinuitäten nach Kriegsende erörtern zu können.

Da die Rüstungswerke teilweise im Krieg beschädigt und nach Kriegsende Teile der Anlagen gesprengt oder demontiert wurden, muss der Zustand nach dem Ende der Entmilitarisierung durch die US-Militärregierung als Ausgangspunkt für die Stadtplanung genommen werden. Als Quellengrundlage konnten dafür zum Teil Altlastenexpertisen herangezogen werden, die eine Arbeitsgruppe der Universität Mainz in den 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre für Geretsried, Waldkraiburg und Traunreut erstellt hatte, und in denen der Aufbau der

Germany (U.S.). – In Traunreut mussten die stadtgeschichtlichen Publikationen (ohne Quellenbelege) durch Quellenmaterial abgeglichen und ergänzt werden: *Effner, Axel*: Traunreut. Europastadt voller Dynamik. Traunreut 2009. – *Ebert o.J.* (1960). – Als Quellenbestände, v.a.: Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand. – Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl (Stadtplaner) von Christa Sollacher, 2002.

¹⁸ Zur Selbsthilfe sudetendeutscher Unternehmer, v.a.: *Stelzle, Walter*: Die Sudetendeutsche Hilfsstelle. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984, S. 83–96. – Zur Rolle der bayerischen Regierung bei der Ansiedlung typischer sudetendeutscher Gewerbebranchen anhand eines exemplarischen Beispiels, v.a.: *Pscheidt, Edgar*: Die Schönbacher Streich- und Zupfinstrumentenhersteller. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984c, S. 514–559. – Zur Rolle der US-Militärregierung, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit ehemaligen Rüstungswerken, v.a.: *Benz, Wolfgang*: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland. München 2005. – *Hopmann, Barbara*: Von der Montan zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916–1951. Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1995 u.d.T.: Hopmann, Barbara: Von der Montan zur IVG. Stuttgart 1996.

¹⁹ Das Quellenmaterial zu den Vertriebenenstädten ist aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten auf die Aktenbestände der Flüchtlingsverwaltung, des Arbeitsministeriums und des Wirtschaftsministeriums verteilt. Relevantes Material fand sich im Bestand des Wirtschaftsministeriums und den Akten der US-Militärregierung. Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Akten des bayerischen Wirtschaftsministeriums. – Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Akten des Office of Military Government für Germany (U.S.). – Zusätzlich wurden, insbesondere für Gesetze und Verordnungen der Besatzungsmächte, Quellensammlungen herangezogen: *Hemken, Ruth*: Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle. Direktiven im englischen Originalwortlaut mit deutscher Übersetzung. Stuttgart 1949. – *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 2: Dokumente. München 1984.

Rüstungswerke detailliert rekonstruiert ist.²⁰ In Geretsried wurde das Gutachten selbst als Grundlage verwendet, in Waldkraiburg liegt es in publizierter Form vor.²¹ Beide Versionen verfügen über Kartenmaterial, Legenden zu den Gebäudenutzungen und eine Kennzeichnung der gesprengten Gebäude. Die 2001 für Traunreut erstellte Expertise war für diese Arbeit nicht zugänglich. Hier wurde stattdessen auf im Stadtarchiv verfügbares, zeitgenössisches Planmaterial aus der Nachkriegszeit sowie erläuternde Textquellen zurückgegriffen.²² Für Neugablonz wurde vom Stadtarchiv und Stadtmuseum Kaufbeuren 1995 eine Monographie zum Rüstungswerk herausgegeben.²³ Für Neutraubling lieferte ein Aufsatz zum Flugzeugwerk, das hier den Ausgangspunkt der Stadt bildete, in einer der stadtgeschichtlichen Jubiläumsschriften die notwendigen Informationen.²⁴ Zusammen mit dem geographischen Institut der Universität Regensburg rekonstruierte die Autorin dafür unter Auswertung von Quellen des Militärarchivs in Koblenz den Plan der Anlage sowie eine Legende zu den Gebäudefunktionen und ergänzte den Nachkriegszustand durch Zeitzeugenberichte und Fotomaterial der britischen Luftwaffe.²⁵

Die Dichte des erhaltenen und zugänglichen Quellenmaterials zur Stadtplanung ist in den fünf Städten sehr unterschiedlich, sodass häufig Lücken durch alternatives Text- und Planmaterial oder publizierte Varianten geschlossen werden mussten. In Waldkraiburg stand im Stadtarchiv umfangreiches und gut sortiertes Planungs- und Textmaterial zur Verfügung. Der erhaltene Erläuterungsbericht zur Planung bot hier zudem im Vergleich die detailliertesten Ausführungen zum Konzept.²⁶ In Traunreut konnte im Stadtarchiv ebenfalls auf zahlreiche

²⁰ Vgl. dazu *Preuß, Johannes; Eitelberg, Frank*: Das Werk Kraiburg der Deutschen Sprengchemie GmbH. 1938–1945. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 91.

²¹ *Preuß, Johannes; Eitelberg, Frank; Wilmes, Peter*: Rekonstruktion der ehemaligen Rüstungsbetriebe in Geretsried, Deutsche Sprengchemie (DSC) und Dynamit-Actien-Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (DAG Verwert) Wolfratshausen. Unveröffentlichtes Gutachten. o.O. 1992. – *Preuß; Eitelberg* 2009.

²² Die Legende zu den Nutzungen der Werksgebäude war nur publiziert greifbar. Zusätzliche Beschreibungen zu Lage und Größe lieferte der Erläuterungsbericht zur Stadtplanung von 1950. In einem Bebauungsplan von 1953 sind die im Zuge der Entmilitarisierung gesprengten Gebäude verzeichnet. Vgl.: Lageplan der „Heeresmunitionsanstalt St. Georgen“. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung. – Legende abgedruckt in: *Ebert* o.J. (1960), S. 25. – Erläuterungsbericht zur Ortsplanung für Traunreut von Josef Rackl vom 31.10.1950. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 3. – Generalbebauungsplan für Traunreut vom 17.12.1953. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

²³ *Hübner, Hans-Joachim*: Die Fabrik Kaufbeuren der Dynamit-AG. Zur Vorgeschichte von Neugablonz. Kempten 1995 (Schriftenreihe von Stadtarchiv und Stadtmuseum Kaufbeuren 2).

²⁴ *Vilsmeier, Gabriele*: Der Flugplatz Obertraubling. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, 50–64.

²⁵ Die Karte erstellte Professor Karl Hermes vom Institut für Geographie der Universität Regensburg. *Vilsmeier* 1989, S. 54, 55.

²⁶ Im Aktenbestand der Montanverwaltung, d.h. der Treuhandverwaltung des Rüstungswerkes nach Kriegsende, fanden sich frühe Planungsversionen. Die eigentliche Stadtplanung in Form von Gesamtplänen („Wirtschaftspläne“) und Teilbebauungsplänen der ersten Wohngebiete lagen in einem eigenen Aktenbestand vor. Textmaterial zu den Planungen lieferte ein Aktenbestand der „Industriegemeinschaft“, einem Zusammenschluss der ersten Siedler. Dieses wurde durch einen publizierten Text des Stadtplaners aus dem Jahr 1955 ergänzt: Siedlungsplan-

Gesamt- und Teilbebauungspläne zurückgegriffen werden, hier allerdings als unsortierte Plansammlung.²⁷ Erläuternde Texte des Planers zur Konzeption konnten aus einem Nachlasskonvolut ergänzt werden.²⁸ Quellen zur frühen Planungsgeschichte fanden sich in einem ebenfalls unsortierten Bestand im Heimathaus Traunreut.²⁹ In Geretsried sind zwar im Stadtarchiv die Wirtschaftspläne aus der Gründungszeit erhalten, jedoch ohne Erläuterungsberichte.³⁰ Einige eher allgemeine Anmerkungen fanden sich in einem nur eine Seite umfassenden Text in der Festschrift zur Gemeindegründung.³¹ Zusätzlich wurden daher für die Rekonstruktion des Planungskonzepts frühere Entwürfe und Texte herangezogen, die vor allem in Form eines Nachlasskonvoluts des Planers Fritz Noppes im Stadtarchiv zur Verfügung standen.³² In Neugablonz fanden sich in den Archiven keine Unterlagen zur Planung des Stadtteils.³³ Hier konnte ersatzweise auf eine Dissertation von Erich Balon aus dem Jahr 1953 zurückgegriffen

entwurf von Fritz Noppes, Dezember 1947. Stadtarchiv Waldkraiburg. Montanverwaltung Akt-Nr. 22. – Siedlungsplanentwurf von Hubert Rösler vom Januar 1948. Stadtarchiv Waldkraiburg. Montanverwaltung Akt-Nr. 22. – Wirtschaftsplan Waldkraiburg, 1949. Stadtarchiv Waldkraiburg. Altregistratur Stadtbauamt, 610.2. – Wirtschaftsplan Waldkraiburg, 1952. Stadtarchiv Waldkraiburg. Akt-Nr. 6.10.2. – Bebauungsplan für das Wohngebiet 4, März 1952. Stadtarchiv Waldkraiburg. Akt-Nr. 6.10.15-16. – Bebauungsplan für das Wohngebiet 2, Juli 1952. Stadtarchiv Waldkraiburg. Akt-Nr. 6.10.13-14. – Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan für Waldkraiburg von Hubert Rösler vom Mai 1949. Stadtarchiv Waldkraiburg. Industriegemeinschaft. Akt-Nr. 21. – Programm für die Erstellung des Bebauungsplanes der Gemeinde Waldkraiburg vom 1.2.1954. Stadtarchiv Waldkraiburg. Industriegemeinschaft. Akt-Nr. 21. – [ohne Autor]: Waldkraiburg: 1. April 1950 – 1. April 1955. Ein Rechenschaftsbericht. Waldkraiburg 1955, S. 30–34.

²⁷ In der Arbeit wurden v.a. verwendet: Entwicklungsplan Traunreut, 1950. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung. – „Ergänzung zum Grünflächenplan des Übergabe- und Übernahmevertrages“ vom November 1959. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung. – Als Fotografie stand zur Verfügung: Stadtplanungsmodell Traunreut, 1952. Stadtarchiv Traunreut. Fotosammlung. – Ergänzend wurden zwei publizierte Entwicklungspläne mit verzeichnetem Baubestand genutzt: „Das Zukunftsbild Traunreuts“. Bestands- und Bebauungsplan. Abgedruckt in: Traunreuter Wegweiser, 1952 (Broschüre). Stadtarchiv Traunreut. – „Bebauungsplan von Traunreut“. Bestands- und Bebauungsplan. Abgedruckt in: Traunreuter Wegweiser, 1956 (Broschüre). Stadtarchiv Traunreut.

²⁸ Das Konvolut hatte die ehemalige Sekretärin des Stadtplaners Josef Rackl dem Archiv zur Verfügung gestellt. Aufschlussreich für das Konzept war insbesondere: „Erläuterungsbericht über Struktur, Entwicklung und Ortsbild von Traunreut“ vom 19.1.1954. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002. – Zum Teil ergänzende Informationen lieferte: Vortrag von Josef Rackl beim Verein Heimathaus e.V. über die Entstehung Traunreuts am 21.09.1981. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002.

²⁹ Neben einem Besichtigungsbericht im Vorfeld der Ansiedlung der Firma Siemens waren dies Briefe des späteren Stadtplaners zur Planung einer Werksiedlung für die Firma. V.a.: Besichtigungsbericht von Walter Mohr vom 21.4.1948. – Erläuterungen von Josef Rackl zur Planung der „Siemens-Schuckert-Werksiedlung, St. Georgen“ vom 12.7.1948. Alle: Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand.

³⁰ Für diese Arbeit verwendet wurden v.a.: Wirtschaftsplan Geretsried, 1949. – Wirtschaftsplan Geretsried, 1950. – Flächennutzungsplan Geretsried, 1962. Alle: Stadtarchiv Geretsried. Plansammlung.

³¹ „Raumplanung. Von Arch. Noppes“, In: *Landkreis Wolfratshausen* 1950, S. 27.

³² „Siedlungswerk Wolfratshausen. Vorentwurf für eine Siedlung im Fabrikgelände der D.A.G.“. Bebauungsplan von Fritz Noppes vom 27.7.1946. – „Siedlungswerks Wolfratshausen. Exposé über die Siedlung Wolfratshausen im Fabrikgelände der D.A.G.“, vom 1.8.1946. – „Raumplan für die Voralpenwerke bei Wolfratshausen“ vom 2.5.1947. – Raumplanungsskizze vom September 1947. Alle: Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes. – Zur Planung vom Mai 1947 konnten bei Margarete Edlin zitierte Erläuterungen von Fritz Noppes, aus einem Privatarchiv des damaligen Landrats, ergänzt werden: *Edlin* 1976, S. 19, 20.

³³ Dies betrifft sowohl das Stadtarchiv Kaufbeuren als zuständiges städtisches Archiv als auch das Archiv des Neugablonzer Industrie- und Schmuckwarenmuseums, das ebenfalls Quellen zur Geschichte Neugablonz sammelt.

werden, der sowohl Lage- als auch Flächennutzungspläne in seiner Arbeit publizierte.³⁴ Außerdem wurde die Publikation des Stadtplaners Rudolf Günther genutzt, der darin Planmaterial und Auszüge aus Erläuterungstexten seiner Planungen veröffentlichte.³⁵ Auch in Neutraubling musste auf Alternativen zurückgegriffen werden. Obwohl in der Literatur städtebauliche Planungen aus den 1950er Jahren erwähnt werden,³⁶ ist der früheste zugängliche Plan ein Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1962.³⁷ Frühere Überlegungen zur Stadtplanung konnten nur durch eine Textquelle aus dem Jahr 1949 rekonstruiert werden, die mit dem Plan aus den 1960er Jahren in Bezug gesetzt wurde.³⁸

Kapitel IV umfasst im ersten Teil die Analyse der Bebauung. Um untersuchen zu können, ob die Sonderrolle der Vertriebenenstädte in deren Architektur sichtbar wurde, wird hier das semiotische Konzept von Umberto Eco zugrunde gelegt.³⁹ Da diese Architektur als Kommunikationsmedium begreift, lässt sich mit dessen Hilfe zeigen, ob und inwiefern die Bebauung die Charakteristik der Stadt als Neugründung durch Flüchtlinge und Vertriebene sowie deren Integration kommuniziert.⁴⁰ Dazu wird das Material in Bezug zu typischen Bauweisen der Ankunftsregionen und vor allem der Architekturentwicklung der frühen Bundesrepublik gesetzt. Ein punktueller Vergleich mit der Architektur der Herkunftsgebiete, insbesondere im Fall der öffentlichen Gebäude in Neugablonz, ergänzt die Einordnung.

Dafür wurden der Wohnungsbau und die wichtigsten öffentlichen Bauaufgaben analysiert und jeweils sowohl Neubauten als auch (langfristig) weitergenutzte Werksgebäude einbezogen. Luftbilder und Einzelaufnahmen lieferten einen Querschnitt zum Wohnungsbau, bei dem auch zeitliche Entwicklungen berücksichtigt wurden. Neben Fotosammlungen der Stadtarchive und Abbildungen in den stadtgeschichtlichen Publikationen wurden in Neugablonz, Waldkraiburg und Geretsried zusätzlich Alben und Bestandsakten der Wohnungsbaugenossen-

³⁴ Balon, Erich: Altgablonz-Neugablonz. Vergleichende Untersuchung zur Ansiedlung der Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie in Bayern. Zugl.: München, Univ., Diss., 1952. Kaufbeuren 1953.

³⁵ Günther, Rudolf: Gablonz a.N. – Neugablonz. Mensch und Industrie. Wirklichkeit und Planung. Eine Baugeschichte. Schwäbisch Gmünd 1963.

³⁶ Gruber, Erwin: Bürgermeister und Gemeinderat/Stadtrat. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 168.

³⁷ Neutraubling. Vorbereitender Bauleitplan vom 7. Dezember 1962. Stadtarchiv Neutraubling. Plansammlung. – Die Plansammlung besteht für die 1950er Jahre v.a. aus Lage- und Bestandsplänen.

³⁸ „Aufbauplan für die Bebauung des ehemaligen Flugplatzgeländes Obertraubling (Industriesiedlung Obertraubling)“ der Kreisbauabteilung vom 10.5.1949. Stadtarchiv Neutraubling.

³⁹ Eco, Umberto: Einführung in die Semiotik. München 2002 (UTB Linguistik, Literaturwissenschaft, Philosophie 105).

⁴⁰ Vgl. hierzu auch die Ausführungen in der Einleitung zu Kapitel IV.1.

schaften ausgewertet.⁴¹ Als öffentliche Gebäude wurden Schulen, Kirchen und Rathäuser untersucht, ebenfalls durch Fotomaterial dokumentiert und hier durch Bauakten ergänzt.⁴²

Um die Frage beantworten zu können, ob außerhalb der Architektur die Geschichte der Städte und deren Bewohner im öffentlichen Raum thematisiert wurde, wird im zweiten Teil des Kapitels der theoretische Ansatz von Erinnerungskultur und kollektivem Gedächtnis herangezogen.⁴³ Dieser geht davon aus, dass eine Gesellschaft ein gemeinsames Bild ihrer Vergangenheit als Teil einer gemeinsamen Identität konstruiert und dieses über Trägermedien vermittelt. In dieser Arbeit werden Toponyme und Bildwerke als solche Medien im öffentlichen Stadtraum untersucht und in Bezug zur Erinnerungskultur in den 1950er Jahren zum Thema Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik und innerhalb der Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen gesetzt.⁴⁴

Bei den analysierten Toponymen handelt es sich um Straßen-, Schul- und die Ortsnamen, wobei für die erste Gruppe frühe Stadtpläne oder ersatzweise zeitgenössische Auflistungen als Materialgrundlage dienen.⁴⁵ Für die Zusammenstellung thematisch relevanter Bildwerke lie-

⁴¹ Einen ersten Überblick gaben die stadtgeschichtlichen Publikationen. Hier v.a.: *Rössler; Stütz* 1986. – *Kern* 2009c. – *Stadt Geretsried* 1999. – *Puhane, Mario H.*: Traunreut. Impressionen aus dem Alltag. Erfurt 2003 (Die Reihe Archivbilder). – *Frank; Vilsmeier* o.J. (1996). – *Stadtverwaltung Neutraubling*: Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989. – Vertiefend wurden, insbesondere für Luftbilder als Überblick, die Fotosammlungen der jeweiligen Stadtarchive genutzt. In Neugablonz, Waldkraiburg und Geretsried wurden auch Alben oder Bestandsakten der Baugenossenschaften ausgewertet, die hier einen breiten Anteil am Baugeschehen hatten: Archiv des Neugablonzer Industrie- und Schmuckmuseums. Bildband des Gablonzer Siedlungswerks (o.J.). – Stadtarchiv Waldkraiburg. Bildband der Wohnungsbaugenossenschaft zur Fertigstellung der 1.000. Wohnung (o.J.). – Wohnungsbaugenossenschaft Geretsried. Bestandsakten. – In Waldkraiburg bot zu den weitergenutzten Werkssiedlungen ein Aufsatz über dessen Architekten wertvolles Material: *Kern, Konrad*: Architekt Emil Freymuth und seine Bauten in Waldkraiburg. In: *Unser Waldkraiburg. Geschichts- und Heimatblätter des Fördervereins Stadtmuseum Waldkraiburg e.V.* 7 (2003), S.51–64.

⁴² Angaben zur Baugeschichte lieferten meist die entsprechenden Aufsätze in den stadtgeschichtlichen Publikationen. Im Fall der Kirchen standen bei namhaften Architekten zum Teil Beschreibungen in kunstgeschichtlichen Aufsätzen zur Verfügung. So etwa zur katholischen Kirche in Traunreut: *Peter, Franz*: Döllgast, der Kirchenbauer. In: Technische Universität München; Bund Deutscher Architekten (Hrsg.): Hans Döllgast. 1891–1974. München 1987, S. 116–159. – Zur katholischen Kirche in Neugablonz: *Laible, Ulrike*: Thomas Wechs und der Sakralbau. In: *Nerdinger, Winfried* (Hrsg.): Thomas Wechs, 1893–1970. Architekt der Moderne in Schwaben. Berlin 2005 (Schriften des Architekturmuseums Schwaben 6), S. 17–47. – Zusätzlich wurden, soweit greifbar, die Bauakten der Gebäude ausgewertet, die in den meisten Fällen die jeweiligen Stadtbauämter zur Verfügung stellen konnten. Insbesondere im Schulbau dienten hier die Grundrisszeichnungen zur Analyse der Typologie, die im Schulbau der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle spielte (Die Quellenangaben finden sich in den Textbelegen und im Abbildungsverzeichnis).

⁴³ V.a. *Assmann, Aleida*: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.

⁴⁴ Vgl. hierzu auch die Ausführungen in der Einleitung zu Kapitel IV.2.

⁴⁵ Liste der im Januar 1952 beschlossenen ersten Straßennamen in Geretsried. Abgedruckt in: *Rudolf, Franz*: Geretsrieder Straßennamen, wie sie entstanden und was sie bedeuten. Ein halbes Jahrhundert Verkehrspolitik in Geretsried. Geretsried 2008 (Geretsrieder Hefte 1), S. 50. – Ortsplan Waldkraiburg. Herausgegeben von der Gemeinde Waldkraiburg. o.O. 1954 (eigenes Exemplar). – Stadtplan Neutraubling, 1961. Stadtarchiv Neutraubling. Plansammlung. – Stadtplan Neugablonz, 1965. Abgedruckt in: *Gablonzer Archiv und Museum e.V.* (Hrsg.): Neugablonz. Die Stadt der Vertriebenen. o.O. 1965, S. 11. – Liste der Straßennamen in Traunreut (1964). In: *Zerlik, Sigrid*: Die Neugemeinde Traunreut im Chiemgau in volkskundlicher Sicht. Versuch einer Bestandsaufnahme. In: *Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde* 8 (1964), S. 4, 5.

ferten, ähnlich wie im Wohnungsbau, die stadtgeschichtlichen Publikationen, Fotosammlungen der Stadtarchive und die oben genannten Bildbände der Baugenossenschaften einen gut fundierten Überblick. Dazu existieren in einigen Städten Listen und Aufsätze zu den Denkmälern im Stadtraum.⁴⁶ Ergänzt wurden die Ergebnisse durch eine Liste der Mahn- und Gedenkstätten des Bundes der Vertriebenen.⁴⁷

Die einzelnen Analyseebenen – Raumplanung, Stadtplanung, Architektur und öffentlicher Raum – werden im letzten Schritt der Arbeit zusammengezogen. So können die quer zu diesen Ebenen verlaufenden charakteristischen Ergebnisse destilliert und im städtebauhistorischen und erinnerungstheoretischen Kontext der Nachkriegsbundesrepublik verortet werden.

⁴⁶ Danner, Johannes; Puhane, Mario; Schubert, Hans J.: Flur- und Kleindenkmäler in der Stadtgemeinde Traunreut. Traunreut 2011 (Steiner Burgbrief 20). – Liste „Kunstdenkmäler Waldkraiburg“, Konrad Kern (Stadtarchivar) vom 28.10.1999. Stadtarchiv Waldkraiburg. – Vilsmeier, Cäcilie: Denk mal! Die Denkmäler der Stadt Neutraubling. In: Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012, S. 207–214.

⁴⁷ *Bund der Vertriebenen*: Mahn- und Gedenkstätten. Bayern (A-L). o.J. Online unter: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/pdf-mahnmal/bayern-1.pdf> (zuletzt geprüft am 20.8.2016). – Und: ders.: Mahn- und Gedenkstätten. Bayern (L-Z). o.J. Online unter: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/pdf-mahnmal/bayern-2.pdf> (zuletzt geprüft am 20.8.2016).

II. Geplante Stadtgründungen oder Zufallsprodukt? Entstehungsbedingungen und -zusammenhänge der Nachkriegszeit

1. Die Ausgangslage: Wohnraummangel und arbeitsmarktpolitische Fehlverteilung

Die Wohnungssituation der direkten Nachkriegsjahre in Deutschland war vor allem von zwei Komponenten bestimmt: Zum einen lag durch die Bombardierungen der letzten Kriegsjahre ein großer Teil des Wohnraums in den Städten, vor allem den Großstädten, in Trümmern und zum anderen kamen seit dem Winter 1944/1945 Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen, die auf Dauer eine Unterkunft finden mussten, in die vier Besatzungszonen. Aber nicht nur diese Personengruppen, die dauerhaft eine Bleibe benötigten, beanspruchten in der Nachkriegszeit Wohnraum. Ganz Europa befand sich in Bewegung. Viele Menschen waren gleichzeitig auf dem Weg zurück in ihre alte oder eine neue Heimat. In diesem „Europe on the move“⁴⁸ musste man sich im zerstörten Deutschland in vielen Fällen über mehrere Jahre auf ein ‚improvisiertes Wohnen‘ in überfüllten Wohnungen, notdürftig instand gesetzten Ruinen oder Lagern einstellen. Die Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen vornehmlich auf dem Land half zwar kurzfristig den Wohnraummangel in den Städten nicht noch weiter zu verschärfen, offenbarte sich jedoch längerfristig als Fehlverteilung im Arbeitsmarkt.

1.1. Die Wohnsituation in der Nachkriegszeit: „Verteilung des Mangels“

In den Städten, und darunter vor allem in den Großstädten, standen die Verluste, die der Krieg mit sich gebracht hatte, buchstäblich als Trümmerwüste vor Augen, wie Alfred Döblin 1945 schrieb: „Das flache Land sieht gepflegt aus [...]. Wüst sind nur die Städte. Und wie wüst.“⁴⁹

Direkt nach Kriegsende war noch ein Großteil der Bewohner – deutschlandweit etwa zehn Millionen Menschen – auf dem Land untergebracht, wohin sie während des Krieges evakuiert worden oder in eigener Initiative vor den Luftangriffen geflohen waren, sodass der massive Wohnungsmangel anfangs gering blieb.⁵⁰ Ein Großteil der Evakuierten kehrte jedoch schon in

⁴⁸ Kulischer, Eugene M.: Europe on the move. War and population changes. 1917–47. New York 1948.

⁴⁹ Zitiert nach Durth, Werner: Vom Überleben. Zwischen totalem Krieg und Währungsreform. In: Andritzky, Michael; Flagge, Ingeborg (Hrsg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart 1999, S. 21.

⁵⁰ Nach der „erweiterten Kinderlandverschickung“ ab Herbst 1940 hatten die Nationalsozialisten im Frühjahr 1943 im großen Stil mit einer „gesteuerten Umquartierung“ begonnen. Diese diente jedoch nicht in erster Linie dem Schutz der Zivilbevölkerung, sondern sollte vor allem Wohnraum für kriegswichtige Arbeitskräfte freigeben. Krause, Michael: Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wieder-

den ersten beiden Nachkriegsjahren in die Heimatstädte zurück, und der Wohnungsmangel wurde zum massiven Problem.⁵¹ Auf Anordnung der Besatzungsmächte verhängten die städtischen Behörden strenge Zuzugssperren.⁵²

Schon zu Kriegsbeginn hatte ein aus der Weimarer Republik verschleppter Wohnraumbedarf bestanden, den auch die Nationalsozialisten entgegen aller Propaganda nicht hatten ausgleichen können. Im Gegenteil war der Wohnungsbau zugunsten der Aufrüstung schließlich nahezu ausnahmslos gestoppt worden. Durch Luftangriffe waren in den westlichen Besatzungszonen etwa 2,3 Millionen Wohnungen vollständig zerstört worden und ein weit größerer Teil von insgesamt etwa 18,3 Millionen Wohnungen im Gebiet des gesamten Deutschen Reichs in unterschiedlichem Maß beschädigt. Durch die einströmenden Flüchtlinge und Vertriebenen, die zusätzlich versorgt werden mussten, kam dazu ein weiterer geschätzter Bedarf von etwa 2,3 Millionen Wohnungen. Zu Beginn der 1950er Jahre fehlten somit etwa 4,8 Millionen Wohnungen in den westlichen Besatzungszonen oder, anders ausgedrückt, für etwa ein Viertel der Bevölkerung stand de facto kein angemessener Wohnraum zur Verfügung.⁵³

Um des Problems Herr zu werden, wurde der verbliebene Wohnraum rationiert und zwangsweise zugeteilt. Dazu trat am 8. März 1946 das Gesetz Nr. 18 des Alliierten Kontrollrats zur Wohnraumbewirtschaftung in Kraft. Schon während des Krieges hatte man eine solche staatliche Zwangsvergabe eingeführt, die die Besatzungsmächte nach Kriegsende noch strenger fortsetzten. Durch eine für Oktober 1946 angesetzte Wohnraumerfassung sollte das Wenige, das an Wohnmöglichkeiten geblieben war, möglichst umfassend registriert und effizient verteilt werden. Die zurückkehrenden Stadtbewohner und mehr noch die ab 1946 in

eingliederung der Evakuierten in Deutschland, 1943–1963. Düsseldorf 1997 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 109), S. 146–156. – Genaue Angaben sind aus verschiedenen Gründen schwierig, so wurden zum Beispiel auch Flüchtlinge, die vor der Roten Armee flohen, als Evakuierte bezeichnet, oder aber Evakuierte in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße wurden zu Flüchtlingen und Vertriebenen. Krause 1997, S. 16, 17 und 200–203.

⁵¹ In Stuttgart beispielsweise wohnten bei Kriegsende noch 265.000 Menschen, für die auch annähernd genügend Wohnraum zur Verfügung stand. Schon wenige Monate später, zum Dezember 1945, waren etwa 100.000 evakuierte Stuttgarter in ihre Stadt zurückgekehrt und bis zum Jahresende 1948 war mit etwa 470.000 Menschen bereits fast wieder der Vorkriegsstand erreicht. Da in diesem Zeitraum noch kein neuer Wohnraum gebaut wurde, standen rund 200.000 Menschen theoretisch auf der Straße. Krause 1997, S. 199, 200.

⁵² Krause 1997, S. 16, 17 und 201. – Hafner 1993, S. 27.

⁵³ Zum Defizit vor Kriegsausbruch, vgl. z.B.: Hafner 1993, S. 27, 28. – Die Zahlen für die Nachkriegszeit stammen aus einer Erhebung des Bundeswohnungsministeriums von 1950, geben jedoch auch ungefähr den Stand nach 1945 wieder. Vor Währungsreform, Staatsgründung und dem ersten Wohnungsbaugesetz von 1950 blieb der neu gebaute oder instandgesetzte Wohnraum mit etwa einer Million bescheiden. Durch die etwa 1,2 Millionen neuen Haushaltsgründungen seit 1946 brachte er in der Gesamtbilanz für das Ausgangsdefizit kaum einen spürbaren Ausgleich. Zu den Erhebungen des Bundeswohnungsministeriums, vgl.: Harlander, Tilman: Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik. In: Andritzky, Michael; Flagge, Ingeborg (Hrsg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart 1999, S. 237, 238.

Massentransporten eintreffenden Vertriebenen verstärkten den Druck, rasch zu reagieren, so dass die „gleichmäßige Verteilung des Mangels“⁵⁴ zur Strategie der Stunde wurde.⁵⁵

Trotz dieser Maßnahmen reichte der Wohnraum in den Städten nicht, sodass sich einige mit Provisorien begnügen mussten. Ohnehin ließ die Definition von Wohnraum im Wohnungsgesetz von 1946 Raum für Interpretationen.⁵⁶ Menschen lebten in Kellern, notdürftig instand gesetzten Ruinen, Baracken, Behelfsheimen, Gartenlauben – kurz gesagt allem, was sich für Wohnzwecke verwenden ließ. Bei einer Wohnungserhebung im Oktober 1946 in Bayern wurden fast 98 Prozent der erfassten Unterkünfte als ‚wohnwürdig‘ eingestuft, da der Begriff aufgrund der Ausnahmesituation sehr weit gefasst wurde.⁵⁷ Als ‚wohnwürdig‘ galten neben den regulären Wohnungen (deren Wohnwürdigkeit schon aufgrund der massiven Überbelegung fragwürdig wurde), allgemein Räume mit mehr als sechs Quadratmetern Fläche sowie gewerbliche Gebäude, Baracken und Behelfsheime, die als Wohnprovisorien vielerorts das Stadtbild prägten.⁵⁸ Gartenlauben und selbst errichtete Schwarzbauten ergänzten das Wohnprogramm der direkten Nachkriegszeit.⁵⁹

⁵⁴ So betitelt Thomas Hafner seinen Abschnitt zur Wohnsituation der ersten Nachkriegsjahre: *Hafner* 1993, S. 22.

⁵⁵ Das Zusammenleben mehrerer Haushalte in einer Wohnung stellte in der Nachkriegszeit den Normalfall dar. Thomas Hafner zieht daher in seiner Arbeit über den Wohnungsbau in der Bundesrepublik nach 1945 für die Zeit der Besatzung den Vergleich mit der Wohnsituation im Deutschen Kaiserreich: „Bis zum ersten [sic!] Weltkrieg war die sog. ‚proletarische Wohngemeinschaft‘ – das Zusammenleben von Familien mit Untermietern in einer nicht abgeschlossenen Wohnung – ein wesentliches, von zeitgenössischen Wohnreformern heftig kritisier-tes Kennzeichen der Wohnsituation der Bevölkerung. Die unmittelbare Nachkriegszeit muß als Rückfall in diese Zeit betrachtet werden.“ *Hafner* 1993, S. 30. – Nicht nur während der Besatzungszeit wurde der Wohnraum zwangsverwaltet. Noch 1953 erließ die Bundesrepublik ein ähnliches Gesetz, um dem weiterhin drängenden Wohnungsproblem zu begegnen, das sich erst allmählich entspannte. Noch 1956 fehlten Wohnungen für etwa eine Dreiviertel Million Haushalte, also etwa zweieinhalb bis drei Millionen Menschen. *Haertle, Karl-Maria*: Die Wohnungssituation der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984, S. 296. – *Harlander* 1999, S. 238.

⁵⁶ *Haertle* 1984, S. 272.

⁵⁷ *Hafner* 1993, S. 29. – *Krause* 1997, S. 201.

⁵⁸ In der britischen Besatzungszone, zum Beispiel in Hamburg, bildeten tonnenförmige Barackenunterkünfte, die sogenannten ‚Nissenhütten‘, ein typisches Straßenbild inmitten der zerbombten Stadt. Die von Ernst Neufert entworfenen und ab 1943 gebauten Behelfsheime boten im Gegensatz dazu abgeschlossene, wenn auch sehr beengte Privatheit. Diese bungalowartigen eingeschossigen Flachbauten waren als einzige von dem ab 1941 verhängten generellen Bauverbot ausgenommen und verloren auch lange Zeit nach den Luftangriffen nicht ihre Funktion. *Beyme, Klaus von*: Wohnen und Politik. In: *Andritzky, Michael; Flagge, Ingeborg* (Hrsg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart 1999, S. 93.

⁵⁹ So waren in Berlin-Pankow 1946 ein Drittel aller Wohnungen Lauben und Behelfsheime, die Stadt Bremen erlaubte im Gegensatz zur sonst üblichen Genehmigungspraxis auf bis zu 30 Quadratkilometern den Bau von festen Lauben für dauerhafte Wohnzwecke, und in Osnabrück wurde 1948 ein Antrag zum Abriss von Schwarzbauten von der Stadt abgelehnt. Das zeigt, dass diese zu unverzichtbarem Wohnraum geworden waren. *Beyme* 1999, S. 93.

1.2. Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen – Wohnraum auf dem Land und fehlende Arbeitsmöglichkeiten

Schwarz- und Behelfsbauten oder „proletarische Wohngemeinschaften“ gehörten somit in den „wüsten Städten“ der Nachkriegszeit zum Alltag. Doch wie sah es auf dem „gepflegten Land“ aus? Die Städte verhängten ihre Zuzugssperren nicht nur für die eigenen, evakuierten Bewohner, sondern schotteten sich auch gegen die einströmenden Flüchtlinge und Vertriebenen ab. Auf Anweisung der Besatzungsmächte wurden diese vornehmlich in den ländlichen Gebieten untergebracht, wo der Wohnraum zwar nicht durch Luftangriffe zerstört, aber aufgrund der vom Krieg verursachten Wanderungsbewegungen und Deportationen durch zusätzliche Bewohner verknappt war.

Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Ländern Europas und den an Polen abzutretenden Gebieten wurde auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 von den Alliierten festgelegt. Erst im November wurde eine Einigung darüber erzielt, wie diese auf die vier Besatzungszonen zu verteilen sei. Damit war die Grundlage für eine geordnetere Ausweisung geschaffen, wie sie von den USA angestrebt und vor allem während des Jahres 1946 durchgeführt wurde.⁶⁰

Die USA als Besatzungsmacht in Bayern sahen grundsätzlich die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge als Aufgabe der Deutschen an. Da Deutschland den Krieg verschuldet hatte, sollte es auch mit den Folgen – und dazu zählte entsprechend die erzwungene Bevölkerungsverschiebung – zurechtkommen. Allerdings hatte die Militärregierung gewisse Leitlinien für den Umgang mit dem Flüchtlingsproblem in ihrer Besatzungszone festgelegt. In Bayern gehörte dazu die Einrichtung einer Flüchtlingsverwaltung, die Ausarbeitung eines Flüchtlingsgesetzes für die rechtliche Gleichstellung und die Durchführung einer Bodenreform.⁶¹ Darüber hinaus bestanden die USA auf einer größtmöglichen Streuung der Ankommenden, da sie sich davon – ganz im Sinne des amerikanischen ‚melting pot‘ – eine möglichst schnelle und reibungslose Assimilierung erhofften. Die Flüchtlinge und Vertriebenen sollten soweit wie möglich in der Ankunftsgesellschaft aufgehen, um keine neuen Minderheitengruppen entstehen zu lassen, von denen man eine Destabilisierung der Nachkriegsgesellschaft befürchtete.

⁶⁰ Dieser gingen die Fluchtbewegungen, die schon vor Kriegsende einsetzten, und die sogenannten „wildten Vertreibungen“ voraus. Brandes, Detlef: „Säuberung von fremden Elementen“. Die Vertreibung und Zwangsausiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Aust, Stefan; Augstein, Rudolf (Hrsg.): Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. München 2005, S. 129–131.

⁶¹ Grosser, Thomas: Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Annäherungen an die Situation der Sudetendeutschen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel Bayerns. In: Lemberg, Hans; Křen, Jan; Kováč, Dušan (Hrsg.): Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948–1989. Essen 1998 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 10), S. 58–60.

tete. Bei der Unterbringung sollten Gemeindeverbände und sämtliche über den Familienverband hinausgehende Gruppen aufgelöst und gestreut werden.⁶²

In Bayern war man nach Kriegsende davon ausgegangen, dass es sich um eine vorübergehende Aufnahme der Flüchtlinge handelte und diese nach einer Übergangsphase – wie die zu Kriegszeiten aus Großstädten aufs Land evakuierten Personen – wieder in ihre Heimat zurückkehren würden.⁶³ Die Versorgung und Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen lag anfangs in den Händen der jeweiligen – vor allem der grenznahen – Kommunen. Allerdings fühlten sich diese oft nicht zuständig oder verfügten schlicht nicht über die nötigen finanziellen Mittel, um die Aufgabe zu bewältigen. Ein Bericht des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) vom Juli 1945 konstatierte daher: „[...] deshalb irren die Flüchtlinge ohne Unterstützung und Betreuung im Lande umher, sind ohne Bleibe, ohne Arbeit, ohne Brot, ohne Geld. Der Winter steigert das Flüchtlingselend zur Katastrophe.“⁶⁴ Im August 1945 übertrug die bayerische Regierung daraufhin dem BRK die Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen, das jedoch, wie sich herausstellte, allein der Aufgabe ebenfalls nicht gewachsen war.⁶⁵

Erst auf Druck der amerikanischen Besatzungsbehörden wurde in Bayern die staatliche Flüchtlingsverwaltung aufgebaut und bis November 1945 abgeschlossen. In der Folge begann ein organisierter Aufbau von Flüchtlingslagern.⁶⁶ Diese waren aufgrund des Assimilierungspostulats der Besatzungsmächte dezidiert nicht für eine längerfristige Unterkunft gedacht, sondern sollten lediglich als Durchgang zur ersten Aufnahme und Verteilung auf die Landkreise und Kommunen dienen. Nach der Erstaufnahme in einem der fünf Grenzlager folgte eine Zwischenstation in einem der Regierungsdurchgangslager der sieben Regierungsbezirke

⁶² Grosser, Thomas: Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945. In: Grosser, Christiane (Hrsg.): Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche Verwaltung und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden 1945–1949. Mannheim 1993 (Südwestdeutsche Schriften 14), S. 17, 18.

⁶³ Dies galt jedoch nicht nur für Bayern. Grosser nennt insgesamt die „bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft [...] eine Integrationsgesellschaft wider Willen“. Grosser 1998, S. 77.

⁶⁴ Pscheidt, Edgar: Die Flüchtlingslager in Bayern. Planung, Aufbau und Unterhaltung. In: Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984b, S. 203.

⁶⁵ Der Präsident des BRK beschrieb im September 1945 „wilde Flüchtlingslager an Stadträndern“ und berichtete generell von Überfüllung, fehlenden Betten und der Ausbreitung von Krankheiten durch fehlende Quarantänemöglichkeiten („offene Tuberkulosefälle in den Quartieren“). Pscheidt 1984b, S. 205.

⁶⁶ Bauer 1982, S. 42–45. – Im Folgenden wird der Schwerpunkt auf die Beschreibung der Flüchtlingslager in Bayern gelegt, die den Hintergrund für die Entstehung der in dieser Arbeit behandelten Vertriebenenstädte bilden. Allerdings kann die Situation dort, wie ein Blick in die Literatur zeigt, durchaus als exemplarisch für die Flüchtlingslager der Nachkriegszeit insgesamt angesehen werden. Vgl. z.B. Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Bonn 2008 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 712), S. 67–70. – Beer, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011 (Beck'sche Reihe 1933), S. 105–107.

und von dort die Verteilung auf Kreisdurchgangslager als letzter Station vor der Zuteilung von privaten Wohnräumen.⁶⁷

Zunächst wurden für die Flüchtlingslager vor allem vorhandene Unterbringungsmöglichkeiten gesichtet und beschlagnahmt. Neben Schulen, Turnhallen und Gaststätten zählten dazu Klöster und Schlösser und sogar ungenutzte Fabrikgebäude. Daneben erfuhren vor allem die zahlreichen im Nationalsozialismus aufgebauten Arbeiterlager und Militärlasernen nach Kriegsende eine mehrjährige Weiternutzung als Flüchtlingslager. Dazu gehörten Lager des Reichsarbeitsdienstes, ehemalige Zwangsarbeiterlager, aber auch ehemalige Konzentrationslager wie etwa das Konzentrationslager Dachau oder auch die Baracken des ehemaligen KZ Flossenbürg.⁶⁸

Die Unterbringung in privaten Wohnräumen funktionierte jedoch auch in den wenig zerstörten ländlichen Kommunen nicht so schnell wie gehofft. Trotz der schnellen Rückkehr der meisten Evakuierten in die Städte überschritt sich in den ersten ein bis zwei Jahren deren Wohnraumbedarf mit dem der Flüchtlinge und Vertriebenen. Bundesländer mit wenig urbaner Besiedlung, wie Bayern, hatten zudem während des Krieges auch Evakuierte aus Großstädten und städtischen Ballungsgebieten anderer Regionen aufgenommen. Ende 1946 lebten in Bayern insgesamt noch etwa 290.000 Evakuierte, deren Zahl bis 1948 annähernd gleich blieb.⁶⁹

Dies bedeutete oft eine zeitliche Rangfolge bei der Verteilung des Wohnraums im Sinne des Kontrollratsgesetzes Nr. 18. Krause fasst dies in seiner Arbeit über Evakuierte des Zweiten Weltkriegs folgendermaßen zusammen: „Einheimische und Evakuierte mußten noch einmal zusammenrücken, als Flüchtlinge und Vertriebene kamen, doch lebten diese unter den mit Abstand schlechtesten Bedingungen.“⁷⁰ Sie bekamen meist die kleineren und weniger gut ausgestatteten Räume zugeteilt und mussten sich häufiger als andere Gruppen zu mehreren Personen ein Zimmer teilen.⁷¹

⁶⁷ *Pscheidt* 1984b, S. 201, 202.

⁶⁸ Da die vorhandenen Lager und Gebäude nicht ausreichten, begann die Flüchtlingsverwaltung in Bayern im Dezember 1945 (bis zum Sommer 1946) zusätzlich mit dem Aufbau neuer Barackenlager. Trotz der bevorzugten Baustoffzuteilung für dieses Bauprogramm hinkte die Einrichtung dem Bedarf für die Unterbringung der ankommenden Vertriebenen Transporte hinterher, sodass Ende Januar in den meisten Grenzlager erst 500 statt der geplanten 3.000 Menschen aufgenommen werden konnten. *Pscheidt* 1984b, S. 205–208. – Außerdem: *Skriebeleit, Jörg*: Erinnerungsort Flossenbürg. Akteure, Zäsuren, Geschichtsbilder. Göttingen 2009, S. 87.

⁶⁹ Bayern zum Beispiel wurden als einem der „Aufnahmegau“ verschiedene „Entsendegau“ zugeordnet, zu denen Hamburg, Berlin, Wien und Teile des Rhein-Ruhr-Ballungsraumes gehörten. Diese „Außen-evakuierten“ (im Gegensatz zu den „Binnen-evakuierten“ aus den bayerischen Städten) machten hier bei Kriegsende fast zwei Drittel der etwa 680.000 Evakuierten aus. Die Länder dieser Aufnahmegebiete drängten daher bei den Besatzungsmächten auf Rückführung, womit ab Oktober 1946 in Bayern und Baden-Württemberg begonnen wurde. Nach Widerspruch der Städte wurde diese jedoch wieder eingestellt und blieb insgesamt ohne große Auswirkungen. Vgl. *Krause* 1997, S. 90, 98 und 212. – *Haertle* 1984, S. 280.

⁷⁰ *Krause* 1997, S. 226.

⁷¹ Krause führt hier eine Erhebung für das Hinterland von Darmstadt an, die er innerhalb seiner Untersuchung als durchaus repräsentativ bewertet: „77 Prozent der Flüchtlinge und 49 Prozent der Evakuierten lebten zu mehreren

Doch auch dann reichte der private Wohnraum nicht für alle. Trotz gegenteiliger Anweisungen und Vorgaben der US-Militärregierung mussten in den Kommunen Auffanglager für eine längerfristige Unterbringung eingerichtet werden. Als sogenannte ‚Notlager‘ boten sie nur unzureichend Platz und verfügten kaum über die unbedingt notwendige Ausstattung. Da sie überdies meist nur für eine Unterbringung in den wärmeren Jahreszeiten ausgelegt waren, mussten Baracken beispielsweise nachträglich mit Hilfe staatlicher Mittel ausgebaut und gedämmt werden.⁷²

Und noch weitere Gruppen neben Evakuierten, Flüchtlingen und Vertriebenen beanspruchten Wohnraum und verschärften die angespannte Wohnraumlage, auch auf dem Land. Der Bedarf der Besatzungsbehörden bildete dabei mit etwa einem Prozent des Wohnraums einen vergleichsweise geringen Anteil. Beispiele, bei denen die beschlagnahmten Gebäude nicht oder zu wenig durch die US-Militärbehörden ausgelastet waren, verstärkten jedoch den Eindruck der Beschneidung über ein notwendiges Maß. Dies äußerte sich im Unmut der Bevölkerung und zum Teil in Beschwerden der deutschen Behörden bei der Militärverwaltung – blieb jedoch folgenlos.⁷³

Stärker wog dabei die Konkurrenz mit ‚Displaced Persons‘ (DPs). Unter diesen Begriff wurden die im Nationalsozialismus verschleppten und internierten Ausländer gefasst, also vor allem aus Osteuropa stammende Zwangsarbeiter und jüdische KZ-Überlebende nicht-deutscher Herkunft. Nach dem Beschluss der Alliierten sollten sie nach Kriegsende in ihre Heimatländer zurückkehren, wanderten jedoch oftmals aufgrund der dort befürchteten Verfolgung in andere Staaten aus oder blieben, wenn auch nur zu einem geringen Teil, in Deutschland. Die Betreuung übernahmen die Vereinten Nationen, namentlich die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA), die ab dem Frühjahr 1947 von der International Refugee Organization (IRO) abgelöst wurde.⁷⁴

In Bayern zählte man bei Kriegsende fast eine halbe Million (450.000) Displaced Persons, von denen viele erst Jahre nach Kriegsende ihre Ausreise antraten, sodass noch 1948 etwa 330.000 DPs in Bayern lebten. Obwohl ein Teil – etwa 125.000 Menschen – privat untergebracht war, lebte der Großteil in Lagern, von denen einige sogar bis Mitte der 1950er Jahre bestanden.⁷⁵ Für die deutschen Flüchtlingslager entstand daraus nicht selten eine Konkurrenz-

in einem Zimmer [44 Prozent bei den Einheimischen, B.W.], doch nur fünf Prozent der Evakuierten und zwei Prozent der Vertriebenen verfügten über geräumige Wohnungen [i.e. mehr Räume als Personen – gegenüber 25 Prozent bei Einheimischen, B.W.] Vgl.: *Krause* 1997, S. 227.

⁷² *Pscheidt* 1984b, S. 209, 210.

⁷³ *Haertle* 1984, S. 283.

⁷⁴ *Beer* 2011, S. 10.

⁷⁵ *Haertle* 1984, S. 279.

situation, da die Unterbringung der Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands Vorrang vor der der Flüchtlinge und Vertriebenen hatte und zudem für die zeitlich meist später eingerichteten Flüchtlingslager oft nur die schlechteren Wohnräume blieben.⁷⁶

Dies betraf beispielsweise auch die Rüstungswerke, auf denen später Geretsried und Waldkraiburg entstanden, beziehungsweise die dort eingerichteten Flüchtlingslager. Neben Wohnhäusern für Angestellte gehörten zu den Werken jeweils eine Arbeitersiedlung im Heimatschutzstil mit Gemeinschaftsschlafsälen und eigenen Versorgungseinrichtungen, die für Arbeiterinnen aus Deutschland und Westeuropa errichtet worden waren (Abb. III.10 und IV.5), und sogenannte Steinbarackenlager für Arbeiter dieser Herkunft (Abb. III.7). Die vornehmlich osteuropäischen Zwangsarbeiter waren dagegen in Holzbarackenlagern untergebracht gewesen.⁷⁷ Nach Kriegsende wurden die massiv gebauten Siedlungen und Lager, wie auch ein Teil der Wohnhäuser, als DP-Lager eingerichtet. Für die Flüchtlingslager, die die jeweiligen Landkreise im Frühjahr 1946 hier einrichteten, blieben somit nur die Holzbaracken.⁷⁸

Auch im späteren Neugablonz, wo von vornherein nur ein Holzbarackenlager existiert hatte, wurde etwa zeitgleich ein Flüchtlingslager eingerichtet.⁷⁹ Im späteren Traunreut wohnten schon seit Kriegsende Flüchtlinge in den dortigen Holzbaracken, die bei der auf dem Werksgelände stattfindenden Kampfstoffvernichtung beschäftigt waren, während hier ebenfalls vorhandene Steinbaracken der US-Militärregierung als Wohn- und Arbeitsräume dienten.⁸⁰

Als die Vertriebenentransporte zum Jahresende 1946 aufhörten und zugleich die Evakuierten nach und nach in ihre Heimatstädte zurückkehrten, entspannte sich die Situation in Bayern

⁷⁶ Zum Teil wurden jedoch auch fertig vorbereitete Flüchtlingslager von der UNRRA beansprucht. Im Fall des Grenzauffanglagers Hof-Moschendorf schritt allerdings nach Beschwerden der bayerischen Behörden die US-Militärverwaltung gegen die Beschlagnahme durch die UNRRA ein. *Pscheidt* 1984b, S. 208 und 219. – *Beer* 2011, S. 10. – *Haertle* 1984, S. 279.

⁷⁷ Siehe dazu die Beschreibung der Rüstungswerke in Kap. III.1.2.

⁷⁸ *Zimprich, Arthur*: Leben im ehemaligen Rüstungswerk. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 144. – *Maurer, Krista*: Zeittafel. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 439, 440. – *Kern, Konrad*: Die Displaced-Persons-Lager in Waldkraiburg. 1945–1950. in: ders. (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009b. – *Kern* 2003, S. 58.

⁷⁹ In allen Flüchtlingslagern waren im Schnitt zwischen 1.000 und 1.700 Personen untergebracht. *Jona-Meyer, Gertrud*: Im Wechsel von Verzweiflung und aufkeimender Hoffnung. Das Leben im Holzlager. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 141. – *Maurer* 1999, S. 433. – *Rössler, Susanne*: Das Lager Riederloh. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986a, S. 109.

⁸⁰ „Erläuterungsbericht über Struktur, Entwicklung und Ortsbild von Traunreut“ vom 19.1.1954. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 2. – Einzig im späteren Neutraubling war das Flugzeugwerk im Krieg massiv bombardiert worden, und die dortigen Holzbarackenlager zerstört. *Vilsmeier* 1989, S. 63.

zunächst und viele der ‚Notlager‘ konnten wieder aufgelöst werden. Zum Jahresende 1947 lebten nur noch etwa 18.000 Flüchtlinge und Vertriebene, also etwa ein Prozent, in Flüchtlingslagern. Ab dem Jahr 1948 erreichten wieder neue, illegale Grenzflüchtlinge Bayern, wozu nun auch viele nicht-deutsche Flüchtlinge gehörten, die vor dem sich abzeichnenden Systemwechsel in den Westen flohen. Im Laufe des Jahres stieg die Zahl der Lagerbewohner wieder auf etwa 100.000 Personen, also etwa fünf Prozent der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern an. Vermittlungen in Privatwohnungen fanden nun so gut wie nicht mehr statt.⁸¹ Die Durchgangs- und Notlager wurden dadurch – einige bis 1958 – zum dauerhaften Aufenthaltsort.⁸² Und auch die Lager in den späteren Vertriebenenstädten existierten zum Teil bis Mitte der 1950er Jahre, allerdings hier als Wartestation bis genug neue Wohnungen in den inzwischen gegründeten Gemeinden gebaut worden waren.⁸³

In den späteren Vertriebenenstädten gehörten die Bewohner der Holzbarackenlager damit zwar zu den ersten auf dem Gelände, aber es waren nicht diese, die den Ausschlag für die Ansiedlungen gaben. Vielmehr lag der Grund in einem Problem, das sich generell aus der beschriebenen Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen ergab. Der Beschluss der Alliierten zur Verteilung auf die Besatzungszonen erfolgte nur aufgrund der Bewohnerdichte, weshalb wenig besiedelten Regionen wie Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Bayern zu den Hauptaufnahmелändern für Flüchtlinge und Vertriebene wurden. Aufgrund der städtischen Zuzugssperren wurden hier wiederum vor allem die Landkreise belegt. Der Anteil von Flüchtlingen und Vertriebenen belief sich in Bayern hier auf fast ein Viertel der Einwohner, während er bei den Städten im Durchschnitt bei einem Zehntel lag und die Großstädte so gut wie gar keine Vertriebenen und Flüchtlinge aufnahmen.⁸⁴

Langfristig war so ein Problem geschaffen, da die ländlichen Regionen zwar Wohnraum bereitstellen konnten – wenn auch widerwillig und oft nur unter Zwang⁸⁵ –, es dann aber vor

⁸¹ Während Edgar Pscheidt schlichtweg die Aufnahmekapazität bei Privatpersonen in Bayern überschritten sieht, nimmt Franz Josef Bauer in seiner Arbeit eine weit kritischere Position ein. Ausgehend von einem Bericht einer Kommission von Landtagsabgeordneten der US-Zone zur Beurteilung der Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen im Herbst 1948 kommt er zu dem Schluss, dass wenigstens provisorisch alle Vertriebenen und Flüchtlinge in Privathaushalten hätten untergebracht werden können. Denn, so Bauer: „Eine unausweichliche Notwendigkeit von Dauerlagern kann nicht angenommen werden.“ Stattdessen sei es vielen Einheimischen gelungen, die Aufnahmepflicht zu umgehen, während andere im Vergleich zur eigenen Raumkapazität ungleich mehr zu tragen hatten. Der soziale Status bestimmte dabei in der Praxis häufig die Verteilung, sodass oft, wer weniger zur Verfügung hatte, aber nicht über Einfluss und gesellschaftliche Stellung verfügte, auch mehr geben musste. *Bauer* 1982, S. 200. – *Pscheidt* 1984b, S. 215.

⁸² *Pscheidt* 1984b, S. 210–215. – *Kornrumpf, Martin*: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen. München, Wien 1979 (Dokumente unserer Zeit 3), S. 36 und 49.

⁸³ Vgl. dazu Kap. III.1.2.

⁸⁴ *Grosser* 1998, S. 53.

⁸⁵ Vgl. Fußnote 81.

allem in den industriell nicht besonders entwickelten Ländern, wie Bayern, keine Arbeitsplätze für die Zwangsmigranten gab. In Bayern war die Industrialisierung vor allem punktuell in den Großstädten abgelaufen, wo damit auch der Arbeitsmarkt die meisten Personen hätte aufnehmen können.⁸⁶ Die größte Immigrationsgruppe in Bayern, die Sudetendeutschen, waren zu einem größeren Anteil Gewerbetreibende und fanden auf dem Land keine adäquate Beschäftigung. Aber auch andere Herkunftsgruppen betraf dieses Problem, und für Landwirte bedeutete der Neuanfang meist ebenfalls den beruflichen Abstieg. In den ersten Nachkriegsjahren bis zur Währungsreform arbeitete man allgemein vor allem für Naturalien und viele der Zwangsmigranten weit unter- und außerhalb ihrer Qualifikation. Insbesondere nach der Währungsreform, als wieder eine finanzielle Entlohnung stattfand, wurde das Problem der arbeitsmarktpolitischen Fehlverteilung umso deutlicher.⁸⁷

⁸⁶ *Krauss* 1999, S. 54, 55. – Aus diesem Grund schlug der Leiter der bayerischen Flüchtlingsverwaltung Wolfgang Jännicke im Sommer 1946 vor, gezielte Stadtrandsiedlungen für Flüchtlinge und Vertriebene als provisorische Barackensiedlungen in der Nähe von Industriegebieten zu errichten. Später sollten diese durch Neubauten ersetzt werden. Auch hier stand das Streuungsgebot solchen provisorischen Arbeitersiedlungen für Flüchtlinge und Vertriebene entgegen, und der Plan wurde nicht umgesetzt. *Pscheidt* 1984b, S. 209, 210.

⁸⁷ *Pscheidt, Edgar*: Zur Integration der Sudetendeutschen in Bayern. In: *Heumos, Peter* (Hrsg.): Heimat und Exil. Emigration und Rückwanderung, Vertreibung und Integration in der Geschichte der Tschechoslowakei. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum vom 20. bis 22. November 1992 und vom 19. bis 21. November 1993. München 2001 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 21), S. 212, 213.

2. Industriesiedlungen auf ehemaligen Rüstungswerken

2.1. Rahmenbedingungen

Schon bald nach Kriegsende gab es in Bayern aus den Reihen der Vertriebenen selbst Überlegungen zur Arbeitsintegration. Für die bayerischen Behörden waren diese vor allem vor dem Hintergrund der beschriebenen Fehlverteilung interessant. Im Zuge der NS-Aufrüstung errichtete Rüstungswerke schienen als brachliegende Industrieareale den idealen Grundstock zu liefern, was jedoch zum Teil der Besatzungspolitik der US-Militärregierung zuwider lief.

2.1.1. Initiativen sudetendeutscher Akteure

Die Gruppe der Sudetendeutschen bildete in Bayern die größte Herkunftsgruppe unter den Vertriebenen und Flüchtlingen. Von den insgesamt etwa 1,9 Millionen, die sich 1950 in Bayern befanden, stammten etwas mehr als die Hälfte aus der benachbarten Tschechoslowakei. Als zweitgrößte Gruppe folgten Schlesier mit etwa einem Viertel, gefolgt von Auslandsdeutschen unterschiedlicher Herkunftsländer.⁸⁸ Im Rahmen der Integration in Bayern zeichneten sich gerade die Sudetendeutschen durch Zusammenschlüsse zur Selbsthilfe und einen hohen Grad an Organisation zur Vertretung der eigenen Interessen aus.⁸⁹ Versuche der Einflussnahme begannen schon im Sommer 1945, als die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen noch an eine baldige Rückkehr in ihre Heimat glaubten, und auch Bayern als Aufnahmeland von einer nur vorübergehenden Unterbringung und Versorgung ausging. Aus dem Sudetenland kamen dagegen bereits konkrete Anfragen zur dauerhaften Ansiedlung. So erreichte die bayerische Regierung im Juli 1945 eine Anfrage aus dem Egerland bezüglich der Aufnahme in Bayern und der Pfarrer des Ortes Schönbach suchte im August an gleicher Stelle um die geschlossene Aufnahme der Schönbacher in Bayern an.⁹⁰

Um Einfluss auf die eigenen Geschicke bei der Aufnahme und Ansiedlung nehmen zu können, gründeten die aus dem Sudetenland stammenden Roman Herlinger sowie Johann und Gustav Schär im Juli 1945 die „Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten in Mün-

⁸⁸ Krauss 1999, S. 49.

⁸⁹ Eigeninitiative, genauso wie ein hohes Maß an Vernetzung in Vereinen und Verbänden nennt Bauer als eine Besonderheit der Sudetendeutschen, die er auf die Erfahrung als Minderheit in der Tschechoslowakei, im Vergleich zu ausgewiesenen Reichsdeutschen wie Schlesiern oder Ostpreußen, zurückführt. Bauer 1982, S. 254–258. – Vgl. dazu auch: Pohl, Karin: Zwischen Integration und Isolation. Zur kulturellen Dimension der Vertriebenenpolitik in Bayern (1945–1975). München 2009 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 13), S. 184.

⁹⁰ Bauer 1982, S. 254–258.

chen“, auch kurz als „Sudetendeutsche Hilfsstelle“ bezeichnet.⁹¹ Die US-Militärregierung genehmigte die Gründung, obwohl sie ihrer Politik zuwider lief, keine landsmannschaftlichen Vereinigungen zuzulassen, und erlaubte der Hilfsstelle, sich in der Erfassung, Betreuung und Beratung der Zwangsmigranten zu betätigen, ebenso wie sich für deren „geregelte Um- und Ansiedlung“ einzusetzen.⁹²

Im Dezember 1945 erstellte die ‚Sudetendeutsche Hilfsstelle‘ eine Denkschrift zur Umsiedlung, mit der sie einen weit ausgearbeiteten Integrationsplan vorlegte. Verfasst hatten sie der Wirtschaftsjournalist Walter Becher und der ehemalige Wirtschaftsfunktionär im Reichsgau Sudetenland Fritz Enz.⁹³ Die Grundforderung war eine geplante Umsiedlung, wobei die Autoren als Ziel die „organische Umsiedlung“ der Sudetendeutschen nannten, das heißt als Gruppe bestehen bleiben zu wollen und gerade nicht – wie es die US-Militärregierung in ihrem Integrationskonzept vorsah – sich weitgehend in der Aufnahmegesellschaft zu assimilieren. In Hinblick auf die wirtschaftliche Integration sollten Unternehmensneugründungen vom Staat besonders unterstützt, und Industrie-, beziehungsweise Gewerbebezweige, die in Bayern schon existierten, ergänzt werden. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die sudetendeutschen Spezialindustrien gelegt, die auch in Bayern räumlich geschlossen angesiedelt werden sollten. Die Gruppenansiedlung wurde mit der spezifischen Arbeitsweise der sudetendeutschen Gewerbebezweige begründet, die sich sehr arbeitsteilig entwickelt hatten und daher als einzelne Unternehmen kaum effektiv arbeiten konnten. Gleichzeitig bedeutete dies natürlich auch die geschlossene Umsiedlung mehr oder weniger ganzer Gemeindeverbände.⁹⁴

Die sudetendeutschen Gewerbebezweige gehörten zum Bereich der Konsumgüterindustrie, wie die Schmuckerzeugung in Gablonz, der Musikinstrumentenbau in Graslitz und Schönbach oder die Glasverarbeitung in der Region Haida-Steinschönau. Sie waren oft international bekannt, die Arbeitsschritte teilweise industrialisiert, aber dennoch sehr arbeitsintensiv. Auf der anderen Seite wurden nur wenige Rohstoffe benötigt, sodass sie (bis auf die Absatzmärkte) relativ ortsunabhängig waren.⁹⁵

Die ‚Sudetendeutsche Hilfsstelle‘ wurde ein Jahr nach ihrer Gründung wieder aufgelöst. Während sie zum Zeitpunkt ihrer Gründung ein Vakuum füllte, an dem sich die bayerische

⁹¹ Der Bankkaufmann Roman Herlinger und die Anwälte (und Brüder) Johann und Gustav Schär erhielten dabei Unterstützung von ihrem Studienfreund Walter Ullrich, der zuvor als Anlaufstelle die „Zentrale Suchkartei“ des BRK eingerichtet hatte. Stelzle 1984, S. 83. – Kornrumpf 1979, S. 299–301.

⁹² Stelzle 1984, S. 83. – Walter Ullrich, der sich in seinen Erinnerungen selbst als Initiator bezeichnet, hielt die Gründung der „Sudetendeutschen Hilfsstelle“ für notwendig, um die Abwanderung der sudetendeutschen Unternehmer ins Ausland zu verhindern. Bericht von Walter Ullrich, in: Kornrumpf 1979, S. 299–301.

⁹³ Becher, Walter: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990, S. 140. – Heerdegen 1996, S. 18.

⁹⁴ Stelzle 1984, S. 84–88.

⁹⁵ Bauer 1982, S. 260, 261.

Regierung und die US-Militärregierung interessiert zeigten, hatte sie sich zwischenzeitlich zu einer Konkurrenz der im November 1945 gegründeten staatlichen Flüchtlingsverwaltung entwickelt. Da sie die gleichen Aufgabenfelder für sich beanspruchte und darüber hinaus auch eine parallele Verwaltungsstruktur anstrebte, wurde sie sowohl für Bayern als auch die US-Militärregierung zum Dorn im Auge. Im Juli 1946 wurde die Hilfsstelle daher verboten und stattdessen der „Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen“ als parteiübergreifendes und nach Herkunftsgebieten gemischtes Gremium ins Leben gerufen.⁹⁶

2.1.2. Die Rolle der bayerischen Regierung – Möglichkeiten und Hindernisse

Die Überlegungen der ‚Sudetendeutschen Hilfsstelle‘, die sie in der Denkschrift niederlegte, waren bereits sehr genau ausgearbeitet, während ihnen auf bayerischer Seite kein langfristiges Konzept gegenüberstand.⁹⁷ Die grundsätzliche Idee der gruppenweisen Ansiedlung der sudetendeutschen Spezialindustrien versuchte das bayerische Wirtschaftsministerium (mit unterschiedlichem Erfolg) in der Nachkriegszeit in Bayern umzusetzen. Im Jahresbericht des Ministeriums für das Jahr 1948, in dem eine Art Zwischenbericht über die Ansiedlung der Industrien gegeben wird, führt man als einzige nicht aus der Tschechoslowakei stammende Branche die Königsberger Möbelindustrie an, während die übrigen – Glaswaren, Musikinstrumente, Textilgewerbe – allesamt von dort stammen.⁹⁸

Allerdings ergaben sich bei der Ansiedlung erhebliche Probleme, die einerseits dem akuten Raummangel der Nachkriegszeit und andererseits der fehlenden logistischen Planung beziehungsweise Planungsmöglichkeiten zuzuschreiben sind. Schon die Aufnahme und Verteilung der Vertriebenen selbst stand einer geplanten Ansiedlung entgegen. Der offizielle Beschluss zur Ausweisung der Deutschen aus dem östlichen Europa im November 1945 zog die im Januar 1946 beginnenden regulären Transporte nach sich, die Ende 1946 abgeschlossen waren.⁹⁹ Aufgrund der Geschwindigkeit, mit der die Personen in den Durchgangslagern eintrafen und aus Platzmangel weitergeschickt werden mussten, war es kaum möglich, sie nach Berufsgruppen zu erfassen und entsprechenden Bestimmungsorten zuzuordnen.¹⁰⁰

⁹⁶ Trotz der Auflösung der ‚Sudetendeutschen Hilfsstelle‘ verfolgte diese ihre Anliegen indes als privates Unternehmen in Form der „Wirtschaftshilfe GmbH“ weiter, was von dem Willen ihrer Träger zeugt, gestaltenden Einfluss zu nehmen und zu behalten. *Stelzle* 1984, S. 92–96.

⁹⁷ *Stelzle* bescheinigt ihr einen hohen Realitätssinn zu diesem frühen Zeitpunkt und einen hohen Einfluss in der bayerischen Flüchtlingspolitik, während *Bauer* davon ausgeht, dass ihre Pläne kaum Ergebnisse erzielt hätten. *Stelzle* 1984, S. 84 und 88. – *Bauer* 1982, S. 258.

⁹⁸ *Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft*: Die Wirtschaftsentwicklung Bayerns im Jahr 1948. München 1949, S. 9–12.

⁹⁹ *Pscheidt* 1984b, S. 198–202.

¹⁰⁰ *Pscheidt* 2001, S. 206. – *Grosser* 1998, S. 53. – *Pscheidt* sieht dies auch noch für die kommenden beiden Jahre gegeben, wenn er seiner Arbeit zu den Flüchtlingslagern in Bayern schreibt, dass „zwischen 1945 und 1948

Deswegen, und um nicht allzu offensichtlich gegen das Streuungsgebot der US-Militärregierung zu verstoßen, wurden die Unternehmen oft auf mehrere Orte aufgeteilt, so dass nur kleine Gruppen anstelle geschlossener Gewerbebezweige angesiedelt wurden. Selten verliefen diese geradlinig, und gleichzeitige Vorhaben für verschiedene Orte, die oft in Konkurrenz zueinander gerieten, waren eher die Regel als die Ausnahme.¹⁰¹ Das Projekt der Gewerbeansiedlungen wurde somit zwar von den bayerischen Behörden aufgenommen, einer stringenten Landesplanung entsprachen die Vorhaben dabei jedoch nicht.¹⁰²

2.1.3. Die US-Militärregierung zwischen Entmilitarisierung und Integrationshilfe

In Bayern existierte nach dem Zweiten Weltkrieg eine erhebliche Anzahl ehemaliger Rüstungswerke, die zum großen Teil nicht oder kaum bei Luftangriffen beschädigt worden waren. Als moderne Industrieanlagen stellten sie ungenutztes Kapital dar. Sie waren überwiegend erst knapp zehn Jahre vorher gebaut worden, als im Zuge des Vierjahresplans die Industrie in Deutschland insgesamt auf den Kriegsfall vorbereitet und massiv ausgebaut worden war. Gerade in Südbayern war eine Reihe von Sprengstoffwerken entstanden, aber auch der Flugzeug- und Maschinenbau wurden erheblich ausgeweitet sowie zahlreiche neue Kasernen und Übungsplätze gebaut. Für das ländliche Bayern bedeutete dies eine deutliche Erhöhung der industriellen Infrastruktur.¹⁰³ Bezüglich der Ansiedlung der sudetendeutschen Spezialindustrien legte die bayerische Regierung daher das Hauptaugenmerk – neben der Erweiterung be-

notgedrungen die Unterbringung, und nicht etwa die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, im Vordergrund stand“. *Pscheidt* 1984b, S. 253.

¹⁰¹ Die Probleme des Rummangels und der logistischen Planung lassen sich gut am Beispiel der Schönbacher Musikinstrumentenbauer illustrieren, die am Ende in der Ortschaft Bubenreuth in der Nähe von Erlangen angesiedelt wurden. Die Schönbacher gehörten, wie die Gablonzer, zu einem sehr frühen Ansiedlungsprojekt, das direkt von der ‚Sudetendeutschen Hilfsstelle‘ Ende 1945 angeregt worden war. Der ursprünglich angestrebte Raum Erlangen musste zunächst wieder fallen gelassen werden, da hier schon besonders viele Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht waren. Infolgedessen hatte sich der zuständige Flüchtlingskommissar den Weisungen, Raum für die erwartete Gruppe der Instrumentenbauer freizuhalten, schlicht widersetzt. Der auf Streichinstrumente spezialisierte Gewerbebezweig sollte daraufhin in Mittenwald angesiedelt werden, da sich hier das bayerische Zentrum dieses Gewerbebezweiges befand und man es um die zu integrierende Gruppe der Sudetendeutschen zu erweitern suchte. Die einheimischen Instrumentenbauer fürchteten jedoch die Konkurrenz durch die Neuansiedlung und stellten sich dieser nach Kräften entgegen, sodass parallel dazu der Plan für Erlangen wieder aufgenommen wurde. In der Ortschaft Bubenreuth funktionierte die Integration erheblich besser, und die Schönbacher konnten sich dort – im Gegensatz zu Mittenwald – erfolgreich halten. Dieser Ablauf kann exemplarisch für viele der Ansiedlungsprojekte gelten. Vgl.: *Pscheidt* 1984c.

¹⁰² Vgl. dazu ebenfalls: *Pscheidt* 1984c.

¹⁰³ Vgl.: *Heiß, Ulrich*: Industriebauten. In: *Nerdinger, Winfried; Blohm, Katharina* (Hrsg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. München 1993a (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums Nr. 9), 414–427. – Ders.: Militärbauten. In: *Nerdinger, Winfried; Blohm, Katharina* (Hrsg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. München 1993b (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums Nr. 9), S. 463–477.

stehender Ortschaften, wie sie vor allem in Nordbayern durchgeführt wurde, – auf die Besiedlung dieser Rüstungswerke.¹⁰⁴

Die meist kaum zerstörten Werke waren aber von der US-Armee nach Kriegsende besetzt worden und konnten zunächst nicht für die wirtschaftliche Integration von sudetendeutschen oder anderen Unternehmern aus den Reihen der Zwangsmigranten genutzt werden. Im August 1945 hatte die US-Militärregierung jedoch ein Gesetz erlassen, das die Umnutzung von Wehrmachteigentum für Siedlungen, Landwirtschaft und industrielle Zwecke anordnete. Etwa im Oktober 1945 wurde die bayerische Regierung von dem genannten Gesetz Nr. 54 der Militärregierung in Kenntnis gesetzt.¹⁰⁵ Diese stellte also nicht nur die Möglichkeit der Nutzung in Aussicht, sondern forderte – zum Teil mit Nachdruck –, Projekte zu deren Besiedlung anzustoßen.¹⁰⁶ In Anbetracht der zahlreichen Anfragen zur Ansiedlung aus den Reihen der Sudetendeutschen – unter anderem der Denkschrift der ‚Sudetendeutschen Hilfsstelle‘ vom Dezember 1945 – bot sich damit für die bayerischen Behörden eine Möglichkeit, die sudetendeutschen Industriezweige auf ehemaligen Rüstungswerken in Bayern neu anzusiedeln. Am 28. Januar bat das Wirtschaftsministerium zusammen mit der Flüchtlingssonderverwaltung bei der US-Militärregierung in Bayern schriftlich um die Freigabe dreier ehemaliger Rüstungswerke zur Ansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen, was jedoch ohne Erfolg blieb.¹⁰⁷

Denn die US-Militärregierung bewegte sich zwischen unterschiedlichen Zielvorgaben. Während sie einerseits auf die friedliche Nutzung von Wehrmachteigentum drang, verfolgte sie andererseits die Zerstörung des Kriegspotentials in Deutschland, was gerade in Hinsicht auf die Besiedlung ehemaliger Rüstungswerke zu einem Zielkonflikt führte. Bei den Sprengstoffwerken, auf deren Gelände später Neugablonz, Geretsried und Waldkraiburg entstanden, handelte es sich um Werke der Montan Industrie GmbH. Damit waren sie Eigentum der Wehrmacht, waren aber von Firmen des IG-Farben-Konzerns betrieben worden. Aus diesem Grund wurden sie von den Alliierten unter das für Eigentum des Konzerns erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 9 gestellt. Dieses sah unter anderem die „Zerstörung derjenigen industriellen Anlagen, die ausschließlich für Zwecke der Kriegsführung benutzt wurden“ vor, und die „Be-

¹⁰⁴ *Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft* 1949, S. 9–12.

¹⁰⁵ „Gesetz Nr. 54: Nutzung von Vermögen der Wehrmacht. Militärregierung Deutschland – Amerikanische Zone.“, s.: *Prinz* 1984, S. 1309.

¹⁰⁶ Im oben genannten Gesetz heißt es dazu: „Der Chef der Landesregierung ist verpflichtet jedes derartige Vermögen [...] unverzüglich in Besitz zu nehmen. Er ist ferner für die sofortige Ergreifung aller Maßnahmen verantwortlich, die notwendig sind, um die wirksame Nutzung jedes derartig in Besitz genommenen Vermögens im Sinne dieses Gesetzes sicherzustellen.“ *Prinz* 1984, S. 1309.

¹⁰⁷ *Prinz* 1984, S. 1316–1319. – Es handelte sich dabei um die Areale des späteren Neugablonz, Geretsried und Traunreut. Die Anfrage gab jedoch nicht den Ausschlag zur Besiedlungserlaubnis, wie unten bei den Entstehungsskizzen dargelegt wird.

reitestellung von industriellen Anlagen und Vermögensbestandteilen für Reparationen“.¹⁰⁸ Das Sprengstoffwerk bei Kaufbeuren, auf dessen Gelände später Neugablonz entstand, wurde als „advance delivery plant“ auf Grundlage dieses Gesetzes und als Exempel für die begonnene Entmilitarisierung Deutschlands nahezu vollständig demontiert, und Mitte November 1945 fast alle Gebäude gesprengt.¹⁰⁹

Doch die USA änderte schon frühzeitig ihren Kurs in der Besatzungspolitik. Wie Benz in seiner Arbeit zur Besatzungsherrschaft angibt, begannen sowohl Briten als auch Amerikaner spätestens ab Mai 1946, die Besatzungspolitik allmählich in Richtung eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus auszurichten.¹¹⁰ So wurden die ursprünglich vorgesehene Anzahl zu demonstrierender Betriebe in den Westzonen bis 1947 auf die Hälfte reduziert, bei denen es sich allerdings vornehmlich um Rüstungsbetriebe handelte.¹¹¹ Doch auch hier wurde beispielsweise im Fall des späteren Geretsried schon im April 1946 vom dortigen Kontrolloffizier bekannt gegeben, dass nur solche Gebäude gesprengt werden sollten, die für „eine friedensmäßige Produktion als nicht geeignet befunden“ würden, was den Spielraum für einen Erhalt im Vergleich zum Werk Kaufbeuren erheblich erweiterte.¹¹² Im Oktober 1946 finden sich auch Belege, dass die US-Militärregierung in Berlin die Verpachtung für Neusiedler nach Ende der Entmilitarisierung befürwortete. Allerdings sollten nur kurzfristige Pachtverträge genehmigt werden, da die Eigentumsfrage des ehemaligen Wehrmachtseigentums noch nicht geklärt sei.¹¹³ Im weiteren Verlauf verlagerte sich die Besatzungspolitik der USA immer weiter zum

¹⁰⁸ Hemken 1949, S. 85.

¹⁰⁹ Hopmann 1996, S. 170. – Im Werk Kaufbeuren wurden fast nur Gebäude erhalten, die nicht direkt der Produktion gedient hatten. Vgl. Kap. III.1, S. 71.

¹¹⁰ Im März 1946 wurde noch der „Industrieniveauplan“ des Alliierten Kontrollrats festgelegt, der weitreichende Demontagen und Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion zur Drosselung der deutschen Wirtschaftsleistung vorsah. Im Mai 1946 verfügte die US-Militärregierung einen Demontagestopp, der den Kurswechsel zunächst in der britischen und US-amerikanischen Haltung einläutete. Offiziell wurde die Besatzungspolitik hin zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft durch Direktive „JCS 1779“ im Juli 1947 geändert. Benz 2005, S. 160–163. – Hopmann 1996, S. 171.

¹¹¹ Benz, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Besatzung. 1945–1949/55. Handbuch. Berlin 1999, S. 165.

¹¹² Siehe dazu den Abschnitt zur Entstehungsgeschichte weiter unten. Im Entmilitarisierungsbericht der US-Militärregierung für Bayern lässt sich nachträglich die Unterscheidung nach „special“ und „general purpose buildings“ nachweisen: „Direction issued for the liquidation of war potential in Bavaria not only called for the removal of general purpose equipment in these plants as reparations but also for the destruction of all special purpose equipment and the demolition of all special purpose buildings in these plants. [...] All general purpose buildings and many storage bunkers, that were adapted, by the removal of camouflage and the cutting of doors and windows into their walls, for dwellings for refugees and displaced persons, were allowed to remain.“, (Hervorhebung von der Autorin). The reparations and war potential programs in Bavaria. Aktenmappe 1948. BayHStA. OMGUS-Akten. 13/144/-1/15.

¹¹³ Pscheidt zitiert hier ein Schreiben an die Zentrale der Militärregierung in Bayern. Pscheidt, Edgar: Die Ansiedlung der Graslitzer Musikinstrumentenhersteller auf dem Montan-Gelände in Kraiburg. In: Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984a, S. 564. – Bis zur Gründung eines neuen deutschen Staates war die Eigentumsfrage des ehemaligen Reichseigentums ungeklärt. Zur Treuhandverwaltung der Rüstungswerke vgl.: Hopmann 1996. – Zu den ökonomischen Nachteilen für die ersten

wirtschaftlichen Aufbau, was sich auch am Umgang mit den Rüstungswerken zeigt. So wurden die Sprengungen bis zur Freigabe im Sommer 1948 stark zurückgefahren – im späteren Geretsried wurde nur etwa ein Drittel der Gebäude gesprengt und im späteren Waldkraiburg nur die Gebäude für den ersten Produktionsschritt der Sprengstoffherstellung.¹¹⁴

2.2. Die Anfänge der Vertriebenenstädte

Im Folgenden werden die einzelnen Städte und ihre Spezifika in der Entstehung kursorisch vorgestellt, um anhand der Einzelfälle die Vorgeschichte der ‚neuen Städte‘ in Bayern greifbar zu machen. Im Verlaufe der Beschreibungen wird dabei die Bedeutung von einzelnen Wegbereitern sowie hemmenden und fördernden Einflüssen hervortreten, die zuvor im Gesamtzusammenhang erläutert wurden.

2.2.1. Neugablonz

Die Ansiedlung in Kaufbeuren war ein früher Versuch der geschlossenen Neuverortung eines sudetendeutschen Gewerbezweiges, hier der Gablonzer Schmuckwarenindustrie. Diese hatte sich im 19. Jahrhundert zu einer weltweit bekannten Marke für Modeschmuck entwickelt, deren Absatzmärkte bis nach Indien und Afrika reichten.¹¹⁵ Nach der Ausweisung aus der Tschechoslowakei sollten das Ostallgäu und hier insbesondere das ehemalige Rüstungswerk der Dynamit Aktien Gesellschaft (DAG) bei Kaufbeuren zum neuen Standort dieses Gewerbes in Bayern werden.

Die Ansiedlung geht auf die Initiative des Ingenieurs Erich Huschka zurück, der selbst aus einer Glasmacherfamilie aus dem Raum Gablonz stammte. Er besaß persönliche Kontakte zu Walter Ullrich und lernte über diesen auch die Mitarbeiter der ‚Sudetendeutschen Hilfsstelle‘ kennen. Nachdem Huschkas eigene unternehmerische Pläne im Herbst 1945 gescheitert waren, setzte er sein Engagement in die Neuansiedlung der Gablonzer Schmuckindustrie in Bayern. Mit Hilfe einiger ebenfalls aus dem Gablonzer Raum stammender Gleichgesinnter begann er sich nach möglichen Orten für eine neue Ansiedlung in Bayern umzusehen und startete seine Erkundungsfahrten im Bayerischen Wald als der traditionellen Glasregion in Bayern. Behördlichen Rückhalt bei seinen Bemühungen erhielt er im Landeswirtschaftsamt des Baye-

Siedler durch die bis in die 1950er Jahre dauernde Treuhandverwaltung, vgl. *Pscheidt* 1984a, S. 565. – *Schütz* 1967, S. 166, 167.

¹¹⁴ Vgl. dazu die Beschreibung der Ausgangslage für die Stadtplanung in Kap. III.1, S. 50 und S. 60, 61.

¹¹⁵ *Vierke, Ulf*: Die Spur der Glasperlen. Produktion Handel und Aneignung von Glasperlen. Zugl.: Bayreuth, Univ., Diss., 2004. Saarbrücken 2007, S. 481–506.

rischen Wirtschaftsministeriums, beim dortigen Mitarbeiter für den Bereich Glas, Porzellan und Keramik.¹¹⁶

Der Bayerische Wald bot sich zwar aufgrund der dortigen Glashütten als Rohstofflieferant für die Schmuckerzeugung an, war aber als Grenzregion zur Tschechoslowakei im Herbst 1945 zugleich erster Zufluchtsort für Flüchtlinge und Vertriebene und damit heillos überfüllt. Nachdem sich auch die bayerische Regierung für das Projekt zu interessieren begonnen hatte, fiel Ende 1945 die Standortwahl für das neue Gablonz daher stattdessen auf das Ostallgäu im westlichen Bayern, das bis dahin weit weniger Personen aufgenommen hatte und zudem bei Kaufbeuren ein freies, wenn auch noch unter US-Verwaltung stehendes Sprengstoffwerk anbieten konnte. Vertreter des Regierungsbezirks Schwaben hatten den Standort bei einem Treffen Ende November zur Sprache gebracht, aber auch Huschka und seine Mitarbeiter hatten davor schon begonnen, ihre Bemühungen auf Militäranlagen und Sprengstoffwerke in ganz Bayern zu verlegen.¹¹⁷ Das Sprengstoffwerk war zwar Mitte November nahezu vollständig gesprengt worden, verfügte aber noch über einige Gebäude und ein weitgehend intaktes Infrastrukturnetz von Straßen, Schienen und Leitungen.¹¹⁸

Mit dem Beschluss der Ansiedlung im Ostallgäu wurde zugleich Erich Huschka zum „Beauftragten der Gablonzer Industrie“ ernannt.¹¹⁹ Der schwäbische Flüchtlingskommissar wurde angewiesen, die aus Gablonz stammenden Transporte ins östliche Allgäu weiterzuleiten, wo in drei Landkreisen bis zu 10.000 Personen aus dem Raum Gablonz untergebracht werden sollten. Außerdem ließ Erich Huschka Flugblätter drucken, um möglichst viele ehemalige Gablonzer über die Pläne zu informieren und für sie zu interessieren; diese Flugblätter kursierten weiträumig, auch in der Tschechoslowakei.¹²⁰

Der Beschluss der bayerischen Regierung war jedoch nicht von langer Dauer. Wirtschaftsminister Ludwig Erhard widerrief im März die Pläne zur geschlossenen Ansiedlung der Gablonzer bei Kaufbeuren, die stattdessen gestreut und in kleinen Gruppen bei Bayreuth untergebracht werden sollten. Die US-Militärregierung hatte der bayerischen Regierung ihr Missfallen an einer nahezu geschlossenen Umsiedlung eines Gemeindeverbandes mitgeteilt,

¹¹⁶ Heerdegen 1996, S. 15, 16. – Als Zeitzeugenbericht siehe auch: *Huschka, Erich*: Der Beginn. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 61–88.

¹¹⁷ Auch das Rüstungswerk bei Kaufbeuren war darunter gewesen, allerdings hatten die Versuche, auf eigene Faust mit der Kommunalverwaltung in Kaufbeuren Gespräche aufzunehmen, keinen Erfolg gehabt.

¹¹⁸ Heerdegen 1996, S. 16, 17.

¹¹⁹ Huschka bezog für seine Arbeit ein Büro in der Wagnmüllerstraße in München, in demselben Haus, in dem sich auch die Büros der ‚Sudetendeutsche Hilfsstelle‘ und der ‚Zentralen Suchkartei‘ befanden. *Huschka* 1986, S. 68. – *Weger, Tobias*: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Zugl.: Oldenburg, Univ., Diss., 2005. Frankfurt a. M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2008 (Die Deutschen und das östliche Europa 2), S. 83.

¹²⁰ Heerdegen 1996, S. 18.

sodass diese ihre Pläne änderte.¹²¹ Auch Einsprüche der Tschechoslowakei wurden befürchtet, die später tatsächlich aus Wettbewerbsgründen gegen der Verwendung des Namens ‚Gablonz‘ in der Ortsbezeichnung Beschwerde einlegte.¹²² Als im Mai 1946 das Flüchtlingslager im ehemaligen Arbeiterlager des Werks eingerichtet wurde, stammten die Transporte, die dort ankamen, auch vor allem aus Südmähren und nicht aus dem nordböhmischen Gablonz.¹²³

Erich Huschka und seine Mitarbeiter, genauso wie der Ostallgäuer Landrat und der Kaufbeurer Bürgermeister sowie der dortige Flüchtlingskommissar ignorierten den Beschluss der bayerischen Regierung jedoch. So ließ der Flüchtlingskommissar weiterhin Gablonzer in den Landkreis Kaufbeuren zuziehen, obwohl diese nach Bayreuth hätten geschickt werden müssen.¹²⁴ Im Juni 1946 gelang es den Gablonzern in Kaufbeuren, einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 25 Jahren über das Gelände des ehemaligen Rüstungswerkes zu schließen. Die Militärregierung gab hierzu die Erlaubnis – die allerdings im Herbst 1946 wieder entzogen wurde.¹²⁵ Die Gablonzer, inzwischen in der „Allgäuer Glas-, Metall- und SchmuckwareneGmbH“ und der „Aufbau- und Siedlungsgesellschaft“, kurz ASG organisiert, ignorierten auch diesen Beschluss, überwiesen weiterhin die Pachtzinsen an die Treuhandverwaltung und setzten darauf, dass gerade angesiedelte Vertriebene niemand „neuerlich [...] vertreiben“ würde.¹²⁶ Zu diesem Zweck wurden anhand eines Parzellierungsplans Grundstücke verpachtet, sodass sich im Dezember 1946 immerhin 135 Siedler auf dem Gelände befanden – im gesamten Landkreis Kaufbeuren waren es zu diesem Zeitpunkt 7.000 Gablonzer.¹²⁷ Nach einem Jahr war die Zahl der Siedler im ehemaligen Rüstungswerk auf über 800 Personen angestiegen, im Sommer 1948 wohnten etwa 1.200 Personen auf dem Gelände des nachmaligen Neugablonz und fast 180 Betriebe hatten sich niedergelassen.¹²⁸ Im gleichen Jahr wurde die Siedlung nach Kaufbeuren eingemeindet, zugleich im Juni ein „Siedlerrat“ als jährlich ge-

¹²¹ Heerdegen 1996, S. 23–25.

¹²² Vgl. dazu Heerdegen 2003.

¹²³ Rössler 1986a, S. 111–114.

¹²⁴ Die Transporte aus Gablonz wurden ohnehin bereits nach Bayreuth geschickt, allerdings konnten Gablonzer aus der Sowjetischen Zone oder Österreich auf eigene Faust nach Kaufbeuren kommen und bekamen dann dort eine Zuzugsgenehmigung ausgestellt. Heerdegen 1996, S. 26.

¹²⁵ Der US-Kontrolloffizier teilte im November 1946 mit, dass der Vertrag nicht genehmigt worden sei, erst im März 1947 wurde er tatsächlich gekündigt. Heerdegen 1996, S. 32, 33.

¹²⁶ Heerdegen 1996, S. 33. – Stütz, Gerhart: Die Aufbau- und Siedlergenossenschaft. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 158.

¹²⁷ Heerdegen 1996, S. 29 und 32.

¹²⁸ Rudolf Kurka führte für die ASG ab 1946 Bewohner- und Betriebszählungen durch. S. dazu: Kurka, Rudolf: Die Eigenverwaltung in Kaufbeuren-Hart/Neugablonz. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 169.

wählte Vertretung gegründet, die bis 1952 bestand.¹²⁹ Bis 1952 war die Zahl der Neugablonzer bereits auf 5.500 Personen angestiegen.¹³⁰

Der Idee, Neugablonz zum neuen Standort der Gablonzer Schmuckwarenindustrie in Bayern zu machen, standen zwar die US-Integrationsvorgaben entgegen und in der Folge auch das bayerische Wirtschaftsministerium; doch die Siedler verfolgten hartnäckig ihr Vorhaben und erhielten von den lokalen Behörden Unterstützung, die darin eigene Vorteile sahen. So wurde Neugablonz später dennoch zur größten Ansiedlung von Gablonzern in der Bundesrepublik.¹³¹

2.2.2. Geretsried

Für das spätere Geretsried setzte sich ein Mitarbeiter der ‚Sudetendeutschen Hilfsstelle‘ direkt mit dem Landkreis Wolfratshausen bei München in Verbindung. Hier waren in einem Waldgebiet entlang der Isar südlich von Wolfratshausen Ende der 1930er Jahre zwei Rüstungswerke direkt nebeneinander gebaut worden: Nördlich ein Werk der Dynamit Aktien Gesellschaft (DAG) südlich daran anschließend ein Werk der Deutschen Sprengchemie (DSC). Der aus Reichenberg stammende Hans Tattermusch bekundete sein Interesse, die beiden Rüstungswerke für Vertriebenenindustrien zu nutzen, und konnte schnell den Leiter des dortigen Wirtschaftsamtes für diese Idee gewinnen, da zu diesem Zeitpunkt bereits klar war, dass und wie viele Vertriebene jeder Landkreis würde aufnehmen müssen. Ende Januar 1946 wurden die Werke bei Wolfratshausen auf Grundlage des Gesetzes Nr. 54 der Militärregierung zur Nutzung erbeten.¹³²

Die Anfrage hatte zunächst aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 9 keinen Erfolg, jedoch war klar, dass die zivil nutzbaren Gebäude erhalten bleiben würden. So konnte der Landrat mit dem für die Werke zuständigen Kontrolloffizier im April 1946 eine Übereinkunft erzielen, dass diese Bereiche sofort für eine Industrieansiedlung zugänglich gemacht würden. Das zeitgleich eingerichtete Flüchtlingslager in den Holzbaracken des Werks war vermutlich ein wichtiger Grund bei dieser Entscheidung, denn gerade im April trafen die ersten Transporte im Landkreis Wolfratshausen ein.¹³³ So wurde ein Teilbereich des DSC-Werks, in dem voraussichtlich nicht gesprengt werden würde, abgezäunt und freigegeben.¹³⁴

¹²⁹ Kurka 1986, S. 177, 178.

¹³⁰ Heerdegen 2003, S. 361.

¹³¹ Heerdegen 1996, S. 13.

¹³² Edlin 1976, S. 16.

¹³³ Maurer 1999, S. 433.

¹³⁴ "Diese [die US-Militärregierung, B.W.] gab bekannt, daß jener Teil der Fabrikanlagen und maschinellen Einrichtungen, der für eine friedensmäßige Produktion als nicht geeignet befunden wird, gesprengt werden wür-

Im Mai 1946 wurde hier der erste Betrieb eingewiesen und im Juni richtete der Landrat ein Referat¹³⁵ zur Organisation der Industrieansiedlung im Landratsamt ein, das vom aus dem Sudetenland stammenden Walter Rissel geleitet wurde. Für Fragen der Wohnbebauung und Siedlungsplanung wurde ein Siedlungsverein gegründet, welcher der Zusammenarbeit der lokalen Akteure und der bislang involvierten sudetendeutschen Initiatoren nunmehr einen organisatorischen Rahmen gab. Zu diesen war zwischenzeitlich auch der aus Reichenberg stammende Architekt und spätere Stadtplaner von Geretsried Fritz Noppes gestoßen, den Hans Tattermusch im Februar hinzugezogen hatte.¹³⁶ Die Mitarbeiter des Referats trugen selbst aktiv dazu bei, dass die Definition als Kriegspotential immer weiter eingeschränkt wurde. Durch Umbaupläne von Produktionsgebäude zu Wohnräumen wurden viele von den Sprengungen ausgenommen und anschließend tatsächlich zu Wohnungen umgebaut.¹³⁷

In Geretsried spielte die gruppenweise Ansiedlung von sudetendeutschen Spezialgewerben eine Nebenrolle, lediglich Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie aus Tachau siedelten sich hier in größerer Zahl an, die jedoch als Antifaschisten selbst die Werke bei Wolfratshausen als Ziel hatten wählen können.¹³⁸ Die ersten Betriebe stammten aus unterschiedlichsten Bereichen, von chemischer Industrie bis zu Maschinenbau und der Produktion von Elektrogeräten, und diese Mischung der Sparten bestimmte auch weiterhin die Ansiedlung.¹³⁹ Die Ansiedlung fand anfangs nur im südlichen Werk statt, während das nördliche Werk schließlich im Oktober 1948 freigegeben wurde, weil hier die Sprengungen erst später begonnen hatten.¹⁴⁰

de, während der verbleibende Teil für eine Verwendung zu ziviler Produktion zur Verfügung gestellt wird.“ Exposé des Landrats von Wolfratshausen für die Kreistagssitzung am 8. August 1946. In: *Edlin* 1976, S. 46, 47.

¹³⁵ In den Quellen wird vom Referat „Fabrik Wolfratshausen“, „Referat X“ oder später vom „Referat Voralpenwerke“ gesprochen. *Edlin* 1976, S. 17 und 38.

¹³⁶ *Edlin* 1976, S. 11–16.

¹³⁷ „Durch eine Eingabe an die Reparationsabteilung der Militärregierung für Bayern konnte zum Beispiel erreicht werden, daß eine Reihe wertvoller Gebäude von der Sprengung ausgenommen wurde, da das Referat ‚Voralpenwerke‘ anhand von Bauplänen und Skizzen nachwies, daß die genannten Gebäude durch bloßes Aufstocken in Wohn- und Fabrikgebäude verwandelt werden können und kein Kriegspotential mehr verkörpern.“, Jahresbericht für das Referat X von dessen Leiter Walter Rissel über das Jahr 1947 vom 30.1.1948, abgedruckt in: *Edlin* 1976, S. 36–39, hier S. 38. – Zu Beispielen für solche Pläne und den erfolgten Umbau von Produktionsgebäuden zu Wohnungen, vgl. Kap. III.1, S. 59.

¹³⁸ Der Begriff bezeichnete die sudetendeutschen Sozialdemokraten und Kommunisten, wobei in die US-Zone vor allem Sozialdemokraten einreisten. Als Gegner des NS-Staates verloren sie nicht die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und durften sich ihren Bestimmungsort im Gegensatz zu den übrigen ausgewiesenen Deutschen aussuchen. *Brandes* 2005, S. 132, 133. – Diese wohnten auch nicht im Flüchtlingslager, sondern im Verwaltungsgebäude des Werks und in den benachbarten „Ingenieurshäuser“, die zuvor von US-Soldaten bewohnt worden waren. *Sebb, Werner*: Gartenberg zwischen Kriegsende und Gemeindegründung. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 116.

¹³⁹ *Zimprich* 1999, S. 146, 147. – *Maurer* 1999, S. 433.

¹⁴⁰ *Haertle* 1984, S. 311–313.

2.2.3. Waldkraiburg

Nach ähnlichem Muster zwischen Entmilitarisierung und Industrieansiedlung liefen auch die Anfänge des späteren Waldkraiburg ab. Die Bemühungen um das Werk Kraiburg begannen etwas später. Ende März 1946 stellte der bayerische Flüchtlingskommissar Wolfgang Jänicke einen Freigabeantrag für das Werk, das der aus Haida stammende Speditionsunternehmer Emil Lode im März – bei Verkaufsreisen darauf aufmerksam geworden – zur Besiedelung vorgeschlagen hatte.¹⁴¹ Lode hatte ebenfalls eine Ansiedlung der Gablonzer Schmuckindustrie im Sinn, was von bayerischer Seite positiv aufgenommen wurde. Später wurden die Pläne um die Ansiedlung des Glasgewerbes aus Haida-Steinschönau erweitert. Bei beiden Gruppen ließ sich die Lenkung jedoch nicht wie gewünscht planen. Als einzige größere Gruppe eines bestimmten Gewerbezweiges kamen im Sommer 1946 Graslitzer Instrumentenbauer in das Werk Kraiburg – auch hier, da sie als Antifaschisten das Werk Kraiburg selbst als Wunschziel hatten angeben können.¹⁴²

Die ersten Firmen – unterschiedlicher Branchen – zogen im Frühjahr 1946 auf dem Produktionsgelände des ehemaligen Sprengstoffwerkes Kraiburg ein. Zeitgleich kamen auch hier im April 1946 die ersten Transporte im Flüchtlingslager an.¹⁴³ Bis zum Sommer hatten sich 26 Firmen in den Gebäuden des Werks niedergelassen.¹⁴⁴ Wie in den Werken bei Wolfratshausen waren die Sprengungen im Werk Kraiburg beim Beginn der Ansiedlung noch nicht abgeschlossen, sondern liefen in den ersten beiden Jahren parallel dazu ab. Eine offizielle Freigabe der Militärverwaltung erfolgte – unter Vorbehalt – im August 1946 und wurde Anfang Oktober wieder aufgehoben. Die bereits angesiedelten Betriebe konnten dennoch auf dem Gelände bleiben, mussten bis Januar 1947 jedoch die Arbeit in ihren eigenen Betrieben einstellen, um bei Demontage und Sprengungsarbeiten mitzuhelfen.¹⁴⁵

Im Januar 1947 gründete sich die „Industriegemeinschaft“ als Interessensvertretung der bis dahin auf dem Areal des Werkes niedergelassenen Betriebe. Die Organisation war auf Empfehlung des Mühldorfer Landrats entstanden, in dessen Kreis sich das Werk befand. Anders

¹⁴¹ Lode verfasste zwar erst im April eine Denkschrift zur Besiedelung an die bayerische Regierung, sodass er sich möglicherweise schon früher an den Flüchtlingskommissar gewendet hatte. Pscheidt beschreibt in seiner Arbeit die Bemühungen der Vertriebenen und der bayerischen Behörden als parallel. Kern 2009a, S. 149. – Pscheidt 1984a, S. 572.

¹⁴² Pscheidt 1984a, S. 572 und 588. – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft 1949, S. 9–12.

¹⁴³ Die Einrichtung hatte der Landkreis im Februar 1946 beschlossen. Jona-Meyer 2009, S. 141–146.

¹⁴⁴ Unter den ersten Firmen waren jedoch nicht nur Flüchtlinge und Vertriebene, sondern auch ehemalige Mitarbeiter des Sprengstoffwerkes oder Unternehmer aus anderen Teilen Deutschlands, die hier einen Neuanfang versuchten. [ohne Autor] 1955, S. 8. – Kern 2009a, S. 147.

¹⁴⁵ Bericht vom Leiter der Landesplanungsstelle des bayerischen Wirtschaftsministeriums Rolf Sievers vom Januar 1946 (falsch datiert; nach Inhalt Januar 1947). Verzögerung der Freigabe des Werks Kraiburg wegen weiterer Entmilitarisierungsarbeiten. BayHStA MWi. 13705, Bd. II (August 1946 - Februar 1948). – Pscheidt 1984a, S. 572.

als Landrat Thieme in Wolfratshausen lehnte er die Bildung eines eigenen Referates im Landratsamt ab, da er private Interessen der Betriebe von den öffentlichen des Landkreises zu trennen wünschte.¹⁴⁶ Auch hier richteten sich Siedler parallel zu den ersten Firmen Wohnräume auf dem Produktionsgelände ein, und die „Industriegemeinschaft“ forderte in einer Denkschrift ein Bauprogramm zur Aufstockung von Produktionsgebäuden mit Wohnungen.¹⁴⁷ Bis zur Gemeindegründung 1950 und noch vor den ersten Neubauten wohnten bereits 1.000 Personen auf dem Produktionsgelände.¹⁴⁸

2.2.4. Neutraubling

Der für den Landkreis Regensburg zuständige Flüchtlingskommissar Hans Herget beantragte im Oktober 1946 zusammen mit dem bayerischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium die Freigabe der Fliegerkaserne und späteren Flugzeugfabrik Obertraubling bei Regensburg. Im Zuge der Aufrüstung für den Zweiten Weltkrieg waren vor allem in Bayern zahlreiche neue Produktionsstandorte für die damals neue Flugzeugindustrie entstanden. Die 1936 gebaute Fliegerkaserne Obertraubling wurde im Zuge dessen ab 1940 zur Flugzeugfabrik als Außenstandort der Augsburger Firma Messerschmidt umgenutzt.¹⁴⁹

Flüchtlingskommissar Herget, der später zum ersten Bürgermeister der Gemeinde Neutraubling gewählt wurde, berief sich bei seinem Antrag ebenfalls auf das Militärregierungs-gesetz Nr. 54, das in diesem Fall ohne Probleme angewendet wurde. Schon Anfang November wurde das Gelände aus amerikanischer in die bayerische Vermögenskontrolle übergeben, sodass ab Dezember die ersten Firmen auf das Gelände ziehen konnten.¹⁵⁰ Nach einem halben Jahr begannen im Sommer 1947 die ersten Firmen mit der Produktion und etwa 200 Personen wohnten auf dem Gelände. 1948 schlossen sich die Unternehmer zur „Notgemeinschaft“ zusammen.¹⁵¹ Viele Bewohner der umliegenden Flüchtlingslager sahen in dem Flugplatz die langfristige Möglichkeit, Arbeit und auch Wohnraum zu finden. Ein Mitarbeiter der

¹⁴⁶ Pscheidt 1984a, S. 598, 599.

¹⁴⁷ Im Mai 1947 wurden zwei Musterhäuser als Bunkeraufstockung verwirklicht. Die übrigen Umbauten erfolgten jedoch weitgehend in Eigenregie der Siedler. Denkschrift der Industriegemeinschaft „Wohnraum schaffen“ vom 17.6.1947. In: Stadtarchiv Waldkraiburg. Industriegemeinschaft. Akt-Nr. 21.

¹⁴⁸ Im Mai 1947 wurden zwei Musterhäuser als Bunkeraufstockung verwirklicht. Die übrigen Umbauten erfolgten jedoch weitgehend in Eigenregie der Siedler. Kern 2009a, S. 151. – [ohne Autor] 1955, S. 27.

¹⁴⁹ Heiß 1993a, S. 418–421. – Götschmann, Dirk: Die bayerische Wirtschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945–1948). In: Daxelmüller, Christoph; Kummer, Stefan; Reinicke, Wolfgang (Hrsg.): Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in Bayern. Aufsätze zur Bayerischen Landesausstellung 2009. Regensburg 2009 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 57), S. 134. – Vilsmeier 1989, S. 51, 52 und 56.

¹⁵⁰ Uhl 1959, S. 10, 11. – Bericht von Cpt. Walter Schoenstedt, Welfare Refugee Officer über die Ansiedlung auf dem ehemaligen Flugplatz Obertraubling („Industry and resettlement project Obertraubling“). Aktenmappe August-Oktober 1947. BayHStA. OMGUS-Akten. 9/69-1/21.

¹⁵¹ 1949 benannte sich diese in die „Aufbaugemeinschaft für Industrie, Handwerk und Handel“ um. Frank; Vilsmeier o.J. (1996), S. 46.

US-Militärverwaltung schrieb dazu 1948: „Now settlers leave crowded refugee camps daily to become part of the new community, which is growing slowly in Obertraubling.”¹⁵² Bis zur Gemeindegründung im Januar 1951 stieg die Zahl der Bewohner auf etwa 1.250 Personen an.¹⁵³

Im späteren Neutraubling geriet das Siedlungsprojekt nicht durch Sprengung und Demontage oder das Assimilierungsgebot der US-Militärregierung in Gefahr, sondern von anderer Seite und erst später. Die „Dienststelle Blank“, die als Vorläuferin des Verteidigungsministeriums der Bundesrepublik ehemalige Wehrmachtsliegenschaften für eine militärische Weiternutzung prüfte, zog in Betracht, den Flugplatz Obertraubling wieder als Luftwaffenkaserne zu belegen. Die Unsicherheit über die zukünftige Nutzung des Geländes verzögerte den Auf- und Ausbau von Wohnungen und Betriebsstätten über den sonst üblichen Beginn von Baumaßnahmen um 1949 hinaus. Lediglich die beschädigten Kasernengebäude wurden zunächst wieder aufgebaut und auf dem Gelände außerhalb des Flugplatzes, das als Bodenreformland zur Verfügung stand, mit dem Bau von drei Siedlungen begonnen.¹⁵⁴ Erst ein Jahr nach der Gemeindegründung wurde im April 1952 der Beschluss gefasst, den Flugplatz nicht wieder militärisch zu nutzen, und Baumaßnahmen konnten auch auf dem Flugplatzgelände anlaufen.¹⁵⁵

2.2.5. Traunreut

Das Gelände des späteren Traunreut, die „Heeresmunitionsanstalt St. Georgen“ war im Krieg nicht bombardiert worden und noch vollkommen intakt, als sie am 3. Mai 1945 von der US-Armee besetzt wurde. Im Januar 1946 stellten Wirtschaftsministerium und Flüchtlingssonderverwaltung einen Freigabeantrag, dem jedoch nicht stattgegeben wurde. Grund dafür war, dass die ehemalige Anlage zur Giftgasabfüllung zu einem Zentrum für Kampfstoffvernichtung für Rüstungswerke der US-Zone erklärt worden war.¹⁵⁶ Dennoch lebten bereits Flüchtlinge und Vertriebene auf dem Gelände. Neben Kriegsgefangenen erledigte vor allem dieser Personenkreis die gefährliche und gesundheitsschädigende Arbeit der Munitionsentsor-

¹⁵² Bericht von Cpt. Walter Schoenstedt, Welfare Refugee Officer über die Ansiedlung auf dem ehemaligen Flugplatz Obertraubling („Industry and resettlement project Obertraubling“). Aktenmappe August-Oktober 1947. BayHStA. OMGUS-Akten. 9/69-1/21.

¹⁵³ Uhl 1959, S. 32.

¹⁵⁴ Dieses Gelände stand durch die auch in Bayern, jedoch nur in geringem Ausmaß ab 1947 durchgeführte Bodenreform zur Verfügung. Zur Bodenreform in Bayern, vgl: *Bauer, Franz J.*: Der bayerische Bauernverband, die Bodenreform und das Flüchtlingsproblem. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), 3, S. 443–482.

¹⁵⁵ Uhl 1959, S. 15–19.

¹⁵⁶ Der bayerische Ministerpräsident Hoegner wiederholte im September 1946 seine Bitte und wurde mit dem Hinweis auf „the type of work being performed there“ erneut abgewiesen. Brief von Colonel Mc Giffert an Wirtschaftsminister Ludwig Erhard vom 8.10.1948. BayHStA. OMGUS-Akten. 13/84-2/3. – *Effner* 2009, S. 16–19.

gung, für den sie oft die einzige Erwerbsmöglichkeit darstellte.¹⁵⁷ Die ersten kamen bereits kurz nach Kriegsende auf das Werksgelände und wohnten vor Ort in den Holzbaracken der ehemaligen Arbeiterlager.¹⁵⁸

Die Entmilitarisierungsarbeiten wurden – wie auch in den Werken Wolfratshausen und Kraiburg – am 1. August 1948 beendet, und erst ab da offiziell die Besiedelung erlaubt. Mit Aussicht darauf hatte das bayerische Wirtschaftsministerium Ende 1947 der Firma Siemens das Werk als neuen Standort vorgeschlagen. Im Frühjahr 1948 fiel die Entscheidung der Siemens-Schuckert-Werke, sich auf dem Muna-Gelände niederzulassen.¹⁵⁹ Im Frühjahr 1948 befanden sich etwa 800 Arbeiter der Kampfstoffvernichtung auf dem Gelände, die als willkommene Arbeitskräfte für das neue Werk und zusätzliches Argument der Ansiedlung gewertet wurden.¹⁶⁰ Auch andere Firmen hatten sich schon vor dem Abzug der US-Truppen auf dem Areal der ehemaligen Munitionsanstalt niedergelassen. Zum Zeitpunkt der Freigabe existierten 45 Betriebe auf dem Gelände der „Muna“ St. Georgen, die sich nun in der „Arbeitsgemeinschaft der Betriebe St. Georgen“ zusammenschlossen.¹⁶¹

¹⁵⁷ Wie gefährlich diese Arbeiten waren, belegen zwei tödliche Unfälle im November 1947, bei denen insgesamt elf Menschen ums Leben kamen. Auch gesundheitliche Langzeitfolgen waren durch die giftigen Dämpfe bei der Verbrennung der Kampfstoffe weit verbreitet. Meldung im Trostberger Tagblatt vom 4./5. Dezember 1950, in: *Schubert, Hans J.*: Das stand 1950 im Trostberger Tagblatt. In: *Steiner Burgbrief* 17 (2006), S. 101. – *Effner* 2009, S. 18.

¹⁵⁸ *Ebert, Franz*: 20 Jahre Traunreut. Traunreut 1970, S. 73.

¹⁵⁹ Bericht von Walter Mohr aus dem Jahr 1952, abgedruckt in: *Seeholzer, Peter T.*: Traunreut im Chiemgau. 50 Jahre Traunreut. Trostberg 1999, S. 26. – „Erläuterungsbericht über Struktur, Entwicklung und Ortsbild von Traunreut“ vom 19.1.1954. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 8. – *Effner* 2009, S. 18–21.

¹⁶⁰ Besichtigungsbericht von Walter Mohr vom 21.4.1948. Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand. – *Effner* 2009, S. 18.

¹⁶¹ Nach dem Abzug der US-Soldaten gingen die Arbeiten an der Auflösung der Munitionsfabrik noch einige Zeit weiter; es wurden Gleise und Maschinen demontiert, die restlichen Bunker und Giftgastanks gesprengt und das Gelände für die bevorstehende Besiedlung entgiftet. *Schütz* 1967, S. 81. – Bericht im Trostberger Tagblatt vom 27./28. September 1950, in: *Schubert* 2006, S. 120, 121. – *Effner* 2009, S. 18–21.

3. Lokale Initiativen mit staatlicher Unterstützung statt integrationspolitischer Großplanung

Auch wenn in den meisten Fällen die Bewohner der Flüchtlingslager zu den ersten Bewohnern der späteren Vertriebenenstädte gehörten, waren nicht die Lager der Ausgangspunkt für die Stadtgründungen.¹⁶² Und auch wenn nach Kriegsende überall massiver Wohnungsmangel herrschte, stand nicht die Schaffung von Wohnraum im Zentrum der Neugründungen. Vielmehr bildete die Ansiedlung der Gewerbebetriebe, sei es der Gablonzer Schmuckherstellung in Neugablonz, der Siemens-Schuckert-Werke in Traunreut oder von Betrieben unterschiedlicher Branchen in den anderen Städten, den Ausgangspunkt für die Entstehung der neuen Kommunen. Die Dezentralisierung der Rüstungsindustrie im Nationalsozialismus hatte dazu geführt, dass bisher kaum industriell erschlossene Räume im ländlichen Bayern über große Industriegebiete in Form der Rüstungswerke verfügten, die sich nach Kriegsende für die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Vertriebene anboten.

Vor diesem Hintergrund wäre ein übergreifendes Integrationsprogramm, nach dem eingangs gefragt wurde, naheliegend gewesen. Und tatsächlich hatte es solche Überlegungen in der Nachkriegszeit gegeben. Im Zuge der Planung der Vertriebenensiedlung Espelkamp in Nordrhein-Westfalen,¹⁶³ die ebenfalls auf einem ehemaligen Rüstungswerk entstand, verfasste der Leiter der Planungsgruppe und ehemalige IG-Farben-Chef Max Ilgner 1949 eine Denkschrift, in der er das Konzept als wegweisendes Modell für die Gründung von 100 weiterer Vertriebenensiedlungen nach diesem Muster in ganz Deutschland verstanden wissen wollte.¹⁶⁴ Unter dem Namen „Ilgner-Plan“ wurde es in vielen Kreisen diskutiert, und auch in Bayern gab es Anläufe, dieses Modell umzusetzen. So nahm das evangelische Hilfswerk als Träger der Gründung in Espelkamp im Mai 1949 Kontakt zum Bayerischen Wirtschaftsministerium auf, und ab August 1949 existierte eine Planungsstelle in München. Diese sollte als Vorläufer einer „Aufbaugemeinschaft Bayern GmbH“ fungieren, in der das Evangelische Hilfswerk, die Caritas und der Freistaat Bayern zusammenarbeiten würden.¹⁶⁵ Die fünf Neugrün-

¹⁶² Es gibt auch Beispiele für Flüchtlings- oder Barackenlager, die sich zu Stadtteilen verfestigten. Ein Flüchtlingslager bei Wien wurde nach dem Ersten Weltkrieg für Flüchtlinge aus den Gebieten der ehemaligen Habsburgermonarchie zum Stadtteil ausgebaut. Das Dorf Trutzhain in Hessen ist ein Beispiel für ein Flüchtlingslager nach dem Zweiten Weltkrieg, das zur dauerhaften Siedlung wurde. *Doßmann, Axel; Wenzel, Jan; Wenzel, Kai: Architektur auf Zeit. Baracken, Pavillons, Container. Berlin 2006 (MetroZones 7), S. 167–173.*

¹⁶³ Vgl. dazu in der Einleitung, S. 6.

¹⁶⁴ Zum „Ilgner-Plan“ vgl. *Oberpenning 2002, S. 43–45. – Pfeil 1959, S. 519.*

¹⁶⁵ In Bayern scheiterte der Ilgner-Plan nach Mona Langen an ungeklärten Besitzverhältnissen. In Nordrhein-Westfalen an dem Streuungsgebot, das von den Alliierten vorgegeben worden war und von der dortigen Landesregierung übernommen wurde: „Geschlossene Städte von 10.000-15.000 Vertriebenen erscheinen soziologisch gesehen unerwünscht, da sie eine Eingliederung in die übrige ansässige Bevölkerung erschweren.“ *Langen, Mona: Evangelischer Wohnungsbau in Bayern. Innerkirchliche Diskussion und Durchführung bis 1957. Zugl.: Bay-*

dungen in Bayern erwecken auf den ersten Blick den Anschein, als wären sie das Ergebnis eines Ilgner-Plans in Bayern gewesen. Wie die Einzelfallanalysen gezeigt haben, war dies nicht der Fall.

Der durchaus naheliegende Gedanke, das industrielle Potential der NS-Aufrüstung für die Flüchtlingsintegration zu nutzen, scheiterte als breit angelegtes Programm einerseits an der Streuungsvorgabe der US-Militärregierung und andererseits daran, dass die Rüstungswerke direkt nach dem Krieg von dieser in erster Linie als Reparationsgut und militärisches Risiko bewertet wurden. So entstanden die Neugründungen in Bayern nicht als staatliche Großprojekte, wie etwa die Musterstädte des Nationalsozialismus, die ‚Stadt des KdF-Wagens‘ (das spätere Wolfsburg) und die ‚Stadt der Hermann-Göring-Werke‘ (das spätere Salzgitter) oder StalinStadt als erste Neugründung und sozialistische Planstadt der DDR.¹⁶⁶ Das allen Vertriebenenstädten gemeinsame Muster, die Rüstungswerke für die Arbeitsmarkt- und Wohnraumintegration zu nutzen, führte nur als Einzelinitiative in vergleichsweise kleinem Rahmen zum Erfolg. Der Impuls ging vor allem von Seiten der Sudetendeutschen aus, sei es in Form der Denkschrift oder in Form der Initiatoren des späteren Neugablonz, Geretsried und Waldkraiburg, der von bayerischer Regierungsseite und auch kommunalen Verwaltungen Unterstützung erfuhr. Wie die Beispiele Neugablonz und Waldkraiburg zeigen, konnten diese auch in Konkurrenz zueinander geraten. Aber auch von anderen Seiten gab es Initiativen: Während bei den frühen Gründungen Neugablonz, Geretsried und Waldkraiburg sich sudetendeutsche Unternehmer engagierten, gaben in Neutraubling der Flüchtlingskommissar und in Traunreut die Siemens-Schuckert-Werke den Ausschlag.

Die notwendigen Spielräume eröffnete dagegen die US-Militärregierung. Denn die Haltung der Besatzungsmacht war keineswegs vollkommen eindeutig und konstant, sondern bewegte sich, wie es Grosser in seiner Arbeit darstellt, durchaus im Dilemma von Assimilierungsvorgabe und Unterstützungsnotwendigkeit.¹⁶⁷ Dies zeigt auch das Gesetz zur Besiedlung von ehemaligem Wehrmachtsgelände, bei dem ohne Probleme eine Konzentration von Flüchtlingen und Vertriebenen bei der Neuansiedlung erlaubt wurde, wie das Beispiel von Neutraubling zeigt. Und auch bei der Behandlung der Rüstungswerke vollzogen die Vertreter der Militärregierung einen allmählichen Kurswechsel. Während das Werk Kaufbeuren noch nahezu vollständig gesprengt wurde und tatsächlich nur wenige, nicht für die Produktion ge-

reuth, Univ., Diss. Neustadt a. d. Aisch 1997 (Einzelarbeiten aus der Kirchengeschichte Bayerns 72), S. 144–152. – *Oberpenning* 2002, S. 66.

¹⁶⁶ Vgl. z.B. *Beier, Rosmarie* (Hrsg.): *Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit*. Ausst.-Kat., Berlin, Deutsches Historisches Museum, 16. Mai bis 12. August 1997. Ostfildern-Ruit 1997. – Und: *Schneider* 1979.

¹⁶⁷ Siehe dazu: *Grosser* 1998, S. 59.

nutzte Gebäude verschont blieben, wurden in den drei anderen hier behandelten Sprengstoffwerken am Ende der Großteil der Anlagen, darunter auch ehemalige Produktionsgebäude, erhalten. Zudem wurden schon vor dem Abschluss der Sprengarbeiten Zugeständnisse gemacht, wenn Teilgebiete vorab freigegeben wurden, oder trotz der Rücknahme der Besiedlungsfreigabe, die Betriebe auf dem Gelände bleiben durften.

Die Vertriebenenstädte entstanden somit als Initiativen, in denen sich gemeinsame Interessen von Ankommenden und Aufnehmenden bündelten und die Möglichkeiten und Spielräume der ersten Nachkriegsjahre erfolgreich nutzten. Dabei waren die Anfänge durchaus von Unsicherheiten ob ihrer Dauerhaftigkeit geprägt – sei es durch das Streuungsgebot, wie in Neugablonz, durch parallel laufende Sprengungen wie in Geretsried und Waldkraiburg oder durch die Pläne zur bundesdeutschen militärischen Weiternutzung, wie in Neutraubling, – die jedoch am Ende in die Gründung der neuen Gemeinden, beziehungsweise im Fall von Neugablonz, der Eingliederung als Stadtteil Kaufbeurens mündeten.

III. Stadtplanung – Fortführung oder Neuanfang?

1. Die Stadtplanung der Vertriebenenstädte

1.1. Gemeindegründung und Wirtschaftsplan

Die ersten Ansiedlungen der späteren Vertriebenenstädte blieben zunächst unter der Verwaltung einer der umliegenden Gemeinden, die zuvor bereits das entsprechende Rüstungswerk verwaltet hatten. Allerdings waren die Rüstungswerke auf den Flurstücken unterschiedlicher Gemeinden gebaut worden. Eine Beibehaltung der Gemeindegrenzen hätte zur Zersplitterung der neuen Siedlungsbiete geführt, sodass die Eingemeindung in die verwaltenden Gemeinden oder die Gründung einer eigenständigen Gemeinde zur Debatte standen.¹⁶⁸

In allen späteren Vertriebenenstädten hatten sich schon in den ersten Jahren Interessenvertretungen der Siedler gegründet,¹⁶⁹ die sich bald für eine Eigenständigkeit einzusetzen begannen und oft schon typische gemeindliche Aufgaben übernahmen.¹⁷⁰ Als Industriesiedlungen unterschieden sich ihre Interessen meist stark von denjenigen der einheimischen verwaltenden Gemeinden. Bei diesen handelte es sich – mit Ausnahme von Kaufbeuren für das spätere Neugablonz – um kleine, landwirtschaftlich geprägte Kommunen von etwa 1.000 bis 2.000 Einwohnern. Die Ansiedlungen auf den ehemaligen Rüstungswerken wuchsen dagegen schnell an, und es war damit zu rechnen, dass sie die Bewohner der verwaltenden Gemeinden zahlenmäßig bald überholen würden.¹⁷¹

Viele der Gemeinden, die einen Teil der ehemaligen Rüstungswerke zu ihrem Gemeindegebiet zählten, lehnten eine Neugründung jedoch ab, da sie finanzielle Nachteile durch die Gebietsabtrennungen befürchteten. Da es sich zum Großteil um (ehemalige) Waldgebiete handelte, in die hinein die Rüstungswerke gebaut worden waren, wurden diese Bedenken gegenüber den Nachteilen der kommunalen Zerstückelung der entstehenden Industriesiedlungen jedoch am Ende abgewiesen.¹⁷²

¹⁶⁸ Vgl. dazu *Schütz* 1967, S. 35, 67, 98, 123.

¹⁶⁹ Vgl. Kapitel II, S. 37, 39, 40, 41 und 43.

¹⁷⁰ Im späteren Waldkraiburg kümmerte sich etwa die dortige „Industriegemeinschaft“ um die Anlegung eines Friedhofs, die Unterstützung der Lagerschule oder auch um die Herausgabe des ersten „Stadtplans“ für das Werksgelände. *Kern, Konrad; Schmidt, Peter*: Die Industriegemeinschaft 1947–1950. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 154.

¹⁷¹ *Schütz* 1967, S. 36, 68, 98, 123 und 156.

¹⁷² Zu den Gebietsabtretungen im Einzelnen, vgl. *Schütz* 1967, S. 36, 68, 98, 123 und 156. – Der bayerische Landtag war anfangs gegen die Gemeindegründungen und wandte ein, dass für eine zwangsweise Änderung von Gemeindegrenzen die Gesetzesgrundlage fehle. Das bayerische Innenministerium führte hierfür ein entsprechendes Reichsgesetz von 1935 an und setzte sich damit durch. *Platsch, Edmund; Mühlbäck, Thomas*: Waldkraiburg. Von der Gemeinde zur Stadt. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 161. – Zur Argumentation des Bayerischen Innenministeriums für die Neugrün-

Jeweils zum 1. April, das heißt dem Beginn des Haushaltsjahres, wurden 1950 die Gemeinden Waldkraiburg und Geretsried gegründet, zum 1. Oktober 1950 Traunreut und zum 1. April 1951 Neutraubling als vierte bayerische Vertriebenengemeinde. Auch in Neugablonz hatte es Überlegungen zur kommunalen Selbständigkeit gegeben. Diese wurden jedoch wieder verworfen und die Siedlung bereits 1948 nach Kaufbeuren eingemeindet.¹⁷³

Zur Gemeindegründung wurden in den neuen Gemeinden Wirtschaftspläne erstellt, um die Rüstungswerke zu Städten mit industrieller Produktion umzuplanen. Schütz schreibt dazu, dass „die Aufstellung städtebaulicher Pläne erst vom Zeitpunkt der Gemeindegründung möglich [war], da vorher ein geschlossener Bauwille sich nicht bilden konnte“.¹⁷⁴ In Geretsried, Neugablonz und Waldkraiburg wurden durchaus schon vorher Siedlungspläne erstellt. Somit fehlte weniger ein „geschlossener Bauwille“, als eine kommunale Körperschaft als Rahmen der Planungen. Deren Gründung fiel wiederum mit dem Wiedereinsetzen der Bauwirtschaft auf breiter Basis und dem Beschluss über die staatliche Wohnungsförderung zusammen, so dass den Gemeinden nun auch eine realistische Chance zum Aus- und Aufbau gegeben war.¹⁷⁵

Die rechtlichen Regelungen zur Stadtplanung waren in der Nachkriegszeit in den einzelnen Bundesländern verschieden. In Bayern wurde bis zur Vereinheitlichung im Bundesbaugesetz von 1960 auf das Wohnsiedlungsgesetz von 1933 zurückgegriffen. Dieses sah die Erstellung eines sogenannten Wirtschaftsplans vor, der – ähnlich den heute üblichen Flächennutzungsplänen – die Verteilung der Nutzungsflächen regelte.¹⁷⁶ Unterstützung bei ihren Planungen erhielten die Gemeinden von den Ortsplanungsstellen des jeweiligen Regierungsbezirks. Diese waren 1937 eingerichtet worden, um kleine Kommunen ohne eigene Stadtbauämter bei Planungsvorhaben zu beraten.¹⁷⁷ Zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Wirtschaftspläne für die Vertriebenenstädte war Otto Schütz Regierungsbaumeister und Leiter der Ortsplanungsstelle

dungen vgl. zum Beispiel den Faksimile-Abdruck der Entschließung zur Gemeindegründung von Waldkraiburg, vom 6. April 1950. *Platsch; Mühlböck* 2009, S. 162–174.

¹⁷³ Vgl. hierzu *Heerdegen* 2003, S. 366 und 377. – Eine endgültige einleuchtende und eindeutige Erklärung, warum es in Neugablonz nicht zur Gemeindegründung kam, fehlt bisher, wie auch Ziegler in seinem Text von 2003 feststellt. Vermutlich müssen mehrere Gründe angenommen werden. So kann die Eingemeindung eine Vorsichtsmaßnahme gewesen sein, um als geschlossene Vertriebenensiedlung aus einer gemeinsamen Herkunftsregion nicht zu offensichtlich gegen das Streuungsgebot der US-Militärregierung zu verstoßen. Schütz führt beispielsweise an, dass die Eingemeindung bei so großen Kommunen wie Kaufbeuren durchaus Vorteile bot, da vor allem in der Anfangszeit auf Einrichtungen und Unterstützung der Muttergemeinde zurückgegriffen werden konnte. *Ziegler* 2003, S. 425. – *Schütz* 1967, S. 156.

¹⁷⁴ *Schütz* 1967, S. 44.

¹⁷⁵ *Hafner* 1993, S. 107.

¹⁷⁶ *Poxleitner, Josef*: Bayern baut auf. Die Weichenstellungen der Obersten Baubehörde. In: *Daxelmüller, Christoph; Kummer, Stefan; Reinicke, Wolfgang* (Hrsg.): Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in Bayern. Aufsätze zur Bayerischen Landesausstellung 2009. Regensburg 2009 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 57), S. 58–60. – *Schneider* 1979, S. 16.

¹⁷⁷ *Poxleitner* 2009, S. 60.

für Oberbayern, das heißt zuständig für Geretsried, Waldkraiburg und Traunreut. Schütz war selbst Vertriebener aus Eger/Cheb und publizierte 1967 den Überblick zu den „neuen Städten und Gemeinden in Bayern“.¹⁷⁸

1.2. Ausgangslage, Planungsgeschichte und Planungskonzept

Bei der Beschreibung der Vertriebenenstädte wurde immer wieder das Bild der „wilden Wurzel“¹⁷⁹ gebraucht, um den provisorischen Charakter der anfänglichen Besiedlung und nach der Gemeindegründung die finanziell schwierigen Startbedingungen der neuen Städte zu erfassen. Allerdings suggerierte man damit für alle Neugründungen eine weitgehende Konzeptlosigkeit, die die städtebaulichen Planungen außer Acht lässt, obwohl lediglich in Neutraubling die Planung weitgehend in Vorschlägen zum Ausbau des Vorhandenen bestand. Das Gegenbild der „wilden Wurzel“ nimmt Spiro Kostof in seiner Analyse städtebaulicher Gestalten zum Leitgedanken, wenn er in „Das Gesicht der Stadt“ schreibt, dass die Form der Stadt nie das Ergebnis einer materiellen Zwangsläufigkeit ist, sondern ihr immer menschliche Entscheidungen zu Grunde liegen, die von äußeren Umständen lediglich erschwert oder begünstigt werden.¹⁸⁰ Die „menschlichen Entscheidungen“ sind in den Planungsunterlagen der Vertriebenenstädte – in unterschiedlichem Umfang – erhalten. Die Reihenfolge der Beschreibungen gibt im Folgenden wieder, in welcher Dichte sich städtebauliche Ideen in den Planungsunterlagen feststellen ließen.¹⁸¹

¹⁷⁸ Eine der wenigen umfassenden Arbeiten zu diesem Thema. Vgl. dazu auch die Erläuterungen zum Forschungsstand in der Einleitung. Schütz 1967. – Vortrag von Josef Rackl beim Verein Heimathaus e.V. über die Entstehung Traunreuts am 21.09.1981. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 11.

¹⁷⁹ Vgl. z.B. Pfeil 1959, S. 504. – Karasek-Langer 1956.

¹⁸⁰ Kostof, Spiro; Wanner, Peter: Das Gesicht der Stadt. Geschichte städtischer Vielfalt. Frankfurt/Main 1992, S. 34.

¹⁸¹ Neugablonz wird zudem aufgrund der Anlehnung an die Herkunftsstadt in frühen Entwürfen als Sonderfall am Ende behandelt.

1.2.1. Waldkraiburg¹⁸²

Rüstungswerk

Nahe Mühldorf im südöstlichen Bayern wurde 1939 bis 1941 das Werk Kraiburg der Deutschen Sprengchemie GmbH (DSC) in ein Waldgebiet am Inn auf einer Fläche von etwa 480 ha¹⁸³ gebaut (Abb. III.1).¹⁸⁴ Die Bahnstrecke von Rosenheim nach Mühldorf lieferte den Bahnanschluss für das Werk (Abb. III.2). Nordöstlich davon lagen die Produktionsbunker zur Sprengstoffherstellung, die sich in dem weitläufigen Areal auf zwei Bereiche – einmal nördlich und einmal südlich des ins Werk führenden Gleis- und Straßenstrangs – konzentrierten.¹⁸⁵

Südlich der Bahnstrecke befanden sich die Unterkunftsgebiete: Vor der Einfahrt zum Werk lag das Steinbarackenlager (Abb. III.4) für etwa 1.000 Personen. Ein Stück weiter standen die Holzbaracken des Zwangsarbeiterlagers für etwa 800 Personen. Flankiert wurden diese von Einfamilien- und Doppelhäusern der „Meistersiedlung“ für Ingenieure und Handwerker mit 14 Wohneinheiten und der „Beamstensiedlung“ für leitende Angestellte mit acht Wohneinheiten (Vgl. Abb. IV.29). Etwa einen Kilometer entfernt lag das „Frauenlager“, das für etwa 540 Personen ausgelegt war (Vgl. Abb. IV.5).¹⁸⁶

Bei einem Fliegerangriff auf das Werk im April 1945 und der nach Kriegsende stattfindenden Entmilitarisierung wurden etwa 70 Gebäude zerstört, wobei sich die Schäden durch Bombardierung und Sprengungen in etwa die Waage hielten. Bei letzteren wurden vor allem die sogenannten „Ölberge“ zerstört, die auf leichten Erhöhungen etwa diejenigen 40 Bunker umfassten, in denen der erste Schritt der Produktion durchgeführt wurde. Auch das Wärmekraftwerk des Werkes wurde nach Kriegsende gesprengt, etwa die Hälfte der Gleisanlagen und der Großteil des Inventars demontiert. Der Hauptanteil der insgesamt gut 400 Gebäude ebenso wie die Versorgungsnetze für Wasser, Abwasser, zum Teil Strom und Telefon, blieben jedoch für die Neuansiedlung erhalten.¹⁸⁷

¹⁸² Der Gesamtanalyse der Vertriebenenstädte in dieser Arbeit ging eine exemplarische Untersuchung der Stadtplanung Waldkraiburgs voraus: *Würnstl, Barbara*: Vom Rüstungswerk zur Idealstadt. Urbanistische und militärische Interpendenzen in der Planung der Vertriebenenstadt Waldkraiburg und dem zeitgenössischen Theoriekontext. In: *Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder* 50 (2010), 2, S. 301–332.

¹⁸³ Vgl.: Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan für Waldkraiburg von Hubert Rösler vom Mai 1949. Stadtarchiv Waldkraiburg. Industriegemeinschaft. Akt-Nr. 21, S. 3.

¹⁸⁴ *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg erzählt. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 1999, S. 72.

¹⁸⁵ Im äußersten Norden des Geländes war außerdem ein Schießplatz für Testzwecke angelegt und zwischen der Bahnstrecke und dem südlichen Produktionsbereich befand sich ein werkseigenes Kraftwerk. *Preuß; Eitelberg* 2009, S. 94, 102, 104 und 106–113.

¹⁸⁶ *Kesselgruber, Gertraud*: Die Arbeitskräfte des DSC und das Kriegsende. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 116, 117. – *Kern* 2003, S. 55–60.

¹⁸⁷ *Preuß; Eitelberg* 2009, S. 113. – Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 7, 8.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplans für die neue Gemeinde im Jahr 1949 wohnten im Flüchtlingslager Pürten noch etwa 750 Personen. In Baracken waren eine Kirche und eine Lagerschule eingerichtet worden sowie einige Läden.¹⁸⁸ Durch den Umbau von Werksgebäuden zu Wohnräumen wohnten zum Zeitpunkt der Gemeindegründung etwa tausend Personen auf dem Produktionsgelände.¹⁸⁹ Im Juni 1950 wurden die DP-Lager in den Steinbaracken, der ‚Beamstensiedlung‘ und dem ‚Frauenlager‘ geräumt. Die Räumlichkeiten standen dadurch für die im April gegründete Gemeinde als Wohnraum zur Verfügung.¹⁹⁰

Planungsgeschichte

Erste Planungen erstellte bereits ein Mitarbeiter der Landesplanungsstelle des bayerischen Wirtschaftsministeriums von 1946 bis etwa Februar 1947; diese verliefen allerdings wegen der parallel ablaufenden Sprengungen, die auch den Aufbau der Betriebe vorübergehend lahmlegten, im Sande.¹⁹¹ Im Sommer 1947 begann die ‚Industriegemeinschaft‘ sich selbst um eine Siedlungsplanung zu bemühen. Diese erstellte der aus Reichenberg/Liberec stammende Architekt – und spätere erste Bürgermeister der neuen Gemeinde Waldkraiburg – Hubert Rösler, der seit dem Frühjahr 1946 im Werk Kraiburg wohnte und ebenfalls der ‚Industriegemeinschaft‘ angehörte.¹⁹² Ende 1947, Anfang 1948 erhielt Rösler dabei Unterstützung von Fritz Noppes, der die Planungen für das spätere Geretsried erstellte.¹⁹³ Die Planungen dienten vermutlich dazu, den eigenen Siedlungsplänen Nachdruck zu verleihen oder sich gegen die Treuhandverwaltung mit den eigenen Interessen durchzusetzen, blieben jedoch ohne konkrete Auswirkungen.

Mit der Gemeindegründung konnte dann ein Wirtschaftsplan erstellt werden, in dem die neue Kommune die von ihr gewünschte Nutzungsverteilung und Bebauung – zumindest rechtlich und theoretisch – festlegen konnte. Die Erstellung des Wirtschaftsplanes veranlasste im

¹⁸⁸ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 6. – Jona-Meyer 2009, S. 142. – Ertelt, Klaus: Waldkraiburg als Schulstadt. In: Kern, Konrad (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 300. – Die letzten Bewohner zogen 1951 aus den Massenquartieren des Lagers aus. Kern 2003, S. 61.

¹⁸⁹ [ohne Autor] 1955, S. 25, 27.

¹⁹⁰ Kern 2009b, S. 134.

¹⁹¹ Bericht vom Leiter der Landesplanungsstelle des bayerischen Wirtschaftsministeriums Rolf Sievers vom Januar 1946 (falsch datiert; nach Inhalt Januar 1947). Verzögerung der Freigabe des Werks Kraiburg wegen weiterer Entmilitarisierungsarbeiten. Darin erwähnt: Siedlungsplanung für 10.000 Einwohner vom 14.9.1946 durch einen Mitarbeiter der Landesplanungsstelle. BayHStA MWi. 13705, Bd. II (August 1946 - Februar 1948).

¹⁹² Diese erste Planungsversion ist jedoch nicht erhalten. *Gemeindeverwaltung Waldkraiburg* 1960, S. 17. – Wessely, Herbert: Hubert Rösler. Leben und Werk. Ein Gedenkbuch von Herbert Wessely. Landshut 1984, S. 46.

¹⁹³ Wie diese Zusammenarbeit zustande kam, ließ sich anhand der verfügbaren Quellen nicht klären. Siedlungsplanentwurf von Fritz Noppes vom Dezember 1947. Stadtarchiv Waldkraiburg. Montanverwaltung. Akt-Nr. 22. – Siedlungsplanentwurf von Hubert Rösler vom Januar 1948. Stadtarchiv Waldkraiburg. Montanverwaltung. Akt-Nr. 22.

Sommer 1948 die Ortsplanungsstelle der Regierung von Oberbayern, die hier wie auch in Geretsried und Traunreut die Planungen beratend unterstützte. Der Auftrag und damit die Finanzierung stammten von der Treuhandverwaltung der Montan Industrie GmbH, die rechtlich die Eigentümerin des Rüstungswerkes war.¹⁹⁴ Der Plan war im Sommer 1949 fertig und umfasste sowohl das Gelände des Werkes Kraiburg als auch des direkt daneben liegenden, kleineren Rüstungswerkes Aschau (Abb. III.5). In dieser Version wurde das Projekt von der Ortsplanungsstelle gebilligt und von der neuen Gemeinde nach deren Gründung genehmigt.¹⁹⁵ Das Werk Aschau wurde jedoch letztendlich nicht dem Gemeindegebiet zugeschlagen, sodass sich die endgültige Genehmigung, die der Regierungsbezirk Oberbayern 1952 erteilte, auf eine Planungsversion bezog, die nur das Gelände des Werks Kraiburg umfasste (Abb. III.6).¹⁹⁶ Die Planungen sind, bis auf ein zusätzliches Gebiet für eine landwirtschaftliche Nebenerwerbs-siedlung im Nordosten, identisch, sodass im Folgenden auch die Planungsversion von 1949 und der dazu erhaltene Erläuterungsbericht für die Beschreibung herangezogen werden. Allerdings war die erste Planung für die Werke Aschau und Kraiburg auf 20.000 Einwohner ausgelegt, wovon 12.000 auf dem Gelände des Werks Kraiburg wohnen sollten, während das Gelände in der späteren Version 18.000 Einwohner fassen sollte.¹⁹⁷

Wirtschaftsplan

Im Wirtschaftsplan (Abb. III.5) wurde das Areal des Werkes in je vier Wohn-, Industrie- und Gewerbegebiete aufgegliedert, die sich um eine zentral liegende Stadtmitte gruppierten. Die Planer nahmen dabei einerseits die Struktur und Nutzungsverteilung des Rüstungswerks auf und bemühten sich zugleich, diese mit eigenen stadtplanerischen Vorstellungen in Einklang zu bringen.¹⁹⁸

¹⁹⁴ *Gemeindeverwaltung Waldkraiburg* 1960, S. 17.

¹⁹⁵ Mit der weiteren Ausarbeitung beauftragte die Gemeinde ab 1950 das inzwischen gegründete Gemeinschaftsbüro Rösler, Reilich, Rahnsch. Vgl.: Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 2. – [ohne Autor] 1955, S. 31. – Frank, Alfred: Von der zerstörten Pulverfabrik zur modernen Industriestadt im Grünen. In: Kern, Konrad (Hrsg.): Waldkraiburg erzählt. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 1999, S. 207, 208.

¹⁹⁶ Lindner, Walter: Waldkraiburg: Vom Bunker zur Siedlung. Die vierjährige Geschichte einer Industriesiedlung von Heimatvertriebenen in Oberbayern. München 1950, S. 23, 65. – Kern, Konrad; Schmidt, Peter: Die Industriegemeinschaft 1947 bis 1950. In: Kern, Konrad (Hrsg.): Waldkraiburg erzählt. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 1999, S. 137.

¹⁹⁷ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 2. – Schütz 1967, S. 75.

¹⁹⁸ Im Folgenden sind die verschiedenen Nutzungsbereiche auch mit den im Erläuterungsbericht verwendeten Abkürzungen als W, I und G bezeichnet.

„[...] sollen [...] die vorhandenen Anlagen als Gewerbe- und Industriegebiete genutzt werden. Die dazu gehörigen Wohngebiete wurden [...] als selbständige Siedlungsgemeinschaften diesen zugeordnet.“¹⁹⁹

Die beiden größeren Gewerbegebiete der Stadt waren in den relativ geschlossenen Bereichen der ehemaligen Produktionsanlagen POL I (G1) und POL II (G2) projektiert. Zusätzlich wurden zwei kleinere Gewerbegebiete um die Stadtmitte angelegt. Für die vier davon noch einmal unterschiedenen Industriegebiete²⁰⁰ waren jeweils Bereiche entlang der Werksgleise vorgesehen, wobei das größte im südwestlichen Stadtbereich entlang der Bahnstrecke Mühl-dorf-Rosenheim platziert wurde.

Die Unterkunftsbereiche südlich der Bahnlinie bildeten den Ausgangspunkt für zwei Wohngebiete. Steinbarackenlager, Werkssiedlungen und Holzbarackenlager wurden zum Wohngebiet 4 zusammengefasst und bis zum Geländebruch der Innkante ausgeweitet. Das ehemalige ‚Frauenlager‘, ebenfalls vergrößert, ist im Plan als Wohngebiet 5 ausgewiesen, war allerdings zum Zeitpunkt der Planung nur für karitative Zwecke wie Krankenhäuser, Altersheime und ähnliches vorgesehen.²⁰¹

Zur Erweiterung der Wohngebiete wurden die Freiflächen auf dem Produktionsgelände des Werkes genutzt. Zwei Wohngebiete waren südwestlich und nördlich des Gewerbegebiets 1 vorgesehen, für ein weiteres südlich des Gewerbegebiets 2 wurde zunächst eine mögliche Nutzung für industrielle Zwecke eingeräumt.²⁰² In der verbleibenden Fläche zwischen den Wohngebieten 1 und 2 wurde der städtische Friedhof platziert. Etwa im geografischen Zentrum des gesamten Gemeindegebiets war die Stadtmitte vorgesehen, die zugleich an der zentralen Zufahrtsstraße des ehemaligen Werkes lag.²⁰³

Dass die Verteilung der Nutzungsflächen im Rüstungswerk auch die Aufteilung der städtischen Nutzungsbereiche festlegte, ist zunächst naheliegend, da die Werksquartiere vor größeren Neubaumaßnahmen den Ausgangspunkt der Wohngebiete bildeten. Die Bunker aus Eisenbeton (Abb. III.3) wurden eigentlich für zum Wohnen ungeeignet befunden und sollten

¹⁹⁹ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

²⁰⁰ Auf die Unterscheidung wird weiter unten genauer eingegangen.

²⁰¹ Dies wird jedoch nicht umgesetzt. Schon in der Ortsbeschreibung von 1955 wurde diese Nutzung nicht mehr erwähnt. [ohne Autor] 1955, S. 30–34.

²⁰² In der Ortsbeschreibung von 1955 findet dies keine Erwähnung mehr und auch der aktuelle Stadtplan von Waldkraiburg zeigt kein Industriegebiet. [ohne Autor] 1955, S. 30–34. – Nördlich des Gewerbegebiets 2 schloss sich in der Planungsversion von 1952 ein weiterer Stadtteil mit Nebenerwerbssiedlungen an. Innerhalb dieses Stadtteils war ein Sportstadion geplant, wo sich zuvor der Schießplatz des Werkes befunden hatte, das dessen Form und vermutlich auch bauliche Bestandteile aufgreifen sollte (Abb. III.6).

²⁰³ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 12. – [ohne Autor] 1955, S. 32.

allein für die „gewerbliche und industrielle Produktion“ verwendet werden.²⁰⁴ Die Vielzahl der bereits auf dem Werksgelände eingerichteten Wohnräume verhinderte eine strikte Nutzungstrennung. Die erfolgte Ansiedlung erforderte Kompromisse in der Planung und so sollte die Wohnnutzung in den Gewerbegebieten wenn nicht ausgeschlossen, so zumindest eingeschränkt werden:

„Im Gewerbegebiet sollen keine reinen Wohnbauten errichtet werden, wohl aber soll zugelassen werden, dass Betriebsangehörige dort wohnen. Es wird empfohlen, die vorhandenen ‘Bunker’ aufzustocken, der Eisenbetonunterbau soll gewerblich genutzt werden / Werkstätten / die Aufstockung zum Wohnen benutzt werden.“²⁰⁵

Die entworfene Planung sollte in Zukunft eine Durchmischung der Funktionen bremsen und in den Industriegebieten gänzlich vermeiden, wo „solche Betriebe vorgesehen [waren], die Bahnanschluss benötigen und die große Rauch- und Geruchsbelästigung erzeugen“.²⁰⁶ Für die Wohngebiete galt demgegenüber, diese „von jeder industriellen Nutzung freizuhalten“ und auch „keinerlei [...] gewerbliche Betriebe anzusiedeln“.²⁰⁷ Somit übernahm der Wirtschaftsplan die Nutzungsbereiche des Rüstungswerks, ergänzte sie um zusätzliche Wohnareale und integrierte die bereits erfolgte Durchmischung als notwendigen Kompromiss.

Die Trennung der verschiedenen Nutzungsbereiche sollte durch Grüngürtel zusätzlich unterstützt und betont werden und vor allem Wohn- und Industriegebiete voneinander abschirmen. Dazu nutzten die Planer den vorhandenen Waldbestand, der zwischen den Nutzungsgebieten in breiten Streifen belassen werden und diese zu von baumbestandenen Freiflächen umgebene Inseln formen sollte:

„Weiters [sic!] soll die Weiträumigkeit gewahrt bleiben. Um diese Weiträumigkeit zu betonen und den Parkcharakter zu wahren, wurde angestrebt, die verschiedenen Nutzungsflächen durch Grüngürtel zu trennen, um so die ganze Siedlung in den Wald einzubetten.“²⁰⁸

Statt für ein geschlossenes Stadtgebiet entschied man sich bewusst für eine lockere Aufteilung und das weitläufige Gebiet des Rüstungswerkes wurde dabei explizit großzügig genutzt. Der genannte Parkcharakter war allerdings nicht von vornherein gegeben, da es sich um rei-

²⁰⁴ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

²⁰⁵ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

²⁰⁶ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

²⁰⁷ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

²⁰⁸ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

nen Nadelholzbestand handelte. Deswegen sollte dieser mit Laubgehölzen gemischt und der Tarnungswald zur Parklandschaft umgewandelt werden.²⁰⁹

Mit der Aufteilung der Wohngebiete, wiewohl sie sich aus den Vorgaben des Pulverwerks ergab, wurde zugleich ein städtebauliches Konzept verwirklicht. Die Ausführungen dazu im Erläuterungsbericht erwecken durch die Betonung der Planungsintention sogar den Eindruck, als hätte auf vorhandene Bebauung oder freie Flächen gar keine Rücksicht genommen werden müssen:

„Es wurde angestrebt, das benötigte Wohnraumgebiet in einzelne Teilgebiete zu zergliedern und zu dezentralisieren, um so einzelne Siedlungsgemeinschaften von 2.500 bis 4.000 Einwohnern zu bilden.“²¹⁰

Die Dezentralisierung der Wohngebiete wurde somit nicht als Einschränkung der Planungsfreiheit gewertet, sondern als Möglichkeit, kleine Gemeinschaften innerhalb der Stadt zu bilden, und diese als selbständige Einheiten auszustatten. Dazu wurde für jedes Wohngebiet ein „Ortskern“ vorgesehen, in dem Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf, eine Grundschule und eine Kirche zusammengefasst werden sollten:

„Wie schon im Wirtschaftsplan entwickelt, haben diese einen Ortskern, der den Mittelpunkt dieser Siedlung darstellt. Diesen Kern bildet ein Platz, an dem alle Betriebe u. Einrichtungen untergebracht sind für den [...] täglichen Bedarf [...] für die kulturelle Betreuung [...] Einrichtungen für Freizeit u. Unterhaltung“²¹¹

Die mit Schule, Kirche, Gasthof und Läden ausgestatteten Wohngebiete wurden auch von den Planern selbst hinsichtlich Größe und Ausstattung mit „selbständigen Dörfern“²¹² verglichen. So heißt es auch in der Ortsbeschreibung von 1955:

„Die einzelnen Wohngebiete sollen dörflichen Siedlungen [...] gleichgestellt sein und alles enthalten, was zur Lebensgemeinschaft notwendig ist.“²¹³

²⁰⁹ „Das oberste Ziel der Planung ist, den vorhandenen Waldbestand zu schonen und in eine Parklandschaft umzuwandeln. Vor allem ist eine Untermischung mit Laubgehölzen wünschenswert, um das Starre und Strenge der Nadelholzbestände aufzulockern.“, Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

²¹⁰ Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan, 1949 (wie Anm. 183), S. 10.

²¹¹ Zum täglichen Bedarf gehören demnach „Bäcker, Fleischer, Schuster, Schneider, Lebensmittel, u.ä.“, als Kultureinrichtungen werden Kirche und Schule mit Sportanlage genannt und für Freizeit und Unterhaltung sind ein „Saalbau, Gasthof, Kino, Sportplatz und Turnhalle“ vorgesehen. Programm für die Erstellung des Bebauungsplanes der Gemeinde Waldkraiburg vom 1.2.1954. Stadtarchiv Waldkraiburg. Industriegemeinschaft. Akt-Nr. 21, S. 7 (Hervorhebungen im Original).

²¹² Programm für Bebauungsplan, 1954 (wie Anm. 211), S. 7.

²¹³ [ohne Autor] 1955, S. 34.

Als nächste Ebene der Gliederung war die Ortsmitte geplant. Dort wurden die zentralen Einrichtungen für Verwaltung, Kultur, Freizeit und Versorgung vorgesehen, die über die alltäglich benötigte Grundausrüstung hinausgingen:²¹⁴

„Die Ortsmitte ist ihrem Namen entsprechend als Mittelpunkt der gesamten Ansiedlung auszubilden. [...] Der Kern der Stadtmitte ist der Stadtplatz. An diesem oder in unmittelbarer Nähe sind alle zentralen Ämter, Behörden u. öffentlichen Einrichtungen, kommunaler u. wirtschaftlicher Art unterzubringen.“²¹⁵

So sollten die Wohngebiete in gewissem Grade als unabhängige Einheiten funktionieren und zugleich durch die Verteilung der Einrichtungen auf die Stadtmitte bezogen sein. Neben Funktionstrennung und Durchgrünung war somit auch eine Staffelung der Wohn- und Versorgungsfunktionen in der Stadt von der Mitte zu den Randgebieten vorgesehen.

1.2.2. Geretsried

Rüstungswerk

Geretsried entstand auf dem Gelände von zwei Rüstungswerken, die 1938 in einem großen geschlossenen Waldgebiet an der Isar bei Wolfratshausen südlich von München gebaut worden waren.²¹⁶ Ab 1940/41 produzierten hier die Dynamit A.G. (DAG) und die Deutsche Sprengchemie GmbH (DSC) Pulver und Munition.²¹⁷ Die beiden Werke waren entlang der nach Süden führenden Reichsstraße nebeneinander, mit einem etwa 500 Meter breiten Waldstreifen dazwischen, gebaut worden.²¹⁸ Beide Werke waren an das Schienennetz angeschlossen und darüber miteinander verbunden (Abb. III.7)²¹⁹.

²¹⁴ Dazu werden unter anderem Polizei, Banken, Einzelhandel, Ärzte, Theater, Kino und weiterführende Schulen gezählt. Programm für Bebauungsplan, 1954 (wie Anm. 211), S. 2–4.

²¹⁵ Programm für Bebauungsplan, 1954 (wie Anm. 211), S. 2.

²¹⁶ *Preuß; Eitelberg; Wilmes* 1992, s. Plan und Legende. – S. dazu auch das Exposé zur Siedlungsplanung des Landrats von Wolfratshausen vom 8.8.1946. Der vollständige Titel lautet: „Exposé über die Errichtung einer Anlage von Wohn-, Werk- und Fabrikstätten unter der Bezeichnung ‚Fabrik Wolfratshausen‘ auf dem Gelände und in den Objekten der ehemaligen Sprengstoff- und Munitionsfabriken ‚Dynamit AG.‘ und ‚Deutsche Sprengchemie‘ in Wolfratshausen.“, abgedruckt in: *Edlin* 1976, S. 44–49.

²¹⁷ *Wagner, Andreas*: Zwangsarbeit im Wolfratshausener Forst. Geretsried 1938–1945. Vortrag vom 25.10.1989. Textfassung vom Mai 1993. o.O. 1993. Online unter: www.a-wagner-online.de/zwangs.htm (zuletzt geprüft am 11.12.2016).

²¹⁸ Hier lag das Dorf Geretsried, das der späteren Stadt und zunächst dem östlich davon liegenden Werk seinen umgangssprachlichen Namen gab.

²¹⁹ Pläne zu den Werken existieren nur separat – der Wirtschaftsplan gibt im Vergleich jedoch ein gutes Bild zur Lage.

Das nördliche, 380 ha²²⁰ umfassende DAG-Werk erstreckte sich von Norden nach Süden zwischen Isar und Reichsstraße und die Bebauung gliederte sich in drei Teilbereiche (Abb. III.8). Der mittlere Teil des Produktionsgeländes war relativ dicht bebaut und die Gebäude waren mit den üblichen gewundenen und unregelmäßig verlaufenden Betonstraßen verbunden. Im südlichen Teil war nur etwa die Hälfte des Geländes mit Produktionsgebäuden erschlossen, im Norden war die geplante Bebauung nicht abgeschlossen und der Bereich deshalb nur wenig bebaut. Das riesige Fabrikgelände war umzäunt und nur durch mehrere Werktoore zugänglich. Das südliche DSC-Werk mit etwa 340 ha lag etwas abseits der Reichsstraße und auch hier gliederte sich das Produktionsgelände in einen dichter bebauten Mittelteil und zwei lockerer bebaute seitliche Bereiche (Abb. III.9).

Etwa zwei Kilometer nördlich des DAG-Werks lag das Lager „Föhrenwald“ mit Gemeinschaftsunterkünften und -einrichtungen für deutsche und westeuropäische Arbeiterinnen, das mit 2.500 Personen belegt war (Abb. III.10). Neben dem Verwaltungsgebäude des DAG-Werks, das außerhalb der Umzäunung an der Reichsstraße lag, standen vier sogenannte „Ingenieurshäuser“ für Angestellte (Abb. III.11). Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße war das Holzbarackenlager für etwa 1.000 Arbeiter errichtet worden. Südlich des DSC-Werks und etwas abseits lag das Steinbarackenlager, ebenfalls für etwa 1.000 Personen. Beim Dorf Geretsried waren mit der „Siedlung Tattenkofenerstraße“ sechs weitere Wohnhäuser für Werksangestellte gebaut worden (Abb. III.7).²²¹

Planungs- und Besiedlungsgeschichte

Die Planung für die Ansiedlung auf dem Gelände der Rüstungswerke bei Wolfratshausen übernahm der aus Reichenberg/Liberec stammende Architekt Fritz Noppes. Der Initiator der Ansiedlung, Hans Tattermusch, hatte ihn schon im Februar 1946 hinzugezogen, um Pläne für die Adaption der Werke zu Industriesiedlungen zu entwerfen.²²² Noppes plante zunächst nur Haustypen und einfaches Mobiliar.²²³ Erst als das Projekt der Industriesiedlung durch die Un-

²²⁰ Flächenangaben nach: Maurer 1999, S. 428, 429. – Diese bezieht sich vermutlich nur auf das tatsächliche Werksgelände. Die Fläche des späteren Gemeindegebiets (ohne Föhrenwald, aber mit der Wiese jenseits der Bundesstraße) umfasst insgesamt 935 ha. Vgl. Schütz 1967, S. 36.

²²¹ Auch in Wolfratshausen waren noch einige Wohnhäuser gebaut worden, die für diese Arbeit jedoch nicht relevant sind. Preuß; Eitelberg; Wilmes 1992, S. 128, 129 und 352–354. – Wagner 1993, S. 7, 8.

²²² Edlin 1976, S. 16.

²²³ Hier liegen ab Mai 1946 Entwürfe vor. Diese finden sich im Nachlass von Fritz Noppes im Stadtarchiv. Vgl. dazu Kapitel IV, S. 105.

terstützung des Landrats im Sommer 1946 konkretere Gestalt annahm,²²⁴ fertigte er ab Ende Juli eine erste Siedlungsplanung.²²⁵

Diese erste Planungsversion war ein Entwurf für 10.000 Einwohner, von denen etwa 4.000 auf vorhandene Unterkunftsmöglichkeiten²²⁶ verteilt werden sollten. Noppes Bebauungsplan zeigt daher nur eine Siedlung für gut 6.000 Einwohner, die im spärlich bebauten nördlichen DAG-Werk vorgesehen war (Abb. III.12). Der Planer hatte damit weitgehend freie Wahl in der Anordnung der Bebauung und der Verteilung der Straßen und Plätze.²²⁷ Schon bald wurde jedoch der Plan, der eine nahezu vollständige Neubebauung vorsah, fallen gelassen.²²⁸

Der Entwurf führte jedoch dazu, dass der Kreistag Ende Oktober Noppes mit der Planung der „Siedlung Fabrik-Wolfratshausen“ beauftragte.²²⁹ Bis Mai 1947 entwickelte er eine neue Gesamtplanung für 12.000 Einwohner, die mit einem Förderantrag für einen ersten Bauabschnitt für 700 Einwohner verbunden war.²³⁰ Noppes plante wieder die Werksiedlungen „Föhrenwald“ und „Stein“ mit einer Bewohnerkapazität von insgesamt 4.000 Einwohnern ein, gliederte diesmal aber die neuen Wohngebiete auf jeweils eines im DAG- und eines im DSC-Werk auf (Abb. III.13).²³¹ Insbesondere die Situierung des Wohngebiets im DSC-Werk und die Verortung des ersten Bauabschnitts darin folgten nun finanziellen Erwägungen und der Maxime der größtmöglichen Nutzung vorhandener Bebauung.²³² Dazu schrieb Noppes im November 1946:

„Schließlich einigt man sich mit dem Landessiedlungsamt für ein Siedlungsland im ehemaligen DSC-Gelände in Geretsried. Die Gründe, die dafür sprachen, waren der Bestand an vorhandenen Straßen [...], Leitungen aller Art, Bahnanschluß und die vorhandenen Gebäude, die sich vorzüglich für den Einbau von Schule, Post, Gemeinde, Gasthof, Kino, Werkstätten aller

²²⁴ Im Juni 1946 wurde das Sonderreferat „Fabrik Wolfratshausen“ gegründet. *Edlin* 1976, S. 17.

²²⁵ „Siedlungswerk Wolfratshausen. Vorentwurf für eine Siedlung im Fabrikgelände der D.A.G.“. Bebauungsplan von Fritz Noppes vom 27.7.1946. Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes. – „Siedlungswerks Wolfratshausen. Exposé über die Siedlung Wolfratshausen im Fabrikgelände der D.A.G.“, vom 1.8.1946. Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

²²⁶ Im Lager ‚Föhrenwald‘ sollten 2.200 Personen, im Steinbarackenlager 800 Personen und in ‚Wolfratshausen und Umgebung‘ 1.000 Personen untergebracht werden. „Siedlungswerks Wolfratshausen. Exposé über die Siedlung Wolfratshausen im Fabrikgelände der D.A.G.“, vom 1.8.1946. Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

²²⁷ „Siedlungswerk Wolfratshausen. Vorentwurf für eine Siedlung im Fabrikgelände der D.A.G.“. Bebauungsplan von Fritz Noppes vom 27.7.1946. Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

²²⁸ Vgl.: *Edlin* 1976, S. 19.

²²⁹ *Edlin* 1976, S. 19.

²³⁰ Bericht von Fritz Noppes, in: *Edlin* 1976, S. 20.

²³¹ Für das Lager ‚Föhrenwald‘ waren 2.200 und nach Erweiterung 3.000 Personen vorgesehen, für das Lager ‚Stein‘ 1.000 Personen. Die Wohnsiedlung im DAG-Werk sollte 3.500 Personen aufnehmen und im DSC-Werk 4.500. Angaben im Plan verzeichnet, s.: „Raumplan für die Voralpenwerke bei Wolfratshausen“ vom 2.5.1947. Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

²³² Noppes bezeichnete die vorhandenen Werksquartiere später als „Potenz der Lage“ und als ausschlaggebend für die dortige Ansiedlung. *Landratsamt Wolfratshausen* (Hrsg.): Geretsried. Landkreis Wolfratshausen. Jüngste Gemeinde Bayerns. Wolfratshausen 1950, S. 27.

Art [...] eignen. [...] Bei der Wahl eines anderen Siedlungsgeländes müßten alle diese Straßen, Leitungen und Gebäude neu errichtet werden, dazu fehlt das Geld, vor allem aber das Baumaterial.“²³³

Dementsprechend wurde der erste Bauabschnitt im westlichen Teil vorgesehen, in dem zwar nur wenige Gebäude standen, das jedoch über Straßen und eine Bahnanbindung verfügte. Nördlich darüber lagen im Eingangsbereich zum Werk verschiedene zivil nutzbare Gebäude, auf die Noppes in seinen Ausführungen anspielte (Abb. III.9).²³⁴ Hier zogen ab 1947 unter anderem in das Pförtnerhaus eine Poststelle, in das ehemalige Verwaltungsgebäude verschiedene Läden sowie ein Arzt und in das ehemalige Gästehaus ab 1948 die erste Schule ein (Abb. IV.9).²³⁵ Das Wohngebiet im DAG-Werk war dagegen in dieser Planungsversion noch in einem baulich wenig erschlossenen Bereich situiert (Abb. III.8).

Parallel zu diesen Planungen wurden auch Wohnungen in den ehemaligen Werksgebäuden eingerichtet. Das Landratsamt Wolfratshausen ließ schon 1946 in die sogenannten „Wohlfahrtsgebäude“ des DSC-Werks, die als Pausenräume für die Arbeiterinnen und Arbeiter gedient hatten, Wohnungen einbauen, aber auch Produktionsgebäude mit Wohnräumen aufstocken (Abb. II.14 und III.15). Nach der Freigabe des DAG-Werks 1948 wurden auch hier Werksgebäude zu Wohnraum umgebaut.²³⁶ So konnten zum Teil Sprengungen im Zuge der Entmilitarisierungsarbeiten verhindert werden. Mit Unterstützung von Plänen und Skizzen konnte erfolgreich argumentiert werden, dass die Gebäude der ehemaligen Rüstungsproduktion „kein Kriegspotential mehr verkörper[te]n“ (Abb. III.16).²³⁷

Wenn auch die Ausnutzung der vorhandenen Bebauung eine große Rolle bei den Planungsüberlegungen spielte, scheinen auch urbanistische Konzepte auf. Eine spätere Planungsskizze zeigt, dass auch verkehrstechnische und städtebauthoretische Überlegungen als Argument aufgeführt wurden. In einer Skizze zur Wahl der Lage der Wohngebiete vom Septem-

²³³ Bericht von Fritz Noppes vom November 1946, in: *Edlin* 1976, S. 19.

²³⁴ Neben Gästehaus, Pförtner- und Verwaltungsgebäude gab es hier eine Wäscherei, Feuerwehr, Garagen und die Werkrettungsstelle. *Preuß; Eitelberg; Wilmes* 1992, S. 39–44.

²³⁵ Jahresbericht für das „Referat X“ von dessen Leiter Walter Rissel über das Jahr 1947 vom 30.1.1948, abgedruckt in: *Edlin* 1976, S. 37, 38. – *Zimprich* 1999, S. 135, 136.

²³⁶ *Edlin* 1976, S. 15 und 39.

²³⁷ „Durch eine Eingabe an die Reparationsabteilung der Militärregierung für Bayern konnte zum Beispiel erreicht werden, daß eine Reihe wertvoller Gebäude von der Sprengung ausgenommen wurde, da das Referat ‚Voralpenwerke‘ anhand von Bauplänen und Skizzen nachwies, daß die genannten Gebäude durch bloßes Aufstocken in Wohn- und Fabrikgebäude verwandelt werden können und kein Kriegspotential mehr verkörpern.“, Jahresbericht für das Referat X von dessen Leiter Walter Rissel über das Jahr 1947 vom 30.1.1948, abgedruckt in: *Edlin* 1976, S. 36–39, hier S. 38. – Die gezeigte Planungsskizze zeigt die Grundrisszeichnung „Schema für eine Fabrikaufstockung“ vom 23.9.1946. Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

ber 1947 wurde neben finanziellen Überlegungen die Aufgliederung der Wohngebiete mit kürzeren Arbeitswegen begründet (Abb. III.17). In der ersten Variante ist das Lager ‚Föhrenwald‘ auf 5.000 Einwohner erweitert und das spätere Wohngebiet im DSC-Werk dazugenommen, während in der zweiten Variante stattdessen die Wiese jenseits des DAG-Werks als Wohngebiet vorgeschlagen wird. In der dritten Variante wird das Lager ‚Föhrenwald‘ zu einer einzigen großen Wohnsiedlung für 10.000 Einwohner erweitert.²³⁸

Die erste Variante wird wegen der „Ausnutzung bestehender Anlagen [und] [...] Gebäude“,²³⁹ aber auch wegen der kurzen Wege zu den Arbeitsstätten vom Landessiedlungsamt empfohlen. Bei der zweiten Variante, in der nur die hölzernen Baracken einbezogen werden konnten, wird kritisiert, dass keine Massivgebäude verwertet würden und die Arbeitswege zudem länger seien.²⁴⁰ Der dritte Vorschlag ähnelt dagegen der ersten Planung von Noppes einer kompakten Siedlung für 6.000 Einwohner im nördlichen, unbebauten Gelände des DAG-Werks. Wegen der längsten Arbeitswege und der fehlenden Ausnutzung der vorhandenen Gebäude und Infrastruktur wird er als die schlechteste Lösung gewertet. Ganz explizit heißt es außerdem, dass eine räumlich geschlossene „Gemeinde für 10.000 Menschen, [sic!] städtebaulich ungünstig“ sei.²⁴¹ Die Aufgliederung galt im Umkehrschluss städtebaulich als wünschenswert und wurde als positive Legitimation angeführt.

Trotz vielversprechender Bewertungen blieben die Planungen zunächst folgenlos.²⁴² Im Februar 1949 begannen die Verhandlungen zur Gemeindegründung und Fritz Noppes erhielt den Auftrag zur Erstellung eines Wirtschaftsplans, von dem eine erste Version vom November 1949 vorliegt sowie eine zweite vom April 1950 eingereicht wurde.²⁴³

Zu diesem Zeitpunkt lebten in den umgebauten Werksgebäuden etwa 550 Personen auf dem Gelände des DAG-Werks und fast 1.000 Personen auf dem Gelände des DSC-Werks.²⁴⁴ Nach dem Ende der Sprengungen waren jeweils etwa zwei Drittel der Gebäude in den beiden

²³⁸ Raumplanungsskizze vom September 1947. Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

²³⁹ Raumplanungsskizze, 1947 (wie Anm. 238).

²⁴⁰ Das Produktionsgelände des DAG-Werks wurde erst ab dem Herbst 1948 zugänglich und damit auch die dortigen Gebäude. Vgl. dazu Kapitel II, S. 39.

²⁴¹ Raumplanungsskizze, 1947 (wie Anm. 238).

²⁴² Eine Gutachterkommission hatte das Siedlungsprojekt im November 1947 dem Landtag zur Bewilligung empfohlen. *Edlin* 1976, S. 21.

²⁴³ Brief des Bürgermeisters Karl Lederer an das Landratsamt vom 23.10.1953. Stadtarchiv Geretsried. StVerw 101, Bd. I (1951-1960). – Zu den beiden Planungsversionen s. den folgenden Textabschnitt. – Der Wirtschaftsplan wurde 1952 vom Innenministerium genehmigt. *Sternkopf, Jochen*: Die städtische Bauleitplanung. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 326. – In den 1950er Jahren wurden jedoch keine verbindlichen Bebauungspläne erlassen. Vgl. dazu *Schütz* 1967, S. 44, 45.

²⁴⁴ *Edlin* 1976, S. 39.

Werken für die weitere Nutzung erhalten.²⁴⁵ Im Flüchtlingslager lebten noch etwa 480 Personen. Aufgrund eines Brandes im Lager in diesem Jahr wurde das Lager schon relativ früh aufgelöst und die letzten Bewohner zogen im Juni 1950 aus.²⁴⁶ Das DP-Lager in den Steinbaracken des DSC-Werks wurde Anfang 1950 aufgelöst und die 21 Baracken am 1. April der Gemeinde Geretsried übergeben.²⁴⁷ Das Lager ‚Föhrenwald‘ wurde noch bis 1956 als jüdisches DP-Lager weitergeführt und nach seiner Auflösung im März in das näher gelegene Wolfratshausen eingemeindet.²⁴⁸

Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan von 1949 beziehungsweise von 1950²⁴⁹ war wieder für 10.000 Einwohner vorgesehen und gliedert das Areal in zwei großflächige Industriegebiete und vier Wohngebiete auf (Abb. III.18 und III.19). Wieder sind das Lager ‚Föhrenwald‘ und das Lager ‚Stein‘ mit einer Größe von 2.000 beziehungsweise 1.000 Einwohnern als zwei Wohngebiete vorgesehen.

Auch im DSC-Werk bleibt die Situierung des Industrie- und Wohngebiets, das nunmehr als ‚Geretsried-Forst‘ für 3.000 Einwohner vorgesehen ist. Im DAG-Werk ist die Lage des Wohngebiets als Stadtteil ‚Geretsried‘ mit 4.000 Einwohnern geändert: Nunmehr richtet sich Noppes auch hier nach verwendbaren Gebäuden und Straßen. So wird der Bereich zwischen dem Verwaltungsgebäude und den ‚Ingenieurshäusern‘ und dem Nordeingang mit Pfortnerhaus und verschiedenen Werkstatt- und Garagengebäuden zum Wohngebiet, das um eine Fläche jenseits der ehemaligen Reichsstraße erweitert werden soll (Abb. III.8 und III.19). Im Plan wird dafür die Reichsstraße begradigt und nach Westen verlegt, um so ein geschlossenes Wohngebiet ohne Durchgangsverkehr zu erhalten.²⁵⁰ Der restliche Bereich wird als Industriegebiete ausgewiesen, wodurch hier eine im Vergleich zum Wohngebiet überdimensioniert wirkende Industriefläche entsteht. Entsprechend war hier kurzzeitig geplant, einen Teil als Filmgelände zu nutzen, was in der Vorgängerversion des Plans von 1949 zu finden ist (Abb. III.18).

²⁴⁵ Maurer 1999, S. 433.

²⁴⁶ Sebb 1999, S. 129, 130, 133.

²⁴⁷ Die Baracken wurden anschließend zu 137 Wohneinheiten umgebaut für 500 Personen umgebaut. Zimprich 1999, S. 144.

²⁴⁸ Maurer 1999, S. 439, 440.

²⁴⁹ Zu den Wirtschaftsplänen liegt kein Erläuterungsbericht vor, allerdings ein kurzer Text von Noppes aus der Publikation zur Gemeindegründung: ‚Raumplanung. Von Arch. Noppes‘, In: *Landratsamt Wolfratshausen 1950*, S. 27.

²⁵⁰ Die Verlegung wurde nie realisiert und das Wohngebiet nicht auf die Wiesen erweitert. In der Planungsversion von 1949 wird hier außerdem südlich des Wohngebiets eine landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlung geplant.

Das so aufgegliederte Stadtgebiet ist vollständig in den Wald eingebettet, der ursprünglich aus Tarnungsgründen für die Rüstungswerke ausgewählt worden war. Noppes hebt diese Tatsache durchweg positiv hervor:

„Grüngürtel umgeben die Industriekerne, die Wohnsiedlungsgebiete und die Straßen und Plätze – ein beruhigendes Bild für diejenigen, für die der Begriff der Industriesiedlung mit rauchenden Schloten und lichtlosen Hinterhöfen verbunden ist.“²⁵¹

Die etwas euphemistische Beschreibung der „Grüngürtel“ bedeutete jedoch für die Wohnsiedlung ‚Föhrenwald‘ die Abtrennung vom übrigen Stadtgebiet durch einen etwa eineinhalb Kilometer breiten Waldstreifen, wohingegen zwischen der Wohnsiedlung ‚Geretsried‘ und dem daneben liegenden Industriegebiet die Abgrenzung zwischen Wohnen und Industrie fehlt.

Da die einzelnen Wohngebiete, mit Ausnahme der Wohnsiedlung ‚Stein‘, jeweils etwa drei Kilometer voneinander entfernt lagen, war das Gemeindegebiet zu Fuß nicht zu erschließen. Private Pkws waren in der Nachkriegszeit noch die Ausnahme, sodass die Nutzung der Werksgleise für den Personentransport in Geretsried eine umso größere Rolle spielte. Schon seit 1946 mussten daher Züge als öffentliche Verkehrsmittel von den ersten Bewohnern genutzt werden, sodass die in der Planung verzeichneten fünf Bahnhöfe zwischen ‚Föhrenwald‘ und ‚Geretsried-Forst‘ die bestehende Situation aufnahmen.²⁵² Für die Wohnsiedlung ‚Stein‘, die als Arbeiterlager nicht an das Gleisnetz angeschlossen war, ist im Plan eine Bushaltestelle verzeichnet. Für eine alle Stadtteile verbindende Straße musste erst ein fehlendes Verbindungsstück eingefügt werden.²⁵³

Zwischen den beiden ehemaligen Werken liegt vergleichsweise zentral platziert der Friedhof (Abb. III.18). Die Planung der übrigen Einrichtungen für den Gemeinbedarf erscheint dagegen etwas willkürlich. So sind in drei Wohngebieten – für die Wohnsiedlung ‚Stein‘ sind keine Einrichtungen vermerkt – eine Kirche und ein Sportplatz verzeichnet, jedoch nur in ‚Geretsried-Forst‘ auch Läden, ein Gasthof und Hotel. Darüber hinaus gehören hier zum Sportplatz das Schulgebäude und eine Turnhalle. Durch die umfangreiche Ausstattung scheint die Wohnsiedlung so etwas wie eine Zentrumsfunktion für das weitläufige Stadtgebiet zu erhalten. In der Beschreibung in der Festschrift zur Gemeindegründung bezeichnet Noppes dagegen den Ortsteil ‚Geretsried‘ als Zentrum, wofür dessen mittige Lage sprach: „Das große

²⁵¹ Landratsamt Wolfratshausen 1950, S. 27.

²⁵² Wirtschaftsplan Geretsried, 1950. Stadtarchiv Geretsried. Plansammlung. – Sebb 1999, S. 122.

²⁵³ Landratsamt Wolfratshausen 1950, S. 27.

Verwaltungsgebäude mit den sogenannten Steinhäusern als Nachbarn liegt so günstig in dem langgestreckten Gemeindeareal, daß sich ernsthafte Zweifel über den Ort des zukünftigen Gemeindemittelpunktes kaum erheben konnten.“²⁵⁴ Demgegenüber wird ‚Geretsried-Forst‘ im Text überhaupt nicht erwähnt. Da diese Einrichtungen als Provisorien in den vorhandenen Werksgebäuden zum Teil schon existierten, spiegeln die im Wirtschaftsplan verzeichneten Einrichtungen eher die damalige Situation als eine vorgesehene Gewichtung wider.²⁵⁵

Im Gemeinderat wurde das „zerrissene Ortsbild“²⁵⁶ stark kritisiert. Bürgermeister, Landrat und Vertreter der örtlichen Industriebetriebe beschwerten sich über das Fehlen eines gemeinsamen Zentrums, das vor allem ‚Geretsried‘ und ‚Geretsried-Forst‘ verbunden hätte. Es wurden sogar konkrete Vorschläge gemacht. So wollte man zum Beispiel das Dorf Geretsried zum Stadtzentrum erweitern, wo für das Rüstungswerk bereits einige Wohnhäuser für Angestellte gebaut worden waren (Abb. III.7).²⁵⁷ Stadtplaner Noppes, der Regierungsbaumeister und die Oberste Baubehörde sprachen sich jedoch gegen die Anlage eines zusätzlichen Zentrums aus.²⁵⁸

Insgesamt zeigte die Planung für Geretsried ein sehr weiträumiges Stadtgebiet mit dezentraler Anordnung der Wohngebiete. Der finanziellen Mangelsituation der Nachkriegszeit geschuldet, spiegelt sich hier einerseits das Bemühen, alles für Wohnzwecke Nutzbares in bestem Maße auszuschöpfen, andererseits jedoch auch die dahinterstehenden städtebaulichen Ideen der Aufgliederung. Dafür wurden auch die weiten Entfernungen zwischen den Wohngebieten und zum vorgeschlagenen Zentrum im ehemaligen DAG-Werk in Kauf genommen.

Nachdem das Lager ‚Föhrenwald‘ aus der Planung herausgenommen worden war, wurde die Weitläufigkeit und das „zerrissene Ortsbild“ später etwas abgemildert. Im Flächennutzungsplan von 1962 ist außerdem die Wohnsiedlung ‚Geretsried‘ (hier: Gartenberg) erheblich erweitert und umfasst fast das gesamte ehemalige Werksgelände, sodass das Stadtgebiet kompakter wird (Abb. III.20).

²⁵⁴ Landratsamt Wolfratshausen 1950, S. 27. – Ebert o.J. (1960), S. 25.

²⁵⁵ Im ehemaligen Gästehaus war die Schule untergebracht, im ehemaligen Verwaltungsgebäude Ärzte und Läden und auch ein Gasthaus existierte bereits. Zimprich 1999

²⁵⁶ Brief des Gemeinderats an Fritz Noppes vom 12.10.1951. Stadtarchiv Geretsried. StVerw 101, Bd. I (1951-1960).

²⁵⁷ Brief des Gemeinderats an Fritz Noppes vom 12.10.1951. Stadtarchiv Geretsried. StVerw 101, Bd. I (1951-1960).

²⁵⁸ Protokoll der Besprechung zur Ortsplanung der Gemeinde Geretsried am 20.11.1951. Stadtarchiv Geretsried. StVerw 101, Bd. I (1951-1960).

1.2.3. Traunreut

Rüstungswerk

Die Heeresmunitionsanstalt St. Georgen, die zur Abfüllung von Giftgas in Munition gebaut worden war, lag etwa 17 Kilometer von der Kreisstadt Traunstein entfernt und war sowohl an das Straßen- als auch an das Schienennetz angebunden. Auch die ‚Muna‘, eine gängige Abkürzung für Munitionsanstalten, war vollständig im Wald gelegen, und das etwa 240 ha große Gelände rings umzäunt.²⁵⁹ Das Werk gliederte sich in zwei Bereiche, wobei den östlichen Teil die Abfüllanlage einnahm und der westliche die Gebäude für Lagerung und Unterkünfte umfasste (III.21).

Der westliche Teil wurde von einem kreisförmigen Gleisring strukturiert und das darin liegende Gelände von dem üblichen unregelmäßigen Netz von Betonstraßen durchzogen. Hier befanden sich verschiedene eingeschossige Gebäude für Lagerzwecke in Ziegelbauweise mit Sattel- oder Walmdach (Abb. III.22 und III.23) sowie im Süden eine Reihe von Betonbunkern. Nördlich des Gleisrings lagen die Unterkunfts- und Verwaltungsbereiche. Diese bestanden aus um einen angerartigen Platz gruppierten Steinbaracken im westlichen Teil mit Unterkünften und Büros für Angestellte (Abb. III.24). Im östlichen Teil lag ein Holzbarackenlager für Arbeiter, außerdem drei Holzbaracken für weibliche Arbeitskräfte ein Stück weiter östlich sowie einige Baracken für die Bauleitung außerhalb der westlichen Umzäunung (Abb. III.21).²⁶⁰

Die ‚Muna‘ war im Krieg nicht bombardiert worden und auch bei den Entmilitarisierungsarbeiten wurden im Vergleich mit den anderen Sprengstoffwerken der späteren Vertriebenenstädte nur wenige Gebäude gesprengt. Dazu gehörten die Bunker im südöstlichen Bereich des westlichen Teils und einige Bunker der Abfüllanlage (Vgl. Abb. III.21).²⁶¹

Planungs- und Besiedlungsgeschichte

In der Planung der neuen Stadt auf dem Gelände der ‚Muna‘ spielte die Firma Siemens eine tragende Rolle. Nachdem ihr Ende 1947 vom bayerischen Wirtschaftsministerium die Munitionsanstalt als neuer Werksstandort vorgeschlagen worden war, zogen Mitarbeiter der Siemens-Schuckert-Werke Erkundigungen über die Anlage ein.²⁶² Insbesondere Walter Mohr, Direktor der nach Hof verlagerten Firma, sammelte Informationen zur Anlage und holte bau-

²⁵⁹ Erläuterungsbericht zur Ortsplanung für Traunreut von Josef Rackl vom 31.10.1950. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 3.

²⁶⁰ Abbildung und Legende der Anlage in: Ebert o.J. (1960), S. 25.

²⁶¹ Generalbebauungsplan für Traunreut vom 17.12.1953. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

²⁶² Besichtigungsbericht von Walter Mohr vom 21.4.1948. Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand.

planerische Expertisen von zwei Planern der Munitionsanstalt ein. Für das Werksgelände der Firma, das auf dem Areal der ehemaligen Abfüllanlage geplant war, wurde der Architekt Josef Schmid angefragt. Für die aus Berlin umzusiedelnde Stammebelegschaft sollte zudem eine Wohnsiedlung gebaut werden. Dazu fragte Walter Mohr auf Empfehlung von Schmid den ebenfalls an der Planung der Munitionsanstalt beteiligten Josef Rackl an. Rackl hatte eine Werkssiedlung für die Anlage entworfen, die allerdings nicht realisiert worden war.²⁶³ Der vorher in München ansässige Rackl war, da seine dortige Wohnung ausgebombt war, in das nur 12 Kilometer von der Munitionsanstalt entfernte Seebuck gezogen und stand damit für die Planung direkt vor Ort zur Verfügung.²⁶⁴

Als im April 1948 die Entscheidung für die ‚Muna‘ St. Georgen als neuen Standort der Siemens-Schuckert-Werke fiel, erhielt Rackl den bereits in Aussicht gestellten Auftrag für die Planung von Wohnhäusern auf dem ‚Muna‘-Gelände. Im Sommer 1948 entwarf er ein Projekt für insgesamt 1.200 Wohnungen und stellte zugleich erste Überlegungen für eine Ortsplanung an.²⁶⁵ Realisiert wurde zunächst der Umbau von sieben Lagergebäuden zu 50 Wohnungen für die Stammebelegschaft der Firma.²⁶⁶ Mit der Gesamtplanung für die neue Gemeinde wurde Rackl im Herbst 1949 von der Regierung von Oberbayern beauftragt. In den folgenden Jahren erarbeitete er mehrere Flächennutzungs-, Bestands- und Bebauungspläne, die 1954 genehmigt wurden; sie dienen im Folgenden als Grundlage der Beschreibung der Stadtplanung.²⁶⁷

Wirtschaftsplan

Rackls Stadtplanung für 10.000 Einwohner beschränkte sich auf den westlichen Teil der ‚Muna‘ ohne die ehemalige Abfüllanlage.²⁶⁸ In Traunreut wurden ebenfalls das Straßennetz und der Großteil der Gebäude für die neue Stadt übernommen, sodass auch hier der Aufbau der Munitionsanstalt in einem hohen Maße die Stadtplanung vorprägte. Eine Besonderheit in Traunreut ist allerdings, dass den Großteil des Baubestands die eingeschossigen Lagergebäu-

²⁶³ Besichtigungsbericht von Walter Mohr vom 21.4.1948. Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand. – Vortrag Rackl, 1981 (wie Anm. 178), S. 3, 4.

²⁶⁴ Brief von Josef Rackl an die Firma Siemens-Schuckert-Werke vom 30.6.1948. Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand.

²⁶⁵ Erläuterungen von Josef Rackl zur Planung der „Siemens-Schuckert-Werksiedlung, St. Georgen“ vom 12.7.1948. Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand.

²⁶⁶ Dazu wurden einige der sogenannten „P-Häuser“ aufgestockt, die sich aufgrund der Ziegelbauweise besonders leicht adaptieren ließen. Vgl. Abb. IV.20.

²⁶⁷ Vortrag Rackl, 1981 (wie Anm. 178), S. 11, 13.

²⁶⁸ Im Erläuterungsbericht von 1954 ist von 8.000 bis 10.000 Einwohnern die Rede. In seinem Vortrag aus dem Jahr 1981 spricht Rackl von 10.000 Einwohnern als Planungsziel. Dies sei von „Regierungsbehörden“ als utopisch kritisiert worden, die nur ein Wachstum auf 5.000 Einwohner innerhalb von 20 Jahren für realistisch erachtet hätten. Vgl. „Erläuterungsbericht über Struktur, Entwicklung und Ortsbild von Traunreut“ vom 19.1.1954. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 3. – Vortrag Rackl, 1981 (wie Anm. 178), S. 12, 13.

den aus Ziegelmauerwerk ausmachten und nicht Eisenbetonbunker wie in den anderen Werken (Abb. III.22 und III.23). Diese konnten viel leichter für Wohnzwecke und andere Nutzungen adaptiert werden, wie schon bei der Wohnsiedlung für die Siemens-Schuckert-Werke geschehen.²⁶⁹ Infolgedessen wurden hier nicht nur die Areale der ehemaligen Werksquartiere und Freiflächen als Wohngebiete ausgewiesen:

Der Entwicklungsplan für Traunreut von 1950 sieht – abgesehen von den Siemens-Schuckert-Werken im Osten – nur einen breiten Streifen zur industriellen Nutzung entlang der Werksgleise vor, die südlich des Stein- und Holzbarackenlagers durch das Gelände führen (Abb. III.25). Der restliche, südlich davon liegende Bereich sowie die Barackenlager im Norden werden als Wohngebiete ausgewiesen. Für eine Abgrenzung zum Industriegebiet sollen auch hier breite Grünstreifen sorgen, die vom Waldbestand behalten werden (Abb. III.26). Auch die Wohngebiete werden durch Grünzüge gegliedert,²⁷⁰ wodurch im Norden zwei Wohnsiedlungen aus dem Holz- und Steinbarackenlager entstehen und im Süden, um das Wohngebiet „Mitte“ herum, vier weitere.²⁷¹ Zusätzlich ist im Verbindungsstück zu den Siemens-Schuckert-Werken eine landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlung geplant, und das Areal um das ehemalige Arbeiterinnenlager im Nordosten wird in Rackls Planung zum Friedhof.²⁷²

Die Grundidee der Aufteilung in ein Zentrum und mehrere Wohngebiete, die durch Grünflächen getrennt sind, ähnelt derjenigen in Waldkraiburg. Allerdings sind in Traunreut für die Wohngebiete, auf die maximal gut 1.000 Einwohner kommen würden, keine Ortskerne mit eigenen Einrichtungen vorgesehen, die Wohngebiete also nicht als „selbständige Siedlungsgemeinschaften“ gedacht. Hier ist lediglich die Auflockerung durch eingefügte Freiflächen das Ziel, und so soll „Traunreut ein städtebaulich zwar aufgelockertes, aber keinesfalls zerris-

²⁶⁹ Vgl. dazu Vortrag von Josef Rackl beim Verein Heimathaus e.V. über die Entstehung Traunreuts am 21.09.1981. Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 9. – Daneben wurden 1950 Schule und Kirche in ehemaligen „N-Häusern“ eingerichtet, 1951 „P-Häuser“ als Kindergarten und katholische Jugendsiedlung adaptiert. *Puhane* 2003, S. 15, 24, 25, 29. – Ein Beispiel für die Umnutzung eines „P-Hauses“ zu Laden und Wohnraum findet sich etwa in der Ausstellung des Traunreuter Stadtmuseum, dem „Heimathaus“ mit Planzeichnung der Umnutzung.

²⁷⁰ „Zwischen den einzelnen Ortsteilen des Wohnsiedlungsgebietes sind Grünflächen eingeplant, (...) während bei bereits abgeholzten Grünflächen in den kommenden Jahren mit Laub- und Nadelwald gemischt aufgeforstet werden wird.“, Erläuterungsbericht zur Ortsplanung, 1954 (wie Anm. 268), S. 3.

²⁷¹ Ein zusätzliches Wohngebiet ist anfangs im Westen, außerhalb des „Muna“-Geländes, geplant, das jedoch ab Mitte der 1950er Jahre nicht mehr auftaucht (Vgl. Abb. III.26). Während das Wohngebiet 1952 noch verzeichnet ist, entfällt es in der Ausgabe von 1956 des „Traunreuter Wegweisers“: „Das Zukunftsbild Traunreuts“. Bestands- und Bebauungsplan. Abgedruckt in: Traunreuter Wegweiser, 1952 (Broschüre). Stadtarchiv Traunreut. – „Bebauungsplan von Traunreut“. Bestands- und Bebauungsplan. Abgedruckt in: Traunreuter Wegweiser, 1956 (Broschüre). Stadtarchiv Traunreut.

²⁷² „Entwicklungsplan von Traunreut“ vom 19.8.1950. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung. – „Das Zukunftsbild Traunreuts“. Bestands- und Bebauungsplan. Abgedruckt in: Traunreuter Wegweiser, 1952 (Broschüre). Stadtarchiv Traunreut.

senes Ortsbild bekommen“²⁷³. Die Grünflächen nehmen außerdem die Bildungs- und Freizeiteinrichtungen auf, sofern für diese Neubauten und keine Umnutzungen geplant sind.²⁷⁴ Zwischen den Ortsteilen ‚Mitte‘ und ‚Ost‘ ist die Volksschule vorgesehen, an die sich südlich zwei Schulsportplätze anschließen (Abb. III.27).²⁷⁵ Im Anschluss an den Ortsteil ‚Ost‘ ist ebenfalls eine Sportanlage in der dortigen Grünfläche geplant (Abb. III.25).²⁷⁶

Im Stadtteil ‚Mitte‘ liegt der zentrale Stadtplatz, der durch eine Verbreiterung der von Norden nach Süden führenden Durchgangsstraße gebildet wird (Abb. III.27). Hier sind Rathaus, die Kirchen der beiden Konfessionen, Läden sowie eine Gaststätte mit Hotelbetrieb geplant.²⁷⁷ Der auch als „Untermarkt“ eingezeichnete Platz bildet damit das neue Zentrum der Stadt. Bis zu dessen Bebauung Mitte der 1950er Jahre erfüllte das Steinbarackenlager und dessen platzartige Anordnung die Zentrumsfunktion der neuen Siedlung, das noch als „Obermarkt“ in der Planung verzeichnet ist.²⁷⁸

So wurde auch in Traunreut die bereits erschlossene Grundstruktur im Großen und Ganzen für die Stadtplanung übernommen. Hier hatte die Planung den Vorteil, dass der Großteil des Geländes durch die Bauweise der Gebäude für Wohnzwecke adaptiert werden konnte. Die lockere und weitläufige Anordnung der Gebäude und der vorhandene Baumbestand wurden auch hier für die Auflockerung der Wohngebiete und die Abgrenzung der Wohn- und Industriegebiete genutzt.

²⁷³ Erläuterungsbericht zur Ortsplanung, 1954 (wie Anm. 268).

²⁷⁴ Dies betrifft etwa den Kindergarten, zwei Jugendsiedlungen und die Berufsschule, für die Werksgebäude umgebaut wurden und die nicht in den Grünflächen liegen. „Entwicklungsplan von Traunreut“ vom 19.8.1950. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

²⁷⁵ Im Teilbebauungsplan Traunreut-Südost liegt neben dem südlichen Sportplatz der Bauplatz für eine Oberschule. – Teilbebauungsplan „Traunreut-Mitte“ vom 2.8.1950. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung. – Teilbebauungsplan „Traunreut-Ost“ vom 6.2.1951. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung. – Teilbebauungsplan „Traunreut-Süd“ vom Mai 1951. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

²⁷⁶ Vgl. auch: Teilbebauungsplan „Traunreut-Ost“ vom 6.2.1951. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

²⁷⁷ Erläuterungsbericht zur Ortsplanung, 1954 (wie Anm. 268), S. 3. – Vortrag Rackl, 1981 (wie Anm. 178), S. 17.

²⁷⁸ Im Steinbarackenlager waren in den ersten Jahren unter anderem die Gemeindeverwaltung, Liegenschaftsverwaltung, Polizei und das Planungsbüro des Stadtplaners untergebracht. Bericht von Christa Sollacher (undatiert). Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002, S. 21-23. – Teilbebauungsplan „Traunreut-Mitte“ vom 2.8.1950. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung. – Teilbebauungsplan „Traunreut-Nord“ vom 10.8.1950. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

1.2.4. Neutraubling

Rüstungswerk

Die Fliegerkaserne und späteres Flugzeugwerk Obertraubling²⁷⁹ umfasste eine Fläche von etwa 86 ha mit Kasernengebäuden und Werkshallen und ein daran nach Südosten anschließendes, etwa 160 ha großes Rollfeld mit Start- und Landebahn (Abb. III.28).²⁸⁰ Im nordwestlichen Bereich lagen um einen See, der als Kiesgrube beim Bau entstanden war, die Gebäude für Unterkunft und Verwaltung. Die Werkstätten und Flugzeughallen befanden sich zusammen mit einigen Versorgungsgebäuden vor allem im südlichen und östlichen Teil des Geländes (Abb. III.29 und III.30).²⁸¹

Ab Februar 1944 bis Kriegsende wurde der „Flugplatz Obertraubling“ wiederholt bombardiert, sodass bei der Einnahme durch amerikanische Truppen die meisten Gebäude des Flugplatzes in Trümmern lagen. Die Flugzeug- und Werkshallen waren nahezu vollständig zerstört, die Kasernengebäude im Vergleich weniger stark beschädigt. So war beim südlich des Sees gelegenen Verwaltungsgebäude ein Flügel zerstört worden, beim sogenannten „Schlangenhau“, der Soldatenkaserne längs des Sees, der Dachstuhl ausgebrannt und von den vier nordwestlich des Sees gelegenen Offiziersbauten zwei unbeschädigt geblieben. Vom fünfzügigen Mannschaftsgebäude parallel zum ‚Schlangenhau‘ waren lediglich die Fundamente erhalten (Abb. III.29 und III.30).²⁸²

Planungs- und Besiedlungsgeschichte

In Neutraubling ist die Quellenlage zur Stadtplanung sehr dürftig. So konnte nur ein „Aufbauplan“²⁸³ aus dem Jahr 1949 im Stadtarchiv ausfindig gemacht werden, der neben Neubau- und Sanierungsplänen für die beschädigten Kasernengebäude einige konzeptionelle Punkte für die Gesamtsiedlung beinhaltet. Die im Text erwähnten Planzeichnungen sind jedoch nicht erhalten. Verweise in der Literatur geben zwar eine Ortsplanung an, die 1949 bis 1952 erstellt worden sei.²⁸⁴ Sie ist jedoch in den Quellen (bisher) nicht nachweisbar.

²⁷⁹ Zur Vorgeschichte des Geländes vgl. Kapitel II, S. 41.

²⁸⁰ *Hermes, Karl*: Neutraubling. Geographische Skizze seiner Entwicklung. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 111.

²⁸¹ *Vilsmeier* 1989, S. 54, 55.

²⁸² Zwei Holzbarackenlager für russische Kriegsgefangene im Norden und Westen wurden ebenfalls zerstört. *Vilsmeier* 1989, S. 54, 55.

²⁸³ „Aufbauplan für die Bebauung des ehemaligen Flugplatzgeländes Obertraubling (Industriesiedlung Obertraubling)“ der Kreisbauabteilung vom 10.5.1949. Stadtarchiv Neutraubling.

²⁸⁴ Vgl. z.B. *Gruber* 1989, S. 168.

Anhand des prognostizierten Bedarfs an Arbeitskräften der angesiedelten Betriebe gingen die Verfasser des ‚Aufbauplans‘ von einem Wohnraumbedarf vor Ort für 4.000 Personen aus.²⁸⁵ Dieser wurde auf instand zu setzende Kasernengebäude und vor allem Neubauten aufgeschlüsselt und in einem „Wohnbaugebiet“ im „nördliche[n] Teil des ehm. [sic!] Flugplatzes“ verortet. Der Plan sah somit eine Trennung der Flächennutzung vor, wobei der nördliche Teil bis zur Höhe des Kommandanturgebäudes als Wohn- und der südliche Bereich als Industriegebiet festgelegt wurde.²⁸⁶ Als Zentrum wurden eine acht bis zehn Meter breite Straße und ein daran anschließender Platz geplant, an dem „sämtliche öffentliche[n] Gebäude“ wie Rathaus, Schule und Kirche liegen sollten (Abb. III.29).²⁸⁷

In Neutraubling wurden ab 1948 zunächst die beschädigten Kasernengebäude repariert und zu Wohnungen umgebaut, und auf Bauland außerhalb des Flugplatzes drei Siedlungen errichtet, wobei das Rollfeld des Flugplatzes zur landwirtschaftlichen Nutzfläche der im Südosten errichteten Neubauernsiedlung „Birkenfeld“ ausgewiesen wurde. Wegen der späten Entscheidung gegen eine militärische Weiternutzung wurden auf dem eigentliche Flugplatzgelände erst ab 1953 Neubauten errichtet.²⁸⁸ In die Ruinen der Werksgebäude auf dem Flugplatz waren jedoch schon 1949 verschiedene Firmen eingezogen, wie ein Lageplan vom Mai des Jahres zeigt, sodass eine vollständige Nord-Süd-Trennung von Wohnen und Industrie oder Gewerbe nicht möglich war.²⁸⁹ Noch im Stadtplan von 1961 sind die mit Großbuchstaben verzeichneten Firmen im nördlichen Bereich zu erkennen (Abb. III.31). Wie der Flächennutzungsplan von 1962 zeigt, wurde an der ursprünglichen Nutzungstrennung im Großen und Ganzen jedoch festgehalten. Als Kompromisslösung sind im nördlichen Bereich vereinzelte grau markierte Gewerbe- und Industriegebiete und ein Mischgebiet zu erkennen (Abb. III.32).²⁹⁰

Das geplante Zentrum wurde dagegen nicht realisiert und stattdessen behielt das ehemalige Kasernengelände als „Altstadt“, wie es bei Uhl heißt, die Funktion eines Stadtzentrums bei.²⁹¹ Im Verwaltungsgebäude der Kaserne war bis zum Rathausneubau in den 1980er Jahren dieses

²⁸⁵ „Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetriebe beschäftigen z.Zt. 534 Arbeitskräfte. Bei einer vollen Auslastung der vorhandenen Betriebe werden 1.816 Arbeitskräfte benötigt. Der Aufbauplan muss somit Wohnraum für 1.272 Arbeitskräfte zuzügl. der Familienangehörigen = 4.000 Menschen schaffen.“, Aufbauplan, 1949 (wie Anm. 283).

²⁸⁶ Aufbauplan, 1949 (wie Anm. 283).

²⁸⁷ Aufbauplan, 1949 (wie Anm. 283).

²⁸⁸ Vgl. dazu Kapitel IV.1, S. 104.

²⁸⁹ Industriesiedlung Obertraubling bei Regensburg. Lageplan mit einzelnen Betrieben. 10.5.1949. Stadtarchiv Neutraubling. Plansammlung.

²⁹⁰ Neutraubling. Vorbereitender Bauleitplan vom 7. Dezember 1962. Stadtarchiv Neutraubling. Plansammlung.

²⁹¹ Allerdings wurde in etwa entsprechend der Planung von 1949 zwischen der Sudetenstraße und der Schlesischen Straße eine Mischung aus Wohn- und Geschäftshäusern als Geschäftszentrum der Stadt realisiert. Uhl 1959, S. 21.

im Südflügel untergebracht und auch die Mitte der 1950er Jahren errichteten Kirchenneubauten wurden in dieses Areal eingefügt (Abb. III.30 und III.31).²⁹² Auch in einem Schreiben der Aufbaugemeinschaft aus dem Jahr 1958, in dem vor allem das fehlende Zentrum moniert wird, ist einer der Vorschläge für ein solches die unbebaute Nordwestseite des Sees – was die „Altstadt“ damit als Zentrum komplettiert hätte.²⁹³

Auch in Neutraubling bildete der Aufbau des ehemaligen Rüstungswerks den Ausgangspunkt der Stadtplanung, dessen Bebauung aufgenommen und adaptiert wurde. Auch hier wurde aber zugleich durch die Nutzungstrennung eine städtebauliche Idee verfolgt und kein planloser Aufbau betrieben. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage als Flugplatz und ehemalige Kaserne mündete diese nicht wie bei den Sprengstoffwerken zusätzlich in einer Grünflächengliederung und mehrfachen Aufteilung der Wohngebiete.

1.2.5. Neugablonz

Rüstungswerk

Das Werk Kaufbeuren der Dynamit A.G. lag nördlich von Kaufbeuren in einem großen Waldgebiet an der Wertach und umfasste eine Fläche von etwa 300 ha. Mit dem Aufbau des Werkes wurde 1939 begonnen, allerdings verzögerten sich die Bauarbeiten immer wieder, sodass erst 1943 die Produktion an lief und bis Kriegsende weniger als die Hälfte des Gesamtgeländes bebaut war (Abb. III.33).²⁹⁴ Erschlossen wurde das Werk von einer in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Durchgangsstraße und einem davon abgehenden, typisch gewundenen Straßennetz. Im Norden war es an das Schienennetz angeschlossen, von wo aus ein ins Werksgelände führender Gleisring die verschiedenen Produktions- und Verwaltungsbereiche miteinander verband.

Die im Nordosten liegenden Areale zur Sprengstoffproduktion gliederten sich durch einen schmalen unbebauten Streifen in ein Gelände für Versuchszwecke im Osten und ein Produktionsgelände westlich der Gleise. Der Bereich westlich der Durchgangsstraße blieb dagegen bis 1944 vollständig unbebaut, als man hier im südlichen Teil mit dem Bau weiterer Produktionsgebäude begann, von denen jedoch nur die Fundamente fertiggestellt wurden. Im Norden befand sich ein Kraftwerk, im Südwesten einige Lagergebäude sowie weit abgelegen ein

²⁹² Siehe dazu Kapitel IV, S.102, 130 und 142.

²⁹³ „Gedanken zur Ortsplanung für Neutraubling“ von 1958 (Datierung handschriftlich am Ende notiert). Stadtarchiv Neutraubling, (Das Schreiben wurde anhand der im Text vermerkten Unterschrift der Aufbaugemeinschaft zugeordnet.).

²⁹⁴ Vgl.: Hübner 1995, S. 35–41.

Schießstand im ansonsten unbebauten Südteil.²⁹⁵ Im Süden schloss sich an der Straße nach Kaufbeuren außerhalb der Umzäunung ein für gut 1.000 Arbeiter ausgelegtes Holzbarackenlager an (Abb. III.36).²⁹⁶

Im Werk Kaufbeuren wurden so gut wie alle Produktionsbunker zerstört und nur Gebäude für Verwaltung, Versorgung und Unterkunft sowie Werkstattgebäude waren von der Sprengung ausgenommen. Dazu gehörten, anschließend an das südliche Eingangstor innerhalb des Werksgebietes gelegen, das Verwaltungsgebäude, Versorgungseinrichtungen wie Wäscherei, Küche und ein Gästehaus sowie die Werksfeuerwehr.²⁹⁷ Im Norden und Südosten waren dies mehrere Werkstattgebäude und vor allem entlang der Durchgangsstraße mehrere Wohlfahrtsgebäude (Abb. III.33). Auch Strom- und Wasserleitungen blieben erhalten.²⁹⁸ Insgesamt standen so nach dem Ende der Entmilitarisierung gut 70 Werksgebäude zur Verfügung.²⁹⁹ Neben den genannten etwa 30 Gebäuden, die nicht der Produktion zugerechnet wurden, waren dies zum einen die unfertig gebliebenen Bauten westlich der Durchfahrtsstraße und einige im nordöstlichen Bereich, die vermutlich aufgrund der Tarnung übersehen worden waren (Vgl. Abb. III.33).³⁰⁰

Planungs- und Besiedelungsgeschichte

Die Aufbau- und Siedlungsgesellschaft (ASG)³⁰¹ nahm bereits früh die Verteilung des Bodens in die Hand, als sie 1946 einen Parzellierungsplan zur Verpachtung aufstellen ließ.³⁰² Zugleich plante sie die Schaffung von Wohnraum für 2.500 Personen. Etwa 1.500 Personen

²⁹⁵ Vgl.: Hübner 1995, S. 35–41.

²⁹⁶ Hübner 1995, S. 111 und 114.

²⁹⁷ Im Plan blau markiert.

²⁹⁸ Hübner 1995, S. 136–154. – Oft fehlten jedoch nach dem Ende der Sprengung und Demontage zuvor vorhandene Heizungen und die Strom- und Wasseranschlüsse im Gebäude. Rössler, Susanne; Gablonzer Alltag im Kaufbeuren-Hart. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986c, S. 190.

²⁹⁹ Besprechungsprotokoll zur „Planung für die Siedlung im Hartgelände (DAG)“. Besprechung am 2.10.1946. Stadtarchiv Kaufbeuren. Akt 826/18/5 (DAG: Verhandlungen wegen Besiedelung).

³⁰⁰ Gablonzer Archiv und Museum e.V. 1965, S. 10.

³⁰¹ Vgl. dazu Kapitel II, S. 37.

³⁰² Stütz 1986, S. 156. – Einige Quellen widersprechen der Aussage von Stütz, der als technischer Leiter Mitglied der ASG war. So gibt die Stadt Kaufbeuren erst im Januar 1947 die Neuvermessung des Werksgebietes in Auftrag, für das die ASG ein Nutzungsrecht einfordert, sodass der Parzellierungsplan ohne Vermessung gefertigt worden wäre. Ein von der ASG gezeichneter Plan mit Baubestand ist erst auf den 21. Juli 1947 datiert, und in der Publikation von Günther findet sich ein Parzellierungsplan der ASG, der dort auf 1948 datiert ist. Zur Vermessung des Werksgebietes: Auftrag zur Vermessung des Werksgebietes durch die Stadt Kaufbeuren vom 16.12.1946 mit Ergänzung vom 10.1.1947. Stadtarchiv Kaufbeuren. Akt 610/11/16. Nr. A 102365 (Baulinie Kaufbeuren-Neugablonz). – Brief der Aufbau- und Siedlungsgesellschaft (ASG) an den Kaufbeurer Bürgermeister vom 18.1.1947. Bitte um gleichgestelltes Nutzungsrecht der Vermessungspläne für die ASG. Stadtarchiv Kaufbeuren. Akt 610/11/16. Nr. A 102365 (Baulinie Kaufbeuren-Neugablonz). – Zum Bestandsplan der ASG, s. Rössler, Susanne: Die Dynamit A.G. / Werk Kaufbeuren. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 43. – Zum Parzellierungsplan von 1948, s. Günther 1963, S. 79.

sollten in vorhandenen und zum Teil aufzustockenden Werksgebäuden Platz finden, für die übrigen kaufte die ASG 26 Holzbaracken, die auf den vorhandenen Fundamenten aufgestellt wurden.³⁰³ Der Ausbau der Werksgebäude erfolgte in Eigenregie der Bewohner oder in Zusammenarbeit im Rahmen der ASG, sodass die ersten Wohnräume naturgemäß Merkmale des Provisorischen trugen. In einer für diesen Gewerbebezweig typischen Nachbarschaft verbanden diese oft Wohnraum und Schmuckwerkstätten (Abb. III.34).³⁰⁴

Auch verschiedene Läden und sonstige Einrichtungen zogen schon früh in das Werksge-
lände. In einer ehemaligen Elektrokarren-Ladestation (Abb. III.35) richteten sich Anfang
1947 die ersten Läden und eine Gaststätte ein, denen schon bald weitere folgten.³⁰⁵ Eine zu-
sätzliche Baracke wurde für eine Schule angekauft, in der im Herbst 1947 der Unterricht auf-
genommen wurde.³⁰⁶ Auch im Flüchtlingslager, das 1948 vom Massen- zum Wohnlager mit
einer geringeren Belegungsdichte umgebaut wurde und das noch bis 1954 bestand, existierten
verschiedenen Versorgungseinrichtungen vor Ort.³⁰⁷

Ein Jahr nach der Erstellung des Parzellierungsplans beauftragte die ASG den ehemaligen
Gablonzer Stadtbaurat Rudolf Günther mit einer städtebaulichen Planung für das Gelände,
woraufhin dieser im November 1947 einen Gesamtbebauungsplan für 8.000 Einwohner fertigte.³⁰⁸
Die Planung wurde nicht umgesetzt, stattdessen erstellte die Aufbau- und Siedlungsge-
sellschaft im Dezember 1948 einen neuen Parzellierungsplan, der die Grundlage für die Ge-
nehmigung der ab 1949 langsam einsetzenden (Neu-)Bauprojekte lieferte.³⁰⁹ Dieser stellte

³⁰³ Besprechungsprotokoll zur „Planung für die Siedlung im Hartgelände (DAG)“. Besprechung am 2.10.1946. Stadtarchiv Kaufbeuren. Akt 826/18/5 (DAG: Verhandlungen wegen Besiedelung).

³⁰⁴ Rössler 1986c, S. 192–194.

³⁰⁵ Hübner 1995, S. 33–70 und 109–119. – Die beiden Wachgebäude am Nord- und Südausgang des Werkes wurden beispielsweise zu den Gaststätten „Gablonzer Hof“ und „Alte Heimat“. Vgl. Kap. IV, S. 101. – Die Geschäfte, Läden und Gastronomiebetriebe, die sich vor Ort entwickelten, ersparten einerseits lange Wege bis nach Kaufbeuren. Allerdings scheint noch ein anderer Grund eine Rolle gespielt zu haben: „Dort [im ‚österreichisch-deutschen Sprachraum‘] kaufte und kauft man in Deka [10 Gramm] und Kilo ein, statt in Gramm und Pfund. Dort hieß und heißt Blumenkohl Karfiol, Johannisbeeren Ribisl [...], die Kartoffel Erdäpfel. [...] In den Lebensmittelgeschäften der jungen Siedlung, [...] durften die Neugablonzer einkaufen wie daheim, ein Stück Fremde war gebannt.“ Die Verfasserin Susanne Rössler stammt selbst aus Gablonz und zog 1950 nach Neugablonz. Ihre Beschreibung zeigt, dass die Läden auch die Möglichkeit gaben, sozusagen „bei sich“ und im vertrauten Idiom einkaufen zu können. Rössler 1986c, S. 207.

³⁰⁶ Rössler, Susanne: Das Neugablonzer Schulwesen. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986b, S. 400.

³⁰⁷ Vgl.: Rössler 1986a, S. 109, 118, 119 und 125, 126.

³⁰⁸ Günther 1963, S. 71, 72.

³⁰⁹ Günther bezeichnet diesen als „Teilbebauungsplan“, weil er die fehlende städtebauliche Gestaltung kritisiert. Die Abbildung, die er dazu zeigt, gibt jedoch eine bloße Parzelleneinteilung und die bereits vorhandene Bebauung wieder. Günther 1963, S. 78, 79. – Zu den ersten Neubauten, vgl. Hübner 1995, S. 159.

anscheinend eine Art Notbehelf dar, da „auf eine Entscheidung der übergeordneten Planungsstellen über die 1. Planung nicht gerechnet und nicht gewartet werden konnte“.³¹⁰

Nachdem es zuvor nur möglich gewesen war, Grundstücke zu pachten, wurde ab 1952 das Gelände von der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) an die Pächter verkauft. Das noch nicht verpachtete etwa 70 ha große Restgelände erwarb im Zuge dessen die Stadt Kaufbeuren.³¹¹ Im selben Jahr wurde erneut eine städtebauliche Planung für das Gelände erstellt. Rudolf Günther erhielt auf Initiative des zweiten Kaufbeurer Bürgermeisters und ehemaligen Bürgermeisters von Gablonz den Auftrag zur Erstellung eines diesmal für 20.000 Einwohner vorgesehenen Gesamtbebauungsplanes. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 700 Wohnungen, eine Schule und zwei Kirchen in Neugablonz gebaut worden und damit schon ein gewisser Status Quo vorausgesetzt.³¹²

Die Quellen geben von der Stadtplanung für Neugablonz kein ganz eindeutiges Bild. Bei Otto Schütz heißt es zur Stadtplanung: „Den ordnenden Wirtschaftsplan als Flächennutzungsplan nach dem Wohnsiedlungsgesetz arbeitete über Antrag der Stadt Kaufbeuren bereits 1952 die Ortsplanungsstelle bei der Regierung von Schwaben aus“, während Rudolf Günther nicht erwähnt wird.³¹³ In der Dissertation von Erich Balon aus dem Jahr 1952 ist sowohl der Flächennutzungsplan der Ortsplanungsstelle als auch ein von Eduard Pietsch, dem Planer der Aufbau- und Siedlungsgesellschaft, verfasster Plan abgebildet.³¹⁴ Verglichen mit der tatsächlich umgesetzten Bebauung scheint sich diese, entgegen der Aussage von Schütz, vor allem in der Flächennutzung eher an der Planung von Rudolf Günther orientiert zu haben.

Planungen des ehemaligen Gablonzer Stadtbaurats

In der Planung vom November 1947 (Abb. III.37) teilt Günther das Stadtgebiet in ein einziges geschlossenes Wohngebiet und ein etwa halb so großes Industriegebiet östlich davon auf. Die Stadt wird von der Durchgangsstraße und dem Gleisring des Werks strukturiert, der das Wohn- mit dem Industriegebiet und den im Westen liegenden Sportanlagen sowie dem Friedhofs verbindet.³¹⁵ Das Zentrum wird von drei aneinander anschließenden Plätzen gebildet, wobei „Bastei“ und „Alter Markt“ an der Durchgangsstraße liegen, während der „Neue Markt“ sich nach Osten hin anschließt. Günther plant am ‚Alten Markt‘ das Rathaus, Läden,

³¹⁰ Günther 1963, S. 78.

³¹¹ Schütz 1967, S. 140.

³¹² Günther 1963, S. 78, 80.

³¹³ Schütz 1967, S. 162.

³¹⁴ Balon 1953, o.S.

³¹⁵ Auszüge aus dem damaligen Erläuterungsbericht, in: Günther 1963, S. 73, 74.

ein Hotel mit Gaststätte und am ‚Neuen Markt‘ Theater, Kino, eine Post und weitere Läden.³¹⁶ An der ‚Bastei‘ liegen die Volksschule und die Industriefachschule sowie die Kirche. Weiterhin plant Günther ein Krankenhaus mit Altersheim, ein Stadtbad mit Zentralwäscherei sowie neben einem Güterbahnhof im Süden eine Sammelgarage und Autowerkstatt. Für den öffentlichen Personenverkehr wird ein Bahnhof im Norden vorgesehen.³¹⁷

Günther übernimmt Hauptstraße und Gleisverlauf, und die bebaute Fläche der geplanten Stadt umfasst in etwa das bebaute Areal des Werks, das aber westlich der Durchgangsstraße ergänzt wird. Der Grünstreifen, der das Industriegebiet abgrenzt, bildete schon im Werk einen Zwischenraum zwischen den beiden Produktionsbereichen (Vgl. Abb. III.33). Günther greift damit auf, was im Rüstungswerk erschlossen war, und ergänzt es so, dass der vorhandene Gleisring die Stadt umschließt und ihre Teile miteinander verbindet. Im Gegensatz zu den Planungen der anderen Vertriebenengemeinden ist die Stadtfläche hier räumlich konzentriert und nutzt nur etwa die Hälfte der Fläche des Rüstungswerks. Die Einrichtungen, die Günther für eine Stadt mit nur 8.000 Einwohnern veranschlagt, sind sehr umfangreich und gerade vor dem zeitlichen Hintergrund fast als utopisch zu bezeichnen. Wie Günther selbst schreibt, war bis zur Währungsreform kaum Baumaterial zu bekommen, an staatliche Förderungen nicht zu denken und Eigenkapital unter den Flüchtlingen und Vertriebenen kaum vorhanden. So durchdacht die Planung auf den ersten Blick wirkt, kann sie für die Entstehungszeit als kaum realisierbar eingeschätzt werden.

Es fällt auf, dass Günther von einem ‚neuen‘ und einem ‚alten‘ Markt spricht, als würde hier auf eine gewachsene Chronologie verwiesen, die es bei einer Neuplanung nicht geben kann. Auch die Bezeichnung eines Stadtplatzes als ‚Bastei‘ ruft Assoziationen zu historischen Befestigungsanlagen hervor. Günther zitiert damit in seiner Planung die Herkunftsstadt Gablonz und übernimmt die Benennung der dortigen Hauptplätze.³¹⁸ Neben der Benennung imitiert er die Anordnung der Plätze. Auch in Gablonz schlossen der ‚alte‘ und der ‚neue‘ Markt direkt aneinander an und wurden durch das Rathaus verbunden. Die ‚Bastei‘, die später in „Gewerbemarkt“ umbenannt wurde, lag ebenfalls nur einen Häuserblock entfernt (Abb. III.38). Der Platz wurde in den 1920er Jahren erweitert und hier die neue katholische Kirche der Stadt gebaut – genauso wie auch Günther eine Kirche als Abschluss seiner ‚Bastei‘ plante.³¹⁹

³¹⁶ Durch die Verbindung der beiden Plätze liegt das Rathaus auch am ‚Neuen Markt‘.

³¹⁷ Günther 1963, S. 73, 74.

³¹⁸ In Neugablonz wurden 1947 Straßennamen vergeben, die fast alle von der Herkunftsstadt übernommen wurden. Vgl. dazu Kap. IV.2, S. 149.

³¹⁹ Günther 1963, S. 45.

Die zweite Planung des ehemaligen Gablonzer Stadtbaurats aus dem Jahr 1952 (Abb. III.39 und III.40) musste einen beachtlichen Baubestand einbeziehen, der sich vor allem auf die bereits im Rüstungswerk durch Straßen erschlossenen Gebiete in der östlichen Hälfte des Geländes konzentrierte (Abb. III.36).³²⁰ Da die Gablonzer Schmuckerzeugung meistens in kleinen Werkstätten stattfand, die in das Wohnhaus integriert waren, war auch die Neubebauung auf diese Weise erstellt worden, sodass Günther vor allem gemischt genutzte Gebiete vorfand. Dennoch bemühte er sich um eine Nutzungstrennung und fügte im Osten zwei kleine Areale ausschließlich für Industriebetriebe an, die zudem durch Grünstreifen von der übrigen Stadt getrennt sind. Die weitgehend noch unbebauten Areale im Westen und Süden plante Günther als reines Wohngebiet (Abb. III.40).

Auch bei der Planung für 20.000 Einwohner auf dem gesamten Werksgelände von 300 ha sieht Günther nur den Marktplatz im Zentrum und einen Kirchplatz im Süden vor, für die Wohngebiete im Südwesten wurden keine eigenen Einrichtungen geplant (Abb. III.39). Durch eine Grünfläche am südlichen Ortsausgang sollte ein weiteres Ausfransen des Siedlungsgebiets verhindert werden, das durch dortige Neubauten bereits einsetzte. So versuchte Günther auch hier eine kompakte und geschlossene Form zu erhalten, deren öffentliche Einrichtungen sich auf wenige Zentren konzentrierten.³²¹

Da die Planung der Bebauung folgte, blieb nicht allzu viel Spielraum für die städtebauliche Planung in Neugablonz. Der östliche und südliche Teilbereich war durch das Rüstungswerk vorgegeben und vor allem durch die ersten Neubauten bereits erschlossen, sodass es lediglich darum ging, das restliche Gelände aufzufüllen. Die Anordnung der Platzanlagen wie im ersten Konzept von 1947 und damit der städtebauliche Bezug zur Stadt Gablonz hatten sich dadurch erübrigt.³²²

1.3. Stadtplanung zwischen Umnutzung und Neukonzeption

Im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit, welche Rolle die Rüstungswerke beim Aufbau der neuen Städte spielten, ob bei der Umnutzung ein eigenständiges städtebauliches Konzept verfolgt wurde oder ob das Gelände ohne ein solches bebaut wurde, ergibt sich ein mehrschichtiges Bild. In der Mehrheit der Fälle wurde jedoch ein konkretes Konzept verfolgt und nicht nur das Rüstungswerk mit Wohnbebauung erweitert.

³²⁰ Vgl. dazu die Bestandspläne von 1951 und 1953 bei Erich Balon: *Balon 1953*, o. S.

³²¹ *Günther 1963*, S. 80–84.

³²² Als Rudiment taucht der städtebauliche Bezug bei der städtebaulichen Reinszenierung der katholischen Kirche und ihres Vorplatzes noch auf. Vgl. dazu Kapitel IV, S. 135.

Bei der Analyse fällt Neugablonz als Sonderfall heraus. Durch die Vorgeschichte einer gemeinsamen Herkunftsstadt war es hier überhaupt möglich, diese städtebaulich zu zitieren, wie es Rudolf Günther mit seiner ersten Planung vorsah. Am Ende wurde sie durch die schnelle Bebauung anhand eines einfachen Parzellierungsplans überholt, sodass die Planung in Neugablonz derjenigen in Neutraubling gleicht, die beide nur in geringem Maß ein eigenständiges städtebauliches Konzept beinhalteten.

In Waldkraiburg, Geretsried und Traunreut wurden zwar ebenfalls die vorhandenen Straßen und Gebäude der Rüstungswerke übernommen. Der Vergleich mit Neugablonz, das ein Sprengstoffwerk ähnlicher Bauart als Ausgangspunkt hatte, zeigt aber, dass die Ergebnisse sehr unterschiedlich aussehen konnten. Der Beginn als ‚wilde Wurzel‘ wurde durch menschliche Entscheidungen gelenkt und führte nicht zu einem zwangsläufigen Ergebnis, wie eingangs schon das Zitat von Spiro Kostof nahelegte. In Waldkraiburg und Geretsried wurde die Aufteilung der Flächen für Industrie und Wohnen in den Werken bewusst weitergeführt. In Traunreut wurde die ehemalige Abfüllanlage als abgeschlossenes Industriegebiet der Siemens-Schuckert-Werke beibehalten. Mit der Grünflächengliederung und der Aufgliederung der Wohngebiete, zum Teil mit einem eigenen Zentrum ausgestattet, wurde die Anknüpfung durch neue und eigenständige Ideen ergänzt. Umnutzung und Neukonzeption gingen somit Hand in Hand und verfolgten ein konkretes und mehrschichtiges städtebauliches Konzept. Dabei wird im Weiteren der Frage nachgegangen, woran sich die Planer orientierten und ob sich daraus auch die mühelose Einpassung der Werkstruktur in die Neukonzeption erklären lässt.

2. Die ‚gegliederte und aufgelockerte Stadt‘ als Ideal der 1950er Jahre

2.1. Wiederaufbau als „verpasste Chance“ – neue Städte als Möglichkeit

Zeitlich fiel die Planung der Vertriebenenstädte mit den Jahren 1950/51 genau in die Zeit des beginnenden Wiederaufbaus in Deutschland. Als dieser nach Währungsreform und Staatsgründung in der Bundesrepublik anließ und die Phase der zum Teil utopischen Entwürfe ablöste, wurde auch die Frage nach den Merkmalen guter Stadtplanung zum allgemeinen Diskussionsgegenstand unter Städtebauern und Architekten. Während sich bei der Frage nach einem rekonstruierenden oder modernen Wiederaufbau zwei Lager gegenüberstanden,³²³ waren sich Planer bezüglich der Reform der Gesamtstruktur der Städte beim Wiederaufbau einig. Die dichte Blockrandbebauung mit Korridorstraßen, dunklen Hinterhöfen und ohne Grünflächen, wie sie den Vorkriegszustand der seit dem 19. Jahrhundert gewachsenen und verdichteten Städte prägten, galt als Gegenbild gesunden Wohnens, unabhängig von den sonstigen architektonischen Vorstellungen. Der damalige Stadtbaurat von Braunschweig forderte 1945 im Sinne der zeittypischen Grundhaltung:

„Ein Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges, der sich auf die Beseitigung der größten Fehler beschränkte, würde die von neuem erstehende Stadt nicht von den Grundfehlern aus der Zeit ihrer unorganischen Wucherung befreien. Daher muss die nicht wiederkehrende Gelegenheit zu einer bis an die Wurzel gehenden Neuordnung des gesamten Städtewesens genutzt werden.“³²⁴

Einigkeit herrschte also über die Idee einer Revision der Gesamtstruktur der Städte, um die Nachteile der Industrialisierung und der daraus resultierenden oft unkoordinierten Wachstumsschübe loszuwerden. Deswegen sollten beim Wiederaufbau großzügige Grünflächen bis ins Zentrum hineingezogen, die Stadt insgesamt in kleine, überschaubare Einheiten aufgeteilt, lange Fußwege vermieden und zugleich lärmende und schädigende Industriebetriebe separat gefasst werden. Die Idee, die unter dem Begriff der ‚Stadtlandschaft‘ oder der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ propagiert wurde, bildete geradezu den Kanon der städtebaulichen Theorie der ersten Wiederaufbauphase in der Bundesrepublik. Die wichtigsten Bauausstellungen, wie die ‚Constructa‘ 1951 in Hannover oder die ‚Interbau‘ 1957 in Berlin, die schon

³²³ Eine grundlegende Frage beim Wiederaufbau war, ob die historische Gestalt der Stadt durch einen rekonstruierenden Wiederaufbau der Altstadtbereiche zurückgeholt werden sollte oder besser die zeitgenössische Architektur die alten Formen ablösen sollte. Die Kontroversen zwischen Traditionalisten und Modernisten führten zu unterschiedlichen Ergebnissen in den Stadtbildern, sodass in München, Münster, Freiburg und Würzburg der Kontinuität im Stadtbild der Vorzug gegeben wurde, sich in Städten wie Berlin, Frankfurt, Hannover oder Köln der Wiederaufbau mit neuen Formen durchsetzte. Vgl. z.B.: *Beyme; Durth; Gutschow; Nerdinger; Topfstedt* 1992 – Auch: *Magnago Lampugnani, Vittorio*: Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes. Berlin 2010, S. 619, 620.

³²⁴ Zitiert nach: *Reinborn, Dietmar*: Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart, Berlin, Köln 1996, S. 175.

wieder den Endpunkt dieser Phase markiert, waren wichtige Plattformen für das Ideal der grünen, lockeren Stadt. Auch Ernst May, der als Stadtplaner in Frankfurt in den 1920er Jahren mit seinen Stadterweiterungstrabanten im Städtebau eine Vorreiterrolle gespielt hatte, brachte 1956 den Wunsch, die Zerstörung für eine grundlegende Reform der Städte zu nutzen, auf den Punkt:

„Aus der konzentrisch geballten Stadt des Mittelalters wurde im Zeitalter der Maschine die planlos auseinanderfließende Stadt ohne Gliederung. Die Stadt von morgen wird die gegenteilige Tendenz zum Ziele haben: anstelle eines Zentrums werden sich viele Nebenzentren bilden, alle Mittelpunkte klar erkennbarer, städtebaulicher Großzellen, sogenannter Nachbarschaften, die von Grün umschlossen, klar gegeneinander abgegrenzt, das kalte anonyme Häusermeer von gestern in die Stadtlandschaft von morgen verwandeln.“³²⁵

Als Ideal erstrebte man somit, eine Verbindung zwischen Stadt und Landschaft zu schaffen, indem Grünflächen in die Stadt geholt wurden, und die Stadt – meist war damit die Großstadt gemeint – durch eine Aufteilung in kleinere Einheiten eher in eine Ansammlung einzelner Siedlungen zu verwandeln und damit auch die Unterschiede zwischen den verschiedenen Stadtgrößen zu nivellieren.

In den städtebaulichen Vorstellungen spiegelte sich auch der einsetzende Kalte Krieg wider, da diese zugleich eine klare Abgrenzung vom Städtebau in der DDR zeigten, wo die „Sechzehn Grundsätze des Städtebaues“ ein Bekenntnis zur kompakten und „schönen“ Stadt enthielten. Die aus der Sowjetunion übernommenen Grundsätze forderten neben Aufmarschplätzen und breiten Magistralen das Festhalten am traditionellen Stadtraum mit Blockrandbebauung und klarem Straßenraum, zu der eine dem regionalen Baustil angelehnte Bebauung gehören sollte. Die im westlichen Europa und den USA verfolgte Auflösung der als zu dicht empfundenen Städte wurde in der Sowjetunion und in der DDR als falsche Entwicklung kritisiert und abgelehnt, da die Städte damit zu bloßen Siedlungen verkommen würden und ihren urbanen Charakter einbüßen. Für die Bundesrepublik und die westeuropäischen Staaten, ebenso wie für die USA, bildete das Konzept der Auflockerung der Städte bis zum Ende der 1950er Jahre den verbindlichen Maßstab.³²⁶

Das Standardwerk zur ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ war die gleichnamige Publikation aus dem Jahr 1957 von Johannes Göderitz, Hubert Hoffmann und Roland Rainer. Gerd Albers schreibt in seinem Überblickswerk zur „Stadtplanung in Europa“ darüber: „1957

³²⁵ Zitiert nach: Düwel; Gutschow 2001, S. 171.

³²⁶ Düwel; Gutschow 2001, S. 175, 176. – Durth, Werner; Düwel, Jörn; Gutschow, Niels: Architektur und Städtebau der DDR. Bd. 2: Aufbau. Frankfurt/ Main 1998, S. 62–72.

erschien in Deutschland ein Buch, das gleichsam als Zusammenfassung der damals allgemein anerkannten städtebaulichen Grundsätze gewertet werden kann und wohl auch so gemeint war.“³²⁷ Und auch bei Werner Durth und Niels Gutschow heißt es in ihrer grundlegenden Arbeit zum Wiederaufbau in Deutschland „Träume in Trümmern“: „Die ‘gegliederte und aufgelockerte Stadt’, wie sie im gleichnamigen Buch [...] 1957 zusammenfassend vorgestellt wird, beherrscht längst [1948, B.W.] das planerische Denken.“³²⁸ In diesem Sinne einer Synthese der Planungstheorie zum Zeitpunkt der Erstellung der Wirtschaftspläne für die Vertriebenenstädte werden die grundlegenden Inhalte des Buches im Folgenden vorgestellt.

Die Grundidee dieser Anleitung zur Stadtplanung ist, wie der Titel bereits illustrativ beschreibt, die Gliederung der Stadt in überschaubare Einheiten und die Auflockerung durch weiträumige und flache Bebauung sowie durch ins Zentrum reichende Grüngürtel. Das zur Illustration beigefügte Schema (Abb. III.41) zeigt auf den ersten Blick die klare Abgrenzung der Industrie- und Gewerbegebiete von den Wohn- und Zentrumsbereichen. Das Achsenkreuz der Hauptverkehrsstraßen bildet das Grundgerüst der Stadt – hier als „Kreisstadt“ für 16.000 Einwohner – und grenzt zugleich nach rechts ein großes Industrie- und Gewerbegebiet ab. Durch dessen Lage im Osten sind die Wohngebiete damit zugleich vor den zu erwartenden Emissionen geschützt. Ein Kanal für den Transport zu Wasser und eine Gleisanbindung schließen das Gelände zusätzlich zur Straße an das Verkehrsnetz an.

Im linken Teil konzentrieren sich der eigentliche Wohnbereich mit den Versorgungs- und Verwaltungseinrichtungen, die locker in eine weitläufige Grünfläche eingestreut sind. Die Grünflächen sollten „für eine klare räumliche Trennung der einzelnen Glieder“ sorgen und boten zugleich – im Schema mit der Nummer 7 eingezeichnet – Raum für die Anlage von Sport- und Spielplätzen. Natürlich vorhandene topographische Gegebenheiten sollten bei der Gestaltung der Grünflächen berücksichtigt und das Schema entsprechend an diese angepasst werden.³²⁹ Neben ihrer Funktion als Raum für Sporteinrichtungen dienen die Grünflächen dazu, größere Straßen auf- und damit aus den Wohnbereichen herauszunehmen. Der zweite Arm der „Hauptverkehrsstraße“ führt innerhalb der Grünfläche durch die als Kreise dargestellten Wohngebiete hindurch, die etwas von der Straße zurückgesetzt sind und über „Sammel- und Anliegerstraßen“ erschlossen werden.³³⁰

³²⁷ Albers, Gerd: Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Begegnungen Einflüsse Verflechtungen. Braunschweig, Wiesbaden 1997 (Bauwelt-Fundamente 117), S. 210.

³²⁸ Durth; Gutschow 1993, S. 296 und 298.

³²⁹ Göderitz, Johannes; Rainer, Roland; Hoffmann, Hubert: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen 1957 (Archiv für Städtebau und Landesplanung 4), S. 25 und 91.

³³⁰ Die Idee der Trennung der Verkehrswege verbindet sich in Deutschland insbesondere mit Hans Bernhard Reichow und seinem Konzept der „autogerechten Stadt“, das er in der gleichnamigen Publikation vorstellte und

Die Wohngebiete selbst sind in Untergruppen zusammengefasst, die als sogenannte „Nachbarschaften“ die Stadt untergliedern. Neben der Nutzungstrennung und der Einbeziehung der umgebenden Landschaft durch Grünstreifen ins Stadtgebiet bildete die „Nachbarschaftsgliederung“ einen Grundpfeiler der Stadtplanung der Nachkriegszeit. Die Wohngebiete wurden dabei in Einheiten von 4.000 bis 6.000 Einwohnern zusammengefasst, was dem Einzugsgebiet einer 16-klassigen Volksschule – mit jeweils acht Jahrgängen für Jungen und Mädchen – entsprach. In den Nachbarschaften war jeweils ein eigenes Zentrum vorgesehen, das bei Göderitz, Rainer und Hoffman neben der Schule einen Kindergarten, eine Kirche und einen Saalbau umfasst. Läden für die täglichen Einkäufe liegen sowohl in diesen Nachbarschaftszentren als auch in kleinen Untereinheiten von etwa 1.000 Einwohnern. Ziel der Nachbarschaftsgliederung waren sowohl sichere, vom Durchgangsverkehr entfernte Schulwege als auch kurze Wege für die täglichen Besorgungen, die so direkt in der eigenen Umgebung erledigt werden konnten.³³¹ Die „Nachbarschaften“ gruppierten sich um ein gemeinsames Zentrum, das hier als „City“ bezeichnet wird, in dem sich eine Haupt- oder Oberschule sowie übergeordnete Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen befinden sollten.³³²

Die Planer der Nachkriegszeit versprachen sich von der Unterteilung des Stadtgebiets in solche überschaubaren Einheiten eine bessere Integration und Gemeinschaftsbildung, die der großstädtischen Anonymität entgegenwirken sollte. Durch eine Mischung von Ein- und Mehrfamilienhäusern sollte überdies für eine soziale Mischung in den Nachbarschaften gesorgt werden, was in der Realität jedoch nur in Zeiten der Wohnungsknappheit und entsprechend eingeschränkter Wahlmöglichkeiten funktionierte.³³³

Im Schema ist eine selbständige Kleinstadt für 16.000 Einwohner mit eigenem Industriegebiet dargestellt, die durch Grünflächen aufgelockert und in Unterzentren gegliedert wird. Das Konzept sollte jedoch für alle Stadtformen anwendbar sein, indem die verschiedenen Stadttypen als gestaffelt gegliedert gedacht werden. Diese sollten sich grundsätzlich unabhängig von der Gesamtgröße alle aus den gleichen Grundbausteinen, nämlich den Nachbarschaften, zusammensetzen. Die unterste Ebene in Form der Kleinstadt oder „Kreisstadt“, wie es im Text heißt, wird damit zur „Stadtzelle“ für die nächste Ebene von etwa 50.000 Einwohnern. Diese kann wiederum als „Stadtbezirk“ zur nächstgrößeren Stadt von etwa 200.000 Einwohnern zusammengefügt werden, und diese dann einen „Stadtteil“ für eine Großstadt bilden.³³⁴

in der Sennestadt bei Bielefeld auch praktisch umsetzte, die weiter unten noch genauer vorgestellt wird. Reichow, Hans Bernhard: Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos. Ravensburg 1959.

³³¹ Göderitz; Rainer; Hoffmann 1957, S. 24.

³³² Göderitz; Rainer; Hoffmann 1957, S. 24.

³³³ Reinborn 1996, S. 197, 198.

³³⁴ Göderitz; Rainer; Hoffmann 1957, S. 24, 25.

In der Stadtplanung nach dem Zweiten Weltkrieg war es vor allem wichtig, die Städte grüner und weitläufiger zu gestalten und zugleich die unüberschaubare Anonymität der Großstädte zu überwinden. Beides steckt in der Idee der Gliederung in einzelne ‚Nachbarschaften‘ und deren Abgrenzung durch Grünflächen, die die natürliche Landschaft bestehen lassen, sowie deren gestaffeltem Zusammenschluss zu größeren Einheiten. Grünflächen zur Erholung wurden im Konzept der ‚Stadtlandschaft‘ direkt ‚vor die Haustür‘ geholt, indem sie nicht nur als Parks in die Stadtfläche eingestreut wurden, sondern als ein Gliederungsnetz die gesamte Stadtfläche durchzogen. Durch die gestaffelte Aufgliederung war das Grundmuster der Stadtplanung für Großstädte von mehreren Hunderttausend Einwohnern das Gleiche wie dasjenige für Kleinstädte von wenigen Tausend. Daher konnte das Konzept sowohl für den Wiederaufbau der zerstörten Groß- und Mittelstädte in Deutschland gefordert werden, wie es auch für den Aufbau von „Kreisstädten“ für 16.000 Einwohner als Schema propagiert wurde. Für die Vertriebenenstädte in einer veranschlagten Größe von 5.000, 10.000 oder 20.000 Einwohnern galt somit das gleiche Grundschema als Ideal wie für den Wiederaufbau der deutschen Großstädte – grün, locker und gegliedert.

Großbritannien war nach dem Zweiten Weltkrieg das erste Land, in dem das westliche Idealbild der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ in neu gegründeten Städten umgesetzt wurde. Den Ausgangspunkt bildete der ‚Greater London Plan‘ zur Erweiterung der Millionenmetropole. Die beiden Planer Leslie Patrick Abercrombie und John Henry Forshaw hatten den Plan im Jahr 1944 als Stadtentwicklungskonzept für die britische Hauptstadt entwickelt. Sie sahen darin eine Aufteilung des Stadtgebiets von London und der erweiterten Umgebung in vier Ringe vor, den „Inner Urban Ring“, den „Suburban Ring“, den „Green Belt Ring“ und den „Outer Country Ring“. Der innerste Ring sollte nach Abercrombie und Forshaw entlastet und die Besiedelung des suburbanen Rings eingefroren werden, während der darauf folgende Grüngürtel für jegliche Bebauung gesperrt blieb und als Naherholungsgebiet für die Metropole dienen sollte. Für den äußersten Ring war dagegen die eigentliche Stadterweiterung vorgesehen, nämlich in Form neu gegründeter und geplanter Kleinstädte – der englischen „new towns“.³³⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die regierende Labour Party mit zwei Gesetzen zur Neugründung von Städten 1946 und 1947 an die Umsetzung dieses Erweiterungsplanes. Dabei wurde die Gründung von insgesamt 14 neuen Städten festgelegt, von denen acht für Lon-

³³⁵ Magnago Lampugnani 2010, S. 697, 698.

don vorgesehen waren.³³⁶ Die Städte dieser ersten Phase, die zwischen 1946 und 1949 begonnen wurden, folgten mit einer Größe von im Schnitt 60.000 Einwohnern dem Modell der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘.³³⁷ Die von Frank Gibberd zwischen 1947 und 1948 geplante Stadt Harlow im Norden Londons mag im Folgenden zur Illustration dienen (Abb. III.42).

Die Stadt besteht aus sechs Wohn- und zwei kleinen Industriegebieten, die im Nordteil der Stadt in der Nähe zur Eisenbahn platziert sind. Im nordwestlichen Stadtteil „Little Parndon“ befindet sich ein übergeordnetes „Gemeinschaftszentrum“. Die sechs Stadtteile selbst sind jeweils in drei bis vier Untereinheiten im Stil von ‚Nachbarschaften‘ mit eigener Grundschule und Ladenzentrum untergliedert. Zwischen den Stadtteilen verlaufen Grüngürtel, die als eine Art kreuzförmiger Park die ‚new town‘ gliedern. Für jeden Stadtteil sind ein bis zwei Mittelschulen in den Grünflächen vorgesehen.³³⁸

Der in Deutschland von Stadtplanern geforderte Wiederaufbau der zerstörten Städte im Stil der ‚Stadtlandschaft‘ scheiterte aus verschiedenen Gründen. Private Eigentumsansprüche, die Errichtung privater Neubauten noch bevor die kommunale Planung anlaufen konnte oder auch die Beibehaltung des Straßen- und Leitungsnetzes aus finanziellen Gründen sorgten für eine weitgehende Beibehaltung der Stadtstruktur. Von vielen Planern wurde dies als „verpasste Chance“³³⁹ gewertet. Eine Ausweichmöglichkeit zur Realisierung des Modells boten die Stadtrandsiedlungen.³⁴⁰

Die Siedlung Amorbach bei Neckarsulm war 1952 die erste Siedlung, die mit 3.500 Einwohnern als eigenständige Nachbarschaftseinheit gebaut wurde.³⁴¹ Großwohnsiedlungen am Stadtrand im Stile von Kleinstädten wie in Großbritannien entstanden in Deutschland jedoch erst ab Mitte der 1950er Jahre. Durch ihre Größe und eigene Infrastruktur wurden sie auch hier allgemein als ‚neue Städte‘ bezeichnet, auch wenn es sich dabei nicht um eigenständige Kommunen handelte.³⁴² Diese ‚neuen Städte‘ der ersten Generation, das heißt diejenigen, die bis Mitte der 1960er Jahre begonnen wurden, plante man im Stil der ‚gegliederten und aufge-

³³⁶ Einen guten Überblick dazu bietet: *Benevolo, Leonardo*: Die Geschichte der Stadt. Frankfurt am Main, New York 1991, S. 981.

³³⁷ *Magnago Lampugnani* 2010, S. 698.

³³⁸ *Benevolo* 1991, S. 982.

³³⁹ Insbesondere der rekonstruierende oder sich daran anlehrende Wiederaufbau wurde damit kritisiert, aber auch ganz allgemein die Beibehaltung der vorhandenen Grundstücksgrenzen und Straßenverläufe. Vgl. z.B. *Beyme; Durth; Gutschow; Nerdinger; Topfstedt* 1992, S. 20.

³⁴⁰ *Düwel; Gutschow* 2001, S. 165. – *Durth; Gutschow* 1988, S. 145.

³⁴¹ *Düwel; Gutschow* 2001, S. 166–170.

³⁴² Vgl. dazu *Irion; Sieverts* 1991.

lockerten Stadt‘ mit Nachbarschaften, Grünstreifengliederung, eigener Industrie und gemeinsamem Zentrum.³⁴³

Die erste dieser ‚neuen Städte‘ war die von Hans Bernhard Reichow bei Bielefeld geplante Sennestadt. Reichow reichte 1954 seinen Wettbewerbsbeitrag ein, für den ein etwa 2.500 ha großes Gebiet zehn Kilometer südöstlich von Bielefeld vorgesehen war. Für die Sennestadt (Abb. III.43) sah er eine Größe von 6.000 Wohneinheiten, also etwa 24.000 Einwohner vor, die sich auf vier ‚Nachbarschaften‘ verteilten. Jeder dieser Stadtteile verfügt über einen Marktplatz als Zentrum und ist in Untereinheiten mit Nebenzentren untergliedert. Der Bullerbach wird als landschaftliche Vorgabe ganz im Sinn der ‚Stadtlandschaft‘ in die Planung einbezogen und bildet als von Nord nach Süd verlaufender Grünstreifen die grüne Mitte der Stadt. In diesem Grünstreifen befindet sich auch das Zentrum der Sennestadt. Im nördlichen Teil gliedert ein zweiter Grünstreifen in Ost-West-Richtung das Stadtgebiet. In den Grünstreifen befinden sich Sportstätten, Spielplätze und ein Schwimmbad, wie auch ein Theater und die Schulen der Siedlung.³⁴⁴

2.2. Das Städtebaideal in den Vertriebenenstädten

Die ‚gegliederte und aufgelockerte Stadt‘ als allgegenwärtiges städtebauliches Ideal der Nachkriegszeit, das in der Bundesrepublik erst beim Bau der Stadtrandsiedlungen umgesetzt werden konnte, war die Vorlage für die Planung der Vertriebenenstädte, soweit dort ein städtebauliches Konzept festgestellt werden konnte.

Deren grundlegende Elemente sind insbesondere in der Planung für Waldkraiburg zu finden: die Funktionstrennung und die Gliederung durch Grünflächen ebenso wie die Aufgliederung in ‚Nachbarschaften‘. Die Wohngebiete waren nicht nur auf verschiedene Bereiche im Stadtgebiet verteilt (Abb. III.5), sondern sollten auch weitgehend autonom funktionieren, wofür die Teilbebauungspläne, die Stadtplaner Hubert Rösler für die jeweiligen Wohngebiete angefertigt hat, eine anschauliche Illustration liefern (Abb. III.44): In jedem befindet sich ein eigenes Zentrum, das als Platzerweiterung der Hauptdurchfahrtsstraße angelegt ist und an dem sich Kirche, Läden und auch ein Gasthof gruppieren sollten. Im „Programm für die Erstellung des Bebauungsplanes [...]“ heißt es dazu: „Diesen [Orts-]Kern bildet ein Platz, an dem alle Betriebe und Einrichtungen untergebracht sind für den [...] täglichen Bedarf [...] für

³⁴³ Hafner 1993, S. 296: „Die gegliederte und aufgelockerte Großwohnsiedlung“.

³⁴⁴ Sohn, Elke: Zum Begriff der Natur in Stadtkonzepten. Zugl.: Hamburg, Hochsch. für Bildende Künste, Diss., 2005. Hamburg, Münster 2008 (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung 30), S. 28–30.

die tägliche Betreuung [und] Einrichtungen für Freizeit und Unterhaltung“.³⁴⁵ Man plante somit die zukünftigen Wohngebiete „in einzelne Teilgebiete zu zergliedern und zu dezentralisieren“.³⁴⁶

In Traunreut waren keine ‚Nachbarschaften‘ vorgesehen. Mit 10.000 Einwohnern entsprach die gesamte Stadtgröße fast einer einzelnen ‚Nachbarschaft‘ in den Publikationen der Nachkriegszeit.³⁴⁷ Trotzdem wurde auch in Traunreut die Idee der gliedernden Grünflächen zwischen den Wohngebieten verfolgt. Wie in dem von Göderitz, Rainer und Hoffmann verwendeten Schema sind auch die Sport- beziehungsweise Spielplätze in diese Parkflächen gelegt (Abb. III.25, 27 und III.41).³⁴⁸

Bis zum Ende der 1950er Jahre wurden die Grüngürtel in Traunreut konsequent als Gliederelemente freigehalten, was deren Bedeutung für das städtebauliche Konzept unterstreicht. Erst als die Gemeinde über die ursprünglich geschätzte Einwohnerzahl anwuchs und der Baugrund knapp wurde, wurden – vor der Erweiterung des Gemeindegebiets – die Flächen der Grüngürtel zur Bebauung freigegeben.³⁴⁹

In Geretsried war mit 935 ha die größte Fläche für die neue Gemeinde zu überplanen, für die – obwohl etwa vier Mal so groß wie Traunreut – ebenfalls nur 10.000 Einwohner vorgesehen waren. Obwohl die Grünflächen – meist eher breite Waldflächen – durch diese Weitläufigkeit großen Raum einnahmen, wurden sie in den Planungstexten ganz im Sinne der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ als „Grüngürtel“ beschrieben, die ein „beruhigendes Bild“ ergäben. Wenn auch nur rudimentär ausgearbeitet, ließen sich im Wirtschaftsplan eigene Zentren für die jeweiligen Wohngebiete im Sinne der Nachbarschaftsgliederung ausmachen. Die Planungsskizze vom September 1947 belegt, dass die Aufgliederung der Wohngebiete zwar auch, aber nicht nur finanziell begründet wurde, sondern der Vorschlag einer einzelnen, geschlossenen Wohnsiedlung auch als „städtebaulich ungünstig“ abgelehnt wurde.

Infolge der jeweiligen spezifischen Ausgangssituationen, wie geplanter Größe und Ausdehnung des Gemeindegebiets, war in den Vertriebenenstädten zum Teil keine perfekte Adaption des Modells möglich. In Waldkraiburg wurde es jedoch in allen Punkten angewendet.

³⁴⁵ Das Schulgebäude zusammen mit Sport- und Spielplatz ist hier allerdings in das Blockinnere verlegt. Programm für die Erstellung des Bebauungsplanes der Gemeinde Waldkraiburg vom 1.2.1954. Stadtarchiv Waldkraiburg. Industriegemeinschaft. Akt-Nr. 21.

³⁴⁶ Beide Zitate: Erläuterungsbericht zum Wirtschaftsplan für Waldkraiburg von Hubert Rösler vom Mai 1949. Stadtarchiv Waldkraiburg. Industriegemeinschaft. Akt-Nr. 21, S. 10.

³⁴⁷ Die gängigsten Größenvorschläge lagen zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern, wie sie z.B. Roland Rainer in seiner „Städtebaulichen Prosa“ aus dem Jahr 1948 vorsah. *Rainer, Roland: Städtebauliche Prosa. Praktische Grundlagen für den Aufbau der Städte.* Tübingen 1948, S. 49. – Vgl. auch: *Albers* 1997, S. 293.

³⁴⁸ Schule und Sportplätze sind im Plan im Grünstreifen zwischen den Stadtteilen Mitte/Süd und Ost/Südost verzeichnet.

³⁴⁹ Vgl. dazu: Ergänzung zum Grünflächenplan des Übergabe- und Übernahmevertrages vom November 1959. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

Durch die fehlende städtebauhistorische Analyse der Vertriebenenstädte fehlte in der Forschung bisher deren Einordnung als moderne, am zeitgenössischen Idealbild orientierte Stadtplanungen. Schon vor den sogenannten ‚neuen Städten‘ am Stadtrand wurden die tatsächlichen Neugründungen an diesem Standardmodell ausgerichtet. Mit Blick auf frühere Verwendungen war das westliche Städtebauideal der Nachkriegszeit jedoch ein höchst ambivalentes Modell.

3. Ambivalenzen eines Konzepts

Die grundsätzlichen Ideen der ‚Stadtlandschaft‘ waren in der Nachkriegszeit nicht neu, sondern hatten sich schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Europa und den USA entwickelt, wobei gerade Deutschland in den 1920er Jahren zu den Vorreitern der modernen Stadtplanung gehörte. Als 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen, verlor Deutschland durch Berufsverbote und Emigration diese Rolle, und in der deutschen Stadtplanung schien die Zeit der Reformkonzepte und der lockeren ‚Stadtlandschaft‘ gänzlich von monumentalen Aufmarschplätzen und Achsen abgelöst worden zu sein. Begreift man die Planung der neuen Hauptstadt ‚Germania‘, also die Neuplanung Berlins unter Albert Speer, als Sinnbild nationalsozialistischer Stadtplanung, trifft diese Einschätzung sicherlich zu.³⁵⁰ Allerdings war sie keineswegs repräsentativ für die Stadtplanung und die begleitende Theorie in der Zeit des Nationalsozialismus, wie im Folgenden gezeigt wird. Tatsächlich war die Stadtplanung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgehend vom Ideal der Auflockerung geprägt, wobei das jeweilige politische System bei der inhaltlichen Ausdeutung des städtebaulichen Modells alles andere als unerheblich war.

3.1. Entwicklung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und ideologische Indienstnahme im Nationalsozialismus

Die Kernideen der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ der Nachkriegszeit waren diejenigen des modernen Städtebaus wie sie sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zur Reform der industrialisierten Großstadt entwickelt hatten. Am Anfangspunkt der Verbindung von Stadt- und Landleben oder der Verbindung von Dorf und Stadt steht der Brite Ebenezer Howard. Er veröffentlichte 1898 sein Konzept unter dem Titel „Tomorrow – A Peaceful Path to Real Reform“, das aber erst vier Jahre später mit dem Schlagwort der Gartenstadt und dem Titel „Garden Cities of Tomorrow“ bekannt wurde. Dabei sollten anstelle des konzentrischen (und meist unkontrollierten) Wachstums der Großstädte neue Städte gegründet werden, die über die Eisenbahn mit der Mutterstadt verbunden würden, selbst über eigene Industrie und auch Landwirtschaft verfügen sollten und auf eine maximale Größe von 30.000 Einwohnern begrenzt wären. Die Städte selbst sollten locker bebaut werden, also viel Grünraum bieten, und durch den landwirtschaftlich genutzten Grüngürtel immer einen schnellen Zugang zur

³⁵⁰ Münk, Dieter: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches. Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1993. Bonn 1993 (Pahl-Rugenstein-Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften 284), S. 314–321.

umgebenden Landschaft als Erholungsraum gewähren.³⁵¹ Nach Deutschland gelangte das Modell zunächst in Form der Gartenvorstädte, bei denen es sich jedoch meist nur um grüne Vorortsiedlungen handelte. Statt autonomer städtischer Einheiten mit Arbeitsplätzen vor Ort und landwirtschaftlicher Selbstversorgung, wie es Howards vorgesehen hatte, waren dies meist idyllische Wohnsiedlungen mit kleinteiliger Bebauung und einem hohen Grünflächenanteil.³⁵² Die Überlegungen zur Aufgliederung und Funktionstrennung, wie sie bei Howard so prägnant in der Idee der Gartenstadt zusammengefasst waren, beschäftigten jedoch fortan die Planer in Europa und den USA.³⁵³

Die Idee der strengen Aufteilung der Nutzungsbereiche in einer Stadt publizierte 1917 Tony Garnier in der „Cité Industrielle“, an der er jedoch schon seit Anfang des Jahrhunderts gearbeitet hatte. Wohnen, Industrie und Verwaltung bildeten eigene weitflächige Bereiche, die durch öffentliche Verkehrsmittel verbunden wurden.³⁵⁴ Einen wichtigen Beitrag zur Gliederung und Durchgrünung leistete Bruno Taut mit seinem Aufruf zur „Auflösung der Städte“ von 1920, der anstelle der kompakten Städte ein loses Netz einzelner Siedlungen als Zukunftsvision entwarf.³⁵⁵ Ab 1925 war Ernst May Stadtbaurat in Frankfurt und setzte mit seinen „Trabanten“ die englische Gartenstadtidee um, die er selbst vor Ort kennengelernt hatte. Für diese Stadterweiterungen wurden neue geschlossene Siedlungen im Umland gebaut, auch wenn sie nicht wie in Howards Idee über einen landwirtschaftlichen Gürtel und eigene Industrie verfügten.³⁵⁶ Die dritte grundlegende Idee der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘, die Nachbarschaftsgliederung, war das erste Mal 1929 in den USA von Clarence Arthur Perry als städtisches Gliederungsprinzip zur Gemeinschaftsbildung vorgestellt worden und beschäftigte fortan die Stadtplaner – auch in Deutschland.³⁵⁷ Gebündelt wurden die Ideen der modernen Stadtplanung bei den C.I.A.M., den internationalen Kongressen moderner Architekten und Stadtplaner, auf denen diese durch regelmäßige Treffen ihren Ideen eine Plattform schufen. 1933 fand unter dem Titel der „funktionellen Stadt“ die Tagung zur Stadtplanung statt. Hier

³⁵¹ Ein guter Überblick findet dazu findet sich z.B. in: *Reinborn* 1996, S. 46–48.

³⁵² Auch das genossenschaftliche Finanzierungsmodell, das einen Grundpfeiler in Howards Reformüberlegung bildete, fiel bei den meisten deutschen Gartenstädten unter den Tisch. Das Problem des zu teuren Wohnraums und der Bereicherung über Bodenspekulation, das Howard mit seinem Modell lösen wollte, blieb damit unangestastet. *Magnago Lampugnani* 2010, S. 25–28 und 256, 257.

³⁵³ Eine Einordnung der deutschen Gartenstadtbewegung in den Kontext der Lebensreform findet sich in: *Magnago Lampugnani* 2010, S. 254–257.

³⁵⁴ *Garnier, Tony; Jullian, René; Posener, Julius*: Die ideale Industriestadt. Eine städtebauliche Studie = Une cité industrielle. Tübingen 1989.

³⁵⁵ Für einen Überblick zur Stadtplanung von Bruno Taut, siehe: *Magnago Lampugnani* 2010, S. 269–275.

³⁵⁶ Vgl. z.B.: *Mohr, Christoph*: Das neue Frankfurt. Wohnungsbau und Großstadt 1925–1930. In: *Quiring, Claudia; Voigt, Wolfgang; Barr, Helen; May, Ernst* (Hrsg.): Ernst May. 1886–1970. Ausst.-Kat., Frankfurt a. Main, Deutsches Architekturmuseum, 28. Juli bis 6. November 2011. München 2011, 51–68.

³⁵⁷ Das Konzept von C. A. Perry wird meistens nur im Kontext von städtebauhistorischer Abhandlungen erwähnt, vgl. z.B. *Reinborn* 1996, S. 197, 198.

wurden nicht nur die Grundfunktionen der Stadt festgelegt (Wohnen, Arbeit, Freizeit/Erholung und Verkehr), sondern auch deren räumliche Trennung in einer dem Titel entsprechenden Stadt.³⁵⁸ In der Folge wurden für verschiedene europäische Großstädte Planungen entwickelt, die die auf der C.I.A.M. von 1933 theoretisch festgehaltenen Punkte am praktischen Beispiel umsetzten und im Jahr darauf in London vorgestellt werden sollten. In Deutschland war dies ein Generalsiedlungsplan für Köln in Form von Siedlungsbändern um die Kernstadt herum, der jedoch aufgrund der veränderten politischen Situation in Deutschland nicht mehr auf dem Treffen in London vorgestellt wurde.³⁵⁹

Das gängige Bild des Städtebaus im Nationalsozialismus, das von monumentalen Achsen mit ebenso monumentaler neoklassizistischer Architektur bestimmt ist, speist und speiste sich vor allem aus den Neuplanungen für die bestehenden Städte, insbesondere für die fünf ‚Führerstädte‘ Berlin, München, Nürnberg, Hamburg und Stuttgart. Vor allem die ersten beiden sind mit den überdimensionierten Kuppelbauten zum Sinnbild des nationalsozialistischen Größenwahns geworden.³⁶⁰ Die Stadtplanungstheorie für neu geplante Städte ging dagegen in eine andere Richtung.

Ein Handbuch, das Leitgedanken für solche Neugründungen zusammenfasste, war das 1939 erschienene Werk „Die neue Stadt“ von Gottfried Feder und Fritz Rechenberg. Feder war 1934 zum Reichskommissar für das Siedlungswesen ernannt worden und hatte in seiner Antrittsrede den Bau von 1.000 neuen Kleinstädten zu je etwa 10.000 Einwohnern gefordert.³⁶¹ Die Forderung korrespondierte mit der ablehnenden Grundhaltung der Nationalsozialisten gegenüber der Großstadt, die zum antisemitischen Schreckensbild und Moloch stilisiert wurde. Seine Neugründungspläne konnte Feder aufgrund der schnell beendeten politischen Karriere nicht umsetzen, da er nach sechs Monaten bereits wieder aus seinem Amt entlassen wurde. Anschließend zum Professor für Städtebau an die TH Berlin berufen, machte er sich stattdessen mit dem genannten Stadtplanungshandbuch einen Namen.³⁶²

Den größten Teil der empirischen Arbeit trug sein damaliger Assistent Fritz Rechenberg bei. Dieser hatte schon bei den Planungen für die ‚Stadt der Hermann-Göring-Werke‘, das spätere Salzgitter, mitgewirkt und 1935 seine Dissertation über die „günstigste Stadtgröße“

³⁵⁸ Vgl. dazu: *Hilpert, Thilo* (Hrsg.): *Le Corbusiers „Charta von Athen“*. Texte und Dokumente. Braunschweig, Wiesbaden 1988 (Bauwelt-Fundamente 56).

³⁵⁹ *Düwel; Gutschow* 2001, S. 122, 123.

³⁶⁰ *Magnago Lampugnani* 2010, S. 597, 598. – Vgl. auch *Münk* 1993, S. 302–336.

³⁶¹ Ilgners Schlagwort der Gründung von „hundert Städten“ auf ehemaligen Rüstungswerken erinnert an die „1.000 neuen Städte“ in Feders Rede. Vgl. dazu Kap. II, S. 44.

³⁶² *Münk* 1993, S. 183, 184 und 265.

verfasst. Rechenberg hatte sich dabei – und das bildet auch den Kern der „neuen Stadt“ – mit der bestmöglichen Verteilung der Versorgungseinrichtungen in einer Stadt und mit ihrer internen Gliederung in Untereinheiten beschäftigt. „Die neue Stadt“ war als Analyse bestehender Kleinstädte von 20.000 Einwohnern angelegt; eine Größe, die auch für Neugründungen als Idealgröße angenommen wurde.³⁶³ Das Konzept der „neue[n] Stadt“ zielte nicht auf eine „Auflösung der [Groß-]Stadt“ in Siedlungen, wie bei Bruno Taut, die großzügig in eine weitläufige Parklandschaft gestreut wären. Schließlich handelte es sich explizit um ein Planungsmodell für Kleinstädte, die ohnehin über ein grünes Umland verfügten. Aber auch hier wurden innerhalb der Stadt Untereinheiten gebildet, für die die Größe einer Dorfgemeinde angestrebt war.

Im Kern handelt es sich beim Modell der „neuen Stadt“ um eine Nachbarschaftsgliederung, wie sie Perry zehn Jahre vorher in den USA publiziert hatte. Als „protected area“ sah dieser eine Zone ohne starken Durchgangsverkehr in der Größe des Einzugsgebiets einer Volksschule vor, das er mit 4.800 Einwohnern ansetzte.³⁶⁴ Auch bei Feder und Rechenberg bildet das Einzugsgebiet der Volksschule den Maßstab der städtischen Gliederung, woran sich die Verteilung der übrigen städtischen Einrichtungen orientiert. Die Stadt wird in neun Untereinheiten gegliedert, die bei Feder und Rechenberg nicht als ‚Nachbarschaften‘, sondern ganz im biologistischen Sprachgebrauch der Zeit als „Zellen“ bezeichnet werden. Jede verfügt über einen „Kern“, der, als Platz angelegt, die notwendigen Einrichtungen für diese Gemeinschaft zur Verfügung stellt. Die ‚Zellen‘ setzen sich wiederum aus mehreren Unterkernen zusammen und finden ihr gemeinsames Zentrum in der Stadtmitte. Dementsprechend ist die Stadt in drei Ebenen gegliedert, in denen sich laut Handbuch alles befindet, um jeweils den Tages-, Wochen- und Monatsbedarf zu decken. Die ‚Zellen‘ sind dabei wie die ‚Nachbarschaften‘ auf ihre Mitte hin bezogen und dienen zum einen der Verkürzung der Wege, die das tägliche Leben bestimmen. Zum anderen verfolgen sie das Ziel der Gemeinschaftsbildung – das schließlich auch ideologisch im Sinne des Nationalsozialismus genutzt wurde.³⁶⁵

Ab 1939/40 erschienen erste Entwürfe, die die Gliederung der Stadt in der Planung mit dem Aufbau der nationalsozialistischen Partei koppelten und das Prinzip der Untergliederung so in eine „totale“³⁶⁶ oder, genauer, totalitäre Planung verwandelten. Bereits in der „neuen Stadt“ wurde ein solcher Entwurf als Umsetzungsmöglichkeit vorgestellt, da das Buch ansonsten vor allem aus einer tabellarischen Auflistung der Verteilung der Einwohner und Ein-

³⁶³ *Schneider* 1979, S. 74.

³⁶⁴ *Reinborn* 1996, S. 197.

³⁶⁵ *Feder, Gottfried; Rechenberg, Fritz*: Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung. Berlin 1939, S. 2 und 19–27. – *Münk* 1993, S. 275–277.

³⁶⁶ *Feder; Rechenberg* 1939, S. 467.

richtungen besteht (Abb. III.45). und ein Jahr später brachte die Planungsgruppe für das neue Hamburg unter der Leitung von Konstanty Gutschow ihre Idee der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ heraus. Das gemeinschaftsbildende Element und Grundlage der Gliederung waren nun nicht mehr die Schule, sondern die politische Einheit einer Ortsgruppe der NSDAP, die mit HJ-Heim, Parteigebäude und Aufmarschplatz im „Zellkern“ ihren baulichen Niederschlag fand:³⁶⁷ „Die Ortsgruppe ist mit ihren 8.000 Einwohnern eine ausreichend große Siedlungseinheit, um mit Gemeinschaftshalle, Parteihaus, HJ-Heim und Aufmarschplatz als zugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen ausgestattet zu werden. Sie wird so der Gemeinschaftsbildung dienen und die Gemeinschaft zugleich sinnfällig zum Ausdruck bringen.“³⁶⁸ Die Parallelsetzung begann jedoch bereits im Häuserblock, der der kleinsten Einheit der Partei zugeordnet und vom Blockwart überwacht würde. Als Teil der Neuplanung für Hamburg gewann die Idee der „Ortsgruppe als Siedlungszelle“ schließlich weitreichende Popularität.³⁶⁹

Das Konzept einer solchen gegliederten ‚Stadtlandschaft‘ wurde weiter verfolgt und ausgearbeitet und insbesondere für Planungen für den „neuen deutschen Osten“ ins Spiel gebracht. Die Besetzung Westpolens und ab 1941 auch von Teilen der Sowjetunion ließ im Sinne des ‚Lebensraums im Osten‘ eine wahre Flut an Neugründungen für deutsche Siedler erwarten, für die eine ebensolche Flut an Planungsvorschlägen publiziert und diskutiert wurde. In der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ veröffentlichte Hans Bernhard Reichow 1941 einen Aufsatz über „Grundsätzliches zum Städtebau im Altreich und im neuen deutschen Osten“, worin er seine Idee der ‚Stadtlandschaft‘ vorstellte. Carl Culemann vertrat in derselben Ausgabe seine Vorstellungen von der „Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse“, womit er die Anpassung der städtischen Struktur an diejenige der Partei meinte, und Gleiches brachte auch Willhelm Wortmann in derselben Ausgabe der Zeitschrift in seinen „Gedanken zur Stadtlandschaft“ zum Ausdruck. Neuplanungen für die besetzten Gebiete gerieten zu einem vielversprechenden Betätigungsfeld für Stadtplaner und die nach der Partei gegliederte ‚Stadtlandschaft‘ wurde zum maßgeblichen Modell.³⁷⁰

Ein Jahr nach den genannten Publikationen in „Raumforschung und Raumordnung“ ließ Heinrich Himmler das Modell, wie es später in der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“

³⁶⁷ Feder; Rechenberg 1939, S. 467. – Durth; Gutschow 1993, S. 244 und 329.

³⁶⁸ Das Schriftstück von Konstanty Gutschow, dem damaligen Stadtplaner für Hamburg, ist als Textauszug abgedruckt in: Düwel; Gutschow 2001, S. 125.

³⁶⁹ Düwel und Gutschow schränken dies jedoch ein, dass sich die Popularität des Konzepts mehr auf Norddeutschland beschränkte, was die Autoren mit einer protestantisch-rationaleren Grundhaltung und damit einer Affinität zu „totaler Planung“ erklären. Düwel; Gutschow 2001, S. 126. – Feder; Rechenberg 1939, S. 462.

³⁷⁰ Lammert, Peter: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945. Eine Skizze zur Planungsgeschichte. In: Die alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 14 (1987), S. 359, 360. – Münk 1993, S. 384. – Durth; Gutschow 1993, S. 259. – Magnago Lampugnani 2010, S. 590.

publiziert wurde, als „Richtlinien für die Planung und Gestaltung in den eingegliederten deutschen Ostgebieten“ 1942 zusammenfassen. Himmler hatte sich unter anderem gegen Albert Speer durchgesetzt und sich die Zuständigkeit für die geplante Besiedelung der besetzten osteuropäischen Gebiete gesichert. Dass es sich dabei um keine friedliche Landnahme handelte, bedarf keiner Erläuterung. Den Widerspruch zwischen den Gewaltverbrechen der Besatzung in den östlichen Gebieten und detaillierter kleinbürgerlicher Stadtplanung zeigt dabei am besten das Beispiel der Planungen für die Stadt Auschwitz. Für diese war 1943 ein Plan für 70.000 Einwohner gefertigt worden, in dem die Stadt in drei Unterkerne gegliedert, mit separater Industrie (das Buna-Werk der IG-Farben) und gliedernden Grünstreifen um das gemeinsame Stadtzentrum angelegt wurde, also ganz im Sinne der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘. Die Konzentrationslager Auschwitz und Auschwitz-Birkenau sind im Plan nicht verzeichnet.³⁷¹

Ein anderes Anwendungsfeld für die ‚Stadtlandschaft‘ – ein anderer Terminus für die ‚gegliederte und aufgelockerte Stadt‘, der besonders die Einbeziehung der vorhandenen Topographie und Natur betont – fand sich schon vor Kriegsende in den zerstörten Städten im ‚Altreich‘. Nicht erst nach 1945 riefen Stadtplaner dazu auf, die Zerstörungen als Chance zu begreifen. Den Anfang bildete schon der neue Generalbebauungsplan für Hamburg nach der schweren Bombardierung der Stadt 1943. Das Planungsteam um Konstanty Gutschow gab im gleichen Jahr einen neuen Gesamtplan einer durchgehenden Stadtlandschaft heraus, der breite Grünstreifen durch das gesamte Stadtgebiet und eine Aufgliederung der Großstadt in einzelne Siedlungen vorsah. Albert Speer, der noch vor Kriegsende zum Leiter des Wiederaufbaus eingesetzt wurde und einen Wiederaufbaustab zusammenrief, legte 1944 die „Stadtlandschaft“ als Leitbild fest. Bei Kriegsende war sie damit zum städtebaulichen Kanon geworden, mit dem Ziel der Verschmelzung urbaner Siedlungsformen mit der Natur, der Auslagerung der Industrie aus den Wohnbereichen und einer überschaubaren Gliederung – nach dem Muster der Partei.³⁷²

³⁷¹ Düwel; Gutschow 2001, S. 126–129. – Ein Nachdruck der „Richtlinien“ findet sich in: Durth; Gutschow 1988, S. 45–50.

³⁷² Düwel; Gutschow 2001, S. 128–131. – Durth; Gutschow 1993, S. 248.

3.2. Der Einfluss militärischer Argumente

Zum Ende der 1930er Jahre wurden als Argument für die ‚Stadtlandschaft‘ auch Vorteile im Luftschutz angeführt und gehörten schon bald zum üblichen Diskurs. Die Weitläufigkeit und Auflockerung wurden nicht mehr nur wegen der Naturnähe als Vorzug gesehen, sondern passten auch zu militärischen Überlegungen hinsichtlich des Städtebaus.³⁷³ Auch in dem Aufsatz zur ‚Ortsgruppe als Siedlungszelle‘ wird die ‚luftangriffssichere Gliederung‘ als Ziel des Planungsmodells aufgeführt.³⁷⁴ In den ‚Richtlinien für die Planung und Gestaltung in den eingegliederten deutschen Ostgebieten‘ von 1942 wird sogar eine Aufgliederung der Industriegebiete empfohlen: „Die Industrie- und Gewerbegebiete sind [...] untereinander abzusetzen, [...] um den Erfordernissen des Luftschutzes Rechnung zu tragen. Auch für Industriegebiete ist daher die Aufgliederung in mehrere Zellen notwendig.“³⁷⁵

Eine aufgelockerte, weitläufige Bebauung und Aufgliederung der Industrieanlagen lassen sich auch für die Rüstungswerke feststellen, auf denen später Waldkraiburg, Geretsried, Traunreut und auch Neugablonz entstanden. Im Werk Kraiburg war das Sprengstoffwerk in zwei Produktionsbereiche aufgegliedert – POL I und POL II –, die unabhängig voneinander die einzelnen Produktionsschritte durchführen konnten (Abb. III.2). Sollte einer der beiden getroffen werden, konnte im anderen weiter produziert werden.³⁷⁶ Die weit voneinander entfernt gebauten Produktionsbunker verhinderten darüber hinaus eine Kettenreaktion, falls es im Werk zu einer Explosion kommen sollte.³⁷⁷ Auch die Quartiersbereiche wurden vom Produktionsbereich getrennt und in mehrere Areale aufgegliedert. Insbesondere die Aufgliederung in zwei Produktionsbereiche spiegelt die städtebaulichen Überlegungen, wie sie etwa oben in den ‚Richtlinien‘ zitiert wurden. Die Aufgliederung aus Gründen des Luftschutzes fand somit auch beim Bau des Werkes Kraiburg seinen Niederschlag und zeigt die Parallelen zwischen militärischer und städtebaulicher Planung zu der Zeit.³⁷⁸

Auch das DAG- und DSC-Werk, auf denen später Geretsried entstand, und das Werk Kaufbeuren, lassen eine Aufgliederung des Produktionsgeländes erkennen (Abb. III.8, III.9 und III.33). In der Heeresmunitionsanstalt St. Georgen war die Abfüllanlage vom restlichen

³⁷³ Lammert 1987, S. 364.

³⁷⁴ „Die ‚Stadtlandschaft‘ ist als eine neue städtebauliche Organisationsidee zu betrachten, die folgenden Zielen des nationalsozialistischen Reiches dienen soll: 1. Einer neuen Gemeinschaftsbildung unseres Volkes auf Grund und in Anlehnung an seine politische Neugliederung. 2. Einer gesunden, das Wachstum der Bevölkerung und der Liebe zur Heimat fördernden Siedlungsweise. 3. Einer möglichst weitgehenden dezentralisierten und volksnahen Verwaltung. 4. Einer luftangriffssicheren Gliederung größerer Siedlungsgebilde.“, Hervorhebung von der Autorin, zitiert nach Düwel; Gutschow 2001, S. 125.

³⁷⁵ Zitiert nach: Durth; Gutschow 1988, S. 48, 49.

³⁷⁶ Preuß; Eitelberg 2009, S. 94.

³⁷⁷ Heiß 1993a, S. 414–424.

³⁷⁸ Vgl. dazu auch Würnstl 2010, S. 324.

Gelände separiert und die Gebäude zur Lagerung, aus denen der westliche Teil hauptsächlich bestand, gruppenweise zusammengefasst (Abb. III.21).

Wie oben beschrieben wurde, waren es gerade die vorhandenen Freiflächen und die vorgefundene Aufgliederung, die die Adaption der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ ermöglichen. Die Entstehung der Rüstungswerke ab 1938 und der Hintergrund der städtebaulichen Debatten zum Luftschutz kann hier eine Erklärung für das Ineinandergreifen der militärischen und städtebaulichen Planung liefern. Vor allem das Beispiel des Werks Kraiburg zeigt, dass die Idee der Aufgliederung auch in militärischen Planungen Einzug gehalten hatte.

Ähnliche Parallelen lassen sich auch auf der Ebene der städtebaulichen Gestaltung finden. So war der „organische Städtebau“ der Stuttgarter Schule mit einer geschwungenen Wegeführung für den Siedlungsbau im Nationalsozialismus maßgeblich.³⁷⁹ Diese findet sich, hier aus Gründen der Tarnung und des Luftschutzes, auch in den Schlängelstraßen der Werke. Die ebenso nach 1945 bevorzugte geschwungene Straße war, besonders deutlich in Traunreut (Abb. III.21 und III.26), bei der Übernahme der Werksstraßen für die Städte damit schon vorgegeben.³⁸⁰

3.3. Fehlende Distanzierung und geänderter Deutungsrahmen nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben die meisten Stadtplaner im Amt. Aber nicht nur personell waren Städtebau und Stadtplanung von Kontinuitäten bestimmt, sondern auch in den Planungsmodellen. Planungsbeispiele für ‚Stadtlandschaften‘, die vor 1945 erarbeitet wurden, verwendete man weiter, ohne deren Kontext zu thematisieren. Die Beschreibungen passte man an die neue politische Situation an, indem die Planungssprache geändert wurde: Aus „Siedlungszellen“ wurden in Anlehnung an das amerikanische Vorbild „Nachbarschaften“. Als Planungsgrundlagen wurden nicht mehr die Parteiorganisation und der „Volkskörper“ angegeben, sondern (wieder) das schulische Einzugsgebiet. Als Vorbilder wurde auf Autoren, wie Clarence Arthur Perry und Ebenezer Howard verwiesen.³⁸¹

Ein anschauliches Beispiel bieten die Arbeit und berufliche Laufbahn von Hans Bernhard Reichow. Nachdem er vor 1945 über den Städtebau im „neuen deutschen Osten“ geschrieben hatte, der die zivile Nachhut von Krieg und Zerstörung gebildet hätte, löste er nach Kriegsende nicht nur Herbert Rimpl als Stadtplaner für die ‚Stadt-des-KdF-Wagens‘ (nunmehr Wolfsburg) ab, sondern veröffentlichte mit der „Organischen Stadtbaukunst“ 1948 auch das erste städtebautheoretische Werk der Nachkriegszeit. Bei den Ausführungen zu seinen Vorbildern,

³⁷⁹ Münk 1993, S. 213, 214.

³⁸⁰ Vgl. dazu: Würnsth 2010, S. 26–29. – Vgl. dazu auch Kapitel IV, S. 105.

³⁸¹ Durth; Gutschow 1993, S. 261 und 298–302.

geht er darin auf wichtige Wegmarken des modernen Städtebaus ein. Die eigenen Vorarbeiten im nationalsozialistischen Deutschland verschweigt er jedoch. Reichow verwendete Planungsbeispiele aus dieser Zeit: unter anderem für das während des Zweiten Weltkriegs besetzte polnische Posen. Im Text von 1948 erfährt der Leser jedoch nicht, um welche Stadt es sich handelt und damit auch nicht den Entstehungshintergrund als Planung für die besetzten Gebiete.³⁸²

Auch das Manuskript zur „gegliederte[n] und aufgelockerte[n] Stadt“ ist ein Beispiel für die Kontinuitäten der Stadtplanung der Bundesrepublik. Göderitz hatte an der Akademie für Städtebau und Landesplanung in Berlin 1939 und 1940 eine Arbeitsgruppe zum „Organischen Städtebau“ geleitet, in der er zusammen mit Roland Rainer und Hubert Hoffmann das Manuskript zur oben genannte Publikation bis Kriegsende bereits fertiggestellt hatte. Ohne weitere Überarbeitungen wurde dieses 1957 in der Bundesrepublik herausgegeben.³⁸³ Bezeichnenderweise ist als Planungsschema die Ebene einer Kreisstadt mit 16.000 Einwohnern abgebildet, die wiederum das Idealbild der Stadtgründungen im Nationalsozialismus darstellte. Die Kontinuität des Modell illustriert auch das Planungsschema einer Kreisstadt aus der Reihe „Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft“ aus dem Jahr 1943, das – um 90 Grad gedreht – im Aufbau genau dem Schema in der „gegliederte[n] und aufgelockerte[n] Stadt“ gleicht (Abb. III.46).³⁸⁴ Die Schriftenreihe wurde als Planungshilfe für die besetzten Gebiete in Ost- und Ostmitteleuropa vom Reichsheimstättenamt herausgegeben. Im Vorwort der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ wird der Zeitpunkt der Fertigstellung sogar erwähnt, jedoch ohne weiter problematisiert zu werden.

„Die neue Stadt“ wurde bis zum Ende der 1960er Jahre als Standardwerk in Planungsämtern und Hochschulen weiterverwendet. Als empirische Grundlage für die Verteilung von Versorgungseinrichtungen gab es lange Zeit keine vergleichbare Arbeit. Wegen der offensichtlichen nationalsozialistischen Ausrichtung in Einleitung und Schluss wurde es in öffentlichen Einrichtungen jedoch nur versteckt benutzt. Auch in Waldkraiburg passt die Größenordnung von 2.500 bis 4.000 Einwohnern, die für ein Wohngebiet vorgeschlagen wurden, eher zur Größe der ‚Zelle‘ mit 3.500 Einwohnern bei Feder und Rechenberg, als zu Publikationen der Nachkriegszeit zur Nachbarschaftsgliederung, die meist zwischen 4.000 und 6.000

³⁸² Beyme, Klaus von; Durth, Werner; Gutschow, Niels; Nerdinger, Winfried; Topfstedt, Thomas: Leitbilder des Wiederaufbaus in Deutschland. in: dies. (Hrsg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit. München 1992, S. 21. – Magnago Lampugnani 2010, S. 614.

³⁸³ Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970. München 1992, S. 507, 508 sowie die jeweiligen Kurzbiographien der Autoren im Anhang.

³⁸⁴ Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront / Hauptabteilung Städtebau und Wohnungsplanung: Die Gestaltung der Kreisstadt. Berlin 1943 (Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft).

Einwohner vorschlugen. Die Vermutung liegt nahe, dass auch in Waldkraiburg „Die neue Stadt“ als Planungshandbuch genutzt wurde.³⁸⁵

Die ideale Stadtplanung der Nachkriegszeit, wie sie für den Wiederaufbau gefordert, zahlreich publiziert und in Stadtrandsiedlungen umgesetzt wurde, war somit im Grunde eine bruchlose Fortführung der Ideen von Gliederung und Auflockerung in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus. Dass das Modell keine Erfindung einer nationalsozialistischen Stadtplanung war, zeigen wiederum die Ideen zur Untergliederung der Stadtstruktur und der Verbindung von Stadt und Landschaft, wie sie schon seit Anfang des Jahrhunderts erarbeitet worden waren. Dies macht deutlich, dass das grundsätzliche Schema der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ in ganz unterschiedliche ideologische Deutungsrahmen gestellt werden kann. Die im Nationalsozialismus damit verbundene, antisemitisch begründete Großstadtfeindlichkeit, die Indienstnahme für Aneignung der besetzten Gebiete und die totalitäre Gleichschaltung der Stadt mit der Parteistruktur machen klar, dass die Stadtplanung zu dieser Zeit alles andere als unpolitisch war. Doch indem die Vorgeschichte verschwiegen wurde, konnte der Deutungsrahmen durch denjenigen einer modernen und westlichen Stadtplanung nach amerikanischem Vorbild ersetzt, und die vor 1945 entstandenen Planungsentwürfe problemlos fortgeführt werden. Die stillschweigende Kontinuität, die oft die Personalpolitik der Nachkriegszeit und die generelle Haltung zur Vergangenheit prägte, fand so auch in der Stadtplanung ihren Niederschlag und macht zugleich die Ambivalenz der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ deutlich.³⁸⁶

³⁸⁵ Vgl. dazu *Würnstl* 2010, S. 322, 323.

³⁸⁶ Die Kontinuität und Vorgeschichte der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ wurde in der Forschung mehrfach thematisiert. Die detaillierte Zusammenstellung der verschiedenen Autoren und Quellen zur Entwicklung dient für diese Arbeit dazu, die Verwendung und insbesondere Ambivalenzen des Planungskonzepts für die Vertriebenenstädte an der Schwelle zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik nachvollziehbar einordnen zu können. Vgl. z.B. *Beyme; Durth; Gutschow; Nerdinger; Topfstedt* 1992, S. 21. – *Reinborn* 1996, S. 199. – *Durth, Werner*: Städtebau und Weltanschauung. In: *Beier, Rosmarie* (Hrsg.): *Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit*. Ausst.-Kat., Berlin, Deutsches Historisches Museum, 16. Mai bis 12. August 1997. Ostfildern-Ruit 1997, S. 30–50. – *Düwel; Gutschow* 2001, S. 122–131.

4. Fortführung, Anpassung und Umdeutung – symptomatische Kontinuitäten in der Planung der Vertriebenenstädte

Wie die Analyse der Stadtplanungen für die Vertriebenenstädte in Bayern gezeigt hat, waren diese in den meisten Fällen keine zwangsläufige Folge der erhaltenen Bebauung und Infrastruktur der Rüstungswerke, sondern folgten einem spezifischen städtebaulichen Konzept. Durch die Einordnung in den Kontext der städtebaulichen Ideen seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde klar, dass es sich dabei vor dem Hintergrund der wechselnden politischen Systeme in Deutschland um ein höchst ambivalentes Konzept handelt. Die Planer selbst gaben in ihren nicht immer ausführlichen Planungsschriften keine Bezüge an, worauf sie sich in ihren Konzepten stützen, sodass die Ambivalenz bei der Einordnung der Planung bestehen bleibt – und der Zweideutigkeit der Planungsideen in der Nachkriegsbundesrepublik entspricht.

Als Stadtplanungen in der frühen Bundesrepublik waren die Konzepte der Funktionstrennung, Aufgliederung und Durchgrünung, die in Waldkraiburg, Geretsried und Traunreut und in geringerem Maße auch in Neutraubling und Neugablonz verfolgt wurden, äußerst modern. Die für den Wiederaufbau geforderte gegliederte Stadtstruktur verlor sich hier nicht in einer ‚verpassten Chance‘, sondern konnte als Adaption der Rüstungswerke angewendet werden. Damit sind diese Planungen, noch vor den ‚Neuen Städten‘ am Stadtrand, Beispiele der teilweisen oder vollständigen Anwendung einer in der Nachkriegszeit als Idealbild diskutierten Stadtidee.

Diese Modernität speist sich jedoch vor allem aus der stillschweigenden Umdeutung des Planungsmodells nach 1945. Statt im totalitären, nationalsozialistischen Staat konnte es nicht zuletzt durch die Abgrenzung zum Planungsideal der kompakten Stadt in der DDR als Planungsmodell der freien, demokratischen Welt verortet werden. Die tatsächlichen Kontinuitäten zum Leitbild für den Wiederaufbau von 1944 oder zum städtebaulichen Handbuch von 1939 beispielsweise, waren in den Diskussionen unter Architekten und Planern unerheblich. Sie sahen sich selbst und ihre Planungen als neutral und unpolitisch. Als überwiegende Nutzung vor 1945 für Besiedelungspläne besetzter Gebiete und durch die Gleichschaltung der Stadtstruktur mit der Parteiorganisation waren sie es jedoch eindeutig nicht, sondern sehr deutlich in einen politischen Kontext gestellt. Die fehlende Auseinandersetzung damit ist vielmehr ein für die Bundesrepublik der 1950er Jahre symptomatischer Umgang mit der Vergangenheit.

Die städtebaulichen Planungen der Vertriebenenstädte wurden nicht ideologisch verortet, aber sie sind ein Beispiel dieser Kontinuität und vielmehr noch ein Spiegel der Ambivalenzen

der Stadtplanung in der frühen Bundesrepublik. Durch die stillschweigende Neuverortung im westlich-demokratischen Kontext war die etablierte Planungstheorie nicht diskreditiert, eine Neuorientierung war damit nicht nötig. Die städtebauliche Planung der neuen Städte im neuen Staat waren tatsächlich moderne und sehr frühe Beispiele für die Umsetzung der Gliederung und Auflockerung – doch nicht aufgrund einer radikalen Neuorientierung, sondern aufgrund einer Kontinuität etablierter Ideen, die durch die bundesweite Umdeutung der städtebaulichen Konzepte aus der Zeit vor 1945 möglich war.

IV. Stadtgründung und Integration: Sichtbarkeit in Architektur und öffentlichem Raum?

Als Stadtgründungen und Ansiedlung ortsfremder Personen besaßen die Vertriebenenstädte eine doppelte Sonderrolle. Sie boten in baulicher Hinsicht die Möglichkeit eines Neuanfangs, und anders als beim Wiederaufbau der zerstörten Städte im Nachkriegsdeutschland spielte die Wahl zwischen Rekonstruktion oder radikaler Neuformung auf den ersten Blick keine Rolle. Doch auch die Vertriebenenstädte besaßen eine Vorgeschichte, die zum einen aus den umgenutzten Rüstungswerken und deren verbliebener Bausubstanz und zum anderen aus den Bewohnern resultierte, die ihre jeweiligen architektonischen Vorstellungen in den Aufbau der Städte einbrachten. In Hinblick auf den Integrationsaspekt der Neugründungen wird nun der Frage nachgegangen, welche (Bau-)Form die neuen Städte erhielten.

Spiegelten sie die Sonderrolle als Neugründung für Ortsfremde auch in der Architektur? Grenzten sie sich damit zu den umgebenden Städten und Dörfern ab oder passten sie sich im Gegenteil an lokale Bauformen an? Dabei sind verschiedene Ebenen der Anpassung denkbar, etwa an die dörflich geprägte ländliche Umgebung, an spezifische Bauformen der Herkunftsgebiete und damit eine Abgrenzung zur neuen Umgebung, oder aber an typische, überregionale Architekturformen der ersten Nachkriegszeit.

Bei der Beantwortung dieser Frage wird die Architektur nach Umberto Eco's „Einführung in die Semiotik“ als Kommunikationsmedium begriffen.³⁸⁷ Dabei sieht Eco in der Architektur die hauptsächliche, wenn auch nicht ausschließliche Bedeutung in der Kommunikation der möglichen Nutzung des Bauwerks.³⁸⁸ Daneben besitzt Architektur jedoch weitere mögliche Bedeutungsebenen, die oft einen symbolischen Wert vermitteln.³⁸⁹ Im Folgenden wird die Bebauung der Vertriebenenstädte danach analysiert, woran sie als neue Städte für ortsfremde Personen stilistisch anknüpften. Mehr als um einen symbolischen Wert geht es darum, einerseits Kontinuitäten und Veränderungen der Architektur vor und nach 1945, also im nationalsozialistischen Deutschland und der neuen Bundesrepublik, festzuhalten und andererseits Anpassungen oder Abgrenzungen in Bezug auf die Herkunfts- und Ankunftsgebiete, und diese als kommunikative Ebene herauszuarbeiten. Dies soll nicht als Analyse der Intention der Bauherren missverstanden werden. Es geht im Folgenden nicht darum, zu zeigen, ob sich die Bewohner der Vertriebenenstädte architektonisch anpassen oder abgrenzen wollten, sondern

³⁸⁷ Vgl. dazu Abschnitt C in: Eco 2002.

³⁸⁸ Eco 2002, S. 296–298.

³⁸⁹ Diese Konnotation illustriert er am Beispiel eines Thrones, der zwar das mögliche darauf Sitzen kommuniziert, aber auch „majestätische Würde“. Zugleich zeigt Eco an diesem Beispiel, dass die mögliche Funktion nicht unbedingt die Hauptbedeutung eines Gegenstandes oder Gebäudes sein muss. Eco 2002, S. 301–311.

welche räumlichen und zeitlichen Anknüpfungen oder Abgrenzungen sich in der Architektur feststellen lassen, und wie damit Kontinuität oder Neuverortung, Einbindung oder Abgrenzung kommuniziert wurde.

Als eine Erweiterung der rein architekturhistorischen Analyse wird außerdem die Gestaltung des öffentlichen Raums durch Bildwerke und Toponyme untersucht. Konkret werden dazu Wandbilder, Bau- und Freiplastiken im städtischen Raum und die Namensgebung von Örtlichkeiten analysiert. Hier geht es vor allem darum zu zeigen, ob und wie die Geschichte der Städte und der Bewohner im Stadtraum präsent war. Das heißt im Einzelnen, zu sehen, ob das Thema Flucht und Vertreibung, die jeweiligen Herkunftsgebiete und auch die eigene, wenn auch kurze Stadtgeschichte im öffentlichen Raum kommuniziert wurden.

1. Die Architektur der neuen Städte

Für die Analyse der Bebauung wurden zunächst die für die Vertriebenenstädte im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens relevanten Bauaufgaben identifiziert. Für die 1950er Jahre sind dies der Wohnungsbau und als öffentliche Bauaufgaben Rathaus-, Schul- und Kirchenbau. Diese wurden anschließend nach stilistischen und typologischen Merkmalen in Lösungsgruppen eingeteilt, die zum Teil quer zu den Grenzen der Bauaufgaben gelagert sind.

1.1. Kontinuität und Mischung statt Bruch und Neubeginn

1.1.1. Kontinuitäten traditionalistischer Architektur

Zur Zeit des Nationalsozialismus, als die Rüstungswerke gebaut worden waren, folgte der Wohnungs- und Siedlungsbau den Grundsätzen des Traditionalismus oder Heimatschutzstils. Zuständig für den Siedlungsbau war das Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront, das entsprechende Richtlinien für eine ‚bodenständige‘ Gestaltung erließ. Ab 1936 wurden im Zuge des umfassenden Ausbaus der Industrie für die militärische Aufrüstung des Landes vor allem Industriearbeitersiedlungen, die sogenannten Vierjahresplansiedlungen, gebaut,³⁹⁰ zu denen auch die Werkssiedlungen der Rüstungswerke zählen. Wie auch die Versorgungs- und Verwaltungsbauten der meisten Werke wurden diese im Heimatschutzstil errichtet. Neben dem Wohnungsbau wurde der Baustil in dieser Zeit vor allem für HJ-Heime und Schulen, aber auch für den Kasernenbau verwendet.³⁹¹ Obwohl nicht per se als faschistischer Baustil entwickelt, ließ sich die Grundidee einer Rückbindung an regionale Traditionen ideal mit der völkischen ‚Blut-und-Boden‘-Ideologie der Nationalsozialisten verbinden. So war die ‚Verwurzelung‘ der Industriearbeiter und deren Bindung an die ‚Scholle‘ ein zentrales Argumentationsmuster der Zeit für diese Bauweise.³⁹²

Soweit die Gebäude der Rüstungswerke erhalten waren, wurden sie in den neuen Gemeinden langfristig weitergenutzt. Die Produktionsgebäude, meist Stahlbetonbunker, wurden in der Regel für die neu gegründeten Betriebe verwendet. Gebäude, die Wohn-, Versorgungs-

³⁹⁰ Vgl. z.B. Münk 1993, S. 216, 217.

³⁹¹ Hillmann, Roman: Die erste Nachkriegsmoderne. Ästhetik und Wahrnehmung der westdeutschen Architektur 1945–63. Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 2007. Petersberg 2011 (Forschungen zur Nachkriegsmoderne), S. 273. – Vgl. dazu auch die gesammelten Beispiele in: Heiß 1993b, S. 463–476.

³⁹² Vgl. Münk 1993, S. 195. – Zu den Anfängen des Traditionalismus, vgl. z.B. Schmidt, Dietrich W.: Die Stuttgarter Schule 1918–1945. „... dass diese Furcht zu irren schon der Irrtum selbst ist“. In: Krauskopf, Kai; Lippert, Hans-Georg; Zschke, Kerstin (Hrsg.): Neue Tradition. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. Dresden 2012 (Neue Tradition 2), S. 151–184.

und Verwaltungszwecken gedient hatten, wurden ebenfalls für solche ähnlichen Bauaufgaben adaptiert.

In Neutraubling wurden die ehemaligen Soldatenunterkünfte und Offiziershäuser ab 1948 instand gesetzt und als Wohnungen genutzt.³⁹³ Die 300 Meter lange, zweigeschossige Soldatenunterkunft (Abb. IV.1) mit steilem Satteldach und Dachgauben wurde durch einachsige Risalite mit Zwerchgiebeln gegliedert. Im Vergleich zum ursprünglichen Zustand wurden nur leichte Veränderungen vorgenommen, beispielsweise wurde die Dachgaube mit kleinen Satteldächern versehen (Abb. IV.2). Die zweigeschossigen Offiziershäuser waren mit steilem Walmdach und ebenfalls kleinen Dachgauben gestaltet (Abb. IV.3 und IV.4).

In Waldkraiburg wurde das ehemalige ‚Frauenlager‘ des Werks Kraiburg zur Wohnsiedlung der neuen Gemeinde (Abb. IV.5). Die Siedlung war als Gemeinschaftsunterkunft für Arbeiterinnen gebaut worden. Die eingeschossigen Typenhäuser der Unterkunftsgebäude mit spitzem Satteldach und Dachgauben boten in Gemeinschaftsschlafsälen Platz für jeweils 36 Personen und standen einzeln oder zu zwei bis fünf Häusern zusammengefasst. Trotz des Umbaus zu Einfamilienhäusern 1951 behielten sie ihre äußere Gestaltung bei. Mitte der 1960er Jahre wurden sie abgerissen und durch Neubauten ersetzt.³⁹⁴

Auch für andere Bauaufgaben wurden Werksgebäude adaptiert. In Neugablonz nutzte man die Wachgebäude am nördlichen und südlichen Eingang als Gasthäuser: Aus der ‚Nord- und Südwache‘ wurden ‚Alte Heimat‘ und ‚Gablonzer Hof‘ (Abb. IV.6).³⁹⁵ In Traunreut zog 1948 das erste Gasthaus in das ehemalige Wirtschaftsgebäude der Munitionsanstalt ein (Abb. IV.7).³⁹⁶ Ein Produktionsgebäude der Munitionsanstalt St. Georgen wurde 1952 für kurze Zeit zum Bahnhofsgebäude für Traunreut (Abb. IV.8).³⁹⁷ Die erste eigene Schule in Geretsried zog ab 1948 in das ehemalige Gästehaus des DSC-Sprengstoffwerks ein und wurde noch bis 1965 als Ergänzung zur 1950 gebauten Volksschule genutzt (Abb. IV.9).³⁹⁸ In allen Fällen gab die architektonische Gestaltung der Werksgebäude selbst keinen Hinweis auf ihre ursprüngliche militärische und industrielle Einbindung.

Einen besonderen Fall stellt das Rathaus von Geretsried dar. Hier wurde das 1939 errichtete Verwaltungsgebäude des ehemaligen Rüstungswerkes vollständig und ohne größere Um-

³⁹³ Bericht des Landrats Deininger über die „Industriesiedlung Obertraubling“ vom April 1948. Stadtarchiv Neutraubling, S. 3.

³⁹⁴ Kern 2003, S. 58–61.

³⁹⁵ Hübner 1995, S. 33–70 und 109–119.

³⁹⁶ Schreiben des Gemeinderats Stein an der Traun vom 7.5.1948. Errichtung einer Gastwirtschaft in der ehemaligen Heeresmunitionsanstalt St. Georgen. Heimathaus Traunreut. Dokumentenordner der Ausstellung.

³⁹⁷ Puhane 2003, S. 15, 24, 25, 29.

³⁹⁸ Schumacher, Friedrich: Entwicklung der Volksschulen. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 233. – Sternkopf 1999, S. 324. – Obwohl hier nur ein Foto des aktuellen Zustands vorliegt, zeigen Walmdach und Dachgauben nach wie vor die traditionalistische Ausrichtung.

bauten in der äußeren Erscheinung zum Rathaus der neuen Gemeinde umgenutzt.³⁹⁹ Der zweigeschossige Bau mit Satteldach liegt an der an Geretsried vorbeiführenden Bundesstraße und besteht aus zwei rechtwinkelig zueinander stehenden Flügeln (Abb. IV.10). Zur Bundesstraße hin erscheint der Bau wie ein ortstypisches Bauernhaus. Zur Einfahrtsstraße zum ehemaligen Werksgelände dominiert ein asymmetrisch in die Fassade geschobener Turm das Gebäude (Abb. IV.11). Mit Pyramidendach und Wetterfahne bekrönt, ragt er leicht über den Dachfirst hinaus. Im Erdgeschoss bildet ein Rundbogenportal den Haupteingang zum Gebäude, und im dritten Geschoss ist der Turm mit einer großen Uhr bestückt (Abb. IV.12). Ein breiter Schlussstein mit einer Flößerszene in bergiger Landschaft und einer darüber angebrachten Reliefkartusche, die einen stilisierten Waldarbeiter zeigt, betonen das Portal zusätzlich (Abb. IV.13). Die repräsentative Gestaltung des Verwaltungsgebäudes mit Turm und geschmücktem Portal machte die Weiternutzung nicht nur zu einem aus der Not geborenen Provisorium, sondern ließ es zu einer Dauerlösung werden. Anders als in den anderen Gemeinden blieb in Geretsried bis heute das Rathaus hier untergebracht.

In Neutraubling zog die Gemeindeverwaltung 1951 in den südlichen Flügel der ehemaligen Kommandantur der früheren Fliegerkaserne und blieb hier bis zum Neubau 1986. Da der danebenliegende Flügel durch einen Bombentreffer zerstört worden war, wurde die Eingangsfassade neu gestaltet (Abb. IV.14 und 15).⁴⁰⁰ Beim Vergleich mit dem Kommandanturgebäude (Abb. IV.16) zeigen sich einige Unterschiede: So sind die Dachgauben vergrößert und mit kleinen Walmdächern bedeckt, ein hellerer Anstrich gewählt und die Fensterachsen durch farbige Felder betont. In der stilistischen Formulierung knüpfte man jedoch an die traditionalistische Ausrichtung des ursprünglichen Gebäudes an.

Doch nicht nur beim Umbau im Heimatstil gestalteter Werksgebäude wurde diese Formsprache beibehalten. In den frühen 1950er Jahren folgten ihr im Großen und Ganzen die Neubauten in allen Städten. Insbesondere im Wohnungsbau kennzeichneten Sprossenfenster, Fensterläden und hohe Satteldächer ebenso wie Erker und Gaubenfenster die Architekturgestaltung.

Als Beispiele für die Wohnarchitektur der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Neugablonz dienen für den Mehrfamilienhausbau zum einen die ersten Wohnblocks der Baugenossenschaft von 1950 an der Sudetenstraße, der Hauptdurchfahrtsstraße in Neugablonz (Abb.

³⁹⁹ Vgl. z.B. *Rosnitschek, Erwin*: Die Demontage. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 63.

⁴⁰⁰ *Stadtverwaltung Neutraubling* 1989, S. 185.

IV.17).⁴⁰¹ Dabei handelt es sich um zweigeschossige Vierfamilienhäuser mit zwei Wohnungen je Etage, die als langgezogene Zeile ausgeführt sind. Die Fassade ist durch Sprossenfenster (meist) mit Fensterläden und die mittig liegende Eingangstür mit Segmentbogenabschluss gegliedert. Ein über der Tür eingelassenes kleines Rundfenster beleuchtet das dahinter liegende Treppenhaus. Das hohe Satteldach ist durch kleine Dachgauben gegliedert. Zum anderen bieten die Baublöcke auf dem Gelände des ehemaligen Flüchtlingslagers, die zwischen 1951 und 1953 errichtet wurden, ein ganz ähnliches Bild.⁴⁰² Zweiachsige Risalite mit Zwerchdach zwischen den einzelnen Hauseinheiten unterstreichen hier die traditionalistische Formsprache (Abb. IV.18).

In Geretsried errichtete man ab 1949, infolge eines Brandes im Flüchtlingslager, mit Hilfe staatlicher Finanzierung die ersten Wohnhäuser am Kirchplatz.⁴⁰³ Die als Zweispänner ausgeführten zweigeschossigen Zeilen sind mit bündig abschließendem Satteldach gedeckt und die Fenster der schlichten Lochfassade zum Teil mit Fensterläden bestückt, wie ein baugleiches Wohnhaus aus dem Jahr 1953 zeigt (Abb. IV.19).⁴⁰⁴ Die ersten Neubauten der sogenannten „Siemenssiedlung“ in Traunreut, bei der schon 1948 eingeschossige Werksgebäude zu zweigeschossigen Mehrfamilienhäusern für Angestellte des Siemens-Werks umgebaut wurden, besitzen einfache Lochfassaden und sind mit – hier leicht überstehenden – Satteldächern gedeckt (Abb. IV.20).⁴⁰⁵ Die ersten vollständigen Neubauten entstanden in Traunreut im Ortsteil ‚Mitte‘ westlich des Rathausplatzes in den frühen 1950er Jahren.⁴⁰⁶ Das Beispiel der Wohnhäuser des Katholischen Siedlungswerks aus dem Jahr 1950 illustriert die typische Gestaltung mit Satteldach und Fensterläden (Abb. IV.21).⁴⁰⁷ Auch Wohn- und Geschäftshäuser wurden in den ersten Jahren im Heimatstil gestaltet. Ein Beispiel am Rathausplatz aus dem Jahr 1953 mit Satteldach, Fensterläden und einem flachen Erker mit volkstümlichen Ornamenten dient hier zur Illustration (Abb. IV.22).⁴⁰⁸

Auch die Einfamilienhäuser folgten der traditionalistischen Formsprache. In Neutraubling bestanden die ersten Neubauten ausschließlich aus Einfamilienhäusern, die als Siedlung

⁴⁰¹ Lang, Rudolf: Das Gablonzer Siedlungswerk Kaufbeuren e. G. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 353.

⁴⁰² Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 9/042/048.

⁴⁰³ In einer ersten Bauphase wurden hier 32, kurz darauf noch einmal 92 Wohneinheiten errichtet, wobei zwei bis vier Häuser à vier Wohnungen zu einer Zeile zusammengefasst wurden. Schütz 1967, S. 23. – Bebauungsplan für Wohnhäuser am Kirchplatz von 1949. Foto. Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 9/061 I/011.

⁴⁰⁴ Wohnungsbaugenossenschaft Geretsried. Bestandsakten. – Vgl. dazu: Wohnhaus am Kirchplatz, ca. 1950. Foto von Auf- und Grundriss. Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 9/066/002.

⁴⁰⁵ Vgl. Kapitel III, S. 65.

⁴⁰⁶ Gemeinde Traunreut 1960, o. S. (‐Die bauliche Entwicklung Traunreuts von 1950 bis 1960‐).

⁴⁰⁷ Stadtarchiv Traunreut. Fotosammlung. Foto-4933.

⁴⁰⁸ Stadtarchiv Traunreut. Fotosammlung. Foto-6086.

gen außerhalb des Kasernengeländes entstanden.⁴⁰⁹ Den Anfang bildete die „Gärtner-Siedlung“ nordwestlich der Fliegerkaserne, die zwischen 1948 und 1955 errichtet wurde und aus acht Gärtnereien und 14 Bauernhöfen bestand.⁴¹⁰ Die Siedlung „Birkenfeld“ wurde zwischen 1950 und 1952 mit 18 Bauernhöfen angelegt.⁴¹¹ Als reine Wohnsiedlung wurde zwischen 1949 und 1953 die „Junghanssiedlung“⁴¹² gebaut.⁴¹³ Eine eingeschossige Bauweise mit ausgebautem, bündig abschließendem Dach charakterisiert sowohl die Bauernhäuser als auch die „Junghanssiedlung“ (Abb. IV.23 und 24).⁴¹⁴ Eine ganz ähnliche Gestaltung der Einfamilienhausbebauung in Geretsried belegt ein Bild der dortigen „Lorensiedlung“ (Abb. IV.25).⁴¹⁵ Das Luftbild eines Wohngebiets im Südosten von Neugablonz aus dem Jahr 1953 zeigt die Einheitlichkeit der ähnlich gestalteten, eingeschossigen Doppelhäuser mit spitzem ausgebautem Satteldach und kleinen Dachgauben (Abb. IV.26).

Genauso lassen sich einige Neubauten anderer Bauaufgaben in die Gruppe der traditionalistischen Formsprache einordnen. Dies gilt für den Schulbau der ersten Hälfte der 1950er Jahre, der weiter unten genauer beschrieben wird. In Neugablonz wurde 1949 ein vorläufiger, kleiner Kirchenneubau errichtet, der vom Architekten der Aufbau- und Siedlungsgesellschaft Eduard Pietsch entworfen worden war.⁴¹⁶ Die Kirche war im Südosten durch einen zweigeschossigen Anbau mit Wohnungen für Pfarrer und Kirchendiener erweitert. Mit Dachreiter, Segmentbogenportal und kleinen Rundfenstern war sie schlicht in traditionalistischer Formsprache gestaltet, und die Südfassade des Wohnungsanbaus mit Satteldach und Fensterläden ähnelt den umliegenden Doppelhäusern (Abb. IV.27 und 28).⁴¹⁷

Besonders deutlich wird die Kontinuität der Architektur, aber auch damit verbundener Zielvorstellungen, anhand eines der Wohngebiete in Waldkraiburg. Im späteren südlichen

⁴⁰⁹ Aufgrund von Plänen zur militärischen Weiternutzung für die Bundesrepublik konnte das Kasernengelände erst ab 1953 bebaut werden. Uhl 1959, S. 15–19. – Vgl. auch Kapitel II, S. 42.

⁴¹⁰ Frank; Vilsmeier o.J. (1996), S. 45.

⁴¹¹ Frank; Vilsmeier o.J. (1996), S. 45.

⁴¹² Der Initiator war Unternehmer und Mitglied der 1948 gegründeten „Notgemeinschaft Industriesiedlung Obertraubling“, die sich für eine Besiedlung engagierte, s. Frank; Vilsmeier o.J. (1996), S. 47. – Auch Kapitel II, S. 41.

⁴¹³ Zur Lage vgl. Abb. III.31: Die „Gärtner-Siedlung“ und „Birkenfeld“ sind im Plan jeweils am Rand verzeichnet, die „Junghanssiedlung“ ist als nördliche Stadtspitze an ihrer kleinteiligen Bebauung zu erkennen.

⁴¹⁴ Die insgesamt knapp 70 Wohneinheiten waren als Doppel- und Einfamilienhäuser gebaut und in der Anfangszeit – trotz ihrer nur 50 Quadratmeter im Erdgeschoss und 42 Quadratmeter im Obergeschoss – oft doppelt belegt. Uhl, Adolf: Die Junghanssiedlung. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 77, 78.

⁴¹⁵ Die Häuser wurden 1954 von der in Geretsried niedergelassenen Firma Lorenz für ihre Mitarbeiter errichtet. Maurer 1999, S. 439.

⁴¹⁶ Am 12. November 1949 erfolgte die Weihe als „Herz Jesu“-Kirche und am 2. Dezember 1949 wurden die Bauarbeiten nach fünf Monaten abgeschlossen. Vgl. Rössler, Susanne: Gründung und Entwicklung der katholischen Pfarrgemeinde in Neugablonz. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 376. – Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Fichtenweg 14.

⁴¹⁷ Vgl. Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Fichtenweg 14.

Wohngebiet W4 waren für das Rüstungswerk Kraiburg zwei kleine Siedlungen von insgesamt 15 Wohneinheiten errichtet worden. Die zum Teil von Emil Freymuth entworfenen Einfamilien- und Doppelhäuser für Ingenieure und Angestellte des Werks entstanden zwischen 1939 und 1942 (Abb. IV.29). Nach 1950 wurden sie als reguläre Wohnhäuser der Gemeinde genutzt.⁴¹⁸ Im Jahr 1950 errichtete nur wenige hundert Meter entfernt eine Waldkraiburger Firma die erste Neubausiedlung für ihre Angestellten. Die von Anton Antosch, einem in Waldkraiburg wohnhaften Architekten, entworfene „Bayerlandsiedlung“ gleicht in ihrer Gestaltung bis ins Detail den Häusern der Werkssiedlung (Abb. IV.30).⁴¹⁹

Auch der Bebauungsplan für das Wohngebiet aus dem Jahr 1952 zeigt die Kontinuitäten der Siedlungsplanung. Das Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront orientierte sich in seinen Vorgaben an den Siedlungskonzepten der Stuttgarter Schule. Der dort propagierte ‚organische‘ Siedlungsbau sah eine Einfügung in die topographische Umgebung vor und in der Folge eine meist unregelmäßige Straßenführung, die im NS-Siedlungsbau zur Erreichung eines „dörflichen Charakters“ zur Verwurzelung der Industriearbeiter favorisiert wurde.⁴²⁰ Der Waldkraiburger Bebauungsplan folgt der typischen, geschwungenen Wegeführung (Abb. III.44), und auch das Vokabular bleibt im Argumentationsmuster der Stuttgarter Schule, wenn die Wohngebiete zum Waldkraiburger Bebauungsplan in den Erläuterungstexten mit „dörflichen Siedlungen“ verglichen werden.⁴²¹ Sowohl in der architektonischen Gestaltung als auch in den Siedlungskonzepten prägte somit eine bruchlose Kontinuität die Bebauung der Vertriebenenstädte.

Auch einige frühe, nicht ausgeführte Entwürfe für Wohnhäuser im alpenländischen Stil im späteren Geretsried belegen eine weitgehende Fortführung der architektonischen Präferenzen im Wohnungsbau. Im Mai bis Juli 1946 und im Dezember 1946 bis Januar 1947 entwarf Stadtplaner Fritz Noppes Typen für Einfamilien-, Reihen- und Mehrfamilienhäuser mit Holzverkleidung im Obergeschoss, langgezogenen Balkonen und weit vorkragenden Dächern (Abb. VI.31 und 32).⁴²² Die Gestaltung gleicht historischen Bauernhäusern in der Region (Abb. IV.33)⁴²³ und folgte damit einer Überlegung, die auch schon im NS-Siedlungsbau bestand: In einem „Führererlass“ vom November 1940 wurde die Erarbeitung von standardisierten Grundrissen für eine Rationalisierung im Wohnungsbau eingeleitet, um einen schnellen

⁴¹⁸ Kern 2003, S. 55–58. – Vgl. auch Kapitel III, S. 50.

⁴¹⁹ Waldkraiburger Nachrichten vom 8. Mai 2001, S. 15.

⁴²⁰ Aus den Publikationen des Reichsheimstättenamtes, vgl. dazu Münk 1993, S. 212.

⁴²¹ Rechenschaftsbericht 1955, S. 35. – Ausführlicher dazu in: Würnstl 2010, S. 326–329.

⁴²² Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

⁴²³ Vgl. dazu: Keim, Helmut; Lobenhofer-Hirschbold, Franziska: Kurzführer. Ein Begleiter durch das Freilichtmuseum Gentleiten des Bezirks Oberbayern. Großweil 2003 (Schriften des Freilichtmuseums Gentleiten des Bezirks Oberbayern 26).

und verbilligten Wiederaufbau zu ermöglichen. Zugleich sollte der serielle Wohnungsbau mit traditionellen, regionaltypischen Baustilen gekoppelt werden. Ab 1941 wurden hierfür Arbeitskreise in den jeweiligen Gauen eingesetzt, die Mustertypen für die jeweilige regionaltypische Verkleidung entwerfen sollten. Die regionaltypische Hülle wurde aus Kostengründen 1942 eingespart, die dabei erarbeiteten Baufibeln zum großen Teil dennoch, und auch nach 1945 herausgegeben.⁴²⁴

Die Idee regionalspezifischer Typenhäuser, die Noppes in seiner Serie verfolgt, ist somit ebenfalls ein Beispiel für die architektonische Kontinuität zum NS-Siedlungsbau – genauso aber auch deren Aufgeben schon einige Monate später, wie ein regionalunspezifischer Entwurf im Heimatschutzstil des Architekten vom April 1947 zeigt (Abb. IV.34) – vermutlich ebenfalls aus Kostengründen.⁴²⁵ Allerdings zeigt das Beispiel auch, dass die Anpassung an die Ankunftsregion mehr Gewicht hatte, als der Versuch eine regionale Spezifik der Herkunftsregion zu imitieren. Haustypen nach dem Vorbild eines traditionellen Wohnhauses der Herkunftsregion, wie beispielsweise aus dem böhmischen Isergebirge, ließen sich nicht in den Archiven der neuen Gemeinden finden (Abb. IV.35).⁴²⁶

Die Beibehaltung des Heimatschutzstils war somit nicht nur der Notwendigkeit geschuldet, die erhaltenen Werksgebäude weiter zu nutzen. Vielmehr kennzeichnet die erste Bau- und Planungstätigkeit anstelle eines radikalen Bruchs mit den Bauvorgaben im Nationalsozialismus deren Weiterführung.

⁴²⁴ *Auffarth, Sid*: Baufibeln oder die Stabilisierung der „Inneren Front“. Eine Übersicht. In: *Arch+* (1983), 72, S. 31–33. – *Harlander, Tilman* (Hrsg.): *Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung. Aufsätze und Rechtsgrundlagen zur Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung aus der Zeitschrift „Der soziale Wohnungsbau in Deutschland“*. Hamburg 1986 (Stadt, Planung, Geschichte 6), S. 42.

⁴²⁵ Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

⁴²⁶ Auch zwei Musterhäuser aus dem Jahr 1947 im späteren Waldkraiburg orientieren sich an der oberbayerisch-ländlichen Bautradition. Allerdings war hier eine lokale Baufirma beauftragt, die hier vermutlich schlicht die eigene handwerkliche Tradition umgesetzt hat. *Kern* 2009a, S. 151.

1.1.2. Neuausrichtung zur Nachkriegsmoderne

Etwa ab Mitte der 1950er Jahre, bei einzelnen Beispielen auch früher, ändert sich der bisher beschriebene Befund der vorwiegend traditionalistischen Bauweise. Nun wurden mehr und mehr moderne Elemente, wie Flugdächer oder große, asymmetrisch gegliederte Fenster, mit einbezogen. Diese Mischformen typisch traditionalistischer und moderner Architektur prägten ab dieser Zeit den Wohnungsbau. Vereinzelt finden sich zum Ende des Jahrzehnts Beispiele, die vornehmlich modern gestaltet sind, und die weitere Entwicklung für die 1960er Jahre andeuten.

In Neugablonz wurden schon 1952 Wohnhäuser in modernerer Gestaltung gebaut. Im Rahmen des Wettbewerbs der *Economic Cooperation Administration* (ECA), der Behörde zur Verwaltung der Mittel des US-amerikanischen Marshall-Plans, wurden 1951 in 15 westdeutschen Städten Mustersiedlungen entworfen und gebaut.⁴²⁷ Die Neugablonzer ECA-Siedlung bestand aus fünf Mehrfamilienhaus- und elf Reihenhauserzeilen im Südwesten der Stadt (Abb. IV.36 und 37). Beide Haustypen erhielten sehr flache Satteldächer und eine stark reduzierte Gestaltung. Statt Sprossenfenstern und Fensterläden verwendete man bei den dreigeschossigen Mehrfamilienhäusern große dreigliedrige Fenster. Die Reihenhäuser wurden durch eine geometrisierte, hell-dunkle Farbgebung gestaltet.⁴²⁸ Die ECA-Siedlung blieb in dieser modernen Gestaltung in den Vertriebenenstädten der frühen 1950er Jahre weitgehend eine Ausnahme, jedoch finden sich Beispiele, bei denen einzelne moderne Elemente einbezogen wurden. In Waldkraiburg errichtete man in der Stadtmitte 1952 dreigeschossige Mehrfamilienhäuser mit typischem Satteldach und Sprossenfenstern.⁴²⁹ Die Eingänge überdachte man aber – untypisch für den Heimatstil – mit Flugdächern auf schmalen Stützen (Abb. IV.38).

Etwa ab Mitte des Jahrzehnts wurde die Integration moderner Elemente zur Regel. Flugdächer, flachere Satteldächer, Balkone mit schmalen Metallbrüstungen sowie breite Fensterflächen waren nun bei fast allen Wohnungsneubauten zu finden. Ein Mehrfamilienhaus in Gertsried aus dem Jahr 1954 illustriert im Vergleich zum oben beschriebenen, ein Jahr vorher gebauten Beispiel den Unterschied: Paarweise zusammengeschoben deuten die Fenster horizontale Fensterbänder an. Statt kleinem Rundfenster beleuchtete nun eine große Balkontür das Treppenhaus und der Balkon ist mit einem schmalen Eisengitter begrenzt (Abb. IV.39 und

⁴²⁷ Düwel; Gutschow 2001, S. 166, 167.

⁴²⁸ Wandersleb, Hermann: Neuer Wohnbau. Bd. 1: Bauplanung. Neue Wege des Wohnungsbaues als Ergebnis der ECA-Ausschreibung. Ravensburg 1952, S. 22, 23.

⁴²⁹ Stadtarchiv Waldkraiburg. Bildband der Wohnungsbaugenossenschaft zur Fertigstellung der 1.000. Wohnung (o.J.), o. S.

IV.19).⁴³⁰ In Traunreut bietet sich ein ähnlicher Vergleich mit dem oben beschriebenen Wohn- und Geschäftshaus am Rathausplatz an. Ein Gebäude aus dem gleichen Baujahr zeigt statt der volkstümlichen Ornamente breite Fensterbänder in den nur wenig aus der Fassade vorspringenden Erkern (Abb. IV.40 und IV.22).⁴³¹ Diese Beispiele lassen sich in den anderen Städten fortführen: Wohnhäuser erhielten große, in die Fassade eingeschnittene Balkone (Abb. IV.41 und 42). Fensterflächen wurden vergrößert: zunächst als gedoppelte Sprossenfenster (Abb. IV.41), später asymmetrisch gegliedert (Abb. IV.43). Breite Flugdächer über den Eingängen waren ebenfalls für die Gestaltung der ansonsten schlichten, und immer noch mit Satteldach gedeckten Wohnblöcke beliebt (Abb. IV.43).

Ab Mitte der 1950er Jahre finden sich Wohnhäuser mit mehr als drei Geschossen und einer stärkeren Betonung der modernen Gestaltung. Ein viergeschossiges Mehrfamilienhaus in Traunreut aus dem Jahr 1955 wirkt durch das flache Walmdach fast, als wäre es mit einem Flachdach gedeckt (Abb. IV. 44).⁴³² Die Balkone sind sehr breit ausgeführt und mit einer filigranen Metallbrüstung begrenzt, das Treppenhaus ist mit großen Fenstern fast vollständig verglast, und auch die Fenster hinter den Balkonen sind groß ausgeführt. Der Eingang wurde mit einem kleinen Flugdach überspannt. Ein sechsgeschossiges Wohnheim aus dem gleichen Jahr in Neugablonz stellt ein frühes Beispiel für ein flach gedecktes Gebäude in den Vertriebenstädten dar (Abb. IV.45).⁴³³ Die Balkone sind hier vollständig in die Schmalseite des Gebäudes eingeschoben und breite Fenster bestimmen die Fassadengestaltung. Auch ein Beispiel aus Geretsried aus dem Jahr 1958 zeigt für das Ende des Jahrzehnts eine Vergrößerung der Fensterflächen in der Fassade und macht die Veränderung zu den ersten Wohnhäusern ab 1949 deutlich (Abb. IV.46).⁴³⁴ In Neutraubling waren die ersten auf dem ehemaligen Kasernengelände errichteten Wohngebäude fünf zwischen 1953 und 1958 errichtete fünfgeschossige Mehrfamilienhäuser.⁴³⁵ Ein solches Wohnhaus vom Ende der 1950er Jahre ist zwar mit Satteldach gedeckt, ansonsten aber schlicht und modern gestaltet (Abb. IV.47). Große Balkone und Fenster gliedern die Traufseite. Die Giebelseite wird durch zwei Achsen akzentuiert, die einmal als asymmetrisch gegliederte Fenster und einmal als schmale parallele Einschnitte ausgeführt wurden.

⁴³⁰ Wohnungsbaugenossenschaft Geretsried. Bestandsakten.

⁴³¹ Stadtarchiv Traunreut. Fotosammlung. Foto-61-14.

⁴³² Puhane 2003, S. 114.

⁴³³ Lang 1986, S. 355.

⁴³⁴ Wohnungsbaugenossenschaft Geretsried. Bestandsakten.

⁴³⁵ Für den Bau wurden die Fundamente zerstörter Soldatenunterkünfte verwendet. Hupka, Herbert: „Arbeit schafft Heimat“. Die erste Rundfunksendung über Neutraubling. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 86.

Auch die südliche Bebauung des Stadtplatzes in Waldkraiburg, die 1958 erstellt wurde, zeigt klar moderne Elemente in der Gestaltung. Geplant waren dafür schon 1955 zwei Plätze, deren Bebauung durch quer gestellte Zeilen gegliedert werden sollten.⁴³⁶ Nach diesem Muster ausgeführt wurde jedoch nur der südliche Teil eines Platzes (Abb. IV.48).⁴³⁷ Die viergeschossigen Querbauten mit Walmdächern wurden an der zum Platz zeigenden Seite auf schmale Stützen gestellt. Die zweigeschossigen Verbindungsbauten besaßen ein vollverglastes Untergeschoss und dreigliedrige Fenster im Obergeschoss. Auch hier verband man in der Bebauung des Platzes Elemente, die häufig im traditionalistischen Bauen verwendet wurden, wie das Walmdach, mit typischen modernen Elementen, wie hier mit der Aufstockung der Gebäude durch Stützen. Ein Gebäude am Neuen Markt in Neugablonz, der sogenannte „Hypo-Block“ aus dem Jahr 1959 (Abb. IV.49), liefert für das Ende des Jahrzehnts ein Beispiel, bei dem diese Elemente durchgehend angewendet wurden.⁴³⁸ Auch hier ist das Gebäude auf Stützen gestellt und das Untergeschoss fast vollständig verglast. Dazu kommen hier durchgehende Fensterbänder, eine Betonung der horizontalen Gliederung des Gebäudes und das Flachdach. Gerade im Vergleich mit den ersten Neubauten an der Sudetenstraße in Neugablonz wird die Veränderung in der architektonischen Gestaltung deutlich. Auch wenn in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mehr und mehr moderne Gebäude zu finden sind, hielten sich die oben beschriebenen Mischformen zwischen traditionalistischer und moderner Gestaltung noch bis zum Ende der 1950er Jahre.

Traunreut ist die einzige der Vertriebenenstädte, in der schon in den 1950er Jahren ein Neubau für das Rathaus errichtet wurde, für das man – anders als in Geretsried und Neutraubling – eine moderne Gestaltung wählte.⁴³⁹ Im Gegensatz zum Schulbau wurde das Rathaus in den meisten Gemeinden nicht als vordringliche Bauaufgabe gewertet.⁴⁴⁰

⁴³⁶ [ohne Autor] 1955, S. 32.

⁴³⁷ Leukert, Hans-Hugo; Leukert, Klaus: Vom einfachen Wohnungsbau zur modernen Wohnqualität. In: Kern, Konrad (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 258.

⁴³⁸ Lang 1986, S. 356.

⁴³⁹ In Waldkraiburg nutzte man wie in Geretsried und Neutraubling zunächst das ehemalige Verwaltungsgebäude des Rüstungswerks, bei dem es sich allerdings um einen einfachen zweigeschossigen Industriebau handelte. Nachdem der südliche Teil des Stadtplatzes fertiggestellt worden war, zog die Gemeindeverwaltung 1959 in eines der dortigen Bürogebäude. Erst als in den 1970er Jahren der nördliche Bereich des Stadtplatzes gebaut wurde, errichtete man im Zuge dessen 1972 ein eigenes Rathausgebäude. [ohne Autor] 1955, S. 109. – Platsch; Mühlbäck 2009, S. 182.

⁴⁴⁰ „Nach dem Willen der Gemeindeväter hatten viele andere gemeindliche Investitionen lange Jahre eine höhere Priorität als die Errichtung eines Rathauses.“ Die nachträgliche Einschätzung aus dem Waldkraiburger Stadtbuch von 2009 kann auch für die anderen Gemeinden ohne Neubau vermutet werden. Platsch; Mühlbäck 2009, S. 183. – Es dauerte einige Jahre bis sich die Finanzkraft in den neuen Gemeinden durch die eigene Industrie parallel zum bundesdeutschen ‚Wirtschaftswunder‘ gefestigt hatte. Schütz 1967, S. 98.

In Traunreut entwarf der Stadtplaner Josef Rackl im Mai 1954 den Rathausneubau zusammen mit dem Platzensemble des Stadtzentrums. Die Pläne wurden im November vom Landkreis genehmigt, und das Gebäude am 26. Februar 1955 eingeweiht.⁴⁴¹ Rackl verortete das Rathaus an der Ostseite des Platzes, den er als angerartige Erweiterung der zentralen Nord-Süd-Achse der Gemeinde anlegte. Am Nord- und Südausgang sah er die Kirchen der beiden Konfessionen als Abschluss vor (Abb. IV.50).⁴⁴²

Rackl entwarf das Rathaus als schlichtes Bürogebäude, das trotz Satteldach und Lochfassade in der Gestaltung modern ausgerichtet war. Die Giebelfassade war als Rasterfassade gestaltet und durch die Farbgebung deutlich betont. Die zum Platz zeigende Trauffassade war entsprechend durch drei weiße Bänder horizontal gegliedert. Der Eingang wurde als schmaler Risalit mit durchgehenden Fensterflächen gestaltet (Abb. IV.51 und 52). Bei der Realisierung wurde diese schlichte und funktionsunspezifische Gestaltung leicht verändert. Das erste Obergeschoss mit dem Sitzungssaal des Gemeinderates wurde etwas höher ausgeführt, und der Saal mit einem Balkon zur Giebelseite am Außenbau hervorgehoben (Abb. IV.51 und 52). Zwei Jahre später wurde die Betonung der Rasterfassade und die horizontale Gliederung der Traufseite aufgegeben und stattdessen auf der fensterlosen Fläche ein großflächiges Sgraffito über zweieinhalb Geschosse ausgeführt (Abb. IV.53).⁴⁴³ Durch die Zurücknahme der modernen Gestaltung ergab sich so eine ähnliche Mischung traditionalistischer und moderner Elemente wie im Wohnungsbau.

Der Schulbau zeigt in der architektonischen Gestaltung eine ähnliche zeitliche Entwicklung vom traditionalistischen Bauen zu modernen Formen. Anders verhält es sich beim Bautypus, der weiter unten behandelt wird.⁴⁴⁴ Die erste Volksschule in Neugablonz wurde 1950 bis 1953 mit Satteldach, Dachgauben, Dachreiter und Sprossenfenstern gebaut (Abb. IV.54).⁴⁴⁵ In Geretsried baute man die ehemalige Werkswäscherei um und erweiterte sie später um zwei Flügel.⁴⁴⁶ In der ersten Ausbauphase 1950 dominierte vor allem das große Walm-dach der Wäscherei die Erscheinung des Gebäudes (Abb. IV.55).⁴⁴⁷ Die Volksschule in Neutraubling von 1953 zeigt ebenfalls ein schlichtes Satteldach und Sprossenfenster (Abb.

⁴⁴¹ Bauamt Traunreut. Bauakt Rathaus. Gen.-Nr. 746/ 54.

⁴⁴² Teilbebauungsplan „Ortsteil Mitte“ vom 15.2.1957. Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

⁴⁴³ Bauamt Traunreut. Bauakt Rathaus. Gen.-Nr. 746/ 54. – Stadtarchiv Traunreut. Fotosammlung. Foto-6369 und Foto-6193. – Zur eingehenden Beschreibung des Rathausbildes in Traunreut, vgl. Kapitel IV, S. 155.

⁴⁴⁴ Dort wird auch die Baugeschichte dargelegt.

⁴⁴⁵ Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 9 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁴⁴⁶ Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁴⁴⁷ Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung FoSa-582_008.

IV.56).⁴⁴⁸ In Waldkraiburg wurde eines der beiden Häuser der Volksschule aus dem Jahr 1954, der „Block Süd“, mit traditionellem Rauputz, Sprossenfenstern und Satteldach gestaltet (Abb. IV.57).⁴⁴⁹

Zeitgleich tauchten Mischungen mit modernen Elementen auf. Die Giebelfassade des „Block Nord“ der Waldkraiburger Volksschule ist durch ein aus der Mittelachse verschobenes, quer liegendes Fenster und ein in dynamischem Schwung nach oben weisendes Wandbild gestaltet (Abb. IV.58).⁴⁵⁰ In Geretsried wurden bei der Erweiterung 1954 neue Formen einbezogen. Die nahezu vollständig verglasten Doppeltüren der, nun an die Seiten des Mittelbaus verlegten, Eingänge folgten mit leicht asymmetrischer Gliederung und langen schmalen Türgriffen der nach Leichtigkeit und Dynamik strebenden Architektursprache der 1950er Jahre (Abb. IV.59).⁴⁵¹ In Traunreut wurden die Seitenwände der beiden Schulflügel von 1953 und 1954 fast vollständig in Fensterflächen aufgelöst (Abb. IV.60).⁴⁵² Bei der zweiten Volksschule in Neugablonz aus dem Jahr 1956 markiert vor allem die Gestaltung des Verbindungsbaus die moderne Ausrichtung.⁴⁵³ Die vollständig verglaste Fassade und die Säulenvorhalle der Aula (Abb. IV.61a) zeigen Anklänge an die Akademie der bildenden Künste in Nürnberg von Sep Ruf aus dem Jahr 1954.⁴⁵⁴ Die Schulerweiterungen in Waldkraiburg und Traunreut aus dem Jahr 1957 beziehungsweise 1958 zeichnen sich vor allem durch die markante Rasterfassade mit großen, asymmetrisch gegliederten Fenstern und die großflächigen Glasbausteinwände der Treppenhäuser aus (Abb. IV.62–66).⁴⁵⁵ In Traunreut ist auch das Dach über dem Klassenzimmerflügel asymmetrisch versetzt gestaltet und der Haupteingang mit einem weit vorkragenden Flugdach überspannt. An diesen Beispielen wird noch einmal deutlich, dass zum Ende des 1950er Jahre die Nachkriegsmoderne auch in den Vertriebenenstädten Fuß gefasst hatte.

1.1.3. Die Bandbreite der Lösungen als Charakteristik der Nachkriegsarchitektur

Die Bebauung der Vertriebenenstädte im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens liefert einen mehrschichtigen Befund: Zunächst lässt sich auf architektonischer Ebene keinerlei Neubeginn

⁴⁴⁸ Frank; Vilsmeier o.J. (1996), S. 67.

⁴⁴⁹ Bauamt Waldkraiburg. Dieselstraße 4 (Eichendorffschule I).

⁴⁵⁰ Bauamt Waldkraiburg. Dieselstraße 4 (Eichendorffschule I).

⁴⁵¹ Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁴⁵² Bauamt Traunreut. Bauakt Volksschule, Bauabschnitt I.

⁴⁵³ Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Turner-Straße 2 (Gustav-Leutelt-Schule).

⁴⁵⁴ Engels, Hans; Bartetzko, Dieter; Tilch, Axel: Aufbruch! Architektur der fünfziger Jahre in Deutschland. München 2012, S. 13.

⁴⁵⁵ Für die Schulerweiterung in Waldkraiburg vgl.: Bauamt Waldkraiburg. Dieselstraße 6 (Hauptschule II). – Für die Schulerweiterung in Traunreut vgl.: Bauamt Traunreut. Bauakt Volksschule Bauabschnitt III.

in den neuen Städten feststellen. Im Heimatschutzstil gebaute Unterkunft-, Versorgungs- und Verwaltungsgebäude der Rüstungswerke wurden ohne äußerliche Veränderungen für städtische Nutzungen weiterverwendet. Dass dies nicht (nur) aus der ökonomischen Mangelsituation heraus geschah, zeigen die Neubauten der ersten Jahre. Vor allem im Wohnungsbau, als frühester Bauaufgabe, knüpfte man nahtlos an deren Erscheinungsbild an. Die anfängliche Kontinuität wurde jedoch bald erweitert durch moderne Elemente, mit denen die traditionalistische Architektur verbunden wurde. Insbesondere im Wohnungsbau und in den Schulbauten der neuen Städte zeigt sich diese Entwicklungslinie. In der zweiten Hälfte folgte der Übergang in eine dezidiert moderne Formsprache – sei es als Rasterfassade der Schulerweiterungen oder als mehrgeschossige Wohn- und Geschäftshäuser mit Fensterbändern. Ein Blick auf die Nachkriegsarchitektur der 1950er Jahre in Westdeutschland stellt diese Entwicklung in den Rahmen der architektonischen Neuausrichtung der Bundesrepublik.

Die Erforschung der Architektur der 1950er Jahre gestaltete sich lange Zeit als diffiziles Feld. Neben typischen Schwierigkeiten im Umgang mit gerade abgeschlossenen Phasen in der Kunstgeschichtsforschung erschwerte die Frage nach dem Verhältnis zum vorangegangenen Nationalsozialismus die Bewertung. Winfried Nerdinger fasst in seinem Aufsatz von 1990 die bis dahin vorherrschenden beiden Argumentationsmuster zusammen: Während das eine die Nachkriegsarchitektur letztendlich als Weiterführung der unterbrochenen Zwischenkriegsmoderne interpretierte, deutete das andere diese als weitgehend bruchlose Fortsetzung eines im Nationalsozialismus auf verschiedene Bauaufgaben verteilten Eklektizismus. Der Umgang mit personellen und ideologischen Verstrickungen und deren Fortsetzung in der Bundesrepublik wurde in beiden Mustern ausgeklammert.⁴⁵⁶ Eine wissenschaftliche Erforschung setzte erst in den 1980er Jahren ein, die sich zunächst im Schwerpunkt mit den politischen Implikationen von Kontinuität und Bruch auseinandersetzte.⁴⁵⁷

Ähnlich wie in der Weimarer Republik bestimmten die beiden Hauptlager der modernen und der traditionalistischen Architekten anfangs die Debatten und das Baugeschehen der Nachkriegsbundesrepublik. Der wesentliche Unterschied zu den Vertretern der Zwischenkriegsmoderne lag jedoch darin, dass beide Seiten auch vor 1945 in Deutschland gearbeitet hatten. Die Vertreter der Moderne waren kaum diejenigen, die während des Nationalsozialis-

⁴⁵⁶ Nerdinger, Winfried: Materialästhetik und Rasterbauweise. Zum Charakter der Architektur der 1950er Jahre. In: Durth, Werner (Hrsg.): Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in Hannover vom 2. bis 4. Februar 1990. Bonn 1990 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 41), S. 39, 40.

⁴⁵⁷ Hillmann 2011, S. 16. – Für die ausführliche Darstellung des Forschungsstandes, vgl.: Hillmann 2011, S. 15–21 und 48–53. – Die Problematik der Kontinuität arbeitete zuerst Werner Durth heraus. Vgl. insbesondere: Durth 1992.

mus ins Exil gegangen waren, sondern vor allem jüngere Architekten, wie Hans Scharoun oder Egon Eiermann. In dieser personellen Situation gab es auf keiner Seite Interesse an einer moralischen Aufarbeitung der Architektentätigkeit unter den Nationalsozialisten, sondern es herrschte „eine absichtliche Ausklammerung der Vergangenheitsdiskussion“.⁴⁵⁸ So wurde auch die ideologische Verstrickung des Traditionalismus nicht kritisch reflektiert und dessen Weiterverwendung nicht als problematisch gewertet. Das gleiche Phänomen war bereits im vorhergehenden Kapitel für die Stadtplanung und das Konzept der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ festgestellt worden. Auf beiden Ebenen wurde die ideologische Deutung ausgeklammert, sodass die etablierten Modelle und Bauformen problemlos in der Bundesrepublik weitergenutzt werden konnten.⁴⁵⁹

Man grenzte sich in der Nachkriegszeit vor allem vom monumentalen Klassizismus ab, der mit dem Nationalsozialismus verknüpft wurde. Für den Wohnungsbau beschreibt dies Sid Auffarth lakonisch: „Nachdem sich Architekten, staatliche Stellen und Heimatbund von der repräsentativen NS-Baukunst distanziert hatten, konnten sie nun im Siedlungsbau wie geplant das auf die äußere Form festgelegte ‘landschaftsbezogene Bauen’ praktizieren; (...)“.⁴⁶⁰ In der Öffentlichkeit der Architekturdebatten waren Traditionalismus und Moderne zu Beginn gleichberechtigt vertreten und hatten ihre jeweiligen Fürsprecher und Zentren. Für die Moderne waren dies die wichtigsten Großstädte Berlin, Hamburg, Hannover, Frankfurt am Main und Köln und für den Traditionalismus vornehmlich die süddeutschen Städte München, Freiburg und Würzburg, aber auch Münster und – was im Zusammenhang mit dieser Arbeit zentral ist – die meisten Klein- und Mittelstädte.⁴⁶¹ Dass beispielsweise im Wohnungsbau beide am Anfang gleichermaßen präsent waren, zeigt ein Ideenwettbewerb der Bausparkasse der GdF Wüstenrot zum Reihenhausbau aus dem Jahr 1949 in Ludwigsburg. Während der Gewinnerentwurf von Karl Selg eine moderne Lösung zeigt, war der angekaufte Entwurf von Erwin Rohberg eine traditionalistische Variante (Abb. IV.67a und b).⁴⁶²

⁴⁵⁸ Nerdinger 1990, S. 41.

⁴⁵⁹ Vgl. dazu insbesondere Durth 1992. – Vgl. auch Frank, Hartmut: Trümmer. Traditionelle und moderne Architekturen im Nachkriegsdeutschland. In: Schulz, Bernhard (Hrsg.): Grauzonen – Farbwelten. Kunst- und Zeitbilder 1945–1955. Ausst.-Kat., Berlin, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, 20. Februar bis 27. März 1983. Berlin, Wien 1983, S. 55.

⁴⁶⁰ Auffarth 1983, S. 33.

⁴⁶¹ Frank 1983, S. 55.

⁴⁶² Hafner 1993, S. 159. – Die Arbeit von Thomas Hafner beschäftigt sich als eine von wenigen explizit und ausführlich mit der Frage der architektonischen Gestaltung des Wohnungsbaus der Bundesrepublik in dieser Zeit. Hafner nimmt den Wohnungsbau in Baden-Württemberg als Grundlage seiner Untersuchung. Anhand von Referenzvergleichen kann er seine Ergebnisse jedoch für die gesamte Bundesrepublik stützen.

Insbesondere im Wohnungsbau dominierte anfangs der Traditionalismus und hielt sich zum Teil bis zum Ende der 1950er Jahre.⁴⁶³ Die typische Gestaltung beinhaltete drei Wohnungen bei maximal drei Etagen, die über einem Sockelgeschoss aufgingen, ein steiles Sattel- oder Walmdach, meist mit Dachgauben, Sprossenfenster mit Holzklappläden, kleine Treppenhäuserfenster und kleine Balkone – wie schon in den 1930er Jahren (Abb. IV.68a und b).⁴⁶⁴ Die Richtlinien für den Siedlungsbau, wie sie damals vorgegeben worden waren, wurden in der Nachkriegszeit zunächst in vielen Fällen bruchlos fortgeführt. Die Halbwertszeit des Traditionalismus im Wohnungsbau war dabei nach Größe der Ortschaften unterschiedlich. In kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohnern hielt er sich noch bis zum Ende des Jahrzehnts, während er in größeren Städten schon 1952/53 weitgehend von der Bildfläche verschwand.⁴⁶⁵ Dass in den Vertriebenenstädten der Traditionalismus im Wohnungsbau und bei den übernommenen Werksgebäuden zunächst beibehalten wurde, war für die Nachkriegszeit symptomatisch.

Eine Gleichsetzung des Architekturstils mit einer Ideologie greift aus verschiedenen Gründen zu kurz. Zum einen waren die gestalterischen Grundlagen – wie weiter oben schon für den Städtebau ausgeführt – nicht im Nationalsozialismus erfunden worden, und was Nerdinger allgemein für die Architektur der 1950er Jahre feststellt, belegt er in seinem Aufsatz insbesondere am Wohnungsbau: „Kontinuitäten sind natürlich durchaus vorhanden, aber in den meisten Fällen spannen sie sich als städtebauliche Leitbilder oder Gestaltungsprinzipien von den 20ern über die 30er Jahre in die 50er Jahre; (...)“.⁴⁶⁶ Zum anderen zeigen gerade die neueren Arbeiten der TU Dresden zum Traditionalismus die „Unmöglichkeit aus der Form eine Gesinnung ableiten zu wollen“. Die vielfältigen Beiträge beschreiben dessen Verwendung im Sozialistischen Realismus, aber beispielsweise auch in Bauprojekten in Schweden.⁴⁶⁷

Wichtiger ist in diesem Zusammenhang die für viele Bereiche in den 1950er Jahren geltende „Verdrängungsstrategie der Aufbauzeit“.⁴⁶⁸ Diese äußerte sich auf architektonischer Ebene jedoch nicht nur in der Kontinuität des Heimatschutzstils, sondern beispielsweise auch in der Leichtigkeit, mit der Architekten von einem jeweils opportunen Stil zum anderen wechselten.⁴⁶⁹ Ein vielsagendes und nicht untypisches Beispiel aus dieser Arbeit ist die tradi-

⁴⁶³ Hafner 1993.

⁴⁶⁴ Hafner 1993, S. 171.

⁴⁶⁵ Hafner 1993, S. 180.

⁴⁶⁶ Nerdinger 1990, S. 41.

⁴⁶⁷ Meier, Hans-Rudolf: Neue Tradition II. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. In: Krauskopf, Kai; Lippert, Hans-Georg; Zschke, Kerstin (Hrsg.): Neue Tradition. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. Dresden 2012 (Neue Tradition 2), S. 7–12.

⁴⁶⁸ Nerdinger 1990, S. 41.

⁴⁶⁹ Nerdinger 1990, S. 41.

tionalistische Wohnsiedlung von Emil Freymuth für das Werk Kraiburg aus den frühen 1940er Jahren (Abb. IV.29) und dessen moderne Wohnanlage in München-Obersendling aus dem Jahr 1954 (Abb. IV.69).⁴⁷⁰

Bei repräsentativen Bauaufgaben gab es in der Bundesrepublik schon früh den Wunsch nach einer modernen und zeitgemäßen Architektur, wobei schon bald ein moderner Stil mit ‚demokratisch‘ gleichgesetzt wurde.⁴⁷¹ Gefördert wurde dies durch eine rege Ausstellungstätigkeit der Besatzungsmächte, die sich für eine Verbreitung der modernen Architektur in der Bundesrepublik einsetzten. Insbesondere die amerikanische Militärregierung organisierte in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche Wanderausstellungen über zeitgenössische US-amerikanische Architektur und schickte Walter Gropius im Herbst 1947 auf Vortragsreise durch die wichtigsten deutschen Städte. Gropius erleichterte die Rezeption insofern, als er als Architekturberater der US-Militärregierung dazu beitrug, das Neue Bauen seiner sozialistischen Konnotation zu entkleiden, und zudem eine Entpolitisierung der Architektur forderte.⁴⁷²

Auch über die Förderung des Wohnungsbaus nahm die US-Militärregierung Einfluss auf die Architekturlandschaft, wie beispielsweise durch die oben beschriebenen „ECA-Siedlungen“. Die USA hatten im Vorfeld dazu den in Deutschland immer noch stark traditionell geprägten Wohnungsbau kritisiert und wollten durch den Wettbewerb für eine stärkere Etablierung moderner Baumethoden sorgen. Nach Fertigstellung als zu wenig innovativ kritisiert, bewegten sich die architektonischen Lösungen am Ende zumindest zwischen Sattel- und Flachdach, traditionell angelehnt und modern.⁴⁷³

Während die Debatten zwischen modernen und traditionalistischen Architekten oft in aller Schärfe geführt wurden, konstatiert Roman Hillmann in seiner 2011 erschienenen Arbeit zur „Ersten Nachkriegsmoderne“ in den Bauten der 1950er Jahre eine „Spanne der Toleranz“, die dazu führte, dass „die Aufnahme verschiedener Strömungen zu einem der wichtigsten Charakteristika der Ersten Nachkriegsmoderne wurde“.⁴⁷⁴ In der Einleitung zur Arbeit fasst Hillmann häufige Vorurteile und Kritik an der Nachkriegsmoderne zusammen, zu der auch als einer der Hauptvorwürfe eine stilistische Uneindeutigkeit gehört.⁴⁷⁵ Frank konstatiert dies ähnlich in seinem Aufsatz von 1986, indem er die anfängliche Fronstellung schon 1951 weitgehend im Konsens und Kompromiss aufgehen sieht. Dabei bewertet er hauptsächlich das

⁴⁷⁰ Hafner 1993, S. 273.

⁴⁷¹ „Die moderne Architektur entwickelte sich formal zu einem architektonischen Ausdruck der Demokratie in der Bundesrepublik und wurde von den Bauherren nachgefragt.“, Hillmann 2011, S. 250.

⁴⁷² Frank 1983, S. 66–68.

⁴⁷³ Düwel; Gutschow 2001, S. 166, 167. –Vgl. dazu etwa die beiden Siedlungen in Reutlingen und Lübeck als exemplarische Beispiele. Hafner 1993, S. 208, 209.

⁴⁷⁴ Hillmann 2011, S. 250.

⁴⁷⁵ Hillmann 2011, S. 18.

Ideal von der Auflockerung und Gliederung der Städte als verbindende Klammer, in der das „Gebäude zur Freiplastik“ geworden sei und es so „nur noch ‘moderne Lösungen’“ gegeben habe.⁴⁷⁶

Auch Nerdinger nimmt den Vorwurf der „Anpassungsarchitektur“ zum Ausgangspunkt für seine Einordnung der Architektur der 1950er Jahre. Der Begriff meint eine Verwässerung der Klassischen Moderne durch eine Mischung mit traditionalistischen Elementen. Nerdinger konzentriert sich allerdings bei seiner Gegenargumentation auf die Vorannahme der Kritik, dass die Klassische Moderne nach 1945 noch Maßstab gewesen sei. Er weist darauf hin, dass man sich vielmehr an der Weiterentwicklung der Moderne im nichttotalitären Ausland orientiert habe. Deren „Materialästhetik und Rasterbauweise“ – so der Titel des Aufsatzes – wurden auch zu Charakteristika der 1950er Jahre in der Bundesrepublik.⁴⁷⁷ Auch wenn Nerdinger hier wichtige Merkmale der Nachkriegsmoderne herausarbeitet, fällt die Vielgestaltigkeit durch eine Vielfalt von Bezügen und Anknüpfungspunkten und deren Verarbeitung selbst als typisches Merkmal der Nachkriegsarchitektur unter den Tisch.

Hillmann sieht dagegen in dieser Mischung den zentralen Aspekt und in der „Beobachtung, dass die Suche nach einer architektonischen Identität die Voraussetzung für die spezifische Gestaltung der Architektur der 1950er Jahre bildete“.⁴⁷⁸ Die Nachkriegsarchitektur spiegelt demnach einen Prozess, der eng mit der oben beschriebenen Schwierigkeit ihrer Einordnung zusammenhängt, nämlich der Suche nach einem neuen architektonischen Selbstausdruck nach dem Ende des Nationalsozialismus. Bei den zweiten „Darmstädter Gesprächen“ 1951, zu dem führende Vertreter der beiden Architektenlager eingeladen waren, erläuterte Martin Heidegger das Bauen am Bild einer Brücke, das viele der Anwesenden als Aufforderung zur Überwindung ihrer Kontroversen verstanden.⁴⁷⁹ Als Ausdruck des Orientierungsprozesses der bundesrepublikanischen Architektenschaft sieht Hillmann die von ihm so bezeichnete „Integrationsarchitektur“ als eine spezifisch (west-)deutsche Entwicklung: „Es gab im Vergleich zum übrigen Europa eine starke Integration verschiedener, auch der insgesamt bevorzugten Moderne entgegenstehender Stile“.⁴⁸⁰

Diese Bandbreite und Mischung als Merkmal lässt sich auch im Rathausbau feststellen. In der Bundesrepublik wurde es zum Ideal des modernen Rathausbaus, lediglich funktional durch die Ausgliederung des Ratssaals aus den sonstigen Räumlichkeiten die Besonderheit der Bauaufgabe aufzuzeigen. Das Rathaus von Rødovre (1954-56), in der Nähe von Kopen-

⁴⁷⁶ Frank 1983, S. 74.

⁴⁷⁷ Nerdinger 1990.

⁴⁷⁸ Hillmann 2011, S. 247.

⁴⁷⁹ Frank 1983, S. 73.

⁴⁸⁰ Hillmann 2011, S. 250.

hagen, galt in den 1950er und 1960er Jahren unter Architekten als Prototyp.⁴⁸¹ Gerade die Schlichtheit und Nüchternheit als Bürogebäude bildete den Kern dieser Architektursprache, auch wenn sogar in Rødovre nicht vollständig auf traditionelle Zeichen wie Uhr, Stadtwappen oder die Heraushebung über das (kostbare) Baumaterial verzichtet wurde (Abb. IV.70). Während im 19. Jahrhundert die pompöse Repräsentation durch historische Motive Ziel und Anspruch des Rathausbaus waren, wurde es in den 1920er Jahren im Neuen Bauen und weitergeführt in den 1950er Jahren die „Rechteckkiste“⁴⁸² als „zweckrationale“ Architektur, die so den „Geist des Fortschritts“ ausdrücken sollte.⁴⁸³

Obwohl die funktional und rein auf Verwaltungsnutzung ausgerichtete Architektur das Ideal darstellte, war sie in der ersten Nachkriegszeit keineswegs typisch, sondern auch hier wurden oft traditionalistische Lösungen bevorzugt. Bei neu errichteten Rathäusern in den 1950er Jahren war die Verwendung historischer Motive eher die Regel als die Ausnahme. Als Beispiel nennt Damus das 1952 fertig gestellte Rathaus von Böblingen (Abb. IV.71). Auf den zweigeschossigen Baukörper mit Arkadenrundbögen wurden als traditionelles Rathausmotiv ein Dachreiter mit Wetterfahne und großer Uhr aufgesetzt. Der Arkadenbogen zum Eingangsportal wurde durch das Stadtwappen auf einem übergroßen Schlussstein betont. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre war das oben beschriebene Ideal der ‚Rechteckkiste‘ dagegen kaum anzutreffen: „In der Nachkriegszeit, bis etwa 1955, wurde überwiegend traditionalistisch gebaut. Nicht nur öffentliche Gebäude, auch Geschäfts- und Wohngebäude, Unternehmensbauten und Banken – in der ‚Provinz‘ wie in den ‚Metropolen‘ – setzen regional-bodenständige Traditionalismen ebenso wie Klassizismen fort“.⁴⁸⁴

Die Rathauslösungen in den Vertriebenenstädten zeigen genau dieses Spektrum auf. Während das Rathaus in Geretsried, den Turm des Verwaltungsgebäudes als traditionalistisches Rathausmotiv weaternutzen konnte, folgt der Neubau in Traunreut der Idee eines ‚zweckrationalen‘ Bürogebäudes. Mit Satteldach und Rücknahme der modernen Gestaltungselemente entstand hier am Ende allerdings eher ein Beispiel der ‚Integrationsarchitektur‘ der Nachkriegszeit.

⁴⁸¹ Damus, Martin: Das Rathaus. Architektur- und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne. Schwerpunkt Rathausbau 1945–1986 in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1988, S. 126–131. – Brus, Anna: Rathaus. In: Seidl, Ernst (Hrsg.): Lexikon der Bautypen. Funktionen und Formen der Architektur. Stuttgart 2006, S. 426, 427.

⁴⁸² Damus 1988, S. 126.

⁴⁸³ Damus 1988, S. 134. Bei der Einweihung des Rathauses in Peine 1960, einem sehr einfach gerasterten Hochhausblock für die Verwaltung mit umgebenden Flachbauten unter anderem für den Ratssaal, wird das Gebäude vom Bürgermeister als „in strenger und schöner Form zweckrational und sachlich“ gelobt und entsprechend vom dortigen Verwaltungsdirektor als Bauwerk, das „Licht, Luft und Klarheit der Linien in sich birgt und damit dem Geist des Fortschritts [...] Ausdruck verleiht“. Zitiert nach Damus 1988, S. 134.

⁴⁸⁴ Damus 1988, S. 137.

Der Niederschlag der ‚Integrationsarchitektur‘ auf breiter Ebene lässt sich darüber hinaus am besten noch einmal am Wohnungsbau darlegen. Parallel zur Fortsetzung des Traditionalismus entwickelte sich ab 1949 in den größeren Städten der von Hafner so bezeichnete „Normalwohnungsbau“.⁴⁸⁵ Als Merkmale dieser Mischung traditionalistischer und moderner Elemente nennt er die im Gegensatz zum Heimatschutzstil flacheren Dächer (30°) und die vornehmliche Anordnung im Zeilenbau. Gegen die dadurch entstehende Monotonie wurden insbesondere Treppenhäuser, die vollverglast oder mit Glasbausteinen errichtet wurden, und halbvorkragende oder bündig mit der Fassade abschließende Balkone zur Gestaltung verwendet. Statt Sprossenfenstern nutzte man zwei- bis dreiflügelige, größere Fenster, die jedoch nicht wie im Neuen Bauen als Fensterbänder, sondern als einfache Lochfassade gesetzt wurden. Die traditionellen Fensterläden wurden durch Rollläden ersetzt (Abb. IV.72). Auch die Verwendung moderner Materialien zur Gestaltung, die insbesondere für Vordächer und Treppengeländer, aber auch für Balkonbrüstungen Anwendung fanden, zeichnet den ‚Normalwohnungsbau‘ aus. Die fensterlosen Giebelwände, die durch die Endflächen der gereihten Typenhäuser entstanden, waren beliebte Orte für bildnerische Gestaltung (Abb. IV.73 und 74).⁴⁸⁶ In den ländlichen Gemeinden und Kleinstädten ging man etwa ab 1953/54 zum ‚Normalwohnungsbau‘ über.⁴⁸⁷ Gerade im Wohnungsbau spielten also Mischformen und eine ‚Integrationsarchitektur‘ eine wichtige Rolle. Damit ordnet sich der Befund in den Vertriebenenstädten, nicht bei dem anfangs verfolgten Heimatschutzstil stehen zu bleiben, sondern diesen mit modernen Elementen zu verbinden, in die bundesrepublikanische Gesamtentwicklung ein.

Ab Mitte der 1950er Jahre zeigte sich jedoch – zuerst ebenfalls in den größeren Städten – eine Abkehr vom ‚Normalwohnungsbau‘ hin zu einer dezidiert modernen Formensprache mit Flachdächern und vermehrtem Hochhausbau. Zwei frühe Beispiele sind die „Parkwohnanlage“ in München-Bogenhausen von Sep Ruf, die zwischen 1954 und 1956 gebaut wurde, und die Wohnanlage in München-Obersendling von Emil Freymuth, die 1954 fertiggestellt wurde (Abb. IV.69).⁴⁸⁸ Etwas später hielten diese modernen Wohnungsbauten auch in kleineren Gemeinden Einzug – wie auch an den Vertriebenenstädten zu beobachten ist.⁴⁸⁹

Insgesamt verlor der Traditionalismus im Gegensatz zur Moderne ab Mitte der 1950er Jahre im Architekturgeschehen der Bundesrepublik an Bedeutung und war bis zum Ende des Jahrzehnts verschwunden. Vermutlich spielte hier auch die Systemkonkurrenz zur DDR eine Rolle: Während traditionalistische Lösungen im bundesrepublikanischen Wiederaufbau in der

⁴⁸⁵ Hafner 1993, S. 180.

⁴⁸⁶ Hafner 1993, S. 173.

⁴⁸⁷ Hafner 1993, S. 180.

⁴⁸⁸ Hafner 1993, S. 273–278.

⁴⁸⁹ Hafner 1993, S. 278.

DDR gelobt wurden, versuchten sich deren Vertreter von der „nationalen Tradition“ des Sozialistischen Realismus zu distanzieren.⁴⁹⁰ Die konservative Grundhaltung verlor in der Bundesrepublik mehr und mehr ihre Fürsprecher und konnte sich gegen die zunehmende Bedeutung von Modernität und Fortschrittlichkeit nicht durchsetzen.⁴⁹¹

Gerade die beschriebene Entwicklung der Bebauung in den Vertriebenenstädten ist es, die charakteristisch für die Entwicklung der Architektur der Bundesrepublik war: sowohl die unreflektierte Fortführung der völkisch begründeten Bauideale als auch die allmähliche Neuausrichtung, die sich zunächst nur mit einzelnen modernen Elementen zu einer modernen Architektur vortastete. Dass sich dieser Befund nicht auf die Vertriebenenstädte beschränkte, zeigt ein Blick auf die Arbeit von Hermann Bausinger aus dem Jahr 1959 zu Flüchtlingssiedlungen in Baden-Württemberg. Der Querschnitt der architektonischen Bebauungen liefert sowohl Beispiele traditionalistischer Einfamilienhaussiedlungen als auch des ‚Normalwohnungsbaus‘.⁴⁹² Die unausgesprochenen Kontinuitäten und die Kompromisse waren symptomatisch für die gesamte sich im Aufbau befindliche Bundesrepublik, die ein neues Selbstbild auch in der Architektur suchte.

Hierin spiegelt sich auf architektonischer Ebene gerade eine Besonderheit der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. Während der Integrationsprozess normalerweise in eine stabile Ankunftsgesellschaft stattfindet, befand sich hier die Ankunftsgesellschaft selbst in Aufbau und Umbruch.⁴⁹³ Der Wiederaufbau prägte die Nachkriegszeit für die ganze Bundesrepublik und ebenso die Suche nach einer neuen politischen und moralischen Selbstverortung – auch wenn letztere häufig zunächst vor allem in der Verdrängung der Vergangenheit bestand. Die Vertriebenenstädte zeigen geradezu exemplarisch den Orientierungsprozess auf architektonischer Ebene, an dem sie sich als neue Stadt im neuen Staat ausrichteten, aber auch selbst einen Teil davon bildeten.

⁴⁹⁰ Frank 1983, S. 69–72.

⁴⁹¹ Die fehlende, ernsthafte Aufarbeitung der ideologischen Verstrickung im Nationalsozialismus dürfte ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Hillmann, Roman: Vom Regionalismus zum abstrakten Ortsbezug. Beobachtungen zur Modifikation des traditionalistischen Konzepts zwischen 1900 und 1960. In: Krauskopf, Kai; Lippert, Hans-Georg; Zschke, Kerstin (Hrsg.): Neue Tradition. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. Dresden 2012 (Neue Tradition 2), S. 127–129.

⁴⁹² Vgl. Bausinger; Braun; Schwedt 1959.

⁴⁹³ Vgl. dazu Engelhardt, Michael von: Alte Heimat – neue Heimat. Zur Integration der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs. In: Heller, Hartmut (Hrsg.): Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung. Erlangen 2002 (Erlanger Forschungen Reihe A, Geisteswissenschaften 95), S. 29–62.

1.2. Modernität und Fortschrittlichkeit durch Anknüpfen an die Zwischenkriegsmoderne

Abhängig davon, wann Neubauten in Angriff genommen wurden, lassen sich Rückschlüsse auf den Stellenwert ziehen, der den jeweiligen öffentlichen Bauaufgaben zugemessen wurde. So wurde der Rathausbau, wie oben gezeigt, meist zurückgestellt, während in allen Vertriebenenstädten in den 1950er Jahren Schulneubauten errichtet wurden. Auch der Kirchenbau lag in dieser Hinsicht weit vor dem Rathaus, da hier immerhin in drei von fünf Fällen, nämlich in Traunreut, Neutraubling und Neugablonz, Neubauten für beide – in Neugablonz sogar für drei – Konfessionen errichtet wurden.

Bei der Wahl der Bauformen und Bautypen der zentralen öffentlichen Bauaufgaben Schule und Kirche ließ sich eine Bevorzugung moderner Lösungen feststellen, die meist an Entwicklungen dieser Bauaufgaben in der Zeit der Weimarer Republik anknüpften. Im Schulbau betrifft dies in erster Linie den Bautypus, während im Kirchenbau die architektonische Ausformulierung modern ausgerichtet war. Bei der letztgenannten Bauaufgabe spiegeln sich daneben auch architektonische Auseinandersetzungen mit spezifischen Nachkriegsthemen, die im darauffolgenden Abschnitt vorgestellt werden.

1.2.1. Der moderne Schulbau als Vorbild

„Die neue Volksschule“ der Nachkriegszeit

Während die architektonische Gestaltung im Schulbau der Entwicklung von Traditionalismus zur Mischung mit modernen Elementen und zur modernen Architektur folgte, zeigte die Wahl des Bautypus von Anfang an einen Trend zu fortschrittlichen Lösungen, wie sie in der Weimarer Republik entwickelt und in der Nachkriegszeit zum vorbildhaften Schulbau in der Bundesrepublik verarbeitet wurden.

Im Kaiserreich war durch das enorme demographische Wachstum und die Durchsetzung der achtjährigen Schulpflicht 1880 eine große Zahl an neuen Schulgebäuden entstanden, für die sich ein allgemeinverbindliches Muster entwickelt hatte. Die Klassenzimmer wurden einseitig von einem vom Treppenhaus abgehenden Flur erschlossen und in mehreren Etagen übereinander angeordnet. Das einfache Muster trug dem sogenannten Flurtyp auch den Beinamen ‚Schulkaserne‘ ein, der durchaus mit dem damaligen Erziehungsideal, nämlich dem

des treuen Staatsbürgers, im Einklang stand.⁴⁹⁴ Nach dem Ersten Weltkrieg erarbeitete man ausgehend von der Reformpädagogik in der Weimarer Republik neue Lösungen für den Schulbau, die in der Umsetzung aber modellhafte Ausnahme blieben. Derlei Reformüberlegungen fanden mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ein vorläufiges Ende. Hier waren nun lediglich als bodenständig und deutsch empfundene, an regionaltypische, traditionelle Bauformen im Sinne des Heimatstils angelehnte Gestaltungsanforderungen zu berücksichtigen.⁴⁹⁵

In der Bundesrepublik herrschte nach Kriegsende lange Zeit ein großer Bedarf an neuen Schulräumen.⁴⁹⁶ Noch bevor die Bautätigkeit in großem Rahmen wieder einsetzen konnte, wurden schon zum Ende der 1940er Jahre Tagungen und Ausstellungen abgehalten, wie Schule und Schulbau nach den Zeiten der nationalsozialistischen Diktatur in einer neuen Demokratie aussehen sollten. In Bayern wurden ab 1948 Tagungen zur Schulreform durchgeführt und 1950 „Die neue Volksschule“ als erste staatliche Empfehlungsschrift zum Schulbau herausgegeben.⁴⁹⁷

Der neue Schulbau sollte sich – in Bayern genauso wie in der übrigen Bundesrepublik – sowohl von einer typisch nationalsozialistischen Architektur als auch von den ‚Schulkasernen‘ des Kaiserreichs absetzen. Dazu knüpfte man an Lösungen aus den 1920er Jahren an, verwies jedoch auf Vorbilder aus dem Ausland – vor allem aus Skandinavien und der Schweiz, aber auch aus Großbritannien und den USA –, die in den 1930er und 1940er Jahren diese Ideen aufgenommen hatten. Wichtige Forderungen waren unter anderem beiderseitiges Tageslicht und die Möglichkeit zur Querlüftung sowie ein quadratischer Grundriss für eine flexible Möblierung und Raumnutzung.⁴⁹⁸

Besonders beliebt in der ersten Hälfte der 1950er Jahre waren die sogenannten Pavillon-schulen. Dabei wurden die vorzugsweise quadratischen Klassenzimmer als eingeschossige „Pavillons“ aufgereiht, die so einerseits direkten Zugang nach draußen (für die unteren Klassen) ermöglichten und andererseits von zwei Seiten Belichtung und Belüftung zuließen. Für Freiluftunterricht wurde vor den Klassenzimmern eine eigene Fläche angelegt. Beim soge-

⁴⁹⁴ Kähler, Gert: „... dass der Mensch was lernen muss.“. Staat, Schule, Schulhaus. Ein historischer Rückblick. In: Beckel, Inge (Hrsg.): Schulen in Deutschland. Neubau und Revitalisierung. Stuttgart 2004, S. 20–24.

⁴⁹⁵ Kähler 2004, S. 24–30. – Nerdinger, Winfried; Blohm, Katharina (Hrsg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. München 1993 (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums Nr. 9), S. 108.

⁴⁹⁶ Noch Mitte der 1950er Jahre wurde häufig im Schichtunterricht gelehrt, da die Räumlichkeiten nicht für alle Klassen ausreichten. Vgl.: Schmucker, Alfred Bruno: Schulbau in Bayern 1945–1975. Von der Zwergschule zum Schulzentrum, vom Pavillon zur Großstruktur. Zugl.: München, Techn. Univ., Diss., 2012. Frankfurt am Main 2012, S. 111.

⁴⁹⁷ Schmucker 2012, S. 80, 81.

⁴⁹⁸ Schmucker 2012, S. 59–114.

nannten Schustertyp, der 1928 von Franz Schuster in Wien entwickelt worden war, wurden ähnlich dem zweispännigen Wohnhaus zwei Klassenräume an ein Treppenhaus angelegt, die auf diese Weise beidseitig Licht und Luft erhielten. Der dritte „neue“ Schultyp der Nachkriegszeit war die sogenannte Hallen- oder Aulaschule, wie sie zum Beispiel 1929 von Otto Haesler in Celle gebaut worden war. Zur beidseitigen Belüftung und Belichtung sorgt bei diesem Typ der große von oben beleuchtete zentrale Innenhof, von dem aus die Klassenzimmer durch Laubengänge erschlossen werden.⁴⁹⁹ Durch den hohen Flächenverbrauch geriet die Pavillonschule bald in die Kritik und wurde in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre kaum mehr gebaut. Im Gegensatz dazu blieben der Schuster- und Hallentyp auch in den späten 1950er und den 1960er Jahren erfolgreich.⁵⁰⁰

Die Volksschulen in den Vertriebenenstädten

Die Mehrheit der Schulneubauten in den Vertriebenenstädten zeigen die Adaption der oder zumindest Orientierung an den genannten Reformschultypen. In Neugablonz und Traunreut wurden die oben genannten Typen genau adaptiert, in Geretsried nähert man sich diesen beim Umbau eines ehemaligen Werksgebäudes zumindest an und auch in Waldkraiburg entstand ein mehrflügeliger Bau. Als konsequent konservativer Zeilenbau bildet die Schule in Neutraubling eine signifikante Ausnahme.

In Neugablonz wurde nach der Nutzungen von Provisorien vom Siedlerrat⁵⁰¹ der Bau einer Schule initiiert und 1950 – als erster Neubau in den späteren Vertriebenenstädten – in Angriff genommen. Als Bauherr der „Adalbert-Stifter-Schule“ trat die Muttergemeinde Kaufbeuren auf, die den Architekten der Aufbau- und Siedlungsgesellschaft Eduard Pietsch engagierte.⁵⁰²

Die Schule entstand als dreiflügeliger ebenerdiger Bau im Pavillonsystem (Abb. IV.75). Im nördlichen Querriegel befanden sich Lehrerzimmer und Räume für den Fachunterricht und in den sich anschließenden drei ‚Pavillons‘ jeweils vier Klassenzimmer. Auch die vor den Klassenzimmern gelagerten Freiflächen sind explizit in der Planung vermerkt. Alle Klassenzimmer besitzen einen direkten Zugang zum „Schulgarten“, der durch Bäume oder Büsche in jeweilige kleine Vorhöfe aufgeteilt ist (Abb. IV.76).⁵⁰³ Auch auf die doppelseitige Beleuch-

⁴⁹⁹ Schmucker 2012, S. 25, 26 und 89.

⁵⁰⁰ Schmucker 2012, S. 25, 26 und 322.

⁵⁰¹ Zum Siedlerrat, vgl. Kapitel II, S. 37.

⁵⁰² Rössler 1986b, S. 409, 410. – Vgl. dazu: Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 9 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵⁰³ Grundrisszeichnungen für die „Städtische Volksschule Kaufbeuren-Neugablonz“. Bauabschnitt I (01.1950), Bauabschnitt II (11.1951), Bauabschnitt III (09.1952). Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 9 (Adalbert-Stifter-Schule).

tung legte der Architekt Wert, die auf der einen Seite die Klassenzimmerfenster zum Garten und auf der anderen Seite Fensterbänder zum Flur hin lieferten.⁵⁰⁴

Pietsch folgte mit seinem Entwurf nicht nur seinen eigenen Ideen, sondern wie es in der Baubeschreibung einleitend heißt:

„[...] auf besonderen Wunsch der Siedler ist der Schulhausneubau als Flachbau projektiert worden und entspricht in seiner Anlage allen Gesichtspunkten einer neuzeitlichen Schulanlage.“⁵⁰⁵

Die eingeschossige Bauweise für den schnellen Zugang ins Freie als zentrale Komponente der Pavillonschule war damit ausdrücklich von den Bewohnern so gewollt. In den ersten Jahren existierte der Pavillontypus mit dem mittleren Klassenflügel und dem Mittelteil des Querbaus nur als Torso. Der zweite und dritte Flügel wurden im Herbst 1953 nahezu zeitgleich fertiggestellt.⁵⁰⁶

In Traunreut plante der Stadtplaner Josef Rackl den Schulneubau – ebenfalls im Pavillontypus. Eine Entwurfsskizze vom Februar 1952 zeigt ein zweigeschossiges Hauptgebäude und zwei Pavillonflügel sowie eine Turnhalle, die durch einen Verbindungsgang zusammengefasst werden (Abb. IV.77).⁵⁰⁷ Auch bei Rackl beherbergte jeder Flügel vier Klassenzimmer, die durch großzügige Fensterflächen belichtet und mit davor liegenden „Flächen für den Freiluftunterricht“ ergänzt wurden (Abb. IV.79, 80 und 60).⁵⁰⁸

Im März 1953 wurde der erste, im September 1954 der zweite Pavillonflügel fertiggestellt und eingeweiht. Das Hauptgebäude wurde nach einem Wettbewerb von Regierungsbaumeister Albert Schneller neu geplant, und nach etwa eineinhalb Jahren Bauzeit am 29. November 1958 mit dem neuen Namen „Gerhard-Hauptmann-Schule“ eingeweiht (Abb. IV.78).⁵⁰⁹

⁵⁰⁴ Baubeschreibung von E. Pietsch zur Volksschule, o.D. Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 9 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵⁰⁵ Baubeschreibung von E. Pietsch zur Volksschule, o.D. Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 9 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵⁰⁶ Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 9 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵⁰⁷ Die perspektivische Ansicht stammt von einem Zeitungsbericht vom März 1953 und ist selbst nicht datiert, stimmt allerdings mit den vom Februar 1952 datierten Ansichten aus dem Bauakt überein. Volksschule Traunreut. Aufrisszeichnungen der Gesamtanlage vom 10.2.1952. Bauamt Traunreut. Bauakt Volksschule, Bauabschnitt III.

⁵⁰⁸ Diese wurden in einer eigenen Grünflächenplanung vom Mai 1953 sorgfältig konzipiert und entsprechend umgesetzt. Vgl.: Volksschule Traunreut. Grundriss des I. Bauabschnitts vom 10.2.1952. Bauamt Traunreut. Bauakt Volksschule, Bauabschnitt I.

⁵⁰⁹ *Gemeinde Traunreut* 1960, o. S. ("Das alte und das neue Schulhaus Traunreut"). – Bei dem – inklusive eines Souterraingeschosses – dreigeschossigen Schulbauflügel handelt es sich eigentlich um einen klassischen Flurtyp. Allerdings war es nicht ungewöhnlich, dass die eingeschossigen Pavillonflügel mit einem mehrgeschossigen Hauptbau verbunden wurden. Die erste bayerische Pavillonschule in der Senftenauer Straße in München-Laim aus dem Jahr 1951/52 bestand aus einem zweigeschossigen Hauptbau „für die oberen Jahrgänge und Fachklassenzimmer“ und drei Pavillonzeilen. Die Forderungen nach einem direkten Außenzugang zielten insbesondere auf die unteren Schulklassen ab, während für ältere Schüler und auch weiterführende Schulen ein solch spezielles architektonisches Raumprogramm nicht für notwendig erachtet wurde. *Schmucker* 2012, S. 88 und 322.

In Geretsried wurde 1950 die ehemalige Werkswäscherei zur „Adalbert-Stifter-Schule“ mit drei Klassenzimmern und einigen Nebenräumen umgebaut.⁵¹⁰ Die erste Erweiterung folgte 1954 durch den Anbau eines rückwärtigen südlichen Flügels mit drei weiteren Klassenzimmern. Als Architekten bestellte man für Umbau und Erweiterung den Geretsrieder Stadtplaner Fritz Noppes. Ein nördlicher Flügel mit ebenfalls drei Klassenräumen und zusätzlichem Souterraingeschoss wurde 1957 verwirklicht (Abb. IV.82).⁵¹¹

Als dreiflügeliger Flachbau folgte das Gebäude in gewissen Punkten dem Pavillonschulganken. Allerdings fehlen die Flächen für den Freiunterricht und die parallele Anordnung der Klassenraumflügel. Dass das Konzept der Pavillonschule dennoch eine Rolle spielte, verdeutlicht eine „Fleißaufgabe“⁵¹² von Fritz Noppes. Mit dem Ziel der Erweiterung auf 18 Klassenräume legte er diese seinen Plänen für den Ausbau vom 12. Januar 1954 bei. Neben dem Vorschlag der Aufstockung des dreiflügeligen Schulgebäudes oder eines zusätzlichen Neubaus im nördlichen Ortsteil Gartenberg am dortigen „Marktplatz“ nannte er an erster Stelle die „Erweiterung auf 18 Klassen (Pavillonsystem)“. Im beigegefügtten Lageplan (Abb. IV.81) ist die realisierte dreiflügelige Anlage mit neun Klassenzimmern zu sehen, an die rechts drei freistehende Pavillons mit je drei weiteren Klassenräumen anschließen. Dass die Idee nicht verwirklicht wurde, lag vermutlich nicht zuletzt am langsamen Fortschritt des Schulausbaus, da bei der Fertigstellung des dritten Flügels 1957 die Pavillonschule ihre anfängliche Popularität bereits weitgehend eingebüßt hatte.⁵¹³

In Waldkraiburg wurde ebenfalls das Büro der Stadtplaner, die Architektengemeinschaft Rösler, Reilich und Rahnsch, mit der Planung der neuen Volksschule beauftragt.⁵¹⁴ Sie konzipierten diese zwar als mehrgeschossigen Flurtyp, den sie jedoch auf zwei Schulgebäude („Block Nord“ und „Block Süd“) aufgliederten und durch einen überdachten Pausengang verbanden (Abb. IV.83). Die Volksschule wurde zum 1. September 1954 eingeweiht, das nördli-

⁵¹⁰ „Schule für Geretsried. Einbau im Gebäude 624 des bayer. Montanwerkes Gartenberg“. Grund- und Aufriss vom 30.7.1950. Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule). – „Bericht und Baubeschreibung“ zur „Volksschule in Gartenberg/Geretsried“ von Fritz Noppes vom 20.1.1954. Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵¹¹ Handschriftliche Notiz zu den Baudaten der Volksschule, in: Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 9/ 582/ 40.11. – Grund- und Aufrisszeichnungen zur Erweiterung der Volksschule. Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵¹² Schreiben von Fritz Noppes an den Bürgermeister zur „Volksschul-Erweiterung Gartenberg“ vom 12.1.1954. Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵¹³ Schreiben von Fritz Noppes an den Bürgermeister zur „Volksschul-Erweiterung Gartenberg“ vom 12.1.1954. Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule).

⁵¹⁴ Hubert Rösler war zugleich Bürgermeister der Stadt und hatte die ersten Planungsentwürfe vorgelegt. Vgl. dazu Kapitel III.1, S. 51. – *Ertelt* 2009, S. 301. – Bauakt zur Mittelschule. Bauamt Waldkraiburg. Dieselstraße 6 (Hauptschule II).

che Gebäude schon im selben Jahr um ein Klassenzimmer je Etage erweitert und drei Jahre später um weitere drei.⁵¹⁵ Für eine 1955 in Waldkraiburg eingerichtete Mittelschule begannen 1956 ebenfalls Planungen für einen Neubau, der 1957 bezogen werden konnte.⁵¹⁶ Die Mittelschule wurde über zwei Verbindungsgänge an die Gebäude der Volksschule angeschlossen, sodass ein zusammenhängender Schulkomplex aus drei Flügeln entstand (Abb. IV.84). Damit verwirklichten die Architekten zumindest die in der Nachkriegszeit populäre Idee der „Aufgliederung“, wenn auch nicht im Flachbau der Pavillonschule.

Nachdem in Neugablonz die Pavillonschule 1953 fertiggestellt war, wurde diese schon bald zu klein. Bereits im Jahr darauf befürwortete der Kaufbeurer Stadtrat den Bau einer zweiten Schule, für den diesmal der Kaufbeurer Architekt Matthias Abele beauftragt wurde. Im Sommer 1955 begannen die Bauarbeiten und am 22. September 1956 wurde die „Gustav-Leutelt-Schule“ eingeweiht.⁵¹⁷

Die Schule wurde in H-Form als zwei dreigeschossige Baukörper angelegt, die durch einen eingeschossigen Mittelbau verbunden wurden (Abb. IV.86). Die Hauptgebäude wurden in Räume für das Lehrpersonal und Fachschulunterricht im Erdgeschoss und die Klassenzimmer im Obergeschoss aufgeteilt. Der Verbindungsbau beherbergte die Schulaula. Jeder Flügel wurde mit zwei Treppenhäusern ausgestattet, an die sich im Obergeschoss zu beiden Seiten je ein Klassenraum anschloss – und so die zweite Volksschule als Schustertypus realisiert (Abb. IV.85 und 86).⁵¹⁸

In Neutraubling wurde das seit 1951 als Schule genutzte ehemalige Lazarettgebäude ab 1953 aufgestockt und erweitert (Abb. IV.56).⁵¹⁹ Drei Jahre später baute man das Gebäude auf mehr als die doppelte Größe aus (Abb. IV.87).⁵²⁰ Der zweigeschossige Bau wurde als einfache Zeile entlang der Straße ausgeführt und ganz im Stil der ‚Schulkaserne‘ die (Klassen-

⁵¹⁵ Ertelt 2009, S. 300. – Planzeichnungen „Schulneubau Waldkraiburg“ vom Juli 1953 und Mai 1954. Bauamt Waldkraiburg. Dieselstraße 4 (Eichendorffschule I).

⁵¹⁶ Träger der Mittelschule war der Landkreis, als Bauherr trat jedoch die Gemeinde Waldkraiburg auf. Ertelt 2009, S. 301.

⁵¹⁷ Rössler 1986b, S. 411, 412.

⁵¹⁸ Planzeichnungen zur „Volksschule Kaufbeuren-Neugablonz“ vom Mai 1955. Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Turner-Straße 2 (Gustav-Leutelt-Schule).

⁵¹⁹ Die neue Schule wurde am 30. August 1953 mit fünf Klassenräumen eröffnet Fendl, Josef: Die Neutraublinger Schulsituation vor der Gemeindegründung. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989.

⁵²⁰ Das Raumprogramm umfasste nun acht Klassenzimmer, zwei Werk- und einen Handarbeitsraum, ein Lehrerzimmer, einen „Kultursaal“ und einen „Turnraum“ Huber, Franz: Die Volksschule Neutraubling. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 158. – Für die Volksschule Neutraubling standen keine Bauunterlagen als Quellen zur Verfügung, sodass auf Fotomaterial, ergänzt durch Ortsbegehungen zurückgegriffen werden musste.

)Räume durch den seitlichen und zum Teil mittig liegenden Flur erschlossen und etagenweise übereinander angeordnet. Neutraubling ist damit innerhalb der Vertriebenenstädte das einzige Beispiel einer durchweg konservativen und traditionalistischen Schulbaulösung.

Die Beliebtheit der Pavillonschulen in der Nachkriegsbundesrepublik korrespondierte mit dem Ideal der Gliederung und Auflockerung auf städtebaulicher Ebene, wie dies in Kapitel III beschrieben wurde. Beim Schulbau wurde dabei insbesondere die Möglichkeit eines schrittweisen Aufbaus als Vorzug betont, der ein „wachsendes Schulhaus“ ermöglichte.⁵²¹ Genau dieser Vorteil schlägt auch bei den Vertriebenenstädten zu Buche, deren Bevölkerung und damit Anzahl der schulpflichtigen Kinder gerade im ersten Jahrzehnt schrittweise zunahm.⁵²² Wie anhand der Baugeschichte gezeigt wurde, wurden die einzelnen Flügel hier tatsächlich nach und nach gebaut. Erweiterung und schrittweiser Aufbau waren jedoch auch bei den Schulen in Waldkraiburg und Neutraubling als Anbauten an die mehrgeschossigen Schulgebäude möglich, sodass dies als wichtiger, aber nicht ausschließlicher Grund für die Beliebtheit der Pavillonschulen in den Vertriebenenstädten angenommen werden kann.

Vielmehr zeigt sich damit die eingangs genannte Bevorzugung moderner Lösungen gerade im Vergleich mit dem sonst üblichen Schulbau in Bayern zu dieser Zeit. Trotz der Blicke ins Ausland und der impliziten Anknüpfung an die moderne und sozialreformerische Architektur der Zwischenkriegszeit, blieb der seit der Kaiserzeit gängige Flurtyp in der Nachkriegszeit bestimmend. Die Weisungen für den Volksschulbau in Bayern lenkten zwar den Blick auf die neuen Konzepte, stellten für Gemeinde und Schule jedoch lediglich Anregungen und Möglichkeiten dar. Denn „neuer Schulbau in Bayern setzte mangels staatlicherseits vorgegebener Richtlinien individuelle Initiative voraus. Diese ging im Idealfall von allen am Planungsprozess Beteiligten aus, also von der Gemeinde, der Schule, der Schulaufsicht und dem Architekten“.⁵²³ In der Mehrheit der Fälle wurden diese Anregungen nicht genutzt.⁵²⁴ Ganz anders in den Vertriebenenstädten: Wie in Neugablonz sogar explizit belegt werden konnte, waren es die Siedler selbst, die gerade im Bildungsbereich auf moderne Lösungen pochten. Statt einer Fortsetzung der gewohnten Lösungen, wie sie vor allem den Wohnungsbau zunächst bestimmten, war hier von Anfang an eine Entscheidung für Modernität im Sinne der Zeit wichtig.

⁵²¹ Schmucker 2012, S. 90.

⁵²² Schütz 1967, S. 20.

⁵²³ Schmucker 2012, S. 83. Die Schulaufsicht befand sich dabei beim jeweiligen Regierungsbezirk.

⁵²⁴ Schmucker 2012, S. 83.

Der Neubau der „Staatlichen Fachschule für die Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie“

Für den Neubau der Schmuckfachschule in Neugablonz dienten nicht Reformschultypen, sondern eine Inkunabel der klassischen Moderne als Vorbild. Bei der Schule handelte es sich um die Wiedergründung der in Gablonz geführten Fachschule, um deren Wiedererrichtung sich die Neugablonzer intensiv bemühten. Sie wurde 1880 in Gablonz im damaligen Österreich-Ungarn als „K. und k. kunstgewerbliche Fachschule für Gürtler, Graveure und Bronzearbeiter“ gegründet und 1887 in eine „Staatsfachschule“ umgewandelt. Die Wiedererrichtung in Neugablonz erfolgte im Sommer 1947 auf Initiative der „Allgäuer Glas- und Schmuckwarengenossenschaft“ als „Gablonzer Fachschule Kaufbeuren“, die 1949 in die „Staatliche Fachschule für die Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie“ umgewandelt wurde.⁵²⁵ Der Unterricht fand ab 1949 in einer dafür angekauften Baracke statt und erst nach jahrelangen zähen Verhandlungen wurde im April 1957 ein Neubau begonnen und am 21. November 1957 fertiggestellt.⁵²⁶ Geplant wurde die Schule – als Ergebnis eines Wettbewerbs – von dem Augsburger Architekten Carl Weber.⁵²⁷ Im Wettbewerb war ein zweigeschossiger Bau zur Anpassung an die ein- bis zweigeschossige Umgebung gefordert und die Umsetzung des vom Lehrplan vorgegebenen Raumprogramms.⁵²⁸

Der realisierte Schulbau besteht aus einer mehrflügeligen Anlage, die in sechs Gebäudeteile untergliedert und in einer Mischung aus unregelmäßigem Windrad und rechteckiger Vierflügelanlage angeordnet ist (Abb. IV.88). Das Gebäude verfügt über ein klares, der Gliederung der verschiedenen Ausbildungszweige folgendes Raumprogramm: Im parallel zur Straße liegenden Flügel „D“ befinden sich die Ausbildungsräume der metallverarbeitenden Schmuckherstellung, im daran anschließenden zweiten Hauptflügel („B“) diejenigen der glasverarbeitenden Berufe. Von der Eingangsfassade betrachtet auf der linken Seite springt aus

⁵²⁵ Rössler 1986b, S. 421.

⁵²⁶ Der für 1954 von der bayerischen Regierung in Aussicht gestellte Baubeginn wurde nicht eingehalten. Um selbst aktiv zu werden und das Bauvorhaben zu beschleunigen, gründete die Gablonzer Industrie schon 1953 einen Förderverein, der Spenden für Gebäude und Lehrmittel sammelte und wiederholt bei der bayerischen Regierung für den Schulneubau vorsprach. Bericht vom 23.2.1953 in der „Allgäuer Zeitung“. „Neubau der Gablonzer Fachschule vor dem Landtag“. Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Dürerweg 5 (Fachschule). – Rössler 1986b, S. 423, 424. – Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Dürerweg 5 (Fachschule).

⁵²⁷ Die „Allgäuer Glas- und Schmuckwarengenossenschaft“ schrieb schon Anfang 1953 einen begrenzten Wettbewerb aus, zu dem die Beiträge bis zum März 1953 eingereicht werden sollten. Der Jury gehörten neben dem Kaufbeurer Bürgermeister Wiebel und fünf Vertretern der Bauämter von Stadt, Landkreis und Regierungsbezirk, der Vorsitzende der Neugablonzer Schmuckwarengenossenschaft und der Schulleiter der Schmuckfachschule an. Um die Auswahl der Kandidaten für den begrenzten Wettbewerb und auch um die Aufnahme der eingehenden Wettbewerbsbeiträge kümmerte sich die Schmuckwarengenossenschaft. Rössler 1986b, S. 423, 424. – Zur Wettbewerbsausschreibung, Baubeginn- und vollendungsanzeigen, s.: Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Dürerweg 5 (Fachschule).

⁵²⁸ Wettbewerbsausschreibung „Neubau einer Staatlichen Fachschule in Kaufbeuren-Neugablonz“. Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Dürerweg 5 (Fachschule).

der Fassadenlinie ein zweigeschossiger Flügel („F“) hervor, der im Erdgeschoss neben Bibliothek und Sprechzimmer mit einem Vortragssaal und einer großzügigen Halle mit Ausstellungsvitrinen ausgestattet ist. Dieser dritte Hauptflügel nimmt im Obergeschoss den Zeichensaal, mit großen, nach Norden gerichteten Fenstern auf (Abb. IV.89).⁵²⁹

Als Scharnier funktioniert der Gebäudeteil „E“, von dem aus die drei Hauptflügel betreten werden. Im Obergeschoss sind hier das Lehrpersonal und die Schulleitung untergebracht. Südlich vom Flügel für Metallverarbeitung ist im hinteren Bereich der Schule ein zusätzlicher Flügel für Meisterschüler und Industriemaler angeschlossen („A“), der über einen offenen Wandelgang mit der Ausstellungshalle des Südflügels, und darüber mit der Eingangshalle verbunden ist. Während Weber sonst einer wenig klassischen Anordnung folgt, behält er sich hier – gleichsam auf der Hinterbühne der Schule – die Anordnung einer geschlossenen Vierflügelanlage vor, die von der Eingangsfassade zunächst nicht sichtbar ist (Abb. IV.90).⁵³⁰

Sowohl bei der Anordnung der Gebäudeflügel, als auch bei der Aufteilung und Zuordnung des Raumprogramms und in der Außengestaltung orientierte sich Weber am Bauhausgebäude in Dessau von 1926. Am deutlichsten ist das Zitat in der Vogelperspektive zu sehen (Abb. IV.92). Die windmühlenartige Anordnung der drei Flügel und des Verbindungsbaus war ein Charakteristikum des Bauhausgebäudes und wurde zusätzlich von Gropius durch Abbildungen hervorgehoben, um zu betonen, dass die Ansicht aus der Luft zukünftig durch die zunehmende Luftfahrt für den Architekten an Bedeutung gewinnen würde.⁵³¹

Die Neugablonzer Fachschule deutet dies durch die unregelmäßige Anordnung der drei Hauptflügel an. Zwar ist die Rückseite traditioneller und einfacher gestaltet, doch liegt die asymmetrische Schauseite des Gebäudes zur Straße. Der Verbindungsflügel ist zwar nicht als Brücke ausgeführt wie im Bauhausgebäude, doch das Erdgeschoss auf beiden Seiten lediglich durch eine Glaswand abgegrenzt, sodass die Brückenidee imitiert wird (Abb. IV.91 und 93).⁵³² Und auch im Bauhausgebäude beherbergte dieser Flügel die Schulverwaltung mit dem zentral gelegenen Büro des Direktors Walter Gropius. Die klare funktionale Aufgliederung des Raumprogramms folgt dem Grundkonzept des Bauhausgebäudes. Wie in Dessau Gropius die Gewerbliche Fachschule vom Werkstätentrakt und dem dazu gehörenden Ateliergebäude mit Mensa und Aula trennte, sind in der Neugablonzer Fachschule auf diese Weise die Ausbildungsrichtungen aufgegliedert. Auch wenn die berühmte Vorhangfassade des Werkstätentraktes keine Entsprechung findet, imitiert die Neugablonzer Fachschule mit Flachdach, der

⁵²⁹ Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Dürerweg 5 (Fachschule).

⁵³⁰ Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Dürerweg 5 (Fachschule).

⁵³¹ Vgl. z.B. *Engelmann, Christine; Schädlich, Christian*: Die Bauhausbauten in Dessau. Berlin 1998 (Edition Bauhaus Dessau), v.a. S. 12–20.

⁵³² *Kentgens-Craig, Margret* (Hrsg.): Das Bauhausgebäude in Dessau. 1926–1999. Basel 1998, S. 193.

insgesamt horizontalen Ausrichtung und den angedeuteten Fensterbändern die Fassadengestaltung nach den Prinzipien der klassischen Moderne (Abb. IV.94 und 93).⁵³³

Als Institution knüpfte die Schule an die Vorgängerin in Gablonz an. Eine Anknüpfung auf architektonischer Ebene an das Schulgebäude in Gablonz spielte jedoch keine Rolle. Für die Idee der Fortsetzung war das wuchtige historistische Gebäude bedeutungslos (Abb. IV.95). Stattdessen wurde auf die Architekturavantgarde der Weimarer Republik verwiesen. Neben der architekturgeschichtlichen Bedeutung steht das Dessauer Bauhausgebäude für eine moderne künstlerische und kunsthandwerkliche Ausbildungsstätte. In Neugablonz wählte man damit eine Institution als architektonisches Vorbild, die in Form und Inhalt für die Idee von Modernität und Fortschrittlichkeit steht.

1.2.2. Anknüpfungen an den modernen Kirchenbau der Zwischenkriegszeit

Den ersten (dauerhaften) Kirchenneubau errichtete 1953 die altkatholische Gemeinde in Neugablonz nach Plänen von Eduard Pietsch. In Gablonz waren die Altkatholiken neben katholischer Mehrheit und Protestanten die drittgrößte Glaubensgemeinschaft gewesen und hatten im Januar 1948 in Neugablonz die Gemeinde wiedergegründet.⁵³⁴ Nach knapp sieben Monaten Bauzeit wurde die Kirche am 22. November mit dem Patrozinium „Christi Himmelfahrt“ geweiht.⁵³⁵

Die mit etwa neun mal 16,5 Metern Grundfläche und einem etwa 16 Meter hohen Turm vergleichsweise kleine Kirche besteht aus einem schlichten Kubus mit Satteldach, einem querrechteckigen, in den Kirchenbau eingeschobenen Turm, einer halbrunden Apsis im Osten und einem schmalen Anbau (Abb. IV.96).⁵³⁶ Pietsch benutzte traditionelle kirchliche Elemente, ohne sie historisierend auszuformulieren. Der breite, quer gestellte Turm mit dem kurzen Satteldach, die geometrisch reduzierten, sich exakt wiederholenden dreiteiligen Fenster, die kubische Gesamtform und nicht zuletzt der an die ‚weiße Moderne‘ erinnernde glatte Putz geben den traditionellen Grundbestandteilen ein modernes Aussehen.⁵³⁷

⁵³³ Von Südwesten, also der von der Straße abgewandten Seite des Gebäudes, ergeben die Fenster dagegen eine einfache Lochfassade. Passend zur hier liegenden Vierflügelanordnung ist die Rückseite des Gebäudes somit auch in der Fensteranordnung traditioneller gestaltet als die Vorderseite zur Straße.

⁵³⁴ Die Altkatholiken hatten sich Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland als Gegen- und Protestbewegung zu den Entwicklungen in der katholischen Kirche zusammengeschlossen und in Böhmen mit Gablonz als Zentrum Fuß gefasst. Bödefeld, Bernhard: Alt-katholische Kirchengemeinde Kaufbeuren-Neugablonz. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 391.

⁵³⁵ Bauamt Kaufbeuren. Jägerstraße 4. – Bödefeld 1986, S. 391.

⁵³⁶ Bauamt Kaufbeuren. Jägerstraße 4.

⁵³⁷ Durch die Ausführung als einfacher Satteldachkubus erinnert die altkatholische Kirche an ein schlichtes (Einfamilien-)Wohnhaus. Eine Assoziation als wortwörtliches „Haus Gottes“ war offensichtlich auch gewollt, wenn

Noch deutlicher wird die moderne Formulierung im Vergleich mit einigen Kirchen, die in den 1930er Jahren in Anlehnung an regionaltypische Bauweisen errichtet wurden. Während des Nationalsozialismus wurde auch im Kirchenbau eine ‚bodenständige‘ Bauweise gefordert und im Sinne der ‚Blut-und-Boden‘-Ideologie politisch instrumentalisiert. Drei Beispiele von Hans Döllgast und Thomas Wechs, die in den 1930er Jahren Kirchen im Heimatschutzstil gebaut hatten, zeigen wie dort die Anknüpfung an traditionelle Dorfkirchen aussah. Mit barocken Helmen, Holzschindeln und Bruchsteinmauerwerk wurden typische Formen und Materialien aufgegriffen (Abb. IV.97–99).⁵³⁸ Anders als im Wohnungs-, Rathaus- und Schulbau wurde diese Kontinuitätslinie auch bei den weiteren Kirchenbauten der Vertriebenenstädte nicht fortgesetzt.

Bei der katholischen Kirche in Neutraubling wurde ebenfalls ein historischer Grundtyp modern gestaltet. Die Kirche entstand auf dem Gelände des zerstörten Westflügels des ehemaligen Kommandanturgebäudes nach Plänen des Regensburger Architekten Josef Pospischil (Abb. IV.100). Am 4. Oktober 1953 wurde der Grundstein gelegt und zwei Jahre später, am 16. Oktober 1955, die katholische Kirche mit dem Patrozinium „St. Michael“ geweiht.⁵³⁹

Die dreischiffige Basilika wird im Westen von glatten kubischen Türmen mit Pyramidendächern und einer hohen Mittelschiffwand betont. Das Mittelschiff ist mit einem einfachen Satteldach, die bis zur rechteckigen Apsis umlaufenden Seitenschiffe sind mit flachen Pultdächern gedeckt. Der vollständig aus einfachen stereometrischen Bauteilen gefügte Bau zeigt im Vergleich zur Wandfläche wenige schmale Fensteröffnungen, aus denen die Fensterrosen in der Westfassade und der östlichen Apsiswand hervorstechen (Abb. IV.101 und IV.101a).⁵⁴⁰

Durch den weißen Putz, die flach gedeckten Seitenschiffe und den eckigen Chorraum ist der historische Typus in eine moderne Gestaltung überführt. Pospischil schloss sich damit an den modernen Kirchenbau der Weimarer Republik an, wo frühchristliche und romanische

man die ursprünglichen Pläne betrachtet. Diese umfassten zugleich Entwürfe für ein durch einen Laubengang angegliedertes Pfarrhaus. Leicht parallel verschoben, mit anderer Fensterform und ohne Turm, gleichen sich Dachneigung, Höhe und die schlichte Ausführung als Satteldachkubus sehr genau. Vgl.: Bauamt Kaufbeuren. Jägerstraße 4.

⁵³⁸ Zur „Konservative(n) Architekturästhetik im Sakralbau der NS-Zeit“, *Laible* 2005, S. 23–28. – Außerdem: *Peter* 1987, S. 120–123.

⁵³⁹ Der dortige Pfarrer Anton Böhm, selbst aus Karlsbad, hatte sich für den Kirchenneubau an Stelle des zerstörten Kommandanturflügels eingesetzt. Böhm und über eine Zeitungsannoncen zusammengerufene Helfer aus Neutraubling leisteten ab 1951 den Abbruch und die Verwertung der Trümmersteine in Eigenarbeit. *Katholische Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling: 50 Jahre katholische Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling. 1955–2005.* Neutraubling 2005, S. 15–17 und 21. – Zur Bedeutung der Verwendung von Trümmersteinen im Kirchenbau der Nachkriegszeit, vgl. auch S. 139, 140.

⁵⁴⁰ Stadtarchiv Neutraubling. Fotosammlung (o.Sig.).

Bauformen wegen ihrer Einfachheit geschätzt wurden, die mit der Vorliebe der modernen Architektur für Reduktion korrespondierte. Im Unterschied zur Neoromanik des 19. Jahrhunderts strebten die Architekten nach einer Neuinterpretation in reduzierter Form, insbesondere über die kubischen Grundformen und die geschlossenen Mauerflächen als Gestaltungsmittel. Die gleiche Herangehensweise kann man in Neutraubling sehen. Lediglich die ebenfalls typischen Rundbögen des Eingangsportals sind traditionalistisch mittels Säulen mit mittelalterlichen Blattkapitellen gestaltet. Sie waren jedoch als Spolien des zerstörten Kommandanturflügels in den Neubau einbezogen worden (Vgl. Abb. IV.16).⁵⁴¹

Die evangelische Kirche in Neugablonz lässt sich ebenfalls auf Vorbilder aus der Zwischenkriegszeit zurückführen. Sie entstand zwischen September 1954 und Juni 1955 nach Plänen des Augsburger Architekten Heinz Schunck und wurde am 17. Juli 1955 als „Christus-Kirche“ geweiht. Das 13 mal 18 Meter große und knapp zehn Meter hohe Kirchengebäude bot Platz für 250 Personen und war mit einem 17 Meter hohen Turm versehen.⁵⁴²

Das genordete Kirchenschiff erhebt sich über einem parabelförmigen Grundriss und wird auf der zur Straße zeigenden Ostseite von einem Turm flankiert, der nach Süden mit der Basislinie der Grundrissparabel des Kirchenschiffs abschließt (Abb. IV.102 und 103). Die Südseite der Kirche bildet so eine geschlossene Fläche von Kirchenschiff- und Turmwand, die nur durch die im Vergleich zur Wandfläche wenigen Öffnungen gegliedert wird (Abb. IV.104). Die übrigen Seiten des weiß verputzten Kirchenschiffs sind durch rechteckige Lisenen strukturiert. Die reduzierte Gestaltung wird durch das glatte Satteldach des Kirchenschiffs – über dem Nordabschluss in Form eines Halbkegels – und die flache Pyramide des Turmdachs fortgesetzt. Im Inneren ist das Gebäude in ein Sockelgeschoss für den Gemeindesaal und ein Obergeschoss für den eigentlichen Kirchenraum unterteilt.⁵⁴³

⁵⁴¹ Kahle, Barbara: Deutsche Kirchenbaukunst des 20. Jahrhunderts. Darmstadt 1990, S. 61–68. – Pantle, Ulrich: Leitbild Reduktion. Beiträge zum Kirchenbau in Deutschland von 1945 bis 1950. Stuttgart, Univ., Diss., 2003. Online unter: <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=urn:nbn:de:bsz:93-opus-14653> (zuletzt geprüft am 30.1.2017), S. 4–25.

⁵⁴² Planungsunterlagen zum Neubau der evangelischen Kirche. Bauamt Kaufbeuren. Falkenstraße 18. – Finanziert wurde der Kirchenneubau durch die „wooden church crusade“. Das US-amerikanische Spendenprojekt hatte sich zum Ziel gesetzt, – eigentlich hölzerne – Notkirchen entlang der deutsch-deutschen Grenze als religiöses Bollwerk gegen den Kommunismus zu errichten. Dabei sollten 48 Kirchen entsprechend den damals 48 amerikanischen Bundesstaaten gebaut werden. Auch die katholische Kirche in Traunreut wurde durch das Projekt finanziert, worauf eine Gedenktafel im Eingangsbereich hinweist. Fritzsche, Margarethe: Die Entwicklung der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde von Neugablonz. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 386. – Sheffer, Edith: Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain. Oxford 2011, S. 132.

⁵⁴³ Planungsunterlagen zum Neubau der evangelischen Kirche. Bauamt Kaufbeuren. Falkenstraße 18.

Auch hier wurden Grundformen der traditionellen Dorfkirche durch verschiedene Mittel in eine moderne Ausführung übersetzt. Dazu gehören die insgesamt graphische Wirkung der farblich kontrastierenden Lisenen und der planen Südfassade, das annähernde Flachdach des Turms und die Materialwahl, wie das metallische, glatte Kirchenschiffdach. Konkrete Bezugspunkte finden sich beim Vergleich mit der Markuskirche in Karlsruhe von Otto Bartning aus dem Jahr 1935 (Abb. IV.105). Sowohl im parabelförmigen Grundriss, als auch in der farblich abgesetzten Lisenengliederung gleicht ihr die Neugablonzer Kirche. Die zweigeschossige Raumlösung war zudem ein typisches Motiv im Kirchenbau der Zwischenkriegsmoderne, um eine Mehrfachnutzung des Kirchengebäudes zu ermöglichen.⁵⁴⁴

Bei der evangelischen Kirche in Traunreut verließen die Architekten die traditionelle Anordnung von Kirchenschiff und Turm. Die Münchner Architekten Hellmut von Werz und Johann Christof Ottow hatten den für den Neubau ausgeschriebenen Wettbewerb im Juni 1953 für sich entschieden.⁵⁴⁵ Im November 1953 erfolgte die feierliche Grundsteinlegung und am 3. Oktober 1954 die Weihe der neuen „Pauluskirche“.⁵⁴⁶

Statt des traditionellen Schemas von Schiff und Turm, ist in Traunreut in das trapezförmige Hauptgebäude seitlich ein schmaler und höherer Bauteil eingeschoben (Abb. IV.106 und 107). Das niedrigere Kirchenschiff besitzt ein asymmetrisches Satteldach, das von der höheren Gebäudescheibe, die als Glockenstuhl dient, spiegelverkehrt aufgenommen wird. Die Seitenwände des Kirchenschiffs sind auch hier durch schmale, farblich abgesetzte Lisenen gegliedert und die nahezu geschlossene, weiß getünchte Südwand präsentiert leicht nach rechts versetzt den Haupteingang. Den einzigen Schmuck der Eingangsfassade bildet ein Relieffeld über dem offenen Vorraum mit Szenen aus dem Leben des Kirchenpatrons Paulus.⁵⁴⁷

Der niedrigere Gebäudeteil und die Scheibe des Glockenstuhls bilden im Inneren einen fortlaufenden etwa trapezförmigen Kirchenraum (Abb. IV.107 und 108). Trotz der mit etwa 18 Metern Seitenlänge kleinen Grundfläche stehen mit Empore 334 Plätze zur Verfügung. Im Inneren wird die zusätzliche Funktion der als Glockenstuhl dienenden Gebäudescheibe als

⁵⁴⁴ Zur Markuskirche von Otto Bartning, vgl.: *Kunstdienst* (Hrsg.): Die Markus-Kirche in Karlsruhe/Baden. Baubericht. Berlin-Spandau 1935. – Zur zweigeschossigen Kirche, vgl.: *Wittmann-Englert, Kerstin*: Zelt, Schiff und Wohnung. Kirchenbauten der Nachkriegsmoderne. Berlin, Techn. Univ., Habil.-Schr., 2004. Lindenberg im Allgäu 2006, S. 126–129. – *Hausmann, Ilka*: Sakralbau in der Moderne. Die Bauaufgabe Kirche in den 1920er und 1930er Jahren in Deutschland. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Universität Leipzig 2014, S. 109–111.

⁵⁴⁵ Für die Architektengemeinschaft Werz und Ottow bildete die Traunreuter Pauluskirche den Auftakt für weitere Kirchenbauten im Münchner Raum Anfang der 1960er Jahre. *Schnell, Hugo*: Der Kirchenbau des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Dokumentation, Darstellung, Deutung. München, Zürich 1973, S. 170.

⁵⁴⁶ *Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Pauluskirche Traunreut*: 40 Jahre Pauluskirche. Festschrift zum Jubiläum 1994. Traunreut 1994, S. 8, 9.

⁵⁴⁷ *Gemeinde Traunreut* 1960, o. S.

indirekte Altarbeleuchtung deutlich (Abb. IV.108). Durch vom Kirchenschiff aus nicht sichtbare Glasbausteine über dem Altar tritt hier von oben das Tageslicht ein und bietet damit im Gegensatz zu den kleinen Fenstern der Seitenwände eine starke und symbolträchtige Lichtquelle, die das Altarbild des „Guten Hirten“ illuminiert.⁵⁴⁸

Die Architekten griffen bei dieser kreativ-sparsamen Lösung auf Ideen und Anregungen aus der Zwischenkriegszeit zurück, wie der Vergleich mit Martin Webers Heilig-Geist-Kirche in Frankfurt am Main von 1931 zeigt (Abb. IV.109 und 110). Hier ist der Glockenträger zwar als Turm ausgebildet, aber ebenfalls in das Kirchenschiff eingeschoben. Auch hier öffnet sich der Kirchenraum direkt in den Turm, der durch die bullaugenförmigen Rundfenster von oben Licht spendet.⁵⁴⁹ Die indirekte Altarbeleuchtung, schon in der Zwischenkriegszeit beliebt, war in der Nachkriegszeit ebenfalls ein verbreitetes Motiv im Kirchenbau.⁵⁵⁰ Das markante querechteckige Relieffeld über dem Eingangsportal der Traunreuter Kirche findet sich ebenfalls schon an der Frankfurter Kirche von 1931.⁵⁵¹ Trotz oder wegen aller Sparzwänge entstand so in Traunreut ein moderner Kirchenbau, der auf den Vorarbeiten der Zwischenkriegsmoderne aufbaute.

Beim zeitlich letzten Kirchenneubau der 1950er Jahre wurden traditionelle Elemente verwendet, aber auch hier modern gestaltet und neu angeordnet: Ende 1953 beschloss man in Neugablonz anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums der Fertigstellung der katholischen Herz-Jesu-Kirche in Gablonz, die Notkirche durch einen repräsentativen Neubau zu ersetzen. Dazu wurde im April 1954 ein beschränkter Wettbewerb ausgeschrieben, den im Juli 1954 der renommierte und schon in der Weimarer Republik tätige Architekt Thomas Wechs für sich entschied. Das Kirchengebäude wurde am 27. April 1957 geweiht und im Juli 1957 fertiggestellt.⁵⁵²

Der an der Neugablonzer Hauptstraße liegende Baukomplex umfasst zentral liegend das Kirchenschiff, im Norden den Anbau des Gemeindesaals und daran angeschlossen den zur Straße gerichteten Turm, im Süden eine über einen offenen Hof angebundene Pfarrwohnung

⁵⁴⁸ [ohne Autor]: Pauluskirche in Traunreut/Obb. In: *Weyres, Willy; Bartning, Otto* (Hrsg.): *Kirchen. Handbuch für den Kirchenbau*. München 1959 (Handbücher zur Bau- und Raumgestaltung), S. 312.

⁵⁴⁹ [ohne Autor]: Die neue Heilig-Geist-Kirche in Frankfurt am Main. Architekt: Martin Weber, Frankfurt am Main. In: *Wasmuths Monatshefte für Baukunst und Städtebau* 16 (1932), 7, S. 327–331.

⁵⁵⁰ *Kahle* 1990, S. 142. – Etwa bei Hans Schädel finden sich hier mehrere Beispiele, wie in Rück-Schippach, wo er die Beleuchtung von der Seite kommen lässt. *Schnell* 1973, S. 164.

⁵⁵¹ [ohne Autor] 1932, S. 327–331.

⁵⁵² Das von der Gablonzer Kirche übernommene Patrozinium Herz Jesu wurde von der Notkirche auf den Neubau übertragen. Planungsunterlagen zum Neubau der katholischen Kirche in Neugablonz. Bauamt Kaufbeuren. Sudetenstraße 84. – *Lutz, Werner*: *Werkkatalog*. In: *Nerdinger, Winfried* (Hrsg.): *Thomas Wechs, 1893–1970. Architekt der Moderne in Schwaben*. Berlin 2005 (Schriften des Architekturmuseums Schwaben 6), S. 297.

sowie im Osten eine Mesnerwohnung (Abb. IV.111 und 112). Der dominante Eindruck der zentralen Lage wird noch durch die Größe des Kirchengebäudes verstärkt: Das Kirchenschiff mit einem 58 Meter hohen Turm erhebt sich auf einer Grundfläche von 56 mal 24 Metern und bietet damit fast 800 Kirchgängern Platz (Abb. IV.113).⁵⁵³

Die Längsseite des Kirchenschiffs strukturierte Wechs durch hohe Rundbogennischen mit schmalen rechteckigen Doppelfenstern – ein Motiv, das er an der Schmalseite des Turms wieder aufnahm (Abb. IV.112). Im Osten fügte er eine halbrunde Apsis mit einer im Radius etwas kleineren Kuppel an, die durch Glasbausteine ähnlich wie in der evangelischen Kirche in Traunreut für eine indirekte Altarbeleuchtung sorgt. Hohe rechteckige Schallöffnungen im Turm mit jeweils einer reduziert gestalteten Turmuhr ergänzen die schlichte und klare Gestaltung ebenso wie flache Satteldächer auf Kirchenschiff und Turm. Zur Hauptstraße liegt die Eingangsfassade des Kirchenschiffs mit drei überhohen, bis zum Giebel reichenden Rundbogennischen, die die im Vergleich winzig wirkenden rechteckigen Eingangsportale aufnehmen (Abb. IV.114 und 115).⁵⁵⁴

Mit Thomas Wechs wurde in Neugablonz ein äußerst renommierter Architekt beauftragt. Hugo Schnell schätzt ihn als „im Bistum [Augsburg, B.W.] führende[n] Architekt[en]“ ein.⁵⁵⁵ Wechs war schon in der Weimarer Republik als Architekt tätig gewesen, realisierte den Hauptanteil seiner Kirchenbauten jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg und war ab Mitte der 1950er Jahre sogar ausschließlich im Kirchenbau tätig.⁵⁵⁶ Frühere Arbeiten zeigen bereits ähnliche Gestaltungsmittel wie in der Neugablonzer Kirche. In der Heilig-Kreuz-Kirche in Oberpfaffenhofen von 1934 findet sich bereits der breite Turm mit quer laufendem Satteldach. Die zwei Jahre früher fertiggestellte Heilig-Geist-Kirche in Augsburg-Hochzoll aus dem Jahr 1955 zeigt die hohen Rundbögen, den querliegenden separaten Turm und das stilisierte Uhrenmotiv, das sich auch an der Herz-Jesu-Kirche wiederfindet (Abb. IV.116 und 117).⁵⁵⁷ Auch Wechs verwendete in der Neugablonzer Kirche traditionelle Bauelemente und Motive, wie die hohen, schmalen Fenster oder Rundbögen am Eingangsportal. In der Ausführung gestaltete er sie jedoch modern: als einfache Nischen mit rechteckigen Fenstern beziehungswei-

⁵⁵³ Bauamt Kaufbeuren. Sudetenstraße 84. – Lutz 2005, S. 296–298.

⁵⁵⁴ Bauamt Kaufbeuren. Sudetenstraße 84. – Laible 2005, S. 31. – Die Breitseite des Turms wurde mit zeilenweise angeordneten Mosaikszenen geschmückt, die ursprünglich fast die gesamte Fassadenfläche ausfüllen sollten. Die Mosaik e hielten jedoch nicht und wurden schließlich entfernt. Weigel, Margitta: Die Entwicklung der Pfarrgemeinde Herz Jesu Neugablonz seit 1954. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 382.

⁵⁵⁵ Schnell 1973, S. 128.

⁵⁵⁶ Nerdinger, Winfried: Thomas Wechs. Repräsentant der modernen Architektur in Schwaben. in: ders. (Hrsg.): Thomas Wechs, 1893–1970. Architekt der Moderne in Schwaben. Berlin 2005 (Schriften des Architekturmuseums Schwaben 6), S. 9–16.

⁵⁵⁷ Laible 2005, S. 21 und 30.

se überlangen Rundbogennischen. Der weiße Putz und die einfache Ausführung aller Elemente verstärken den Bezug zur klassischen Moderne der Zwischenkriegszeit.

Wie gezeigt wurde, orientierten sich alle bisher beschriebenen Kirchenbauten der Vertriebenenstädte am modernen Kirchenbau. Eine Anknüpfung an traditionelle Bauformen der Ankunftsgebiete fand ebenso wenig statt wie an solche der Herkunftsgebiete. In Neugablonz wäre eine Anknüpfung an die konkreten Kirchen der Herkunftsstadt möglich gewesen. Die Vorbilder wären hier die katholische St. Anna-Kirche als barocker Sakralbau aus dem späten 17. Jahrhundert gewesen, die evangelische Kirche als neugotischer Bau des späten 19. Jahrhunderts, die Jugendstilkirche der Altkatholiken aus dem Jahr 1902 und die neue katholische Herz-Jesu-Kirche vom Beginn der 1930er Jahre als massige Backsteinkirche der Zwischenkriegsmoderne (Abb. IV.118–120).⁵⁵⁸ Auch wenn die neue katholische Kirche in Gablonz ebenfalls als moderner Kirchenbau der Zwischenkriegszeit einzuordnen ist, knüpfte die katholische Kirche in Neugablonz architektonisch nicht an diesen Bau an – und bestätigt damit den Befund der Schmuckfachschole. Die Anbindung erfolgte lediglich – wie bei allen Neugablonzer Kirchen – über das Patrozinium, das heißt auch hier wurde die Institution fortgeführt, die Architektur aber neu gewählt.

Bei der katholischen Kirche findet sich noch eine weitere Anknüpfungsebene in der städtebaulichen Lage: In Gablonz, der Herkunftsstadt, lag die Herz-Jesu-Kirche ebenfalls an der Hauptstraße zum Stadtzentrum und ragte im Stadtbild als Dominante heraus.⁵⁵⁹ Zusammen mit der Übertragung des Toponyms für den davor liegenden Platz wurde hier in Ansätzen die Idee der städtebaulichen Übertragung wichtiger Plätze der ersten Stadtplanung für Neugablonz umgesetzt.⁵⁶⁰

Die Einordnung in den Kirchenbau der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik gestaltet sich aufgrund seiner enormen Vielfalt schwieriger als beim Schulbau. Wie auch in anderen Bauaufgaben wurde in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten eine unübertroffene Anzahl von Neubauten errichtet.⁵⁶¹ Aufgrund der Vielgestaltigkeit der Bauten und Experimentierfreude

⁵⁵⁸ Katholische St. Anna Kirche (1687), evangelische Kirche (1892), altkatholische Kirche (1903), katholische Herz-Jesu-Kirche (1932), vgl.: *Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Gablonz an der Neiße. Stadt, Bezirk und Landkreis in Nordböhmen (Sudetenland). Schwäbisch Gmünd 1982 (Gablonzer Bücher 37), S. 374–378. – Zur evangelischen Kirche stand keine adäquate Abbildung zur Verfügung.

⁵⁵⁹ *Stütz* 1982, S. 355 und 360.

⁵⁶⁰ Vgl. dazu auch Kapitel IV.2, S. 149.

⁵⁶¹ *Schnell* 1973, S. 76.

der Architekten lässt sich kaum eine eindeutige Charakterisierung vornehmen.⁵⁶² Im Gegensatz zur traditionalistischen Ausrichtung während des Nationalsozialismus kann man jedoch die Wahl neuer und moderner Lösungen als Merkmal festhalten, wobei auch viele Entwicklungen der Zwischenkriegsmoderne aufgegriffen wurden, wie beispielsweise die reduzierte Gestaltung, der Skelettbau, die indirekte Beleuchtung oder der zweigeschossige Kirchenbau.⁵⁶³ Die Vielfältigkeit dieses Baubooms insbesondere der 1950er Jahre wurde zeitgenössisch als Beleg für die „Fortschrittlichkeit und Zukunftsorientiertheit der Gesellschaft“ verstanden.⁵⁶⁴ Auch in den Vertriebenenstädten orientierte man sich nicht am traditionellen oder ‚bodenständigen‘ Kirchenbau, sondern folgte, indem man modernen Lösungen der Bauaufgabe Kirche bevorzugte, wie sie in der Zwischenkriegszeit angestoßen worden waren, dem genannten zeittypischen Streben nach Fortschrittlichkeit.

⁵⁶² Wittmann-Englert 2006, S. 11–13. Schnell etwa gibt einen detaillierten Überblick, aber keine stilistische Systematisierung. Pantle arbeitet den Stellenwert des „Leitbildes Reduktion“ für die ersten Nachkriegsjahre heraus, und sieht ab Mitte der 1950er Jahre vor allem Leichtigkeit und Transparenz als dominierende Merkmale. Wittmann-Englert hingegen fokussiert auf die Bedeutung assoziativer Bilder im Kirchenbau der Nachkriegszeit. Schnell 1973, S. 73–174. – Pantle 2003, Kapitel 5 und 6. – Wittmann-Englert 2006.

⁵⁶³ Kahle 1990, S. 136–164. – Wittmann-Englert 2006, S. 126–129.

⁵⁶⁴ Pantle 2003, S. 344.

1.3. Zentrale Themen der Nachkriegsgesellschaft in der Architektur

1.3.1. Reduktion und Bescheidenheit als moralische Leitbilder

Im Folgenden werden zwei Lösungstypen im Kirchenbau der Vertriebenenstädte vorgestellt, die aus unterschiedlichen Gründen einer für den Industriebau typischen reduzierten Gestaltung folgten und sich dadurch in ein Deutungsmuster einordnen lassen, das den Kirchenbau der ersten Nachkriegsjahre prägte.

Beim ersten Typ handelt es sich um die sogenannten Bunkerkirchen, bei denen in Geretsried und Waldkraiburg einige der bunkerartig verstärkten Fabrikgebäude der Rüstungswerke zu Kirchen umgebaut und bis in die 1960er Jahre als solche genutzt wurden. Trotz des weißen Anstrichs, einiger neuer Fenster und der Anbringung kirchlicher Zeichen blieb die grundsätzliche Gestaltung der Gebäude dabei erhalten. Im Geretsrieder Ortsteil Gartenberg wurde an die 1950 umgebaute Fabrikhalle ein schmaler, querrrechteckiger Glockenträger mit zwei Kreuzen angefügt, um den Bau als Kirche auszuweisen (Abb. IV.121).⁵⁶⁵ Im Ortsteil Geretsried schob man in die 1951 umgebaute Fabrikhalle einen breiten, kubischen Turm ein und stellte auf der gegenüberliegenden Eingangsseite ein einfaches Holzkreuz auf (Abb. IV.122).⁵⁶⁶ An den im gleichen Jahr zur evangelischen Kirche umgebauten, vergleichsweise kleinen quadratischen Bau wurde lediglich ein schlichtes, das Gebäude überragendes Holzkreuz angefügt, das zugleich als Glockenaufhängung diente, und über dem Eingang eine Inschrift mit religiösem Inhalt angebracht (Abb. IV.123).⁵⁶⁷ In Waldkraiburg baute man zwischen 1949 und 1951 einen Hochbunker zur katholischen Kirche um. Auf einen etwas erhöhten Belüftungsaufbau wurde ein kleines Kreuz aufgesetzt, der Eingang von dem christlichen Fischsymbol und einem Reichsapfel bekrönt (Abb. IV.124).⁵⁶⁸ Für die evangelischen Gläubigen in Waldkraiburg wurden 1951 zwei Bunker am sogenannten „Ölberg“⁵⁶⁹ zur Kirche mit

⁵⁶⁵ Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 9/410/014.32. – Im Inneren dominierten massive querlaufende Betonsträger den Raumeindruck, die zur Ausweisung der kirchlichen Funktion zeilenweise mit dem Text des „Vater unser“ beschrieben wurden. Vgl. dazu die Abb. in: *Hien, Eduard*: Die katholische Gemeinde „Heilige Familie“. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 260.

⁵⁶⁶ Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. FoSa-411/011.

⁵⁶⁷ *Wolff, Gabriele*: Die evangelische Gemeinde. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 269.

⁵⁶⁸ Das 14 mal 35 Meter große und elf Meter hohe Gebäude bot ohne Emporenzone 250 Personen Platz. „Ausbau des Gebäudes 301 zur katholischen Kirche“. Grundriss vom 15.2.1951. Bauamt Waldkraiburg. Gablonzer Straße 9 (Katholische Bunkerkirche). – *Kern, Konrad; Loibl, Xaver; Pieper, Hans-Léo*: Kirchengemeinden in Waldkraiburg. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 264. – Die straßenabgewandte Seite folgte dieser Gestaltung, jedoch ohne Treppenhaus und mit nur einer langgezogenen Fensterzone. Stadtarchiv Waldkraiburg. Fotosammlung. Foto S_BG_46_2.

⁵⁶⁹ Als „Ölberge“ wurden wegen des Herstellungsverfahrens im Werk Kraiburg die künstlichen Hügel bezeichnet, auf denen sich die Bunker des ersten Produktionsschritts zur Sprengstoffherstellung befanden. Beim Kir-

Pfarrwohnung umgebaut.⁵⁷⁰ An der Schnittstelle der beiden Bunker fügte man lediglich einen schmalen Glockenträger mit querlaufendem Satteldach und kleinem Kreuzaufsatz ein, um die Funktion am Außenbau sichtbar werden zu lassen (Abb. IV.125).⁵⁷¹

Zum zweiten Typ gehört die katholische Kirche in Traunreut von Hans Döllgast aus dem Jahr 1954. Döllgast bediente sich einer stark reduzierten Ästhetik und typischer Elemente des Industriebaus, sodass hier, obwohl der Bau von Anfang an als Kirche geplant war, die Assoziation einer Fabrikhalle entstand.⁵⁷² Die Kirche bestand anfangs nur aus einem schlichten Kubus mit bündig abschließendem Satteldach, zu dem erst ein Jahr später ein frei stehender Campanile hinzugefügt wurde (Abb. IV.127 und 128).⁵⁷³ Das Ziegelmauerwerk war ursprünglich unverputzt und horizontal von Ringankern gegliedert. Zwei schräge, bis zur Traufhöhe reichende Stützmauern strukturierten den Eingangsbereich aus einem schlichten Portal mit trapezförmigem Pultdach und darüber liegendem Fenster. An den Längsseiten saßen einfache gerasterte Glasfenster zwischen dem oberen Ringanker und der Trauflinie.⁵⁷⁴ Ein metallener Dachreiter diente zur Glockenaufhängung.⁵⁷⁵ Im Inneren dominierten der offene Dachstuhl und dessen an Eingangs- und Altarseite stehende Stützen den Raumeindruck (Abb. IV.129). Das Dach wurde von Fachwerkträgern getragen, die auf den querrchteckigen, raumhohen Pfeilern auflagern. Im Osten rahmten diese den Altarbereich und trugen im Westen die Orgelempore.⁵⁷⁶

Döllgast verwendete mit den Fachwerkträgern und den gerasterten Glasfenstern typische Elemente des Industriebaus, die er mit bewusster Reduktion wie dem unverputzten Außenbau und dem vollständig weißen Innenraum oder den glatten, unverzierten Stützen kombinierte.

chenbau ergab sich dabei eine Doppelbedeutung zu derjenigen des biblischen Ölbergs im Neuen Testament. Vgl. dazu Kapitel III.1, S. 50.

⁵⁷⁰ Der Betsaal wurde am 17. Juni 1951 geweiht und erhielt 1956 den Namen „Martin-Luther-Kirche“. Kern, Konrad: Kirchen in der Stadt Waldkraiburg. Waldkraiburg 2008, S. 23. – Kern; Loibl; Pieper 2009, S. 273.

⁵⁷¹ Der unterhalb des Glockenstuhls liegende Eingang führte zunächst in einen kleinen Vorraum und anschließend in den etwa 125 Quadratmeter großen Betsaal mit 164 Sitzplätzen. Auf der rechten Seite schloss sich eine etwa ebenso große Pfarrwohnung an. Planzeichnungen zu „Gemeindezentrum Waldkraiburg. Bunkereinbau für Kirchensaal und Pfarrwohnung.“ vom November 1950. Bauamt Waldkraiburg. Bauakt Karlsbader-Straße 8 und Martin-Luther-Platz (Evangelische Kirche).

⁵⁷² Hans Döllgast als Architekten für das Projekt konnte der Kurator und spätere Pfarrer Wendelin Stöttner gewinnen. Im November 1954 wurde die Kirche geweiht und erhielt den Namen „Zum heiligsten Erlöser“. Interview mit Pfarrer Wendelin Stöttner vom 10.3.1980. Schulprojekt Zeitzeugengespräch. Gymnasium Traunreut. Privatbesitz Reinhold Fuchs (damaliger Lehrer und Projektleiter), S. 6. – Vgl. auch: Peter 1987, S. 135. – *Gemeinde Traunreut* 1960, o. S.

⁵⁷³ Der Kubus des Kirchenschiffs misst in der Länge 30 Meter und in Breite und Höhe bis zum Dachfirst jeweils 15 Meter. Der daneben freistehende Glockenturm erreicht mit 29 Metern etwa die doppelte Höhe. Peter 1987, S. 135 und 137.

⁵⁷⁴ 1964 wurden noch zwei seitliche Anbauten, ebenfalls mit Döllgast als Architekten, an das Kirchenschiff angefügt, was dieser schon zu Beginn als Möglichkeit einkalkuliert hatte. Vermutlich erklären sich daraus auch die hochsitzenden Fenster, die in die traditionelle Obergadenzone gesetzt sind. Peter 1987, S. 136.

⁵⁷⁵ Grundriss Hauptgebäude und Turm vom 1.4.1954. Bauamt Traunreut. Bauakt katholische Kirche. – Peter 1987, S. 135.

⁵⁷⁶ Dieser bietet Platz für 300 Personen. Peter 1987, S. 135.

Diese starke Vereinfachung stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung. Während der dortige Pfarrer Wendelin Stöttner in einem späteren Interview die „Echtheit“ der Architektur lobte und die Einfachheit und Schmucklosigkeit mit einem „Bauernbrot“ verglich, das im Gegensatz zur Verzierung mit „Zuckerguss“ bei anderen Kirchen auf das Wesentliche beschränkt sei,⁵⁷⁷ wurde die Kirche von den Gemeindemitgliedern spöttisch als „Stöttner-Werke“ bezeichnet. Auf deren Wunsch wurden in Absprache mit Döllgast nachträglich verschiedene Änderungen durchgeführt. So wurden beispielsweise die durchsichtigen Fenster durch farbige ersetzt und das Ziegelmauerwerk verputzt, um die Assoziationen zum Industriebau abzumildern.⁵⁷⁸

Dieser offene und geradezu offensive Umgang mit einfachen, dem Industriebau nahestehenden Gestaltungsmitteln oder einer weitgehend sichtbar bleibenden Umnutzung von Industriebauten waren vor allem für die ersten Nachkriegsjahre im Kirchenbau der Bundesrepublik typisch. Die Zerstörungen des Krieges und der materielle Mangel der Nachkriegszeit machten auch hier vor allem in den ersten Jahren Umnutzungen, wie die oben beschriebenen Bunkerkirchen, aber auch möglichst einfache Bauweisen notwendig.

Im Kirchenbau wurde der ökonomische Mangel zugleich ethisch gedeutet und in einen theologisch-moralischen Kontext gestellt. Den Leitprinzipien der Reduktion und Bescheidenheit folgend machte man die Einfachheit zum Gestaltungsideal, wie es Ulrich Pantle in seiner Arbeit insbesondere für die Jahre zwischen 1945 und 1950 darlegt.⁵⁷⁹ Einerseits der materiellen Not geschuldet, diente es andererseits als Sinnbild und Argumentationsstruktur der moralischen Reinigung und Läuterung.⁵⁸⁰ Pantle analysiert in seiner Arbeit unterschiedlichste Formen dieses reduzierten Kirchenbaus, die alle gleichermaßen im Sinne einer „Architektur der Askese“⁵⁸¹ interpretiert wurden: So stand die „Verwendung von Materialien aus Trümmerhaufen und die Umbauten von vormals mitunter sogar militärisch genutzten Gebäuden

⁵⁷⁷ „Was an Döllgast groß ist, das ist das Gefühl für Raum und Echtheit.“ – „Sie [die Kirche einer Nachbarortschaft, B.W.] ist vielleicht wie eine Torte, unsere Kirche ist wie ein Bauernbrot.“ – „Man sollte auch die Ziegel in der Mauer sehen [...] Eine verputzte Wand ist glatt. Das ist Konditorware, Zuckerguss.“. Interview mit Pfarrer Wendelin Stöttner vom 10.3.1980. Schulprojekt Zeitzeugengespräch. Gymnasium Traunreut. Privatbesitz Reinhold Fuchs (damaliger Lehrer und Projektleiter), S. 7 und 8.

⁵⁷⁸ Der Altarraum wurde mit einer farbig gefassten Rückwand, einer goldenen Inschrift, einem barocken Kruzifix und einem Stoffbaldachin ausgestaltet, die Eingangsfassade farbig gefasst und farbige Fenster eingesetzt. Der grundsätzliche Raumeindruck durch die Fachwerkträger des offenen Dachstuhls und die markanten gliedernden Pfeiler im Inneren blieb jedoch erhalten. *Peter* 1987, S. 135, 136.

⁵⁷⁹ *Pantle* 2003.

⁵⁸⁰ „Die Depression nach Kriegsende konnte zunächst durch die moralische Dimension der Reduktion überwunden werden, indem mit ihr eine Antwort auf die Schuldfragen gegeben werden konnte. Durch Demut, Bescheidenheit und Nüchternheit sollte der Weg der Katharsis, der Reinigung begangen werden.“, *Pantle* 2003, S. 370. – Vgl. hier auch insbesondere die S. 369–387.

⁵⁸¹ *Pantle* 2003, S. 307.

[...] genauso für dieses Ziel wie die schmucklosen Wiederaufbauten“.⁵⁸² In diesem Sinne wurde die Einfachheit der wiederaufgebauten Kirchen mit einer „Würde der Armut“⁵⁸³ konnotiert und umgenutzte Militärgebäude als „Friedenswerk“⁵⁸⁴ interpretiert.

Ein Beispiel für die „schmucklosen Wiederaufbauten“ ist ein Kirchenbauprojekt, das ebenfalls von Hans Döllgast 1951 in München realisiert wurde. Die Pfarr- und Klosterkirche St. Bonifaz war im Zweiten Weltkrieg vor allem im nördlichen Chorbereich schwer beschädigt worden. Statt den Chor wieder aufzubauen, verkürzte Döllgast den Bau durch eine einfache plane Wand, die an der Außenseite von schlichten Stützpfeilern gehalten wurde. Im Inneren dominieren eine einfache, weiße Mauer – die ursprünglich unverputzt bleiben sollte – und die ebenso einfache Holzstruktur des offenen Dachstuhls den Raum (Abb. IV.130 und 131). Die Einfachheit und Materialsichtigkeit sollten bei St. Bonifaz die Zerstörung und den Wiederaufbau präsent halten.⁵⁸⁵ Zugleich wurden diese zeitgenössisch als Ausdruck von Demut und Bescheidenheit verstanden. Die betonte Schlichtheit des Wiederaufbaus wurde in diesem Sinne in einer Besprechung des „Baumeisters“ als „Würde der Armut“ gelobt.⁵⁸⁶ Die grundlegenden Elemente des hölzernen Dachstuhls, der einfachen Stützmauern und des einfachen weißen oder unverputzten Mauerwerks griff Döllgast später bei der katholischen Kirche in Traunreut wieder auf – hier allerdings mit der Konnotation des Industriebaus.

Die Bunkerkirchen in Geretsried und Waldkraiburg wurden nicht explizit religiös und moralisch gedeutet. In einem Interview, das Kai Kappel für seine Habilitationsschrift zum „Kirchenbau aus Kriegsrüinen und Trümmersteinen“ mit dem Architekten Albert Köhler führte, der den Umbau der evangelischen Kirche in Waldkraiburg vornahm, gab dieser die ökonomische Notwendigkeit als ausschlaggebend für die Umnutzung an.⁵⁸⁷ Dies steht jedoch nicht im Widerspruch zur moralischen Deutung, im Gegenteil: Wurde beispielsweise die Verwendung von Trümmaterial einerseits ökonomisch begründet, wurde andererseits deren sichtbare Verwendung als „für die Notzeit und für den erwarteten oder erwünschten Neuanfang ange-

⁵⁸² Pantle 2003, S. 171.

⁵⁸³ S. dazu den folgenden Abschnitt.

⁵⁸⁴ Als exemplarisches Beispiel für die „militärisch genutzten Gebäude“ behandelt Pantle den Umbau eines Luftschutzbunkers im Düsseldorfer Stadtteil Heerdt zur katholischen Kirche. Die 1949 geweihte Kirche St. Sakrament entstand vor allem auf Initiative des „Ruhrkaplans“ Dr. Carl Klinkhammer. Dieser sah in der Umnutzung ein „Friedenswerk“, wie er den Umbau bei der Einweihung bezeichnete, und ein symbolisches Zeichen für das Ideal der Einfachheit. Pantle 2003, S. 257–264. – Kappel, Kai: Memento 1945? Kirchenbau aus Kriegsrüinen und Trümmersteinen in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Mainz, Univ., Habil.-Schr., 2006. München 2008 (Kunstwissenschaftliche Studien 145), S. 330.

⁵⁸⁵ Peter 1987, S. 124–127.

⁵⁸⁶ Siehe Pantle 2003, S. 296.

⁵⁸⁷ Kappel 2008, S. 327.

messen“ bewertet.⁵⁸⁸ Gerade die Notwendigkeit einfache Lösungen zu wählen, wurde in diesem Deutungskontext moralisch positiv gewendet. Im Zuge dessen wurde beispielsweise die Nähe zum Industriebau – durch Schmucklosigkeit oder durch die Verwendung profaner Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg – weniger kritisch bewertet als beim modernen Kirchenbau der 1920er und 1930er Jahre, da sie nun moralisch als Ausdruck des Läuterungsprozesses legitimiert werden konnte.⁵⁸⁹

Wiewohl es sich bei den Bunkerkirchen um Notlösungen der Anfangsjahre handelte, behielt man sie relativ lange Zeit als Sakralräume bei – während in den anderen Gemeinden längst vollständige Neubauten errichtet worden waren. Zuerst verschwanden die katholischen Kirchen in Geretsried, allerdings nicht durch Abriss und Neubau, sondern durch einen Umbau 1958 hinter einer Fassadenverblendung und einem Satteldach (Abb. IV.126).⁵⁹⁰ Bis Mitte der 1960er Jahre wurden die übrigen Kirchen durch Neubauten ersetzt.⁵⁹¹

Sowohl die Bunkerkirchen in Geretsried und Waldkraiburg als auch die katholische Kirche in Traunreut kommunizierten auf einer ersten, lokalen Ebene die Vorgeschichte des Ortes als Rüstungswerk, beziehungsweise die bescheidenen und einfachen Anfänge der Siedlungen und kirchlichen Gemeinden. Zugleich lassen sie sich auf einer zweiten, bundesweiten Ebene in den Deutungsrahmen der Reduktion und Bescheidenheit stellen. Die für die gesamte Gesellschaft notwendige Beschränkung spiegelt die bereits in IV.1.1 thematisierte Sonderrolle der Integration nach dem Zweiten Weltkrieg: Auch hier wird die Eingliederung der Flüchtlinge

⁵⁸⁸ Kappel 2008, S. 58 und 339.

⁵⁸⁹ Pantle 2003, S. 309.

⁵⁹⁰ Für die Kirche im Ortsteil Geretsried liegt ein Foto vom Abriss vor, an dem sich die genannte Grundform des Umbaus und die Ähnlichkeit zur Kirche in Gartenberg erkennen lassen. Abriss der Bunkerkirche im Ortsteil Geretsried nach Umbau. Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 411/098.

⁵⁹¹ 1960 wurde die evangelische Bunkerkirche durch einen Neubau ersetzt. Für die katholische Kirche im Ortsteil Geretsried wurde 1964 ein Neubau direkt neben der Bunkerkirche errichtet. Diese wurde zunächst einige Jahre als Gemeindezentrum weitergenutzt und schließlich um 1968 abgerissen. Im Ortsteil Gartenberg wurde die Bunkerkirche bis zur Errichtung eines Neubaus 1973 genutzt und bewies damit eine erstaunliche Langlebigkeit. Nach ihrem Abriss stellte man zur Erinnerung einen Brunnen mit Kreuz am ehemaligen Standort der Kirche auf. Die Inschrift der dazu angebrachten Gedenktafel lautet: „Hier befand sich von 1951 bis 1973 die erste Katholische Bunkerkirche von Gartenberg“. In Waldkraiburg lösten 1964 Neubauten sowohl die evangelische als auch die katholische Bunkerkirche ab. Die evangelische Bunkerkirche wurde 1966 aufgestockt und verlor als einfacher Satteldachbau jegliche Reminiszenz an die ursprünglichen Produktionsbunker. Nach weiteren Umbauten und Sanierung steht die ehemalige Bunkerkirche bis heute. Die katholische Bunkerkirche wurde dagegen nach 1964 zunächst als Pfarrjugendheim genutzt und schließlich 1984 abgerissen. Zur evangelischen Kirche in Geretsried, vgl.: Wolff 1999, S. 268. – Zur Kirche im Ortsteil Geretsried, vgl.: Hien, Eduard: Die katholische Gemeinde „Maria Hilf“. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 264. – Erläuterungstext zum Foto vom Abriss der Bunkerkirche im Ortsteil Geretsried nach Umbau. Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 411/098. – Zur Kirche im Ortsteil Gartenberg, vgl.: Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung. 9/410/087 und 9/410/088. – Zu den Bunkerkirchen in Waldkraiburg, vgl.: Kern; Loibl; Pieper 2009, S. 267 und 274. – Kern 2008, S. 3.

und Vertriebenen in eine – materiell und moralisch – im Wiederaufbau befindliche Ankunfts-gesellschaft deutlich.

Einfachheit, Bescheidenheit und Nüchternheit bestimmten als allgemeingültige Leitbilder bis in die Mitte der 1950er Jahre den Kirchenbau in der Bundesrepublik, bis sie durch den wirtschaftlichen Aufschwung von alternativen Leitbildern wie Leichtigkeit, Transparenz und Bewegung oder auch von assoziativen Bildern, abgelöst wurden.⁵⁹² Genauso wie die sichtbare Umnutzung der Werksgebäude in Geretsried und Waldkraiburg die Kirchenbaupraxis der frühen Nachkriegsjahre spiegelte, zeigen die an deren Stelle errichteten Neubauten zentrale Themen und Deutungsmuster der daran anschließenden Phase in der Bundesrepublik, wie im Folgenden dargelegt wird.

1.3.2. Zeltkirchen für das „wandernde Gottesvolk“

Eine zweite Besonderheit im Kirchenbau stellt das Bild des Zelttes dar, das im Fall der evangelischen Kirche in Neutraubling an die Erfahrung der Zwangsmigration der Gemeindeglieder rückgebunden wurde. Auch die Neubauten in Waldkraiburg und Geretsried aus den 1960er Jahren lassen sich in das Sinn-Bild des Zelttes einordnen, das im Kirchenbau der Zeit nicht nur für Flüchtlinge und Vertriebene bedeutsam war.

Die evangelische Kirche in Neutraubling entstand nach Plänen von Adolf Abel, dessen Sohn Othmar Abel als Vikar in Neutraubling tätig war.⁵⁹³ In der architektonischen Gestaltung orientiert sich die Kirche aus dem Jahr 1956 nicht an traditionellen Kirchenbauformen. Der im Vergleich zur katholischen Kirche bescheidene Zentralbau ist in der ungewöhnlichen Form eines Polygons mit nach innen geknickten Seitenwänden gestaltet (Abb. IV.132 und 133). Die nach außen weisenden Seitenflächen des Gebäudes sind bis auf schmale seitliche Mauerstreifen vollständig als Fensterflächen ausgebildet, über denen die fünfeckigen Dachflächen tief nach unten gezogen sind. Ein Turm wurde, zusammen mit einem Gemeindezentrum, erst

⁵⁹² Pantle 2003, S. 351. – In diesem Zusammenhang war die reduzierte Gestaltung der Traunreuter Kirche schon ein später Beitrag im Sinne einer „Architektur der Askese“ und mag auch aus diesem Grund nicht mehr auf die ungeteilte Zustimmung der Gemeinde getroffen sein.

⁵⁹³ Adolf Abel war u.a. ab 1925 als Stadtbaudirektor in Köln tätig gewesen und ab 1930 als Professor für Baukunst und Städtebau in München. Zu Adolf Abel, vgl.: *Nerdinger, Winfried*: Abel, Adolf. In: K. G. Saur Verlag München-Leipzig (Hrsg.): *Allgemeines Künstlerlexikon. Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker*. Bd. 1. München, Leipzig 1992, S. 113, 114. – Othmar Abel sammelte im November 1952 auf einer Vortrags- und Kollektentreise in Schweden mit 15.000 DM den Grundstock für den Neubau der Kirche. Sein Vater steuerte unentgeltlich den Bauplan für die Kirche bei. 1955 konnte mit dem Bau begonnen werden. Am 2. September 1956 wurde die „Lutherkirche“ geweiht. *Abel, Othmar*: *Luther-Kirche Neutraubling*. Broschüre. o.O. 1989, S. 2. – *Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Neutraubling: 50 Jahre Lutherkirche Neutraubling. 1956–2006*. Neutraubling 2006, S. 24.

1959 dem Bau angefügt, sodass der Zentralbau des Kirchenschiffs bis dahin für sich alleine stand (Abb. IV.134).⁵⁹⁴

Pfarrer Othmar Abel verweist in einem kurzen Kirchenführer von 1989 darauf, dass für den Kirchenbau das Bild des Zeltens formgebend gewesen sei, das durch die Vorgeschichte der erzwungenen Migration der Bewohner mit der Wanderschaft der Israeliten in der Wüste in Verbindung gestanden habe: „Der [...] Plan entsprach [...] der gegebenen Situation: ein Raum sollte geschaffen werden, der zur Sammlung und Begegnung mit Gott geeignet ist und zwar für Menschen, die aus ihrer heimatlichen Verwurzelung herausgerissen worden waren. [...] Zur Lösung dieser Aufgabe legte sich der Vergleich aus biblischer Tradition mit dem durch die Wüste ‚wandernden Gottesvolk‘ Israel nahe. In seiner Mitte hatte es – nach Weise der Nomaden – jeweils das heilige Zelt als Ort der Begegnung mit Gott aufgebaut [...]“.⁵⁹⁵

Auch die anstelle der Bunkerkirchen in Geretsried und Waldkraiburg errichteten Neubauten lassen sich in das assoziative Bild des Zeltens einordnen. Die evangelische Kirche in Geretsried aus dem Jahr 1960 wird von einem tiefgezogenen Satteldach dominiert, gegen das die Wandflächen verschwindend niedrig erscheinen. Die Giebelfläche ist vollständig als Fensterfläche ausgeführt, sodass die Idee eines geöffneten Firstzeltes anklingt (Abb. IV.135).⁵⁹⁶ Die katholische Kirche im Ortsteil Geretsried und die evangelische Kirche von Gustav Gsaenger in Waldkraiburg, beide aus dem Jahr 1964, zeigen durch das tiefgezogene Pyramidendach auf polygonalem Grundriss Anklänge an ein Pyramidenzelt (Abb. IV.136–138).⁵⁹⁷ Bei der katholischen Kirche in Waldkraiburg, ebenfalls aus dem Jahr 1964, erinnert das oktagonale Kirchenschiff an die Zeltform der Jurten (Abb. IV.139).⁵⁹⁸ Auch in lokalen Kirchenführern wird der Bezug zur Zeltmetapher hergestellt: „Der Kirchenbau will mit dem weit gespannten Betondach [...] Gottes Zelt auf Erden ausdrücken“.⁵⁹⁹ Als Metapher für die ephemere Architektur des Zeltens und damit für Migration im weitesten Sinne scheinen diese Kirchenbauformen für die Gemeinden in den Vertriebenenstädten geradezu ideal gewesen zu sein.

Doch auch bundesweit nahm das Zelt in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren eine bedeutende Stellung im Kirchenbau ein, in dem assoziative Bilder eine wichtigere Rolle als

⁵⁹⁴ *Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Neutraubling* 2006, S. 25.

⁵⁹⁵ *Abel* 1989, S. 2.

⁵⁹⁶ *Wolff* 1999, S. 271.

⁵⁹⁷ Bauakt Johann-Sebastian-Bach-Str. 2 (Katholische Kirche „Maria Hilf“). – Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung 9/043-047. – Die katholische Kirche im Ortsteil Gartenberg wurde erst 1973 in Form eines Gebetsraums im Gemeindezentrum ersetzt. *Hien* 1999, S. 262. – Zur evangelischen Kirche in Waldkraiburg, vgl.: *Kern; Loibl; Pieper* 2009, S. 274.

⁵⁹⁸ *Kern* 2008, Titelseite und S. 4–6.

⁵⁹⁹ *Kern* 2008, S. 4.

traditionell begründete Bauformen zu spielen begannen, wie Kerstin Wittmann-Englert in ihrer Habilitationsschrift darlegt.⁶⁰⁰ Solchen Kirchen lag die Vorstellung vom „wandernden Gottesvolk“ zugrunde, wie es bereits im Zitat von Othmar Abel für die Neutraublinger Kirche beschrieben wurde. Von dieser biblischen Metapher wurde der Bogen in die Gegenwart der Nachkriegszeit zum „unbehausten Menschen“ geschlagen. Eigentlich der Titel einer Essay-sammlung zeitgenössischer Literatur wurde dieser zum Schlagwort für die Beschreibung der geistigen und moralischen Situation in der Nachkriegszeit als ein generelles „Gefühl der geistigen Heimat- und Orientierungslosigkeit“.⁶⁰¹ Die Beschreibung der Entwurzelung galt damit nicht nur für Flüchtlinge und Vertriebene, sondern wurde allgemein als Metapher für den Menschen im Nachkriegsdeutschland verstanden. Sie umfasste auch andere Erfahrungen von Migration und Heimatlosigkeit, wie etwa durch Bombardierung oder Kriegsgefangenschaft, oder bezog sich auf die verlorene Stabilität und Orientierung im Inneren.⁶⁰²

Die Zeltkirchen in den Vertriebenenstädten kommunizierten damit einerseits – im Kontext der zeitgenössischen Kirchenbautheorie – das Thema der Entwurzelung als konkrete Erfahrungsgeschichte der Bewohner beziehungsweise jeweiligen Gemeindemitglieder. Zum anderen spiegelt sich hier wieder die Parallele zur Gesamtsituation in der Bundesrepublik und den Kriegs- und Nachkriegserfahrungen der Bundesbürger insgesamt. Entwurzelung, (geistige) Heimatlosigkeit und Umbruchserfahrungen prägten nicht nur die Entstehungszeit der Vertriebenenstädte, sondern – wie nicht zuletzt das Deutungsmuster der Zeltkirchen zeigt – die Aufbaujahre der Ankunftsgesellschaft insgesamt.

⁶⁰⁰ Das Bild der Arche spielte dagegen zahlenmäßig eine untergeordnete Rolle und das dritte von der Autorin untersuchte Bild der Wohnung setzte erst ab etwa Mitte der 1960er Jahre als wichtige Referenz im Kirchenbau ein. Wittmann-Englert 2006, S. 11–13 und 23.

⁶⁰¹ Wittmann-Englert 2006, S. 12.

⁶⁰² Wittmann-Englert 2006, S. 11, 12.

1.4. Neue Städte im neuen Staat: Die Bebauung als Spiegel der Eingliederung in den architektonischen Orientierungsprozess

Die Bebauung der Vertriebenenstädte wurde unter dem Aspekt der Integrationsgeschichte und als Teil einer Stadtgründung im neuen Staat untersucht. Die Frage nach der Orientierung an Bauformen der Herkunfts- oder der Ankunftsgebiete zeigte relativ schnell und deutlich, dass erstere keine Rolle beim Aufbau der neuen Städte spielte. Dies spiegelt sich auch in anderen Flüchtlingssiedlungen und bietet kein ganz unerwartetes Bild. Der genaue Blick, insbesondere auf den Umgang mit öffentlichen Gebäuden in Neugablonz, zeigte aber, dass an die jeweiligen Institutionen, wie die Schmuckfachschole oder die Kirchen, sehr wohl angeschlossen wurde. Der Name der Institution und die beteiligten Personen standen für diese Fortsetzung – die jeweilige Bauform im Herkunftsgebiet war jedoch für den neuen Bau irrelevant.

Die Architektur kommuniziert damit in jeder Hinsicht die Anpassung an die Ankunfts-gesellschaft, allerdings nicht in Form einer Angleichung an die bayerische, ländliche Umgebung, sondern einer Anpassung auf der Ebene der Bundesrepublik.⁶⁰³ Statt der Anpassung an die Ankunfts-gesellschaft muss aufgrund der besonderen Integrationssituation nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch eher von einer Eingliederung in den Aufbau- und Orientierungsprozess derselben gesprochen werden. Dies wurde auf verschiedenen Ebenen deutlich: Zum einen spiegelt die anfängliche Kontinuität des Heimatschutzstils in der Weiternutzung der vorhandenen Gebäude und den ersten Neubauten sowie die allmähliche Entwicklung zur Nachkriegsmoderne den architektonischen Orientierungsprozess in der Bundesrepublik. Die nicht problematisierte Kontinuität des Traditionalismus insbesondere im Wohnungsbau entsprach der Ausklammerung der Vergangenheit in den Debatten der Architekten der Nachkriegszeit. Damit bestätigt sich der Befund für die Stadtplanung auch bei der Wahl der architektonischen Gestaltung.

Zum anderen konnte auf Ebene der Architektur der Niederschlag zeitgenössischer gesellschaftlicher Themen der moralischen Selbstverortung anhand des Kirchenbaus festgestellt werden. Mangel und (erzwungene) Migration als zentrale Themen der Nachkriegszeit und deren moralische Übersetzung in den Maßstab der Bescheidenheit sowie die bildliche Überführung in die Metapher des Zeltens als angemessener Versammlungsort sind ebenfalls Belege der Eingliederung in die bundesrepublikanische Gesellschaft auf architektonischer Ebene und verdeutlichen auf eigene Weise die Besonderheit der Integration in eine Gesellschaft im Aufbau.

⁶⁰³ Die frühen alpenländischen Entwürfe in Geretsried legen allerdings nahe, dass auch in Bezug auf das ländliche Umfeld als Ankunftsregion die Anpassung daran höher gewertet wurde.

Die Bevorzugung fortschrittlicher Lösungen in Schulbau und Kirchenbau zeigte darüber hinaus, dass die neuen Städte gerade bei diesen wichtigen Bauaufgaben den Schwerpunkt auf Neuheit und Modernität legten und sich damit zum Teil sogar aus den in der Nachkriegszeit üblichen Lösungen heraushoben. Im Rahmen der Möglichkeiten war Modernität hier wichtiger als Tradition oder die Fortführung gewohnter Formen. Gerade bei öffentlichen Bauaufgaben und zum Ende des Jahrzehnts auch im Wohnungsbau lag in den neuen Städten damit in der Architektur der Fokus auf Gegenwart und Zukunft.

2. Toponyme und Bildwerke als Träger der Erinnerungskultur

Da die Besonderheit der Vertriebenenstädte als Neugründungen für Flüchtlinge und Vertriebene nicht architektonisch kommuniziert wurde, wird im Folgenden untersucht, ob dies in anderen Bereichen des öffentlichen Raums der Fall war. Dafür wird der theoretische Ansatz der Erinnerungskultur und des kollektiven Gedächtnisses herangezogen.⁶⁰⁴ Im Sinne der aktuellen Gedächtnisforschung wird der kollektive Blick auf die Vergangenheit „als eine[] Konstruktion“ verstanden, „die von den Menschen nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten ihrer aktuellen Gegenwart hervorgebracht wird.“⁶⁰⁵ Dabei fungieren symbolische Medien, zum Beispiel Erzählungen, Denkmäler oder auch Orte, als Träger dieses konstruierten, kollektiven Gedächtnisses, mit dem „ein Gemeinwesen sich ein Bild von sich selbst schafft“.⁶⁰⁶

Das kollektive Gedächtnis bezieht sich immer auf eine bestimmte Gruppe, die darin eine gemeinsame Identität ausdrückt. In dieser Arbeit ist dies zunächst das Gemeinwesen der jeweiligen Stadt. Die Bewohner der Vertriebenenstädte stammten zwar, außer im Fall von Neugablonz, aus unterschiedlichen Herkunftsgebieten, doch konnte die gemeinsame „neue Heimat“⁶⁰⁷ und die geteilte Erfahrung von Flucht und Vertreibung als Bezugspunkt genommen werden. Generell wurde oft schon der vorübergehende Aufenthalt in Flüchtlingslagern oder zugewiesenen Privatwohnungen als „Zwischenheimaten“⁶⁰⁸ erinnert. In neuen Siedlungen für Flüchtlinge und Vertriebene entwickelten deren Bewohner ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl. Hermann Bausinger beschreibt dies in seiner Studie von 1959 zur Frage nach dem Heimatbegriff in den Siedlungen in Baden-Württemberg und stellt fest, „daß auch die neuen Siedlungen schon ein Stück Geschichte bedeuten, so schwach und bescheiden es [sic!] entwickelt sein mag“.⁶⁰⁹

Auf der Grundlage des theoretischen Ansatzes der Erinnerungskultur werden im Folgenden Toponyme und Bildwerke im öffentlichen Raum der Vertriebenenstädte untersucht, um zu sehen, welche „Bilder“ die Bewohner der Vertriebenenstädte „von sich selbst schafft[en]“ und wie dies geschah. In dieser Arbeit bedeutet dies konkret, wie die Geschichte der Städte und Bewohner im Stadtraum dargestellt wurde. Um sie in die Erinnerungskultur der 1950er Jahre

⁶⁰⁴ Als Grundlage dient die Arbeit von Aleida Assmann, die hier grundlegende Begriffe und Topoi klärt. Assmann 2006.

⁶⁰⁵ Assmann 2006, S. 16.

⁶⁰⁶ Assmann 2006, S. 30.

⁶⁰⁷ Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 160.

⁶⁰⁸ Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 160.

⁶⁰⁹ Bausinger nennt als Beleg Jubiläumsfeiern und Chroniken, die schon bis zum Erscheinungsjahr der Studie 1959 herausgegeben worden waren, ähnlich wie in den bayerischen Vertriebenenstädten. Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 160.

einordnen zu können, wird diese vorab auf der Ebene der Gesamtgesellschaft und innerhalb der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge kurz skizziert.

Gerade in den 1950er Jahren war das Thema ‚Flucht und Vertreibung‘ sowohl gesellschaftlich als auch politisch eine der zentralen Perspektiven auf den Zweiten Weltkrieg. Im Zusammenhang mit der Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze und dem Fokus auf den deutschen Opfern des Zweiten Weltkriegs stand das Thema in der Ära Adenauer weit oben auf der politischen Agenda. Durch den Bevölkerungsanteil der Flüchtlinge und Vertriebenen von fast 20 Prozent besaß es zudem einen gesamtgesellschaftlichen Stellenwert und kann nicht als Randthema bewertet werden.⁶¹⁰

Innerhalb der Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen setzte schon in den 1950er Jahren eine „demonstrative öffentliche Erinnerungs- und Mahnkultur“⁶¹¹ in Bezug auf die Herkunftsgebiete ein. In der unmittelbaren Nachkriegszeit, als die Linderung des akuten materiellen Mangels im Vordergrund stand, war die Erinnerung an die alte Heimat vornehmlich im Privaten gepflegt worden. In den 1950er Jahren folgte dann geradezu eine „Gründungswelle“ von Heimatstuben, in denen öffentlich sichtbar die eigene Geschichte und Kultur der Herkunftsgebiete bewahrt und gezeigt wurde.⁶¹²

⁶¹⁰ Beer analysiert anhand von exemplarischen Bundestagsdebatten das Thema „Flucht und Vertreibung“ als „Erinnerungsort“ – so der Titel des Kapitels – zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Für die 1950er Jahre stellt er die Regierungserklärung von Konrad Adenauer vor, die Beer in den Kontext des Kalten Krieges einordnet. Zugleich widerspricht er in diesem Abschnitt klar der von verschiedenen Seiten immer wieder behaupteten Tabuisierung des Themas, die er für die gesamte Geschichte der Bundesrepublik als nicht gegeben feststellt. *Beer* 2011, S. 135, 136 und 139–161.

⁶¹¹ *Fendl, Elisabeth*: Deponien der Erinnerung – Orte der Selbstbestimmung. Zur Bedeutung und Funktion der Egerländer Heimatstuben. In: *Heller, Hartmut* (Hrsg.): Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung. Erlangen 2002 (Erlanger Forschungen Reihe A, Geisteswissenschaften 95), S. 65.

⁶¹² *Fendl* 2002, S. 65–68.

2.1. Toponyme: Verbergen und Offenlegen der Entstehungsgeschichte

In der historischen Forschung wurden Straßennamen als Spiegel bestimmter Geschichtsbilder lange Zeit kaum beachtet und rückten erst im Rahmen der Forschung zur Erinnerungskultur als historische Quellen in den Fokus. Denn sie können kollektive Geschichtsbilder zu einem bestimmten Zeitabschnitt aufzeigen und Rückschlüsse auf das „Selbstverständnis einer Gesellschaft“⁶¹³ zulassen. Gerade Umbenennungen infolge politischer Machtwechsel machen eine solche Verweisfunktion deutlich.⁶¹⁴ Auch Städtenamen können die jeweiligen politischen Verhältnisse anzeigen, wie die Umbenennung von Königsberg in Kaliningrad, oder St. Petersburg in Leningrad deutlich machen.⁶¹⁵ Im Folgenden wird in den Vertriebenenstädten die Nutzung der Städte-, Straßen- und Schulnamen als Verweiskfelder untersucht.

Mit den Ortsnamen passten sich die Vertriebenenstädte vollkommen an die Ankunftsgebiete an. In Geretsried, Waldkraiburg und Neutraubling standen jeweils die Bezeichnungen der als Ausgangslage dienenden Rüstungswerke Pate, die wiederum von einer der nahegelegenen Ortschaften abgeleitet worden waren. Bei Traunreut wurde der für historische Orte typische Ausdruck für Rodung mit dem Namen des lokalen Flusses verbunden. Beide Varianten suggerieren eine weit zurückreichende Geschichte der Städte an diesen Orten und geben die Geschichte als Neugründungen nicht zu erkennen. Einzig in Neugablonz wurde durch den Ortsnamen der Bezug auf die Herkunft der Bewohner hergestellt.⁶¹⁶

Straßennamen wurden dagegen in allen Vertriebenenstädten als Verweis auf die Herkunftsgebiete und damit die Vorgeschichte der Bewohner genutzt, indem Straßen nach ehemaligen deutschen Reichs- oder Siedlungsgebieten oder nach Persönlichkeiten, die aus diesen Gegenden stammten, benannt wurden.⁶¹⁷ Die Gewichtung konnte dabei variieren: So wurden

⁶¹³ Pöppinghege, Rainer: Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen. Münster 2007, S. 13.

⁶¹⁴ Aufmerksamkeit erhielten Straßennamen im Kontext der Erinnerungskultur nicht zuletzt durch die zahlreichen Umbenennungen nach dem Niedergang des Sozialismus. In diesem Zusammenhang machte Dietz Bering auf das Potential der Straßennamensforschung aufmerksam. Vgl.: Bering, Dietz: Das Gedächtnis der Stadt. Neue Perspektiven der Straßennamensforschung. In: Kremer, Dieter; Arcamone, Maria Giovanna (Hrsg.): Onomastik. Bd. 1: Chronik, Namenetymologie und Namensgeschichte, Forschungsprojekte. Tübingen 2002 (Patronymica Romanica 14), hier S. 210.

⁶¹⁵ Pöppinghege 2007, S. 12, 15.

⁶¹⁶ Diese Namensgebung war 1947 zunächst von der bayerischen Regierung untersagt worden. Sowohl die tschechoslowakische Regierung als auch andere Ansiedlungen des Gablonzer Schmuckgewerbes in Deutschland und Österreich hatten die Verwendung als unlauteren Wettbewerb für den unter dem (deutschen) Ortsnamen bekannten Modeschmuck kritisiert. Im Jahr 1952 wurde die Namensgebung schließlich gestattet. Zur Begründung hieß es, dass die tschechischen Schmuckwaren inzwischen allein mit dem tschechischen Ortsnamen Jablonec in Verbindung gebracht würden und sich in Deutschland Kaufbeuren-Neugablonz, wie der offizielle Name lautet, zum Hauptzentrum der Gablonzer Schmuckherstellung etabliert habe. Vgl.: Heerdegen 2003.

⁶¹⁷ In Neugablonz wurden schon 1947 Straßennamen vergeben. In Waldkraiburg und Traunreut wurden die Straßen offiziell zur Gemeindegründung 1950 benannt, wobei in Waldkraiburg ein Stadtplan mit Straßennamen aus dem Jahr 1947 existiert. In Geretsried wurden 1952 die ersten Straßennamen vergeben. In Neutraubling erfolgte die Benennung der Straßen erst 1959. Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 30. – Kern, Konrad: Waldkraiburger

in Neutraubling fast alle Straßen nach ehemaligen deutschen Reichs- und Siedlungsgebieten benannt (Abb. III.31).⁶¹⁸ Nur etwa ein Drittel, vor allem kleinere Straßen, erhielten topographische oder botanische Namen. Auch in Geretsried erhielten bei der ersten Straßenbenennung 1952 fast alle Straßen Namen von Herkunftsgebieten. Auch hier wurde nur ein Drittel als Verbindungswege zu Nachbarorten nach diesen oder nach Geländeformationen benannt.⁶¹⁹ In Waldkraiburg wählte man in etwa die Hälfte der Straßennamen mit Bezug zu den Herkunftsgebieten (Abb. IV.140).⁶²⁰ In Traunreut stand das Themenfeld mit etwa einem Drittel nicht ganz so deutlich im Vordergrund. Bezüge zum Aufbau der Stadt und der Ankunftsregion erhielten zusammen ein ebenso großes Gewicht. Etwa ein Drittel der Straßen wurde aber auch hier nach Personen oder Orten der Herkunftsgebiete benannt.⁶²¹

Neugablonz bildet auch bei der Straßenbenennung eine Ausnahme: Fast alle Straßennamen sind hier direkt aus der Herkunftsstadt Gablonz übernommen oder bezeichnen Ortschaften in deren Umgebung. Viele verweisen auf das für die Ursprungsstadt typische Schmuckgewerbe, wie Perlengasse, Glasschleifer- oder Gürtlerstraße. Nur sehr wenige, wie der Riederlohweg, übernahmen örtliche Flurnamen.⁶²² Auch inoffizielle Bezeichnungen, wie die ‚Bastei‘ für das Gelände um die katholische Kirche, wurden aus der Herkunftsstadt Gablonz übernommen (Abb. IV.141).⁶²³ Diese Möglichkeit des direkten Transfers der Toponyme der Herkunftsstadt

Straßennamenbuch. Straßennamen erzählen Geschichte. Waldkraiburg 2012, S. 2, 3 und 6. – *Zerlik* 1964, S. 4. – *Rudolf* 2008, S. 50. – *Fendl, Elisabeth*: Niemand war schon immer da. Wege nach Neutraubling. In: Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012, S. 24.

⁶¹⁸ Nur zwei – eine Regensburger und eine Bayerwaldstraße – verweisen auf die Ankunftsregion. *Frank; Vilsmeier* o.J. (1996), S. 88, 89.

⁶¹⁹ *Rudolf* 2008, S. 89, 90. – Daher tragen bis heute gerade wichtige Verbindungsstraßen, die als erste benannt wurden, Namen von Herkunftsgebieten oder Personen aus diesen, wie die Adalbert-Stifter-Straße als Hauptverbindungsweg zwischen den beiden Stadtteilen, Böhmerwald-, Elbe- und Egerlandstraße als große Hauptwege im Ortsteil Gartenberg und die Sudetenstraße als zentrale Achse im Ortsteil Geretsried. Später wurden diese vor allem mit Namen aus dem Bereich Fauna, Musik und lokale Bergmassive ergänzt. Stadtplan Geretsried. Verlag Schubert und Franzke, St. Pölten. 2005.

⁶²⁰ In Waldkraiburg lässt sich zudem eine räumlich-thematische Verteilung erkennen: Im Gewerbegebiet G1 wurden die Straßen vor allem nach Ortschaften aus den Herkunftsgebieten benannt und im Wohngebiet W2 nach Schriftstellern, die zum Großteil aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten stammten. In den beiden anderen, in den 1950er Jahren bebauten Ortsteilen wurden Namen ohne speziellen Herkunftsbezug verwendet: im Wohngebiet W4 von Musikern und im Gewerbe- und Industriegebiet G2 und I2 Namen aus den Bereichen Wissenschaft, Technik und Industrie. Einzig ein Ruinenweg verweist hier auf die Orts- und Aufbaugeschichte. Ortsplan Waldkraiburg. Herausgegeben von der Gemeinde Waldkraiburg. o.O. 1954. – Zur Lage der Wohn- und Gewerbegebiete, vgl. Abb. III.5.

⁶²¹ Hier diente eine Aufstellung aus dem Jahr 1964 als Quelle, die sich thematisch wie folgt gliedern lässt: Herkunftsgebiete (7), bekannte Persönlichkeiten mit Bezug zu den Herkunftsgebieten (8), bauende Organisationen (4), Personen oder Institutionen, die wichtig für den Aufbau Traunreuts waren (4), Ankunftsregion oder -ort (6), neutrale topographische Bezeichnungen (4), sonstige allgemein bekannte Persönlichkeiten (7). *Zerlik* 1964, S. 4, 5.

⁶²² Als Grundlage wurde bei der Analyse der Stadtplan von 1965 herangezogen und mit einem Stadtplan von Gablonz aus dem Jahr 1931 verglichen. *Gablonzer Archiv und Museum e.V.* 1965, o. S. – Stadtplan 1931: *Klein, Dieter; Hölzl, Robert*: 100 Gablonzer Schönheiten. Architektur in Nordböhmen. Stuckdetails von Gablonzer Fassaden. München 2012, Einband Innenseite.

⁶²³ *Bausinger; Braun; Schwedt* 1959, S. 30.

bestand in den übrigen Vertriebenenstädten zwar nicht, aber hier boten die Straßennamen die Möglichkeit, den unterschiedlichen Herkunftsregionen gerecht zu werden.

Diese Benennungspraxis war in den 1950er und 1960er Jahren kein Alleinstellungsmerkmal der Vertriebenenstädte. In den zahlreichen Stadterweiterungen im Zuge des Wiederaufbaus, die meist zu einem Großteil für Flüchtlinge und Vertriebene errichtet wurden, war dies ein übliches Medium der lokalen Erinnerungskultur.⁶²⁴ Die gezielte Lobbyarbeit des Bundes der Vertriebenen beförderte zusätzlich diese bundesweit übliche Praxis.⁶²⁵ Die Vertriebenenstädte kommunizierten so einerseits die eigene Entstehungsgeschichte im Stadtraum, fügten sich zugleich auch in einen bundesdeutschen Kanon der Nachkriegsgesellschaft ein. Auch die übrigen Straßennamen zeigen eine Anpassung an übliche Themenfelder der Zeit: Flora und Fauna waren als neutrale Begriffsfelder beliebt, Dichter und Schriftsteller sollten ein anderes, positives Deutschlandbild nach dem Krieg zeigen und Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Technik und der Frühphase der Industrialisierung lieferten vor dem Hintergrund des ‚Wirtschaftswunders‘ die Möglichkeit, auf ein positives Selbstbild nach Kriegsende zu verweisen.⁶²⁶

Als Verweis auf die Herkunftsgebiete waren auch Schulnamen beliebt. Neugablonz und Geretsried benannten die erste Volksschule nach dem südböhmischen Schriftsteller Adalbert Stifter. Waldkraiburg wählte den aus Oberschlesien stammenden Dichter Joseph von Eichendorff und Traunreut den niederschlesischen Schriftsteller Gerhard Hauptmann als Namensgeber.⁶²⁷ Zugleich gehören alle zum deutschen Literaturkanon und boten die Möglichkeit, deren Beitrag dazu zu betonen. Stifter war zudem Namensgeber des „Adalbert-Stifter-Vereins“, der 1947 in München von Künstlern und Wissenschaftlern aus den deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei mit dem Ziel der kulturellen Förderung von Flüchtlingen und Vertriebenen gegründet worden war.⁶²⁸ Wieder bildet hier Neugablonz eine Ausnahme, da für die zweite Volksschule der nordböhmische Heimatdichter Gustav Leutelt als Na-

⁶²⁴ Beer 2011, S. 121. – Kossert 2008, S. 110.

⁶²⁵ Der Bund der Vertriebenen warb beispielsweise auf Städtetagen und durch Rundschreiben bei Kommunen für eine entsprechende Straßenbenennung. Pöppinghege 2007, S. 101.

⁶²⁶ Pöppinghege 2007, S. 98.

⁶²⁷ Rössler 1986b, S. 398. – Schumacher 1999, S. 233. – Ertelt 2009, S. 300. – In Neutraubling wurde im Untersuchungszeitraum kein Schulname vergeben. Vgl. Huber 1989 – In Traunreut wurde erst beim Bau des Hauptgebäudes 1958 der Name vergeben. *Gemeinde Traunreut* 1960, („Das alte und das neue Schulhaus Traunreut“).

⁶²⁸ *Adalbert Stifter Verein e.V.*: Geschichte des Adalbert Stifter Vereins o.J. Online unter: <http://stifterverein.de/de/verein/geschichte-des-vereins.html> (zuletzt geprüft am 15.9.2016).

menspatron gewählt wurde, der damit keine Bedeutung im Zusammenhang der deutschen Literaturgeschichte, sondern nur den regionalen Herkunftsbezug ausdrückt.⁶²⁹

Die Benennung der Straßen und auch Schulen war damit ein beliebtes Mittel, um an die Vorgeschichte der Bewohner zu erinnern. Zugleich war dies bundesweit eine übliche Benennungspraxis in Stadtteilen für Flüchtlinge und Vertriebene sowie Teil der bundesdeutschen Straßenbenennung. Auch wenn die Vertriebenenstädte damit ihre eigene Geschichte kommunizierten, sonderten sie sich dadurch nicht von der Ankunftsgesellschaft ab, sondern spiegeln zudem den Erinnerungskanon der 1950er Jahre.

⁶²⁹ Gustav Leutelt lebte bis 1945 in Gablonz. *Rössler* 1986b, S. 412.

2.2. Bildwerke: „Arbeit schafft Heimat“

Im Folgenden werden diejenigen Bildwerke mit Bezug auf die Geschichte der Städte und ihrer Bewohner vorgestellt. Formal werden darunter sowohl Denkmäler im klassischen Sinn verstanden, die explizit zur Erinnerung oder Mahnung aufgestellt wurden, als auch Objekte, die vordergründig dekorative Zwecke erfüllen, wie Brunnenfiguren, skulpturaler Fassadenschmuck oder Wandbilder. Im Zentrum steht dabei, wie bei der bisherigen Architekturanalyse, vor allem das Aufbaujahrzehnt der Neugründungen, wobei auch noch Bildwerke aus den frühen 1960er Jahre aufgrund der thematischen Kontinuität einbezogen wurden.

2.2.1. Aufbauleistung als zentrale Erzählung

Die Bildwerke der jeweiligen Städte

Die Häufigkeit der Verwendung von Bildwerken als Medium der Erinnerungskultur zeigt innerhalb der untersuchten Fälle eine große Bandbreite. Sie reicht von einem völligen Fehlen entsprechender Bildträger im Außenraum bis hin zu zahlreichen Verweisen in unterschiedlichen inhaltlichen Kontexten.⁶³⁰

Der einzige Ort, an dem in Neutraubling an die Geschichte der Bewohner erinnert wurde, war lange Zeit der Innenraum der katholischen Kirche.⁶³¹ Hier wurde vor der Ostwand rechts der Apsis eine zwischen 1955 und 1959 gefertigte Schutzmantelmadonna aufgestellt, über der die Herkunftsorte der Bewohner aufgelistet und diese mit der Anrufung „Mutter der Vertrie-

⁶³⁰ Die Reihenfolge der Städte in den Beschreibungen richtet sich nach der Dichte an Bildwerken zum Thema. Ursachen für die unterschiedliche Dichte ließen sich – außer für Neugablonz – im Rahmen dieser Arbeit nicht zurückverfolgen.

⁶³¹ In Neutraubling erinnerte das erste Mahnmal nicht an die Verstorbenen der Herkunftsgebiete, sondern an die gewaltsame Vorgeschichte des Ortes. Von Februar bis April 1945 war der Fliegerhorst Obertraubling als Außenlager des KZ Flossenbürg verwendet worden, von wo aus die Häftlinge auf einen Todesmarsch in das KZ Dachau geschickt wurden. Etwa 170 von ihnen kamen noch auf dem Gelände des Fliegerhorstes um. Hier wurde 1950 ein Ehrenhain für KZ-Opfer angelegt. Der Eingang wurde von einem großen Kreuz und einem Davidstern markiert, sowie der Inschrift: „Hier ruht eine unbekannte Vielzahl von Opfern von Menschenfeinden 1933–45“. 1957 wurde der Friedhof aufgelassen und die Gebeine auf den KZ-Friedhof von Flossenbürg überführt. Seit 2006 gibt es wieder einen Gedenkstein an dieser Stelle, der an die Opfer des Konzentrationsaußenlagers erinnert. Fritz, Ulrich; Wolter, Heike: Das Außenlager Obertraubling. In: Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012, S. 82. – Vilsmeier 2012, S. 209. – Bis in die 1970er Jahre fehlen sonstige Bildwerke als Entstehungs- und Identitätsverweis im Stadtraum. Erst 1975 wurde auf dem Friedhof ein Vertriebenenendenkmal errichtet. 1995 wurde eine Dauerleihgabe der Ostdeutschen Galerie in Regensburg aufgestellt, die neben Flucht und Vertreibung unter anderem durch den beigefügten Titel „Harmonie, Versöhnung, Gespräch über alle Grenzen hinweg“ einen Aufruf zur Versöhnung thematisiert. Vilsmeier 2012, S. 211–213.

benen, bitte für uns“ verbunden wurden (Abb. 142 und 143).⁶³² Zwischen 1956 und 1971 gefertigte Mosaike auf dem Kirchenboden verweisen ebenfalls auf die Herkunftsgebiete und das Thema Flucht und Vertreibung: Im westlichen Eingangsbereich greifen Wappen die an der Ostwand genannten Herkunftsorte auf (Abb. IV.144). Der Fußboden vor dem Chorbereich zeigt Szenen aus der Genesis; direkt unterhalb der „Madonna der Vertriebenen“ ist die „Vertreibung aus dem Paradies“ dargestellt und wird damit räumlich und inhaltlich in Bezug gesetzt zur Vertreibungserfahrung der Bewohner Neutraublings (Abb. IV.145).⁶³³

In Geretsried wurde im November 1949 ein einfaches, hohes Holzkreuz mit der Inschrift „Zum Gedenken an die unvergessliche Heimat und an unsere lieben Toten“ aufgestellt.⁶³⁴ Direkt am Platz vor dem Rathaus errichtete man 1956 einen Gedenkstein (Abb. IV.146). Auf dem in seiner natürlichen Form belassenen Findling ist in einer Metallplakette die Inschrift „Not und Tod brachten uns her, Arbeit und Fleiß schufen uns Ehr“ zu lesen und daneben die Jahreszahlen 1946 und 1956. Die Unterschrift „Errichtet im 10. Jahre der Vertreibung“ stellt erst den thematischen Zusammenhang der Inschrift her. Damit werden der entbehrungsreiche Anfang und die Leitungsbereitschaft der Aufbauzeit als zwei Eckpfeiler der Erinnerung benannt. Weitere Bildwerke finden sich in der Anfangszeit nicht.⁶³⁵

Auch in Waldkraiburg stand am Anfang das Totengedenken im Vordergrund. Im Jahr 1955 errichtete man auf dem Friedhof eine Gedenkmauer mit der Inschrift „Ihr Toten der Heimat seid nicht vergessen“ und ringsum angebrachten Namenstafeln der Verstorbenen.⁶³⁶ Inhaltliche Verweise auf die Herkunftsgebiete gaben drei in den folgenden Jahren aufgestellte Bildwerke. Über der Hofeinfahrt eines Wohnhauses an der „Glashüttenstraße“, der zentralen Zufahrtsstraße ins Zentrum, wurde 1958 die Bauplastik „Glasbläser“ angebracht (Abb. IV.148 und IV.140, E5).⁶³⁷ Zusammen mit dem Toponym verwiesen die zwei dargestellten Glasbläser auf das in den ehemals deutsch besiedelten böhmischen Grenzregionen typische Glasge-

⁶³² Schutzmantelmadonna „Madonna der Vertriebenen“, St. Michael, Neutraubling. Inventarblatt der Kunstsammlung des Bistums Regensburg. Inventar-Nr. Neut. 0009. (Zur Verfügung gestellt vom Katholischen Pfarramt St. Michael Neutraubling). – *Katholische Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling* 2005, S. 23–25.

⁶³³ Fußbodenmosaik St. Michael, Neutraubling. „“. Inventarblatt der Kunstsammlung des Bistums Regensburg. Inventar-Nr. Neut. 0071. (Zur Verfügung gestellt vom Katholischen Pfarramt St. Michael Neutraubling). – *Katholische Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling* 2005, S. 23–25.

⁶³⁴ Das Kreuz wurde zuerst in der Nähe des Flüchtlingslagers errichtet und nach der Gemeindegründung 1950 auf den neu angelegten Friedhof verlegt. *Bund der Vertriebenen Bayern* (A-L). o.J., S. 33.

⁶³⁵ *Verein Bayerland e.V.* (Hrsg.): *Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut*. München o.J. (1960), S. 17.

⁶³⁶ *Bund der Vertriebenen Bayern* (L-Z). o.J., S. 47.

⁶³⁷ *Städtische Galerie Waldkraiburg* (Hrsg.): *Suchet der Stadt Bestes. Die Geschwister Brunotte – Kunst in der Stadt*. Ausst.-Kat., Waldkraiburg, Städtische Galerie, 21. September bis 5. November 2000. Waldkraiburg 2000, o. S. – Liste „Kunstdenkmäler Waldkraiburg“, Konrad Kern (Stadtarchivar) vom 28.10.1999. Stadtarchiv Waldkraiburg, Nr. 8.

werbe, dessen Ansiedlung in Waldkraiburg die Ausgangsidee für die Siedlungsgründung gewesen war.⁶³⁸ Ebenfalls 1958 wurde auf dem Platz vor der katholischen Kirche ein „Rübezahlbrunnen“ aufgestellt (Abb. IV.148 und IV.140, F4/5). Jedoch ist durch die für das volkstümliche Thema ungewöhnliche, schematische Darstellung die Figur nicht ohne weiteres als böhmische Sagengestalt – und damit als Verweis auf Sagen und Bräuche der Herkunftsgebiete – zu erkennen.⁶³⁹

Im Jahr 1960 wurde die „Glashüttenstraße“ in „Berliner Straße“ umbenannt und am daran anschließenden „Berliner Platz“ ein Bär, das Wappentier Berlins, aufgestellt (Abb. IV.140, D/E4). Auf einem Schild in seinen Pfoten ist die Entfernung nach Berlin angegeben. Eine 1959 gegründete Ortsgruppe der Berliner in Waldkraiburg hatte sich für die Aufstellung der Figur engagiert. Dass diese relativ kleine Herkunftsgruppe einen so prominenten Herkunftsverweis erhielt, muss im Kontext einer entsprechenden bundesdeutschen Erinnerungspraxis der Nachkriegszeit gesehen werden, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird.⁶⁴⁰

In Traunreut errichteten 1951 die dortigen Landsmannschaften auf dem Friedhof ein hohes, einfaches Holzkreuz mit ringsum liegenden Steinfindlingen, die auf die Herkunftsgebiete der Bewohner verweisen. Ein sechster Stein ist mit „Bayern – Neue Heimat“ beschriftet.⁶⁴¹ Die Akzeptanz der Endgültigkeit, die mit dem Verweis auf die „neue Heimat“ ausgedrückt wird, war 1951 noch keineswegs selbstverständlich.⁶⁴² Auch in Traunreut wurde 1960 nahe des Rathausplatzes ein Berliner Bär aufgestellt (Abb. IV.149). Hier stammten die beiden größten

⁶³⁸ Vgl. Kapitel II, S. 40.

⁶³⁹ *Sudetendeutsche Landsmannschaft, Kreisgruppe Bad Tölz-Wolfratshausen; Förderverein Geretsrieder Heimatmuseum e.V.* (Hrsg.): Wilhelm Srb-Schloßbauer: 1890–1972. Eine Auswahl aus seinem Werk. Ausst.-Kat., München, Sudetendeutsches Haus, 17. Februar bis 2. März 2012. Geretsried 2012, S. 55. – Liste „Kunstdenkmäler Waldkraiburg“ (wie Anm. 637), Nr. 34.

⁶⁴⁰ Der Anteil der aus Berlin stammenden Waldkraiburger lag weit unter zehn Prozent. Vgl. dazu Schütz, S. 58. – *Schleich, Leonhard*: Landsmannschaften und Heimatvereine in Waldkraiburg. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): *Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt*. Waldkraiburg 2009, S. 293. – Liste „Kunstdenkmäler Waldkraiburg“ (wie Anm. 637), Nr. 42. – Eine erste Bezugnahme auf die Ankunftsregion wurde in Waldkraiburg 1964 hergestellt. Als Verbindung des südlichen Stadtteils mit der übrigen Stadt wurde die „Bayernbrücke“ eingeweiht und dabei ein Löwe mit bayerischem Wappenschild aufgestellt. Dieser war ein Geschenk der Kreisstadt Mühldorf anlässlich der Brückeneinweihung an die inzwischen fast fünfzehn Jahre alte Kommune. *Kern, Konrad*: *Waldkraiburger Chronik*. in: ders. (Hrsg.): *Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt*. Waldkraiburg 2009, S. 377. – Liste „Kunstdenkmäler Waldkraiburg“, Konrad Kern (Stadtarchivar) vom 28.10.1999. Stadtarchiv Waldkraiburg, Nr. 31. – Später folgende Selbstverortungen betonten wieder die Herkunftsgebiete, wie ein Denkmal von 1967 zur Erinnerung an die „Turner des Sudetenlands“, das zur Einweihung der neuen Schulturnhalle aufgestellt wurde, ein Brunnen mit „böhmischen Musikanten“ von 1970 und ein 1994 errichtetes Trachtenpaar vor dem Haus der Vereine. Im Jahr 2006 wurde neben dem Rathaus ein Mahnmal zum Thema Flucht und Vertreibung aufgestellt. Liste „Kunstdenkmäler Waldkraiburg“, Konrad Kern (Stadtarchivar) vom 28.10.1999. Stadtarchiv Waldkraiburg, Nr. 22, 28, 33. – *Bund der Vertriebenen Bayern (L-Z)*. o.J., S. 47.

⁶⁴¹ *Danner; Puhane; Schubert* 2011, S. 66. – *Bund der Vertriebenen Bayern (L-Z)*. o.J., S. 42.

⁶⁴² Vgl. z.B. *Beer* 2011, S. 110.

Firmen der Stadt – Siemens und Heidenhain – ursprünglich aus Berlin sowie ein großer Teil ihrer ebenfalls nach Traunreut umgesiedelten Stammbesitzer.⁶⁴³

Eine explizite Darstellung der Stadtgeschichte findet sich in Traunreut durch das monumentale Wandbild am Rathaus von 1957, das die Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen und den Aufbau des Ortes thematisiert (Abb. IV.150 und IV.53). Der Bildraum zeigt verschiedene gleichzeitige und aufeinanderfolgende Szenen und beginnt mit einer Familie aus Vater, Mutter und Kind am linken unteren Bildrand, die durch zwei Bündel als Flüchtlinge oder Vertriebene gekennzeichnet sind. Mutter und Tochter blicken nach links, in westlicher Lesetradition also zurück, der Vater zum Geschehen im Bildraum, wo Aufräum-, Rodungs- und Maurerarbeiten dargestellt sind. Eine der Figuren krempelt – Tatkraft signalisierend – die Ärmel hoch, um sich sogleich mit einer Spitzhacke an die Arbeit zu machen. Als Simultandarstellung handelt es sich vermutlich um den eingangs vorgestellten Familienvater: Dieser hat sich aus der statischen Haltung des ersten Bildes gelöst und ist, seine Jacke abstreifend, im Bild nach rechts oben ‚zur Tat‘ geschritten. Am oberen Bildrand wird das Geschehen mit Sinn-Bildern des Aufbaus abgeschlossen: eine Ziegelmauer wird gebaut, ein Baum wird gepflanzt. Im Bildhintergrund sind fertige Gebäude zu sehen, darunter die katholische Kirche der Stadt, die die Darstellung als den Aufbau Traunreuts identifiziert. Am rechten unteren Bildrand ist ein Zitat von Marie von Ebner-Eschenbach zu lesen: „Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, dann ist es der Glaube an die eigene Kraft“, der von Eichenlaub umrankt wird.⁶⁴⁴

Auf dem Wandbild eines gegenüber dem Rathaus liegenden Wohn- und Geschäftshauses wird das Thema Aufbau aufgegriffen. Im unteren Bildteil werden Ziegel zum Aufbau herangeschafft, und im oberen Teil die Errichtung der im Hintergrund dargestellten Häuser von mit Schaufel und Bauplan ausgerüsteten Figuren vorangetrieben (Abb. IV.22, 151⁶⁴⁵ und 149).

Nur wenige Meter vom Rathaus entfernt, zwischen diesem und der katholischen Kirche, wurde im November 1959 ein Gedenkstein eingeweiht (Abb. IV.152 und 149). Der überlebensgroße Granitfindling nennt auf einer quadratischen Steintafel nach der Einleitungsformel „In Memoriam“ die Namen von elf Personen mit dem jeweiligen Geburtsjahr und jeweils demselben Sterbejahr, 1947. Der Stein erinnert an einen tödlichen Unfall bei den Entgiftungs-

⁶⁴³ Danner; Puhane; Schubert 2011, S. 65.

⁶⁴⁴ Auch Signatur und Jahreszahl sind hier am Bild vermerkt. Stadtarchiv Traunreut. Fotosammlung. Foto-6188. – Das Wandbild wurde im Zuge einer umfassenden Sanierung des Rathauses 1983 entfernt. Cooke, Heidi: „Glaube an die eigene Kraft“: Erinnerung an den Traunreuter Künstler Lothar Sperl (1910-1987). In: Gradraus. Zeitung für den Chiemgau und Rupertiwinkel, 6.8.2012. Online unter: <http://gradraus.de/grdrswp/?p=8222&print=1> (zuletzt geprüft am 24.10.2016).

⁶⁴⁵ Für die untere Szene konnte aufgrund eines inzwischen angebrachten Vordachs keine Abbildung erstellt werden.

arbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Heeresmunitionsanstalt in diesem Jahr, und damit an einen tragischen Teil der Vorgeschichte des Ortes.⁶⁴⁶ Im Anschluss an die Namensliste folgt der Text „In Memoriam unserer Toten der Kriege: 1914/18 – 1939/45“, unter das das Traunreuter Stadtwappen und die Jahreszahl 1959 gesetzt sind. Der Gedenkstein wurde somit in einer Doppelfunktion als Erinnerung an den Unfall in der Entstehungsgeschichte und als Kriegerdenkmal platziert. Da eine Erklärung zum ersten Aspekt fehlt, erschließt sich diese Ebene nur dem mit der Stadtgeschichte Vertrauten.⁶⁴⁷

In Neugablonz äußerte sich die Sonderstellung der gemeinsamen Herkunftsstadt im Alltag durch „ein ungemein stark entwickeltes Heimatbewußtsein“⁶⁴⁸, wie es Bausinger in seiner Studie von 1959 nennt, das von den einheimischen Bewohnern Kaufbeurens als regelrechter „Heimatkult“⁶⁴⁹ empfunden worden sei. Dies schlägt sich auch in der Dichte an Bildwerken mit Bezug zur eigenen Geschichte nieder, auch wenn der Schwerpunkt nicht in erster Linie in einem reinen Herkunftsverweis zu finden ist.

Die ersten Wohnblocks der Baugenossenschaft an der Sudetenstraße aus dem Jahr 1950, die sich als lange Häuserreihe an dieser Hauptstraße entlangzogen, zeigten aber tatsächlich reine Herkunftsverweise. Hier wurden die Eingangstüren mit Wappen der Ortschaften aus dem Kreis Gablonz geschmückt (Abb. IV.153 und 141).⁶⁵⁰ Ein in den 1950er Jahren aufgestellter „Kilometerstein“ verbindet dagegen Verweise auf die Herkunftsstadt mit solchen zur Ankunftsregion und mit einem nationalen Kontext: Hier sind die Entfernungen nach Gablonz an der Neiße, aber auch nach Kaufbeuren, der Muttergemeinde, und nach Berlin⁶⁵¹ angegeben (Abb. IV.155 und 141). Ein weiteres in Sgraffito-Technik gefertigtes Wandbild an einem Wohn- und Geschäftshaus am „Neuen Markt“ verbindet ebenfalls Verweise auf den Herkunftsort mit der „neuen Heimat“. Der siebengeschossige sogenannte „Postblock“ aus dem Jahr 1962 erhielt an der zum Platz gewandten Fassade ein monumentales Bildfeld, das sym-

⁶⁴⁶ Danner; Puhane; Schubert 2011, S. 67.

⁶⁴⁷ Das Denkmal entwarf Hans Döllgast, die Tafel der Bildhauer Peter Ferdinand Miller. Da die Tafel auf dem Foto der Einweihung noch fehlt, könnte es sein, dass diese nachträglich angebracht wurde und nicht Teil des ursprünglichen Entwurfs war. Zu den Künstlerangaben, vgl. Danner; Puhane; Schubert 2011, S. 67. – Das Foto findet sich in: Puhane 2003, S. 108.

⁶⁴⁸ Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 173.

⁶⁴⁹ Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 173.

⁶⁵⁰ Lang 1986, S. 352. – Die Wohnhäuser sind inzwischen abgerissen und damit auch die Wappen aus dem Stadtbild verschwunden. Hübner, Hans-Joachim: Verlorene Werke von Otto Pohl. In: Jeschken-Iser-Jahrbuch (2012), S. 109.

⁶⁵¹ Dass hier Berlin und nicht Bonn als nationale Ebene angegeben ist, kann als reaktionärer Rückgriff verstanden werden. Insbesondere in den 1950er Jahren kann es jedoch genauso die Bewertung der bundesdeutschen Teilung als vorläufigen Zustand spiegeln. Wie auch die Nicht-Akzeptanz der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze drückt es den bundesdeutschen politischen Kanon der Zeit aus. Vgl. z.B. Beer 2011, S. 140. – Vgl. dazu auch die Anmerkungen über die Gedenkpraxis zu Berlin im nächsten Abschnitt.

bolische Darstellungen zu Gablonz und Kaufbeuren verbindet (Abb. IV.155 und 141).⁶⁵² Die oberste, männliche Figur hält eine Gebäudeminiatur des Neuen Rathauses in Gablonz an der Neiße in den Händen, eine weibliche Figur halbrechts darunter eine Miniatur der alten katholischen Stadtpfarrkirche St. Anna. Rechts oben sind das Gablonzer Stadtwappen und der böhmische Löwe zu sehen. Ein Wappen neben der weiblichen Figur kann trotz des nichtfarbigen Sgraffitos als österreichische Flagge identifiziert werden. Damit wird die eigene Herkunft aus der Habsburgermonarchie und damit der territorialen Ordnung vor 1918 verortet.⁶⁵³ Unter der weiblichen Figur sieht man einen Mann, der eine Ziegelmauer errichtet und darunter eine Frau mit Säugling. Diese wird links von den Wappen des deutschen Reichs- oder Bundesadlers, dem bayerischen Staatswappen und dem Wappen der Stadt Kaufbeuren flankiert. Die zukünftigen Generationen sind damit der Ankunftsregion zugeordnet, der durch die Ziegelmauer symbolisierte Aufbau verbindet die alte und die neue Heimat.

Einen zentralen Platz in der Themenpalette nahmen in Neugablonz ebenfalls Arbeit und Aufbauleiß ein. Am Postblock ist die Bautätigkeit in der Bildmitte verortet und gewinnt dadurch zentrale Bedeutung. Schon etwa zehn Jahre früher zeigen vier Wohnhäuser aus dem Jahr 1952 das die Siedlung begründende Schmuckgewerbe als Sgraffito-Zyklus auf der Giebelseite. Die mehrere Geschosse umspannenden Wandbilder geben die Produktionsschritte und den Vertrieb der Waren wieder (Abb. IV.156 und 141).⁶⁵⁴ An der Sudetenstraße wurde in den 1950er Jahren nach dem Tod Ferdinand Porsches eine Büste des Ingenieurs und Firmengründers mit der Inschrift „Ferdinand Porsche. Ein Sudetendeutscher“, gefolgt von dessen Geburts- und Sterbedaten errichtet (Abb. IV.157 und 141).⁶⁵⁵ Porsche, der aus einem Dorf in der Nähe von Gablonz stammte, wird damit über das Denkmal zwar einerseits als Verweis auf die (gemeinsame) Herkunft genutzt, mehr noch aber dessen technische und unternehmerische Erfolge als Verdienste für die eigene Herkunftsgruppe vereinnahmt.

⁶⁵² Hübner 2012, S. 109.

⁶⁵³ Dies deckt sich mit den Beschreibungen bei Bausinger, der zur „nationalen Einstellung der Gablonzer“ schreibt: „Es handelt sich weniger um eine gegenwärtige nationalpolitische Einstellung als um die bewußte, sentimentalische Bewahrung früherer Haltungen und Formen. 1956 stand der Faschingsball der Sudetendeutschen Landsmannschaft unter dem Motto: ‘Wie’s daheme wor’ – ein Bildnis Kaiser Franz Josephs schmückte die Wand [...]“, Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 31.

⁶⁵⁴ Im ersten Bild ist die Verarbeitung des sogenannten Stangenglases, das in Bündeln am unteren Bildrand steht, mit der Erhitzung und der Weiterverarbeitung durch einen Glasbläser im Bildzentrum zu sehen. Im zweiten Bild folgt u.a. der Arbeitsschritt des Glasschleifens und im dritten Bild die Weiterverarbeitung und Vorbereitung zum Versand. Das letzte Bild illustriert durch Bürorequisiten, einen Globus und ein Flugzeug den internationalen Vertrieb der Gablonzer Schmuckwaren und zeigt Schmuck anlegende Frauen, die vermutlich den Endkonsumenten darstellen. Die Wandbilder stammen von Otto Pohl, der von Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre die meisten Wandbilder in Neugablonz gestaltete. Pohl wurde 1914 in Gablonz geboren und besuchte unter anderem die dortige Kunstgewerbeschule. 1952 zog er nach Neugablonz. Vgl.: Hübner 2012. – Eine Datierung der Bildwerke fehlt. Zur Datierung der Wohnhäuser, vgl.: Bildband des Gablonzer Siedlungswerks. Archiv des Neugablonzer Industrie- und Schmuckmuseums.

⁶⁵⁵ *Bund der Vertriebenen Bayern (A-L)*. o.J., S. 45.

An der 1956 errichteten Gustav-Leutelt-Schule wurden an der Schmalseite einer der Hauptflügel die Felder zwischen den Fenstern der drei Etagen zur Darstellung von Ankunft und Aufbau genutzt (Abb. IV.85 und IV.158).⁶⁵⁶ Im oberen Bildfeld sind Männer, Frauen und Kinder mit Rucksäcken, Bündeln und Koffern zu sehen. Eine Person auf Krücken drängt sich in den spärlichen Bildraum. Die Figuren füllen diesen vollständig aus und wirken wie unter der Last der oberen Fensterreihe gebückt. Im unteren Bildfeld stehen die Figuren dagegen aufrecht und lockerer und ein zuversichtliches Lächeln liegt auf den Lippen. Hammer, Schaufel, Maurerkelle, Säge und Pinsel liegen in der Hand und die Figur im Zentrum hält ein halb ausgerolltes Blatt, vermutlich einen Bauplan, bereit. Ähnlich wie in Geretsried wird die Ankunftsszene damit zur Kontrastfolie, die als schwierige Ausgangslage den Aufbauleiß unterstreicht. Der ärmlichen und bedrückenden Darstellung der Ankunft ist ein tatkräftiger Aufbau gegenübergestellt.

Das Thema Flucht und Vertreibung ist so in den 1950er Jahren entweder in das Thema der Aufbauleistung eingebunden oder taucht, wie in Neutraubling, als biblische Metapher auf: Der 1957 errichtete Turm der katholischen Kirche in Neugablonz war ursprünglich mit Mosaikszenen geschmückt, die unter anderem die Vertreibung aus dem Paradies und die Flucht nach Ägypten zeigten (Abb. IV.115 und 141). Wie es in der Jubiläumsschrift von 1986 heißt, wurden diese „in Zusammenhang gebracht mit [...] der Vertreibung aus der Heimat im Sudetenland“.⁶⁵⁷ Als Einzelthema wurde es erstmals 1963 durch das Denkmal „Die Vertriebenen“ gezeigt.⁶⁵⁸ Eine Kleinfamilie aus Mann, Frau und Säugling symbolisiert hier, sorgenvoll blickend und gebückt, die Vorgeschichte der Bewohner als ärmlichen und schwierigen Neuanfang.⁶⁵⁹

⁶⁵⁶ Sgraffito von Otto Pohl, 1956: Signatur und Datierung am Bild.

⁶⁵⁷ Wegen Bauauffälligkeit mussten die Bilder 1972 entfernt werden. Weigel 1986, S. 382.

⁶⁵⁸ [ohne Autor]: Chronik in Stichworten. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 568.

⁶⁵⁹ Ein wichtiges Denkmal in Neugablonz war der 1970 vor der katholischen Kirche aufgestellte „Rüdigerbrunnen“. Die ursprünglich in Gablonz aufgestellte Figur von Franz Metzner sorgte für starke Kontroversen, da sowohl Motiv als auch die stilistische Darstellung als Zeichen einer nationalistischen und revanchistischen Haltung gedeutet wurde. Da die Aufstellung weit außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt, wurde sie nicht in diese Untersuchung einbezogen. Vgl. dazu: Nestle, Albrecht: Der ruhelose Ritter von Gablonz. Geschichte eines Denkmals. In: Köhle-Hezinger, Christel (Hrsg.): Neue Siedlungen – neue Fragen. Eine Folgestudie über Heimatvertriebene in Baden-Württemberg – 40 Jahre danach. Ein Projekt des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Tübingen 1995, S. 180–185. – Als spätere Bildwerke und Denkmäler wurden darüber hinaus 1977 ein Wappenmast vor dem neu errichteten Kulturzentrum „Gablonzer Haus“ aufgestellt, 1977 ein „Ehrenmal“ zur Erinnerung an die Opfer von Krieg und Vertreibung, 1981 ein Gedenkstein an das Flüchtlingslager und 1986 der „Isergebirgsbrunnen“, bestehend aus einem Felsblock aus dem Sudetengebirge. Vgl.: *Bund der Vertriebenen Bayern* (A-L). o.J., S. 44–46.

Thematische Schwerpunkte im Überblick

In den meisten Städten, nämlich in Geretsried, Waldkraiburg und Traunreut, sind die ersten Bildwerke, die inhaltlich auf die Geschichte der Bewohner verweisen, dem Totengedenken gewidmet. In Geretsried ist dies explizit mit der Erinnerung an die Heimat verbunden, in den anderen lässt sich die Geschichte des Heimatverlustes indirekt ablesen. Gerade das Totengedenken war ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur unter Flüchtlingen und Vertriebenen. In einer Arbeit zum Heimatbegriff führt Elisabeth Fendl den Begräbnisort von Familie und Freunden als eine der genannten Definitionen für Heimat an. Anhand einer Liste des Bundes der Vertriebenen, die alle „Mahn- und Gedenkstätten“ in Bayern bis 2005 auflistet, lässt sich dieser Schwerpunkt für frühe Bildwerke insgesamt feststellen.⁶⁶⁰

Auch wenn die Dichte an Bildwerken in den Vertriebenenstädten stark variierte, so zeigt sich bis in die frühen 1960er Jahre in fast allen Städten eine Dominanz der Themenfelder Aufbau und (Arbeits-)Leistung im öffentlichen Raum. Flucht und Vertreibung wurden zwar nicht ausgeklammert, aber sie dienten vielmehr der Betonung dieser Erfolge und Leistungen: Was in Geretsried durch die dialektische Inschrift ausgedrückt wird, findet sich im Traunreuter Rathausbild und an der Neugablonzer Schule bildlich in den von Armut und Unsicherheit geprägten Ankunftsszenen, denen der zupackende Aufbau gegenübergestellt wird. Gerade in Neugablonz, dessen Erinnerungskultur in der Außenwahrnehmung so dominant zu Tage trat, sind fast alle bildlichen Szenen in die Rahmenhandlung der (erfolgreichen) Arbeit eingebettet; ob durch den ‚Landsmann‘ und erfolgreichen Unternehmer Ferdinand Porsche, die Darstellung des Schmuckgewerbes oder die Bauleistung im Zentrum der Integrationsmetapher am „Postblock“. In Waldkraiburg ist die Darstellung der Glasbläser als Portalschmuck zwar dezent, aber sie wurde bis 1960 durch den Straßennamen „Glashüttenstraße“ verstärkt, die nicht irgendeine, sondern die zentrale Zufahrtsstraße in die Stadt benannte. Der Gedenkstein am Rathausplatz in Traunreut kann ebenfalls in den Themenbereich von Arbeit und Aufbau eingeordnet werden. Der Unfall bei den Entgiftungsarbeiten erinnert an die ersten Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort und die Vorgeschichte des Ortes. Durch die gleichzeitige Nutzung als Kriegerdenkmal und die beschränkte Verständlichkeit der ersten Ebene wird der tragische Teil der Entstehung zugleich wieder in den Hintergrund gedrängt. Was gezeigt wird, sind die heroischen Arbeitsszenen am Rathaus, während die negativen Aspekte weniger offen thematisiert werden.

⁶⁶⁰ *Bund der Vertriebenen Bayern (A-L). o.J. – Bund der Vertriebenen Bayern (L-Z). o.J.*

Die Vorgeschichte der Flucht und Vertreibung dagegen taucht als Einzelthema erst 1963 auf. Davor ist sie neben der genannten unterstützenden Funktion in der Erzählung der Aufbauleistung, religiös eingebettet, wie in Neutraubling oder in Neugablonz. Doch auch die Herkunftsgebiete werden in der bildlichen Darstellung nur zweitrangig thematisiert. Nahezu omnipräsent in den Straßennamen und zentrales Thema der zeitgleich bundesweit eingerichteten Heimatstuben sind sie in den Bildwerken, wie etwa dem Rübezahlsbrunnen in Waldkraiburg, nur vereinzelt zu finden. Sogar in Neugablonz sind die durchaus zahlreichen Herkunftsverweise, entweder in das genannte Themenfeld der Arbeits- und Aufbauleistung eingebettet oder wurden mit der Ankunftsregion zum Themenfeld der Integration verknüpft.

Die Darstellung der Berliner Bären in Waldkraiburg und Traunreut stellt einen Sonderfall dar. Diese war Teil einer bundesweiten Gedenkpraxis, die vom Berlin-Beauftragten der Bundesregierung initiiert und vom „Bund der Berliner und Freunde Berlins“ fortgeführt wurde. Als Figuren mit Kilometerangabe oder bloße Kilometersteine wurden sie zwischen 1954 und 1989 in der ganzen Bundesrepublik an Autobahnen und in Städten aufgestellt mit dem Ziel „das Interesse und die Erinnerung an Berlin wachzuhalten“.⁶⁶¹ Ähnlich wie bei den Straßennamen ergibt sich damit eine Doppellebene als bundesdeutsche und lokale Erinnerungskultur, die die merkwürdige Dominanz dieser vergleichsweise kleinen Bewohnergruppe in diesem Kontext erklärt.

Aufbauleistung als Integrationstopos und Selbstbild der Nachkriegsbundesrepublik

Der hohe Stellenwert des Themenbereichs Aufbau, Fleiß, Leistung und Arbeit erklärt sich aus der Integrationsgeschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Bundesrepublik und zugleich aus dem Selbstverständnis des neuen Staates insgesamt. Die Aufnahme in die vier Besatzungszonen war zu Beginn aufgrund der Zerstörungen durch den Krieg eine enorme Belastung und wurde von der Aufnahmegesellschaft stark als solche wahrgenommen. Als sich die Wirtschaft langsam zu erholen begann und in das viel zitierte ‚Wirtschaftswunder‘ mündete, änderte sich die Wahrnehmung hin zu einem „Reservoir an flexiblen und hochmotivierten Arbeitskräften“.⁶⁶² Deren Leistungsbereitschaft schaffte Anerkennung, und änderte die anfängliche Ablehnung.⁶⁶³

⁶⁶¹ [ohne Autor]: Warum eine Liste der Berliner Bären Kilometersteine? In: Berliner Meilensteine o.J. Online unter: <http://www.berliner-meilensteine.de/initiative.html> (zuletzt geprüft am 17.10.2016).

⁶⁶² Engelhardt 2002, S. 40.

⁶⁶³ Vgl. dazu auch Beer 2011, S. 122, 123. – Eine als zu stark empfundene Betonung der eigenen Leistungsbereitschaft konnte jedoch als Arroganz ausgelegt werden. So führte der dem Rathausbild in Traunreut beigegefügte Spruch zu einem heftigen Konflikt mit der Aufnahmegesellschaft, da die Zusammenführung von „Glauben“ und

Auf der anderen Seite boten Arbeit und Leistung die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen, und waren ein wichtiger Faktor für den eigenen Selbstwert und das Gefühl, angekommen zu sein. „Arbeit schafft Heimat“ war der Titel einer Publikation des bayerischen Flüchtlingskommissars Wolfgang Jaenicke, in der die neu in Bayern angesiedelten „Industrien der Heimatvertriebenen“ vorgestellt werden.⁶⁶⁴ Der Titel avancierte zum Schlagwort der Zeit für einen erfolgreichen Weg zur Integration,⁶⁶⁵ und wurde auch bei späteren Befragungen als eines der Definitionskriterien des eigenen Heimatbegriffs angegeben.⁶⁶⁶

Die Bedeutung der Eingliederung in die „westdeutsche Aufbaukultur“⁶⁶⁷ für den Integrationsprozess beschreibt Everhard Holtmann am Beispiel des Eigenheimbaus in der Nachkriegszeit. In den 1950er Jahren wurde das Eigenheim zum Hauptziel der eigenen Lebensplanung der meisten Bundesbürger und auch unter Flüchtlingen und Vertriebenen rangierte es an erster Stelle.⁶⁶⁸ Der Eigenheimbau war gerade in den 1950er Jahren mit einem hohen Anteil an Eigenleistung verbunden. Er wurde daher mit „Disziplin, Sparsamkeit, Hilfs- und Aufopferungsbereitschaft“⁶⁶⁹ in Verbindung gebracht, die als nationale Tugenden verstanden und propagiert wurden. Die Selbsthilfe beim Eigenheimbau bei Vertriebenen und Flüchtlingen wurde unter anderem in der lokalen Presse als ein Indiz der Integration wahrgenommen und als Zei-

„eigene[r] Kraft“ als frevelhaft und überheblich ausgelegt wurde. Der Pfarrer der katholischen Gemeinde in Traunreut erinnert sich in einem Interview, dass dies für ein negatives Außenbild sorgte: „Einmal ganz abgesehen von den theologischen Einwänden, die man haben kann dem Spruch gegenüber, hat nach meiner Erinnerung dieser Spruch in der Umgebung Missstimmung erzeugt, insofern, als man gesagt hat: Seht ihr, so sind sie, die Traunreuter! Diese Kraftmeier und Kraftprotze!“. Der Spruch wurde in der Folge einmal anonym mit roter Farbe übermalt und musste für einen offiziellen Staatsbesuch zur Stadterhebung mit dem Stadtwappen überdeckt werden. Später wurde er jedoch wieder freigelegt. Auch in Neugablonz führte ein als übermäßig empfundener Arbeitsfleiß zu Spannungen. Wie Bausinger schreibt, wurde die Neusiedlung in der Umgebung v.a. aufgrund von Sonntagsarbeit als „das sündige Dorf“ bezeichnet. Interview mit Pfarrer Wendelin Stöttner vom 10.3.1980. Schulprojekt Zeitzeugengespräch. Gymnasium Traunreut. Privatbesitz Reinhold Fuchs (damaliger Lehrer und Projektleiter), S. 14. – Pfarrer Theodor Heckel. Die Evang.-Luth. Pfarrei in Stichworten. 1956-1967. Materialsammlung zur Ausstellung „40 Jahre Kirchen in Traunreut“ 1994. Privatbesitz Johannes Danner (Ortsheimatpfleger Traunreut), v.a. S. 7, 8. – Bausinger; Braun; Schwedt 1959, S. 29.

⁶⁶⁴ Jaenicke, Wolfgang (Hrsg.): Arbeit schafft Heimat. Ein Bildbericht über die Industrien der Heimatvertriebenen in Bayern. München 1950.

⁶⁶⁵ Vgl. dazu auch Beer 2011, S. 122.

⁶⁶⁶ Fendl, Elisabeth: Zwischen zuhause und daheim. Zum Heimatbegriff von Heimatvertriebenen. In: Haus der Heimat (Hrsg.): Heimat – Annäherungsversuche. Fachtagung im Rahmen der Jubiläumswoche „30 Jahre Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg“ am 26. September 2006. Stuttgart 2007, S. 23.

⁶⁶⁷ Holtmann, Everhard: Neues Heim in neuer Heimat. Flüchtlingswohnungsbau und westdeutsche Aufbaukultur der beginnenden fünfziger Jahre. In: Schildt, Axel; Sywottek, Arnold (Hrsg.): Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg. Frankfurt/Main, New York 1988 (Campus-Forschung 589), S. 365.

⁶⁶⁸ Holtmann thematisiert auch den Widerspruch zwischen Eigenheimwunsch und Rückkehrhoffnung, an der trotzdem festgehalten wurde, und der zu einer üblichen Paradoxie der Zeit zählte. Holtmann 1988, S. 362.

⁶⁶⁹ Holtmann zitiert hier den Landrat des Landkreises Unna in Nordrhein-Westfalen 1946, Holtmann 1988, S. 370.

chen der „konkreten und symbolischen Aufnahme in die Wertegemeinschaft der Aufbaukultur“. ⁶⁷⁰

Das ‚Wirtschaftswunder‘ und das damit verbundene Selbstverständnis der Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit, gehörten genauso zum (neuen) Selbstbild der Bundesbürger in den 1950er Jahren. Als dominante Perspektive auf die kollektive Identität lässt es sich in die Theorie der Erinnerungskultur einordnen, auch wenn es sich dabei nicht um einen Blick in die Vergangenheit, sondern auf die Gegenwart handelt. Denn gerade die Konzentration auf die Gegenwart war selbst ein Merkmal im Umgang mit der Vergangenheit in den 1950er Jahren, wie Detlef Garbe konstatiert. ⁶⁷¹ Während er dies in den direkten Nachkriegsjahren noch mit der notwendigen Konzentration auf die vordringlichen Aufräumarbeiten begründet sieht, seien es in den 1950er Jahren „wirtschaftliche Prosperität, Konsumorientierung und wiedererlangtes Selbstbewußtsein (‘wir sind wieder wer’) [gewesen], die den Blick auf den Nationalsozialismus verstellten“. ⁶⁷² Statt politischer Betätigung, von der man sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt weitgehend distanzierte, stand das persönliche wirtschaftliche Vorankommen im Vordergrund. ⁶⁷³

Assmann folgend sind Verkürzung und Vereinfachung, die hier in einer weitgehenden Ausblendung der (Schuld der) Vergangenheit und Fokussierung auf die wirtschaftlichen Leistungen der Gegenwart bestehen, grundlegende Merkmale des kollektiven Gedächtnisses, das sie auf der Ebene des nationalen Gedächtnisses auch als „Mythos“ bezeichnet. ⁶⁷⁴ Für die Nachkriegszeit lassen sich daher das ‚Wirtschaftswunder‘ und der Stolz auf die Aufbauleistung als grundlegendes Element der kollektiven bundesrepublikanischen Identität und als zentraler Mythos in der Erinnerungskultur der Zeit begreifen. ⁶⁷⁵

Die Arbeits- und Aufbauleistung boten im Integrationsprozess sowohl wirtschaftlich als auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung einen idealen Bezugsrahmen. Als inhaltlicher Schwerpunkt in den Bildwerken der Vertriebenenstädte spiegelt es damit einerseits die vor-

⁶⁷⁰ Holtmann 1988, S. 373.

⁶⁷¹ Der breit gefächerte Sammelband zur bundesdeutschen Gesellschaft in den 1950er Jahren versammelt unterschiedlichste Perspektiven. Der Aufsatz von Garbes skizziert die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in dieser Zeit, an deren Stelle die Fokussierung auf den wirtschaftlichen Erfolg in der Gegenwart gesetzt wurde. Garbe, Detlef: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und „Vergangenheitsbewältigung“. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik. In: Schildt, Axel; Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, hier v.a. S. 715.

⁶⁷² Garbe 1998, S. 704.

⁶⁷³ Garbe 1998, S. 714.

⁶⁷⁴ Im Gegensatz zu früheren Forschungen will Assmann diese Bezeichnung, die sie vor allem für das nationale Gedächtnis verwendet, nicht als Verfälschung verstanden wissen, sondern als „affektive Aneignung der eigenen Geschichte“, oder in diesem Fall: der Gegenwart, (Hervorhebung im Original). Assmann 2006, S. 41.

⁶⁷⁵ Der wirtschaftliche Erfolg sorgte zudem für eine breite Akzeptanz der Bundesrepublik und der demokratischen Staatsform, ohne tatsächliche Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Garbe 1998, S. 714.

herrschende und beiderseits akzeptierte Integrationsstrategie und andererseits den Mythos des ‚Wirtschaftswunders‘ und der impliziten Leistungsfähigkeit als kollektives Selbstbild der Nachkriegsbundesrepublik.

2.2.2. Kontinuitäten der künstlerischen Darstellung im Bereich der Kunst am Bau

Die meisten Bildwerke im öffentlichen Raum der Bundesrepublik in den 1950er Jahren entstanden im Rahmen der „Kunst am Bau“-Regelung vom 25. Januar 1950. Diese sah vor, ein Prozent und später zwei Prozent der Bausumme öffentlicher Bauaufgaben für künstlerische Gestaltungen zu verwenden.⁶⁷⁶ Die Regelung war eine zum Teil wörtliche Übernahme der gleichnamigen Verordnung aus dem Jahr 1934, der eine Initiative aus der Weimarer Republik zugrunde lag, mit dem Ziel der finanziellen Förderung bildender Künstler durch staatliche Aufträge.⁶⁷⁷

Die meisten Arbeiten aus dem Bereich Kunst am Bau folgten in den 1950er Jahren einer gegenständlichen, konservativen Kunstauffassung und stellten über Tierdarstellungen, Kinder, Familie und vorindustrielle Arbeit vorzugsweise eine idyllische und unproblematische Lebenswelt dar. Während in der freien Kunst schnell eine Anknüpfung an die Avantgarde der Zwischenkriegszeit und abstrakte Kunstrichtungen stattfand, war der Bereich Kunst am Bau durch personelle Kontinuitäten konservativer Entscheidungsträger und daraus folgende inhaltliche Kontinuitäten geprägt.⁶⁷⁸

⁶⁷⁶ *Dühr, Elisabeth*: Kunst am Bau – Kunst im öffentlichen Raum. Geschichte und Entwicklung öffentlicher Kunst im Spannungsfeld von Architektur, Städtebau und Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1988. Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris 1991 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 484), S. 1, 74. – Vermutlich entstanden auch die meisten der hier behandelten Bildwerke im Rahmen dieser Regelung. Im Zusammenhang mit der Fragestellung ist dies jedoch irrelevant und wurde daher nicht weiter untersucht.

⁶⁷⁷ *Dühr* 1991, S. 71, 72. – Vgl. auch *Eckstein, Beate*: Im öffentlichen Auftrag. Architektur- und Denkmalsplastik der 1920er bis 1950er Jahre im Werk von Karl Albiker, Richard Scheibe und Josef Wackerle. Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2004. Hamburg 2005 (Schriften zur Kunstgeschichte 10), S. 168–171.

⁶⁷⁸ Der Bereich Kunst am Bau wurde daher in der künstlerischen Öffentlichkeit bis in die 1960er Jahre, als eine weitreichende Debatte dazu einsetzte, kaum wahrgenommen. *Dühr* 1991, S. 102. – Dies mag auch ein Grund dafür sein, dass das Thema – im Gegensatz zu architekturbezogener Kunst in der DDR – in der Forschung nur wenig behandelt wurde. Zur architekturbezogenen Kunst in der DDR, vgl. z.B. *Schönfeld, Martin*: Das „Dilemma der festen Wandmalerei“. Die Folgen der Formalismus-Debatte für die Wandbildbewegung in der SBZ/DDR 1945–1955. In: *Feist, Günter* (Hrsg.): Kunstdokumentation SBZ/DDR. 1945–1990. Aufsätze, Berichte, Materialien. Köln 1996, S. 444–465. – *Guth, Peter*: Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR. Leipzig 1995. – *Flierl, Bruno*: Politische Wandbilder und Denkmäler im Stadtraum. in: ders. (Hrsg.): Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990–1997. Berlin 1998 (Architektur und Stadt), S. 93–107. – Zum Bereich Kunst am Bau in der Bundesrepublik ist noch die Arbeit des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu nennen, die vornehmlich die gesetzliche Regelung untersucht. Beate Eckstein zeichnet anhand dreier Bildhauer die Kontinuitäten vor 1933 und nach 1945 im Bereich der architekturbezogenen Plastik nach. *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung* (Hrsg.): Geschichte der Kunst am Bau in Deutschland. Berlin 2011. – *Eckstein* 2005.

Damit wurden in den 1950er Jahren die typischen Bildmotive der Kunst am Bau zur Zeit des Nationalsozialismus fortgesetzt. Während direkte politische Propaganda im NS auf repräsentative Staatsbauten beschränkt geblieben war, waren auf kommunaler Ebene, wie im Wohnungsbau oder bei Kommunal- und Gemeinschaftsbauten, vor allem eine idyllische, vorindustrielle Lebenswelt dargestellt worden. Als scheinbar unpolitische Themen sollten die Familien- und Arbeitsidyllen systemstabilisierend und integrativ auf die Gesellschaft der ‚Volksgemeinschaft‘ wirken.⁶⁷⁹

Auch insgesamt war die viel beschworene ‚neue deutsche Kunst‘ im Nationalsozialismus lediglich die Fortsetzung eines akademischen Traditionalismus der bis zum Biedermeier des 19. Jahrhundert zurückreichte und propagandistisch in die nationalsozialistische Ideologie eingebunden wurde. Vor allem die bäuerliche Arbeitswelt war ein beliebtes Motiv, um die ‚Blut und Boden‘-Ideologie des Nationalsozialismus zu transportieren. Dargestellt wurde sie hauptsächlich als mühselige Handarbeit, die dabei quasi-religiös überhöht und zusätzlich idealisiert wurde.⁶⁸⁰ Auch im Bereich Kunst am Bau sollte durch die Darstellung vorindustrieller Arbeit an eine ständische, in der modernen Gesellschaft verlorene Ordnung erinnert werden, die in der Volksgemeinschaft wieder angestrebt wurde.⁶⁸¹

Die Fortsetzung dieser Bildmotive wurde in der Bundesrepublik der 1950er Jahre ebenfalls als unpolitisch und neutral verstanden und mit dem Hinweis auf deren Allgemeinverständlichkeit legitimiert. Tatsächlich wurden so aktuelle Themen und Problematiken der Nachkriegszeit ausgeklammert und durch romantisierende Weltflucht in Form heroisierender Darstellungen des arbeitenden Mannes oder einer familiären oder Naturidylle ersetzt.⁶⁸²

Die beschriebenen Kontinuitäten lassen sich bei den hier untersuchten Bildwerken beispielhaft und anschaulich am Rathausbild in Traunreut durch den Künstler und das Bildmotiv verdeutlichen. Lothar Sperl wurde 1910 in Markt Eisenstein/Železná Ruda, in Südwestböhmen geboren und studierte ab 1939 an der Berliner Kunstakademie bei Franz Eichhorst.⁶⁸³

⁶⁷⁹ Dühr 1991, S. 61, 62. – Brantl, Sabine: Haus der Kunst, München. Ein Ort und seine Geschichte im Nationalsozialismus. München 2007, S. 84, 85.

⁶⁸⁰ „Obgleich die Mechanisierung der Landwirtschaft fortschritt, zeigte man den Bauern unverändert bei seiner mühsamen Arbeit des Säens, Pflügens oder Mähens mit der Sense. Seine Arbeit zeugte von Fleiß und Kraft. Die sich endlos wiederholende Mühsal wurde als quasi religiöses Ritual dargestellt.“, Adam, Peter: Kunst im Dritten Reich. Hamburg 1992, S. 134. – Vgl. auch Adam 1992, S. 77, 134, 135 und 165.

⁶⁸¹ Dühr 1991, S. 62.

⁶⁸² „Kunst am Bau wird zum Synonym für Kunstformen, die in dem Verschweigen tatsächlicher Probleme keine zeitgemäße Herausforderung der kritischen Urteilskraft leisten.“, Dühr 1991, S. 95. – Vgl. außerdem: Dühr 1991, S. 99, 100. – Vgl. auch Eckstein 2005, S. 267, 268.

⁶⁸³ Cooke, Heidi: Der Kunstmaler Lothar Sperl. 1910–1987. Eine Einführung in sein Leben und Werk zum Anlaß des hundertsten Jahrestages seiner Geburt o.J. (2010). Online unter: http://www.lotharsperl.com/biog_de_1.html (zuletzt geprüft am 25.10.2016).

Dieser war als überzeugter Nationalsozialist seit 1935 an der Berliner Kunsthochschule tätig und 1936 zum Professor ernannt worden. Neben Kriegs- und Soldatenbildern waren Darstellungen des bäuerlichen Lebens zentrale Themen seiner Malerei.⁶⁸⁴ Eichhorst, wie auch sein Schüler Sperl, stellten mehrfach bei der „Großen Deutschen Kunstausstellung“ in München aus.⁶⁸⁵

Insbesondere das 1942 ausgestellte Gemälde „Rodung“ verweist auf Kontinuitäten in Motivwahl und Bildaufbau (Abb. IV.159). Die Darstellung der drei Männer, die mit großen Stangen versuchen, einen Wurzelstock aus dem Boden zu stemmen, lieferte offensichtlich die Vorlage für die Figurengruppe der Steineräumer im Zentrum des Rathausbildes in Traunreut (Abb. IV.150). Darüber hinaus zeigen Motive und Aufbau des Bildes insgesamt die oben beschriebene Heroisierung und Sakralisierung der Handarbeit: Die zentral dargestellten Steineräumer sind von einer Art Nimbus umgeben, der diese wie eine Erscheinung rahmt, auf die die Figur am linken Bildrand hinweist. Die darüber dargestellten Szenen der Maurerarbeiten und des Baumpflanzens wirken jenseits dieses Nimbus wie ein Versprechen auf die Zukunft, die die ankommende Flüchtlingsfamilie links unten erwartet.

Das Romantisierende der Darstellung wird im Vergleich mit einem Ölbild deutlich, das Lothar Sperl gut zehn Jahre später zu den Anfängen Traunreuts malte und diese weitaus realistischer wiedergibt: Hier sind die Kampfstoffarbeiter bei den Entgiftungsarbeiten in ihren Schutzanzügen vor zerstörten Bunkern zu sehen, während im Hintergrund Schubraupen und Kräne den Aufbau vorantreiben (Abb. IV.160).⁶⁸⁶ Diese Aspekte des Aufbaus sind im Bild von 1957 ausgeblendet. Genauso wird auch das traditionelle Familienbild durch die Flüchtlingsfamilie links unten vermittelt und der Frau lediglich eine passive Rolle im Geschehen zugeordnet, was ebenfalls sowohl der nationalsozialistischen Ideologie, als auch den gesellschaftlichen Maßstäben der 1950er Jahre entsprach.⁶⁸⁷

⁶⁸⁴ Roth, Carsten: Eichhorst, Franz. In: K. G. Saur Verlag München-Leipzig (Hrsg.): Allgemeines Künstlerlexikon. Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker. Bd. 32. München, Leipzig 2002, 504, 505. – Ruppert, Wolfgang: Künstler im Nationalsozialismus. Künstlerindividuum, Kunstpolitik und die Berliner Kunsthochschule. in: ders. (Hrsg.): Künstler im Nationalsozialismus. Die „deutsche Kunst“, die Kunstpolitik und die Berliner Kunsthochschule. Köln, Weimar, Wien 2015, S. 36.

⁶⁸⁵ Eichhorst stellte jedes Jahr mehrere Bilder aus. Sperl war in vier Jahren mit sieben Bildern vertreten. Siehe dazu die jeweiligen Suchergebnisse unter: *Zentralinstitut für Kunstgeschichte; Deutsches Historisches Museum; Haus der Kunst*: GDK-Research. Bildbasierte Forschungsplattform zu den Großen Deutschen Kunstausstellungen 1937–1944 in München. Online unter: <http://www.gdk-research.de> (zuletzt geprüft am 25.10.2016).

⁶⁸⁶ Eine Abbildung findet sich in: *Stadt Traunreut* (Hrsg.): Traunreut. 60 Jahre Gemeinde – 50 Jahre Stadt. Traunreut 2010, o.S.

⁶⁸⁷ Dass dies gerade in Traunreut nicht der Fall war, zeigt nicht zuletzt der Gedenkstein von 1959 am Rathausplatz: Sieben der elf auf der Tafel genannten Unfallopfer der Entgiftungsarbeiten waren Frauen.

Die Fortsetzung typischer Motive, wie auch stilistischer Gestaltung in Kunst am Bau in den 1950er Jahren zeigt die Parallele zu den Befunden in Stadtplanung und Architektur. Wie diese war auch die Kunst am Bau von einem „Verzicht auf die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte“⁶⁸⁸ geprägt.⁶⁸⁹ Arbeitsfleiß und auch die Heroisierung der Arbeit konnten als vermeintlich unpolitisches Selbstbild fortgesetzt werden, obwohl sie gerade als vorindustrielle Handarbeit intensiv für politische Propaganda genutzt worden waren.⁶⁹⁰ Ebenso wenig wie die ideologische Instrumentalisierung des Traditionalismus oder der Nachbarschaftsgliederung im Nationalsozialismus war die Rolle der Kunst am Bau in dieser Zeit ein Thema, mit dem man sich nach 1945 auseinandersetzen wollte, oder das generell als problematisch betrachtet wurde.

⁶⁸⁸ Dühr 1991, S. 76.

⁶⁸⁹ Ein weiteres, allerdings späteres Beispiel der Kontinuität im Bereich der Bildkünste bei kommunaler Repräsentation illustriert das Gemälde „Die Flucht“, das unter diesem Titel bis 2012 im Sitzungssaal des Waldkraiburger Rathauses hing. Der Künstler Ferdinand Staeger hatte das Bild Mitte der 1960er Jahre an die Stadt verkauft. Entstanden war es bereits in den 1940er Jahren mit dem Titel „Der große Treck“, der die Umsiedlung der Wollhynien-Deutschen im Zuge der NS-Umsiedlungsaktion „Heim ins Reich“ darstellt. Gezeigt wurde es 1944 auf der „Großen Deutschen Kunstausstellung“. Vgl. dazu das entsprechende Suchergebnis unter: *Zentralinstitut für Kunstgeschichte; Deutsches Historisches Museum; Haus der Kunst* o.J. – Klemm, Andrea: Von „Der große Treck“ distanziert. In: *Oberbayerisches Volksblatt*, 24.8.2012. Online unter: <http://www.ovb-online.de/muehldorf/waldkraiburg/der-grosse-treck-distanziert-2471250.html> (zuletzt geprüft am 25.10.2016).

⁶⁹⁰ Vgl. z.B. Adam 1992, S. 76, 77.

2.3. Die Erinnerungskultur der Vertriebenenstädte als Teil und Spiegel des kollektiven Gedächtnisses der Nachkriegszeit

Die Untersuchung der Toponyme und Bildwerke bestätigen auf der Ebene der Erinnerungskultur die Befunde zu Anpassung, Einordnung und Spiegel der Nachkriegsbundesrepublik auf der Ebene des Städtebaus und der Architektur. Am deutlichsten wird dies bei den Ortsnamen, die eine eigene und abweichende Geschichte vollkommen verschweigen. Dass dies jedoch keine Tabuisierung der Entstehungsgeschichte bedeutete, zeigen die Straßennamen und Bildwerke, die zum Teil sehr deutlich die Geschichte der Bewohner und Städte aufgriffen. Dabei machte die Benennung der Straßen noch einmal deutlich, dass die Erinnerung an die ehemaligen deutschen Reichs- und Siedlungsgebiete zugleich einen bedeutenden Teil der Erinnerungskultur in den 1950er Jahren ausmachte. Die Darstellung der eigenen Entstehungsgeschichte der Städte spiegelte damit zugleich einen bundesweiten Nachkriegskanon der Erinnerung. Die einzige und deutliche Ausnahme bildet Neugablonz, dessen Toponyme als Orts-, Straßen- und auch Schulnamen die Sonderrolle der Neugründung ausdrücken.

Im Falle der Bildwerke ließen sich jedoch der gleiche thematische Schwerpunkt wie in den anderen Städten feststellen und die damit verbundene Spiegelung der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Die Betonung des Themenfeldes Leistung, Aufbau und Arbeit wird dabei aus zwei Perspektiven verständlich: als integrationsförderndes Selbstverständnis, mit dem man sich in einer auf Leistung gestimmten, vom Wiederaufbau geprägten Ankunftsgesellschaft beweisen konnte, und als scheinbar unideologisches, positives Selbstbild eben dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft selbst, das in Form der Darstellung als vorindustrielle Handarbeit schon vor 1945 integrativ wirken sollte.

V. Die Vertriebenenstädte als Brennglas der Nachkriegsbundesrepublik

Ziel dieser Arbeit war die Beschreibung und Analyse der Vertriebenenstädte in Bayern, deren Stadtplanung, Architektur und Erinnerungskultur im Stadtraum. Den Ausgangspunkt bildete die Frage nach den gewählten Lösungen für Städte, die von Flüchtlingen und Vertriebenen und zum Großteil für diese gebaut worden waren. Städte also, die der Assimilierungsstrategie der Besatzungsmächte, im Sinne eines vollständigen und nicht mehr wahrnehmbaren Aufgehens in der Ankunfts-gesellschaft zuwiderliefen und grundsätzlich eine Segregation der Ankommenden bedeuteten. Zugleich steckte darin die Frage nach den Lösungen von Neugründungen im Gegensatz zum üblichen Wiederaufbau bestehender Städte, und im Vergleich zu den in der Literatur vielbeachteten 'neuen Städten', die als Trabantensiedlungen erst ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entstanden.

Die Untersuchung zeigte auf allen Ebenen typische, um nicht zu sagen Musterlösungen der 1950er Jahre: die ‚gegliederte und aufgelockerte Stadt‘ als Planungsmodell, eine Architektursprache, die sich kaum vom Wiederaufbau in irgendeiner anderen westdeutschen Stadt unterschied und nicht zuletzt eine Erinnerungskultur, die nicht Brauchtum und Tradition in den Fokus rückte, sondern die eigene Leistungsfähigkeit ganz im Sinne des bundesdeutschen ‚Wirtschaftswunders‘. Die Lösungen zeigen damit trotz der von der Militärregierung befürchteten und in den Stadtgründungen real gewordenen Enklavenbildung keinen Sonderweg der Vertriebenenstädte, keine Absonderung von der Aufnahmegesellschaft. Sie zeigen jedoch auch keine Anpassung an bestehende und etablierte Lösungen. Die war auch nicht möglich, denn die Bundesrepublik als neuer westdeutscher Staat befand sich selbst im Aufbau und in einem Orientierungs- und Positionierungsprozess, an dem die Vertriebenenstädte teilhatten und in den sie sich eingliederten. Anhand des gewählten Untersuchungsgegenstands lassen sich daher in konzentrierter Form Charakteristika der ersten Wiederaufbauphase nachzeichnen, die in diesem wie durch ein Brennglas gebündelt hervortreten.

Dazu wurden die Ergebnisse der drei Analyseebenen Stadtplanung, Architektur und Erinnerungskultur in vier Aspekte eingeteilt, die den typischen Umgang mit diesen Aufgaben spiegeln. Dies betrifft zum Ersten nachweisliche Kontinuitätslinien zu populären Lösungsformen zur Zeit des Nationalsozialismus, die in der öffentlichen Meinung nicht als faschistisch diskreditiert waren oder durch Umdeutungen oder Verwendung in Nischen weiter opportunistisch blieben. Zum Zweiten gehört dazu die später häufig kritisierte Ortlosigkeit der Nachkriegsarchitektur, respektive der Nachkriegsmoderne, der menschenfeindliche Monotonie und

identifikationsfeindliche Austauschbarkeit vorgeworfen wurde. In den Vertriebenenstädten offenbart diese jedoch eine neue Bedeutungsebene. Der dritte Aspekt zeigt sich in einer Fokussierung auf Gegenwart und Modernität, die sich sowohl in der eigenen Identitätsverortung als auch in der Wahl architektonischer Lösungen feststellen ließ. Der vierte und letzte Aspekt umreißt Mangel- und Migrationserfahrungen als verbindenden Ausgangspunkt der Vertriebenenstädte wie auch der gesamten bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft.

Kontinuität

Die meist stillschweigende Weiterführung von Modellen und Formen, die auch unter den Nationalsozialisten favorisiert wurden, fand sich in allen Analyseebenen wieder. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildete die Untersuchung der Stadtplanung, da die Vertriebenenstädte, obwohl sie die ersten Stadtneugründungen in der Bundesrepublik waren, bisher von der städtebaulichen Forschung ignoriert wurden. Diese Forschungslücke mag nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, dass ehemalige Rüstungswerke den Ausgangspunkt der neuen Städte bildeten und ein eigenständiges städtebauliches Konzept damit ausgeschlossen schien. Im Gegenteil zu dieser Vorannahme konnten aber in den meisten Fällen städtebauliche Planungsideen rekonstruiert werden, die sich auf das Konzept der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ zurückführen ließen. In der zeitgenössischen Bewertung war damit ein äußerst modernes Modell verwendet worden. In Abgrenzung zur ‚kompakten Stadt‘ der DDR galt es als westliches Ideal, im Wiederaufbau wurde es meist vergeblich gefordert und erst bei den ‚neuen Städten‘ am Stadtrand umgesetzt.

Die Forschung hat jedoch seit den 1980er-Jahren die Kontinuitätslinien des Modells der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ seit dem späten 19. Jahrhundert aufgedeckt. Dazu gehören die Entstehung der grundsätzlichen Komponenten vor allem im Laufe der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts genauso wie deren Übernahme und ideologische Aufladung im nationalsozialistischen Deutschland. Diese konnte nach 1945 leicht entfernt werden, so dass an die Stelle der Gliederung nach der Parteistruktur die demokratische Nachbarschaftsidee treten konnte. Durch die Neu- oder Wiederverortung der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ als demokratisches Planungsmodell war das Konzept somit einerseits nicht diskreditiert; durch die fehlende Auseinandersetzung mit der ideologischen Indienstnahme im Nationalsozialismus behielt es andererseits eine gewisse Doppelbödigkeit. Die Planung der Vertriebenenstädte stellt somit eine Fortführung der Stadtplanung im Nationalsozialismus und zugleich die Verwendung eines für die Nachkriegszeit modernen und zeitgemäßen Konzepts

dar. Dies entspricht der bundesrepublikanischen Praxis der stillschweigenden Weiternutzung vorhandener Planungsschriften in einem nunmehr geänderten Kontext.

Die ungebrochene Kontinuität der ‚gegliederten und aufgelockerten Stadt‘ wird am Beispiel der Vertriebenenstädte besonders deutlich, da sie zusätzlich durch die materielle Ebene verstärkt wird: Da schon die Rüstungswerke in ihrer weitläufigen Anlage und der funktionalen Aufgliederung gewisse Aspekte des Modells aufwiesen, konnte die entsprechende Stadtplanung umso leichter ergänzt werden. Im ‚Brennglas‘ der Vertriebenenstädte wird damit die für die Nachkriegsbundesrepublik typische Kontinuität und Umdeutung der Planungstheorie durch die Weiter- und Umnutzung der nationalsozialistischen Rüstungswerke noch eindrücklicher.

Auf Ebene der Architektur zeigte sich diese Kontinuität vor allem in der Fortsetzung des Traditionalismus. In den frühen 1950er Jahren ebenso beliebt und vor allem in kleineren Gemeinden sogar häufiger verwendet als moderne Formen, gehörte dessen Verwendung in der Bundesrepublik zum üblichen Repertoire vor allem im Wohnungsbau, aber auch bei öffentlichen Bauaufgaben. Wiederum wird dieser Aspekt am Beispiel der Vertriebenenstädte besonders deutlich, da hier die traditionalistisch gestalteten Werksgebäude langfristig in die Bebauung der neuen Städte einbezogen – am eindrucksvollsten in Form des Geretsrieder Rathauses – und oft in unmittelbarer Nachbarschaft dazu auch die ersten Neubauten in dieser Formsprache errichtet wurden, was wiederum am Beispiel der Waldkraiburger Einfamilienhaus-siedlungen besonders augenfällig wurde. Die Nutzung für so wichtige Bauaufgaben wie dem Rathaus und die Beibehaltung des Traditionalismus bei der frühen Wohnbebauung zeigen, dass die traditionalistische Architektur in Form der Werksgebäude nicht nur aus einer materiellen Notsituation übernommen wurde, sondern auch stilistischen Vorlieben entgegenkam. Anders als bei der Stadtplanung wurde der Traditionalismus nicht durch einen neuen Deutungsrahmen akzeptierbar, sondern nicht zuletzt dadurch, dass vor allem der monumentale Klassizismus als typisch nationalsozialistisch konnotiert war. Langfristig fand in der Architektur jedoch eine Umorientierung statt, in der zunächst moderne und traditionalistische Elemente im „Integrationsstil“ (Hillmann) oder „Normalwohnungsbau“ (Hafner) gemischt wurden und sich schließlich, in den Vertriebenenstädten zum Ende des Jahrzehnts, moderne Formen durchsetzten. Nebeneinander, Mischung und Nacheinander von traditionalistischer und moderner Architektur in der Bebauung der Vertriebenenstädte spiegeln somit den von Hillmann so bezeichneten „Orientierungsprozess“ der Nachkriegsmoderne. Die darin enthaltene Kontinuität des Traditionalismus ist auch hier durch die Weiternutzung der vorhandenen Bau-substanz verstärkt sichtbar.

Im öffentlichen Raum zeigten sich diese vor allem in den Wandbildern. In der bildenden Kunst lebte die im Nationalsozialismus geförderte und geforderte konservative gegenständliche Kunstauffassung in der Bundesrepublik zunächst in der Nische der Kunst am Bau weiter. Hier konnten auch typische Bildmotive und ideologische Symbolisierungen unbehelligt weiterbenutzt werden. Die romantisierende Darstellung landwirtschaftlicher Handarbeit und deren sakrale Überhöhung bedienten auch in den 1950er Jahren die Sehnsucht nach einer heilen Welt in einer idealisierten Vergangenheit. Die Kontinuität im Bereich der bildenden Kunst durch die Verlagerung in die Nische der Wandbilder zeigt das Traunreuter Rathausbild als eindrückliches Beispiel auf mehreren Ebenen: Nicht nur die als quasi-religiöser Akt dargestellten Aufbauarbeiten reihen das Bild in die beschriebene Kontinuitätslinie ein, sondern diese ließ sich zudem an einem konkreten Vorgängerbild aufzeigen, das das zentrale Bildmotiv schon auf der Großen Deutschen Kunstausstellung von 1942 zeigte und die biographischen Bezüge des Künstlers zum nationalsozialistischen Kunstbetrieb offenlegte. Auch auf dieser Ebene bündeln die Vertriebenenstädte somit den Blick auf die für die 1950er Jahre typischen, und in dieser Zeit nicht problematisierten Fortsetzungen.

Ortlosigkeit

Die Architektur der Vertriebenenstädte erwies sich als derart typisch für die Nachkriegsbundesrepublik, dass sie geradezu als austauschbar bezeichnet werden kann, nämlich in dem Sinn, dass, wie es in einem Aufsatz über Traunreut heißt, die Stadt „ebensogut am Stadtrand von Stuttgart oder Hannover stehen könnte.“⁶⁹¹ So war die Architektur dieser Zeit insgesamt meist ortsunspezifisch, was nicht zuletzt aus dem standardisierten Massenwohnungsbau folgte, dessen Ziel gerade die Vereinheitlichung zum Zwecke der Rationalisierung war.⁶⁹²

In den 1960er Jahren wurde der Aspekt besonders in der aufkeimenden Kritik einer Ortlosigkeit der Nachkriegsarchitektur deutlich. So warf Alexander Mitscherlich in seiner Aufsatzsammlung über die „Unwirtlichkeit der Städte“ dieser die „uniformierte Monotonie der Wohnblocks“⁶⁹³ und die damit zusammenhängende fehlende „Identität des Ortes“⁶⁹⁴ vor. Norberg-Schulz nahm in seiner 1981 erschienenen Schrift zum „Genius Loci“ direkt den Ort,

⁶⁹¹ Zerlik 1964, S. 4.

⁶⁹² Darauf, dass der Vorwurf der regionalen Unspezifik am Ende auch den Traditionalismus betraf, wurde weiter oben in der Architekturanalyse hingewiesen.

⁶⁹³ Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main 1965 (Edition Suhrkamp 123), S. 41.

⁶⁹⁴ Mitscherlich 1965, S. 15.

oder vielmehr den „Verlust des Ortes“ in der Nachkriegsarchitektur ins Visier, die unter anderem keine „Individualität und Zugehörigkeit“ mehr vermitteln.⁶⁹⁵

So lässt sich in den Vertriebenenstädten ein zeittypisches Merkmal konstatieren, dem darüber hinaus in diesen Fällen eine zusätzliche Bedeutungsebene zukommt. Hier war der „Verlust des Ortes“ eine Offenheit des Ortes, die gewisse Vorteile barg. Das als Vergleichsfolie herangezogene Beispiel Neugablonz machte besonders beim Bau der öffentlichen Gebäude deutlich, dass die Referenzbauten in der Herkunftsstadt als architektonisches Vorbild keine Rolle spielten. Dabei wäre eine historisierende Anlehnung beispielsweise an die dortigen Kirchenbauten nicht vollkommen atypisch für die Zeit gewesen, denkt man etwa an historisierende Wiederaufbauprojekte wie in Münster oder Freudenstadt.

Durch die gewählten Architekturformen konnten sich die Vertriebenenstädten in die westdeutsche Ankunfts-gesellschaft einpassen, und damit einen recht weit gefassten Identifikationsrahmen – als bundesrepublikanische Städte – nutzen. Damit gerieten die neuen Städte auf der anderen Seite nicht in Konkurrenz zur alten Heimat. Für diese These spricht eine paradoxe Grundhaltung zwischen Integration und Rückkehrhoffnung, die insbesondere die 1950er Jahre stark prägte.⁶⁹⁶ So wurde dem „Lebensrecht im Westen“ das „Heimatrecht im Osten“ zur Seite gestellt⁶⁹⁷ und von „Eingliederung als Voraussetzung der Rückkehr“ gesprochen.⁶⁹⁸ Welche Gründe am Ende im Einzelnen für die jeweilige Bauform entschieden, kann mit den verfügbaren Quellen und Methoden letztendlich nicht geklärt werden. Jedoch spiegelt die Nachkriegsarchitektur gerade durch den „Verlust des Ortes“ einen räumlich-identifikatorischen Schwebezustand. Dieser besaß in der ungeklärten Grenzfrage der Nachkriegszeit und den lange Zeit wach gehaltenen Rückkehrhoffnungen eine politische Entsprechung, die deren Nutzung in den Vertriebenenstädten eine zusätzliche Bedeutungsfacette verleiht.

Gegenwart und Modernität

Der Blick auf die Erinnerungskultur der Vertriebenenstädte im Stadtraum offenbarte, dass bei den Bildwerken dort, wo ein kollektives Selbstbild konstruiert wurde, der Schwerpunkt auf die Darstellung von Arbeitsfleiß und Aufbauleistung, also insgesamt die gegenwärtige Leistungsfähigkeit gelegt wurde. Flucht und Vertreibung dienten eher zur Unterstreich-ung des

⁶⁹⁵ Norberg-Schulz, Christian: *Genius loci. Landschaft, Lebensraum, Baukunst*. Stuttgart 1982, S. 190.

⁶⁹⁶ Dies zeigen Umfragen zum Rückkehrwunsch bei Flüchtlingen und Vertriebenen, der 1961 noch bei über 50 Prozent, bei den Sudetendeutschen mit dem niedrigsten Wert 1957 noch bei fast 50 Prozent lag. Vgl. Beer 2011, S. 110. – Grosser 1998, S. 75.

⁶⁹⁷ Grosser 1998, S. 62.

⁶⁹⁸ Beer zitiert hier eine Aussage von Theodor Oberländer aus dem Jahr 1959, zu diesem Zeitpunkt Vertriebenenminister. Beer 2011, S. 117.

Erreichten vor dem Hintergrund der schwierigen Anfänge. Bildsujets aus Brauchtum und Traditionen der Herkunftsgebiete, also ein Rückbezug auf die Vergangenheit, die analog zu den in den 1950er Jahren entstehenden Heimatstuben zu erwarten gewesen wären, spielten dagegen eine untergeordnete Rolle.⁶⁹⁹

In der Betonung der aktuellen Leistungen im Rahmen der Erinnerungskultur im Stadtraum spiegelte sich damit einerseits der zeitgenössische Leitsatz zur Integration von „Arbeit schafft Heimat“ und andererseits mit Blick auf die bundesrepublikanische Gesellschaft das Schlagwort des ‚Wirtschaftswunders‘. Komplementär zum Ausblenden der Vergangenheit und der fehlenden Aufarbeitung der Verbrechen im Nationalsozialismus, lag die Blickrichtung des kollektiven Gedächtnisses und damit des gesellschaftlichen Selbstbildes in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft auf der Gegenwart. In der erbrachten Aufbauleistung und dem wirtschaftlichen Aufschwung lag hier als „nationaler Mythos“ (A. Assmann) die positive Selbstverortung der Nachkriegszeit.

Die Blickrichtung auf die Gegenwart und aktuelle Leistungen korrespondierte auf der Ebene der Architektur mit einer (zum Teil allmählichen) Bevorzugung moderner und fortschrittlicher Lösungen in den Vertriebenenstädten. Dies ließ sich vor allem beim Schul- und Kirchenbau und zum Ende der 1950er Jahre auch im Wohnungsbau feststellen. Modern meint dabei als zeitgemäß verstandene Lösungen, die gerade in der Nachkriegszeit oft einen Rückgriff auf die Vergangenheit, nämlich auf Formen und Bautypen, die bereits in der Weimarer Republik entwickelt worden waren, bedeuteten. Dennoch ist dies nicht als eine Referenz an die Vergangenheit zu sehen, im Sinne des historisierenden Wiederaufbaus oder des Traditionalismus, sondern als eine, immer noch als aktuell verstandene, Adaption.

Im Schulbau zeigte sich dies an der Ausrichtung an den in den 1950er Jahren beliebten Reformschultypen, insbesondere der Pavillonschule. Wurden diese auch schon in der Zwischenkriegszeit entwickelt, standen sie doch in den 1950er Jahren noch genauso für Fortschrittlichkeit und Modernität und wurden von öffentlichen Stellen empfohlen.⁷⁰⁰ Gleiches gilt für den Kirchenbau der 1950er Jahre. Wenn dieser in der Literatur auch gerade durch seine Vieltätigkeit charakterisiert wird, knüpften doch viele Kirchenbaumeister der Zeit an die Formen des modernen Kirchenbaus der 1920er und 1930er Jahre an. Auch die Vertriebenenstädte

⁶⁹⁹ Überschneidungen und Ambivalenzen sind in dieser Aufstellung nicht ausgeschlossen. So zeigt beispielsweise das Rathausbild in Traunreut durch das Bildsujet der vorindustriellen Handarbeit natürlich einen Rückbezug in die Vergangenheit, der damit vermittelte Bildinhalt reflektiert jedoch die aktuelle Aufbauleistung der letzten Jahre bis zum Zeitpunkt der Entstehung des Bildes 1957.

⁷⁰⁰ Auch im Schulbau werden die Ambivalenzen deutlich: So wurden mit dem Pavillonschulen moderne und zeitgemäße Schulbauten errichtet, für die jedoch in den ersten Jahren eine traditionalistische Gestaltung gewählt wurde. Wie im obigen Beispiel bildeten moderne Lösungen und die Darstellung aktueller Ereignisse keinen Widerspruch zur traditionalistischen Form.

nahmen sich diesen zum Vorbild. Mit der Anlehnung der Fachschule in Neugablonz an das Bauhausgebäude in Dessau wurde eine Inkunabel der klassischen Moderne als Referenz gewählt. Das Bauhaus galt auch in der Nachkriegsbundesrepublik als Sinnbild für Modernität und Fortschrittlichkeit in Kunst und Gestaltung und wurde in Westdeutschland vor allem durch seine in die USA emigrierten ehemaligen Vertreter wieder populär gemacht. Weil mit der Fachschule in Neugablonz zugleich ein architektonisches Zitat des Vorgängergebäudes in Gablonz ausgeschlossen wurde, illustriert dieses Beispiel auch noch einmal den oben ausgeführten Aspekt der Ortlosigkeit, beziehungsweise der Entscheidung gegen eine bauliche Referenz zum Herkunftsort.

Die Konzentration auf die Gegenwart und eine (allmähliche) Ausrichtung an modernen Baulösungen, die das Wiederaufbaujahrzehnt bestimmten, kristallisierten sich in den Vertriebenenstädten sowohl im Spiegel des kollektiven Gedächtnisses im Stadtraum als auch in den Baulösungen, insbesondere der Schulen und Kirchen als Trend zu Fortschritt und Modernität heraus.

Mangel- und Migrationserfahrung

Zu den prägendsten Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahre gehörten die der Zerstörung und des Mangels. Die Städte glichen Trümmerwüsten, in denen die Menschen zusammengedrängt behelfsmäßig wohnten. Auf dem Land waren alle verfügbaren Hallen, Gasthäuser und ehemaligen Arbeiterlager zu Flüchtlingslagern umgenutzt. Nicht viel anders zeigte sich die Ausgangssituation in den späteren Vertriebenenstädten. Barackenlager dienten als erste Unterkunft und Industriebunker wurden notdürftig auch zum Wohnen genutzt. Im Kirchenbau wurde dieser Mangel schließlich positiv gewendet, das Leitbild der Reduktion und Bescheidenheit wurde zum verbreiteten Deutungsmuster, in dieser Notsituation die Chance zum moralischen Neuanfang zu sehen. Die Armut wurde damit zum angemessenen Zustand und durfte sich auch an den frühen, oft sogenannten Notkirchen zeigen. In den Vertriebenenstädten waren es die Bunkerkirchen in Waldkraiburg und Geretsried, die einen offenlegenden und fast offensiven Umgang mit dieser Mangelsituation zeigten. Das Vorhandene wurde genutzt und die Bunkerkirchen versteckten kaum ihre ursprüngliche Funktion. Der sichtbare materielle Mangel dieser Zeit, dem solche Umnutzungen geschuldet waren, bedeutete für diese Kirchen jedoch kein Makel, sondern kam eher einer besonderen Würdigung gleich. In der katholischen Kirche von Traunreut zeigte Hans Döllgast mit Elementen des Industriebaus auch am Neubau fast provokant diese Art der Bescheidenheit. Vor allem die Bunkerkirchen waren in den Vertriebenenstädten ein besonderer Erinnerungsort, der zugleich die schwierigen Anfänge im

Bewusstsein hielt. Doch war auch diese Art der Erinnerung kein Sonderfall, sondern die gleiche Funktion erfüllten auch die Bunkerkirche in Düsseldorf oder die wiederaufgebaute Kirche St. Bonifaz in München.

Die Erfahrung der (Zwangs-)migration spiegelt sich in den Vertriebenenstädten indirekt in den Straßennamen, als direkte Verweise auf die Herkunftsgebiete der Bewohner. Dass diese in den meisten Fällen aber durch lokal verortete Stadtnamen sozusagen überlagert wurden, zeigte, dass der Anpassung hier doch ein größerer Stellenwert eingeräumt wurde. Erst in der zweiten Ebene wird damit die Vorgeschichte der Bewohner ersichtlich. Doch auch die Straßenbenennung selbst folgte einer in der ganzen Bundesrepublik verbreiteten Erinnerungspraxis und verdeutlicht, dass nicht nur die Vertriebenen und Flüchtlinge sich an die Aufnahmegesellschaft anpassten, sondern auch diese durch die Aufnahme geprägt wurde. Da die Integration zu den Hauptaufgaben und -herausforderungen der Gründungsphase der Bundesrepublik gehörte, war diese auch integraler Bestandteil der Nachkriegsgesellschaft, sodass die Erinnerung an die Herkunftsgebiete der Aufgenommenen im Stadtraum zum bundesdeutschen Kanon wurde.

Dass das Thema der Migration auf einer breiteren Ebene auch für andere Gruppen zur prägenden Erfahrung gehörte, zeigte der Deutungsrahmen der Zeltkirchen auf, die ab Mitte der 1950er Jahre einen wichtigen Platz im Kirchenbau einnahmen. Auf dem Sinnbild des „unbehausten Menschen“ aufbauend rekurierten diese nicht nur auf Flucht und Vertreibung, sondern auch auf andere Migrationserfahrungen wie Evakuierung und Kriegsgefangenschaft oder aber auf das Empfinden einer generellen geistigen und moralischen Haltlosigkeit, die das Gefühl der Heimatlosigkeit für breite Schichten der Nachkriegsgesellschaft zur grundlegenden Erfahrung werden ließen. Der Bau der Zeltkirchen in den Vertriebenenstädten verweist vor diesem Hintergrund nicht nur auf den konkreten Bedeutungsrahmen der eigenen Flucht und Vertreibung, sondern auch auf Migration und Verlust eines festen Bezugspunktes als Zeiterfahrung, die Orientierungs- und Heimatlosigkeit für viele zu grundlegenden Koordinaten der 1950er Jahre machte.

Während das Ziel wissenschaftlicher Arbeiten, gerade in der Kunstgeschichte, häufig darin besteht, das Besondere und Einzigartige des untersuchten Gegenstands in seiner Zeit herauszuarbeiten, ist hier gerade das Typische das Ergebnis der Untersuchung. Führt man sich die Integrationshaltung der Entstehungszeit noch einmal vor Augen, die eine Separierung von Minderheitengruppen auf jeden Fall vermeiden wollte, da man damit soziale Unruhen als geradezu unvermeidliche Folge davon befürchtete, ist dieses Ergebnis unerwartet. Weniger er-

staunlich erscheint es vor dem Hintergrund, dass beim Aufbau der Vertriebenenstädte keine planerischen Pionierleistungen einer Architektenavantgarde das Ziel waren, sondern aus einer unsicheren Ausgangssituation mit einfachsten Mitteln langfristig funktionierende Städte entstehen sollten. Die Planer waren keine Vorreiter ihrer Zunft, sondern einfache Architekten, meist selbst Vertriebene und Bewohner der späteren Städte.

Die Vertriebenenstädte boten damit als Untersuchungsgegenstand die Möglichkeit, gerade das Typische und damit Normale unter die Lupe zu nehmen, was vor dem zeitlichen Hintergrund bereits als eine unpassende Begriffswahl erscheint. Möglicherweise machte es gerade die fehlende Normalität der Nachkriegszeit so wichtig, eine solche aufzubauen und sich in diese einzuordnen. Die Vertriebenenstädte, die es als Sonderfälle der Integration eigentlich gar nicht hätte geben sollen, erweisen sich so am Ende als Musterfälle des Nachkriegsstädtebaus.

VI. Verzeichnisse

1. Quellenverzeichnis

BayHStA. OMGUS-Akten:

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Akten des Office of Military Government für Germany (U.S.).

BayHStA. WMi.:

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Akten des bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Geretsried

Stadtarchiv Geretsried. Nachlass Fritz Noppes.

Stadtarchiv Geretsried. Plansammlung.

Stadtarchiv Geretsried. StVerw 101 (Sitzungsprotokolle der Kommune).

Stadtarchiv Geretsried. Fotosammlung.

Bauamt Geretsried. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 11, 13, 15 (Adalbert-Stifter-Schule).

Wohnungsbaugenossenschaft Geretsried. Bestandsakten.

Neugablonz

Stadtarchiv Kaufbeuren. Akt 826/18/5 (DAG: Verhandlungen wegen Besiedelung).

Stadtarchiv Kaufbeuren. Akt 610/11/16 (Baulinie Kaufbeuren-Neugablonz).

Archiv des Neugablonzer Industrie- und Schmuckmuseums. Bildband des Gablonzer Siedlungswerks (o.J.).

Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Fichtenweg 14 (Erste katholische Kirche).

Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Adalbert-Stifter-Straße 9 (Adalbert-Stifter-Schule).

Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Turner-Straße 2 (Gustav-Leutelt-Schule).

Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Dürerweg 5 (Schmuckfachschule Kaufbeuren-Neugablonz).

Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Jägerstraße 4 (Altkatholische Kirche „Christi Himmelfahrt“).

Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Falkenstraße 18 (Evangelische Christuskirche).

Bauamt Kaufbeuren. Bauakt Sudetenstraße 84 (Katholische Herz-Jesu-Kirche).

Neutraubling

Stadtarchiv Neutraubling. Sammlung von Schriftstücken (o.Sig.).

Stadtarchiv Neutraubling. Plansammlung.

Stadtarchiv Neutraubling. Fotosammlung.

Inventarblätter der Kunstsammlung des Bistums Regensburg. Katholisches Pfarramt St. Michael Neutraubling.

Traunreut

Stadtarchiv Traunreut. Materialsammlung zu Josef Rackl von Christa Sollacher, 2002.

Stadtarchiv Traunreut. Plansammlung.

Stadtarchiv Traunreut. Fotosammlung.

Heimathaus Traunreut. Dokumentenordner der Ausstellung.

Heimathaus Traunreut. Unsortierter Archivbestand.

Bauamt Traunreut. Bauakt Rathaus.

Bauamt Traureut. Bauakt Volksschule.

Bauamt Traunreut. Bauakt katholische Kirche.

Privatbesitz Johannes Danner (Ortsheimatpfleger Traunreut). Materialsammlung zur Ausstellung „40 Jahre Kirchen in Traunreut“ 1994.

Privatbesitz Reinhold Fuchs (damaliger Lehrer und Projektleiter). Schulprojekt Zeitzeugengespräch. Gymnasium Traunreut.

Waldkraiburg

Stadtarchiv Waldkraiburg. Aktenbestand „Industriegemeinschaft“.

Stadtarchiv Waldkraiburg. Aktenbestand „Montanverwaltung“.

Stadtarchiv Waldkraiburg. Aktenbestand „Bauakten“.

Stadtarchiv Waldkraiburg. Fotosammlung.

Stadtarchiv Waldkraiburg. Bildband der Wohnungsbaugenossenschaft zur Fertigstellung der 1.000. Wohnung (o.J.).

Stadtarchiv Waldkraiburg. Liste „Kunstdenkmäler Waldkraiburg“.

Bauamt Waldkraiburg. Dieselstraße 4 (Eichendorffschule I = eh. Volksschule).

Bauamt Waldkraiburg. Dieselstraße 6 (Hauptschule II = eh. Mittelschule).

Bauamt Waldkraiburg. Gablonzer-Straße 9 (Katholische Bunkerkirche).

Bauamt Waldkraiburg. Karlsbader-Straße 8 und Martin-Luther-Platz (Evangelische Bunkerkirche).

2. Literaturverzeichnis

[ohne Autor]: Die neue Heilig-Geist-Kirche in Frankfurt am Main. Architekt: Martin Weber, Frankfurt am Main. In: Wasmuths Monatshefte für Baukunst und Städtebau 16 (1932), 7, S. 327–331.

[ohne Autor]: Waldkraiburg: 1. April 1950 – 1. April 1955. Ein Rechenschaftsbericht. Waldkraiburg 1955.

[ohne Autor]: Pauluskirche in Traunreut/Obb. In: Weyres, Willy; Bartning, Otto (Hrsg.): Kirchen. Handbuch für den Kirchenbau. München 1959 (Handbücher zur Bau- und Raumgestaltung), S. 312.

[ohne Autor]: Chronik in Stichworten. In: Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 563–571.

[ohne Autor]: Warum eine Liste der Berliner Bären Kilometersteine? In: Berliner Meilensteine o.J. Online unter: <http://www.berliner-meilensteine.de/initiative.html> (zuletzt geprüft am 17.10.2016).

Abel, Othmar: Luther-Kirche Neutraubling. Broschüre. o.O. 1989.

Adalbert Stifter Verein e.V.: Geschichte des Adalbert Stifter Vereins o.J. Online unter: <http://stifterverein.de/de/verein/geschichte-des-vereins.html> (zuletzt geprüft am 15.9.2016).

Adam, Peter: Kunst im Dritten Reich. Hamburg 1992.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Die neuen Städten und Gemeinden in Bayern und ihre Entwicklung seit 1963. Hannover 1986 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 94).

Albers, Gerd: Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Begegnungen Einflüsse Verflechtungen. Braunschweig, Wiesbaden 1997 (Bauwelt-Fundamente 117).

Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.

Auffarth, Sid: Baufibeln oder die Stabilisierung der „Inneren Front“. Eine Übersicht. In: Arch+ (1983), 72, S. 29–33.

Balon, Erich: Altgablonz-Neugablonz. Vergleichende Untersuchung zur Ansiedlung der Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie in Bayern. Zugl.: München, Univ., Diss., 1952. Kaufbeuren 1953.

Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950. Zugl.: München, Univ., Diss., 1980/81 u.d.T.: Bauer, Franz J.: Die Bürde der neuen Heimat. Stuttgart 1982 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3).

Ders.: Der bayerische Bauernverband, die Bodenreform und das Flüchtlingsproblem. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), 3, S. 443–482.

Bausinger, Hermann; Braun, Markus; Schwedt, Herbert: Neue Siedlungen. Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts Tübingen. Stuttgart 1959.

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft: Die Wirtschaftsentwicklung Bayerns im Jahr 1948. München 1949.

Becher, Walter: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990.

- Beer, Mathias*: Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. München 2011 (Beck'sche Reihe 1933).
- Beier, Rosmarie* (Hrsg.): Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit. Ausst.-Kat., Berlin, Deutsches Historisches Museum, 16. Mai bis 12. August 1997. Ostfildern-Ruit 1997.
- Benevolo, Leonardo*: Die Geschichte der Stadt. Frankfurt am Main, New York 1991.
- Benz, Wolfgang*: Deutschland unter alliierter Besatzung. 1945–1949/55. Handbuch. Berlin 1999.
- Ders.: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland. München 2005.
- Bering, Dietz*: Das Gedächtnis der Stadt. Neue Perspektiven der Straßennamensforschung. In: *Kremer, Dieter; Arcamone, Maria Giovanna* (Hrsg.): Onomastik. Bd. 1: Chronik, Namen-etymologie und Namengeschichte, Forschungsprojekte. Tübingen 2002 (*Patronymica Romanica* 14), S. 209–226.
- Beyme, Klaus von*: Wohnen und Politik. In: *Andritzky, Michael; Flagge, Ingeborg* (Hrsg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart 1999, S. 81–152.
- Beyme, Klaus von; Durth, Werner; Gutschow, Niels; Nerdinger, Winfried; Topfstedt, Thomas*: Leitbilder des Wiederaufbaus in Deutschland. in: dies. (Hrsg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit. München 1992, S. 9–31.
- Beyme, Klaus von; Durth, Werner; Gutschow, Niels; Nerdinger, Winfried; Topfstedt, Thomas* (Hrsg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit. München 1992.
- Bödefeld, Bernhard*: Alt-katholische Kirchengemeinde Kaufbeuren-Neugablonz. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 391–394.
- Brandes, Detlef*: „Säuberung von fremden Elementen“. Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: *Aust, Stefan; Augstein, Rudolf* (Hrsg.): Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. München 2005, S. 116–134.
- Brantl, Sabine*: Haus der Kunst, München. Ein Ort und seine Geschichte im Nationalsozialismus. München 2007.
- Brus, Anna*: Rathaus. In: *Seidl, Ernst* (Hrsg.): Lexikon der Bautypen. Funktionen und Formen der Architektur. Stuttgart 2006, S. 423–427.
- Bund der Vertriebenen*: Mahn- und Gedenkstätten. Bayern (L-Z). o.J. Online unter: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/pdf-mahnmal/bayern-2.pdf> (zuletzt geprüft am 20.8.2016).
- Ders.: Mahn- und Gedenkstätten. Bayern (A-L). o.J. Online unter: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/pdf-mahnmal/bayern-1.pdf> (zuletzt geprüft am 20.8.2016).
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung* (Hrsg.): Geschichte der Kunst am Bau in Deutschland. Berlin 2011.
- Cooke, Heidi*: Der Kunstmaler Lothar Sperl. 1910–1987. Eine Einführung in sein Leben und Werk zum Anlaß des hundertsten Jahrestages seiner Geburt o.J. (2010). Online unter: http://www.lotharsperl.com/biog_de_1.html (zuletzt geprüft am 25.10.2016).

dies.: „Glaube an die eigene Kraft“: Erinnerung an den Traunreuter Künstler Lothar Sperl (1910-1987). In: Gradraus. Zeitung für den Chiemgau und Rupertiwinkel, 6.8.2012. Online unter: <http://gradraus.de/grdrswp/?p=8222&print=1> (zuletzt geprüft am 24.10.2016).

Damus, Martin: Das Rathaus. Architektur- und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne. Schwerpunkt Rathausbau 1945–1986 in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1988.

Danner, Johannes; Puhane, Mario; Schubert, Hans J.: Flur- und Kleindenkmäler in der Stadtgemeinde Traunreut. Traunreut 2011 (Steiner Burgbrief 20).

Diefendorf, Jeffry M.: In the wake of war. The reconstruction of German cities after World War II. New York, Oxford 1993.

Dofmann, Axel; Wenzel, Jan; Wenzel, Kai: Architektur auf Zeit. Baracken, Pavillons, Container. Berlin 2006 (MetroZones 7).

Dühr, Elisabeth: Kunst am Bau – Kunst im öffentlichen Raum. Geschichte und Entwicklung öffentlicher Kunst im Spannungsfeld von Architektur, Städtebau und Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1988. Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris 1991 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 484).

Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970. München 1992.

Ders.: Städtebau und Weltanschauung. In: *Beier, Rosmarie* (Hrsg.): Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit. Ausst.-Kat., Berlin, Deutsches Historisches Museum, 16. Mai bis 12. August 1997. Ostfildern-Ruit 1997, S. 35–50.

Ders.: Vom Überleben. Zwischen totalem Krieg und Währungsreform. In: *Andritzky, Michael; Flagge, Ingeborg* (Hrsg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart 1999, S. 19–79.

Durth, Werner; Düwel, Jörn; Gutschow, Niels: Architektur und Städtebau der DDR. Bd. 2: Aufbau. Frankfurt/ Main 1998.

Durth, Werner; Gutschow, Niels: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950. Bd. 1. Braunschweig, Wiesbaden 1988.

Dies.: Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940–1950. München 1993.

Düwel, Jörn; Gutschow, Niels: Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen – Projekte – Akteure. Stuttgart, Leipzig, Wiesbaden 2001.

Ebert, Franz: Traunreut 1938–1960. Die Kampfstoffarbeiter. Die Pioniere. Die Munesier. Die junge Gemeinde. St. Georgen o.J. (1960).

Ders.: 20 Jahre Traunreut. Traunreut 1970.

Eckstein, Beate: Im öffentlichen Auftrag. Architektur- und Denkmalsplastik der 1920er bis 1950er Jahre im Werk von Karl Albiker, Richard Scheibe und Josef Wackerle. Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2004. Hamburg 2005 (Schriften zur Kunstgeschichte 10).

Eco, Umberto: Einführung in die Semiotik. München 2002 (UTB Linguistik, Literaturwissenschaft, Philosophie 105).

Edlin, Margarete: Meisterung des Flüchtlingsproblems im Landkreis Wolfratshausen. 1945–1948. Dokumentation zur Vorgeschichte der Stadt Geretsried. München 1976.

- Effner, Axel*: Traunreut. Europastadt voller Dynamik. Traunreut 2009.
- Engelhardt, Michael von*: Alte Heimat – neue Heimat. Zur Integration der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs. In: *Heller, Hartmut* (Hrsg.): Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung. Erlangen 2002 (Erlanger Forschungen Reihe A, Geisteswissenschaften 95), S. 29–62.
- Engelmann, Christine; Schädlich, Christian*: Die Bauhausbauten in Dessau. Berlin 1998 (Edition Bauhaus Dessau).
- Engels, Hans; Bartetzko, Dieter; Tilch, Axel*: Aufbruch! Architektur der fünfziger Jahre in Deutschland. München 2012.
- Ertelt, Klaus*: Waldkraiburg als Schulstadt. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 300–304.
- Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Neutraubling*: 50 Jahre Lutherkirche Neutraubling. 1956–2006. Neutraubling 2006.
- Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Pauluskirche Traunreut*: 40 Jahre Pauluskirche. Festschrift zum Jubiläum 1994. Traunreut 1994.
- Feder, Gottfried; Rechenberg, Fritz*: Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung. Berlin 1939.
- Fendl, Elisabeth*: Deponien der Erinnerung – Orte der Selbstbestimmung. Zur Bedeutung und Funktion der Egerländer Heimatstuben. In: *Heller, Hartmut* (Hrsg.): Neue Heimat Deutschland. Aspekte der Zuwanderung, Akkulturation und emotionalen Bindung. Erlangen 2002 (Erlanger Forschungen Reihe A, Geisteswissenschaften 95), S. 63–78.
- Dies.: Aufbaugeschichten. Eine Biographie der Vertriebenengemeinde Neutraubling. Zugl.: Wien, Univ., Diss., 2005. Marburg 2006 (Schriftenreihe der Kommission für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V. 91).
- Dies.: Zwischen zuhause und daheim. Zum Heimatbegriff von Heimatvertriebenen. In: Haus der Heimat (Hrsg.): Heimat – Annäherungsversuche. Fachtagung im Rahmen der Jubiläumswoche „30 Jahre Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg“ am 26. September 2006. Stuttgart 2007, S. 21–30.
- Dies.: Niemand war schon immer da. Wege nach Neutraubling. In: Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012, S. 15–48.
- Fendl, Josef*: Die Neutraublinger Schulsituation vor der Gemeindegründung. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 154–156.
- Flierl, Bruno*: Politische Wandbilder und Denkmäler im Stadtraum. in: ders. (Hrsg.): Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990–1997. Berlin 1998 (Architektur und Stadt), S. 93–107.
- Frank, Alfred*: Von der zerstörten Pulverfabrik zur modernen Industriestadt im Grünen. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg erzählt. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 1999, S. 193–218.
- Frank, Edith; Vilsmeier, Cäcilie*: In Trümmern anfangen – aufbauen – leben. Dokumentation der Ausstellung über die Anfangsjahre Neutraublings: 1945–1961. Neutraubling o.J. (1996).
- Frank, Hartmut*: Trümmer. Traditionelle und moderne Architekturen im Nachkriegsdeutschland. In: *Schulz, Bernhard* (Hrsg.): Grauzonen – Farbwelten. Kunst- und Zeitbilder 1945–

1955. Ausst.-Kat., Berlin, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, 20. Februar bis 27. März 1983. Berlin, Wien 1983, S. 43–83.

Fritz, Ulrich; Wolter, Heike: Das Außenlager Obertraubling. In: Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012, S. 77–85.

Fritzsche, Margarethe: Die Entwicklung der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde von Neugablonz. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 385–390.

Gablonzer Archiv und Museum e.V. (Hrsg.): Neugablonz. Die Stadt der Vertriebenen. o.O. 1965.

Garbe, Detlef: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und „Vergangenheitsbewältigung“. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik. In: *Schildt, Axel; Sywottek, Arnold* (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, S. 693–716.

Garnier, Tony; Jullian, René; Posener, Julius: Die ideale Industriestadt. Eine städtebauliche Studie = Une cité industrielle. Tübingen 1989.

Gemeinde Traunreut: 10 Jahre Traunreut. 1950–1960. Trostberg 1960.

Gemeindeverwaltung Waldkraiburg: 10 Jahre Waldkraiburg. 1950–1960. Waldkraiburg 1960.

Göderitz, Johannes; Rainer, Roland; Hoffmann, Hubert: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen 1957 (Archiv für Städtebau und Landesplanung 4).

Götschmann, Dirk: Die bayerische Wirtschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945–1948). In: *Daxelmüller, Christoph; Kummer, Stefan; Reinicke, Wolfgang* (Hrsg.): Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in Bayern. Aufsätze zur Bayerischen Landesausstellung 2009. Regensburg 2009 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 57), S. 132–145.

Grosser, Thomas: Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945. In: *Grosser, Christiane* (Hrsg.): Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche Verwaltung und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden 1945–1949. Mannheim 1993 (Südwestdeutsche Schriften 14), S. 11–54.

Ders.: Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Annäherungen an die Situation der Sudetendeutschen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel Bayerns. In: *Lemberg, Hans; Křen, Jan; Kováč, Dušan* (Hrsg.): Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948–1989. Essen 1998 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa 10), S. 41–94.

Gruber, Erwin: Bürgermeister und Gemeinderat/Stadtrat. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 183–204.

Günther, Rudolf: Gablonz a.N. – Neugablonz. Mensch und Industrie. Wirklichkeit und Planung. Eine Baugeschichte. Schwäbisch Gmünd 1963.

Guth, Peter: Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR. Leipzig 1995.

Guthsmuths, Willi: Die Eingliederung als Gegenstand der Landesplanung. In: Raumforschung und Raumordnung 16 (1958), 3, S. 129–139.

Haertle, Karl-Maria: Die Wohnungssituation der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des

Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984, S. 271–315.

Hafner, Thomas: Vom Montagehaus zur Wohnscheibe. Entwicklungslinien im deutschen Wohnungsbau 1945–1970. Mit ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg. Basel, Berlin, Boston 1993 (Stadt, Planung, Geschichte 13).

Harlander, Tilman (Hrsg.): Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung. Aufsätze und Rechtsgrundlagen zur Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung aus der Zeitschrift „Der soziale Wohnungsbau in Deutschland“. Hamburg 1986 (Stadt, Planung, Geschichte 6).

Harlander, Tilman: Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik. In: *Andritzky, Michael; Flagge, Ingeborg* (Hrsg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 5: 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart 1999, S. 233–417.

Hausmann, Ilka: Sakralbau in der Moderne. Die Bauaufgabe Kirche in den 1920er und 1930er Jahren in Deutschland. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Universität Leipzig 2014.

Heerdegen, Manfred: Die Ansiedlung der Gablonzer Industrie und die Anfänge von Neugablonz. In: Kulturamt der Stadt Kaufbeuren (Hrsg.): 50 Jahre Neugablonz. 1946–1996. Beiträge zu seiner Geschichte, seinen Menschen, seiner Industrie. Kempten 1996, S. 13–38.

Ders.: Kaufbeuren-Hart oder Kaufbeuren-Neugablonz? Der Konflikt um die Benennung einer Vertriebenengründung im Regierungsbezirk Schwaben 1946–1952. In: Kriegsende und Neubeginn. Konstanz 2003, S. 359–381.

Heiß, Ulrich: Industriebauten. In: *Nerdinger, Winfried; Blohm, Katharina* (Hrsg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. München 1993a (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums Nr. 9), S. 414–427.

Ders.: Militärbauten. In: *Nerdinger, Winfried; Blohm, Katharina* (Hrsg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. München 1993b (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums Nr. 9), S. 463–477.

Hemken, Ruth: Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle. Direktiven im englischen Originalwortlaut mit deutscher Übersetzung. Stuttgart 1949.

Hermes, Karl: Neutraubling. Geographische Skizze seiner Entwicklung. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 107–141.

Hien, Eduard: Die katholische Gemeinde „Heilige Familie“. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 259–262.

Ders.: Die katholische Gemeinde „Maria Hilf“. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 263–265.

Hillmann, Roman: Die erste Nachkriegsmoderne. Ästhetik und Wahrnehmung der westdeutschen Architektur 1945–63. Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 2007. Petersberg 2011 (Forschungen zur Nachkriegsmoderne).

Ders.: Vom Regionalismus zum abstrakten Ortsbezug. Beobachtungen zur Modifikation des traditionalistischen Konzepts zwischen 1900 und 1960. In: *Krauskopf, Kai; Lippert, Hans-*

Georg; Zschke, Kerstin (Hrsg.): Neue Tradition. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. Dresden 2012 (Neue Tradition 2), S. 109–132.

Hilpert, Thilo (Hrsg.): LeCorbusiers „Charta von Athen“. Texte und Dokumente. Braunschweig, Wiesbaden 1988 (Bauwelt-Fundamente 56).

Holtmann, Everhard: Neues Heim in neuer Heimat. Flüchtlingswohnungsbau und westdeutsche Aufbaukultur der beginnenden fünfziger Jahre. In: *Schildt, Axel; Sywottek, Arnold* (Hrsg.): Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg. Frankfurt/Main, New York 1988 (Campus-Forschung 589), S. 360–381.

Hopmann, Barbara: Von der Montan zur Industrierwaltungsgesellschaft (IVG) 1916–1951. Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1995 u.d.T.: Hopmann, Barbara: Von der Montan zur IVG. Stuttgart 1996.

Huber, Franz: Die Volksschule Neutraubling. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 156–159.

Hübner, Hans-Joachim: Die Fabrik Kaufbeuren der Dynamit-AG. Zur Vorgeschichte von Neugablonz. Kempten 1995 (Schriftenreihe von Stadtarchiv und Stadtmuseum Kaufbeuren 2).

Ders.: Verlorene Werke von Otto Pohl. In: Jeschken-Iser-Jahrbuch (2012), S. 108–110.

Hupka, Herbert: „Arbeit schafft Heimat“. Die erste Rundfunksendung über Neutraubling. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 79–90.

Huschka, Erich: Der Beginn. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 61–88.

Irion, Ilse; Sieverts, Thomas: Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne. Stuttgart 1991.

Jaenicke, Wolfgang (Hrsg.): Arbeit schafft Heimat. Ein Bildbericht über die Industrien der Heimatvertriebenen in Bayern. München 1950.

Jona-Meyer, Gertrud: Im Wechsel von Verzweiflung und aufkeimender Hoffnung. Das Leben im Holzlager. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 141–146.

Kahle, Barbara: Deutsche Kirchenbaukunst des 20. Jahrhunderts. Darmstadt 1990.

Kähler, Gert: „... dass der Mensch was lernen muss.“. Staat, Schule, Schulhaus. Ein historischer Rückblick. In: *Beckel, Inge* (Hrsg.): Schulen in Deutschland. Neubau und Revitalisierung. Stuttgart 2004, S. 12–35.

Kappel, Kai: Memento 1945? Kirchenbau aus Kriegsrüinen und Trümmersteinen in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Mainz, Univ., Habil.-Schr., 2006. München 2008 (Kunstwissenschaftliche Studien 145).

Karasek-Langer, Alfred: Neusiedlungen in Bayern nach 1945. In: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 2 (1956), S. 24–102.

Katholische Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling: 50 Jahre katholische Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling. 1955–2005. Neutraubling 2005.

Kauf, Germona: Neutraubling. Eine stadtgeographische Analyse. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Regensburg 1986.

Keim, Helmut; Lobenhofer-Hirschbold, Franziska: Kurzführer. Ein Begleiter durch das Freilichtmuseum Gentleiten des Bezirks Oberbayern. Großweil 2003 (Schriften des Freilichtmuseums Gentleiten des Bezirks Oberbayern 26).

Kentgens-Craig, Margret (Hrsg.): Das Bauhausgebäude in Dessau. 1926–1999. Basel 1998.

Kern, Konrad (Hrsg.): Waldkraiburg erzählt. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 1999.

Kern, Konrad: Architekt Emil Freymuth und seine Bauten in Waldkraiburg. In: Unser Waldkraiburg. Geschichts- und Heimatblätter des Fördervereins Stadtmuseum Waldkraiburg e.V. 7 (2003), S. 51–64.

Ders.: Kirchen in der Stadt Waldkraiburg. Waldkraiburg 2008.

Ders.: Das Werk Kraiburg 1945–1950. in: ders. (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009a, S. 147–152.

Ders.: Die Displaced-Persons-Lager in Waldkraiburg. 1945–1950. in: ders. (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009b, S. 131–134.

Kern, Konrad (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009c.

Kern, Konrad: Waldkraiburger Chronik. in: ders. (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 375–379.

Ders.: Waldkraiburger Straßennamenbuch. Straßennamen erzählen Geschichte. Waldkraiburg 2012.

Kern, Konrad; Loibl, Xaver; Pieper, Hans-Leo: Kirchengemeinden in Waldkraiburg. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 264–279.

Kern, Konrad; Schmidt, Peter: Die Industriegemeinschaft 1947 bis 1950. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg erzählt. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 1999, S. 131–138.

Dies.: Die Industriegemeinschaft 1947–1950. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 153–160.

Kesselgruber, Gertraud: Die Arbeitskräfte des DSC und das Kriegsende. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 116–129.

Klein, Dieter; Hölzl, Robert: 100 Gablonzer Schönheiten. Architektur in Nordböhmen. Stuckdetails von Gablonzer Fassaden. München 2012.

Klemm, Andrea: Von „Der große Treck“ distanziert. In: Oberbayerisches Volksblatt, 24.8.2012. Online unter: <http://www.ovb-online.de/muehldorf/waldkraiburg/der-grosse-treck-distanziert-2471250.html> (zuletzt geprüft am 25.10.2016).

Kornrumpf, Martin: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen. München, Wien 1979 (Dokumente unserer Zeit 3).

Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Bonn 2008 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 712).

Kostof, Spiro; Wanner, Peter: Das Gesicht der Stadt. Geschichte städtischer Vielfalt. Frankfurt/Main 1992.

Krause, Michael: Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland, 1943–1963. Düsseldorf 1997 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 109).

Krauss, Marita: Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns. Konflikte und Erfolge. In: *Hoffmann, Dierk; Schwartz, Michael* (Hrsg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999 (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Sondernr.), S. 47–56.

Dies.: Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern in vergleichender Perspektive. in: dies. (Hrsg.): Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945. Göttingen 2008, S. 70–92.

Kulischer, Eugene M.: Europe on the move. War and population changes, 1917–47. New York 1948.

Kunstdienst (Hrsg.): Die Markus-Kirche in Karlsruhe/Baden. Baubericht. Berlin-Spandau 1935.

Kurka, Rudolf: Die Eigenverwaltung in Kaufbeuren-Hart/Neugablonz. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 168–188.

Laible, Ulrike: Thomas Wechs und der Sakralbau. In: *Nerdinger, Winfried* (Hrsg.): Thomas Wechs, 1893–1970. Architekt der Moderne in Schwaben. Berlin 2005 (Schriften des Architekturmuseums Schwaben 6), S. 17–47.

Lammert, Peter: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945. Eine Skizze zur Planungsgeschichte. In: Die alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 14 (1987), S. 352–366.

Landkreis Wolfratshausen: Festschrift zur Gründung der Gemeinde Geretsried. Wolfratshausen 1950.

Landratsamt Wolfratshausen (Hrsg.): Geretsried. Landkreis Wolfratshausen. Jüngste Gemeinde Bayerns. Wolfratshausen 1950.

Lang, Rudolf: Das Gablonzer Siedlungswerk Kaufbeuren e. G. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 352–357.

Langen, Mona: Evangelischer Wohnungsbau in Bayern. Innerkirchliche Diskussion und Durchführung bis 1957. Zugl.: Bayreuth, Univ., Diss. Neustadt a.d. Aisch 1997 (Einzelarbeiten aus der Kirchengeschichte Bayerns 72).

Leukert, Hans-Hugo; Leukert, Klaus: Vom einfachen Wohnungsbau zur modernen Wohnqualität. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 251–263.

Lindner, Walter: Waldkraiburg: Vom Bunker zur Siedlung. Die vierjährige Geschichte einer Industriesiedlung von Heimatvertriebenen in Oberbayern. München 1950.

Lutz, Werner: Werkkatalog. In: *Nerdinger, Winfried* (Hrsg.): Thomas Wechs, 1893–1970. Architekt der Moderne in Schwaben. Berlin 2005 (Schriften des Architekturmuseums Schwaben 6), S. 105–336.

Magnago Lampugnani, Vittorio: Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes. Berlin 2010.

- Maier, Jörg; Tullio, Germano*: Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern. München 1996 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 4).
- Maurer, Krista*: Zeittafel. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 423–455.
- Meier, Hans-Rudolf*: Neue Tradition II. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. In: *Krauskopf, Kai; Lippert, Hans-Georg; Zschke, Kerstin* (Hrsg.): Neue Tradition. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. Dresden 2012 (Neue Tradition 2), S. 7–12.
- Mitscherlich, Alexander*: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main 1965 (Edition Suhrkamp 123).
- Mohr, Christoph*: Das neue Frankfurt. Wohnungsbau und Großstadt 1925–1930. In: *Quiring, Claudia; Voigt, Wolfgang; Barr, Helen; May, Ernst* (Hrsg.): Ernst May. 1886–1970. Ausst.-Kat., Frankfurt a. Main, Deutsches Architekturmuseum, 28. Juli bis 6. November 2011. München 2011, S. 51–68.
- Münk, Dieter*: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches. Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 1993. Bonn 1993 (Pahl-Rugenstein-Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften 284).
- Nerding, Winfried*: Materialästhetik und Rasterbauweise. Zum Charakter der Architektur der 1950er Jahre. In: *Durth, Werner* (Hrsg.): Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in Hannover vom 2. bis 4. Februar 1990. Bonn 1990 (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 41), S. 38–49.
- Ders.: Abel, Adolf. In: K. G. Saur Verlag München-Leipzig (Hrsg.): Allgemeines Künstlerlexikon. Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker. Bd. 1. München, Leipzig 1992, S. 113, 114.
- Ders.: Thomas Wechs. Repräsentant der modernen Architektur in Schwaben. in: ders. (Hrsg.): Thomas Wechs, 1893–1970. Architekt der Moderne in Schwaben. Berlin 2005 (Schriften des Architekturmuseums Schwaben 6), S. 9–16.
- Nerding, Winfried; Blohm, Katharina* (Hrsg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945. München 1993 (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums Nr. 9).
- Nestle, Albrecht*: Der ruhelose Ritter von Gablonz. Geschichte eines Denkmals. In: *Köhle-Hezinger, Christel* (Hrsg.): Neue Siedlungen – neue Fragen. Eine Folgestudie über Heimatvertriebene in Baden-Württemberg – 40 Jahre danach. Ein Projekt des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Tübingen 1995, S. 180–185.
- Norberg-Schulz, Christian*: Genius loci. Landschaft, Lebensraum, Baukunst. Stuttgart 1982.
- Oberpenning, Hannelore*: „Arbeit, Wohnen und eine neue Heimat ...“. Espelkamp – Geschichte einer Idee. Essen 2002.
- Pantle, Ulrich*: Leitbild Reduktion. Beiträge zum Kirchenbau in Deutschland von 1945 bis 1950. Stuttgart, Univ., Diss., 2003. Online unter: <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn=urn:nbn:de:bsz:93-opus-14653> (zuletzt geprüft am 30.1.2017).
- Peter, Franz*: Döllgast, der Kirchenbauer. In: Technische Universität München; Bund Deutscher Architekten (Hrsg.): Hans Döllgast. 1891–1974. München 1987, S. 116–159.

Pfeil, Elisabeth: Neue Städte auch in Deutschland. Stadtgründungen auf der Grundlage gewerblicher Flüchtlingsunternehmen. Göttingen 1954 (Monographien zur Politik 3).

Dies.: Städtische Neugründungen. In: *Lemberg, Eugen; Edding, Friedrich* (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Politik und Geistesleben. Kiel 1959, S. 500–520.

Platsch, Edmund; Mühlbäck, Thomas: Waldkraiburg. Von der Gemeinde zur Stadt. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 161–202.

Pohl, Karin: Zwischen Integration und Isolation. Zur kulturellen Dimension der Vertriebenenpolitik in Bayern (1945–1975). München 2009 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 13).

Pöppinghege, Rainer: Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen. Münster 2007.

Poxleitner, Josef: Bayern baut auf. Die Weichenstellungen der Obersten Baubehörde. In: *Daxelmüller, Christoph; Kummer, Stefan; Reinicke, Wolfgang* (Hrsg.): Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in Bayern. Aufsätze zur Bayerischen Landesausstellung 2009. Regensburg 2009 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 57), S. 56–69.

Preuß, Johannes; Eitelberg, Frank: Das Werk Kraiburg der Deutschen Sprengchemie GmbH. 1938–1945. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 91–115.

Preuß, Johannes; Eitelberg, Frank; Wilmes, Peter: Rekonstruktion der ehemaligen Rüstungsbetriebe in Geretsried, Deutsche Sprengchemie (DSC) und Dynamit-Actien-Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (DAG Verwert) Wolfratshausen. Unveröffentlichtes Gutachten. o.O. 1992.

Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. 2 Bde. München 1984.

Pscheidt, Edgar: Die Ansiedlung der Graslitzer Musikinstrumentenhersteller auf dem Montan-Gelände in Kraiburg. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984a, S. 560–595.

ders.: Die Flüchtlingslager in Bayern. Planung, Aufbau und Unterhaltung. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984b, S. 197–271.

ders.: Die Schönbacher Streich- und Zupfinstrumentenhersteller. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984c, S. 514–559.

ders.: Zur Integration der Sudetendeutschen in Bayern. In: *Heumos, Peter* (Hrsg.): Heimat und Exil. Emigration und Rückwanderung, Vertreibung und Integration in der Geschichte der Tschechoslowakei. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum vom 20. bis 22. No-

vember 1992 und vom 19. bis 21. November 1993. München 2001 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 21), S. 199–222.

Puhane, Mario H.: Traunreut. Impressionen aus dem Alltag. Erfurt 2003 (Die Reihe Archivbilder).

Rainer, Roland: Städtebauliche Prosa. Praktische Grundlagen für den Aufbau der Städte. Tübingen 1948.

Reichow, Hans Bernhard: Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos. Ravensburg 1959.

Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront / Hauptabteilung Städtebau und Wohnungsplanung: Die Gestaltung der Kreisstadt. Berlin 1943 (Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft).

Reinborn, Dietmar: Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart, Berlin, Köln 1996.

Rosnitschek, Erwin: Die Demontage. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 63–66.

Rössler, Susanne: Das Lager Riederloh. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986a, S. 107–131.

Dies.: Das Neugablonzer Schulwesen. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986b, S. 398–430.

Dies.: Die Dynamit A.G / Werk Kaufbeuren. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 37–60.

Dies.: Gablonzer Alltag im Kaufbeuren-Hart. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986c, S. 189–221.

Dies.: Gründung und Entwicklung der katholischen Pfarrgemeinde in Neugablonz. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 373–378.

Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986.

Roth, Carsten: Eichhorst, Franz. In: K. G. Saur Verlag München-Leipzig (Hrsg.): Allgemeines Künstlerlexikon. Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker. Bd. 32. München, Leipzig 2002, S. 504–505.

Rudolf, Franz: Geretsrieder Straßennamen, wie sie entstanden und was sie bedeuten. Ein halbes Jahrhundert Verkehrspolitik in Geretsried. Geretsried 2008 (Geretsrieder Hefte 1).

Ruppert, Wolfgang: Künstler im Nationalsozialismus. Künstlerindividuum, Kunstpolitik und die Berliner Kunsthochschule. in: ders. (Hrsg.): Künstler im Nationalsozialismus. Die „deutsche Kunst“, die Kunstpolitik und die Berliner Kunsthochschule. Köln, Weimar, Wien 2015, S. 21–74.

Schleich, Leonhard: Landsmannschaften und Heimatvereine in Waldkraiburg. In: *Kern, Konrad* (Hrsg.): Waldkraiburg schaut zurück. Geschichte einer jungen Stadt. Waldkraiburg 2009, S. 280–294.

Schmidt, Dietrich W.: Die Stuttgarter Schule 1918–1945. „... dass diese Furcht zu irren schon der Irrtum selbst ist“. In: *Krauskopf, Kai; Lippert, Hans-Georg; Zäschke, Kerstin* (Hrsg.): Neue Tradition. Vorbilder, Mechanismen und Ideen. Dresden 2012 (Neue Tradition 2), S. 151–184.

Schmucker, Alfred Bruno: Schulbau in Bayern 1945–1975. Von der Zwergschule zum Schulzentrum, vom Pavillon zur Großstruktur. Zugl.: München, Techn. Univ., Diss., 2012. Frankfurt am Main 2012.

Schneider, Christian: Stadtgründung im Dritten Reich, Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie, Ressortpolitik, Repräsentation. Zugl.: München, Techn. Univ., Diss., 1978. München 1979.

Schnell, Hugo: Der Kirchenbau des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Dokumentation, Darstellung, Deutung. München, Zürich 1973.

Schönfeld, Martin: Das „Dilemma der festen Wandmalerei“. Die Folgen der Formalismus-Debatte für die Wandbildbewegung in der SBZ/DDR 1945–1955. In: *Feist, Günter* (Hrsg.): Kunstdokumentation SBZ/DDR. 1945–1990. Aufsätze, Berichte, Materialien. Köln 1996, S. 444–465.

Schubert, Hans J.: Das stand 1950 im Trostberger Tagblatt. In: *Steiner* Burgbrief 17 (2006), S. 65–121.

Schumacher, Friedrich: Entwicklung der Volksschulen. In: *Stadt Geretsried* (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 233–237.

Schütz, Otto: Die neuen Städte und Gemeinden in Bayern. Hannover 1967 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 48).

Sebb, Werner: Gartenberg zwischen Kriegsende und Gemeindegründung. In: *Stadt Geretsried* (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 114–133.

Seeholzer, Peter T.: Traunreut im Chiemgau. 50 Jahre Traunreut. Trostberg 1999.

Sheffer, Edith: Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain. Oxford 2011.

Skriebeleit, Jörg: Erinnerungsort Flossenbürg. Akteure, Zäsuren, Geschichtsbilder. Göttingen 2009.

Sohn, Elke: Zum Begriff der Natur in Stadtkonzepten. Zugl.: Hamburg, Hochsch. für Bildende Künste, Diss., 2005. Hamburg, Münster 2008 (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung 30).

Stadt Geretsried: Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999.

Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012.

Stadt Traunreut (Hrsg.): Traunreut. 60 Jahre Gemeinde – 50 Jahre Stadt. Traunreut 2010.

Städtische Galerie Waldkraiburg (Hrsg.): Suchet der Stadt Bestes. Die Geschwister Brunotte – Kunst in der Stadt. Ausst.-Kat., Waldkraiburg, Städtische Galerie, 21. September bis 5. November 2000. Waldkraiburg 2000.

Stadtverwaltung Neutraubling: Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989.

Stelzle, Walter: Die Sudetendeutsche Hilfsstelle. In: *Prinz, Friedrich* (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur

wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. München 1984, S. 83–96.

Sternkopf, Jochen: Die städtische Bauleitplanung. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 324–328.

Stütz, Gerhart (Hrsg.): Gablonz an der Neiße. Stadt, Bezirk und Landkreis in Nordböhmen (Sudetenland). Schwäbisch Gmünd 1982 (Gablonzer Bücher 37).

Stütz, Gerhart: Die Aufbau- und Siedlergenossenschaft. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 152–168.

Sudetendeutsche Landsmannschaft, Kreisgruppe Bad Tölz-Wolfratshausen; Förderverein Geretsrieder Heimatmuseum e.V. (Hrsg.): Wilhelm Srb-Schloßbauer: 1890–1972. Eine Auswahl aus seinem Werk. Ausst.-Kat., München, Sudetendeutsches Haus, 17. Februar bis 2. März 2012. Geretsried 2012.

Uhl, Adolf: Die Junghanssiedlung. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 77–78.

Uhl, Karl: Neutraubling als Beispiel einer neuen Siedlungsgemeinde. Unveröffentlichte Zulassungsarbeit für Lehramt. Universität München 1959.

Verein Bayerland e.V. (Hrsg.): Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut. München o.J. (1960).

Vierke, Ulf: Die Spur der Glasperlen. Produktion Handel und Aneignung von Glasperlen. Zugl.: Bayreuth, Univ., Diss., 2004. Saarbrücken 2007.

Vilsmeier, Cäcilie: Denk mal! Die Denkmäler der Stadt Neutraubling. In: Stadt Neutraubling (Hrsg.): Stadtbuch Neutraubling. Niemand war schon immer da. Neutraubling 2012, S. 207–214.

Vilsmeier, Gabriele: Der Flugplatz Obertraubling. In: Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989, S. 50–64.

Wagner, Andreas: Zwangsarbeit im Wolfratshausener Forst. Geretsried 1938–1945. Vortrag vom 25.10.1989. Textfassung vom Mai 1993. o.O. 1993. Online unter: www.a-wagner-online.de/zwangs.htm (zuletzt geprüft am 11.12.2016).

Wandersleb, Hermann: Neuer Wohnbau. Bd. 1: Bauplanung. Neue Wege des Wohnungsbau- es als Ergebnis der ECA-Ausschreibung. Ravensburg 1952.

Weger, Tobias: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Zugl.: Oldenburg, Univ., Diss., 2005. Frankfurt a. M, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2008 (Die Deutschen und das östliche Europa 2).

Weigel, Margitta: Die Entwicklung der Pfarrgemeinde Herz Jesu Neugablonz seit 1954. In: *Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart* (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986, S. 379–384.

Wessely, Herbert: Hubert Rösler. Leben und Werk. Ein Gedenkbuch von Herbert Wessely. Landshut 1984.

Wittmann-Englert, Kerstin: Zelt, Schiff und Wohnung. Kirchenbauten der Nachkriegsmoderne. Berlin, Techn. Univ., Habil.-Schr., 2004. Lindenberg im Allgäu 2006.

Witzmann, Karlheinz: Die Bedeutung der drei neuen Gemeinden Oberbayerns. In: Verein Bayerland e.V. (Hrsg.): Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut. München o.J. (1960), S. 34–40.

Wolff, Gabriele: Die evangelische Gemeinde. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 267–274.

Würnsth, Barbara: Vom Rüstungswerk zur Idealstadt. Urbanistische und militärische Interpendenzen in der Planung der Vertriebenenstadt Waldkraiburg und dem zeitgenössischen Theoriekontext. In: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 50 (2010), 2, S. 301–332.

Zentralinstitut für Kunstgeschichte; Deutsches Historisches Museum; Haus der Kunst: GDK-Research. Bildbasierte Forschungsplattform zu den Großen Deutschen Kunstausstellungen 1937–1944 in München. Online unter: <http://www.gdk-research.de> (zuletzt geprüft am 25.10.2016).

Zerlik, Sigrid: Die Neugemeinde Traunreut im Chiemgau in volkskundlicher Sicht. Versuch einer Bestandsaufnahme. In: Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde 8 (1964), S. 3–36.

Ziegler, Walter: Neugablonz. Eine neue Heimat für Vertriebene. In: *Schmid, Alois; Weigand, Katharina* (Hrsg.): Schauplätze der Geschichte in Bayern. München 2003, S. 405–425.

Zimprich, Arthur: Leben im ehemaligen Rüstungswerk. In: Stadt Geretsried (Hrsg.): Geretsried. Eine Doppelschwaige wird Stadt. Geretsried 1999, S. 134–145.

3. Abbildungsverzeichnis

Abel, Othmar: Luther-Kirche Neutraubling. Broschüre. o.O. 1989: IV.133, 134 / Adam, Peter: Kunst im Dritten Reich. Hamburg 1992: IV.159 / Archiv des Isergebirgs-Museums Neugablonz: IV.118, 119, 120 / Archiv des Neugablonzer Industrie- und Schmuckmuseums e.V., Kaufbeuren-Neugablonz: III.33, 34, 35, IV.17, 26, 27, 28, 36, 45, 49, 54, 61, 61a, 75, 85, 94, 102, 115, 153, 154, 155 / Balon, Erich: Altgablonz-Neugablonz. Vergleichende Untersuchung zur Ansiedlung der Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie in Bayern. Zugl.: München, Univ., Diss., 1952. Kaufbeuren 1953: III.36, 40 / Bauamt Geretsried: IV.59, 81, 136, 137 / Bauamt Kaufbeuren: IV.76, 86, 88, 89, 90, 91, 96, 103, 104, 111, 114 / Bauamt Traunreut: IV.51, 79, 80, 127 / Bauamt Waldkraiburg: IV.30, 84 / Baugenossenschaft Geretsried eG: IV.19, 39, 46 / Bausinger, Hermann; Braun, Markus; Schwedt, Herbert: Neue Siedlungen. Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts Tübingen. Stuttgart 1959: IV.6 / Benevolo, Leonardo: Die Geschichte der Stadt. Frankfurt am Main, New York 1991: III.42 / Bundesarchiv: IV.122 / Damus, Martin: Das Rathaus. Architektur- und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne. Schwerpunkt Rathausbau 1945–1986 in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1988: IV.70, 71 / Eigenes Foto: IV.4, 9, 12, 13, 87, 144, 145, 156, 158 / Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Geretsried: IV.135 / Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Neutraubling: 50 Jahre Lutherkirche Neutraubling. 1956–2006. Neutraubling 2006: IV.132 / Feder, Gottfried; Rechenberg, Fritz: Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung. Berlin 1939: III.45 / Frank, Edith; Vilsmeier, Cäcilie: In Trümmern anfangen – aufbauen – leben. Dokumentation der Ausstellung über die Anfangsjahre Neutraublings: 1945–1961. Neutraubling o.J. (1996): IV.42 / Gablonzer Archiv und Museum e.V. (Hrsg.): Neugablonz. Die Stadt der Vertriebenen. o.O. 1965: IV.18, 141 / Göderitz, Johannes; Rainer, Roland; Hoffmann, Hubert: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Tübingen 1957 (Archiv für Städtebau und Landesplanung 4): III.41 / Günther, Rudolf: Gablonz a.N. – Neugablonz. Mensch und Industrie. Wirklichkeit und Planung. Eine Baugeschichte. Schwäbisch Gmünd 1963: III.37, 38, 39 / Hafner, Thomas: Vom Montagehaus zur Wohnscheibe. Entwicklungslinien im deutschen Wohnungsbau 1945–1970. Mit ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg. Basel, Berlin, Boston 1993 (Stadt, Planung, Geschichte 13): IV.67a und b, 68a und b, 69, 72, 73, 74 / Katholische Pfarrgemeinde St. Michael Neutraubling: IV.142, 143 / Keim, Helmut; Lobenhofer-Hirschbold, Franziska: Kurzführer. Ein Begleiter durch das Freilichtmuseum Gentleiten des Bezirks Oberbayern. Großweil 2003 (Schriften des Freilichtmuseums Gentleiten des Bezirks Oberbayern 26): IV.33 / Klaus Müller, eigenes Werk, online

unter: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15242833> (zuletzt geprüft am 9.11.2016): IV.157 / Kunstdienst (Hrsg.): Die Markus-Kirche in Karlsruhe/Baden. Baubericht. Berlin-Spandau 1935: IV.105 / Luftbilddatenbank Würzburg: III. 1 / Luftbildverlag H. Bertram GmbH: III.30, IV. 3, 14, 100 / M_H.DE Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, online unter: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bauhaus_Dessau,Gropiusallee.jpg (zuletzt geprüft am 5.6.2019): IV.93 / M_H.DE, eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, online unter: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Dessau,Bauhausgeb%C3%A4ude.jpg> (zuletzt geprüft am 5.6.2019): IV.92 / Nerdinger, Winfried (Hrsg.): Thomas Wechs, 1893–1970. Architekt der Moderne in Schwaben. Berlin 2005 (Schriften des Architekturmuseums Schwaben 6): IV.97, 99, 112, 116, 117 / Preuß, Johannes; Eitelberg, Frank; Wilmes, Peter: Rekonstruktion der ehemaligen Rüstungsbetriebe in Geretsried, Deutsche Sprengchemie (DSC) und Dynamit-Actien-Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (DAG Verwert) Wolfenratshausen. Unveröffentlichtes Gutachten. o.O. 1992: III.11, 14 / Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront / Hauptabteilung Städtebau und Wohnungsplanung: Die Gestaltung der Kreisstadt. Berlin 1943 (Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft): III.46 / Rössler, Susanne; Stütz, Gerhart (Hrsg.): Neugablonz. Stadtteil der ehemaligen Freien Reichsstadt Kaufbeuren im Allgäu. Entstehung und Entwicklung. Schwäbisch Gmünd 1986: IV.35, 95 / Schütz, Otto: Die neuen Städte und Gemeinden in Bayern. Hannover 1967 (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 48): I.1 / Stadt Traunreut (Hrsg.): Traunreut. 60 Jahre Gemeinde – 50 Jahre Stadt. Traunreut 2010: IV.160 / Stadtarchiv Geretsried: III.7, 8, 9, 12, 12a, 13, 16, 17, 18, 19, 20, IV.31, 32, 34, 55 / Stadtarchiv Neutraubling: III.31 (S-Pläne 01/01), III.32 (S-Pläne 02/01), IV.1 (S-Foto 1.7.1/002), IV.16 (S-Foto 1.1/038), IV.24 (S-Foto 2.1/043 (Ausschnitt)), IV.47 (S-Foto 2.1/042), IV. 56 (S-Foto 2.7.1/020), IV.101 (S-Foto 2.8.1/024), IV.101a (S-Foto 2.8.1/025) / Stadtarchiv Traunreut: III.21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, IV.7, 8, 20, 21, 22, 40, 44, 50, 52, 53, 60, 64, 65, 66, 77, 78, 106, 108, 128, 129, 149, 150, 151, 152 / Stadtarchiv Waldkraiburg: III.2, 4, 5, 6, 44, IV.5, 29, 38, 41, 43, 48, 57, 58, 62, 63, 83, 124, 125, 138, 139, 140, 147 / Stadtverwaltung Neutraubling (Hrsg.): Neutraubling. Junge Stadt im alten Donaugau. Neutraubling 1989: III.28, 29, IV.2, 15, 23 / Technische Universität München; Bund Deutscher Architekten (Hrsg.): Hans Döllgast. 1891–1974. München 1987: IV.98, 130, 131 / Verein Bayerland e.V. (Hrsg.): Waldkraiburg – Geretsried – Traunreut. München o.J. (1960): III.3, IV.126, 146, 148 / Voigt, Hans: Der Wirtschaftsraum Bielefeld und das Planungsvorhaben Sennestadt: Eine Strukturuntersuchung der Landesplanungsgemeinschaft. Münster 1957: III.43 / Wandersleb, Hermann: Neuer Wohnbau. Bd. 1: Bauplanung. Neue Wege des Wohnungsbaues als Ergebnis

der ECA-Ausschreibung. Ravensburg 1952: IV.37 / Wasmuths Monatshefte für Baukunst und Städtebau 16 (1932), 7: IV.109, 110 / Weyres, Willy; Bartning, Otto (Hrsg.): Kirchen. Handbuch für den Kirchenbau. München 1959 (Handbücher zur Bau- und Raumgestaltung): IV.107.

III.10, IV. 10, 11, 25, 82, 121, 123: nicht ermittelbar (Bei Veröffentlichung war der Rechteinhaber der Abbildungen nicht ermittelbar. Berechtigte Ansprüche werden im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.)



Abb. III.1
Werk Kraibitz, Luftaufnahme (Ausschnitt), Februar 1945
Die quer laufende Linie unterhalb der Bildmitte zeigt die Bahnstrecke,
darunter sind Innkanal und Inn zu sehen.

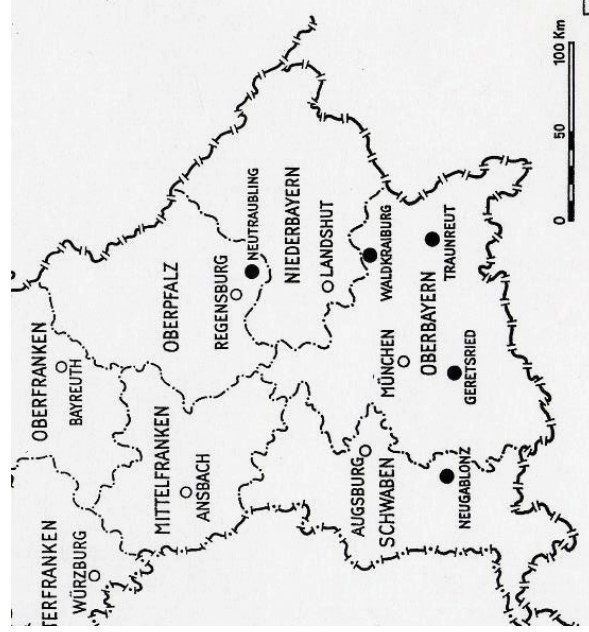


Abb. I.1
Lage der Vertriebenenstädte in Bayern

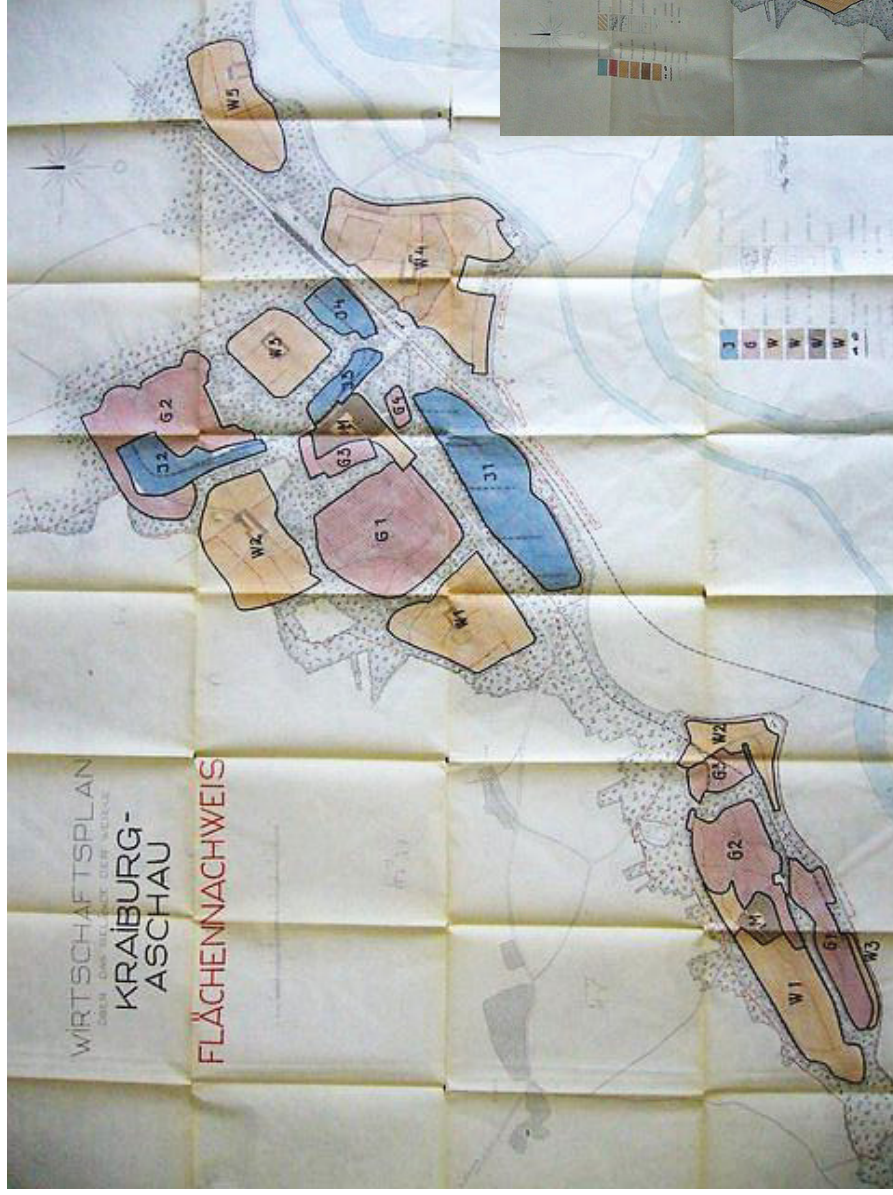


Abb. III.5
Waldkraiburg, Wirtschaftsplan, 1949
(links unten das Werk Aschau)

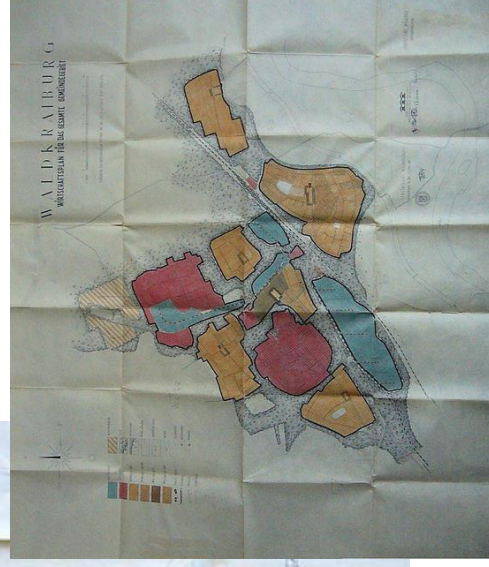


Abb. III.6
Waldkraiburg, Wirtschaftsplan, 1952

Abb. III.7
Geretsried, Wirtschaftsplan von 1950 zur Verortung der
Lage der Rüstungswerke bei Wolfratshausen (DAG-
Werk und DSC-Werk)
(Die schwarze Linie zeigt die Reichsstraße.)

- 1: Holzbarackenlager
- 2: Steinbarackenlager
- 3: Lager „Föhrenwald“
- 4: DAG-Verwaltungsgebäude und „Ingenieurshäuser“
- 5: Dorf Geretsried und „Siedlung Tattenkofenerstraße“



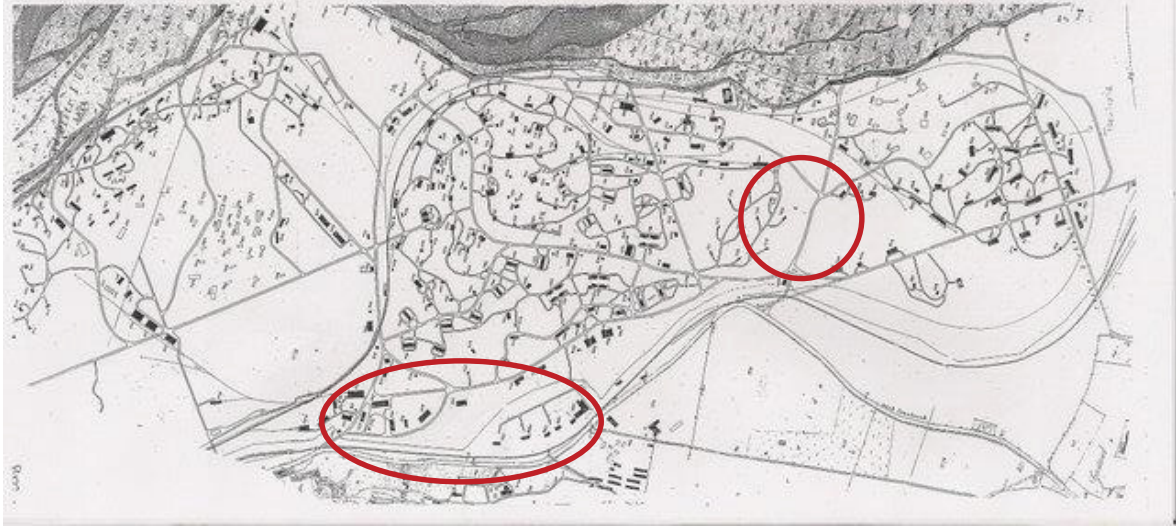


Abb. III.9

Rüstungswerke bei Wolftratshausen, DSC-Werk, Lageplan, Rekonstruktion von 1992

Die Markierung unten zeigt das Areal für den ersten geplanten Bauabschnitt, oben den Eingangsbereich des Werks: Links das Gästehaus, nach der Umzäunung folgen Pförtnerhaus und Verwaltungsgebäude.



Abb. III.8

Rüstungswerke bei Wolftratshausen, DAG-Werk, Lageplan, Rekonstruktion von 1992

Die Markierung unten zeigt das Wohngebiet im Plan vom Mai 1947, die Markierung oben das Wohngebiet im Wirtschaftsplan von 1950.

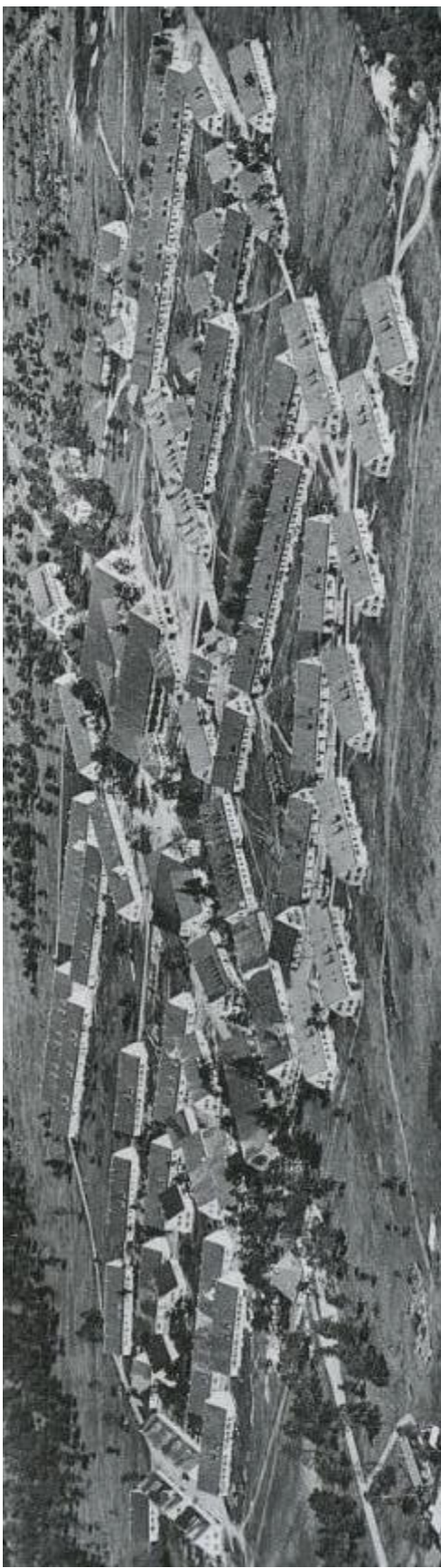


Abb. III.10
Wolfratshausen, Ortsteil „Waldram“, ehemaliges Lager „Föhrenwald“ des DAG-Werks bei Wolfratshausen, Foto nach 1950

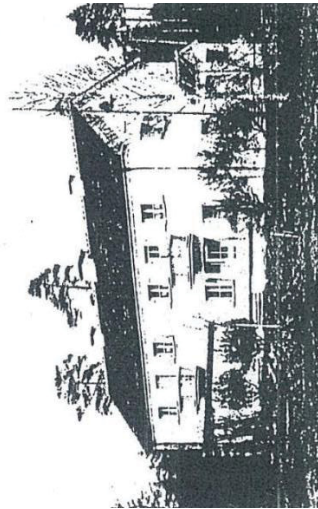


Abb. III.11
Wolfratshausen, Rüstungswerke bei Wolfratshausen, „Ingenieurshaus“ des DAG-Werks, 1940er Jahre



Abb. III.12

Rüstungswerke bei Wolfershausen, Siedlungsplanung, Juli 1946, Rechts ist im späteren Wirtschaftsplan die Lage der geplanten Siedlung verzeichnet.



Abb. III.12a

Geretsried, Wirtschaftsplan, 1950 zur Verortung der Siedlungsplanung vom Juli 1946 (rot)

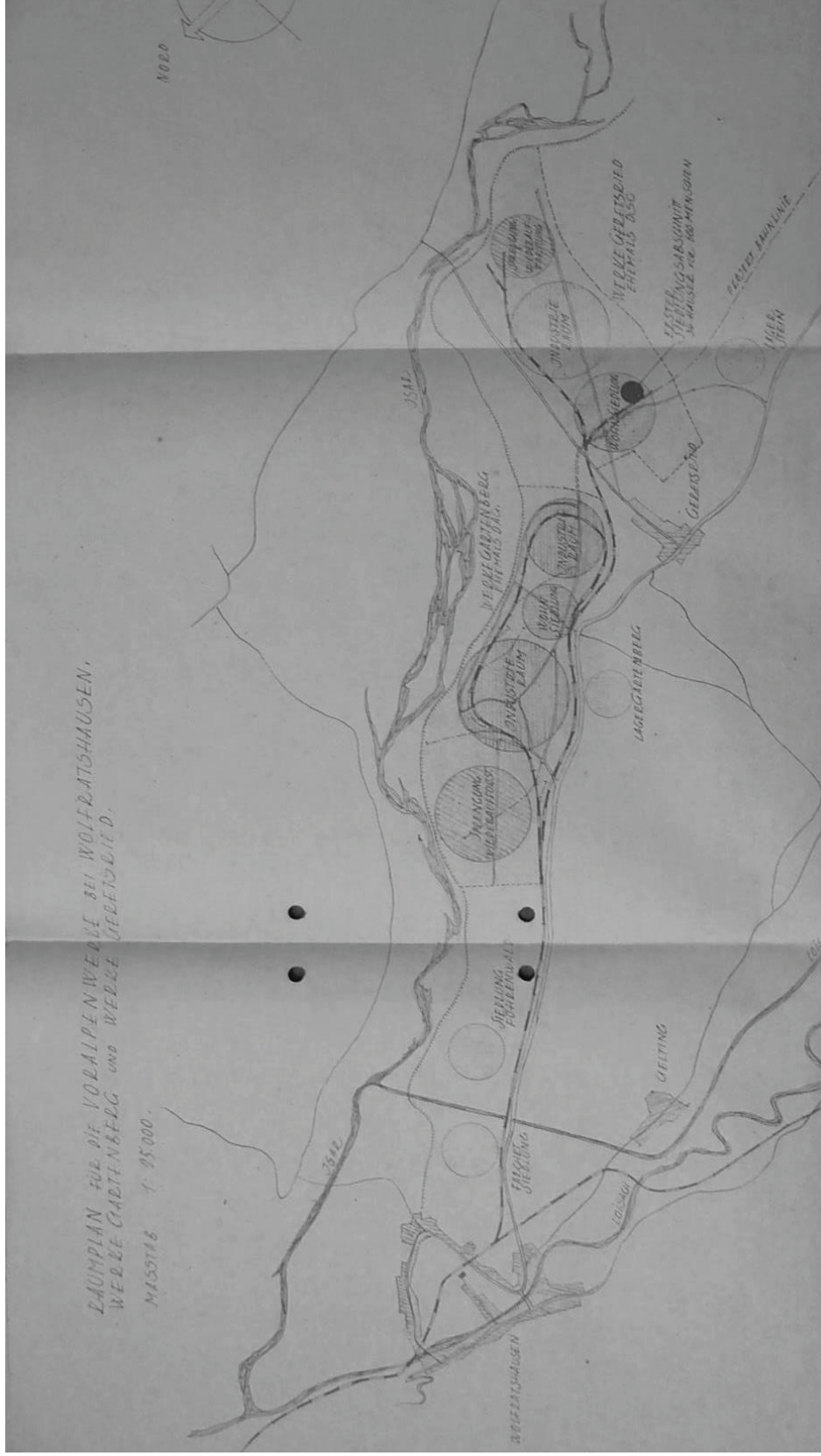


Abb. III.13
Rüstungswerke bei Wolfratshausen, Gesamtplanung zur Besiedlung, Mai 1947
(Der Plan ist nach Nordosten ausgerichtet)

In der Mitte ist (mit vier Kreisen) das DAG-Werk verzeichnet:

Der linke Kreis markiert ein zur Wiederaufforstung vorgesehenes Gebiet, es folgen zwei Industriegebiete und ein dazwischenliegendes Wohngebiet.

Die Kreise rechts zeigen das DSC-Werk:

links ein Wohngebiet (der schwarze Punkt markiert das geplante erste Baugelände), rechts davon ein Industriegebiet, gefolgt von einem Areal zur Wiederaufforstung.



Abb. III.14
Rüstungswerke bei Wolfratshausen,
Produktionsgebäude, 1940er Jahre



Abb. III.15
Geretsried, umgebauter Produktionsbunker,
Foto 2008

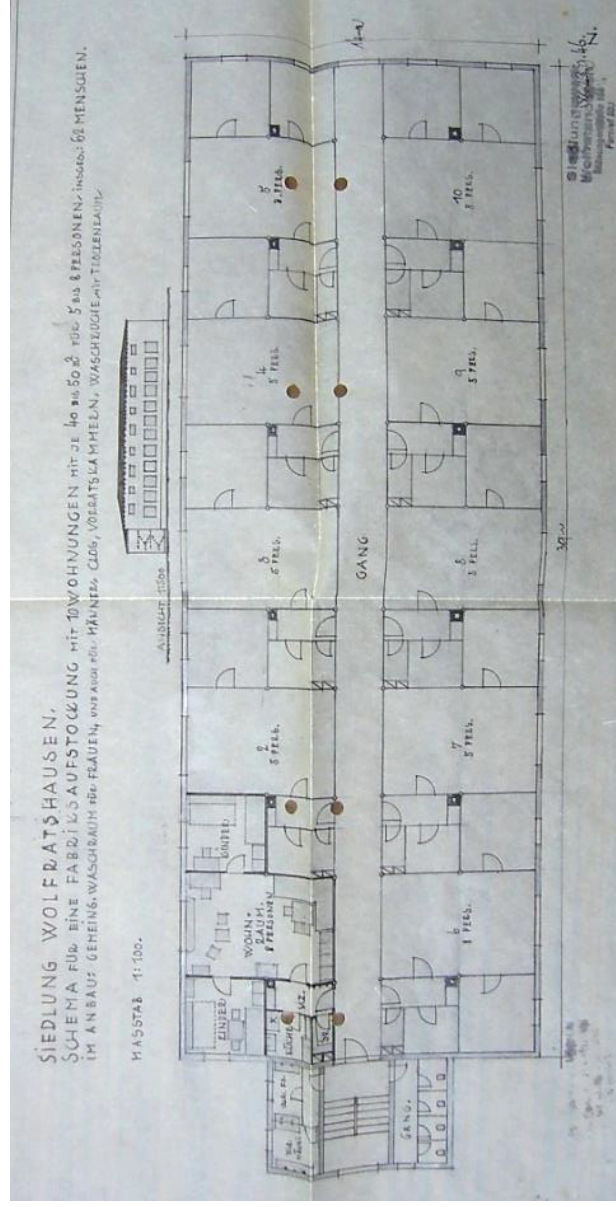
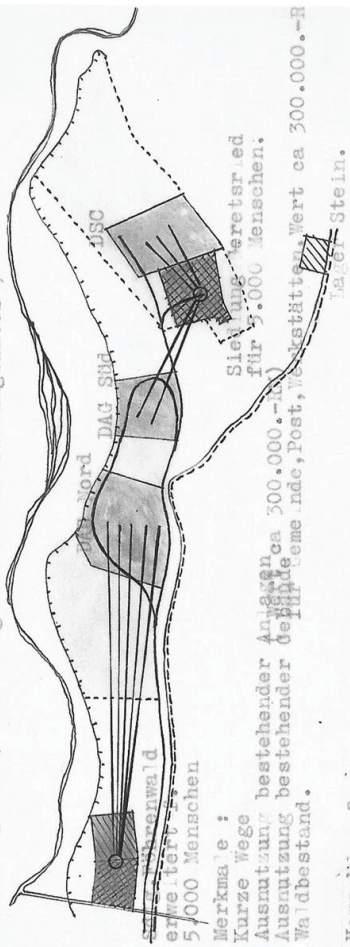


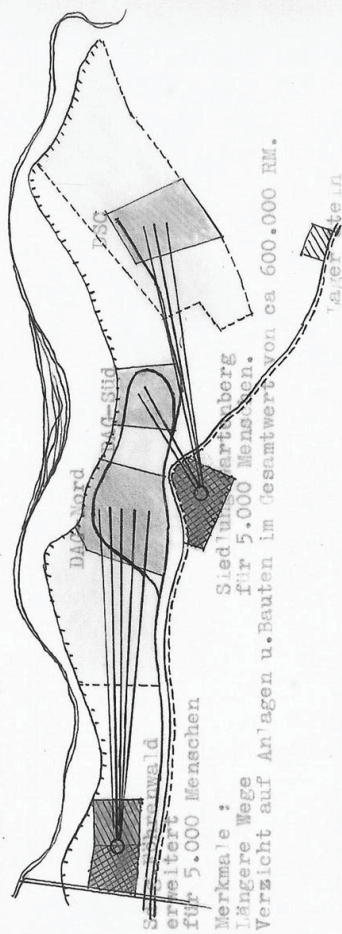
Abb. III.16
Rüstungswerke bei Wolfratshausen, Siedlungsplanung, „Schema für eine Fabrikaufstockung mit 10 Wohnungen“, Planzeichnung, September 1946

Vorarbeiten bei Wolfzrathausen.
Rauplanung. Maßstab 1:50.000.

Vorschlag 1. (Vorschlag des Landesleistungsamtes)



Vorschlag 2.



Vorschlag 3.

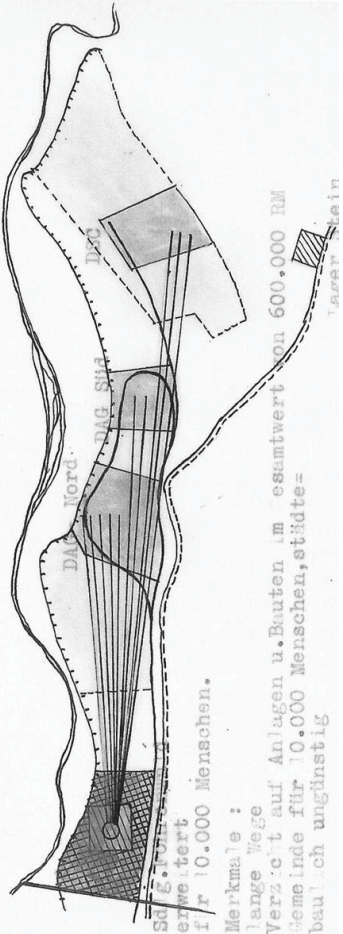


Abb. III.17
Rüstungswerke bei Wolfzrathausen
Planungsskizze, September 1947. (Plan geostet)
dunkel = Wohngebiete
hell = Industriegebiete

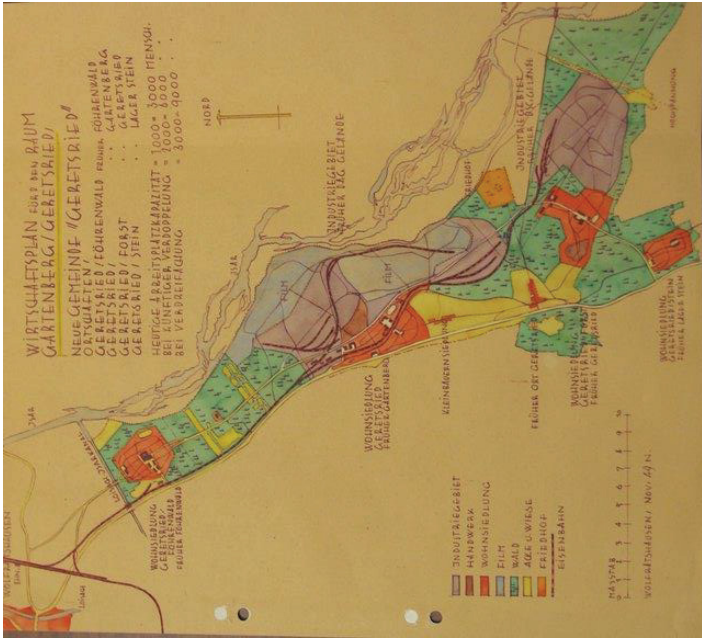


Abb. III.18
Geretsried, Wirtschaftsplan, 1949

rot: Wohngebiete
blau: Industriegebiete
(gelb: der Friedhof)



Abb. III.19
Geretsried, Wirtschaftsplan, 1950

- 1: Ortsteil „Föhrenwald“
- 2: Ortsteil „Geretsried“
- 3: Ortsteil „Geretsried-Forst“
- 4: Ortsteil „Stein“

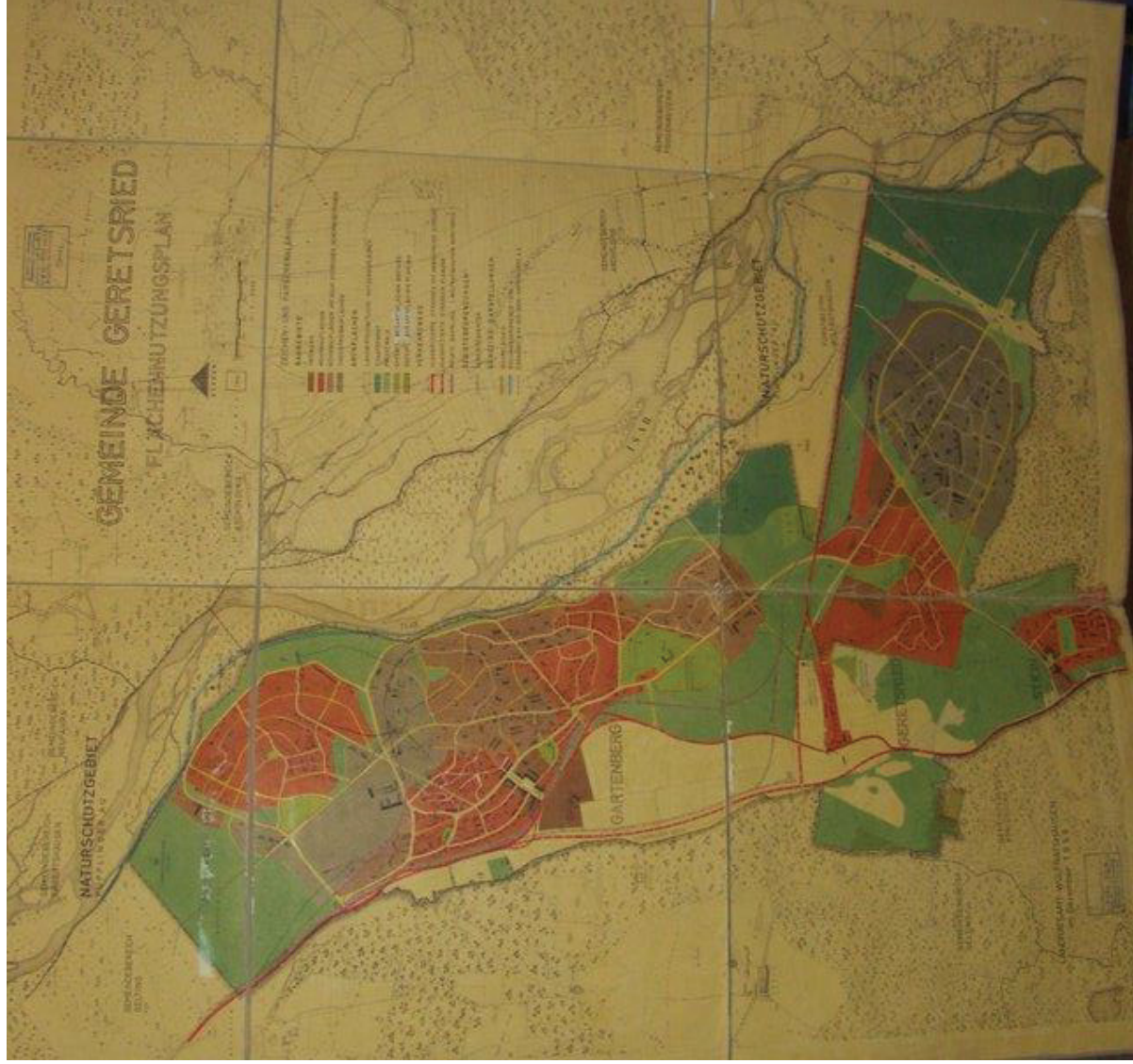


Abb. III.20
Geretsried, Flächennutzungsplan, 1962

rot: Wohngebiete
dunkelbraun: „Ortskerne“
braun: Mischgebiete
grau: Industriegebiete

Die Ortsteile sind mit den heutigen Namen verzeichnet:
Gartenberg (vorher Ortsteil „Geretsried“)
Geretsried (vorher Ortsteil „Geretsried-Forst“)

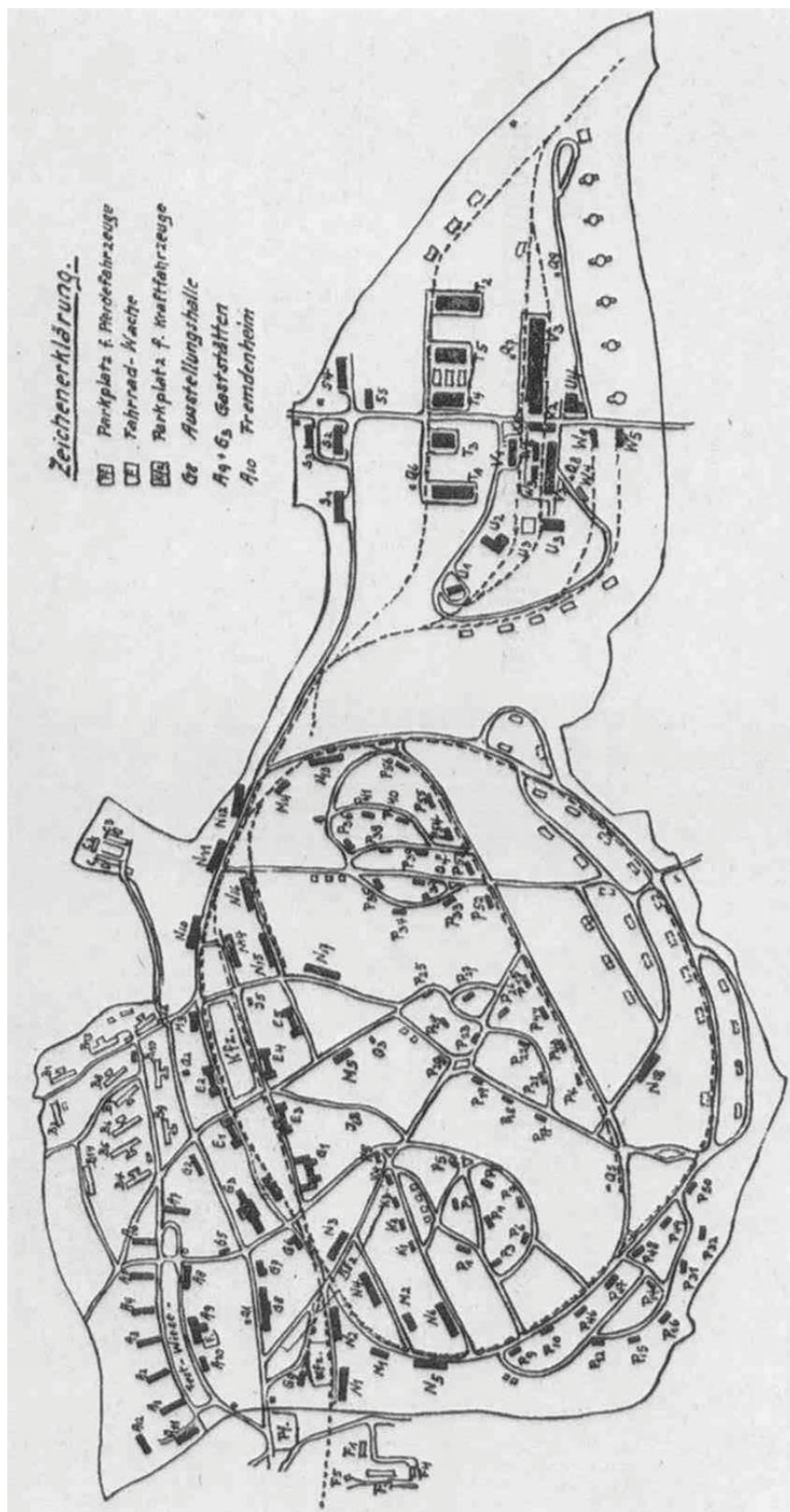


Abb. III.21
 Heeresmunitionsanstalt St. Georgen, Lageplan, Zustand um 1948

A: Steinbaracken
 B, C, F: Holzbaracken
 (Weiße Symbole ohne Kürzel zeigen die gesprengten Bunker und Tanks.)

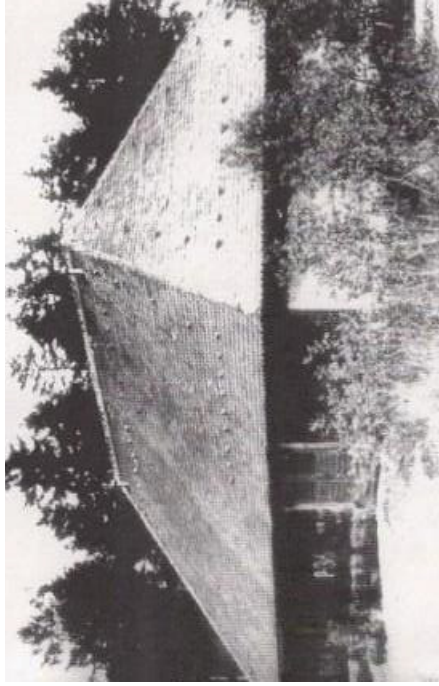


Abb. III.22
Heeresmunitionsanstalt St. Georgen, Lagergebäude
„P-Haus“, 1940er Jahre
(Die Bezeichnung folgte den Planungskürzeln)



Abb. III.23
Heeresmunitionsanstalt St. Georgen, Lagergebäude
„N-Haus“, 1940er Jahre



Abb. III.24
Heeresmunitionsanstalt St. Georgen, Steinbaracken, Foto um 1950



Abb. III.25
Traunreut, Entwicklungsplan, 1950
(mit Einzeichnung der Grünflächengliederung)

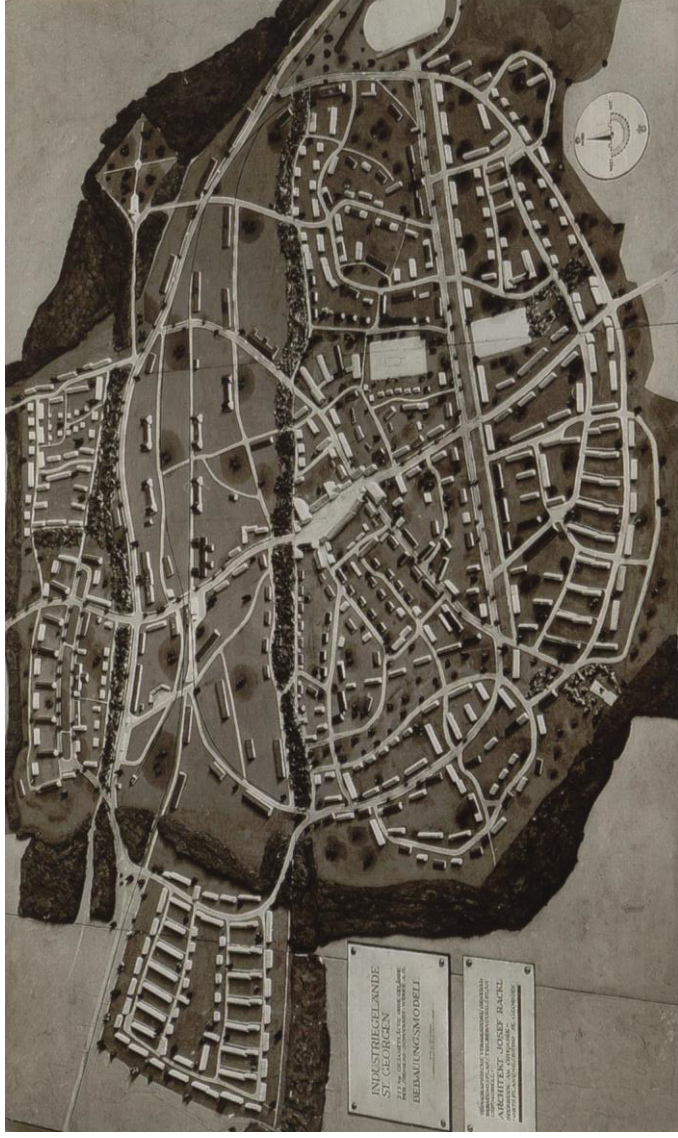


Abb. III.26
Traunreut, Stadtplanungsmodell, 1952



Abb. III.27
Traunreut, Stadtplanungsmodell, Ausschnitt
rechts: die Schule und zwei Sportplätze
links oben: der Rathausplatz

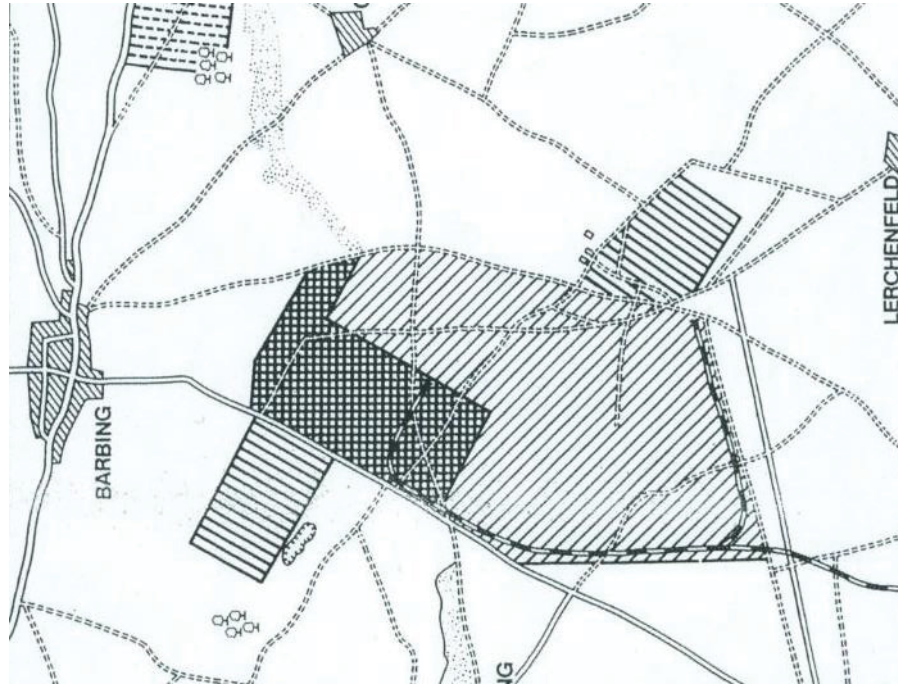


Abb. III.28
Flugplatz Obertraubling, Umgebungsplan, Zustand 1938

kariert: Kasernen und Werkshallen
schraffiert: das Rollfeld

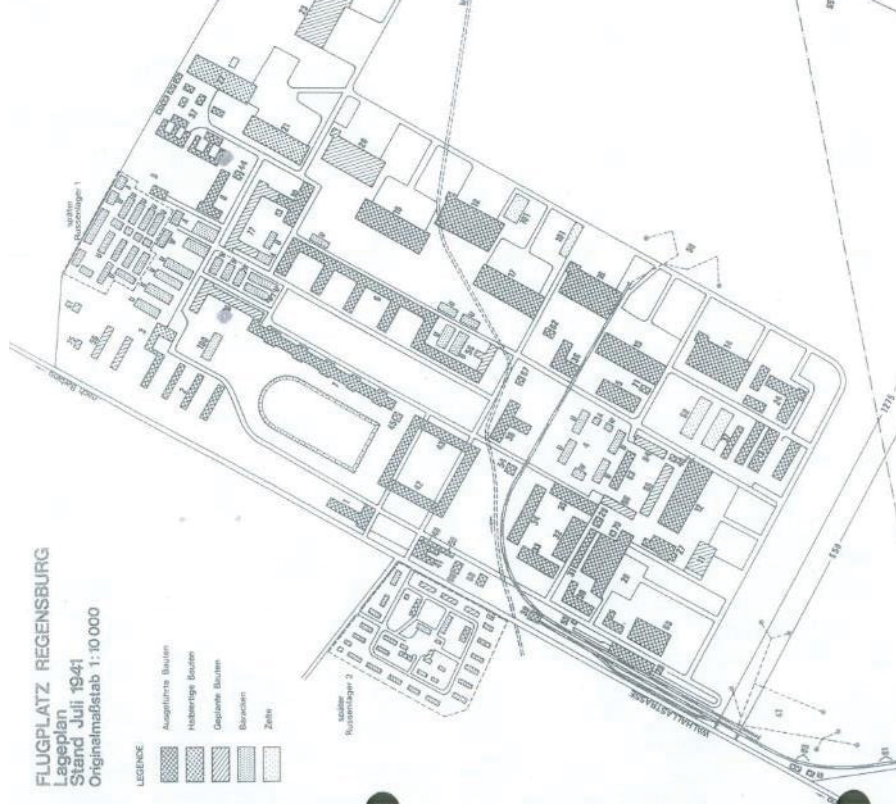


Abb. III.29
Flugplatz Obertraubling, Lageplan, Zustand 1941

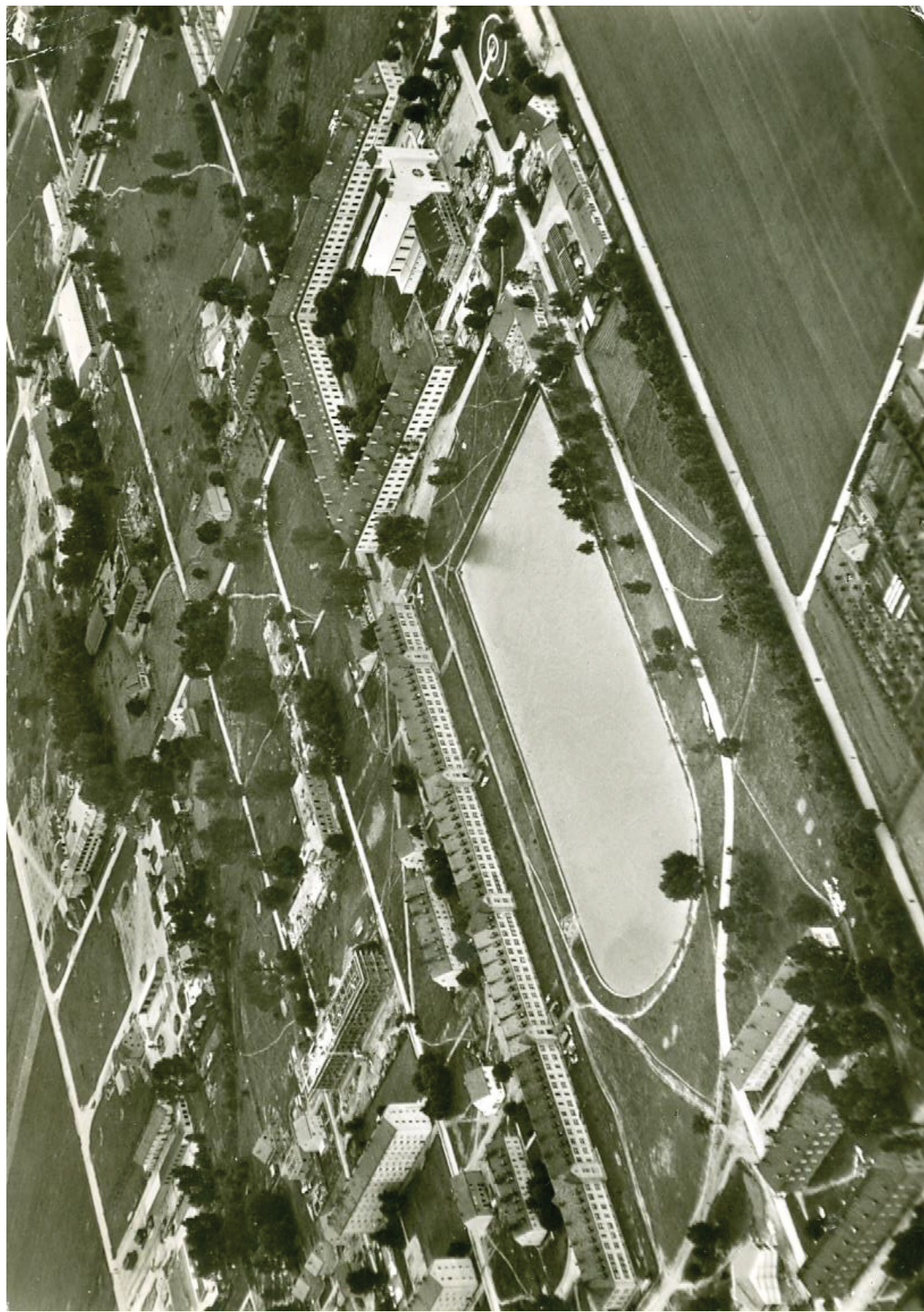


Abb. III.30
Neutraubling, Luftbild (von Westen), 1956
Rechts das Verwaltungsgebäude, hinter dem Teich der „Schlangenbau“, links unten die Offiziersbauten (z.T. wieder aufgebaut)
Im oberen Bereich sind einige der zerstörten Werkshallen zu sehen.

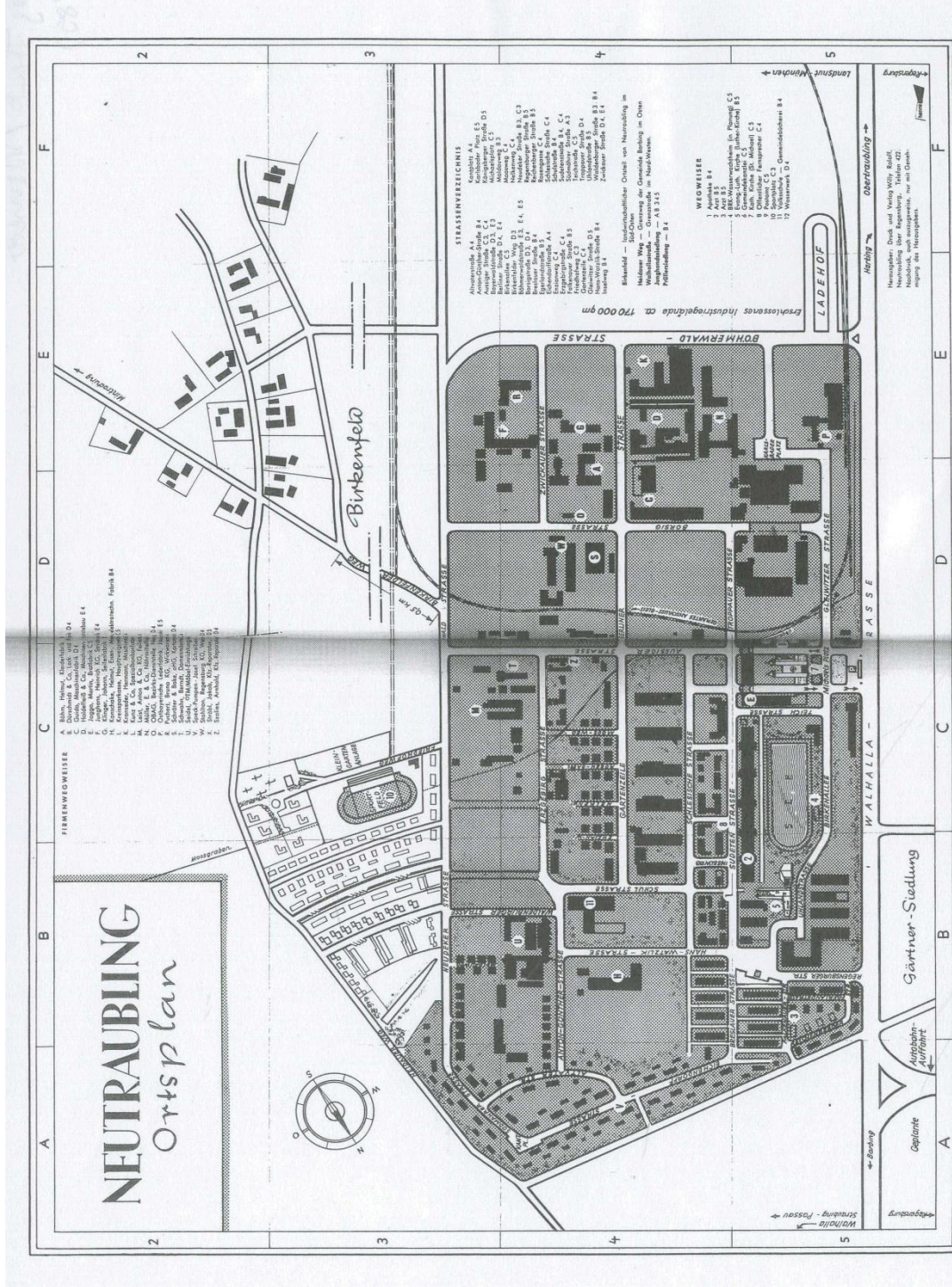


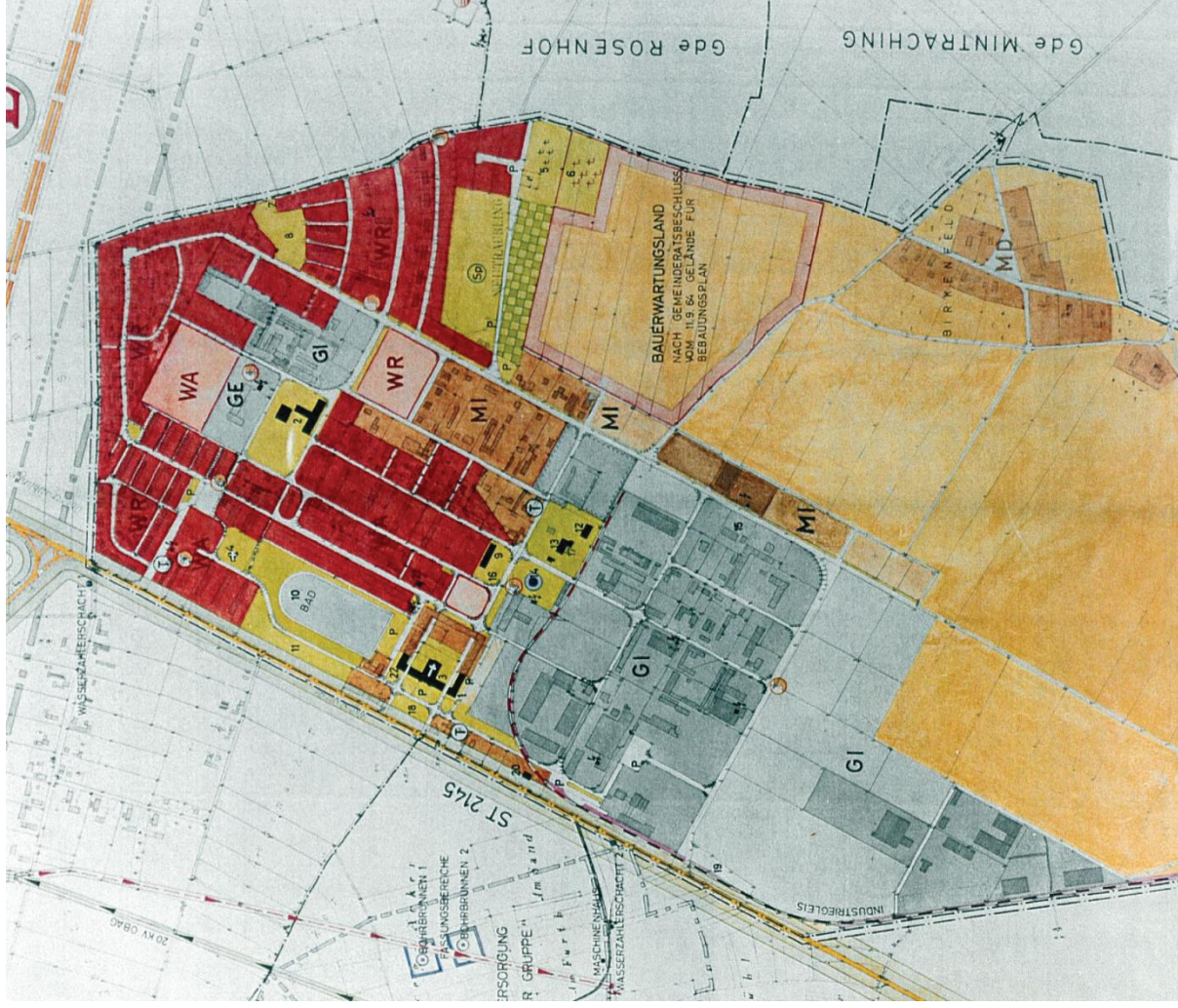
Abb. III.31
Neutraubling, Stadtplan, 1961

Nr. 5: evangelische Kirche
Nr. 7: katholische Kirche (rechts daneben: die „Gemeindekanzlei“)

Abb. III.32

Neutraubing, Flächennutzungsplan, 1962

rot: Wohngebiete
 braun: Mischgebiete
 grau: Industrie- und Gewerbegebiet



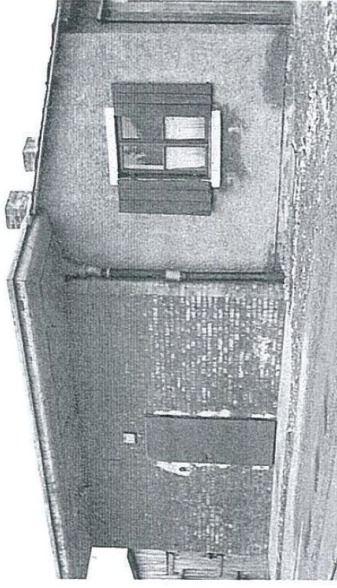


Abb. III.34
Werk kaufbeuren, umgebautes Werksgebäude,
etwa um 1950

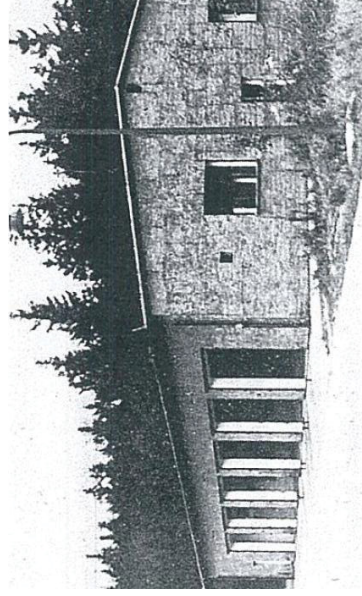


Abb. III.35
Werk Kaufbeuren, Ladestation für Elektrokarren,
vor 1947

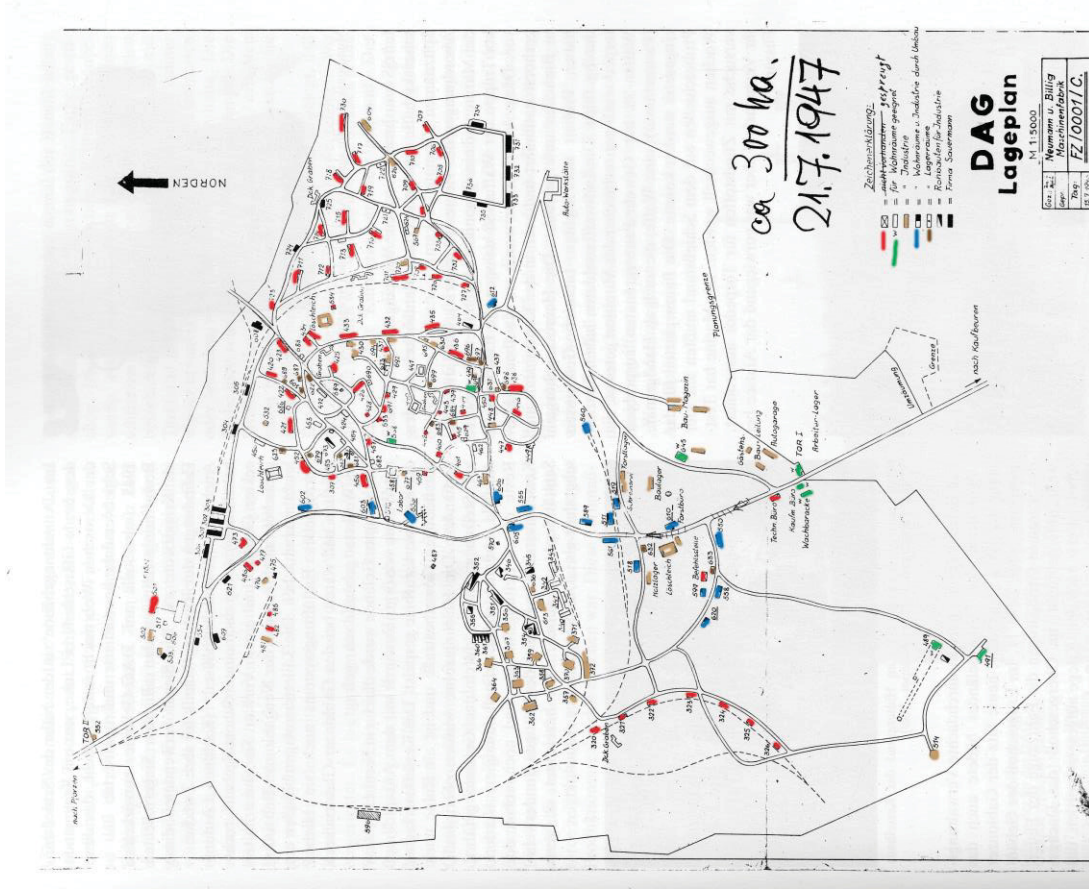


Abb. III.33
Werk Kaufbeuren, Lageplan, Juli 1947
rot: gesprengte Gebäude
(Legende nachträglich farbig markiert)

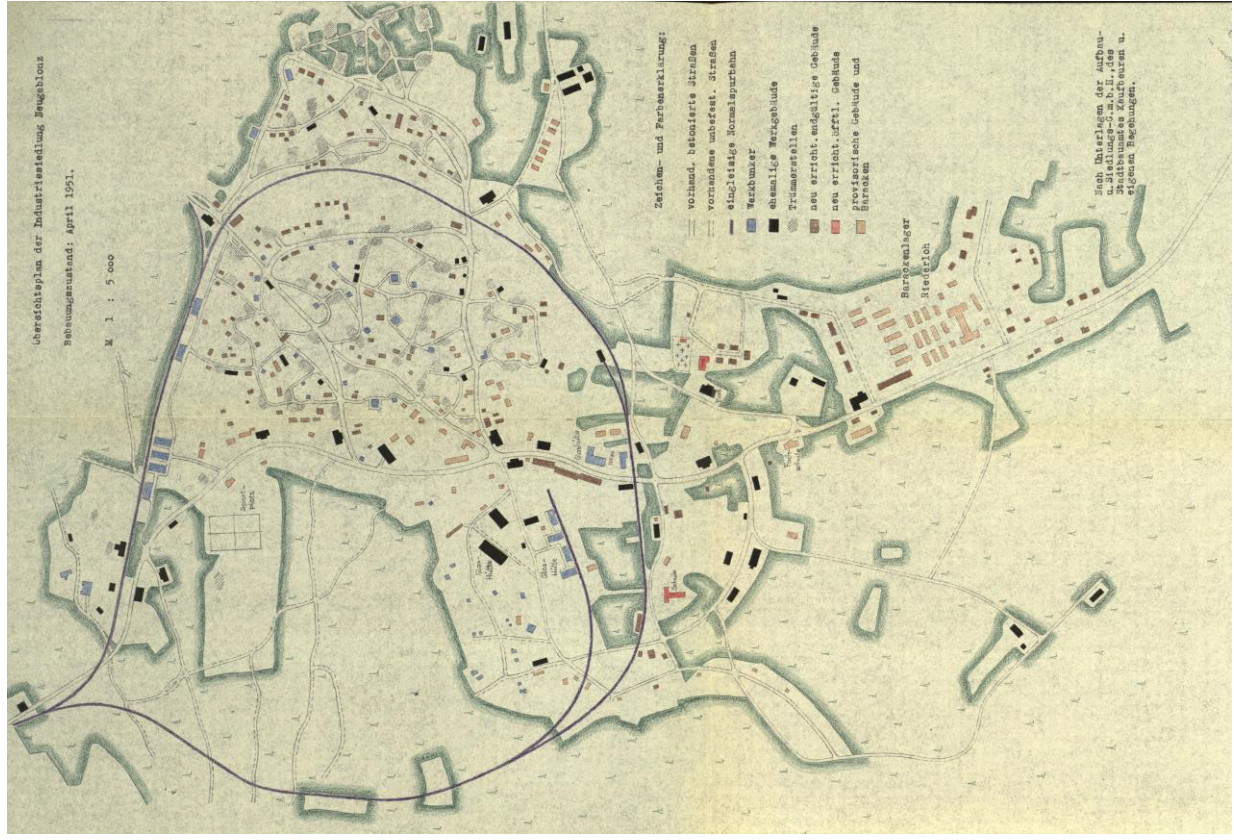


Abb. III.36
 Neugablonz, Lage- und Bestandplan, 1951
 (An der südlichen Zufahrtsstraße: das „Barackenlager Niederlohn“)



Abb. III.39
Neugablonz. Bebauungsplan, 1952
Die Markierungen zeigen die beiden Stadtplätze.

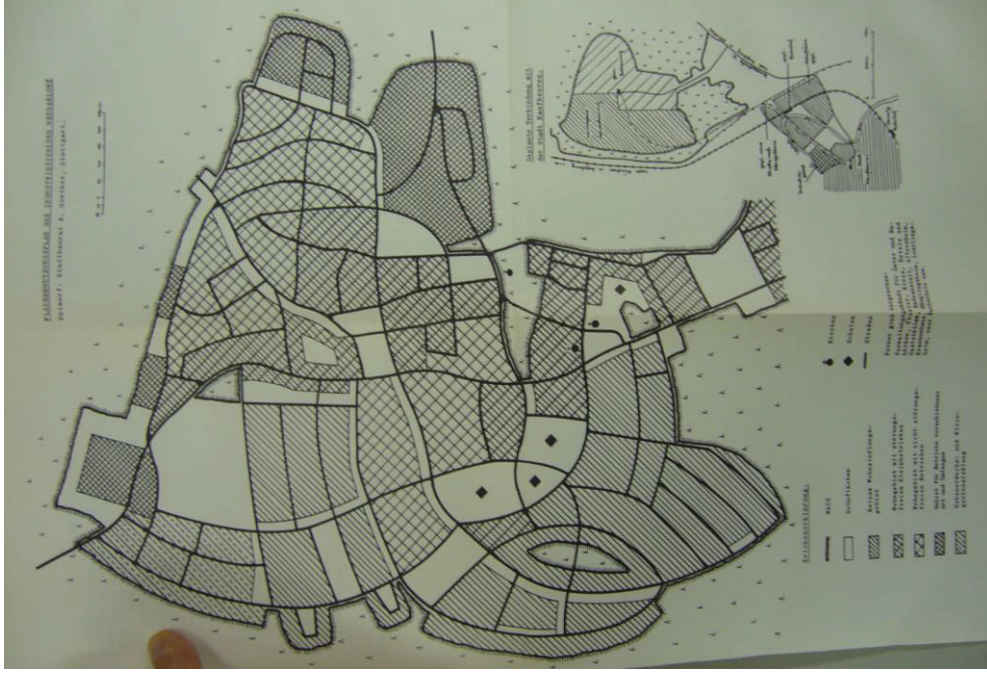


Abb. III.40
Neugablonz, Flächennutzungsplan, 1952
schraffiert: reine Wohngebiete
klein kariert: reine Industriegebiete

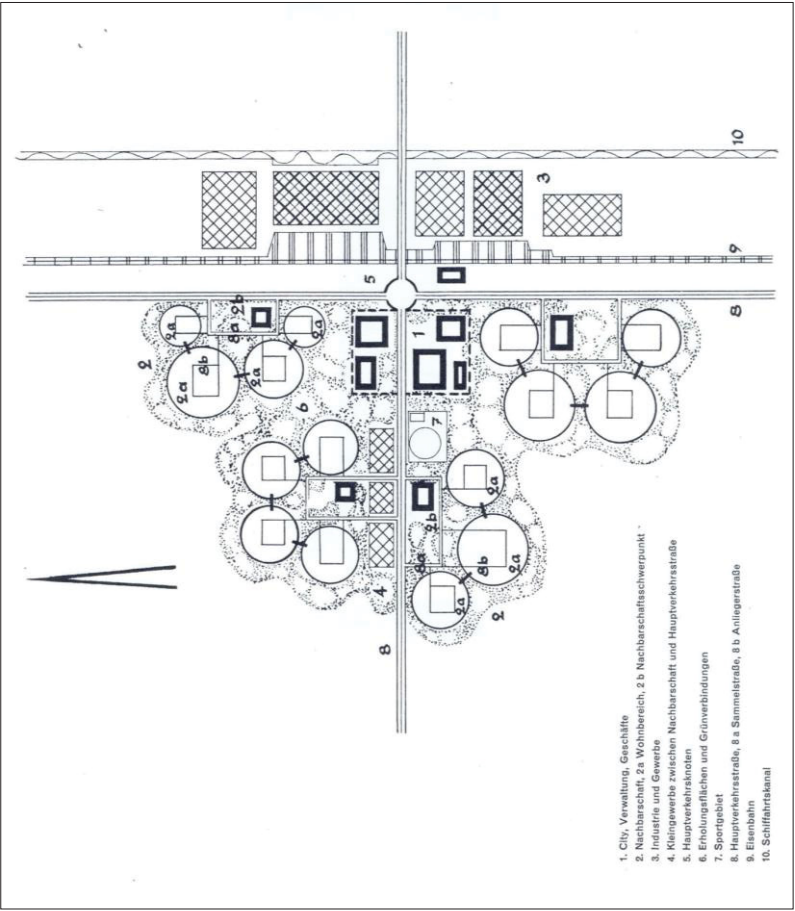


Abb. III.41
Johannes Göderitz, Roland Rainer, Hubert Hoffmann,
Schema der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, 1957

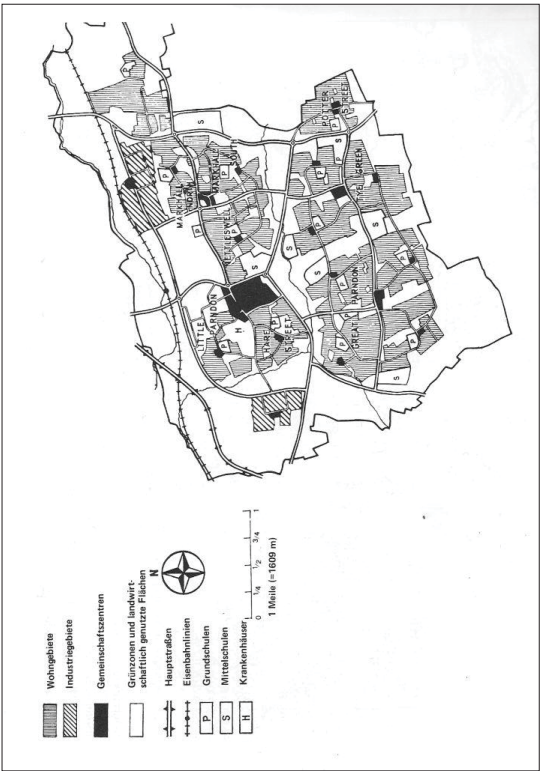


Abb. III.42
Frank Gibberd, Harlow, Illustration zur Flächennutzungsverteilung
und Verteilung der Zentren (schwarz), geplant 1947/1948



Abb. III.43

Hans Bernhard Reichow, Generalbebauungsplan für Bielefeld-Sennestadt, 1956

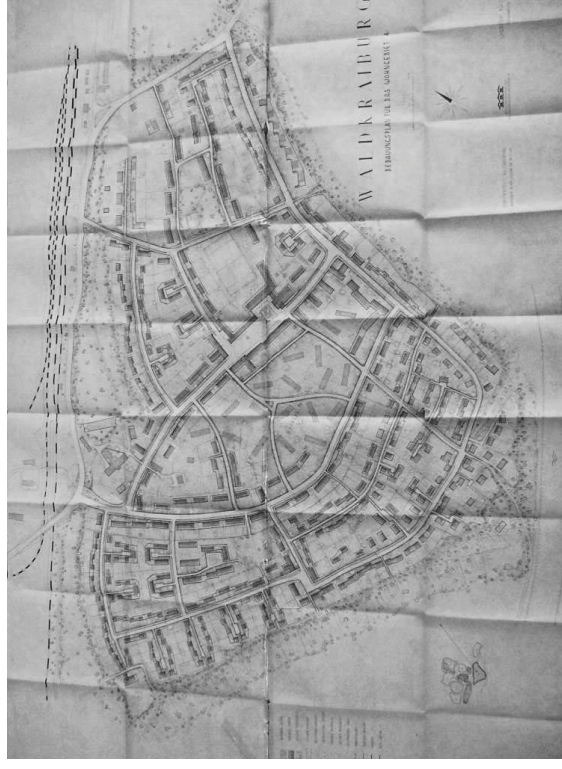


Abb. III.44

Waldkraiburg, Teilbebauungsplan zu Wohngebiet W4, 1952

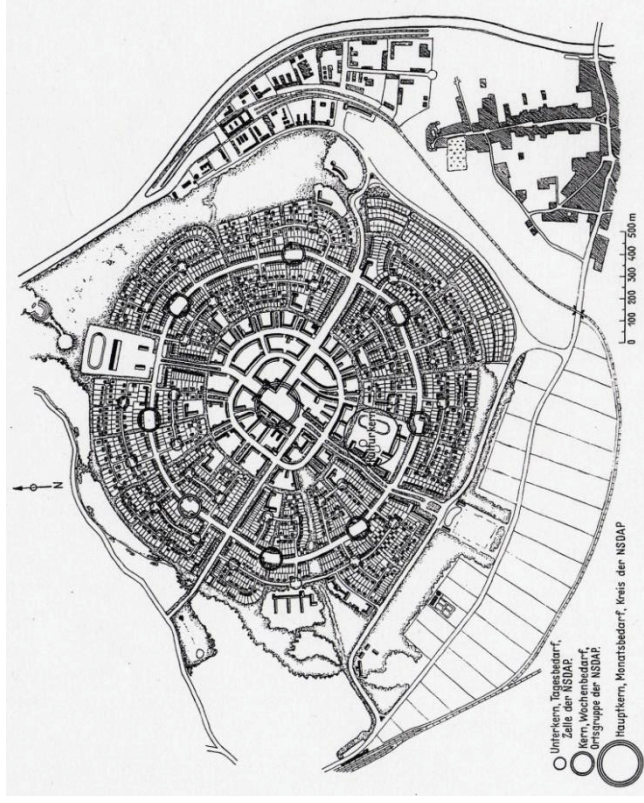


Abb. III.45
Beispiel für eine Stadtgliederung nach der Parteistruktur, abgebildet in „Die neue Stadt“, 1939, (Studienarbeit von Heinz Killus)

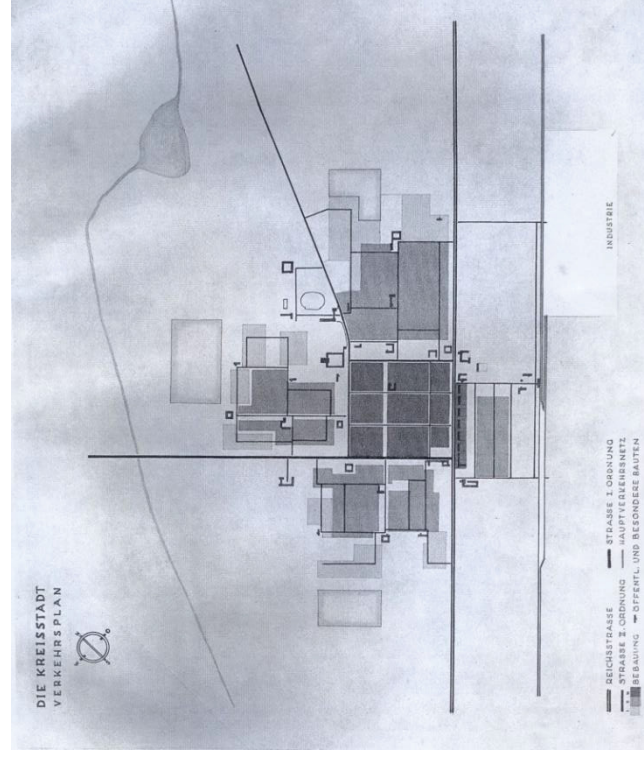


Abb. III.46
Hauptabteilung Städtebau und Wohnungsplanung des Reichsheimstättenamtes der Deutschen Arbeitsfront, Planungsschema einer Kreisstadt, abgebildet in: „Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft“, 1943



Abb. IV.1
Neutraubling, Soldatenunterkünfte nach der Instandsetzung,
nach 1948

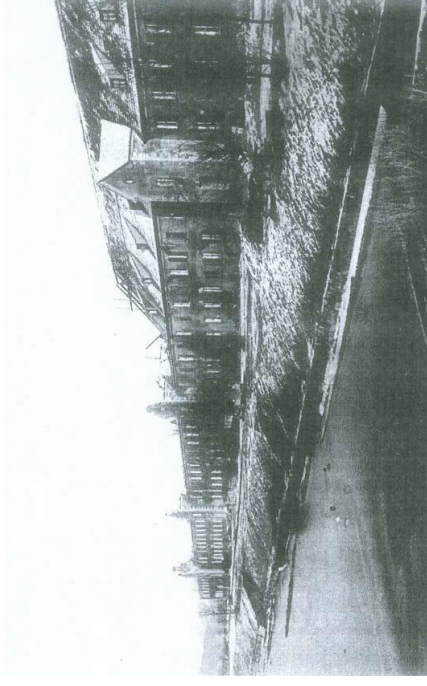


Abb. IV.2
Neutraubling, Soldatenunterkünfte in beschädigtem Zustand,
um 1945

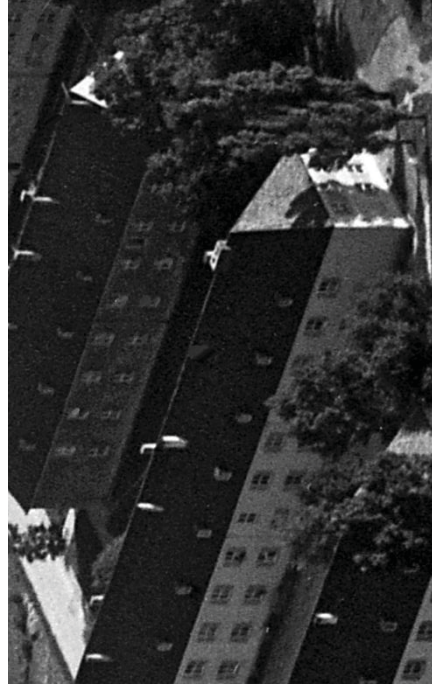


Abb. IV.3
Neutraubling, Offiziershäuser, Luftbild 1956



Abb. IV.4
Neutraubling, Offiziershäuser, Foto 2008

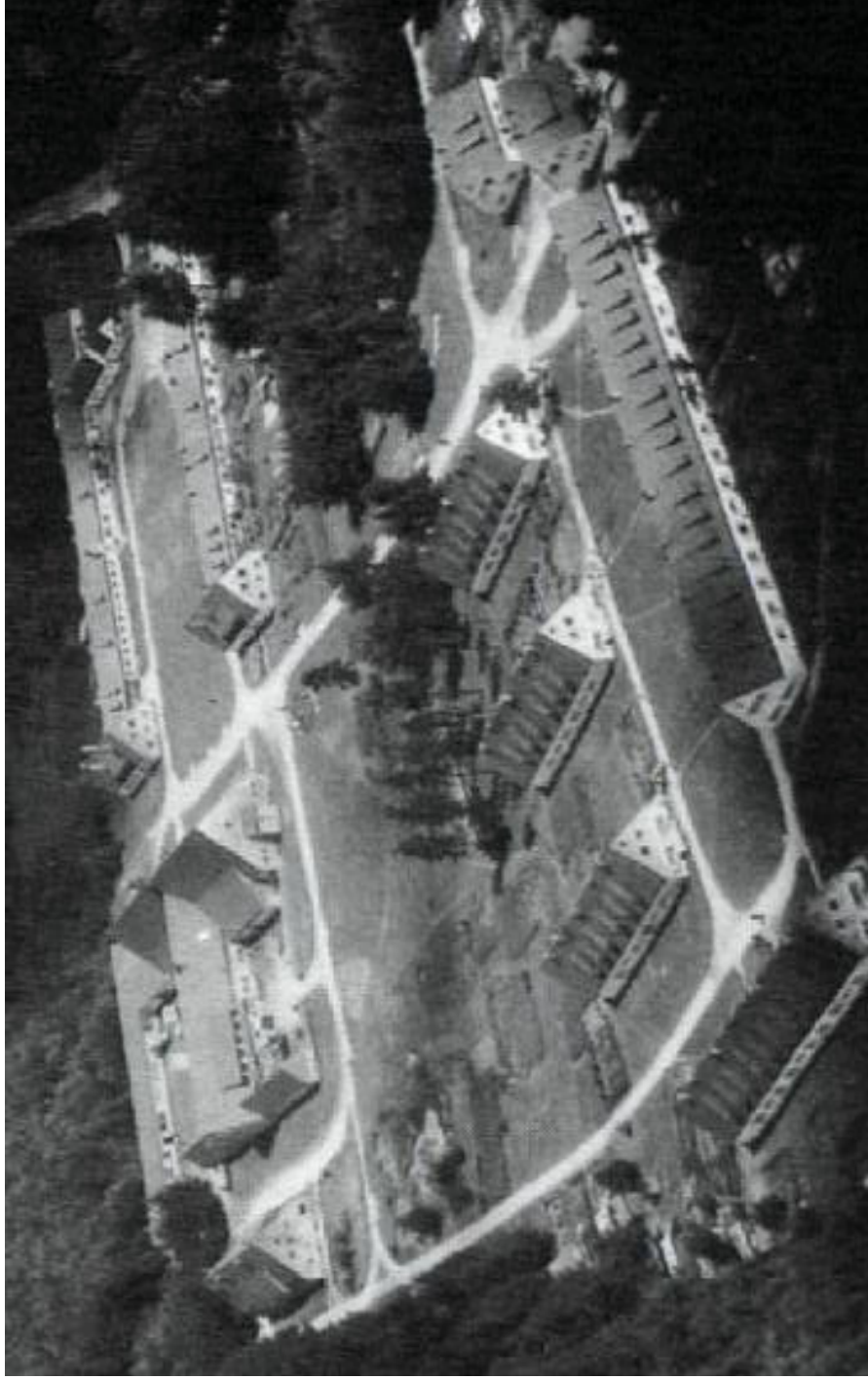


Abb. IV.5
Waldkraiburg, ehemaliges „Frauenlager“, Luftbild 1957

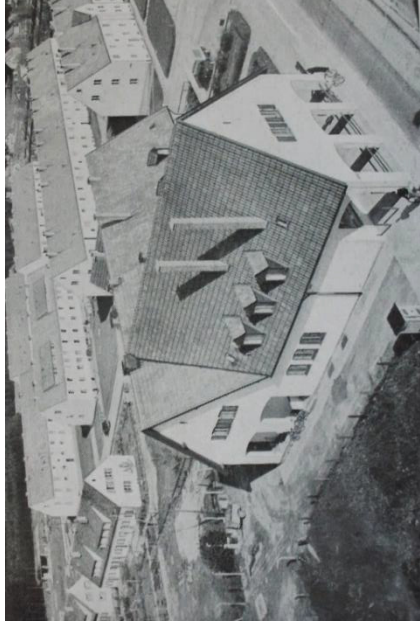


Abb. IV.6
Neugablonz, Gaststätte „Gablonzer Hof“,
ehemaliges Wachgebäude, Foto 1959

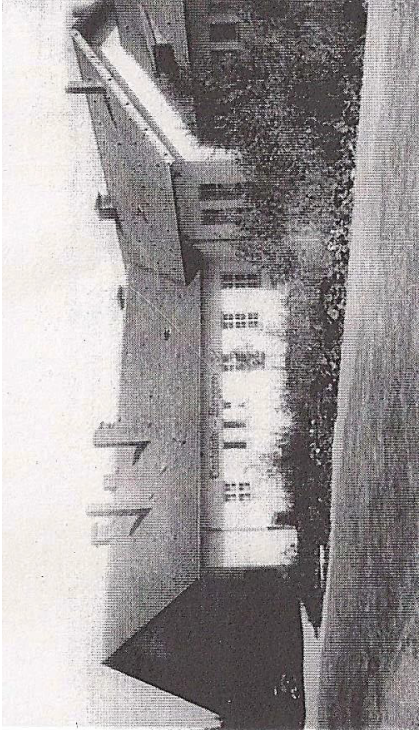


Abb. IV.7
Traunreut, Gasthaus in der ehemaligen Wirtschaftsbaracke,
vermutlich 1950er Jahre

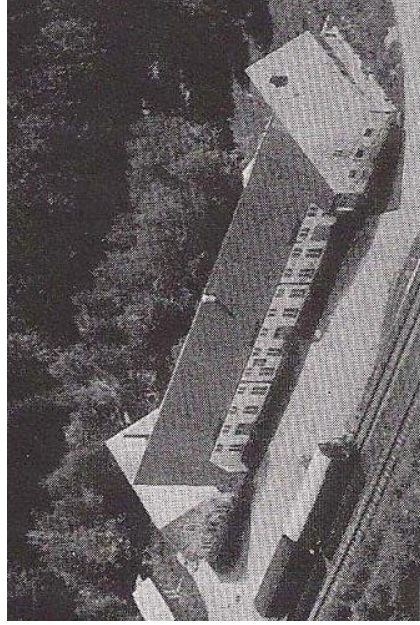


Abb. IV.8
Traunreut, Bahnhof im ehemaligen Werksgebäude,
1950er Jahre



Abb. IV.9
Geretsried, erstes Schulhaus, ehemaliges Gästehaus des Werks,
Foto 2008



Abb. IV.10
Geretsried, Rathausplatz, 1960,
am unteren Bildrand links das Rathaus,
im Vordergrund die Bundesstraße

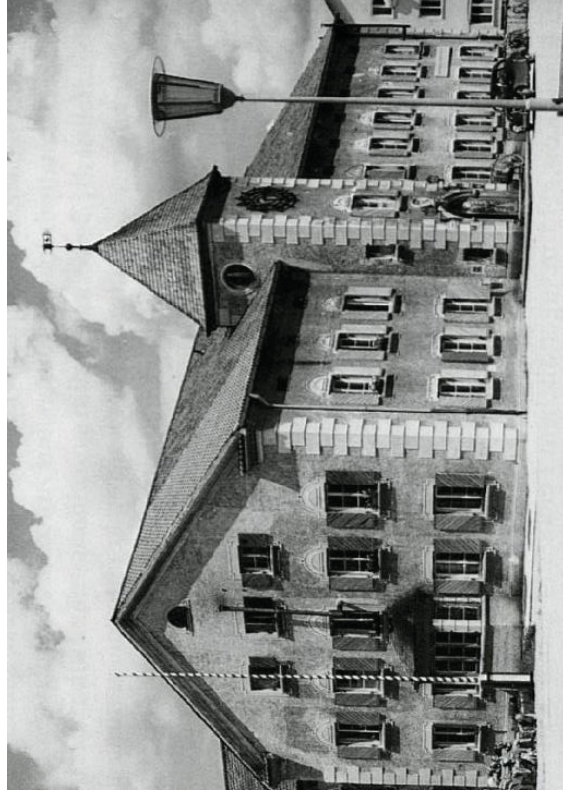


Abb. IV.11
Geretsried, Rathaus, 1950er Jahre,
ehemaliges DAG-Verwaltungsgebäude



Abb. IV.12
Geretsried, Rathaus,
Haupteingang, Foto 2008



Abb. IV.13
Geretsried, Rathaus, Schluss-
stein über dem Eingang mit
Kartusche, Foto 2008

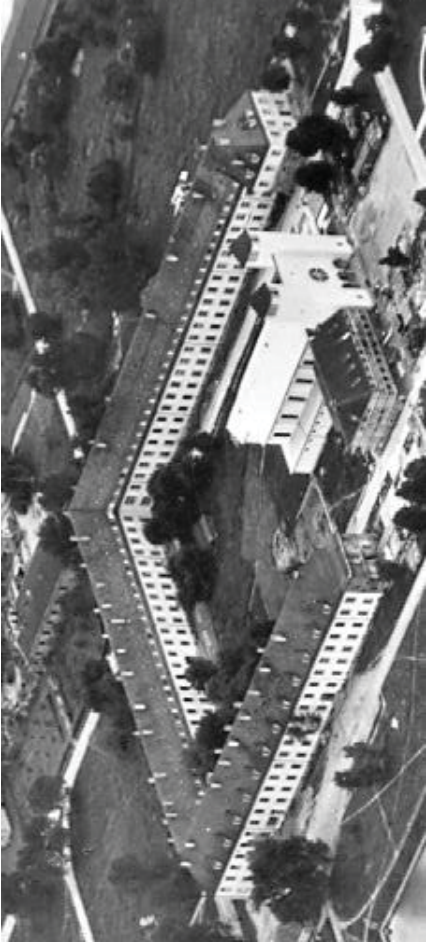


Abb. IV.14
Neutraubling, ehemaliges Kommandanturgebäude,
Luftbild ca. 1956,
rechts der Kirche: Südflügel, mit Gemeindeverwaltung

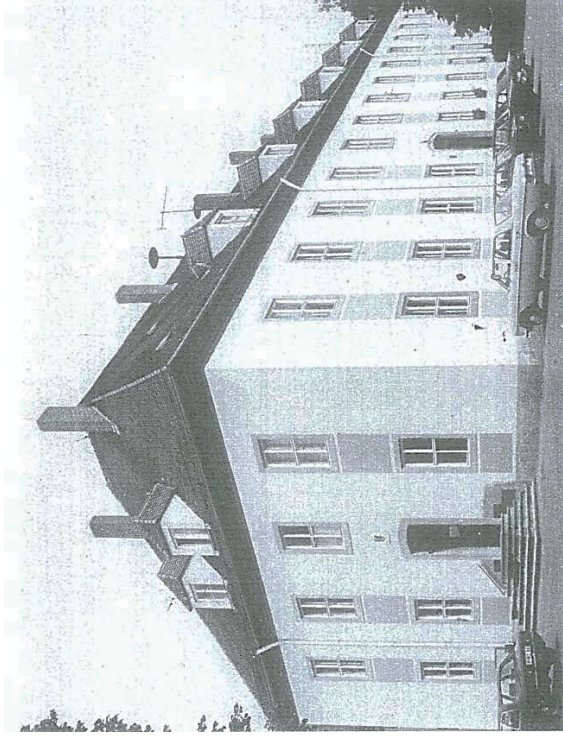


Abb. IV.15
Neutraubling, Sitz der Gemeindeverwaltung, Zustand nach 1951

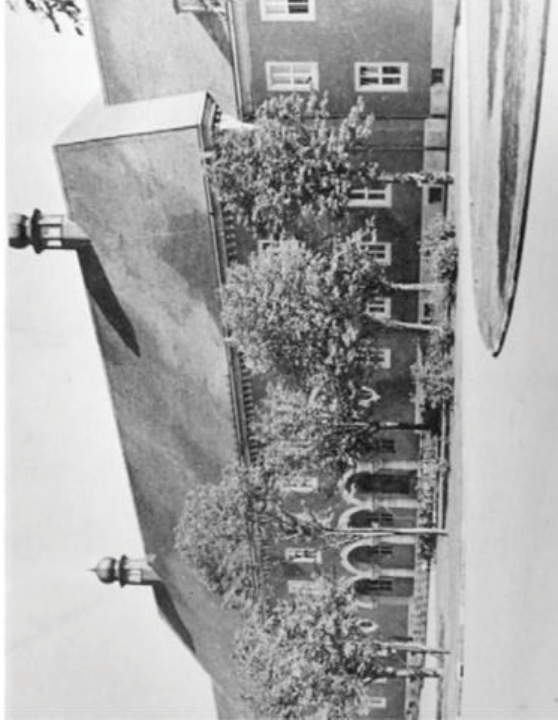


Abb. IV.16
Neutraubling, Eingangsflügel des ehemaligen Kommandantur-
gebäudes, vor 1945

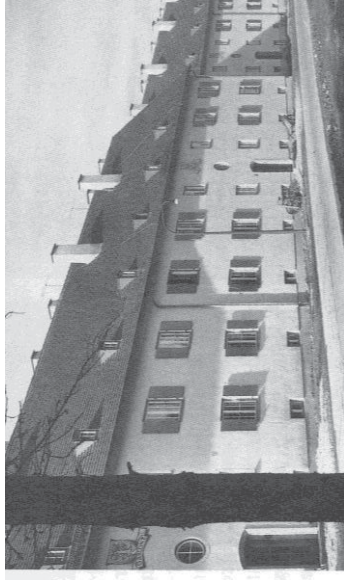


Abb. IV.17
Neugablonz, Mehrfamilienhäuser an der
Sudetenstraße, Baujahr 1950



Abb. IV.18
Neugablonz, Mehrfamilienhäuser,
Baujahr 1951-1953



Abb. IV.19
Geretsried, Mehrfamilienhäuser,
Baujahr 1953



Abb. IV.20
Traunreut, Wohnhäuser der „Siemenssiedlung“,
Baujahr 1948



Abb. IV.21
Traunreut, Wohnhäuser des „Katholischen Siedlungs-
werks“, Baujahr 1950



Abb. IV.22
Traunreut, Wohn- und Geschäftshaus,
Rathausplatz Westseite, Baujahr 1953

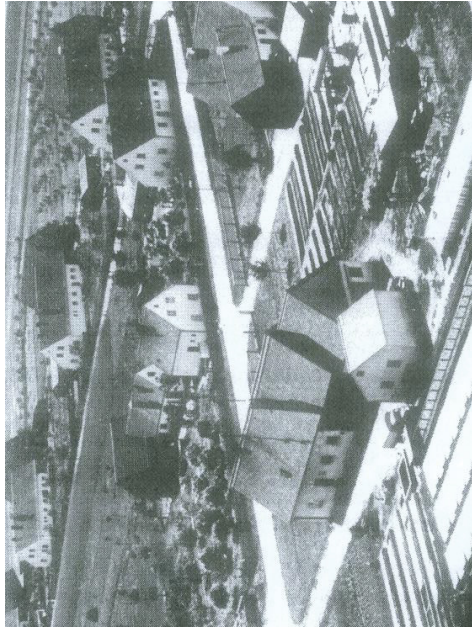


Abb. IV.23
Neutraubling, „Gärtnersiedlung“, um 1955



Abb. IV.24
Neutraubling, Doppelhaus der „Junghanssiedlung“, 1950



Abb. IV.25
Geretsried, Einfamilienhäuser der „Lorenszsiedlung“,
Luftbild von 1956

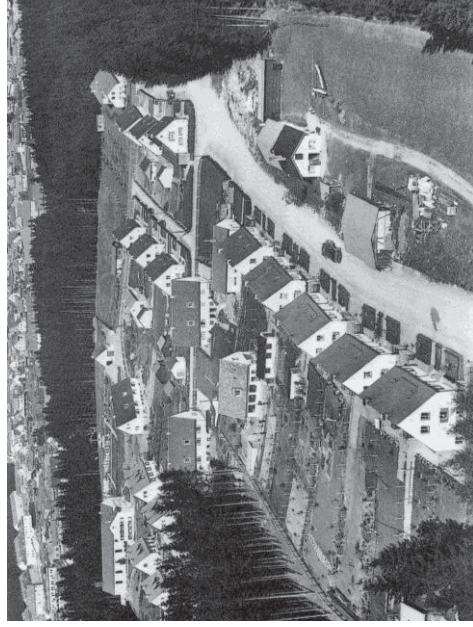


Abb. IV.26
Neugablonz, Doppelhäuser, Luftbild 1953

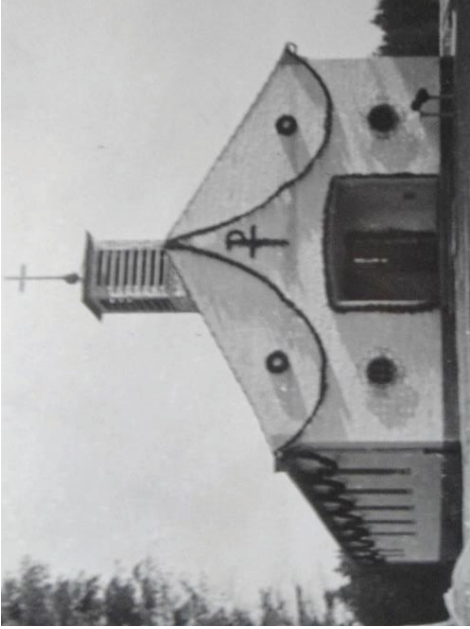


Abb. IV.27
Neugablonz, katholische Notkirche, Foto 1949



Abb. IV.28
Neugablonz, Katholische Notkirche, Ansicht von Süden, 1953, (Am linken Gebäudeende ist der Dachreiter der Kirche zu erkennen.)

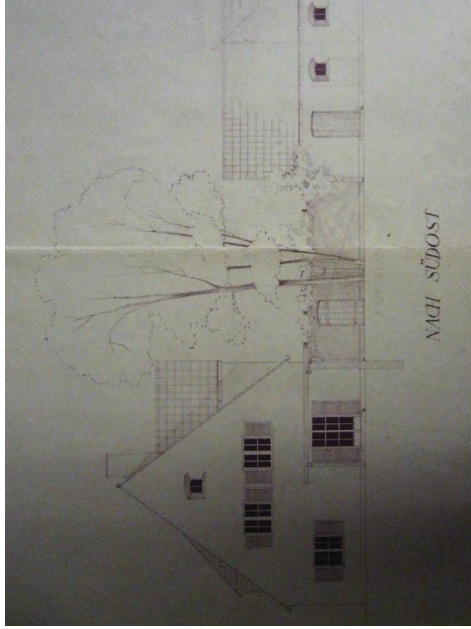


Abb. IV.29
Werk Kraiburg, Einfamilienhaus der Werkssiedlung, Baujahr 1941, Aufrisszeichnung

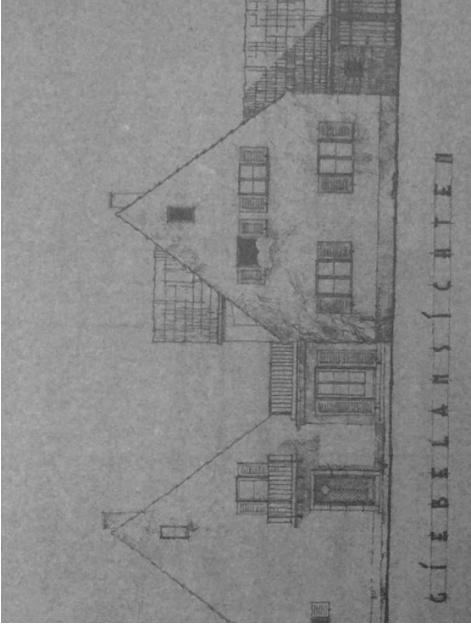


Abb. IV.30
Waldkraiburg, Einfamilienhaus der „Bayerlandsiedlung“, Baujahr 1950, Aufrisszeichnung

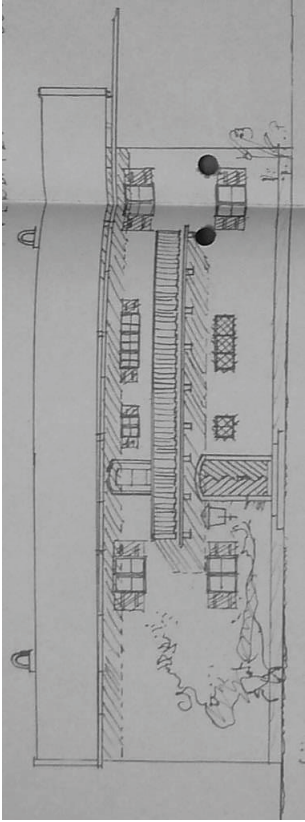


Abb. IV.31
Geretsried, Wohnhausentwurf, Juli 1946

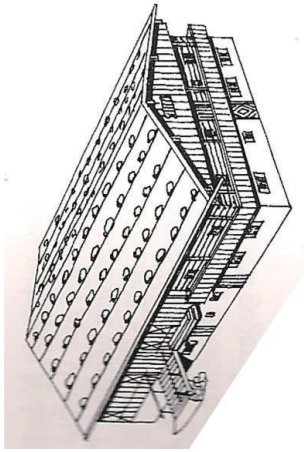


Abb. IV.33
Oberbayern, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen,
Historisches Bauernhaus, Ende 18. Jahrhundert



Abb. IV.35
Nordböhmen, Isergebirge, Ländliches Wohnhaus,
vor 1945

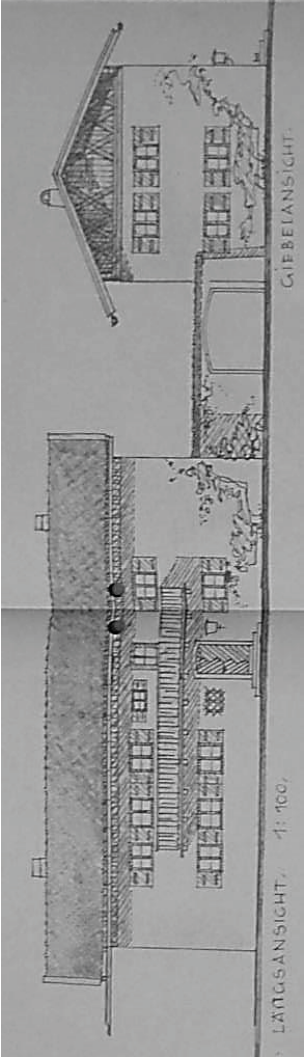


Abb. IV.32
Geretsried, Wohnhausentwurf, Dezember 1946

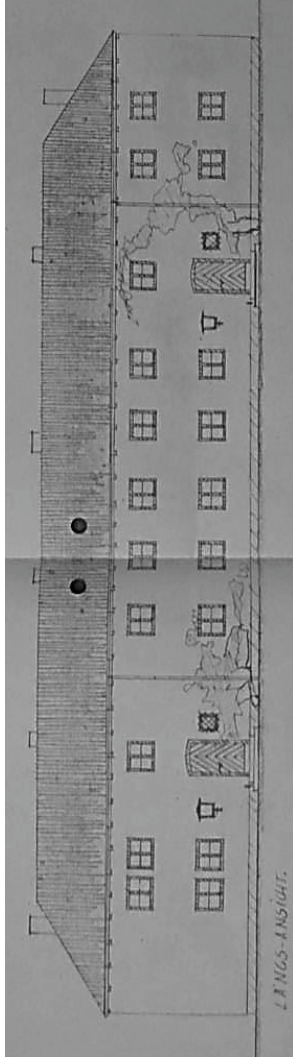


Abb. IV.34
Geretsried, Wohnhausentwurf, April 1947



Abb. IV.36
Neugablonz, ECA-Siedlung, Mehrfamilienwohnhäuser, Foto 1952

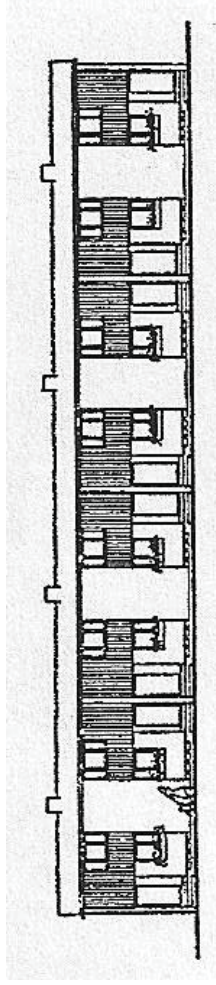


Abb. IV.37
Neugablonz, ECA-Siedlung, Reihenhäuser, Aufrisszeichnung, ca. 1952



Abb. IV.38
Waldkraiburg, Mehrfamilienhäuser Stadtmittel,
Baujahr 1952



Abb. IV.39
Geretsried, Mehrfamilienhäuser, Baujahr 1954



Abb. IV.40
Traunreut, Wohn- und Geschäftshaus,
Rathausplatz Westseite, Baujahr 1953



Abb. IV.41
Waldkraiburg, Reihenhäuser, Baujahr 1954/55



Abb. IV.42
Neutraubling, Reihenhäuser, Baujahr ca. 1955



Abb. IV.43
Waldkraiburg, Mehrfamilienhäuser,
Baujahr 1957/58



Abb. IV.44
Traunreut, Mehrfamilienhaus, Baujahr 1955

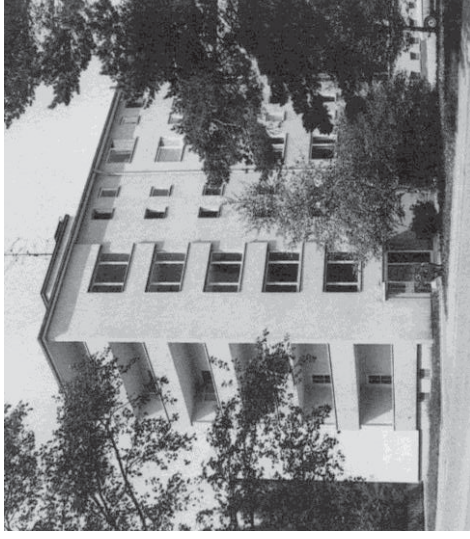


Abb. IV.45
Neugablonz, Ledigenwohnheim,
Baujahr 1955



Abb. IV.46
Geretsried, Mehrfamilienhäuser, Baujahr 1958



Abb. IV.47
Neutraubling, fünfgeschossige Mehrfamilienhäuser,
Ende der 1950er Jahre



Abb. IV.48
Waldkraiburg, südliche Stadtplatzbebauung, Baujahr 1958



Abb. IV.49
Neugablonz, „Hypoblock“ am Neuen Markt, Baujahr 1959

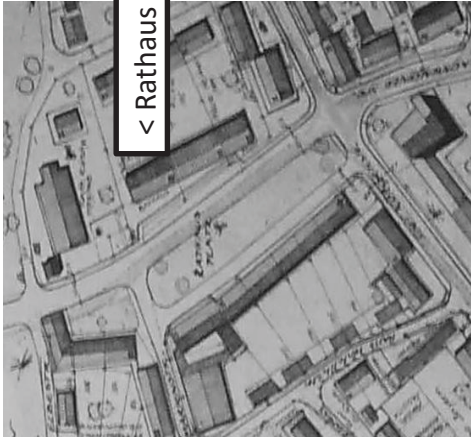


Abb. IV.50
Traunreut, Teilbebauungsplan 1957
(Ausschnitt Rathausplatz)

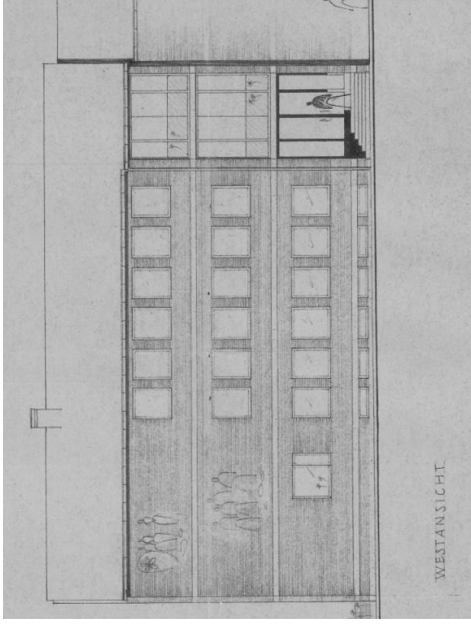


Abb. IV.51
Traunreut, Rathaus, Aufrisszeichnung, Mai 1954

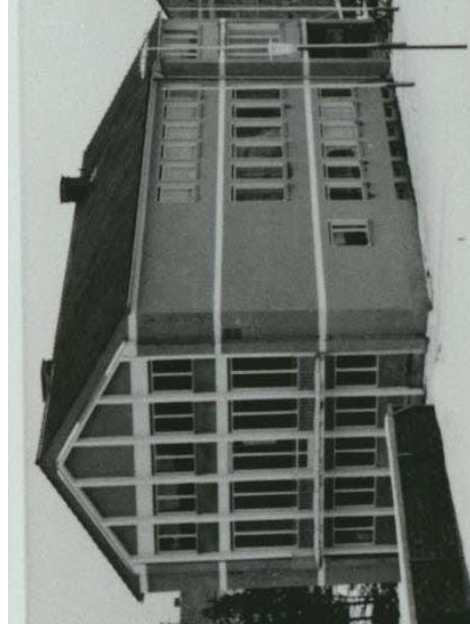


Abb. IV.52
Traunreut, Rathaus, Foto ca. 1955



Abb. IV.53
Traunreut, Rathaus, Foto ca. 1957

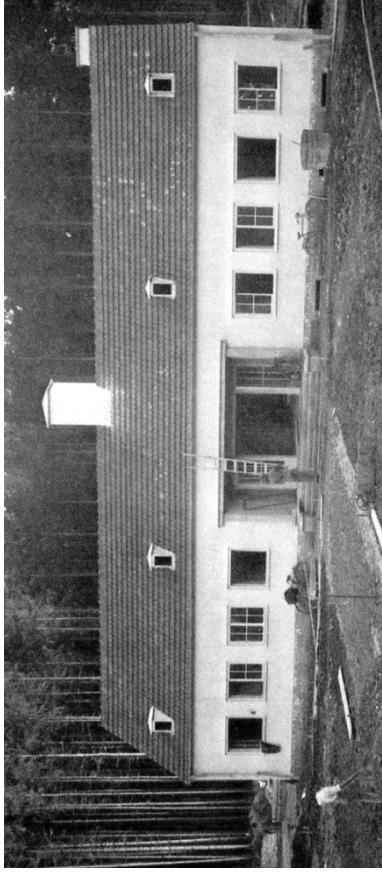


Abb. IV.54
Neugablonz, Volksschule, Eingangsfassade, Foto 1950

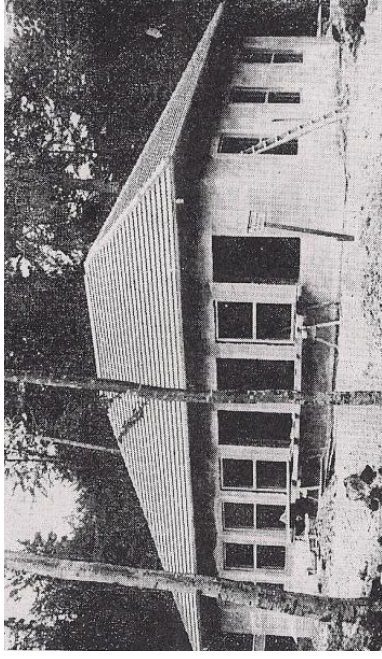


Abb. IV.55
Geretsried, Volksschule, erste Ausbauphase, Foto 1950

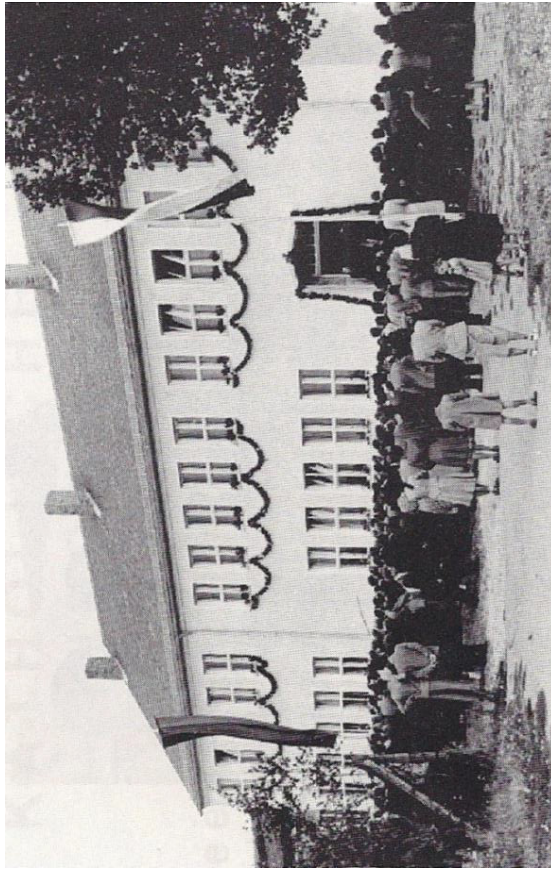


Abb. IV.56
Neutraubling, Volksschule, Foto zur Einweihung 1953



Abb. IV.57
Waldkraiburg, Volksschule, „Block Süd“, Giebelfassade, Foto 1954



Abb. IV.58
Waldkraiburg, Volksschule,
links: „Block Nord“ (Giebelfassade),
Foto 1954

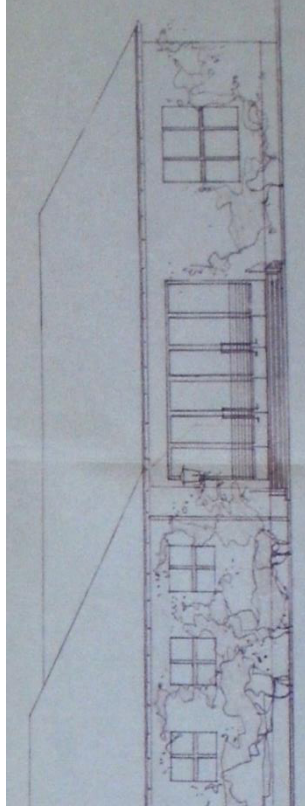


Abb. IV.59
Geretsried, Volksschule,
Eingangsfassade nach Anbau der Seitenflügel,
Aufrisszeichnung Dezember 1953 (Ausschnitt)



Abb. IV.60
Traunreut, Volksschule,
erster und zweiter Bauabschnitt,
Foto 1954

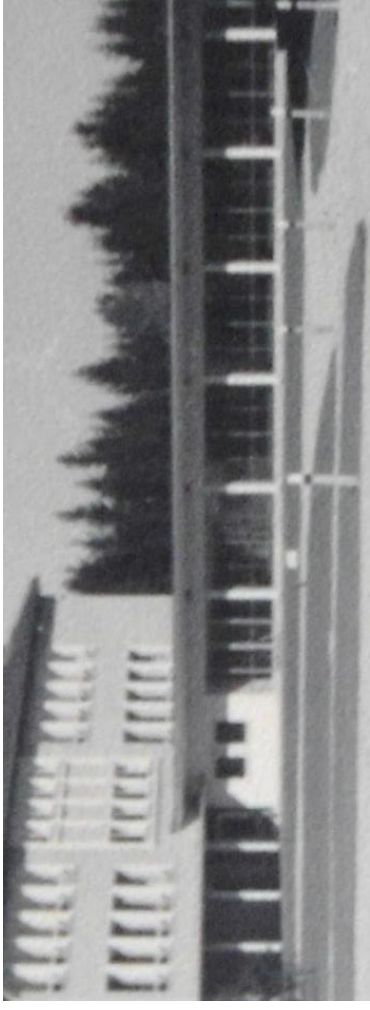


Abb. IV.61a
Neugablonz, zweite Volksschule, Fassade der Schulaula



Abb. IV.61
Neugablonz, zweite Volksschule (Gustav-Leutelt-Schule), Foto 1957



Abb. IV.62
Waldkraiburg, Mittelschule, Baujahr 1957, Ansicht Schulhof mit Pausengang



Abb. IV.63
Waldkraiburg, Mittelschule, Fassade Rückseite, um 1960

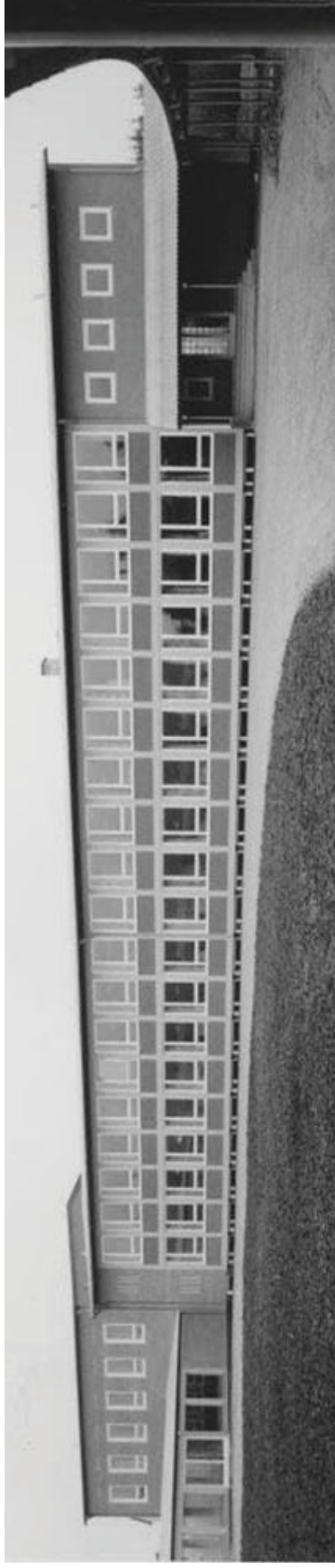


Abb. IV.64
Traunreut, Volksschule, dritter Bauabschnitt, Baujahr 1958, Südansicht



Abb. IV.65
Traunreut, Volksschule, dritter Bauabschnitt, Haupteingang, Foto Ende 1950er Jahre



Abb. IV.66
Traunreut, Volksschule, dritter Bauabschnitt, Rückseite (Nord), Foto Ende 1950er Jahre

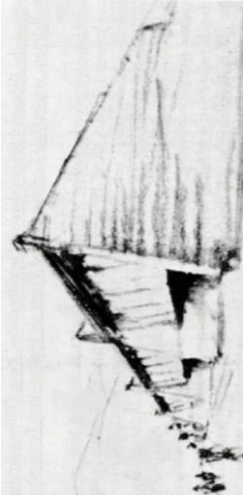


Abb. IV.67a
Ideenwettbewerb der GdF Wüstenrot, 1949
Kategorie „Reihenhaus“, Beitrag Karl Selg

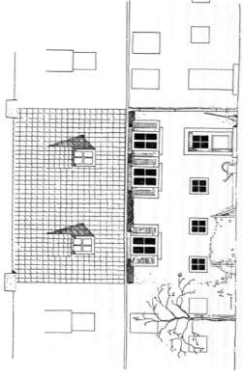


Abb. IV.67b
Ideenwettbewerb der GdF
Wüstenrot, 1949
Kategorie „Reihenhaus“, Beitrag
Erwin Rohberg



Abb. IV.68a
Schwäbisch Gmünd,
Mehrfamilienhaus im Heimat-
schutzstil, Baujahr 1938



Abb. IV.68b
Saulgau, Mehrfamilienhaus im
Heimatschutzstil, Baujahr 1951/52

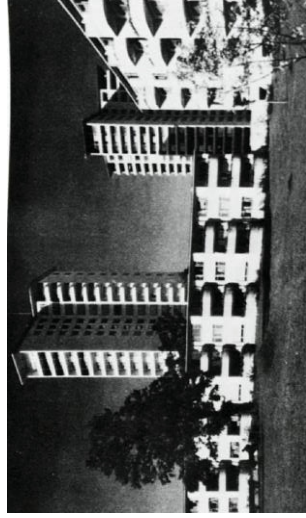


Abb. IV.69
Wohnsiedlung München-Obersendling, Emil
Freymuth, Baujahr 1954

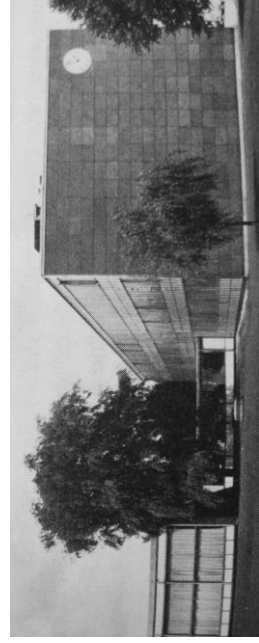


Abb. IV.70
Rødovre, Rathaus, Baujahr 1956

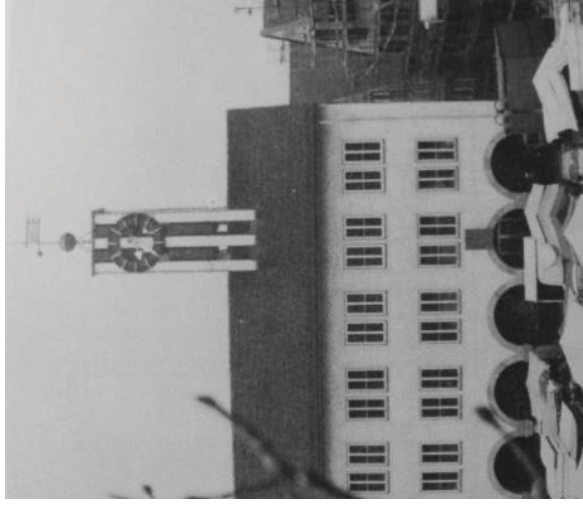


Abb. IV.71
Böblingen, Rathaus, Baujahr 1952

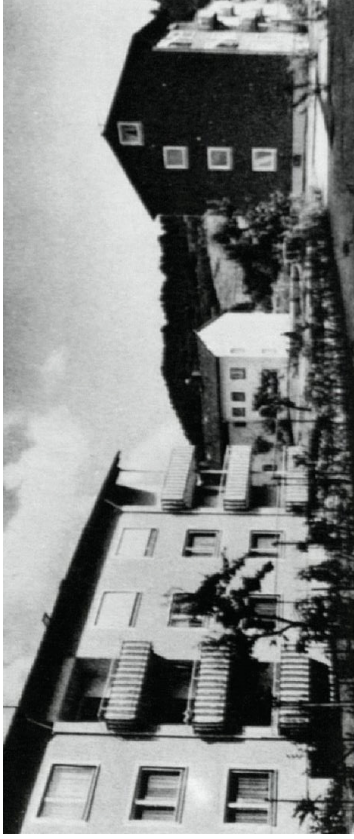


Abb. IV.72
Beispiel des „Normalwohnungsbaus“ der 1950er Jahre,
Fellbach, Mehrfamilienhäuser, Baujahr 1954-56

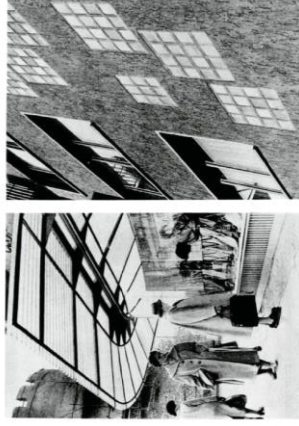


Abb. IV.74
Neue Baumaterialien als architek-
tonische Gestaltungselemente: „Well-
scobalit“, Glausbausteine, Welleternit

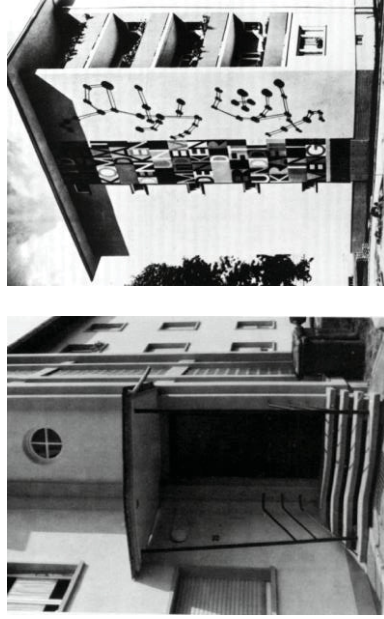


Abb. IV.73
Typische Gestaltungselemente des „Normalwohnungs-
baus“: Flugdach und fensterlose Wandfläche

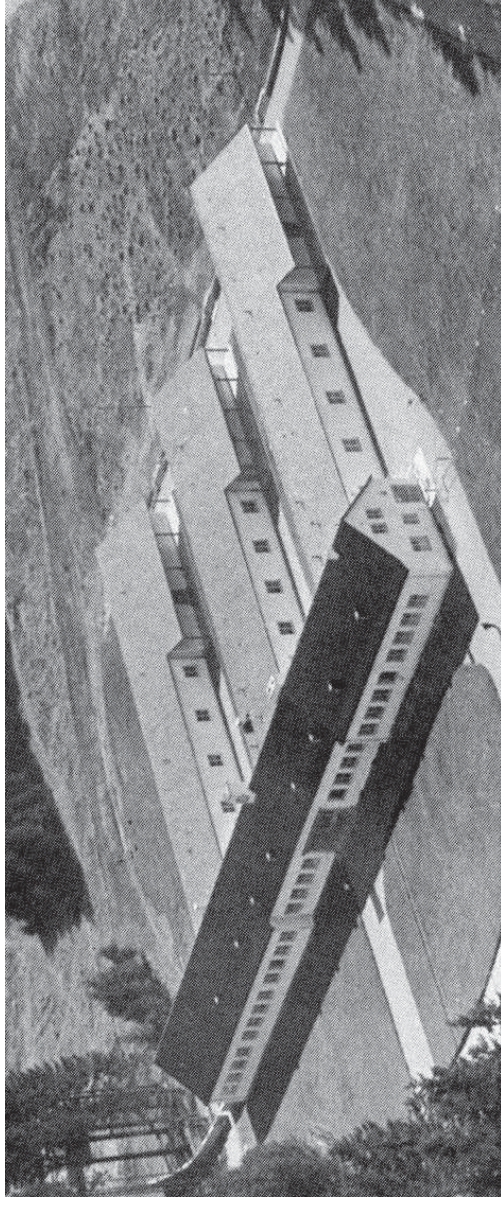


Abb. IV.75
Neugablonz, erste Volksschule, Gesamtansicht, 1953

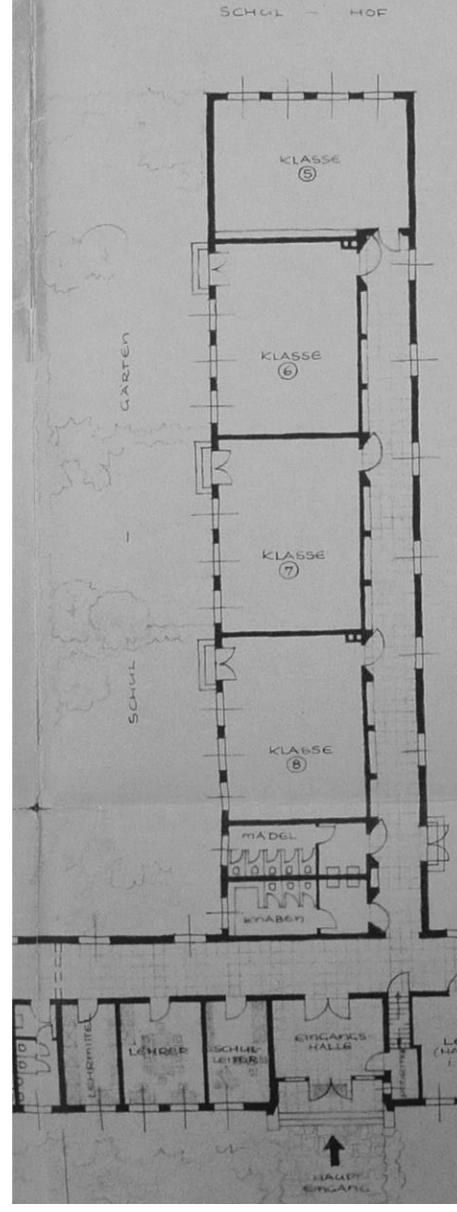


Abb. IV.76
Neugablonz, erste Volksschule, Grundriss (Ausschnitt Pavillonflügel), 1950

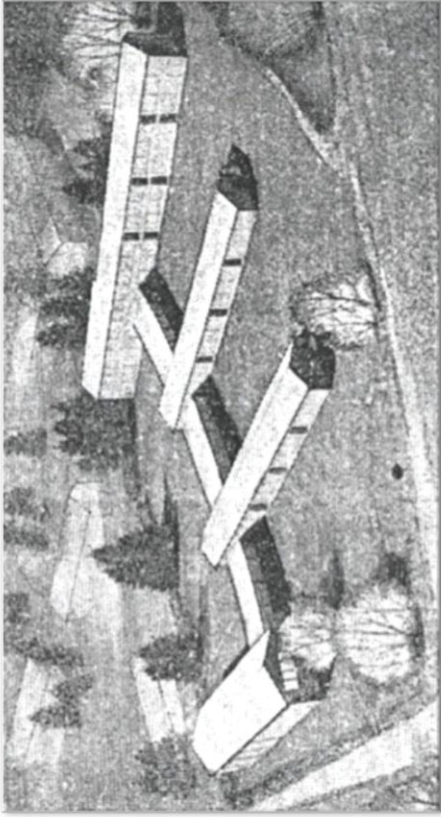


Abb. IV.77
Traunreut, Entwurfsskizze der Pavillonschule, Anfang 1950er Jahre

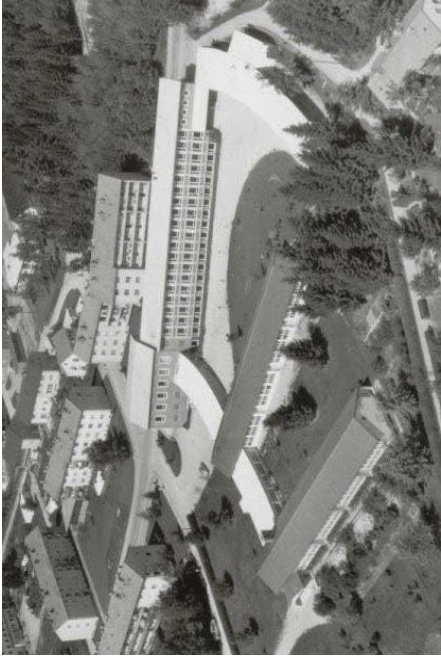


Abb. IV.78
Traunreut, Volksschule, nach Fertigstellung
des dritten Bauabschnitts 1958

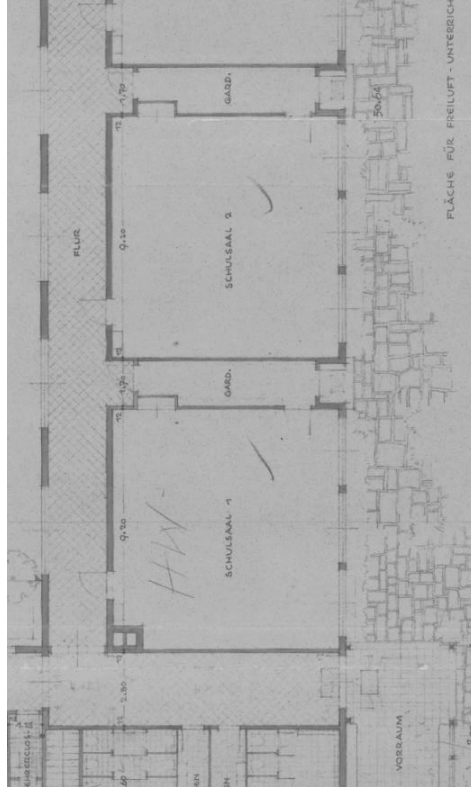


Abb. IV.79
Traunreut, Grundriss Pavillonflügel (Ausschnitt), Februar 1952

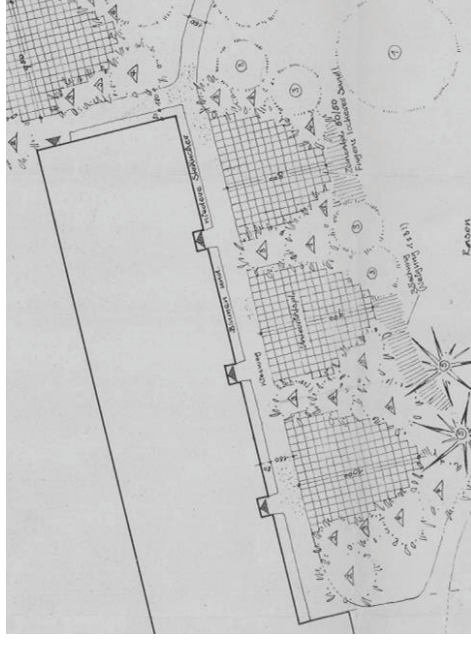


Abb. IV.80
Traunreut, Pavillonflügel mit Flächen für Freiluftunterricht,
(Ausschnitt der „Grünflächenplanung“, Mai 1953)

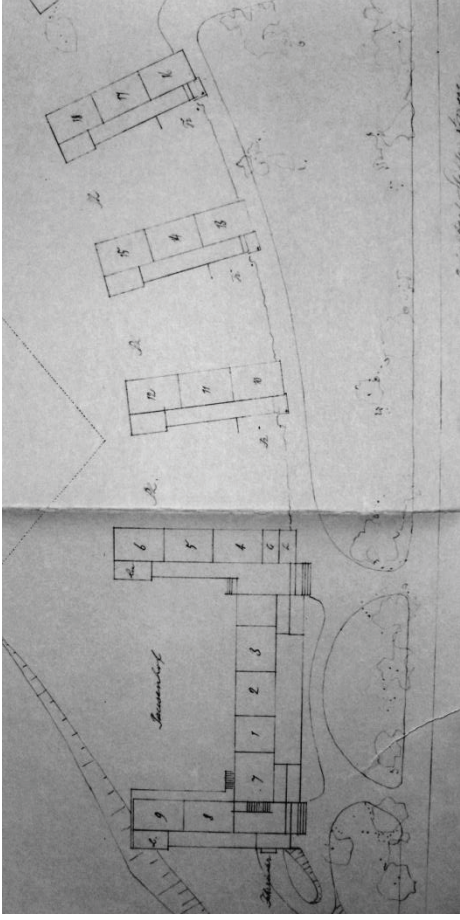


Abb. IV.81
Geretsried, Erweiterungsvorschlag zur Volksschule,
Lageplan, Januar 1954
Links ist der realisierte dreiflügelige Ausbau zu sehen.



Abb. IV.82
Geretsried, Volksschule, Luftbild von Süden, nach 1957



Abb. IV.83
Waldkraiburg, Volks- und Mittelschule, 1957
von unten nach oben im Bild: „Block Süd“, „Block Nord“, Mittelschule

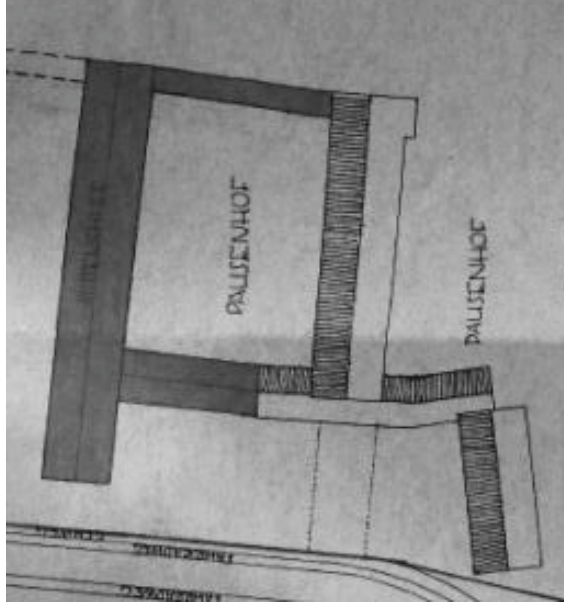


Abb. IV.84
Waldkraiburg, Lageplan des Schulkomplexes, 1956
oben: die Mittelschule

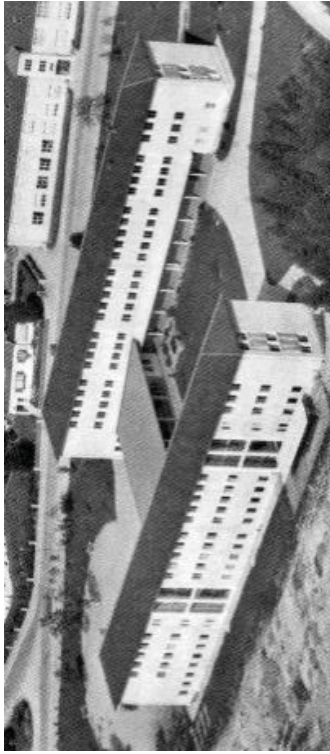


Abb. IV.85
Neugablonz, Gustav-Leutelt-Schule, Luftbild 1962

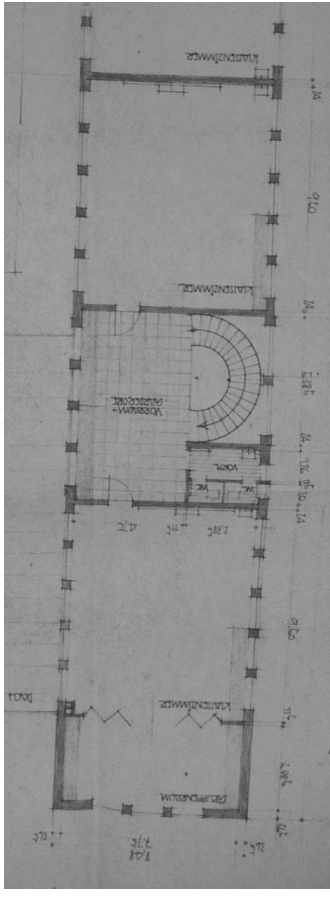


Abb. IV.86
Neugablonz, Gustav-Leutelt-Schule, Grundriss Obergeschoss (Ausschnitt), Mai 1955



Abb. IV.87
Neutraubling, Volksschule, erweiterter Zustand nach 1956

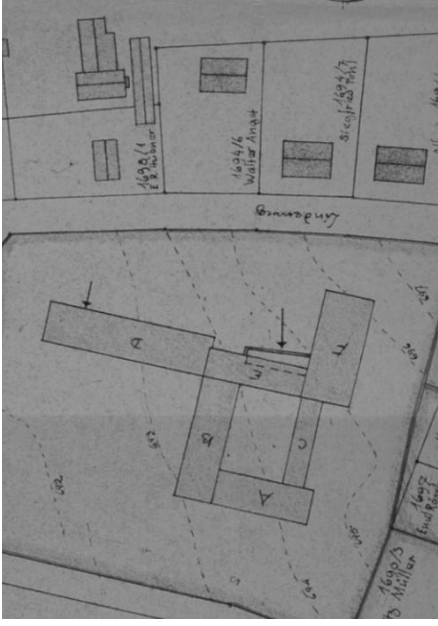


Abb. IV.88
Neugablonz, Schmuckfachschule (links im Bild), Lageplan
(genordnet), Februar 1956



Abb. IV.89
Neugablonz, Schmuckfachschule, Fassade zur Straße, Modellfoto, ca. 1956



Abb. IV.90
Neugablonz, Schmuckfachschule, Rückseite
Modellfoto, ca. 1956



Abb. IV.91
Neugablonz, Schmuckfachschule, Verbindungstrakt, Modellfoto,
(Ausschnitt)



Abb. IV.92
Dessau, Bauhausgebäude, Luftbild 2013

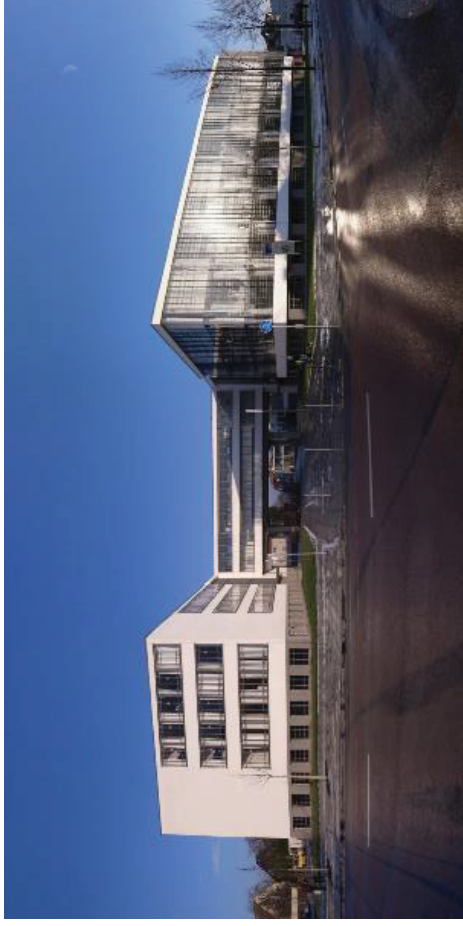


Abb. IV.93
Dessau, Bauhausgebäude, Brückenbau, Foto 2009



Abb. IV.94
Neugablonz, Schmuckfachschule, Foto der Straßenansicht, 1957

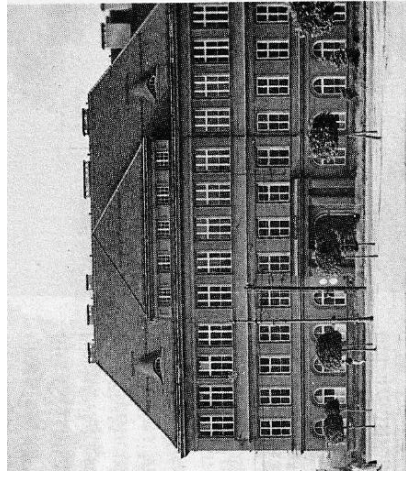


Abb. IV.95
Gablonz, Schmuckfachschule,
Foto 1920er Jahre

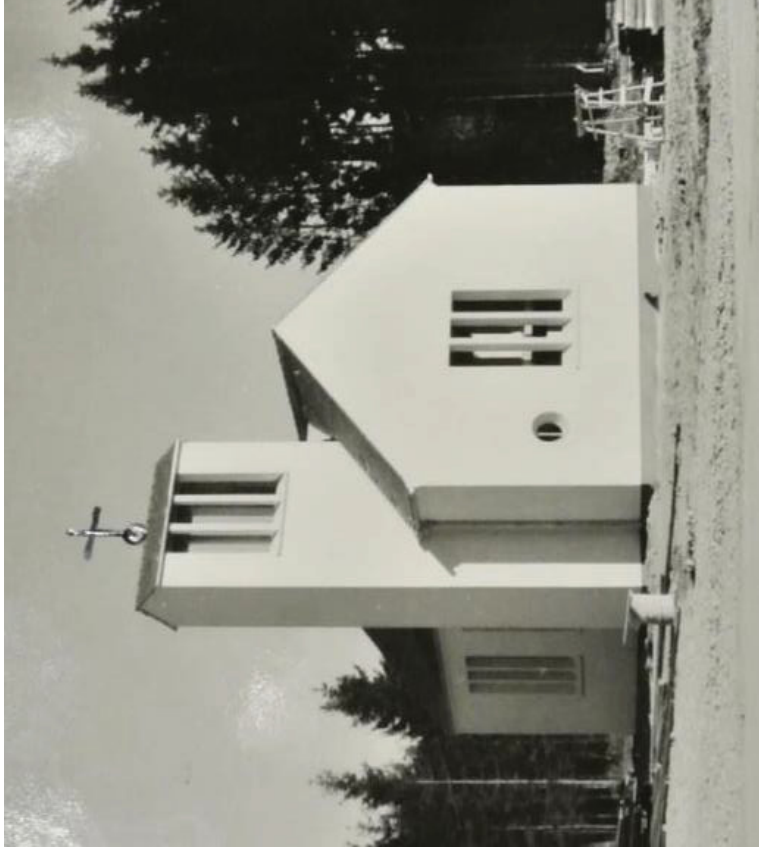


Abb. IV.96
Neugablonz, Altkatholische Kirche, Baujahr 1953, Foto Außenbau

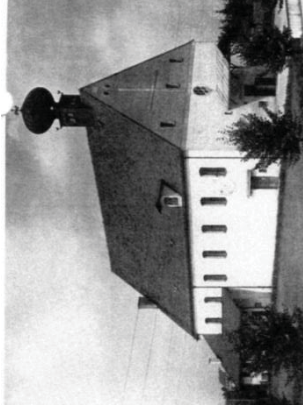


Abb. IV.97
München-Sendling,
St. Heinrich,
Hans Döllgast, Baujahr 1935

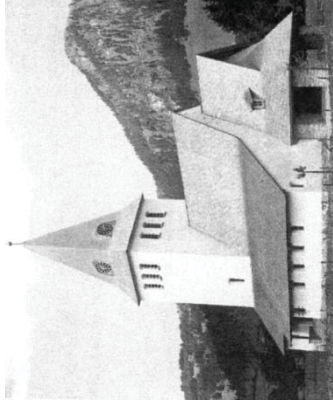


Abb. IV.98
Bad Oberdorf, St. Jodok und
Heiligste Dreifaltigkeit,
Thomas Wechs, Baujahr 1939

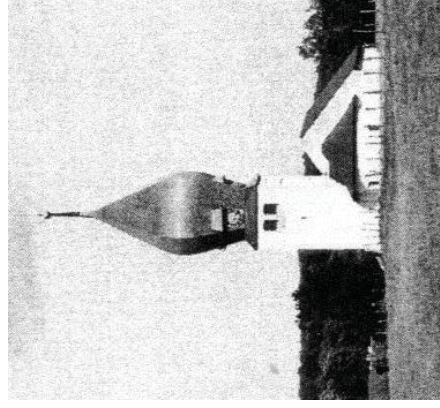


Abb. IV.99
Weßling, Christkönigskirche,
Thomas Wechs, Baujahr 1939



Abb. IV.100
Neutraubling, Neubau der katholischen Kirche anstelle des zerstörten
Eingangsfüßels des ehemaligen Kommandanturgebäudes, Foto 1956

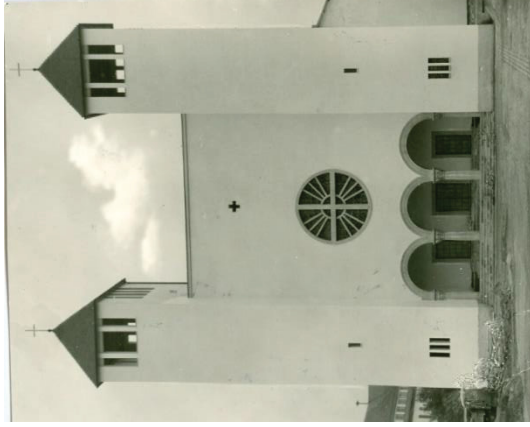


Abb. IV.101
Neutraubling, katholische Kirche,
Baujahr 1955, Eingangsfassade



Abb. IV.101
Neutraubling, katholische Kirche, Ansicht Kirchenschiff

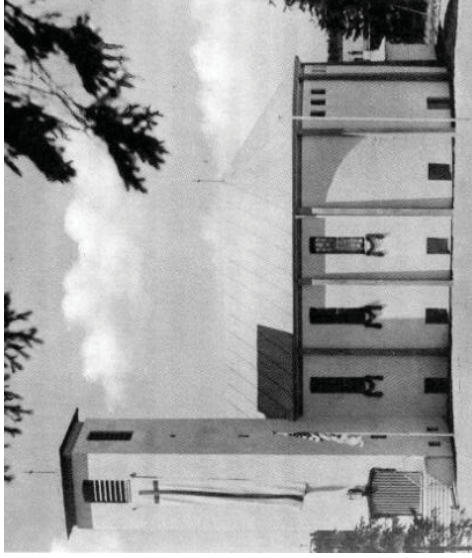


Abb. IV.102
Neugablonz, Evangelische Kirche, Baujahr 1955

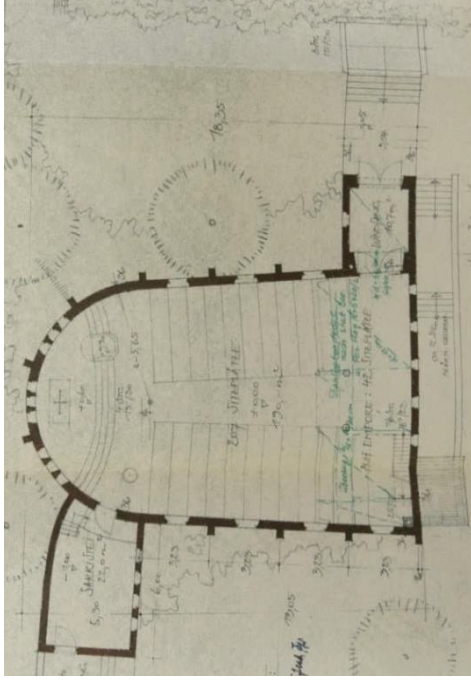


Abb. IV.103
Neugablonz, Evangelische Kirche, Hauptgeschoss,
Grundriss, Juni 1954

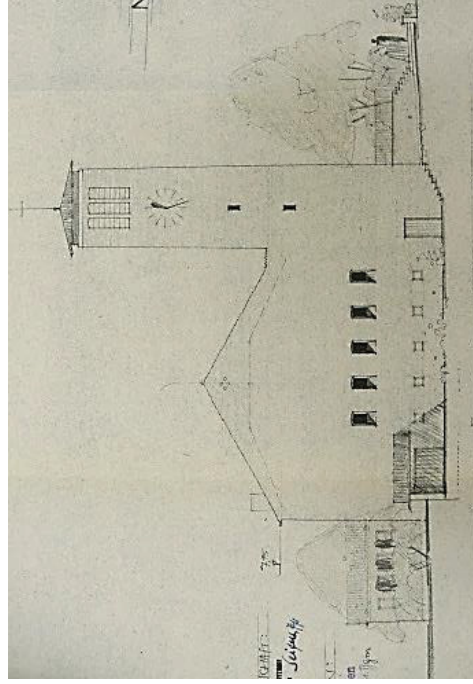


Abb. IV.104
Evangelische Kirche, Südfassade,
Aufrisszeichnung, Juni 1954

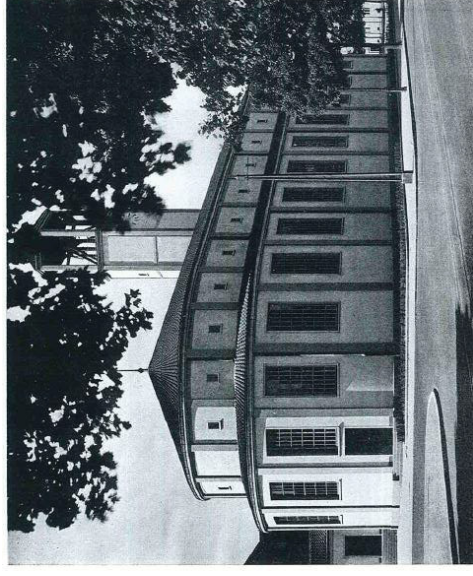


Abb. IV.105
Karlsruhe, Markuskirche, Otto Bartning, Baujahr
1935



Abb. IV.106
Traunreut, evangelische Kirche, Baujahr 1954

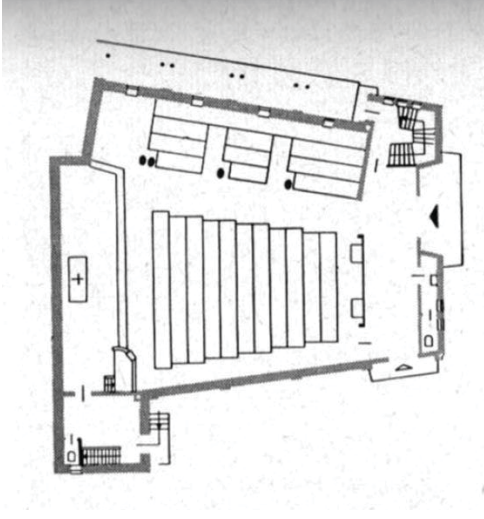


Abb. IV.107
Traunreut, Evangelische Kirche, Grundriss, 1959

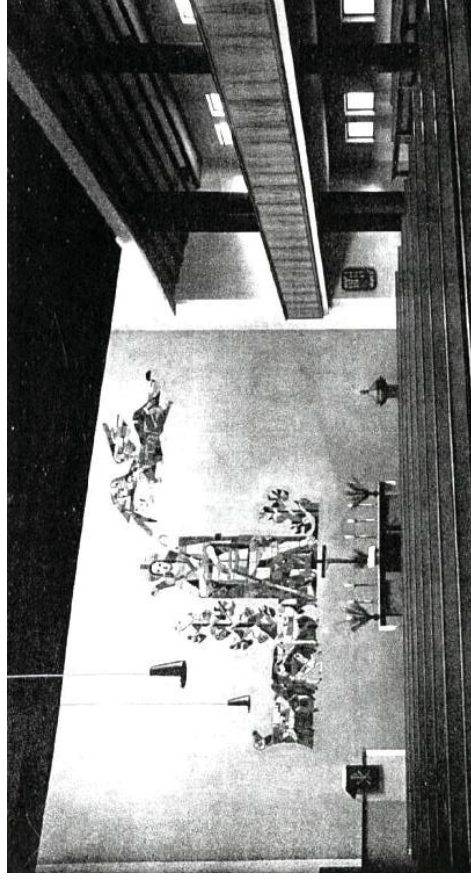


Abb. IV.108
Traunreut, Evangelische Kirche, Innenraum, ca. 1960

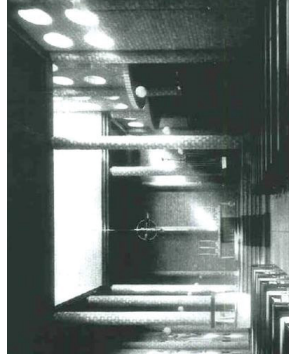


Abb. IV.109
Frankfurt am Main, Heilig Geist Kirche, Martin Weber, Baujahr 1931, Innenraum

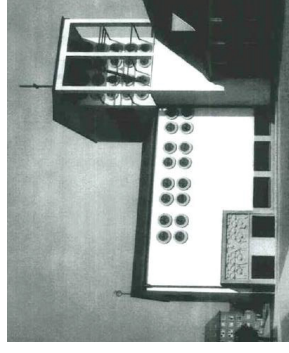


Abb. IV.110
Frankfurt am Main, Heilig Geist Kirche, Martin Weber, Baujahr 1931, Außenansicht

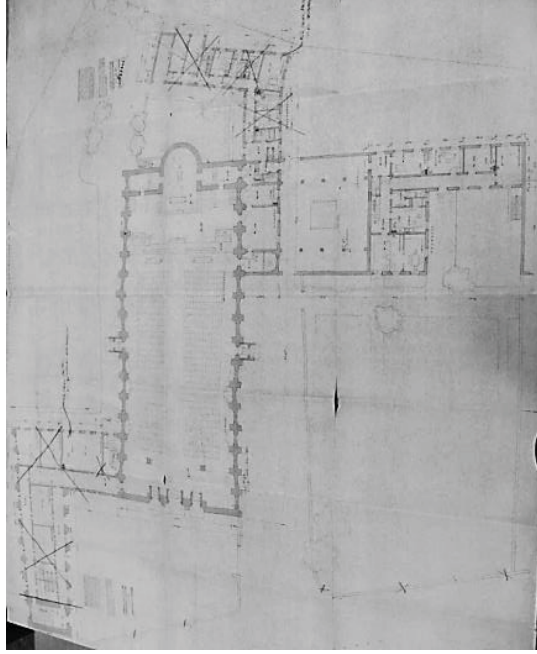


Abb. IV.111
Neugablonz, katholische Kirche,
Grundriss, Oktober 1955

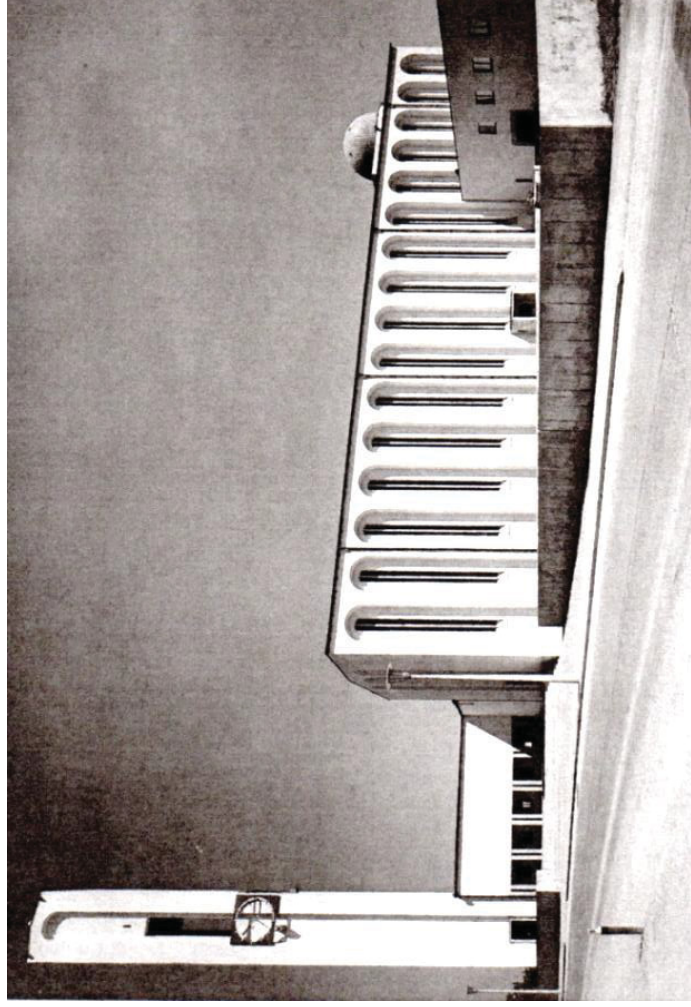


Abb. IV.112
Neugablonz, katholische Kirche, Baujahr 1957,
Aufnahmen des Außenbaus, (von Süden)



Abb. IV.113 Neugablonz, Luftbild von Süden, 1958



Abb. IV.114 und 115
Neugablonz, Katholische Kirche, Fassade zur Sudetenstraße,
Aufriss, Oktober 1955 und Foto, vermutlich Ende 1950er Jahre



Abb. IV.116
Oberpfaffenhofen, Heilig-Kreuz-Kirche,
Thomas Wechs, Baujahr 1934

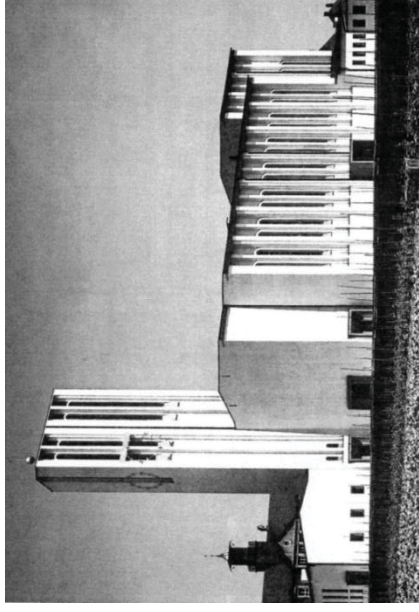


Abb. IV.117
Augsburg-Hochzoll, Heilig-Geist-Kirche,
Thomas Wechs, Baujahr 1955

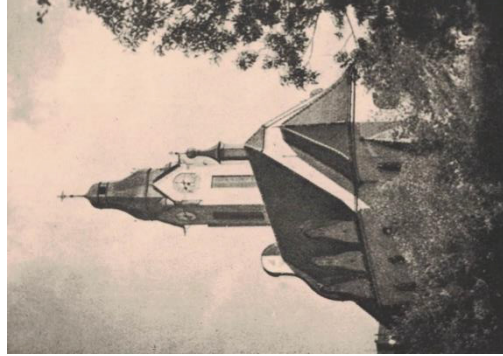


Abb. 118-120
Kirchenbauten in Gablonz,
links oben: katholische Kirche St. Anna (Baujahr 1687), links unten: altkatholische Kirche (Baujahr 1903), rechts: katholische Kirche Herz Jesu
(Baujahr 1932)



Abb. IV.121
Geretsried, OT Gartenberg, Katholische Bunkerkirche,
Foto 1955



Abb. IV.122
Geretsried, OT Geretsried, Katholische Bunkerkirche,
Foto 1955
Bundesarchiv, Bild 145 Bild-2635/3 / Fotograf: Unterberg



Abb. IV.123
Geretsried, OT Gartenberg, Evangelische Bunkerkirche,
Foto 1955



Abb. IV.124
Waldkraiburg, Katholische Bunkerkirche, um 1960



Abb. IV.125
Waldkraiburg, Evangelische
Bunkerkirche, 1950er Jahre



Abb. IV.126
Geretsried, OT Gartenberg, kath. Bunkerkirche nach
Umbau, Foto um 1960

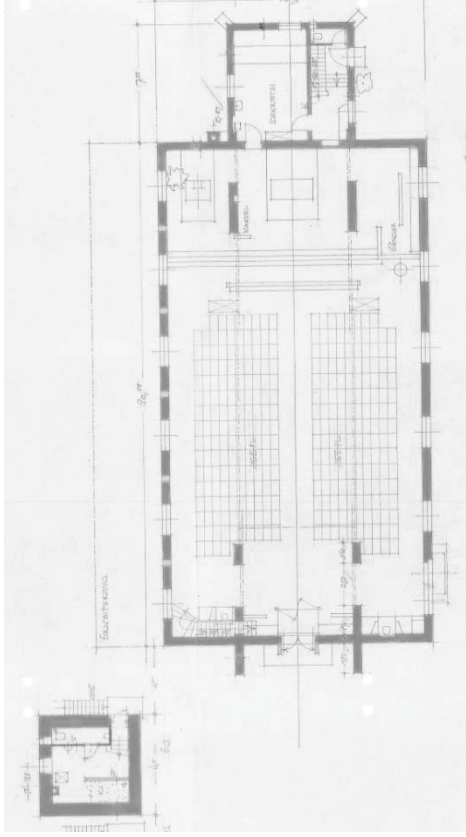


Abb. IV. 127
Traunreut, katholische Kirche,
Grundriss April 1954



Abb. IV. 128
Traunreut, katholische Kirche, Baujahr 1954,
Foto nach 1955
(mit Turm und farbiger Eingangsfassade)

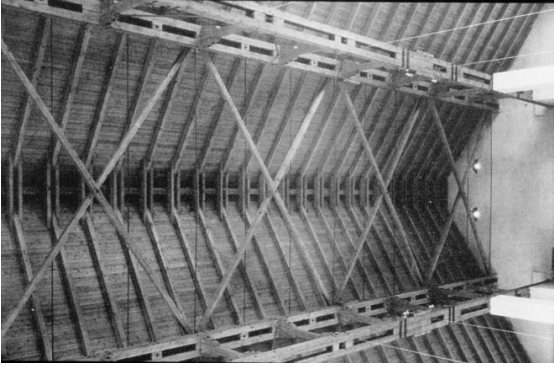
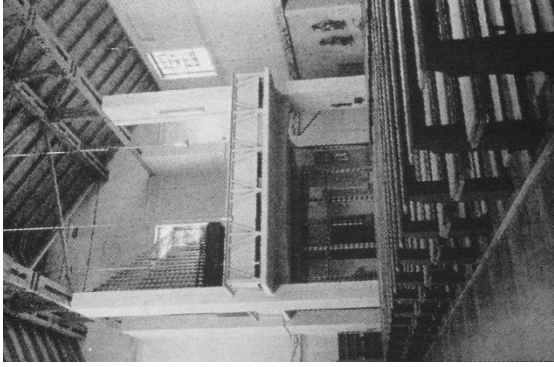


Abb. IV.129
Traunreut, katholische Kirche, Innenraum, vermutlich 1950er Jahre

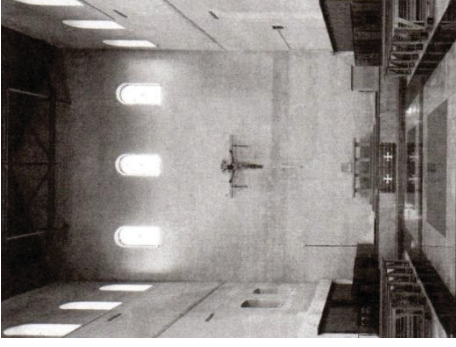


Abb. IV.130
München, St. Bonifaz, Hans
Döllgast, Foto Innenraum vor
Umbau 1971

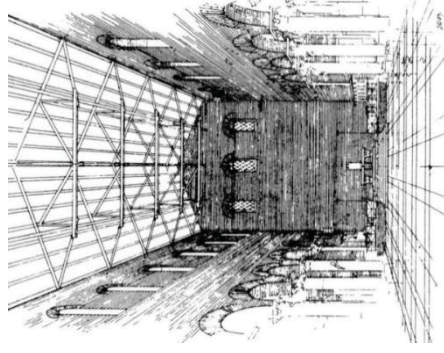


Abb. IV.131
München, St. Bonifaz,
Hans Döllgast,
Entwurfszeichnung,
undatiert

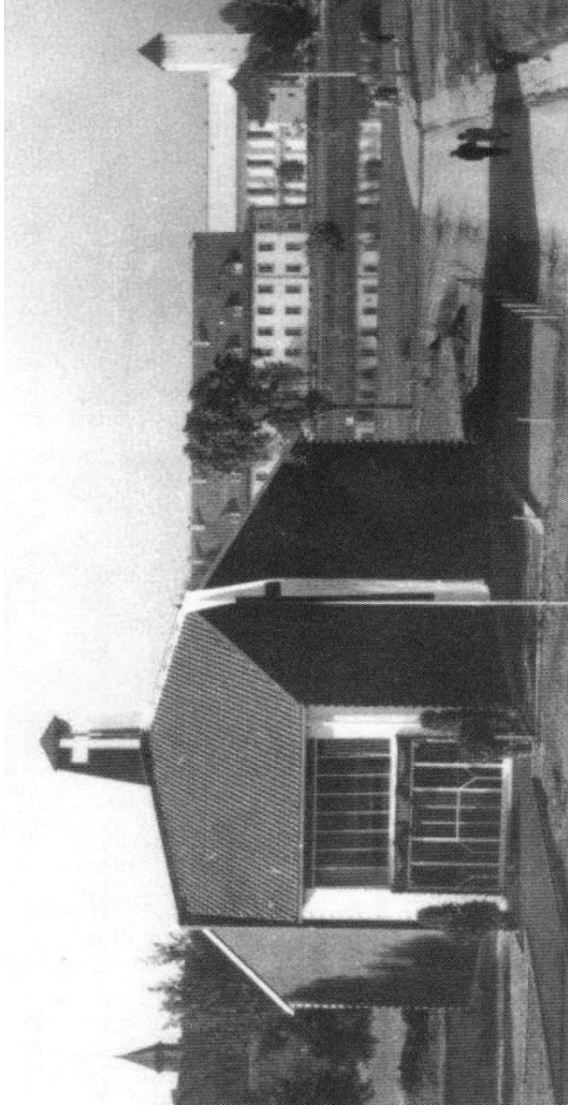


Abb. IV.132
Neutraubling, evangelische Kirche, Baujahr 1956, Foto 1956

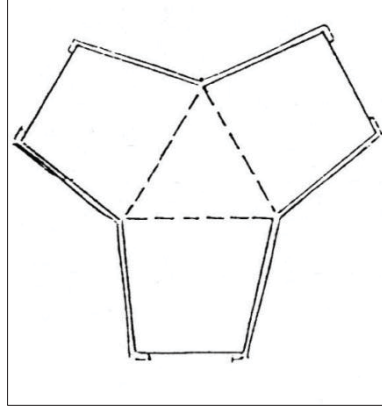


Abb. IV.133
Neutraubling, evangelische Kirche,
Grundriss, undatiert

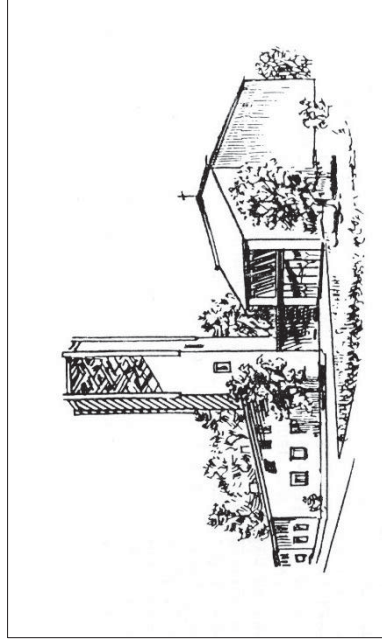


Abb. IV.134
Neutraubling, evangelische Kirche,
mit Turm und Gemeindezentrum, undatierte Zeichnung

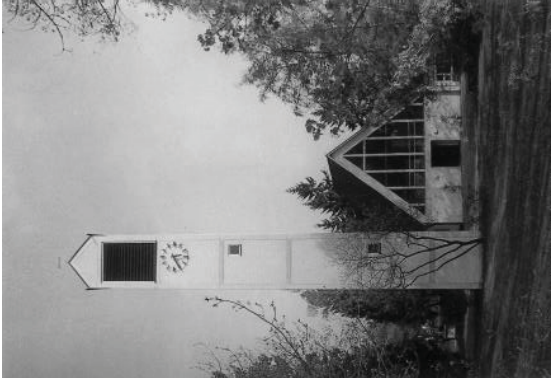


Abb. IV.135
Geretsried, OT Gartenberg
evangelische Kirche,
Baujahr 1960

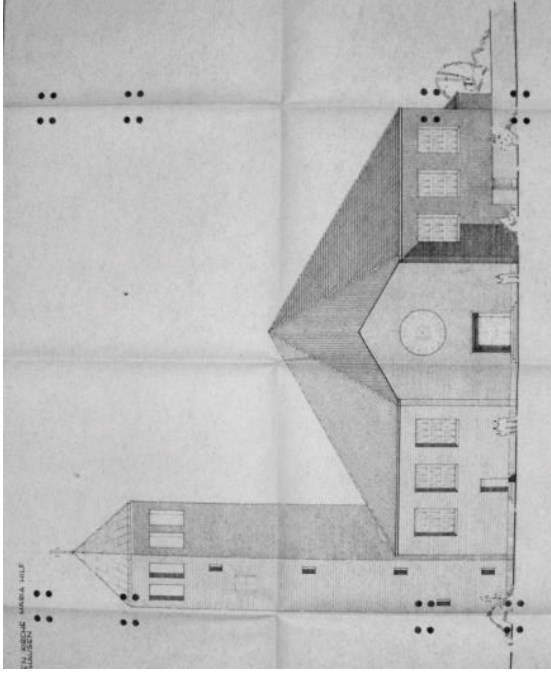


Abb. IV.136
Geretsried, OT Geretsried, katholische Kirche, Baujahr 1964,
Fassadenaufsicht, Mai 1961

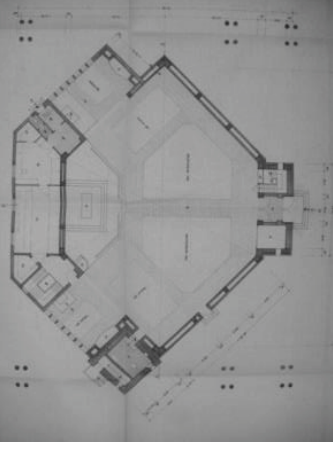


Abb. IV.137
Geretsried, OT Geretsried,
katholische Kirche, Grundriss, Mai 1961

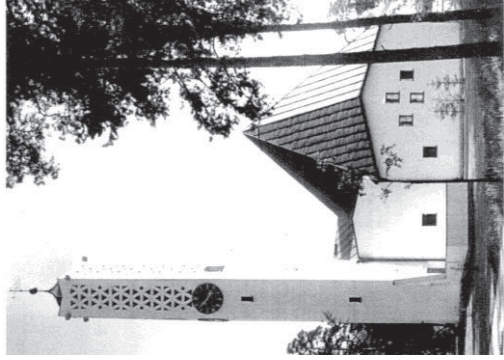


Abb. IV.138
Waldkraiburg,
evangelische Kirche
Baujahr 1964

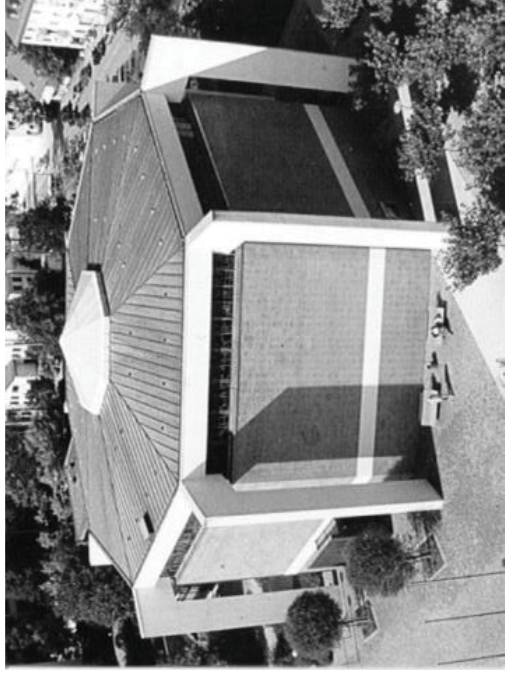


Abb. IV.139
Waldkraiburg,
katholische Kirche,
Baujahr 1964

Abb. IV.140
Waldkraiburg, Stadtplan, 1954,
(Ausschnitt)

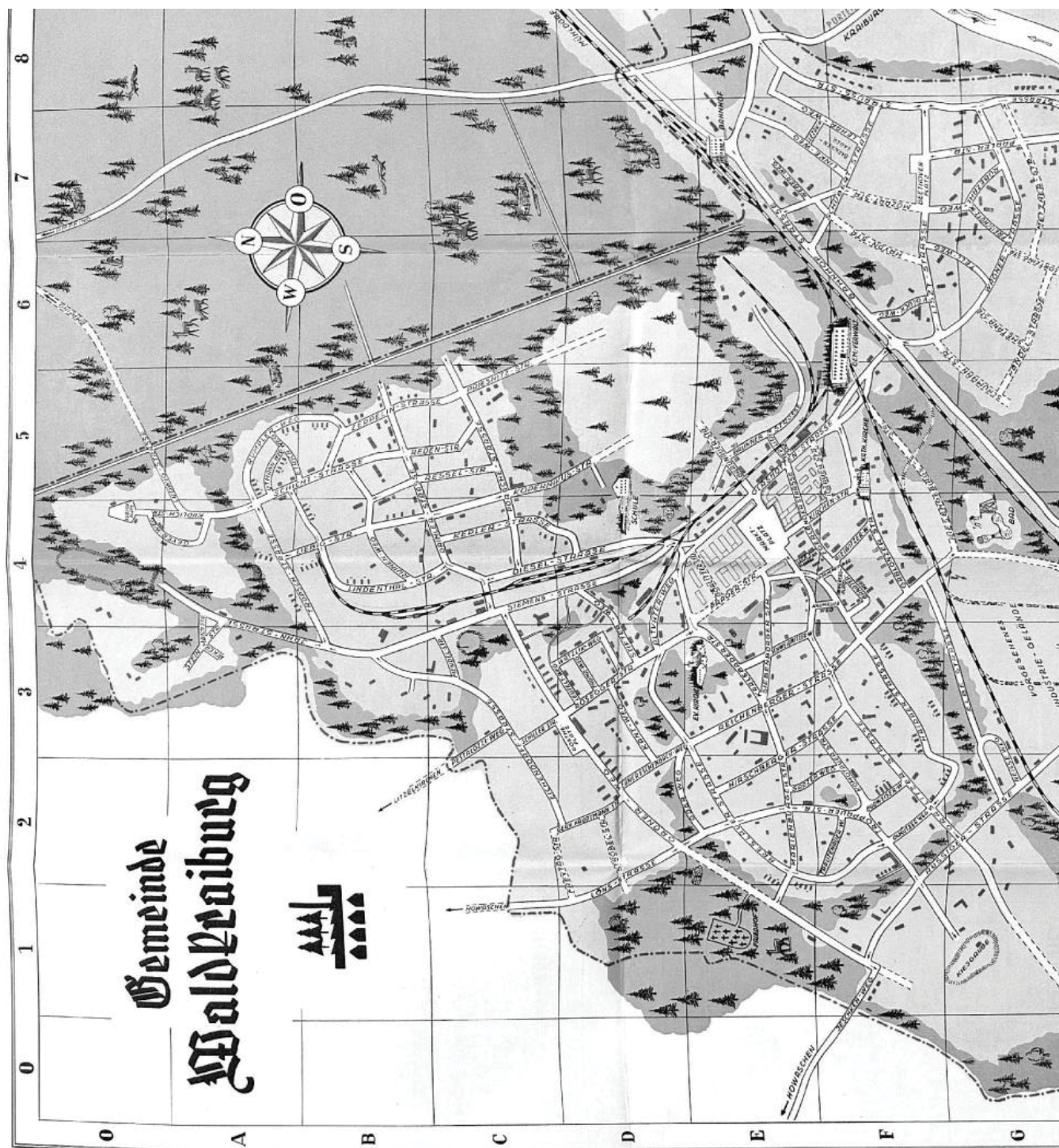
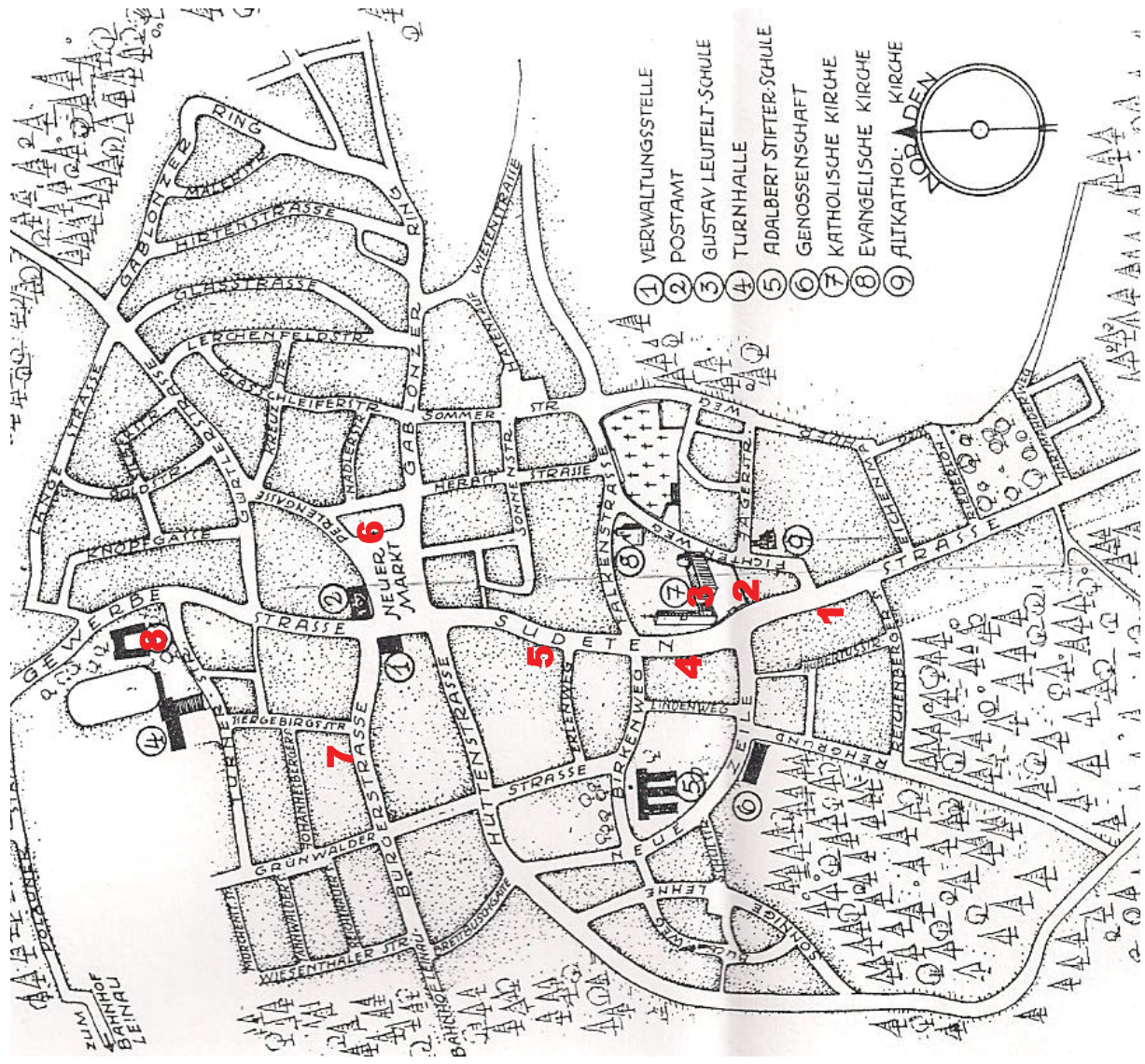


Abb. IV.141

Neugablonz, Stadtplan, 1965

- 1 „Kilometerstein“
- 2 Denkmal „Die Vertriebenen“
- 3 Turm der katholischen Kirche
- 4 Denkmal für Ferdinand Porsche
- 5 Wohnhäuser Sudetenstraße (Wappen)
- 6 „Postblock“
- 7 Wohnhäuser Bürgerstraße (Schmuckgewerbe)
- 8 Gustav-Leutelt-Schule (Ankunft und Aufbau)



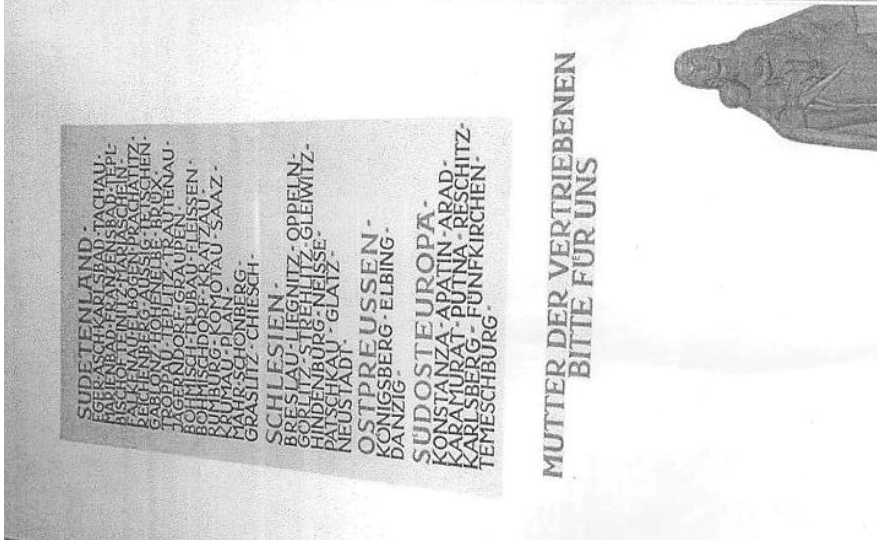




Abb. IV.146
Geretsried, Karl-Lederer-Platz (Rathausplatz),
Gedenkstein, 1956

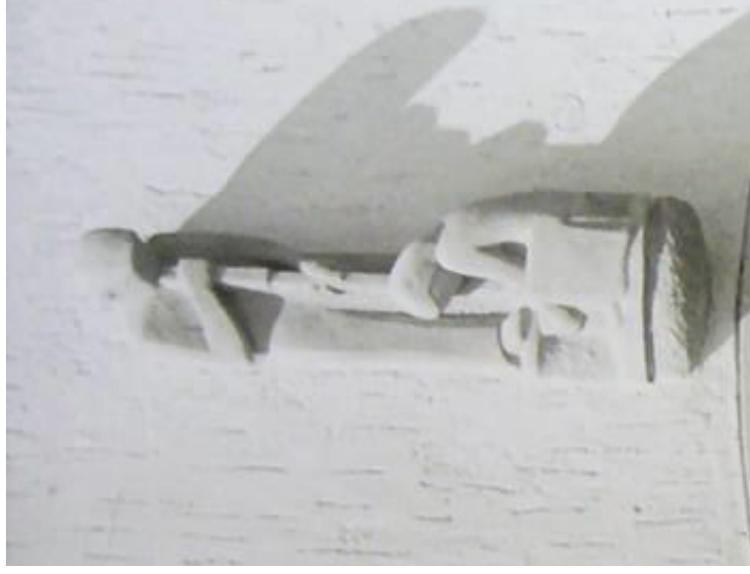


Abb. IV.147
Waldkraiburg,
Bauplastik „Glasbläser“, 1958



Abb. IV.148
Waldkraiburg, Rübezahlbrunnen, 1958

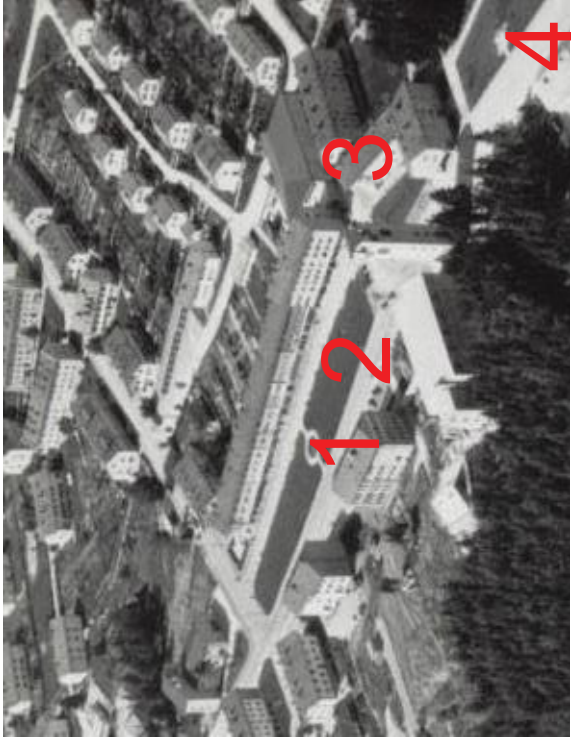


Abb. IV.149

Traunreut, Rathausplatz, 1950er Jahre

- 1: Rathausbild
- 2: Denkmal für die Entgiftungsoffer
- 3: Geschäftshaus mit Aufbauszenen
- 4: Berliner Bär



Abb. IV.150

Traunreut, Wandbild am Rathaus, Lothar Sperl, 1957, Sgraffito

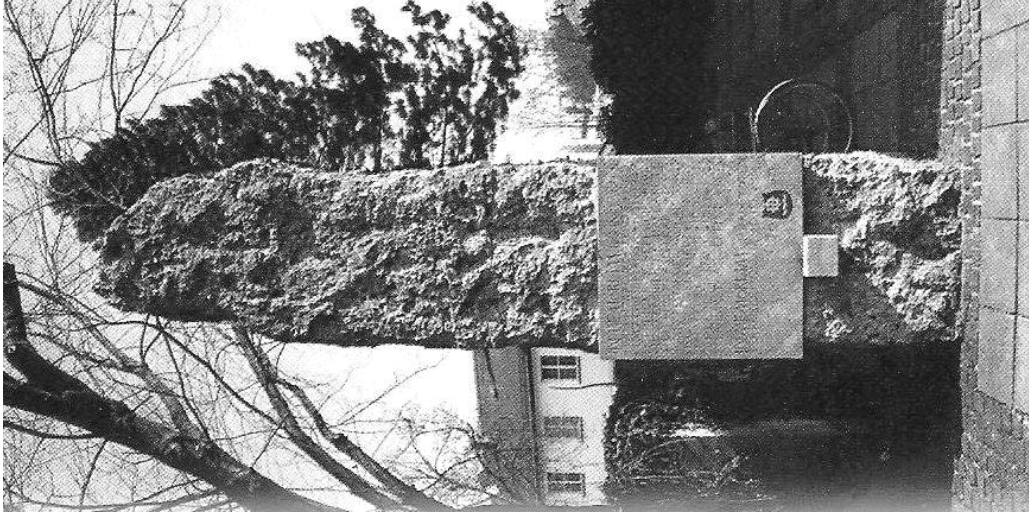


Abb. IV.152
Traunreut, Rathausplatz, Denkmal für die
Opfer der Entgiftungsarbeiten, 1959

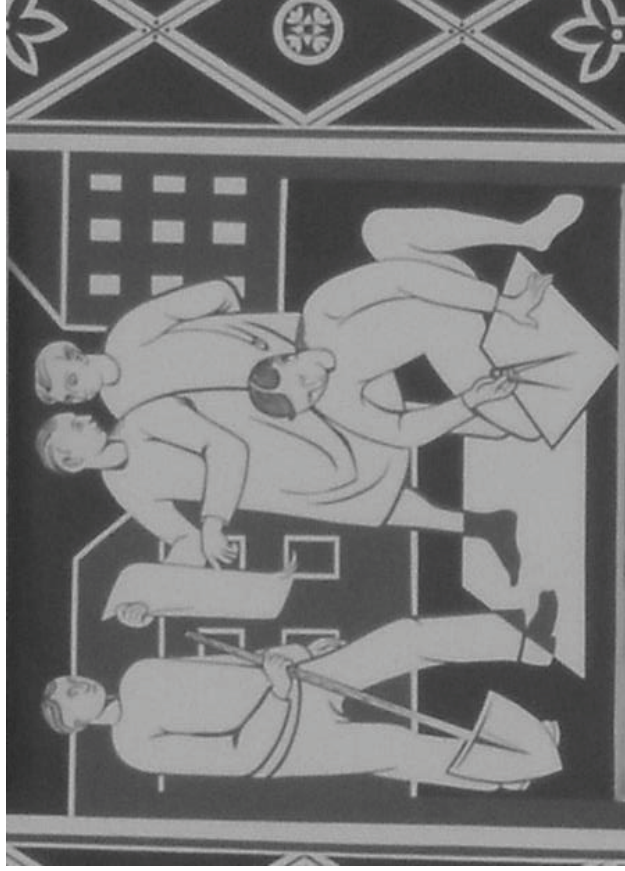


Abb. IV.151
Traunreut, Rathausplatz, Geschäftshaus,
Wandbild mit Aufbauszene(n) (o.J.), Sgraffito, Foto 2008

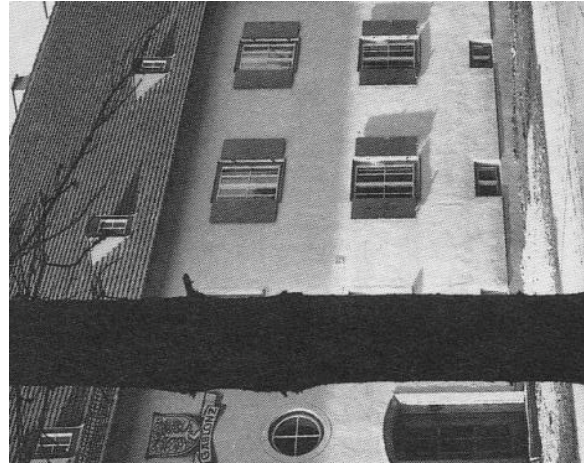
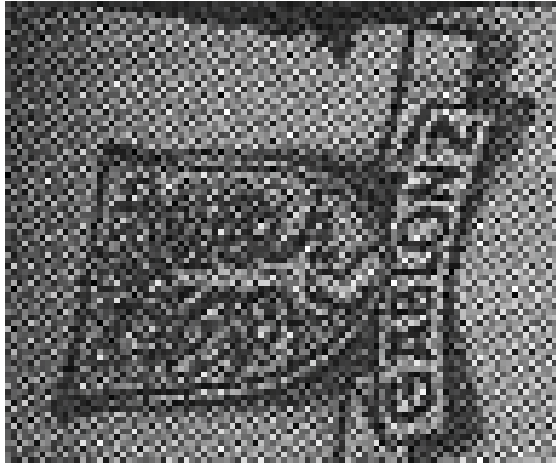


Abb. IV.153
Neugablonz, Wohnhäuser
an der Sudetenstraße,
hier: Wappen der Stadt Gablonz, 1950



Abb. IV.154
Neugablonz, Sudetenstraße,
„Kilometerstein“, 1950er Jahre



Abb. IV.155
Neugablonz, Neuer Markt, „Postblock“,
Wandbild von Otto Pohl, ca. 1962, Sgraffito

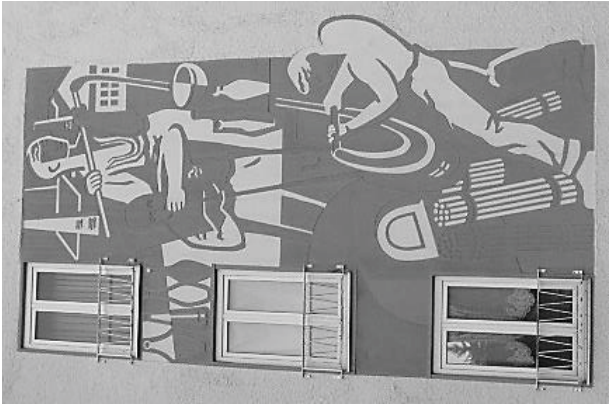


Abb. IV.156

Neugablonz, Wohnhäuser in der Bürgerstraße, Wandbilder von Otto Pohl (o.J.), Sgraffito, Foto 2008



Abb. IV.157
Neugablonz, Sudetenstraße,
Denkmal für Ferdinand Porsche,
1950er Jahre



Abb. IV.158
Neugablonz, Gustav-Leutelt-Schule,
Wandbild von Otto Pohl, 1956, Sgraffito



Abb. IV.159
Lothar Sperl, „Rodung“, Fotografie des Originalbildes auf der
„Große Deutsche Kunstausstellung“, 1942



Abb. IV. 160
Lothar Sperl, Aufbauszenen zu Traunreut, 1971, Ölbild